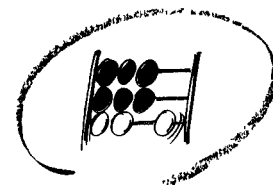


**50 Jahre Statistisches Bundesamt
Ihr Partner für Information
1950-2000**



Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung
im Dienstleistungsbereich ▪ Urheberrechte in den
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ▪ Ergebnisse des
Mikrozensus ▪ Gewerbeanzeigen ▪ Unternehmen der
Binnenschifffahrt ▪ Finanzausgleich Bund – Länder ▪
Kommunal Finanzen ▪ Ergebnisse der Lohnstatistik ▪
Kaufkraftparitäten als Instrumente internationaler Preis- und
Volumenvergleiche ▪ Regenerative Energieträger ▪
Sozialhilfebezug in Ost und West ▪

5

Mai

2000

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
 Präsident des Statistischen Bundesamtes
 Verantwortlich für den Inhalt
 Brigitte Reimann
 65180 Wiesbaden

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
 Postfach 4343
 72774 Reutlingen
 Telefon 0 70 71/93 53 50
 Telefax 0 70 71/935335
 Internet [http //www s-f-g com](http://www.s-f-g.com)
 E-Mail [staba@s-f-g com](mailto:staba@s-f-g.com)

Druck:

Rhein Main Druck, Mainz

Erscheinungsfolge monatlich

Erschienen im Juni 2000

Einzelpreis DM 21,10, EUR 10,79
 Jahresbezugspreis DM 216,-, EUR 110,44
 zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer 1010200-00105
 ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter
 Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt
 und sein Datenangebot erhalten Sie

• im Internet [http //www statistik-bund.de](http://www.statistik-bund.de)

oder bei unserem Informationsservice
 65180 Wiesbaden

• Telefon 06 11/75 24 05
 • Telefax 06 11/75 33 30
 • E-Mail info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2000

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und
 unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellen-
 angabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über
 elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen
 Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt
		(bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a n g	=	anderweitig nicht genannt
o a S	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill	=	Million
Mrd	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim- zuhalten
	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch
 Runden der Zahlen

Kurznachrichten 303

Textteil

Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich 315

Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 320

Ergebnisse des Mikrozensus 1999 328

Gewerbeanzeigen 1999 337

Unternehmen der Binnenschifffahrt 1999 343

Finanzausgleich Bund – Länder 351

Kommunalfinanzen 2000 357

Ergebnisse der Lohnstatistik für 1999 359

Kaufkraftparitäten als Instrumente internationaler Preis- und Volumenvergleiche 370

Regenerative Energieträger 1991 bis 1998 377

Preise im April 2000 380

Sozialhilfebezug in Ost und West – Eine vergleichende Analyse auf Basis der 25 %-Stichprobe 384

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 397

Tabellenteil

Übersicht 205*

Statistische Monatszahlen 206*

Ausgewählte Tabellen 234*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990, sie schließen Berlin-West ein

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost

Contents

	Page
News in brief	303
Texts	
<i>Register-based implementation of the EU regulation on short-term statistics in the service sector</i>	315
Entertainment, literary or artistic originals in the national accounts	320
Microcensus results, 1999	328
Business notifications (registrations, deregistrations, modifications), 1999	337
Enterprises engaged in inland water transport, 1999	343
Revenue sharing between the Federation and the Lander	351
Community finances, 2000	357
Results of wage and salary statistics, 1999	359
Purchasing power parities as instruments used for international price and volume comparisons	370
Renewable energy sources, 1991 to 1998	377
Prices in April 2000	380
Public assistance granted in eastern versus western Germany	384
List of the contributions published in the current year	397
Tables	
Summary	205*
Monthly statistical figures	206*
Selected tables	234*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990, they include Berlin-West

The data for the "new Lander and Berlin-East" relate to the Lander of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East

Kurznachrichten

In eigener Sache

Informationsdienste im Statistischen Bundesamt

Die amtliche Statistik ist ein wesentlicher Teil der informationellen Infrastruktur Deutschlands. Umfassend und aufeinander abgestimmt, ermöglichen rund 250 statistische Erhebungen einen in dieser Form wohl einmaligen Einblick in gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge und Entwicklungen unseres Landes.

Entsprechend groß ist die Nachfrage nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik. Da das Statistische Bundesamt Kunden aus ganz unterschiedlichen Bereichen mit sehr verschiedenen Interessen hat, werden die Daten zielgruppenorientiert aufbereitet. Neben der Vielzahl gedruckter und elektronischer Informationsangebote, über die das Veröffentlichungsverzeichnis Auskunft gibt, können Sie sich auch individuell beraten lassen, wie Sie angesichts der Fülle des Materials schnell und unkompliziert die von Ihnen gewünschten Informationen finden oder für Ihre Zwecke maßgeschneiderte Produkte erhalten.

Dafür unterhält das Statistische Bundesamt eine Reihe von Auskunftsdiensten, die Sie montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr erreichen.

Im Mittelpunkt steht der für alle Interessenten offene Statistische Informationsservice. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Informationsservice erreichen Sie unter Telefon (06 11) 75 24 05. Sie bekommen entweder direkt die gewünschte Information und Beratung oder werden mit einem Fachexperten verbunden. Größere Anfragen zu verschiedenen Themen werden schriftlich beantwortet. Sie können sich auch per Fax unter (06 11) 75 33 30 oder E-Mail: info@statistik-bund.de mit Ihren Fragen an den Informationsservice wenden.

Den Medien bietet die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes einen umfassenden Auskunftsdienst für Journalisten. Die Pressestelle erreichen Sie unter Telefon (06 11) 75 34 44, Fax: (06 11) 75 39 76 oder E-Mail: pressestelle@statistik-bund.de.

Der Informationspunkt-Berlin (i-Punkt) hat für die in der Hauptstadt angesiedelten Kunden, wie das Parlament, Regierungsstellen, Botschaften, Ländervertretungen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände die fach- und zielgerichteten Informationen. Telefon (0 30) 23 24 64 34, Fax: (0 30) 23 24 64 40 bzw. E-Mail: i-punkt@statistik-bund.de.

Ansprechpartner für Auskünfte zu Statistiken über EU-Länder ist der Eurostat Data Shop Berlin unter Telefon (0 30) 23 24 64 27, Fax (0 30) 23 24 64 30 bzw. E-Mail: datashop@statistik-bund.de.

Bei Fragen, die Länder betreffen, die nicht zur Europäischen Union gehören, wenden Sie sich bitte an den Auslandsstatistischen Auskunftsdienst in Bonn unter Telefon (0 1888) 6 43 84 73, Fax (0 1888) 89 93 oder E-Mail: annegret.gonsior@statistik-bund.de.

Kleinere Anfragen, deren Beantwortung entweder direkt telefonisch oder mit geringem zusätzlichem Personal- und Sachaufwand erfolgen kann, sind im Rahmen der informationellen Grundversorgung kostenlos. Komplexere und zeitaufwendige Zusammenstellungen werden hingegen in Rechnung gestellt. Entscheidend ist hierbei der für die Bearbeitung notwendige Personal- und/oder Sachaufwand. Falls Kosten entstehen sollten, werden Sie als Kunde selbstverständlich vor der Auftragsausführung informiert. Die Medienarbeit unseres Hauses zahlt grundsätzlich immer zur kostenlosen informationellen Grundversorgung. Der Eurostat Data Shop in Berlin bietet einen besonderen Informationsservice auf Basis der Datenbanken und Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Diese Serviceleistungen sind immer kostenpflichtig.

Aus aller Welt

Internationales Seminar für Nutzer der Außenhandelsstatistik

Im März 2000 fand in Mailand ein dreitägiges internationales Seminar für die Nutzer der Außenhandelsstatistik statt, das vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und dem nationalen Statistischen Amt Italiens (ISTAT) gemeinsam organisiert wurde. Die Teilnehmer kamen aus mehr als zwanzig Ländern. Anwesend waren insbesondere Vertreter von Banken (Europäische Zentralbank, Nationalbanken und Geschäftsbanken), internationalen Organisationen, Universitäten, Forschungsinstituten, Handelsverbänden, Ministerien sowie von Eurostat und den statistischen Ämtern der Mitgliedsstaaten.

Das Seminar gliederte sich in vier Abschnitte. Der erste Teil befaßte sich mit den administrativen Anforderungen an die Außenhandelsstatistik, der zweite mit sektoralen und regionalen Aspekten sowie den Aus-

Kurznachrichten

wirkungen der Globalisierung auf die Statistik Themen des dritten Abschnitts waren insbesondere Strukturanalysen des europäischen Außenhandels sowie neue statistische Produkte im Bereich der Außenhandelsstatistik Abgeschlossen wurde das Seminar mit einer Präsentation von Internetangeboten über Außenhandelsdaten sowie einer Diskussionsrunde, in der verschiedene Nutzergruppen vertreten waren

Aus der Fülle der Beiträge seien hier nur einige Aspekte herausgegriffen, die aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes von besonderer Bedeutung sind

In verschiedenen Beiträgen wurde das Problem der Asymmetrien durch die Spiegelbildvergleiche im Intrahandel (Gegenüberstellung der Versendungen eines EU-Mitgliedstaates und der spiegelbildlichen Eingänge im Zielmitgliedstaat) angesprochen und dafür plädiert, die Statistiken in den Mitgliedstaaten besser zu harmonisieren Deutschland setzt sich dafür ein, diese Asymmetrien durch bilaterale Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten aufzuklären Das ist zwar mühsam und zeitaufwendig, bewirkt aber, daß sich die Qualität der Ergebnisse Schritt für Schritt nachvollziehbar verbessert

Mehrfach wurde die Notwendigkeit sehr detaillierter Warengliederungen hervorgehoben, die vor allem von den Unternehmen für Zwecke der Marktbeobachtung und -analyse, aber auch für administrative Zwecke (z B für die Beobachtung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs im Agrarbereich) von großer Bedeutung sind. Deutschland kennt dieses Anliegen und betont daher immer wieder, daß derartige Detailergebnisse für die Wirtschaft unverzichtbar sind

Eine Vertreterin des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg wies auf die Bedeutung von Regionalergebnissen (Außenhandelsergebnisse in der Untergliederung nach dem Ursprungs-/Bestimmungsbundesland) hin, und sprach sich nachdrücklich gegen die im Rahmen der sogenannten SLIM-Initiative (Vereinfachung von Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt) angestellten Überlegungen aus, auf die Erhebung dieser Angaben zu verzichten

Das ISTAT berichtete über neue Auswertungsmöglichkeiten, die sich durch Verknüpfung der Außenhandelsdaten mit anderen ökonomischen Mikrodaten, insbesondere mit dem Unternehmensregister, ergeben haben An einem derartigen Projekt, das im übrigen von der Europäischen Kommission im Rahmen des sogenannten EDICOM-Programms (Maßnahmenpaket betreffend das transeuropäische Netz für die Sammlung, Erstellung und Verbreitung der Statistiken des inner- und außergemeinschaftlichen Warenverkehrs) finanziell unterstützt wird, ist auch

das Statistische Bundesamt beteiligt Auf diesem Wege können unternehmens- bzw sektorbezogene Analysen über die Außenwirtschaft (z.B Auswertungen über Größe, Branche, Sitz und Fluktuation der am Außenhandel beteiligten Firmen) durchgeführt werden, ohne die Unternehmen zusätzlich durch Erhebungen zu belasten Das Statistische Bundesamt wird im nächsten Jahr über die Ergebnisse dieses Projekts in dieser Zeitschrift berichten

Ein Vertreter der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) stellte eine vergleichende Analyse der Außenhandelsstrukturen in der Europäischen Union vor Untersucht wurde dabei, inwieweit einzelne europäische Länder ihre Exporte auf Hoch-/Niedrigpreisprodukte (upmarket/downmarket products) konzentrieren und welche Änderungen hier im Zeitablauf zu beobachten sind Untersucht wurde auch das Ausmaß des sogenannten one-way-trade, das heißt in welchem Umfang die Länder einzelne Warengruppen entweder nur ein- oder nur ausführen

Informationen erwarten die Nutzer über den im Zuge der Globalisierung immer mehr an Bedeutung zunehmenden grenzüberschreitenden "intra-firm-trade", also den Warenaustausch zwischen Unternehmen und ihren im Ausland gelegenen Niederlassungen Auch hier arbeitet das Statistische Bundesamt in einer von Eurostat eingesetzten Arbeitsgruppe mit und wird über die Ergebnisse in „Wirtschaft und Statistik“ berichten

Wiederholt wurde auf mögliche Erfassungsprobleme hingewiesen, die mit der Ausweitung des elektronischen Handels (E-commerce) entstehen könnten Hier plant das Statistische Bundesamt, sich frühzeitig in Verbindung mit der Wirtschaft und ihren Verbänden an der Klärung dieser Fragen zu beteiligen

Während des Seminars wurden eine zusammenfassende Übersicht über das Veröffentlichungsangebot der nationalen statistischen Ämter (einschl Internetangebot) zur Außenhandelsstatistik sowie schriftliche Fassungen einiger Redebeiträge verteilt, die beim Statistischen Bundesamt, Gruppe V B Außenhandel, angefordert werden können

Aus Europa

Arbeitsgruppe „Wanderungsstatistik“

Einen Schwerpunkt der Sitzung der Arbeitsgruppe „Wanderungsstatistik“ beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) am 9 und 10. Februar 2000 bildeten die Berichte von Eurostat

Kurznachrichten

und einzelnen Forschungsinstituten über laufende Projekte zur internationalen Wanderungsstatistik Eurostat berichtete über den Stand des Aufbaus einer Wanderungsstatistik in den Mittelmeerländern, dessen erste Phase nunmehr abgeschlossen ist. Ferner informierte Eurostat über den Aktionsplan der Europäischen Kommission für die monatliche Erhebung von Asylanten sowie von Daten über die illegale Einwanderung und den Aufbau einer speziellen Datenbank für diese Statistiken. Seitens der Forschungsinstitute wurden einzelne Studien und Projektberichte vorgestellt, die u. a. die kurzfristige Vorausschätzung von Wanderungsbewegungen und Asylbewerbern, die Erstellung einer europäischen Wanderungsmatrix sowie die Analyse der Push- und Pull-Faktoren der internationalen Wanderungen zum Thema hatten

Eurostat berichtete ferner über seine Arbeiten zur schnelleren Datenübermittlung zwischen den nationalen statistischen Ämtern und Eurostat im Bereich der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik sowie über den derzeitigen Datenbestand seiner Datenbank New Cronos. Dabei wies Eurostat auf sein Datenübermittlungssystem STADIUM hin, das nun im Bereich der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik eingesetzt werden kann und das die Datenerlieferung seitens der nationalen statistischen Ämter erleichtert und beschleunigt.

Das Vorhaben von Eurostat, die Zusammenarbeit der internationalen Organisationen bei der Datensammlung im Bereich der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik zu verbessern, ist weitgehend abgeschlossen. Durch den gemeinsamen Fragebogen, der bereits im Jahr 2000 zum Einsatz kommen soll, verbunden mit einem Datenaustausch zwischen den internationalen Organisationen, kann die Belastung der nationalen statistischen Ämter in diesem Bereich verringert werden.

Aus dem Inland

Faktisch anonymisiertes Einzelmaterial aus dem Mikrozensus 1997 steht der Wissenschaft zur Verfügung

Hochschulen und sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung können zur Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben gemäß § 16 Abs 6 Bundesstatistikgesetz faktisch anonymisierte Einzeldaten des Mikrozensus 1997 gegen eine Gebühr von 130 DM beim Statistischen Bundesamt beziehen. Durch eine Vereinba-

rung zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) konnte an die bisherigen günstigen Bezugsmöglichkeiten angeknüpft werden

Die Einzeldaten aus dem Mikrozensus ermöglichen die Untersuchung einer Vielzahl unterschiedlicher Fragestellungen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung. Mit dem Mikrozensus 1997 stehen der Wissenschaft jetzt insgesamt sechs Mikrozensusjahrgänge (1989, 1991, 1993, 1995, 1996) zur Verfügung. Damit besteht die Möglichkeit, auf der Mikroebene intertemporale Analysen durchzuführen.

Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an die

Gruppe IX B-Mikrozensus
Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn
Postfach 17 03 77
53029 Bonn

Fax (0 1888) 6 43 89 62, E-Mail: mikrozensus@statistik-bund.de. Telefonisch können Sie uns erreichen unter (0 1888) 6 43 86 95 oder 6 43 86 92

Im Außenhandel überwiegen die Meldungen in DM

Seit dem Start der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 können alle Unternehmen, die Daten zur Außenhandelsstatistik melden, in der Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2001 die Wertangaben wahlweise in DM oder in Euro an das Statistische Bundesamt übermitteln. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Anmeldungen bei der Einfuhr im Warenverkehr mit Drittländern, sofern sie im Verbund mit der Zollanmeldung erstellt werden. Hier verlangt die Zollverwaltung in der Übergangsphase weiterhin ausschließlich die Anmeldung der Werte in DM.

Die Bilanz nach mehr als einem Jahr mit der Option für die Meldung in Euro oder DM zeigt, daß die zur Außenhandelsstatistik meldenden Unternehmen nach wie vor überwiegend die Wertangaben in DM bevorzugen. Nur knapp 6% der Unternehmen melden derzeit in Euro an. Gemessen an den gemeldeten Werten liegt der Anteil etwas höher. Knapp 11% der zur Außenhandelsstatistik angemeldeten Werte sind bereits in Euro fakturiert. Die Euro-Melder sind in der Mehrheit Unternehmen mit größeren Außenhandelsumsätzen. Bei den anderen Unternehmen hat sich die Anmeldung in Euro bisher kaum durchgesetzt.

Interessant ist auch, daß der prozentuale Anteil der Euro-Melder beim Extrahandel (Außenhandel mit Ländern, die nicht zur Europäischen Union [EU] zählen) etwas größer ist als beim Intrahandel (Außenhandel

Kurznachrichten

mit den EU-Ländern, 6 bzw. 5%). Auch gemessen an den Werten zeigt sich der Extrahandel (12%) „Eurofreundlicher“ als der Intrahandel (10%). Bei den Exporten wird von der Meldung in Euro deutlich mehr Gebrauch gemacht als bei den Importen. Dies gilt sowohl für den Extrahandel wie auch den Intrahandel.

Ab dem 1. Januar 2002 werden die Wertangaben ausschließlich in Euro anzumelden sein. Das Statistische Bundesamt hatte bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit deutlich mehr Euro-Meldungen gerechnet. Gleichwohl bereitet die Doppelgleisigkeit bei der Meldung zur Außenhandelsstatistik bei der Aufbereitung der Daten im Statistischen Bundesamt keine Probleme. Je näher der 1. Januar 2002 rückt, desto stärker dürfte allerdings der Schub Richtung Euro-Meldung werden.

Kompakt

Workshop „Neue Technologien in der Umfrageforschung, Anwendungen bei der Erhebung von Zeitverwendung“

Zeitbudgeterhebungen und neue Technologien der Datenerhebung stehen im Mittelpunkt eines internationalen Workshops am 14. und 15. Juni 2000 an der Universität Lüneburg, der in enger Kooperation des Forschungsnetzes Zeitverwendung am Forschungsinstitut Freie Berufe der Universität Lüneburg und des Statistischen Bundesamtes durchgeführt wird.

In den vergangenen zehn Jahren haben sich Zeitbudgeterhebungen zu einem unverzichtbaren Forschungsinstrument zur Beobachtung und Evaluierung zahlreicher ökonomischer und sozialer Phänomene entwickelt.

Zentrales Thema des Workshops wird die technologische Weiterentwicklung im Bereich Umfrageforschung und Datenerhebung mit Bezug auf Zeitbudgeterhebungen sein. Ziel der Veranstaltung ist es, internationales Expertenwissen zur Nutzung dieser neuen Technologien zusammenzubringen und zu diskutieren, wie entsprechende Techniken für die Erhebung von Zeiterhebungsdaten anzuwenden sind. Dabei werden Themen wie

- Internet-basierte Befragungsformen,
- Methodische Fragen zu elektronischen Fragebögen,
- Computergestützte persönliche Befragung sowie
- Methodische und technische Aspekte der Messung von Arbeitszeit und Mediennutzung sowie

des Umfangs von bezahlter und unbezahlter Arbeit behandelt

Das vollständige Programm des Workshops und aktuelle Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.uni-lueneburg.de/nt-quest>.

Im Statistischen Bundesamt erteilt Dr. Manfred Ehling, Telefon (0611) 752903, E-Mail: manfred.ehling@statistik-bund.de, weitere Auskünfte.

2. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“

Am 12. und 13. Oktober 2000 veranstaltet das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt in Mannheim die 2. Nutzerkonferenz zur Forschung mit dem Mikrozensus. Die Konferenz wendet sich vorwiegend an Forscher, die mit den Daten des Mikrozensus arbeiten oder daran interessiert sind (siehe auch obigen Beitrag „Faktisch anonymisiertes Einzelmaterial aus dem Mikrozensus 1997 steht der Wissenschaft zur Verfügung“). Ziele der zweiten Nutzerkonferenz sind die auf der Basis dieser Daten gewonnenen neueren Forschungsergebnisse zu diskutieren, wie auch den Erfahrungsaustausch der Nutzer untereinander und mit den statistischen Ämtern als Datenproduzenten zu fördern. Hierzu werden Vorträge mit anschließenden Diskussionsrunden angeboten.

Am ersten Tag steht die Entwicklung am Arbeitsmarkt im Vordergrund. Dabei wird beispielsweise auf Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern, den Zusammenhang zwischen Beschäftigungsverhältnissen und Einkommen, dem Übergang zu selbständiger Erwerbsarbeit sowie auf spezielle Gruppen auf dem Arbeitsmarkt eingegangen. Am zweiten Tag werden vormittags methodische Aspekte beim Arbeiten mit dem Einzelmaterial des Mikrozensus und nachmittags Analysen zu Qualifikationsstrukturen und Bildungschancen erörtert.

Für die Tagung werden keine Teilnahmegebühren erhoben. Weitere Informationen erteilt Heike Wirth, Tel (0621) 1246269/-265. Die Anmeldung soll bis **1. September 2000** bei ZUMA unter folgender Adresse erfolgen

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen
Tagungssekretariat: Kerstin Hollerbach
Konferenz „Mikrozensus“
Postfach 122155
D-68072 Mannheim
Telefon: (0621) 1246174; Fax: (0621) 1246100
E-Mail: Hollerbach@zuma-mannheim.de

Kurznachrichten

„Die EU in Zahlen 2000“ erschienen

Das Statistische Bundesamt hat vor kurzem sein Faltblatt „Die EU in Zahlen“ in einer überarbeiteten Fassung neu aufgelegt. Die Ausgabe 2000 liefert in übersichtlicher Form aktuelle Strukturdaten der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Vergleich, veranschaulicht durch ergänzende Graphiken.

Nach einführenden allgemeinen Informationen über die Europäische Union und einer Darstellung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur der EU folgen statistische Informationen zu den Themenbereichen Bevölkerung und Arbeitsmarkt, Lebensstandard, Verkehr und Umwelt, Wirtschaft sowie Währung und Finanzen. Abschließend wird die Stellung der EU im internationalen Vergleich mit den Vereinigten Staaten und Japan aufgezeigt. Die Angabe von Summen bzw. von Durchschnittswerten für die EU insgesamt sowie für die elf Mitgliedstaaten der Eurozone erleichtert die Analyse des Zahlenmaterials und hilft, innerhalb der Union die Gemeinsamkeiten der Mitgliedstaaten, aber auch die in vielen Bereichen noch bestehenden strukturellen Unterschiede besser zu erkennen.

Einzelexemplare des Faltblattes können beim Statistischen Bundesamt, Gruppe VIII C, unter der Telefonnummer (0 1888) 6 43 84 73 angefordert werden

Beachtliche Zunahme des Wohlstands in den letzten fünfzig Jahren

1950 verfügte der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland – damals noch ohne das Saarland und Berlin sowie die neuen Länder – über durchschnittlich 116 DM Monatseinkommen, das bis auf knapp 4 DM für den privaten Konsum verwendet wurde. 1999 waren es im vereinten Deutschland im Durchschnitt 2480 DM pro Person im Monat, von denen 2270 DM für den Konsum ausgegeben und 210 DM gespart wurden.

Auch die Preise sind in diesen fünfzig Jahren gestiegen. Für Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs, die 1950 100 DM wert waren, mußten im Jahr 1999 402 DM gezahlt werden.

Die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Person war 1999 5,3mal so hoch wie im Jahr 1950

Die beachtliche Wohlstandszunahme auf das über Fünffache des Wertes von 1950 hat sich im Laufe der Jahre etwas abgeflacht: 1960 war das reale Pro-Kopf-Einkommen im früheren Bundesgebiet doppelt so hoch wie 1950 (+ 7,3% pro Jahr), 1970 3,3mal (+ 4,9% pro Jahr gegenüber 1960), 1980 4,4mal

(+ 3,0% pro Jahr gegenüber 1970) und 1990 5,3mal so hoch wie im Jahr 1950 (+ 1,8% pro Jahr gegenüber 1980) Im vereinten Deutschland stieg das reale Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1991 und 1999 im Jahresdurchschnitt um 0,8%.

Weitere Auskünfte erteilt Thomas Luh, Telefon (06 11) 75 22 18.

Insolvenzentwicklung 1999

Nach Inkrafttreten des neuen Insolvenzstatistikgesetzes kann das Statistische Bundesamt die im vergangenen Jahr unterbrochene Berichterstattung über das Insolvenzgeschehen wieder aufnehmen. Gegenwärtig liegen aus 13 Bundesländern, die im Vorgriff auf das neue Gesetz die Statistik fortgeführt haben, Jahresergebnisse für 1999 vor. Ein vollständiges Bundesergebnis ist im September 2000 zu erwarten

In den 13 Ländern haben die Insolvenzen 1999 gegenüber 1998 nur leicht zugenommen (+ 0,3%) Der Vergleich mit dem Vorjahr ist dadurch beeinträchtigt, daß durch die neue Insolvenzordnung zusätzlich das Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt worden ist Über 7% aller Insolvenzanträge waren dieser Kategorie zuzurechnen Weitgehend vergleichbar mit dem Vorjahr ist die Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen, die in den 13 Ländern gegenüber 1998 um über 4% zurückgegangen sind.

Ein Ziel der Insolvenzrechtsreform war es, den Anteil der Konkurse, die mangels Masse abgelehnt werden, das heißt bei denen nicht einmal die Verfahrenskosten gedeckt werden können, zu verringern. 1999 mußten etwa zwei Drittel aller Insolvenzanträge mangels Masse abgewiesen werden, 1998 waren es noch drei Viertel.

Überträgt man die vorliegenden Zahlen auf die Gesamtzahl aller Länder, durfte es 1999 zu rund 34 000 Insolvenzen gekommen sein, darunter knapp 27 000 von Unternehmen und Kleingewerbetreibenden.

Weitere Auskünfte erteilt Jürgen Angele, Telefon (06 11) 75 29 78.

Erdölimporte 1999

1999 wurden von Deutschland 103,6 Mill. t Rohöl im Wert von 24,6 Mrd. DM eingeführt. Das waren der Menge nach 3,9% geringere und dem Wert nach um 34,0% höhere Rohölimporte als 1998. Im Jahresdurchschnitt 1999 mußte für eine Tonne importiertes Rohöl 237 DM bezahlt werden. Damit verteuerte sich die Einfuhr von einer Tonne Rohöl binnen Jahresfrist

Kurznachrichten

um 47,2%. Dennoch wurde auch 1999 die Tonne Erdöl wesentlich billiger importiert als in der ersten Hälfte der 80er Jahre. Seinerzeit war das importierte Rohöl im Jahresdurchschnitt mit 622 DM/t (1984 und 1985) um 162% teurer als 1999

Die wichtigsten Erdöllieferanten für Deutschland waren im Jahr 1999 die Russische Föderation (28,0 Mill. t) und Norwegen (20,7 Mill. t), gefolgt von Libyen (14,4 Mill. t) sowie Großbritannien und Nordirland (13,0 Mill. t). Etwa ein Drittel der deutschen Rohöleinfuhren kam 1999 aus den Fördergebieten der Nordsee. Gegenüber 1998 gingen die Importe aus den Nordseeölquellen mengenmäßig um 17,9% zurück. Die Rohölbezüge aus Rußland stiegen in der gleichen Zeit um 6,7%

Mit einem Durchschnittswert von 262 DM/t war das aus Algerien importierte Erdöl 1999 am teuersten. Für Erdöl aus Kasachstan mußten durchschnittlich 256 DM/t und für jenes aus Norwegen 251 DM/t bezahlt werden. Vergleichsweise günstig waren demgegenüber die Rohölimporte aus Venezuela (189 DM/t) und aus Rußland (220 DM/t).

Weitere Auskünfte erteilt Hans Seibel, Telefon (06 11) 752475.

Nahezu jedes Kind in Deutschland lernt Englisch

Im Schuljahr 1998/99 wählte der weitaus überwiegende Teil (97,3%) der Schülerinnen und Schüler der 5. Klassenstufe, ab der flächendeckend Fremdsprachen-Unterricht erteilt wird, Englisch als erste Fremdsprache; die übrigen begannen mit Französisch oder Latein. In der 7. Klassenstufe lernten dann nahezu alle Schüler Englisch (99,8%), außerdem ein Drittel (35,2%) Französisch, jeder neunte (11,7%) Latein und jeder siebenundzwanzigste (3,7%) Russisch.

Insgesamt erhielten im Schuljahr 1998/99 62,0% (6,3 Mill.) aller Schülerinnen und Schüler Englischunterricht. Gegenüber dem Schuljahr 1992/93 ist dieser Anteil um 5,3 Prozentpunkte gestiegen, im wesentlichen zu Lasten von Russisch (-4,2 Prozentpunkte auf 1,8%), das früher in den neuen Ländern häufig erlernt wurde.

Weitere Auskünfte erteilt Marianne Renz, Telefon (06 11) 754141.

Ausgaben für den Kauf von Büchern

Die privaten Haushalte in Deutschland gaben im Durchschnitt monatlich für den Kauf von Büchern 22 DM aus, das sind 0,6% ihrer Ausgaben für den Privaten Verbrauch. Im früheren Bundesgebiet wurden pro

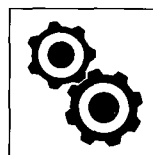
Haushalt monatlich 23 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 18 DM für Bücher ausgegeben (Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das 1. Halbjahr 1998)

Die Aufwendungen für Buchkäufe steigen mit wachsendem Haushaltsnettoeinkommen: Haushalte mit einem Monatsnettoeinkommen unter 1800 DM geben im Bundesdurchschnitt 10 DM für Bücher aus, Haushalte mit einem Nettoeinkommen von über 10000 DM dagegen 48 DM. Im früheren Bundesgebiet liegen die entsprechenden Werte bei 11 bzw. 49 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 8 bzw. 41 DM.

Weitere Auskünfte erteilt Thomas Krebs, Telefon (030) 23246867

Aus diesem Heft

Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich



Die Europäische Union hat durch die Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken (KonjunkturVO) weitreichende Anforderungen an die Mitgliedsländer im Bereich der kurzfristigen Unternehmensstatistik gestellt

Das gegenwärtige Datenangebot der deutschen amtlichen Unternehmensstatistik deckt diesen Datenbedarf im Handel und Produzierenden Gewerbe ganz überwiegend, nicht jedoch in den Bereichen Verkehr, Nachrichtenübermittlung, sonstige Dienstleistungen (NACE-Abschnitte I und K), in denen es gegenwärtig keine kurzfristigen Primärerhebungen der amtlichen Statistik gibt.

Da die Einführung einer neuen, kurzfristigen Primärstatistik in den genannten Bereichen mit hohen Kosten verbunden wäre und die betroffenen Unternehmen/Betriebe mit neuen, regelmäßigen statistischen Berichtspflichten belasten würde, wird gegenwärtig eine Strategie entwickelt, mit der die geforderten Informationen durch Nutzung von Einzeldaten aus administrativen Dateien bereitgestellt werden sollen.

Um die vierteljährlichen Konjunkturindikatoren „Umsatz“ und „Beschäftigte“ entsprechend den Vorgaben der KonjunkturVO bereitstellen zu können, sollen Einzeldatensätze aus der Betriebs-/Versicherungsdatei der Arbeitsverwaltung und aus den Umsatz-

Kurznachrichten

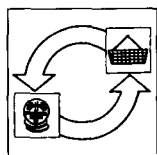
steuerdateien der Finanzverwaltungen mit einer aus dem Unternehmensregister gebildeten Statistik-Leitdatei verknüpft, hochgerechnet und den einzelnen Wirtschaftsbereichen als verdichtete Unternehmensdaten zugeordnet werden

Voraussetzung dafür ist, daß die Bundesanstalt für Arbeit vierteljährlich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den einzelnen Betrieben zuordnet und den statistischen Ämtern zur Verfügung stellt. Darüber hinaus ist die termingerechte Lieferung von Vierteljahresangaben zu den Umsätzen aus den Umsatzsteuerdateien der Finanzverwaltungen notwendig.

Gemäß den Bestimmungen der KonjunkturVO sind die statistischen Ämter verpflichtet, Eurostat Konjunkturindikatoren für diese Dienstleistungsbereiche spätestens ab Mitte 2003 bereitzustellen. Das vierteljährliche Verknüpfungskonzept muß also bis zu diesem Termin praxistauglich sein. Eine wichtige und kritische Voraussetzung hierfür ist, daß die gesetzliche Grundlage für einen unterjährlichen Zugang zu den benötigten Verwaltungsdaten rechtzeitig geschaffen wird. Darüber hinaus ist für die fachliche und organisatorisch-technische Projektumsetzung die intensive Kooperation zwischen statistischen Ämtern und dateiführenden Stellen notwendig.

Die vorgesehene Nutzung der Umsatz- und Beschäftigtenangaben aus administrativen Dateien für konjunkturstatistische Zwecke in den Dienstleistungsbereichen ist für die Unternehmen die am wenigsten belastende Vorgehensweise, da sie gänzlich ohne zusätzliche unterjährliche Erhebungen auskommt. Wenn die gemäß KonjunkturVO ab Mitte 2003 bereitzustellenden Vierteljahresdaten für den Dienstleistungsbereich jedoch nicht wie geplant über ein registergestütztes Konzept bereitgestellt werden können, müßten die Daten auf konventionellem Weg über eine neue vierteljährliche Primärerhebung gewonnen werden.

Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

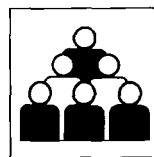


Der wachsenden Bedeutung der Urheberrechte in der heutigen Zeit wird jetzt auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Rechnung getragen: Seit dem Übergang auf das Europäische System

Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) im April 1999 werden Urheberrechte entstehungsseitig als Produktion und verwendungsseitig als immaterielle Investitionen dargestellt. Davor lagen die Urheberrechte außerhalb der Produktionsgrenze.

Der vorliegende Beitrag erläutert Konzept und Abgrenzung der Urheberrechte in den VGR und skizziert deren Bewertungsmethoden und Berechnungsverfahren. Mit 6,8 Mrd. DM im Jahr 1999 haben die Urheberrechte heute in Deutschland noch eine relativ geringe volkswirtschaftliche Bedeutung. Dennoch zeichnet sich ein steigender Anteil an den gesamten Anlageinvestitionen und am Bruttoinlandsprodukt ab. Der Trend zur Informationsgesellschaft scheint auch statistisch bereits sichtbar.

Ergebnisse des Mikrozensus 1999



Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1999 standen dem Arbeitsmarkt in Deutschland rund 40,5 Mill. Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) zur Verfügung. Gegenüber 1998 läßt sich – trotz

leichten Rückgangs der Erwerbsbeteiligung in den neuen Bundesländern – ein Anstieg der Erwerbspersonenzahl um 0,6% verzeichnen. Dieser beruhte maßgeblich auf der Zunahme der Zahl der weiblichen Erwerbspersonen um etwa 230 000 oder 1,3%.

Erstmalig seit 1991 haben sich Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in den alten und neuen Bundesländern parallel entwickelt: Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber April 1998 um rund 410 000 oder 1,4%, die Zahl der Erwerbslosen verringerte sich um gut 140 000 oder 5,2%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es knapp 130 000 mehr Erwerbstätige (+2%) und rund 150 000 weniger Erwerbslose (-9,3%).

Der Abbau an Vollzeitstellen bei den abhängig Beschäftigten um fast 3 Mill. seit 1991 wurde begleitet von einem Zuwachs an Teilzeitarbeitsplätzen um fast 1,6 Mill. Von diesem Strukturwandel profitierten insbesondere die Frauen. Unter den Teilzeitbeschäftigten in Deutschland im April 1999 (6,32 Mill. bzw. 19,5% aller abhängig Beschäftigten) waren die Frauen mit einem Anteil von 87% besonders stark vertreten.

Auch die geringfügige Beschäftigung ist eine weibliche Domäne. Im Mikrozensus 1999 haben hochgerechnet 2,42 Mill. Menschen, und zwar 1,87 Mill. Frauen und 0,56 Mill. Männer, angegeben, in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit ausgeübt zu haben. Das waren 6,7% aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Die bedeutendste Unterhaltsquelle bleibt nach wie vor das Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Im April 1999 bestritten rund 40,9% der Bevölkerung in Deutschland ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dieser Einkommensquelle. Seit 1991 ist dieser

Kurznachrichten

Anteil jedoch rückläufig. Wegen der Änderung der Altersstruktur und gestiegener Arbeitslosigkeit gewinnen Transferzahlungen des Staates als Unterhaltsquellen zunehmend an Bedeutung: Im April 1999 lebten in Deutschland 3,7% der Bevölkerung überwiegend von Arbeitslosengeld und -hilfe; für 25,5% der Bevölkerung stellten Renten- bzw. Pensionszahlungen (einschl. eigenem Vermögen, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, sonstiger Unterstützung) die wichtigste Bezugsquelle für den Lebensunterhalt dar.

Gewerbeanzeigen 1999



In den vier Jahren seit Einführung der bundeseinheitlichen Gewerbeanzeigenstatistik wurden 6,7 Mill. Gewerbemeldungen ausgewertet. 1999 haben 1,7 Mill. Gewerbetreibende den Beginn, die Ummeldung oder die Auf-

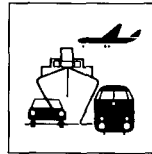
gabe eines Gewerbes angezeigt, dies ist gegenüber 1998 ein Rückgang um rund 1%.

781 000 dieser Anzeigen waren Anmeldungen eines Gewerbebetriebes. Bei über 50% dieser Meldungen handelte es sich um die Gründung eines Klein- oder eines Nebenerwerbsbetriebes. Bei rund einem Fünftel kam es zur Gründung von Unternehmen, bei denen eine gewisse wirtschaftliche Substanz vermutet werden kann, und in 7% der Fälle betraf die Anmeldung die Errichtung einer Zweigniederlassung oder unselbständigen Zweigstelle. Bei 16% der Anmeldungen wurde als Anlaß für die Anzeige eine Übernahme einschließlich Gesellschaftereintritte und Rechtsformänderungen mitgeteilt. 4% der Gewerbetreibenden gaben an, lediglich ihren Standort verlagern zu wollen. Bei 185 000 Ummeldungen wurden die Behörden darüber informiert, daß eine neue oder eine zusätzliche Tätigkeit aufgenommen wurde oder ein Umzug innerhalb des Meldebezirks stattgefunden hat.

Außerdem kam es 1999 zu 707 000 Abmeldungen, wobei in 56% der Fälle ein Kleingewerbe oder ein Nebenerwerbsbetrieb abgemeldet wurde, bei 14% war es die Stilllegung eines größeren Betriebes und bei 6% die Aufgabe einer Zweigniederlassung oder unselbständigen Zweigstelle. In weiteren 17% ist der Betrieb veräußert, vererbt oder verpachtet worden oder sind Gesellschafter ausgetreten oder die bisherige Rechtsform wurde abgemeldet. Die restlichen 7% gaben an, ihren Betrieb schließen zu wollen, aber an anderer Stelle neu zu beginnen.

Außer nach dem Anlaß werden die Gewerbeanzeigen auch in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen, Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden, Ursachen für die Abmeldung und Beschäftigtengrößenklassen dargestellt.

Unternehmen der Binnenschifffahrt 1999



Zur Statistik der Unternehmen der Binnenschifffahrt melden inländische Unternehmen, die Personen- oder Güterbeförderung mit Binnenschiffen betreiben. Unternehmen, die Binnenschifffahrt als Neben- oder Hilfstätigkeit ausüben, werden nur über diesen Ausschnitt ihrer gesamten Tätigkeit befragt. Dagegen müssen Unternehmen mit Binnenschifffahrt als Haupttätigkeit über ihre gesamte wirtschaftliche Tätigkeit berichten.

Der Beitrag stellt Ergebnisse in funktionaler und in institutioneller Abgrenzung vor. Die funktionale Darstellung ermöglicht vor allem einen Überblick über die Binnenschifffahrtstätigkeit aller befragten Unternehmen, die institutionelle Darstellung gibt dagegen Einblicke in die wirtschaftliche Gesamtlage derjenigen Unternehmen, die Binnenschifffahrt als Haupttätigkeit ausüben.

In funktionaler Darstellung waren Mitte 1999 insgesamt 1 195 in Deutschland ansässige Unternehmen in der Binnenschifffahrt tätig; das waren 99 weniger als im Vorjahr (-7,7%). Diese Unternehmen verfügten über 3 008 Binnenschiffe (-7,9%) zur Güter- und Personenbeförderung. Die Beschäftigung in den Unternehmensteilen „Binnenschifffahrt“ ging 1999 um 505 Personen (-6,2%) zurück und liegt jetzt bei 7 635 Personen. 1998 erzielten die Unternehmen mit 2,04 Mrd. DM einen um 5,4% geringeren Umsatz aus Binnenschifffahrt als im Vorjahr.

In institutioneller Darstellung betrieben von den 1999 ausschließlich oder überwiegend in der Binnenschifffahrt tätigen 1 126 Unternehmen 77% Güterschifffahrt und 23% Personenschifffahrt. Der Gesamtumsatz dieser Unternehmen, also einschließlich der Umsätze aus Tätigkeiten außerhalb der Binnenschifffahrt, im Jahr 1998 in Höhe von rund 2,27 Mrd. DM wurde zu 86% von Unternehmen der Güterschifffahrt erzielt, die restlichen 14% erwirtschafteten Unternehmen der Personenschifffahrt. Gegenüber dem Vorjahr sank der Gesamtumsatz der Unternehmen mit Schwerpunkt in der Binnenschifffahrt um 4,8%.

Finanzausgleich Bund – Länder



Im vorliegenden Beitrag wird sowohl der horizontale, das heißt zwischen den Bundesländern, wie auch der vertikale, das heißt zwischen Bund und den Bundesländern, Länderfinanzausgleich dargestellt.

Zunächst wird auf die Methode des horizontalen Finanzausgleichs und die Art der Berechnung ein-

Kurznachrichten

gegangen. Zentrale Zielgröße des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist das betreffende Land ausgleichsberechtigt, überschreiten sie ihn, ist es ausgleichspflichtig. Die Höhe der ausgleichspflichtigen Zahlung bzw. des Empfangs solcher Zahlungen ist abhängig von der Differenz dieser beiden Größen.

Im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs erhalten einzelne Länder Bundeszuweisungen zum Ausgleich ihrer Finanzschwäche und zum Ausgleich von Sonderlasten.

Anschließend werden die im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs geleisteten und empfangenen Zahlungen ab 1950 wie auch die seit 1967 gewährten Bundeszuweisungen im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs nach Ländern untergliedert nachgewiesen.

Das Volumen des Finanzausgleichs hat sich seit 1950 beträchtlich erhöht. 1950 betrug es 0,3 Mrd. DM, das waren 5,9% des Steueraufkommens der ausgleichspflichtigen Länder, und umfaßte lediglich den horizontalen Finanzausgleich. 1967 wurde der vertikale Finanzausgleich eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt belief sich das horizontale und vertikale Ausgleichsvolumen auf zusammen 2,0 Mrd. DM. 1999 waren es 40,4 Mrd. DM.

Abschließend werden einige wichtige Kritikpunkte zum Finanzausgleichsverfahren aufgelistet.

Kommunalfinanzen 2000



Dieser Beitrag basiert auf den Daten der kommunalen Haushaltsansatzstatistik 2000, die frühzeitig im Jahr einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden

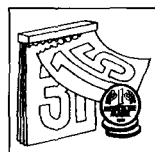
und Gemeindeverbände (Gv) geben. Als Vergleichszahlen werden die entsprechenden Ist-Ergebnisse aus der kommunalen Kassenstatistik für 1999 herangezogen.

Die Haushaltsplanungen für 2000 deuten auf eine weitere Stabilisierung der Gemeindefinanzen hin. Bei einem Einnahmeanstieg um 1,0% auf 289,3 Mrd. DM und einem Ausgabenrückgang um 0,2% auf 281,3 Mrd. DM ist eine Absenkung der Nettokreditaufnahme auf 0,1 Mrd. DM (1999: 0,4 Mrd. DM) vorgesehen.

Die Gemeinden/Gv. erwarten in ihren Haushaltsplanungen eine Zunahme der Steuereinnahmen um

5,5% auf 105,3 Mrd. DM. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Anstieg angesichts der Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr realisierbar ist. Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht in seiner aktuellen Prognose von einem viel geringeren Zuwachs aus (+ 1,6%).

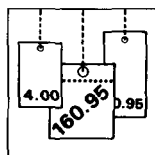
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1999



Im Jahr 1999 stiegen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste aller Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe um 2,8% von 5 120 auf 5 262 DM. Die Angestelltenverdienste im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhöhten sich um 3,2% von 4 799 auf 4 951 DM. Damit war die nominale Verdiensterhöhung in diesen beiden Wirtschaftsbereichen größer als im Vorjahr (mit Wachstumsraten von 2,4 bzw. 2,5%). Da sich die Preisentwicklung 1999 nochmals verlangsamte (+0,6 gegenüber +1,0% im Vorjahr), erhöhten sich die realen Bruttoverdienste um 2,2 bzw. 2,6%. Wie Modellrechnungen zeigen, ergibt sich auch hinsichtlich der realen Nettoverdienste eine Zunahme der Kaufkraft um mehr als 2% im Westen und um knapp 3% im Osten.

Die Auswertung der Tarifverträge, die neben den in die Verdiensterhebung einbezogenen Wirtschaftsbereichen die Sektoren Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Gebietskörperschaften berücksichtigt, ergab für die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter eine Zunahme von 2,6% und für die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten eine Zunahme um 2,5%. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen wurden die Stundenlohnsätze 1999 in etwa gleichem Umfang erhöht: im Handel um 2,8%, im Verarbeitenden Gewerbe um 2,6% und bei den Gebietskörperschaften um 2,5%. Am niedrigsten war die Anhebung mit 1,3% im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden.

Kaufkraftparitäten als Instrumente internationaler Preis- und Volumenvergleiche



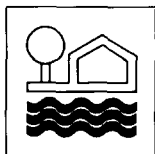
Für internationale Vergleiche der Wirtschaftstätigkeit und der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Landes ist das Bruttoinlandsprodukt der am meisten genutzte Indikator. Unterschiede im Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder sind nicht nur auf die Komponente „Waren- und Dienstleistungsvolumen“, sondern auch auf eine „Preiskomponente“ zurückzuführen, die beträchtliches Ausmaß erreichen kann.

Kurznachrichten

Eine Umrechnung der Aggregate des Bruttoinlandsprodukts mit Wechselkursen in eine einheitliche Währung berücksichtigt jedoch nicht immer zutreffend die unterschiedlichen Preisniveaus und die tatsächlichen volumenmäßigen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Für einen echten Volumenvergleich der Wirtschaftsaggregate sind Kaufkraftparitäten besser geeignet, die die Unterschiede im Preisniveau zwischen den einzelnen Ländern wiedergeben.

Die Methodik und die internationalen Vergleichsprogramme zur Berechnung von Kaufkraftparitäten werden im vorliegenden Beitrag ausführlich beschrieben. Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse des Europäischen Vergleichsprogramms 1997 dargestellt. Diese Ergebnisse beziehen sich auf Vergleiche des Preisniveaus und des Volumens des Bruttoinlandsprodukts für 20 Länder. Abschließend werden Eckdaten der Kaufkraftparitätenberechnungen für die 29 Mitgliedstaaten der OECD, darunter auch für Japan und die Vereinigten Staaten, präsentiert.

Regenerative Energieträger 1991 bis 1998



Mit diesem Beitrag legt das Statistische Bundesamt erneut Daten über erneuerbare Energieträger vor, die es aus amtlichen und nichtamtlichen Quellen zusammengestellt hat, und gibt somit einen Überblick über den

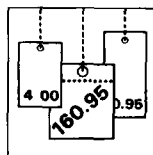
Einsatz moderner Technologien bei der Energieerzeugung.

Nach den vorliegenden Ergebnissen erhöhte sich die Primärenergiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern im Inland von 1991 bis 1998 von 241,1 Petajoule (PJ) um fast die Hälfte auf 359,5 PJ. Damit stammten 9,4% der Primärenergiegewinnung im Inland aus erneuerbaren Energien; ihr Anteil verdoppelte sich somit im Beobachtungszeitraum. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zum Primärenergieverbrauch stieg von 1,7% (1991) auf 2,5% im Jahr 1998. Zur Erzeugung von Strom und Wärme aus regenerativen Energien wurden hauptsächlich Biomasse/Abfälle, Wasser- und Windkraft eingesetzt. Bei den Anteilen der genannten Energieträger an der energetisch bewerteten Gesamtnutzung erneuerbarer Energiequellen gab es im Beobachtungszeitraum deutliche Verschiebungen. So stiegen die Anteile der Biomasse/Abfälle von 74,3 auf 76,7% und der Windkraft von 0,3 auf 4,6%, während der Anteil der Wasserkraft von 25,0 auf 17,6% zurückging.

Die Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen betrug 1991 rund 3,7% der gesamten Bruttostromerzeugung oder 19752 GWh. Sie erhöhte

sich bis zum Jahr 1998 um über 36% auf 26973 GWh, was 4,9% der Bruttostromerzeugung entsprach.

Preise im April 2000



Im April 2000 war in Deutschland die Preisentwicklung auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen uneinheitlich. Innerhalb eines Monats stieg der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 0,4%, der Index der Großhandelsverkaufspreise ging dagegen um 0,4% zurück und der Index der Einzelhandelspreise um 0,1%. Unverändert blieb der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Damit wurden erstmals seit Oktober vergangenen Jahres auch wieder rückläufige Indizes registriert. Die Jahresveränderungsraten aller Indizes waren allerdings weiterhin positiv. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich innerhalb eines Jahres um 1,5% erhöht, der Erzeugerpreisindex um 2,1% und der Index der Großhandelsverkaufspreise um 4,8%. Vergleichsweise gering war der Anstieg des Einzelhandelspreisindex mit 0,5%.

Gastbeiträge

Sozialhilfebezug in Ost und West – Eine vergleichende Analyse auf Basis der 25%-Stichprobe

Während eines Gastaufenthaltes beim Statistischen Bundesamt hat Dipl.-Volkswirtin Monika Burmester die Daten der 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik ausgewertet. Einige Ergebnisse dieser Untersuchungen zu den regionalen Disparitäten in der Sozialhilfequote werden in dem vorliegenden Beitrag präsentiert. Er hat den Vergleich der Struktur der Sozialhilfeempfänger und deren Haushalte in den alten und den neuen Bundesländern zum Inhalt.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur die Sozialhilfequoten der neuen Bundesländer von denen der alten Länder stark abweichen. Es gibt zudem deutliche Unterschiede in der Regional- und Sozialstruktur. Verschiedene Haushaltsformen werden ebenso betrachtet wie die Sozialhilfequote für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen. Als Grund für den Sozialhilfebezug ist neben sozialen Ausnahmefaktoren auch der Erwerbsstatus berücksichtigt. In der abweichenden Erwerbsorientierung von Frauen dürfte ein wesentlicher Grund für die niedrigere Sozialhilfequote in den neuen Ländern liegen. Darüber hinaus werden Unterschiede in den Haupteinkommensarten, in der Einkommenslücke

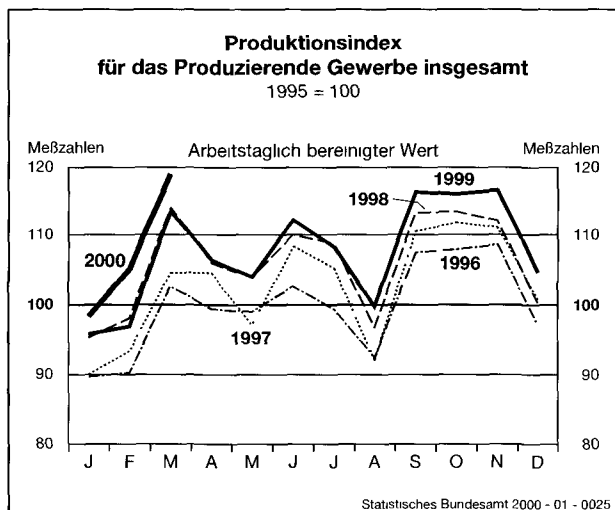
Kurznachrichten

und in der Wohnkostenbelastung der Haushalte herausgestellt. Abschließend wird auf die unterschiedliche Bezugsdauer eingegangen. Die aufgezeigten Differenzen lassen es sinnvoll erscheinen, die beiden Regionen getrennt voneinander zu analysieren. Eine gesamtdeutsche Perspektive, die dominiert ist von der Struktur im früheren Bundesgebiet, trübt den Blick für die spezifische Situation in den neuen Ländern.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

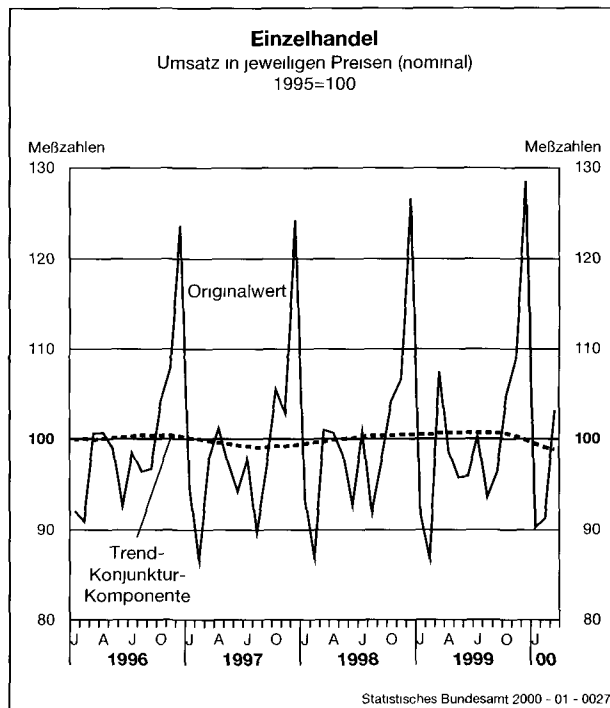
Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im März 2000 mit einem Stand von 119,0 (1995=100) um 4,8% höher als im März 1999



Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im März 2000 nominal 4,0% und real 4,9% weniger als im März 1999 um. In den ersten drei Monaten des Jahres 2000 wurden nominal 0,5% mehr und real 0,5% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Im März 2000 verzeichneten alle Branchen des Einzelhandels nominal und real niedrigere Umsätze als im Vorjahresmonat: der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal -1,5%, real -1,7%), der Einzelhandel mit Waren verschiedener



Art (nominal -2,8%, real -2,0%), der Sonstige Fach-einzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet (nominal -5,0%, real -4,9%) und der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -5,8%, real -5,7%). Im Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen (nominal -7,5%, real -19,2%) war die Umsatzentwicklung in den beiden dazugehörigen Branchen auch jeweils negativ, aber im Umfang stark divergierend (Versandhandel nominal -3,9%, real -5,0%, Brennstoffhandel nominal -19,8%, real -47,5%).

Im März 2000 wurde im Vergleich zum Februar 2000 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,5% und real 2,0% weniger abgesetzt.

Außenhandel

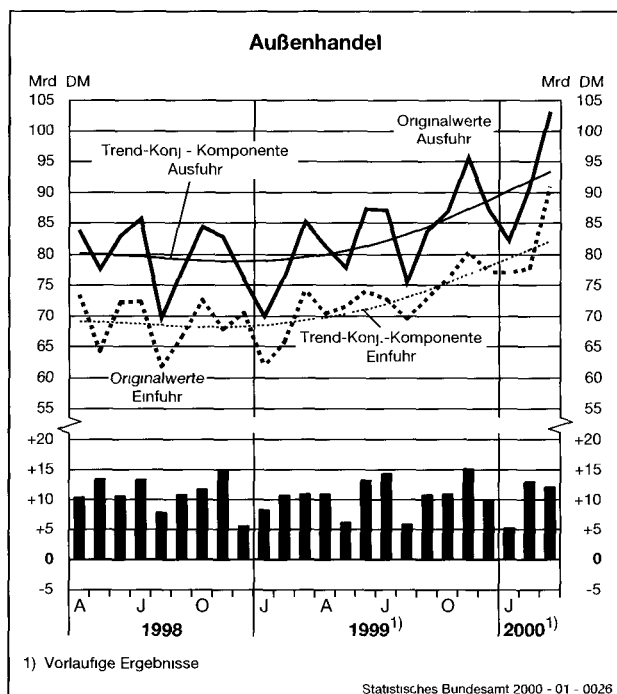
Im März 2000 wurden von Deutschland Waren im Wert von 103,2 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 91,0 Mrd. DM eingeführt. Die deutschen Ausfuhren lagen damit in diesem Berichtsmonat um 21,1% und die Einfuhren um 22,5% höher als im März 1999. Die Außenhandelsbilanz schloß im März 2000 mit einem Überschuß von 12,1 Mrd. DM ab. Im März 1999 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz + 10,9 Mrd. DM betragen.

Im Vergleich zum Vormonat stieg der nominale Ausfuhrwert um 13,6% und der nominale Einfuhrwert um 16,9%. Nach Ausschaltung von Kalender- und Saisoneinflüssen verblieb hier immerhin noch ein Aus-

Kurznachrichten

fuhranstieg von 4,7% sowie ein Anstieg der Einfuhr von 6,5%. Die Trend-Konjunktur-Komponente (Berliner Verfahren, Version 4) wies bereits ab Januar 1999 für die Aus- und Einfuhr im Vormonatsvergleich wieder positive Veränderungsraten auf. Im März 2000 lag sie für die Ausfuhr um 1,7% und für die Einfuhr um 1,6% über dem Vormonatsniveau

Für den weiteren Jahresverlauf sagten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten eine leichte Abschwächung des Exportbooms vorher. Ihre Prognose beruht auf der Annahme eines Abflachens der US-amerikanischen Konjunktur, einer leichten Aufwertung des Euro sowie einem Nachlassen des positiven Einflusses eines niedrigen Euro auf die Wettbewerbsposition des deutschen Außenhandels.



Die Außenhandelskonjunktur erreichte damit im März 2000 nach den Wirtschafts- und Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika, von denen sich der deutsche Außenhandel ab Mitte des vergangenen Jahres zu erholen begann, einen neuen Boom. Im März des Vorjahres hatten die Außenhandelswerte für jenes Jahr erstmals über den Vergleichswerten des Jahres 1998 gelegen

Zur Beurteilung der Einfuhrentwicklung sind Preiseffekte zu berücksichtigen. So stieg der Index der Einfuhrpreise im März 2000 im Vorjahresvergleich um 10,9%. Grund hierfür ist vor allem der anhaltend hohe Rohölpreis. Der Ausfuhrpreisindex stieg demgegenüber lediglich um 2,8% gegenüber dem Vorjahresmonat. Zurückzuführen ist der Anstieg der Ausfuhren hingegen vor allem auf die gestiegene Nachfrage der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in die im März 2000 fast 58% der Ausfuhren Deutschlands (+24,9% gegenüber dem Vorjahresmonat) versandt wurden. Der entsprechende Ausfuhranstieg in die Länder außerhalb der EU betrug 16,2% und wurde durch die Abwertung des Euro begünstigt.

Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich

1 Ausgangslage

Die Europäische Union (EU) hat durch die Ratsverordnung (EG) Nr. 1165/98 über Konjunkturstatistiken (KonjunkturVO)¹⁾ weitreichende Anforderungen an die Mitgliedsländer im Bereich der kurzfristigen Unternehmensstatistik gestellt. Mit dem Ziel harmonisierter Konjunkturstatistiken innerhalb der Europäischen Union ist in den Anhängen der KonjunkturVO im Detail festgelegt, welche Merkmale mit welchen Bezugszeiträumen und Lieferfristen für welche Wirtschaftsbereiche von den nationalen statistischen Ämtern der 15 Mitgliedstaaten ermittelt und an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) geliefert werden müssen.

Das gegenwärtige Datenangebot der deutschen amtlichen Unternehmensstatistik kann diesen Datenbedarf nur zum Teil befriedigen. Während im Handel und Produzierenden Gewerbe ein detailliertes kurzfristiges Berichtssystem existiert und damit die geforderten Daten vorhanden oder mit geringem Mehraufwand lieferbar sind, gibt es Wirtschaftsbereiche, die in Deutschland durch unterjährliche Erhebungen der amtlichen Statistik bislang nur unzureichend oder überhaupt nicht erfaßt sind. Zu nennen sind hier in erster Linie die Bereiche Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Abschnitte I und K der NACE Rev. 1)²⁾.

Für den NACE-Abschnitt I und für die beiden Abteilungen 72 (Datenverarbeitung, Datenbanken) und 74 (Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) des NACE-Abschnitts K verlangt die KonjunkturVO gemäß Anhang D Quartalsangaben zu den Merkmalen Umsatz und Beschäftigtenzahl, die innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Quartals an Eurostat zu liefern sind³⁾. Dabei ist es den nationalen statistischen Ämtern freigestellt, die Daten als absolute Zahlen oder als Indizes zu übermitteln. Bis zur erstmaligen Lieferung wird

den Mitgliedsländern ein Übergangszeitraum von fünf Jahren ab Inkrafttreten der Verordnung gewährt, das heißt Deutschland muß die Daten spätestens zur Mitte des Jahres 2003 zum ersten Mal an Eurostat übermitteln.

Um die beschriebenen Lieferverpflichtungen der KonjunkturVO aus Anhang D für die NACE-Abschnitte I und K (Abteilungen 72 und 74) zu erfüllen, gibt es grundsätzlich zwei Alternativen. Die eine Möglichkeit – der konventionelle Weg – bestünde in der Einführung neuer vierteljährlicher Erhebungen in diesen Wirtschaftsbereichen. Die Ausweitung des Berichtssystems wäre allerdings mit hohen Kosten verbunden und würde die betroffenen Unternehmen mit neuen regelmäßigen Berichtspflichten erheblich belasten. Dies wiegt um so schwerer, da zukünftig Unternehmen aus den NACE-Abschnitten I und K für eine neue, jährliche Repräsentativstatistik auf Stichprobengrundlage auskunftspflichtig sein werden, mit der neben nationalem Datenbedarf auch umfangreiche Datenanforderungen der EU aus der Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik⁴⁾ abgedeckt werden sollen. Deshalb konzentrieren sich die Überlegungen zur Ermittlung von Vierteljahresdaten für diese Dienstleistungsbereiche auf eine andere Möglichkeit – die registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich (sog. Alternativkonzept).

2 Grundidee

Das Alternativkonzept beruht auf dem Grundgedanken, bereits vorhandene Datenbestände aus Verwaltungsdateien für Zwecke der Unternehmensstatistiken zu nutzen. Zur Erfüllung der Datenanforderungen aus der KonjunkturVO kommen insbesondere die monatlichen bzw. vierteljährlichen Umsatzdaten der Finanzverwaltungen sowie die Beschäftigtenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit in Betracht.

Im Rahmen des Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und Vorauszahlungsverfahrens müssen in Deutschland alle Unternehmen⁵⁾, deren Umsatz über 32 500 DM und deren Steuer über 1 000 DM im Jahr liegt, monatlich⁶⁾ oder vierteljährlich⁷⁾ Angaben zu den im vorigen Monat bzw. Quartal getätigten Umsätzen machen.

Ähnlich vollständig liegen bei der Bundesanstalt für Arbeit Meldungen über Beschäftigte vor, die über das integrierte Meldeverfahren zur Sozialversicherung eingehen. Bei zusätzlicher Nutzung von Angaben aus der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit ist es möglich, die personenbezogenen Angaben zu betriebsbezogenen Beschäftigtenzahlen zu verdichten.

Da von der EU für den NACE-Abschnitt I und die NACE-Abteilungen 72 und 74 nur die beiden Merkmale Umsatz

¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken, Amtsbl. der EG Nr. L 162/1 vom 5. Juni 1998.

²⁾ Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes (Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften revidiert).

³⁾ Zusätzlich wird in Pilotstudien untersucht, ob die Bereitstellung von Konjunkturindikatoren auch für die NACE-Abteilungen 70 (Grundstücks- und Wohnungswesen), 71 (Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal), 73 (Forschung und Entwicklung) und für die NACE-Abschnitte M bis O (Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, Veterinär- und Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen) möglich ist.

⁴⁾ Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik, Amtsbl. der EG Nr. L 14/1 vom 17. Januar 1997, geändert durch Verordnung (EG, Euratom) Nr. 410/98 des Rates vom 16. Februar 1998, Amtsbl. der EG Nr. L 52 vom 21. Februar 1998.

⁵⁾ Nicht erfaßt werden Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen bzw. bei denen keine Steuerzahllast entsteht (z. B. niedergelassene Ärzte und Zahnärzte ohne Labor, Behörden, Versicherungsvertreter, landwirtschaftliche Unternehmen).

⁶⁾ Falls die Umsatzsteuer des Vorjahres mehr als 12 000 DM betrug.
⁷⁾ Falls die Umsatzsteuer des Vorjahres höchstens 12 000 DM betrug.

und Beschäftigtenzahl gefordert werden, konnte bei Nutzung der beiden genannten Datenquellen auf vierteljährliche Erhebungen in den erwähnten Dienstleistungsbereichen verzichtet werden

3 Ablaufskizze

Die methodischen Überlegungen im Statistischen Bundesamt zum Alternativkonzept gehen nun dahin, daß die Finanzverwaltungen und die Bundesanstalt für Arbeit den statistischen Ämtern die genannten Daten zu jedem vierteljährlichen Liefertermin auf Einzeldatenbasis übermitteln. Die Finanzverwaltungen würden dann zu jedem Umsatzsteuerpflichtigen die im Vorquartal getätigten Umsätze, die Bundesanstalt für Arbeit für jeden einzelnen Betrieb zum jeweiligen Stichtag des Vorquartals die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übermitteln. Neben den Schlüsselvariablen Umsatz und Beschäftigtenzahl müßten für die einzelnen Beobachtungseinheiten weitere Merkmale, wie Name und Anschrift, Wirtschaftszweigkennung und Identifikationsnummer (im Falle der Unternehmensdaten der Länderfinanzverwaltungen wäre dies die Umsatzsteuer Nummer, bei den Betriebsangaben der Bundesanstalt für Arbeit die Betriebsnummer) mitgeliefert werden.

In einem nächsten Schritt würden dann anhand dieser Identifikationsnummern die Einzeldaten der Steuer- und Arbeitsverwaltung mit dem Unternehmensregister verknüpft. Beim Aufbau des Unternehmensregistersystems (URS) durch die statistischen Ämter werden gegenwärtig auch die Betriebe und Unternehmen aus den sonstigen Dienstleistungsbereichen erfaßt und künftig einmal jährlich aktualisiert.⁸⁾ Da beim Aufbau des URS derzeit auch die Betriebsnummern und Umsatzsteuer Nummern mit eingearbeitet werden, konnte die vom Alternativkonzept vorgesehene Verknüpfung der Verwaltungsdaten mit dem Unternehmensregister automatisiert über diese Identifikatoren erfolgen. Im Unternehmensregister ist außer den beiden Identifikationsnummern zu jedem Betrieb bzw. Unternehmen auch die Wirtschaftszweigzugehörigkeit der Einheiten nach der Klassifikation WZ 93⁹⁾ der amtlichen Statistik enthalten, die sich in die internationale Klassifikation NACE Rev. 1 überführen läßt.

Mit diesen Hilfsmitteln wären alsdann Umsatzangaben der Finanzverwaltungen und die Beschäftigtenangaben der Bundesanstalt für Arbeit zusammenzuführen und anschließend über das Unternehmensregister einheitlich den Wirtschaftszweigen zuzuordnen. Da erfahrungsgemäß die Zuordnung der Betriebe/Unternehmen zu den einzelnen Wirtschaftszweigen in den Dateien der Finanzverwaltungen und der Bundesanstalt für Arbeit nicht immer den Anforderungen der Statistik genügt, wäre durch die Verknüpfung mit dem Unternehmensregister gewährleistet, daß die Umsätze und Beschäftigtenzahlen aus den Verwaltungsregistern konsistent und statistisch korrekt den Wirtschaftszweigen zugeordnet würden.

4 Die Rolle des Unternehmensregisters

Wie die obigen Ausführungen zeigen, kommt dem Unternehmensregister im Alternativkonzept eine wichtige Rolle zu, da es als Schaltstelle fungiert und die Zusammenführung von Einzeldaten aus unterschiedlichen Datenquellen ermöglicht. Das Unternehmensregister übernimmt jedoch nicht nur die Aufgabe der Zuordnung der Verwaltungsdaten zu den Wirtschaftszweigen, sondern erfüllt gleichzeitig eine Reihe weiterer für das Alternativkonzept wichtiger Funktionen:

- Verdichtung zu Unternehmensdaten. Die Bundesanstalt für Arbeit kann Beschäftigtendaten nur auf Betriebsebene abbilden. Nach der KonjunkturVO ist bei den Dienstleistungsbereichen das Unternehmen die zugrundezulegende Berichtseinheit, das heißt nicht die Angaben der einzelnen Betriebe müssen den Wirtschaftszweigen zugeordnet werden, sondern die Angaben des Unternehmens gemäß dem Schwerpunkt seiner wirtschaftlichen Aktivitäten. Deshalb müssen die Betriebsdaten der Bundesanstalt für Arbeit zu Unternehmensdaten verdichtet werden. Allein aus dem Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit läßt sich der Unternehmenszusammenhang zwischen einzelnen Betrieben jedoch nicht ermitteln. Eine Verdichtung zu Unternehmensdaten ist nur unter Hinzuziehung der im Unternehmensregister enthaltenen Informationen über den Zusammenhang zwischen den Betrieben und den Unternehmen möglich.
- Erkennen von Organschaften. In den Umsatzsteuerdateien der Finanzverwaltungen sind nicht immer Umsatzangaben von Unternehmen gespeichert. Organschaften werden dort gesondert behandelt. Organschaften sind steuerliche Zusammenschlüsse mehrerer ansonsten rechtlich selbständiger Unternehmen, von denen eines – der Organträger – den gemeinsamen Umsatz aller zur Organschaft gehörenden Unternehmen meldet. Der in den Umsatzsteuerdateien gespeicherte Organschaftsumsatz läßt sich allerdings nachträglich nicht auf die einzelnen Unternehmen (Organgesellschaften) aufsplitten. Sollten die eine Organschaft bildenden Unternehmen zu unterschiedlichen Wirtschaftszweigen gehören, konnte es zu erheblichen Ergebnisverzerrungen kommen, wenn der Umsatz der Organschaft allein dem Wirtschaftszweig zugeschlagen wurde, dem der Organträger als meldendes Unternehmen angehört. Das Unternehmensregister wird deshalb eine wichtige Informationsquelle sein, um den Organträger einer Organschaft zu identifizieren und um herauszufinden, welche anderen Unternehmen der Organschaft angehören. Insofern wird dem Unternehmensregister auch eine wichtige Funktion bei nachträglich notwendigen Korrekturen der wirtschaftsbereichsspezifischen Umsatzverteilung bei Organschaften zukommen.
- Rahmen für Schatzverfahren. Über Vollständigkeit und Qualität der Verwaltungsdaten der Finanzbehörden und der Bundesanstalt für Arbeit, die ja recht kurzfristig vorliegen müssen, gibt es noch keine zuverlässigen Erkenntnisse. Es ist davon auszugehen, daß nicht für alle Unternehmen bzw. Betriebe die aktuellen

⁸⁾ Hinsichtlich weiterführender Informationen zum Aufbau des Unternehmensregisters siehe Hagenkört, S. „Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters“ in WiSta 12/1999, S. 942 ff.

⁹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

Vierteljahreszahlen zur Verfügung stehen werden. Es muß folglich ein Schätzverfahren entwickelt werden, in dem von den Unternehmen/Betrieben mit aktuellen Vierteljahresangaben auf die Einheiten geschlossen wird, für die die aktuellen Daten noch nicht vorliegen. Das Unternehmensregister wird in Verbindung mit der jährlichen Dienstleistungsstatistik eine geeignete Schätzbasis liefern.

Das Funktionieren des Alternativkonzepts in der Praxis hängt also vom Bestehen eines funktionfähigen und vollständigen Unternehmensregisters ab.

5 Alternativkonzept und jährliche Dienstleistungsstatistik

Das zukünftige statistische Berichtssystem in den Wirtschaftsbereichen Verkehr und sonstige Dienstleistungen soll aus zwei Hauptkomponenten bestehen:

Konjunkturindikatoren sollen – sofern die zur Zeit durchgeführten Testauswertungen diesen Weg als gangbar zeigen¹⁰⁾ – über das beschriebene registergestützte Berichtssystem gewonnen werden.

Strukturdaten, das heißt tiefgegliederte Unternehmensdaten, die Aussagen zur Entwicklung von Kostenstruktur, Investitionstätigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Leistung der Unternehmen aus den genannten Dienstleistungsbereichen ermöglichen, sollen auf konventionellem Weg über eine neue jährliche Primärerhebung auf Stichprobenbasis bereitgestellt werden (Dienstleistungsstatistik). Nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen soll sich der Auswahlatz auf höchstens 20% der Unternehmen der Berichtskreise belaufen, um repräsentative Länderergebnisse zu erhalten. Ein Rotationsverfahren würde gewährleisten, daß kleine Unternehmen, die für eine Berichtsperiode meldepflichtig waren, in folgenden Berichtsperioden nicht in die Erhebung einbezogen würden, wodurch die Belastung der kleinen Unternehmen mit statistischen Berichtspflichten so gering wie möglich gehalten wird. Eine weitere Entlastung soll ein reduzierter Merkmalskatalog bieten. Die dann jährlich zur Verfügung stehenden Strukturdaten werden eine geeignete Fortschreibungsgrundlage für die EU-Konjunkturstatistik in diesen Wirtschaftsbereichen sein.

6 Aufgabenblöcke

Bis zur Verwirklichung des Alternativkonzeptes müssen eine ganze Reihe rechtlicher, konzeptioneller und DV-technischer Sachverhalte geklärt werden. Die wichtigsten Arbeitsschritte sind.

a) Durchführung von Testauswertungen

Bevor der Weg des Alternativkonzeptes beschrritten wird, sollen die Daten aus dem Umsatzsteuer-Voranmeldungs- und Vorauszahlungsverfahren (UVV) und dem integrierten

Meldeverfahren zur Sozialversicherung auf ihre Qualität und praktische Verwendbarkeit für die Zwecke der KonjunkturVO getestet werden.

Für den Test mit Daten der Finanzverwaltungen wurde unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen eine Arbeitsgruppe „Verwaltungsdatennutzung“ eingerichtet, der Mitarbeiter aus dem Bundesministerium der Finanzen, dem Statistischen Bundesamt, dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, der Oberfinanzdirektion Koblenz und dem Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (für die Oberfinanzdirektionen aus Nordrhein-Westfalen) angehören. Das Testdesign und die ablauftechnischen Grundzüge des Tests wurden Mitte letzten Jahres von der Arbeitsgruppe abgestimmt.

In ausgewählten Oberfinanzdirektionen (OFD) sollen die monatlichen Umsatzangaben aus dem UVV mit Umsatzangaben aus dem Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe verglichen werden. Um den Testaufwand in möglichst engen Grenzen zu halten, wurde der Berichtskreis des Tests auf Mehrbetriebsunternehmen (MBU) des Verarbeitenden Gewerbes mit Sitz in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen beschränkt. Dieser Berichtskreis ist inzwischen um MBU mit Sitz in Brandenburg erweitert worden, um auch Ergebnisse aus einem der neuen Länder zu prüfen.

Zur Wahrung des Datenschutzes – für den Test kann keine besondere Rechtsgrundlage geschaffen werden – kann der Test nicht mit Einzelangaben durchgeführt werden. Um nicht zu einem aus fachlicher Sicht unbefriedigenden reinen „Summenvergleich“ zwischen UVV-Angaben und Angaben aus dem Monatsbericht zu kommen, wird als Kompromiß ein „MBU-Paarvergleich“ durchgeführt, das heißt die Statistischen Landesämter identifizieren die Umsatzsteuernummern der MBU und schicken diese Nummern ohne weitere Informationen an die Oberfinanzdirektionen. Dort werden für diese Unternehmen für die Berichtsmonate Januar bis Dezember 1999 die Umsatzangaben aus dem UVV ermittelt, paarweise aufsummiert und den beteiligten Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt. Anschließend spielen die Statistischen Landesämter für diese durch die Oberfinanzdirektionen festgelegten MBU-Paare die Umsatzangaben aus dem Monatsbericht zu. Mit diesem Verfahren ist die Geheimhaltung sichergestellt. Es können den einzelnen Unternehmen keine Umsatzangaben zugeordnet werden.

Für die Datenerfassung hat das Statistische Bundesamt eine Excel-Anwendung entwickelt, die den Statistischen Landesämtern und den Finanzverwaltungen zur Verfügung gestellt wurde. Die Ergebnisse des Tests sollen Mitte Juni dieses Jahres vorliegen und dann evaluiert werden.

Eckpunkte für den Test mit Betriebsdaten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wurden Ende 1999 zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und dem Statistischen Bundesamt vereinbart.

Neben dem Vergleich der Verwaltungsdaten mit Ergebnissen aus einer amtlichen Primärerhebung soll dabei überprüft werden, inwieweit die Daten der Bundesanstalt für

¹⁰⁾ Gegenwärtig werden Testauswertungen mit Daten der Finanzverwaltungen und der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt, die Aufschluß über die Praktikabilität des Alternativkonzeptes und über die zu erwartende Qualität der Ergebnisse geben sollen (siehe die Ausführungen im folgenden Kapitel 6, Aufgabenblöcke).

Arbeit dem von der KonjunkturVO vorgegebenen Zeitrahmen genügen. Dafür wurden die Beschäftigtenangaben eines bestimmten Quartalsstichtags nach drei Monaten – wie vom Alternativkonzept aufgrund der Vorgaben der KonjunkturVO vorgesehen – und nach sechs Monaten – wenn nach BA-Erfahrungen für ein Referenzdatum die An- und Abmeldungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem integrierten Meldeverfahren nahezu vollständig bei der Bundesanstalt für Arbeit vorliegen – ausgezählt und zu Betriebsdaten verdichtet. Diese Betriebsdaten hat die Bundesanstalt für Arbeit dem Statistischen Bundesamt im Januar 2000 zur Verfügung gestellt. Übermittelt wurden retrospektiv für die Berichtsquartale 2/1997 bis 2/1998 insgesamt 10 Dateien (für jeden Berichtsstichtag zwei Dateien mit unterschiedlichem Auszählungs-Time-lag) mit jeweils über 2 Millionen betrieblicher Einzeldaten. Die Dateien werden gegenwärtig im Statistischen Bundesamt aufbereitet und ausgewertet. Mit Ergebnissen aus diesem Test, der im Vergleich zum OFD-Test breitere Analysemöglichkeiten bietet, ist ebenfalls noch in der ersten Jahreshälfte 2000 zu rechnen.

Sollte sich bei den geschilderten Tests herausstellen, daß ein Rückgriff auf die genannten Registerdaten den Qualitätsvorgaben der Konjunkturstatistik nicht genügen kann, müßte in Deutschland über das Verfahren zur Bereitstellung von Konjunkturindikatoren in den Dienstleistungsbereichen neu nachgedacht werden.

b) Fachkonzept für Datenmanagement, Datenaufbereitung und Datenauswertung

Konkretisiert werden müssen Form und Inhalte der zu übermittelnden Daten und der technische Ablauf des Datentransfers an die statistischen Ämter.

In diesem Zusammenhang muß auch geklärt werden, ob die Datenlieferungen zentral an das Statistische Bundesamt oder dezentral an die Statistischen Ämter der Länder erfolgen sollen und ob eine Verbindung mit anderen bereits bestehenden Datenlieferungen von diesen Verwaltungen an die Statistik, wie zum Beispiel von den Finanzverwaltungen für die jährliche Umsatzsteuerstatistik oder von der Bundesanstalt für Arbeit für die vierteljährliche/jährliche Beschäftigtenstatistik, möglich ist. Dies erfordert eine detaillierte Prüfung der damit einhergehenden fachlichen, kostenmäßigen und rechtlichen Implikationen sowohl für die statistischen Ämter als auch für die datenliefernden Verwaltungen.

Was den Datenbereich betrifft, muß ein Fachkonzept für das Datenmanagement entwickelt werden. Hierzu gehört die Strukturierung einer Statistik-Leitdatei, das heißt die Festlegung eines auf die spezifischen Notwendigkeiten des Alternativkonzepts ausgerichteten Auszugs aus dem Unternehmensregister, der jeweils für ein Jahr konstant zu halten wäre und mit dem – losgelöst vom eigentlichen Unternehmensregister – im unterjährlichen Bereich gearbeitet werden kann.

Neben dem Konzept für die Datenhaltung muß ein Konzept für die Datenaufbereitung und Datenauswertung entwickelt werden.

Maßgeblich für die Entwicklung der Fachkonzepte sind die Regelungen der KonjunkturVO einerseits und die Inhalte der Dateien der Finanzverwaltungen bzw. der Bundesanstalt für Arbeit andererseits.

Aufgrund des engen – von der EU vorgegebenen – Zeitrahmens müssen sowohl die Umsatzdaten als auch die Beschäftigtendaten zu Zeitpunkten an die amtliche Statistik geliefert werden, zu denen noch nicht alle Meldungen bei den Finanzverwaltungen bzw. bei der Bundesanstalt für Arbeit eingegangen sind. Die durch diese Datenlücken verursachten Ergebnisverzerrungen sollen soweit als möglich über geeignete Schätzmodelle kompensiert werden.

Die Fachkonzepte für Datenmanagement, Datenaufbereitung und Datenauswertung sollen möglichst bis Ende 2000 umgesetzt sein.

c) DV-technische Realisierung

Für die Implementierung der Fachkonzepte in die Praxis sind entsprechende DV-Programme zu entwickeln. Spätester Realisierungszeitpunkt hierfür ist Ende 2001.

d) Schaffung einer Rechtsgrundlage für einen unterjährlichen Datentransfer

Voraussetzung für die Verwirklichung des Alternativkonzepts ist schließlich eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung der genannten Verwaltungsdaten an die statistischen Ämter. Das Statistische Bundesamt hält aufgrund des engen Zeitrahmens – die ersten Daten für die Konjunkturstatistik müssen spätestens Mitte 2003 an Eurostat geliefert werden – eine gesonderte, auf die statistische Verwendung dieser Daten zugeschnittene Rechtsgrundlage für sinnvoll. Da die Bereitstellung der Beschäftigten- und Umsatzdaten mit entsprechendem Aufwand in den dateiführenden Verwaltungen verbunden sein wird, muß in die zu schaffende Rechtsgrundlage auch eine Regelung der Kostenfrage integriert werden. Andere Lösungen, wie zum Beispiel die Schaffung einer allgemeinen Zugangsregelung für die amtliche Statistik zu Verwaltungsregistern, wären nach allen Erfahrungen nicht, jedenfalls nicht rechtzeitig realisierbar. Das Statistische Bundesamt hat einen ersten Entwurf für ein entsprechendes Konjunkturstatistikdurchführungsgesetz (KoStatDG) im November 1999 als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Ein solches Gesetz sollte bis spätestens Ende 2001 vorliegen.

e) Praxistest

Weil mit der registergestützten Datengewinnung für die KonjunkturVO statistisches „Neuland“ betreten wird, müssen vor ersten Datenlieferungen an Eurostat umfangreiche Praxistests sowohl der Fachkonzepte als auch der technischen Abläufe erfolgen. Solche Praxistests wären im Jahr 2002 durchzuführen.

Für die fachliche und organisatorisch-technische Umsetzung des Alternativkonzepts wird es eine intensive Kooperation zwischen den statistischen Ämtern und den dateiführenden Stellen (Bundesanstalt für Arbeit, Länderfinanzverwaltungen) geben müssen.

7 Bewertung

Die Nutzung der Umsatz- und Beschäftigtenangaben aus den Dateien der Länderfinanzverwaltungen und der Bundesanstalt für Arbeit zum Schließen der Datenlücken im Bereich der Konjunkturindikatoren wäre für die Unternehmen die am wenigsten belastende Vorgehensweise, da sie ohne zusätzliche unterjährliche Erhebungen auskommt

Das Alternativkonzept wird mit dem Merkmal „Beschäftigtenzahl“ außerdem einen Konjunkturindikator bereitstellen, der wegen des hohen Repräsentationsgrades des BA-Datenmaterials einen Ergebnismachweis in tiefer regionaler Gliederung ermöglicht. Das BA-Datenmaterial kann ferner in Kombination mit der künftigen jährlichen Dienstleistungsstatistik auch eine Schätzbasis für die Regionalisierung von Unternehmensumsätzen aus dem UVV bieten

Da aufgrund der europäischen Registerverordnung¹¹⁾ in Deutschland sowohl der Aufbau als auch die jährliche Aktualisierung des Unternehmensregisters ohnehin erforderlich sind, bietet das registergestützte Konzept auch arbeitsökonomische Vorteile für die amtliche Statistik.

Bei einem effizienten, alle technischen Möglichkeiten ausschöpfenden IT-Einsatz im Datenmanagement wird sich durch einen institutionalisierten, weitestgehend automatisierten Datentransfer von den dateiführenden Stellen an die statistischen Ämter die Chance zur schnelleren Datenbereitstellung und damit zur Erhöhung der Aktualität der statistischen Berichterstattung ergeben.

Allerdings wird eine registergestützte Datengewinnung in der Aufbauphase zusätzliche Kapazitäten in den statistischen Ämtern binden. Darüber hinaus müssen die dateiführenden Stellen zusätzlichen Aufwand für Statistikbelange leisten. Dieser Aufwand muß jedoch in Relation zu dem Aufwand gesehen werden, der notwendig wäre, um in Deutschland die neuen nationalen und internationalen Datenanforderungen über Primärerhebungen abzudecken. Letzteres wäre – neben der zusätzlichen Belastung der Berichtspflichtigen – deutlich kostenintensiver als die Auswertung von Daten, die bereits bei anderen Verwaltungsbehörden angefallen sind. Deshalb sollte die Option „Primärerhebung“ nur dann weiterverfolgt werden, wenn sich bei den Testauswertungen herausstellen sollte, daß die Verwaltungsdaten nicht den Qualitätsanforderungen der Konjunkturstatistik genügen.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, daß die amtliche Statistik in Deutschland vorhandene Informationen aus administrativen Dateien in Zukunft stärker nutzen muß als bisher, nicht zuletzt, um die Bemühungen in Bund und Ländern um „Verwaltungsmodernisierung“ wirklich ernst zu nehmen.

*Dipl.-Volkswirt Robin Lorenz/
Dipl.-Ökonom Bernd Schmidt*

¹¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke. Amtsbl. der EG Nr. L 196/1 vom 5. August 1993

Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorbemerkung

Die wachsende Aufmerksamkeit, mit der die Urheberrechte heute von verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen bedacht werden, ist eine Begleiterscheinung der aktuellen technischen Entwicklung und erklärt sich durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Interessen. Die Antike kam ohne Urheberrechte aus. Mäzene sicherten den Lebensunterhalt der Künstler und erwarben damit alle Rechte an den geschaffenen Kunstwerken. Vervielfältigungen fanden mangels technischer Möglichkeiten ohnehin nur selten statt. Im Mittelalter schützte man Verleger und Drucker vor unerlaubten Nachdrucken mittels befristeter Privilegien. Die Renaissance führte Autorenprivilegien als Belohnung für eine geistige Schöpfung¹⁾ ein. Sie wurden einzeln erteilt, oft um die idealen Interessen der Autoren zu schützen.²⁾

Mit der Entwicklung zur Freizeitgesellschaft steigt die Bedeutung der Kulturwirtschaft, deren Güter jedoch – durch die neuen technischen Möglichkeiten – immer leichter, schneller und billiger kopiert und verwertet werden können. Von den Urheberrechten (und deren Durchsetzung) hängt das Wachstumspotential vieler heute wichtiger Branchen, wie Film, Fernsehen und Musik, ab. Neben dieser wirtschaftlichen Bedeutung haben die Urheberrechte in der heutigen vernetzten Welt auch eine kulturelle Rolle im Wettbewerb der Kulturen auf dem Multimedia Markt³⁾. An der Schwelle zur Informationsgesellschaft wird den Urheberrechten darüber hinaus eine soziale Bedeutung zugesprochen. Die weitere Entwicklung und die damit einhergehenden potentiellen neuen Arbeitsplätze hängen vom Angebot an „schöpferischen Inhalten“ für die neuen Dienste ab⁴⁾. Zugleich wird damit gerechnet, daß die neuen technischen Möglichkeiten Umfang und Vielfalt der urheberrechtlich geschützten Werke steigern werden⁵⁾. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß mit dem System of National Accounts (SNA 1993) der Vereinten Nationen und dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) die Urheberrechte Einzug in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gefunden haben. Urheberrechte gehören

ebenso wie Suchbohrungen und Computerprogramme zu den immateriellen Anlageinvestitionen, deren Nachweis eine wesentliche Neuerung im ESVG 1995 darstellt.

1 Definition und Abgrenzung

Urheberrechte werden in den VGR nur dann erfaßt, wenn sie mehrere Jahre lang Erträge bringen, weil sie investiv für die Produktion anderer Güter verwendet werden. Für die Herstellung dieser Güter liegt ein Zweistufenmodell zugrunde. In der ersten Phase werden die Urheberrechte als immaterielle Investitionsgüter produziert, in der zweiten Phase werden die (immateriellen) Urheberrechte vom Produzenten, Käufer oder Lizenznehmer vervielfältigt oder genutzt, um materielle Güter (Bücher, Tonträger usw.) oder Dienstleistungen (z. B. Straßenfeste mit öffentlicher Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Liedern) zu produzieren. Lizenzgebühren und andere für die Nutzung von Urheberrechten entrichtete Entgelte stellen Dienstleistungsentgelte dar. Die Dienstleistung besteht darin, der Nutzung oder Vervielfältigung der Urheberrechte zuzustimmen.

Im Sinne des ESVG 1995 entstehen Urheberrechte durch das Schaffen neuer „Originale“ von Filmen, Tonaufzeichnungen, Manuskripten, Bändern, Modellen usw., auf denen schauspielerische Darbietungen, Radio- und Fernsehprogramme, musikalische Darbietungen, Sportveranstaltungen, literarische oder künstlerische Produktionen usw. aufgezeichnet oder anderweitig festgehalten sind.“ Es findet eine Produktionstätigkeit statt, die zu einem Zugang an Anlageinvestitionen führt.

Wie bereits erwähnt sind nur diejenigen urheberrechtlich geschützten, neu geschaffenen Werke zu erfassen, die dem Investor (Urheber oder Erwerber) über mehrere Jahre, unabhängig von der Art der Nutzung oder dem Medium der Verbreitung, tatsächlich Erträge bringen. Nichtverlegte Manuskripte oder verlegte Bücher, die dem Autor keine Honorare einbringen, zählen nicht zu den Bruttoanlageinvestitionen und werden deswegen in den VGR auch nicht erfaßt. Unerheblich ist auch eine potentielle spätere Ertragserzielung. Wenn später zusätzliche Erträge fließen (z. B. durch technisch neue Verwertungsmöglichkeiten), erfolgt der Nachweis zu diesem späteren Zeitpunkt. Wegen der Kurzlebigkeit werden Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Nachrichtensendungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Regel nicht zu den Urheberrechten gezählt.

Obwohl in der Definition der Urheberrechte laut ESVG 1995 materielle Träger aufgezählt werden, handelt es sich eindeutig um immaterielle Güter, denn sie bilden eine Unterkategorie der immateriellen Anlagegüter. Ein Urheberrecht darf nicht mit dem materiellen Träger verwechselt werden, weder mit dem Original exemplar (Gemälde, Skulptur, Manuskript usw.), noch mit einer Vervielfältigung (Abbildungen, Bücher, Filme usw.). Die Urheberrechte bedürfen zwar einer sinnlich wahrnehmbaren Form, um kraft Gesetzes zu entstehen (die gedankliche Vorstellung alleine genügt nicht, um Anspruch auf ein Urheberrecht zu haben), sie bleiben jedoch auch nach Vernichtung oder

¹⁾ Siehe Reh binder, H. „Urheber- und Verlagsrecht“. München 1991, S. 7 ff.
²⁾ So wurde in einem kaiserlichen Privileg für Dürer aus 1528 verboten, „daß sich jemand die Urheberschaft an dessen Kunstbüchern anmaße“ (Reh binder, H., a. a. O., S. 9).
³⁾ Siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Grundbuch, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte in der Informationsgesellschaft“, Brüssel 1995 (KOM(95)382).
⁴⁾ Siehe auch Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft“, Brüssel 1997 (KOM(97)628).
⁵⁾ Siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Vorschlag für ein Programm zur Unterstützung der europäischen audiovisuellen Industrie (MEDIA Plus – 2001 – 2005)“, Brüssel 1999 (KOM(99)658).

Verlust des materiellen Trägers weiter bestehen. So kann eine Grafik auch dann honorarpflichtig in Kunstbüchern abgebildet werden, wenn sie bei einem Brand vernichtet wurde und es nur noch Fotos davon gibt. Das Original verbleibt beim Schöpfer sogar dann, wenn er seine geistige Schöpfung auf einem fremden Träger konkretisiert (z. B. ein auf einem fremden Computer geschriebenes Programm) oder wenn er die Materialisation seiner geistigen Schöpfung verschenkt oder verkauft. Ein Bild kann ohne Urheberrecht verschenkt oder verkauft werden, so daß die honorarbringenden Verwertungsrechte beim Maler bleiben. Es ist prinzipiell auch möglich, daß das (immaterielle) Urheberrecht verkauft wird, ohne daß sein materieller Träger (z. B. ein Bild) deswegen den Eigentümer wechseln muß.

In Deutschland dürfen viele Urheberrechte nicht verkauft werden, auch nicht nach dem Tod des Urhebers. Trotzdem könnte in ökonomischer Betrachtung ein Verkauf in Frage kommen, wenn alle Verwertungsrechte vollständig auf den Verwerter übergehen würden. Das dürfte – zumindest in Deutschland – nur sehr selten vorkommen, so daß in der Regel der Urheber auch gleichzeitig der Investor ist. Der Urheber produziert selbstgestellte Anlagen und empfängt Dienstleistungsentgelte aus der Nutzung bzw. Verwertung seines Originals durch Dritte.

Als immaterielle Güter sind Urheberrechte zeitlich und örtlich ungebunden. Weil sie ihrer Natur nach allgegenwärtig sind, können sie auch nicht in Teile zerlegt und verkauft werden. Die Frage der Teilbarkeit von Urheberrechten stellt sich insbesondere für die Buchung von in der Filmbranche üblichen grenzüberschreitenden Verkäufen an regional abgegrenzten Filmrechten (z. B. „nur für Europa“). Bei Teilbarkeit werden hier (Teil)Investitionen, bei Nichtteilbarkeit Dienstleistungen ein- bzw. ausgeführt. Diese erhöhen die Vorleistungen des Käufers und reduzieren damit die Bruttowertschöpfung des einführenden Staates. Es gibt Befürworter der Teilbarkeitsthese; sie betrachten das Original als Bündel von Verwertungsrechten, die verschiedenen Verwertern als solche verkauft werden können, die damit zu Investoren werden. Dagegen spricht die Tatsache, daß das ESVG 1995 im Fall der Miet- und Pachtverträge generell keine Investitionen durch den Mieter oder Pächter vorsieht, obwohl auch hier nur ein Bündel von Teilnutzungsrechten auf ein anderes Wirtschaftssubjekt transferiert wird. Das Statistische Bundesamt lehnt die Teilbarkeitsthese ab. Ein Original wird als unteilbare Einheit betrachtet, an der unterschiedliche Verwertungsrechte eingeräumt werden können. Das dafür empfangene Entgelt ist ein Dienstleistungsentgelt.

Das ESVG 1995 läßt auch zu, daß es „in einigen Fällen, etwa bei Filmen unter Umständen mehrere Originale“ geben kann, ohne dies näher zu erläutern. Wenn Originale zeitlich und räumlich nicht teilbar sind, kann es mehrere Originale eines Werkes nur dann geben, wenn es zu diesem Werk verschiedene Fassungen gibt. Übersetzungen (z. B. von Büchern) gelten nicht als lediglich zusätzliche Fassungen eines Werkes, sie sind neugeschaffene, eigenständige Originale, weil hier zur künstlerischen Leistung des Autors noch die künstlerische Leistung des Übersetzers dazu kommt. Ebenso verhält es sich mit verschiedenen sprachlichen Versionen eines Filmes, wenn das wirtschaftliche Risiko der Übersetzung nicht vom ursprünglichen Hersteller des Filmes, sondern von einem anderen getragen wird (Hersteller von Film- und Tonträgern werden nicht aufgrund ihrer schöpferischen Leistung, sondern wegen der erheblichen finanziellen Belastung durch die erbrachte technische Leistung urheberrechtlich geschützt, siehe Abschnitt 3.1 Filme). Mehrere Originale derselben schöpferischen oder technischen Leistung gibt es dann, wenn zum Beispiel ein Autor ein Werk zweisprachig verfassen wurde (was selten der Fall sein dürfte) oder wenn ein Filmproduzent einen Film in mehreren Sprachversionen herstellt, was in der Praxis eher vorkommt, insbesondere bei amerikanischen Produktionen mit internationaler Besetzung. Hier wird vom Produzenten oft sowohl eine mehrsprachige Version als auch eine englische Version hergestellt.

Im ESVG, 2. Auflage, lag die Schaffung von Urheberrechten außerhalb der Produktionsgrenze. Mit der Einführung des ESVG 1995 im April 1999 erhöhen sich aufgrund der Einbeziehung von Urheberrechten die Produktionswerte (1995 um 5,6 Mrd. DM). Die für die Herstellung des Originals verbrauchten Güter waren in der Regel auch nach dem ESVG, 2. Auflage, Vorleistungen, nämlich dann, wenn der Produzent des Originals eine (andere) Produktionstätigkeit ausübte (z. B. Produktion von bespielten Musikträgern, Herstellung von TV-Programmen, Erbringung von Dienstleistungen als Musiker usw.). Aus diesem Grund ändern sich die Vorleistungen beim Übergang auf das ESVG 1995 nicht und die Erhöhung der Produktionswerte geht voll in die Bruttowertschöpfung und damit in das Bruttoinlandsprodukt ein. In der Verwendungsrechnung führen die geschaffenen Originale zu höheren Bruttoanlageinvestitionen.

2 Bewertungsmethoden

Das ESVG 1995 empfiehlt zur Bewertung der Urheberrechte vier Alternativen in folgender Rangfolge: (1) Kauf-

Tabelle 1 Zeitreihen der Honorare im Kundenmodell für eine fünfjährige Nutzungsdauer

Jahr	t_0	t_1	t_2	t_3	t_4	t_5	t_6	t_7
t_0	$H_0 v_0$	$H_1 v_1$	$H_2 v_2$	$H_3 v_3$	$H_4 v_4$			
t_1		$H_1 v_0$	$H_2 v_1$	$H_3 v_2$	$H_4 v_3$	$H_5 v_4$		
t_2			$H_2 v_0$	$H_3 v_1$	$H_4 v_2$	$H_5 v_3$	$H_6 v_4$	
t_3				$H_3 v_0$	$H_4 v_1$	$H_5 v_2$	$H_6 v_3$	$H_7 v_4$
t_4					$H_4 v_0$	$H_5 v_1$	$H_6 v_2$	$H_7 v_3$
Honorare insgesamt	H_0	H_1	H_2	H_3	H_4	H_5	H_6	H_7

Tabelle 2 Zeitreihen der Honorare im Werkmodell für eine fünfjährige Nutzungsdauer

Jahr	t_0	t_1	t_2	t_3	t_4	t_5	t_6	t_7
t_0	$H_0 \cdot v_0$							
t_1		$H_1 \cdot v_1$						
t_2			$H_2 \cdot v_2$					
t_3				$H_3 \cdot v_3$				
t_4					$H_4 \cdot v_4$			
t_5						$H_5 \cdot v_5$		
t_6							$H_6 \cdot v_6$	
t_7								$H_7 \cdot v_7$
Honorare insgesamt	H_0	H_1	H_2	H_3	H_4	H_5	H_6	H_7

preis, falls Originale verkauft werden, (2) Herstellungspreis ähnlicher Produkte, (3) Produktionskosten, (4) Gegenwartswert zukünftiger Erträge (Ertragswert) In Deutschland werden Originale aus industrieller Produktion (Filme, Fernsehproduktionen, Tonträger) anhand der Produktionskosten und Originale als Ergebnis künstlerisch-schöpferischer Leistung der Schriftsteller, Musiker, Komponisten, Schauspieler usw. mit dem Ertragswert bewertet.

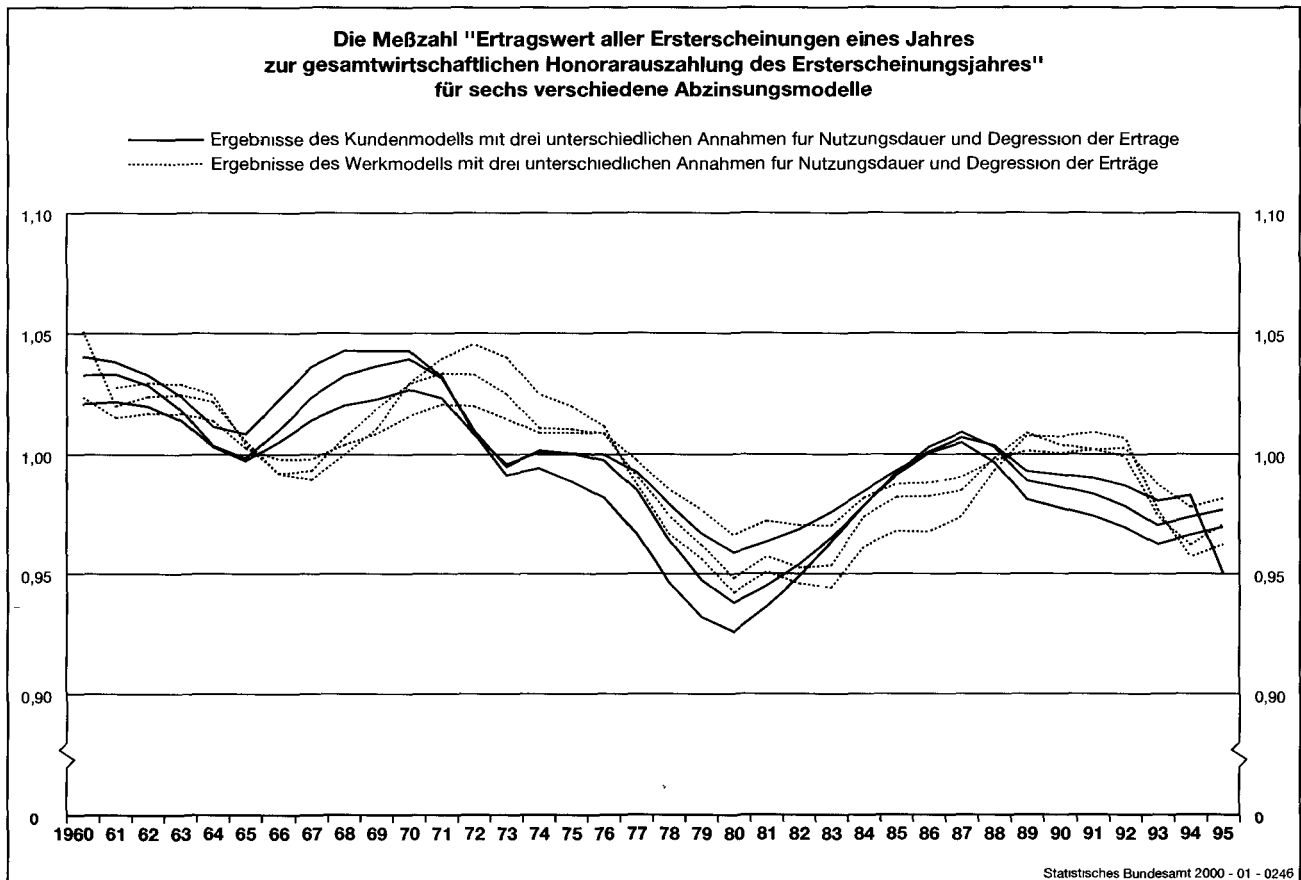
Für die Berechnung des Gegenwartswertes zukünftiger Erträge ist es erforderlich, Zeitreihen der Honorare nach dem Ersterscheinungsjahr der Originale zu bilden. Verfügbar sind lediglich Schätzwerte für die Summe der gesamtwirtschaftlichen Honorarauszahlungen pro Jahr, beispielsweise eine Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Honorare der Buchautoren in einem Kalenderjahr. Um diese Werte nach dem Ersterscheinungsjahr aufzugliedern, sind Annahmen über die durchschnittliche ökonomische Nutzungsdauer der Originale und über das Käuferverhalten erforderlich. Vom Käuferverhalten hängt

die Verteilung der Honorare während der Nutzungszeit ab. In einem Simulationsmodell für Buchautoren haben wir die Auswirkung unterschiedlicher Annahmen untersucht. Es wurden zwei idealtypische Verhaltensmuster der Käufer berücksichtigt: Im Kundenmodell wurde angenommen, daß die Altersverteilung der Käufe eines Kalenderjahres ($v = v_0, v_1, \dots, v_{N-1}, \sum v = 1$), die als Differenz zum Ersterscheinungsjahr gemessen wird, im Zeitablauf konstant bleibt (siehe Tabelle 1). Die im Jahr i erzielten Honorare aller Originale des Ersterscheinungsjahres j (h_{ij}) wurden als altersabhängiger Anteil (v_{i-j}) an den gesamtwirtschaftlichen Honorarauszahlungen desselben Jahres i (H_i) ermittelt ($h_{ij} = H_i \cdot v_{i-j}$)⁶⁾

Im Werkmodell wurde angenommen, daß die Umsatzverteilung der Werke über die Nutzungsdauer

⁶⁾ Es wurde unterstellt, daß alle Werke dieselbe Nutzungsdauer von N Jahren haben und daß die Autorenhonorare im Jahr j (H_j) als fester Prozentsatz vom Umsatz berechnet werden

Schaubild 1



($V = v_0, v_1, \dots, v_{N-1}, \sum v = 1$) für alle Werke und im Zeitablauf konstant bleibt (siehe Tabelle 2) Die im Jahr i erzielten Honorare aller Originale des Ersterscheinungsjahres j (h_{ij}) wurden als altersabhängiger Anteil ($v_{i,j}$) an den gesamtwirtschaftlichen Honorarauszahlungen des Ersterscheinungsjahres H_j ermittelt ($h_{ij} = H_j \cdot v_{i,j}$)

In beiden Modellen erfolgten jeweils Berechnungen für eine Nutzungsdauer von 5, 10 und 15 Jahren und für drei Verteilungsfunktionen (keine, schwache und starke Degression) bei verschiedenen Zinssätzen. Um die Ergebnisse miteinander zu vergleichen, wurde eine Maßzahl errechnet, die sich aus dem Verhältnis des Ertragswertes aller Ersterscheinungen eines Jahres zur gesamtwirtschaftlichen Honorarauszahlung des Ersterscheinungsjahres (auch für Werke aus früheren Jahren) ergibt. Ist diese Maßzahl gleich eins, so empfiehlt sich, die in einem Jahr erschienenen Werke anhand der in diesem Jahr angefallenen Gesamthonorare zu bewerten und auf die Abzinsung zukünftiger Erträge zu verzichten. Ist sie größer als eins, so würde man auf diese Weise die Investitionen zu niedrig, ist sie kleiner als eins, zu hoch ansetzen. Im Schaubild 1 sind diese Maßzahlen für sechs Berechnungen⁷⁾ grafisch dargestellt.

Da die (vertikalen) Abstände zwischen den verschiedenen für ein Jahr ermittelten Punkten gering sind, haben offen-

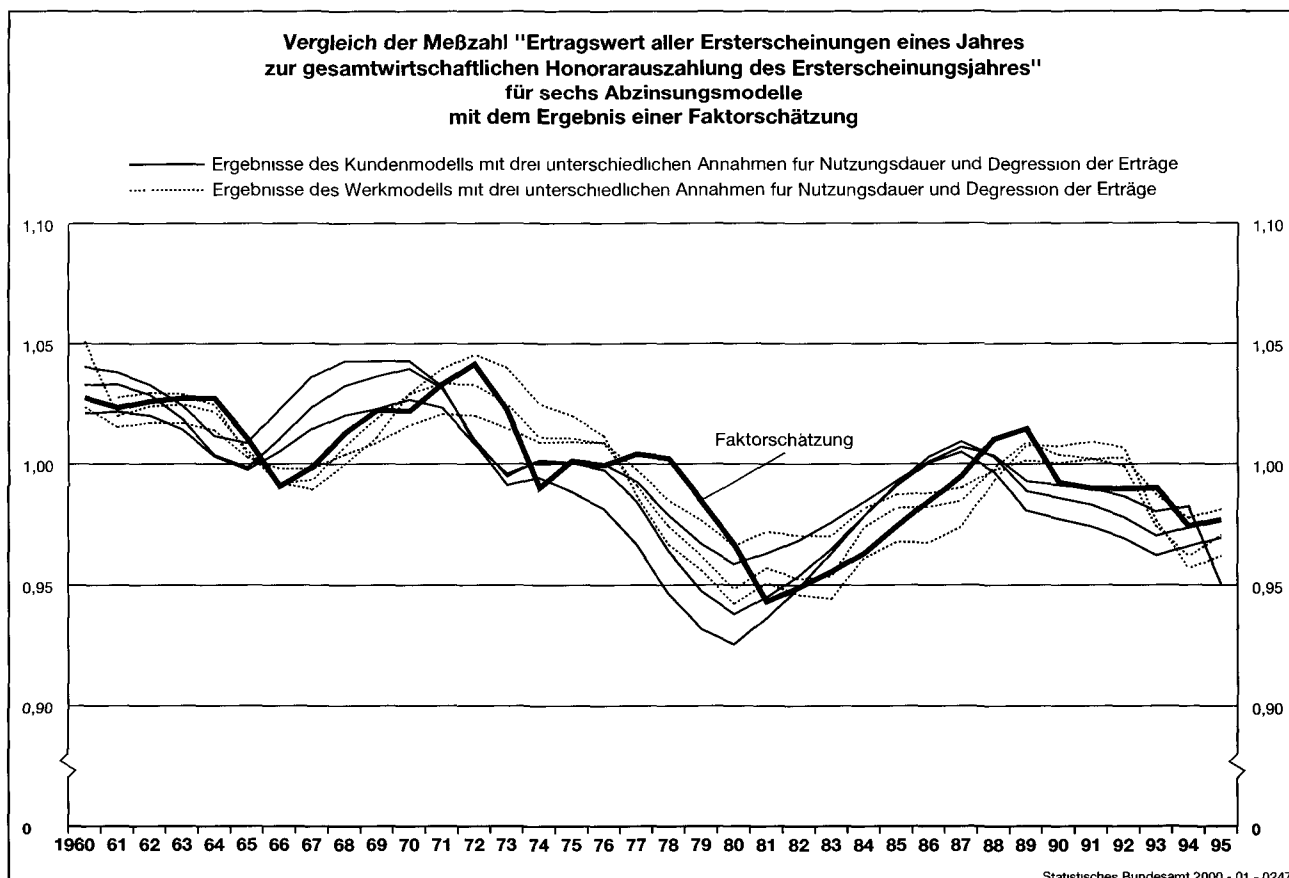
sichtlich die unterschiedlichen Annahmen nur einen geringen Einfluß auf den Ertragswert. Der Ertragswert der Neuerscheinungen eines Jahres kann prinzipiell sowohl über als auch unter dem Niveau der Gesamthonorare desselben Jahres liegen, aber die Abweichung (zu den Gesamthonoraren) wird wahrscheinlich selten größer als 5% sein.

Weil keine der sechs Alternativen die Realität genau wiedergeben dürfte, käme eine Kombination dieser Alternativen der „richtigen“ Bewertung der Originale am nächsten. Eine solche Kombination in die laufenden Arbeiten zu integrieren, ist unverhältnismäßig aufwendig. Es wurde deshalb die Möglichkeit geprüft, den Ertragswert aller Neuerscheinungen eines Jahres mittels eines Zu- oder Abschlags auf die Gesamthonorare dieses Jahres zu schätzen. In Proberechnungen hat sich als Schätzfaktor die Differenz zwischen der Zuwachsrate der Gesamthonorare eines Jahres r und dem Diskontierungszins i durchgesetzt ($\text{Ertragswert} = (1 + r - i) \cdot \text{Gesamthonorare}$). Ein im Schaubild 2 dargestellter Vergleich dieses Schätzfaktors mit der oben erläuterten Maßzahl (Ertragswert zu Gesamthonoraren) zeigt, daß die Faktorschätzung in der Regel innerhalb des Spektrums möglicher Abzinsungsergebnisse liegt.

Angesichts der Tatsache, daß keines der abgezinsten Ergebnisse die „Wirklichkeit“ genau darstellen dürfte, kann sogar vermutet werden, daß die Faktorschätzung langfristig bessere Ergebnisse liefert als ein beliebiges Abzinsungsmodell. Diese Faktorschätzung wird zur Bewertung der Originale der Textautoren, Komponisten und der ausübenden Künstler verwendet.

⁷⁾ Es wurden abgebildet Ergebnisse des Kunden- und des Werkmodells jeweils für schwache und starke Degression der Erträge bei fünfjähriger Nutzungsdauer und für schwache Degression der Erträge bei zehnjähriger Nutzungsdauer.

Schaubild 2



3 Berechnung der Urheberrechte

3.1 Filme

Das ESVG 1995 zählt unter den Originalen auch Filme auf, ohne den Begriff näher zu erläutern. Das Urheberrechtsgesetz unterscheidet zwischen Filmwerken als persönliche geistige Leistung einer Vielzahl von Menschen, die bei der Filmherstellung mitwirken und dadurch Miteigentümer des Urheberrechts am Filmwerk werden (Regisseur, Kameramann, Schnittmeister, Tonmeister, Darsteller, Maskenbildner usw.), und den Bild- und Tonträgern, worauf das Filmwerk aufgenommen ist. Um die wirtschaftliche Leistung des Filmherstellers zu schützen, gibt ihm das Urheberrechtsgesetz⁸⁾ ein – auch als Leistungsschutzrecht bezeichnetes – Urheberrecht im weiteren Sinne an den Bild- und Tonträgern. Da die Miteigentümer des Urheberrechts am Filmwerk in der Regel außer der Filmgagge keine weiteren Honorare erhalten, wird lediglich das Leistungsschutzrecht des Filmherstellers an den Bild- und Tonträgern als Original im Sinne des ESVG 1995 erfaßt.

Die Bewertung der Urheberrechte an Kinofilmen erfolgt anhand der von der Filmförderungsanstalt veröffentlichten Herstellungskosten der in einem Kalenderjahr uraufgeführten programmfüllenden Filme⁹⁾. Sie beliefen sich 1995 auf 120 Mill. DM. Wenn eingeführte Kinofilme synchronisiert werden, entstehen dadurch weitere Urheberrechte. Dazu gibt es lediglich Informationen aus der Filmstatistik des Bundesamtes für Wirtschaft über die Höhe der Lizenzentgelte für Einfuhren ausländischer Kinofilme. Es wird unterstellt, daß das Verhältnis der Synchronisationskosten zu den Lizenzentgelten für eingeführte Filme im Kino- und Fernsehbereich ähnlich ist. Da zu Fernsehfilmen sowohl Informationen über Lizenzentgelte als auch über Synchronisationskosten vorliegen, werden mit der hieraus ermittelten Quote die Herstellungskosten der Synchronisationen für Kinofilme geschätzt. 1995 waren es nahezu 130 Mill. DM.

3.2 Fernsehproduktionen

Bei der Abgrenzung der immateriellen Investitionen in Fernsehproduktionen ist zu berücksichtigen, daß Drehbücher, Musiktitel usw., die in die Fernsehproduktionen eingehen, eigenständige Urheberrechte begründen, die gegebenenfalls bei den jeweiligen Produzenten (Buchautoren, Musikern usw.) als immaterielle Investitionen nachzuweisen sind. Fernsehformate (die Grundidee einer Sendung) sind zwar urheberrechtlich geschützt, sie werden jedoch in der Regel weder verkauft noch lizenziert, so daß sie im Sinne des ESVG 1995 keine Investitionen darstellen. Daraus folgt, daß mehrjährige Serien nur dann als Investitionen zu buchen sind, wenn die einzelnen Folgen eine mehrjährige Nutzungsdauer haben. Einiges spricht

dafür, nur bei fiktionalen Programmen (Filme, Fernsehspiele, Reihen, Serien), bei Kinderfilmen und bei einigen wenigen Konzert- und Bühnendarbietungen jeweils eine mehrjährige Nutzungsdauer zu unterstellen. Letztgenannte haben allerdings einen so geringen Anteil an der gesamten Sendezeit von Wiederholungen, daß diese Produktionen vernachlässigt werden können.

Zur Bewertung der Urheberrechte an fiktionalen Fernsehprogrammen werden die Produktionskosten der fiktionalen Eigen- und Auftragsproduktionen sowie die Synchronisationskosten für fremdsprachige fiktionale Produktionen angesetzt. Die Bewertung der fiktionalen Auftragsproduktionen und der Synchronisationen stützt sich auf Erhebungen der Zeitschrift „Media Perspektiven“ bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten und Radio Television Luxemburg (RTL). Der Wert der Originale der anderen privaten Fernsehsender wurde anhand von Angaben aus zwei Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für 1993 und 1995¹⁰⁾ dazugeschätzt. Zur Erfassung der als Eigenproduktionen hergestellten fiktionalen Programme wird anhand der Jahrbücher der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) die Dauer dieser Programme geschätzt und mit dem Minutenherstellungspreis vergleichbarer Auftragsproduktionen bewertet. 1995 hatten die Originale in diesem Bereich einen Wert in Höhe von rund 2300 Mill. DM.

3.3 Tonträger

Im Bereich Musik unterscheidet das Urheberrechtsgesetz zwischen den Musikwerken als geistig-schöpferischer Leistung der Komponisten, den Tonträgern als wirtschaftlich-technischer Leistung der Hersteller und der Aufführung als persönlicher Interpretation der ausübenden Künstler. Es handelt sich hier um drei Arten von (immateriellen) Originalen, die urheberrechtlich geschützt sind und in der Regel über mehrere Jahre zu Einnahmen führen. Aus diesem Grunde erscheint es angebracht, im Bereich Musik – anders als bei Filmen – Originale sowohl bei Herstellern als auch bei Musikern und Interpreten nachzuweisen.

Die Originale der Tonträgerhersteller werden zu Herstellungskosten bewertet. Als Berechnungsgrundlage diente eine Befragung nach der Höhe der Produktionskosten für Tonträger für die Jahre 1993 bis 1995, die das Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft e.V. bei Verbandsmitgliedern durchgeführt hat. Nach Einschätzung des Verbandes hat die Umfrage etwa 80 % der Gesamtaufwendungen deutscher Tonträgerhersteller erfaßt. Zur Schätzung des Gesamtwertes der Tonträgeroriginale wurden für die Jahre 1993 bis 1995 die Umfrage-

⁸⁾ Siehe Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Juni 1998, § 94.

⁹⁾ Darunter fallen Spielfilme, Filme ohne Spielhandlung sowie Dokumentarfilme mit jeweils über 79 Minuten Vorfuhrdauer und Kinder- und Jugendfilme mit mehr als 59 Minuten Dauer.

¹⁰⁾ Landesmedienanstalten (Hrsg.) „Beschäftigte und wirtschaftliche Lage des Rundfunks in Deutschland 1995/96, (bzw. 1996/1997) – Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit dem Hans-Bredow-Institut und der Arbeitsgruppe Kommunikationforschung München“, Berlin 1997 (bzw. 1998).

ergebnisse auf 100% ergänzt Für 1995 ergab sich ein Wert von 1 660 Mill DM, der für die Folgejahre fortgeschrieben wurde Da nach den Umfrageergebnissen die Produktionskosten hauptsächlich aus Lizenzzahlungen bestehen, werden für die Fortschreibung die der Künstlersozialkasse gemeldeten Entgelte an selbständige Künstler aus der Herstellung bespielter Bild- und Tonträger sowie die Ausschüttungen der Verwertungsgesellschaften GEMA, der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten und der Verwertungsgesellschaft Musikedition an Tonträgerverlage herangezogen Der Verband der Phonographischen Wirtschaft e V hat dem Statistischen Bundesamt in Aussicht gestellt, zur Überprüfung der fortgeschriebenen Werte in größeren Zeitabständen eine erneute Verbandsumfrage durchzuführen

3.4 Musikkompositionen, künstlerische Darbietungen und Texte

Wie in Kapitel 2 dargestellt, werden Urheberrechte der Schriftsteller, Komponisten, Sanger, Schauspieler und anderer selbständiger Künstler anhand des Gegenwartswertes zukünftiger Erträge bewertet Diese Berechnungen erfolgen nach dem bereits erläuterten Schätzverfahren Der Ansatz für die gesamtwirtschaftlichen Honorare einzelner Künstlergruppen basiert auf Schätzungen für direkte Zahlungen der Verlage an Schriftsteller und für Ausschüttungen der Verwertungsgesellschaften WORT, GEMA sowie der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten

Um die von den Verwertungsgesellschaften ausgeschütteten Honorare zu ermitteln, werden auf der Grundlage von Geschäftsberichten und weiteren Informationen der Gesellschaften aus deren Haushaltsvolumina die Ausschüttungen an inländische Urheber geschätzt und auf Berufsgruppen aufgeteilt Die Verwertungsgesellschaft GEMA hat speziell für diesen Zweck eine Auswertung durchführt und einen Aufteilungsschlüssel der Honorarausschüttungen auf Komponisten, Textautoren und Musikverlage zur Verfügung gestellt.

Musikkompositionen

Komponisten und Musikbearbeiter erhalten in Deutschland mehrjährige Honorare für Musikkompositionen in der Regel nur über die Verwertungsgesellschaft GEMA Um die Urheberrechte aus Musikkompositionen zu berechnen, werden in einem ersten Schritt die Ausschüttungen der GEMA an Komponisten und Musikbearbeiter ermittelt Dazu wird zunächst der Gesamtausschüttungsbetrag der GEMA um geschätzte Ausschüttungen an das Ausland sowie an andere inländische Verwertungsgesellschaften gekürzt Die verbleibenden Ausschüttungen an inländische Urheber und Verlage werden anschließend auf Berufsgruppen bzw Verlage aufgeteilt Für 1995 ergaben sich Ausschüttungen an Komponisten und Musikbearbeiter in Höhe von 280 Mill DM Im zweiten Schritt wird der Ertragswert dieser Honorarausschüttungen nach dem vereinfachten Schätzverfahren (siehe Kapitel 2) ermittelt 1995 betragen die Urheberrechte für Musikkompositionen rund 270 Mill DM

Künstlerische Darbietungen

Interpreten (Sanger, Tänzer, Schauspieler, Orchester usw) genießen nach § 73 des Urheberrechtsgesetzes den „Schutz des ausübenden Künstlers“ Danach dürfen nur mit Einwilligung des ausübenden Künstlers Darbietungen außerhalb des Raumes, in dem sie stattfinden, durch Bildschirm, Lautsprecher usw öffentlich wahrnehmbar gemacht und Darbietungen auf Bild- oder Tonträger aufgenommen, vervielfältigt und verbreitet werden Die Leistungsschutzrechte der ausübenden Künstler werden von der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) wahrgenommen Ausschüttungsberechtigte der GVL sind neben ausübenden Künstlern (wie z B Dirigenten, Sanger, Schauspieler, Regisseure, Orchester, Chor und Ballettmitglieder, Instrumentalsolisten, Gesang- und Tanzsolisten, Studiomusiker)¹¹⁾ auch Bild- und Tonträgerhersteller sowie Veranstalter Die Erträge der GVL setzen sich zusammen aus Vergütungen für

- das Senden von Tonträgern und Videoclips,
- die öffentliche Wiedergabe von Funk- und Fernsehsendungen sowie von Tonträgern und Videoclips (z. B. in Hotels, Gaststätten, Kinos, Diskotheken sowie auf Bühnen),
- Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen Gebrauch von Funk- und Fernsehsendungen sowie von Tonträgern (Geräte- und Leerkassettenabgabe)

Die Ausschüttungen der GVL an ausübende Künstler wurden für 1995 auf rund 90 Mill DM geschätzt Da es sich offensichtlich um Einnahmen aus früher erbrachten Leistungen handelt, liegen hier immaterielle Investitionen vor, die – ähnlich wie bei den Buchautoren, Komponisten und Musikbearbeitern – nach dem vereinfachten Schätzansatz für den Ertragswert berechnet werden Für 1995 ergaben sich Urheberrechte in der gleichen Größenordnung von 90 Mill DM

Texte

Textautoren erhalten mehrjährige Honorare sowohl direkt von Verlagen als auch von den Verwertungsgesellschaften WORT und GEMA Die Honorarauszahlungen dieser Verwertungsgesellschaften werden – ausgehend von deren Haushaltsvolumina – nach dem bereits beschriebenen Verfahren geschätzt Die direkten Verlagshonorare können prinzipiell entweder aus den der Künstlersozialkasse jährlich gemeldeten Honorarzahleungen oder aus Informationen über Buchumsätze ermittelt werden.

Seit 1992 sind die Unternehmen per Gesetz verpflichtet, der Künstlersozialkasse jährlich ihre Entgelte für künstlerische/publizistische Werke oder Leistungen zu melden. Zur Bestimmung der direkten Verlagshonorare an Textautoren werden die Honorarmeldungen von Verlagen (ohne Presseverlage) und von den Herstellern bespielter Bild- und Tonträger an selbständige Künstler und Publi-

¹¹⁾ Die hier vertretenen Künstlerberufe entsprechen somit der Unterklasse 92 31 7 Selbständige Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

zisten¹²⁾ im Abgabebereich „Wort“ verwendet. Der Bereich „Wort“ enthält neben allen erdenklichen Arten von Autoren (mit Ausnahme von Textdichtern und Librettisten, welche dem Bereich Musik zugeordnet werden) auch weitere Berufsgruppen, wie Journalisten, Pressefotografen, Redakteure, Kritiker, Lektoren, PR-Fachleute u. a., die im Sinne des ESVG 1995 keine immateriellen Anlagegüter, sondern Vorleistungsgüter produzieren. Eine Aufteilung der Daten nach diesen Berufsgruppen ist aufgrund fehlender Informationen nicht möglich. Deswegen werden zur Bestimmung der Verlagshonorare an Textautoren die insgesamt gemeldeten Honorare von Verlagen (ohne Presseverlage) und von Herstellern bespielter Bild- und Tonträger verwendet. Der dadurch entstehende Fehler dürfte gering sein, weil die miterfaßten Zahlungen der Buchverlage und der sonstigen Verlage an Journalisten, Redakteure, Lektoren usw. und die nicht erfaßten Zahlungen der Presseverlage an Buchautoren sich in etwa ausgleichen dürften. Angaben aus der Pressestatistik nach Verlagsarten (Zeitungs-, Zeitschriftenverlage, Sonstige Verlage soweit sie Zeitungen und Zeitschriften verlegen) hinsichtlich der Verteilung der Gesamtumsätze auf den Vertrieb von Presseerzeugnissen und den Vertrieb von sonstigen Verlagserzeugnissen unterstützen diese Annahme. Die der Künstlersozialkasse gemeldeten Honorarzah-lungen für die Jahre 1992 bis 1995 weisen große Sprünge auf, die möglicherweise auf Zeitzuordnungsprobleme, vielleicht aber auch auf unvollständige Meldungen zurückzuführen sind. Deswegen werden lediglich die gleitenden Durchschnittswerte dieser Ergebnisse zur Niveaufestlegung der gesamtwirtschaftlichen Honorarzah-lungen an Textautoren verwendet.

Ein anderer Ansatz zur Bestimmung der direkten Honorarzah-lungen an Textautoren geht von den Inlandsumsätzen buchhändlerischer Betriebe aus, die vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels jährlich in „Buch und Buchhandel in Zahlen“ veröffentlicht werden. Hier sind einerseits alle Vertriebswege enthalten (Sortimentsbuchhandel, sonstige Verkaufsstellen, Warenhäuser, Reise- und Versandbuchhandel, Direktvertrieb der Verlage und Buchgemeinschaften), andererseits Umsätze mit Fach- und wissenschaftlichen Zeitschriften ausgeklammert.

Zunächst ist der Wert der Exportüberschüsse an Büchern hinzuzufügen. Hier liegen die Schwierigkeiten darin, zum einen die von der Außenhandelsstatistik nicht erfaßten Sendungen zu schätzen (die Wertgrenze liegt bei 200 000 DM/Jahr im Intrahandel und bei 1 600 DM/Sendung im Extrahandel), zum anderen von den in der Außenhandelsstatistik nachgewiesenen Grenzübergangswerten zum (höheren) Endverbraucherpreis überzugehen. Diese Zuschläge dürften insgesamt aber durchschnittlich weniger als ein Zehntel der Inlandsumsätze mit Büchern betragen. Um die direkten Honorarzah-lungen an Textautoren aus den Buchumsätzen zu berechnen, wird für die gesamten Buchumsätze ein durchschnittlicher (prozentualer) Honorarsatz benötigt. Dies zu schätzen, erscheint jedoch auch beim

Börsenverein des Deutschen Buchhandels ohne eine Erhebung bei Verlagshäusern nicht möglich. Die meisten Honorarsätze bewegen sich zwischen 5 und 10 %, bei Taschenbüchern unter 5 %. Fachleute gehen davon aus, daß sich ein durchschnittlicher Honorarsatz eher an der unteren Grenze dieser Spanne befindet.

Angesichts dieser Schwierigkeiten werden zur Niveaufestlegung der Honorarzah-lungen an Textautoren die gleitenden Durchschnittswerte der der Künstlersozialkasse gemeldeten Honorare verwendet. Für die Jahre 1993 und 1994 waren es 5,6 % der jeweiligen Inlandsumsätze mit Büchern. Da sich der Anteil von 5,6 % an der unteren Grenze der oben erwähnten Spanne der Honorarsätze befindet, erscheint es plausibel und vertretbar, mit diesem Anteil die Honorarzah-lungen an die Buchautoren ab dem Jahr 1991 aus der Zeitreihe der Inlandsumsätze mit Büchern zu berechnen.

Ausgehend von den direkten Verlagshonoraren und von den Ausschüttungen der Verwertungsgesellschaften WORT und GEMA an Textautoren wurden nach dem vereinfachten Schätzansatz für die Ertragswertmethode für 1995 Urheberrechte in Höhe von rund 1 000 Mill. DM berechnet.

4 Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

Mit den Urheberrechten werden die Anlageinvestitionen in den VGR um einen Sachverhalt erweitert, der durch amtliche Erhebungen nicht erfaßt wird. Die in der Tabelle 3 gezeigten Ergebnisse beruhen auf Schätzungen und Modellrechnungen, die ausschließlich auf nichtamtlichen Zahlen basieren, und die von unterschiedlicher Qualität sind. Insbesondere im Fernsbereich gibt es über Jahre hinweg nur wenige miteinander vergleichbare Angaben, und die wenigen verfügbaren kohärenten Daten beziehen sich lediglich auf den Zeitraum 1991 bis 1996. Die folgenden Ergebnisse sind deshalb im Vergleich zu anderen Aggregaten der VGR mit höheren Unsicherheitsmargen behaftet.

Tabelle 3 Urheberrechte in jeweiligen Preisen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1995	1999 ¹⁾
Film- und Fernsehproduktionen	Mrd. DM	1,6	2,5	3,7
Tonträger	Mrd. DM	1,2	1,7	1,7
Künstlerische Darbietungen	Mrd. DM	1,3	1,4	1,5
Urheberrechte insgesamt	Mrd. DM 1991=100	4,1	5,6	6,9
Anteil an den gesamten immateriellen Anlageinvestitionen	%	17,6	19,7	17,2
Anteil an den gesamten Anlageinvestitionen	%	0,6	0,7	0,9
Anteil am Bruttoinlandsprodukt	%	0,1	0,2	0,2

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis

Der Anstieg der immateriellen Investitionen in Urheberrechte von 1991 bis 1999 um knapp 70 % wurde hauptsächlich durch den Fernsbereich getragen, der in diesem Zeitraum um 150 % gewachsen ist. Die Urheberrechte an Tonträgern und künstlerischen Darbietungen nehmen deutlich geringer zu (+ 40 bzw. + 14 %). Mit der Verbreitung des Internet und der Entwicklung des Multimediemarktes

¹²⁾ Auch Künstler, die ihre Tätigkeit nur nebenberuflich oder gelegentlich ausüben, gelten in diesem Sinne als selbständig.

könnten diese Bereiche aufholen. Der Anteil der Urheberrechte an den gesamten immateriellen Anlageinvestitionen unterlag im Zeitraum 1991 bis 1999 nach den bisher vorliegenden Informationen in jeweiligen Preisen keinen großen Änderungen. Dagegen nahm die Bedeutung der Urheberrechte an den gesamten Anlageinvestitionen und auch am Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum leicht zu.

Was die künftige Datenlage für die Berechnung der Urheberrechte betrifft, so wird die geplante Dienstleistungsstatistik keine Verbesserung mit sich bringen, weil sie sich an den geltenden Rechnungslegungsvorschriften orientiert. Diese unterscheiden nicht zwischen den Urheberrechten und den gewerblichen Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Warenzeichen usw.). Letztere gehören nach dem ESVG 1995 nicht zu den immateriellen Investitionen. Andererseits wird im Hinblick auf Urheberrechte die Dienstleistungsstatistik insoweit unvollständig sein, als in Deutschland selbsterstellte immaterielle Anlagegüter nicht aktiviert werden dürfen und es deswegen nicht sinnvoll erscheint, selbsterstellte immaterielle Anlagegüter – in diesem Fall in Form von Urheberrechten – zu erfragen.

Die künftige Datenlage im Fernsehbereich ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß sich dieser Bereich einer wachsenden Aufmerksamkeit der Landesmedienanstalten erfreut, die vielfältige gesetzliche Aufgaben haben, wie zum Beispiel die Programmaufsicht oder Vielfaltkontrolle. Die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten gibt seit einigen Jahren Untersuchungen und Erhebungen in Auftrag, welche eher Programminhalte als wirtschaftliche Tatbestände der Fernsehgesellschaften erhellen sollen. Dennoch bleibt die Hoffnung, daß sich die Datenlage für diesen Bereich, welcher sich – durch die Gründung privater Fernsehgesellschaften – in Deutschland seit 1993/1994 rasant entwickelt, künftig verbessern wird.

Mit weniger als 0,2% des Bruttoinlandsprodukts haben die Urheberrechte heute in Deutschland noch eine geringe Bedeutung für die VGR. Das kann sich in der Zukunft ändern, wie es sich am steigenden Anteil der Urheberrechte an den gesamten Anlageinvestitionen und am Bruttoinlandsprodukt abzeichnet. Der Trend zur Informationsgesellschaft scheint auch statistisch bereits sichtbar.

Dipl.-Kaufmann Ligia Frankford

Ergebnisse des Mikrozensus 1999

Vorbemerkung

Der Mikrozensus, eine jährliche repräsentative Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und das Erwerbsleben, hat sich seit seiner ersten Durchführung im Jahr 1957 zu einem zentralen Baustein im statistischen Gesamtsystem der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Eine seiner wichtigsten Funktionen ist es, im jährlichen Rhythmus umfassende Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung sowie den Arbeitsmarkt im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost bereitzustellen.

Zusammen mit dem Mikrozensus werden für die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU) vergleichbare Daten auf EU-Ebene gewonnen, die wichtige Indikatoren vor allem für die Beschäftigungspolitik der EU liefern. Im Jahr 1998 wurden mit einer neuen Verordnung zur Arbeitskräfteerhebung¹⁾ weitere Merkmale angeordnet, die erstmals bei der Erhebung 1999 des Mikrozensus und der in ihn integrierten EU-Arbeitskräftestichprobe berücksichtigt werden konnten.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über Ergebnisse des Mikrozensus 1999, die nur einen kleinen Ausschnitt aus dem sehr breiten Informationsangebot des Mikrozensus darstellen können. Dabei wird das Schwergewicht auf den Stand und die Entwicklung des Arbeitsmarktes gelegt. Tiefergehende Auswertungen und Analysen bleiben späteren Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift, den Fachserienheften des Statistischen Bundesamtes und den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter der Länder vorbehalten.

Ergebnisse

Demographische Veränderungen seit 1991 wirken auf den Arbeitsmarkt

Den Ausgangspunkt für Untersuchungen der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes eines Landes bildet die Wohnbevölkerung. Im April 1999 lebten in Deutschland rund 82 Mill. Menschen. Seit 1991 ist die Bevölkerung in Deutschland um 2,2 Mill. Menschen angewachsen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost nahm die Einwohnerzahl im genannten Zeitraum um fast 0,7 Mill. auf 15,3 Mill. ab, im früheren Bundesgebiet stieg sie um 2,9 Mill. auf 66,8 Mill.

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) stellt die Obergrenze für den Umfang der

Erwerbsbevölkerung eines Landes dar und ist für die Höhe des Arbeitsangebots einer Volkswirtschaft bestimmend. Sie wuchs im früheren Bundesgebiet von 44 Mill. 1991 auf 45 Mill. 1999 an, in den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen verringerte sie sich im gleichen Zeitraum von 10,7 Mill. auf 10,6 Mill. Personen. Daraus resultiert eine Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland um knapp 870 000 oder 1,6% seit 1991. Gegenüber April 1998 blieb die Größe der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nahezu unverändert.

Eine Ursache für den Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland seit 1991 ist in der Zunahme der ausländischen Bevölkerung zu sehen. Die Zahl der Ausländer/-innen in der Altersgruppe der 15- bis unter 65-jährigen war 1999 gegenüber April 1991 um gut 1,1 Mill. oder knapp 27% angestiegen. Der Anteil der Ausländer/-innen an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (9,6%) ist jedoch seit 1995 relativ stabil. Diese Entwicklung läßt sich darauf zurückführen, daß sich der Bevölkerungszustrom aus dem Ausland seit Mitte der 90er Jahre deutlich verringert hat.

Tabelle 1: Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Staatsangehörigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	April 1999	April 1991	Veränderung April 1999 gegenüber April 1991	
	1 000		%	
Deutschland				
Bevölkerung	55 610	54 743	+ 867	+ 1,6
Männer	28 196	27 663	+ 533	+ 1,9
Frauen	27 414	27 079	+ 335	+ 1,2
Deutsche	50 271	50 530	- 259	- 0,5
Männer	25 331	25 311	+ 20	+ 0,1
Frauen	24 940	25 219	- 279	- 1,1
Ausländer/-innen	5 339	4 212	+ 1 127	+ 26,8
Männer	2 865	2 352	+ 513	+ 21,8
Frauen	2 474	1 860	+ 614	+ 33,0
Früheres Bundesgebiet				
Bevölkerung	45 022	44 070	+ 952	+ 2,2
Männer	22 779	22 383	+ 396	+ 1,8
Frauen	22 244	21 688	+ 556	+ 2,6
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bevölkerung	10 588	10 673	- 85	- 0,8
Männer	5 418	5 281	+ 137	+ 2,6
Frauen	5 170	5 393	- 223	- 4,1

Weiter steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen

Nach dem Kriterium der tatsächlichen oder beabsichtigten Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) läßt sich die erwerbsfähige Bevölkerung in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen untergliedern. Im April 1999 standen dem Arbeitsmarkt in Deutschland 40,5 Mill. Erwerbspersonen zur Verfügung. Die Zahl der Erwerbspersonen stieg damit gegenüber April 1998 um 0,6%. Dabei verlief die Entwicklung der am Erwerbsleben teilnehmenden Personen in West und Ost unterschiedlich. Während es im früheren Bundesgebiet im April 1999 268 000 Erwerbspersonen (+0,8%) mehr gab als im April 1998, sank die Zahl der Erwerbspersonen in den neuen Bundesländern im gleichen Zeitraum um 23 000 bzw. 0,3%.

¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 77, S. 3) und Verordnung (EG) Nr. 1571/98 der Kommission vom 20. Juli 1998 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 205, S. 40).

Tabelle 2. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	April 1999			April 1998			Veränderung April 1999 gegenüber April 1998					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000			1 000			%		1 000		%	
Deutschland												
Bevölkerung	82 024	40 006	42 018	82 014	39 974	42 040	+ 10	+ 0,0	+ 32	+ 0,1	- 22	- 0,1
Erwerbspersonen	40 509	22 879	17 630	40 262	22 864	17 399	+ 247	+ 0,6	+ 15	+ 0,1	+ 231	+ 1,3
Erwerbstätige	36 402	20 659	15 744	35 860	20 509	15 351	+ 542	+ 1,5	+ 150	+ 0,7	+ 393	+ 2,6
Erwerbslose	4 106	2 220	1 886	4 402	2 354	2 048	- 296	- 6,7	- 134	- 5,7	- 162	- 7,9
Nichterwerbspersonen	41 515	17 127	24 388	41 752	17 111	24 641	- 237	- 0,6	+ 16	+ 0,1	- 253	- 1,0
Früheres Bundesgebiet												
Bevölkerung	66 760	32 551	34 209	66 668	32 489	34 180	+ 92	+ 0,1	+ 62	+ 0,2	+ 29	+ 0,1
Erwerbspersonen	32 349	18 506	13 844	32 081	18 504	13 577	+ 268	+ 0,8	+ 2	+ 0,0	+ 267	+ 2,0
Erwerbstätige	29 729	16 991	12 738	29 317	16 901	12 416	+ 412	+ 1,4	+ 90	+ 0,5	+ 322	+ 2,6
Erwerbslose	2 620	1 515	1 106	2 764	1 603	1 161	- 144	- 5,2	- 89	- 5,5	- 55	- 4,8
Nichterwerbspersonen	34 411	14 046	20 365	34 588	13 985	20 603	- 177	- 0,5	+ 61	+ 0,4	- 238	- 1,2
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bevölkerung	15 264	7 455	7 809	15 346	7 486	7 860	- 82	- 0,5	- 31	- 0,4	- 51	- 0,6
Erwerbspersonen	8 159	4 373	3 786	8 182	4 360	3 822	- 23	- 0,3	+ 13	+ 0,3	- 36	- 0,9
Erwerbstätige	6 673	3 668	3 006	6 544	3 609	2 935	+ 129	+ 2,0	+ 59	+ 1,6	+ 71	+ 2,4
Erwerbslose	1 486	706	781	1 638	751	887	- 152	- 9,3	- 46	- 6,1	- 106	- 12,0
Nichterwerbspersonen	7 105	3 082	4 023	7 164	3 126	4 038	- 59	- 0,8	- 44	- 1,4	- 15	- 0,4

Die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl im früheren Bundesgebiet wird durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen bestimmt. So kletterte die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen im früheren Bundesgebiet gegenüber April 1998 um 267 000 oder 2% auf 13,84 Mill. In den neuen Ländern und Berlin-Ost sank sie um 36 000 oder 0,9% auf 3,79 Mill. Bei den Männern zeigen sich im Vergleich zu April 1998 nur geringfügige Änderungen: Während die Zahl der männlichen Erwerbspersonen im früheren Bundesgebiet fast unverändert blieb (18,5 Mill.), stieg sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 13 000 oder 0,3% auf 4,37 Mill.

Von April 1991 bis April 1999 hat sich die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland um 421 000 bzw. 1% erhöht. Dieser Anstieg ist mit einem Rückgang der Erwerbspersonen in den neuen Bundesländern um 568 000 oder 6,5% bzw. einem Anstieg im früheren Bundesgebiet um 989 000 oder 3,2% im genannten Zeitraum verbunden. Großen Anteil daran hatte die Entwicklung der ausländischen Erwerbspersonen in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Zwischen 1991 und 1995 erhöhte sich ihre Zahl von 2,92 Mill. auf 3,65 Mill. Im April 1999 lebten in Deutschland 3,55 Mill. ausländische Erwerbspersonen.

Nach wie vor Unterschiede zwischen Erwerbsquoten in Ost und West

Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung wird in der Regel anhand von spezifischen Erwerbsquoten analysiert, die den Anteil der Erwerbspersonen an allen Personen in einer nach Alter, Geschlecht und Familienstand abgegrenzten Bevölkerungsgruppe messen. In den Veränderungen dieser Erwerbsquoten im Zeitablauf spiegeln sich Veränderungen des Erwerbsverhaltens und der Bevölkerungsstruktur wider. Das Erwerbsverhalten ist zum Teil durch politische Maßnahmen beeinflusst (z. B. Vorruhestandsregelungen, Änderungen im Ausbildungsangebot), zum Teil werden auch gesellschaftliche Veränderungen wirksam, die mit dem Erwerbsleben in einem unlöslichen Zusammenhang stehen (z. B. Erhöhung des Heiratsalters, stärkere Berufsorientierung der Frauen).

Die Erwerbsquote lag 1999 in Deutschland für die 15- bis unter 65jährigen Männer bei 80,3%, für die Frauen in derselben Altersklasse bei 63,8%. Die Erwerbsquoten der im erwerbsfähigen Alter befindlichen Männer im früheren Bundesgebiet (80,3%) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost (80,4%) zeigen große Übereinstimmung. Die Frauen hingegen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Erwerbsneigung in Ost und West nach wie vor deutlich, wenngleich eine allmähliche Annäherung zu beobachten ist. Die Frauenerwerbsquote betrug 1999 im früheren Bundesgebiet 61,7% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 73%. Die unterschiedlich starke Erwerbsbeteiligung der Frauen in Ost und West liegt unter anderem in den unterschiedlichen Möglichkeiten der außerhäuslichen Kinderbetreuung und in der Notwendigkeit für die Frauen vor allem in den neuen Ländern, einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten zu müssen, begründet.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigen die altersspezifischen Erwerbsquoten – bei Männern wie bei Frauen – in fast allen Altersklassen eine höhere Erwerbsneigung an. Lediglich bei den über 60jährigen machen sich offenbar noch die nach der Vereinigung in den neuen Ländern eingeführten Vorruhestandsregelungen bemerkbar: Die Erwerbsquote der 60- bis unter 65jährigen Männer lag 1999 mit 21,4% deutlich unter der von 33,7% im früheren Bundesgebiet. Für die Frauen dieser Altersgruppe betrug

Tabelle 3: Erwerbsquoten im April 1999 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen
Ergebnis des Mikrozensus
Prozent

Alter von unter bis Jahren	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Deutsche	Ausländer/-innen	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländerinnen
15 – 20	32,9	29,4	37,0	31,9	28,7	26,7
20 – 25	75,3	64,3	78,9	74,0	71,6	54,3
25 – 30	84,8	69,2	88,6	85,9	80,9	51,2
30 – 35	88,5	73,8	96,6	91,1	80,1	53,2
35 – 40	88,9	76,1	97,6	92,2	80,0	55,9
40 – 45	89,5	77,4	96,7	91,1	82,3	62,6
45 – 50	88,3	76,4	95,7	91,9	80,9	62,8
50 – 55	82,6	73,5	91,9	88,5	73,4	54,6
55 – 60	68,9	65,3	79,8	76,9	58,0	47,1
60 – 65	21,5	32,0	30,9	39,6	12,7	18,3
15 – 65	72,8	66,2	80,4	79,0	65,0	51,3

die Erwerbsquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1999 nur 6,3% gegenüber 14,4% im früheren Bundesgebiet. Im Vergleich zum Vorjahr scheint allerdings der starke Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Menschen in dieser Altersklasse in den neuen Ländern und Berlin-Ost gebremst. Gegenüber 1998 läßt sich eine Zunahme um 3,2 Prozentpunkte bei den Männern und um 0,7 Prozentpunkte bei den Frauen feststellen.

Im früheren Bundesgebiet zeigt sich die Erwerbsbeteiligung, gemessen als Erwerbsquote der 15- bis unter 65jährigen, gegenüber 1991 mit 71,1% fast unverändert, wobei sich hinter diesem Wert eine Zunahme von 58,4 auf 61,7% bei den Frauen und eine Abnahme von 82,2 auf 80,3% bei den Männern verbirgt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen ging die Erwerbsquote der 15- bis unter 65jährigen von 1991 bis 1999 insgesamt von 81,6 auf 76,8% zurück. Sie reduzierte sich hier bei den Männern von 86 auf 80,4% und bei den Frauen von 77,2 auf 73%.

Trotz deutlich gestiegener Erwerbspersonenzahl sank die Erwerbsquote der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Alter von 15 bis unter 65 Jahren seit 1991 von 69 auf 66,2%, während die entsprechende Erwerbsquote der Deutschen (72,8%) fast unverändert blieb. Bei den Ausländern bzw. Ausländerinnen ging sowohl die Erwerbsquote der Männer (von 82,2 auf 79%) als auch die der

Frauen (von 52,3 auf 51,3%) zurück. Dem Anstieg der Erwerbsquote der 15- bis 65jährigen deutschen Frauen von 62,9 auf 65% steht eine Abnahme bei den deutschen Männern um 2,6 Prozentpunkte auf 80,4% gegenüber.

Die graphische Darstellung der Erwerbsquoten in Abhängigkeit vom Alter zeigt für die Männer im erwerbsfähigen Alter in Ost und West die typische Glockenkurvenform (siehe Schaubild 1). Während die altersspezifische Erwerbsquotenkurve der Frauen in den neuen Bundesländern nach wie vor fast deckungsgleich mit der der Männer verläuft, war für die Erwerbsbeteiligung der Frauen im früheren Bundesgebiet in der Vergangenheit die M-förmige Kurve mit einem Einbruch der Erwerbsquote in den mittleren Altersgruppen – der sogenannten Familienpause – typisch. Die Zeiträume, in denen die Frauen im früheren Bundesgebiet wegen Heirat, Kinderbetreuung und anderweitiger familiärer Verpflichtungen den Arbeitsmarkt verlassen, sind jedoch zunehmend kürzer geworden. Daher hat sich ihre Erwerbsquotenkurve inzwischen jener der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost angeglichen, allerdings – wegen der generell stärkeren Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen – auf einem allgemein niedrigeren Niveau.

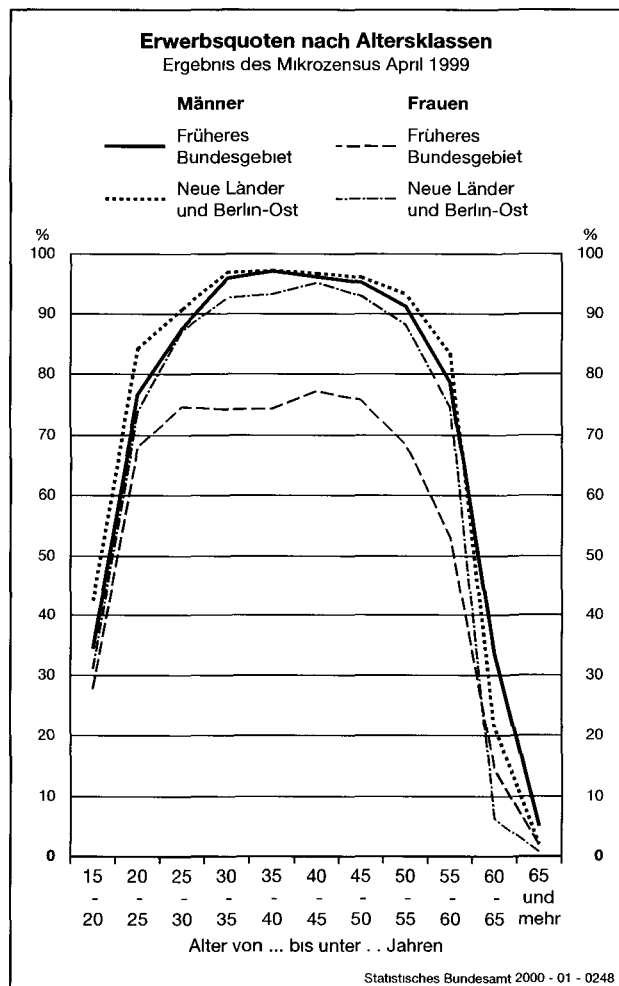
Positive Arbeitsmarktentwicklung in den alten und neuen Ländern

Eine Differenzierung der Erwerbspersonen in Erwerbstätige und Erwerbslose läßt erkennen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im April 1999 gegenüber April 1998 um 542 000 auf 36,4 Mill. gestiegen, die Zahl der Erwerbslosen um etwa 296 000 auf 4,1 Mill. gesunken war. Dabei weisen die Veränderungen im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern im Gegensatz zum Vorjahr in die gleiche Richtung: Im früheren Bundesgebiet stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 412 000 oder 1,4%, die Zahl der Erwerbslosen verringerte sich um 144 000 oder 5,2%; in den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es knapp 130 000 mehr Erwerbstätige (+2%) und rund 150 000 weniger Erwerbslose (-9,3%).

Von dieser positiven Arbeitsmarktentwicklung in den beiden Teilgebieten haben insbesondere die Frauen profitiert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den alten Ländern um etwa 320 000 oder 2,6%, in den neuen Ländern um gut 70 000 oder 2,4% gestiegen. Parallel dazu ist die Zahl der weiblichen Nichterwerbspersonen in Deutschland deutlich um rund 250 000 oder 1% gesunken, wobei der Hauptanteil auf das frühere Bundesgebiet mit fast 240 000 Personen entfällt. Die steigende Frauenerwerbstätigkeit wirkte sich bremsend auf den Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in Deutschland, der von 1991 bis 1997 rund 4,4% betrug, aus und trägt auch wesentlich zu dem seit 1998 feststellbaren positiven Trend bei. Die Zahl der erwerbslosen Frauen verringerte sich 1999 gegenüber dem Vorjahr im früheren Bundesgebiet um 55 000 oder 4,8%, in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich um knapp 110 000 oder 12%.

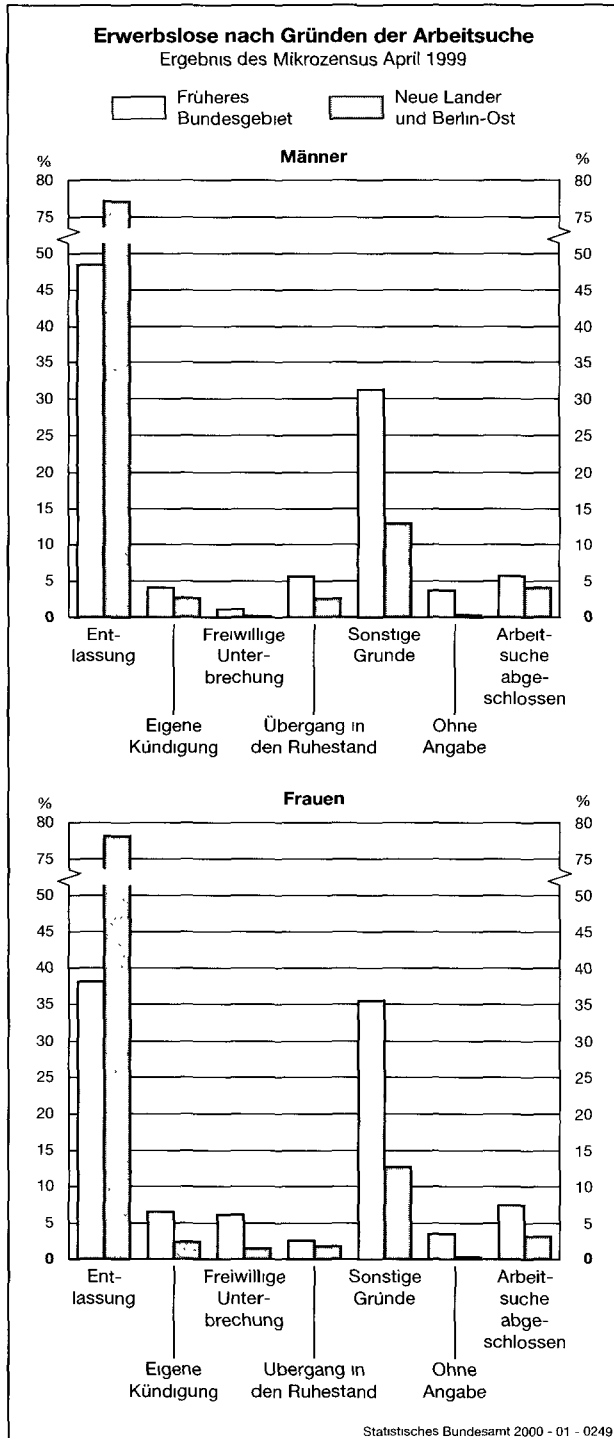
Die Erwerbstätigenquote, die den Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen der entsprechenden Altersgruppe

Schaubild 1



ausdrückt, lag im April 1999 für die 15- bis unter 65jährigen in Deutschland bei 64,8 % (1998: 63,8 %) Sie betrug für Männer 72,4 % (1998: 71,7 %) und für Frauen 56,9 % (1998: 55,5 %). Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die Erwerbstätigenquote der Frauen gegenüber 1998 von 55,3 auf 56,7 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 56,4 auf 57,9 % Seit 1991 ist die Erwerbstätigenquote in Deutschland um 3 Prozentpunkte gefallen. Davon unberührt bleibt jedoch die Erwerbstätigenquote der Frauen, die im April 1999 nahezu wieder das Niveau von 1991 (57 %) erreicht hat.

Schaubild 2



Entlassungen sind häufigster Grund für die Arbeitsuche

Bei der Frage nach dem Grund für die Suche einer Erwerbstätigen nannten im früheren Bundesgebiet etwa 49 % der erwerbslosen Männer und 38 % der erwerbslosen Frauen die Antwortkategorie „Entlassung“. Durch den Stellenabbau als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs und des nur langsamen Aufbauprozesses suchten sogar fast 80 % der Erwerbslosen in den neuen Ländern einen Arbeitsplatz nach einer Kündigung durch den Arbeitgeber (siehe Schaubild 2).

Alle weiteren Gründe spielten demnach in den neuen Bundesländern nur eine untergeordnete Rolle. Eine eigene Kündigung sprachen im früheren Bundesgebiet gut 5 % der Erwerbslosen aus; in den neuen Bundesländern waren es nur knapp 3 %. Gut 6 % der Frauen im früheren Bundesgebiet und weniger als 2 % in den neuen Ländern waren nach einer freiwilligen Unterbrechung erwerbslos geworden. Dieser Unterschied ist im wesentlichen damit zu erklären, daß Frauen im früheren Bundesgebiet – wie bereits ausgeführt – häufiger als Frauen in den neuen Bundesländern ihre Erwerbstätigkeit aus familiären Gründen unterbrechen.

Abhängig Beschäftigte arbeiten immer häufiger mit befristeten Arbeitsverträgen

Im April 1999 waren rund 2,8 Mill. abhängig Beschäftigte bzw. 9 % aller Arbeitnehmer/-innen in Deutschland auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Drei Jahre zuvor hatten die Arbeitgeber noch in geringerem Umfang von den gesetzlichen Befristungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht: Im April 1996 arbeiteten nur etwa 2,3 Mill. Arbeitnehmer bzw. 8 % der abhängig Beschäftigten in einem Arbeitsverhältnis auf Zeit. Auszubildende sind in diesen Zahlen nicht einbezogen. Ein Grund für die stärkere Verbreitung befristeter Arbeitsverträge seit 1996 dürfte in der Deregulierung des Rechts befristeter Arbeitsverträge durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1996 liegen.

Tabelle 4. Abhängig Erwerbstätige (ohne Auszubildende) im April 1999 nach Art des Arbeitsvertrages
Ergebnis des Mikrozensus 1 000

Gegenstand der Nachweisung	Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende ¹⁾	Darunter Art des Arbeitsvertrages			
		unbefristet	befristet ¹⁾	darunter Dauer der Befristung	
				unter 1 Monat bis 26 Monate	mehr als 36 Monate
Deutschland	30 907	27 792	2 842	2 381	325
Männer	17 100	15 379	1 637	1 321	232
Frauen	13 807	12 413	1 205	1 060	94
Früheres Bundesgebiet	25 218	22 957	2 019	1 642	259
Männer	14 054	12 801	1 180	923	185
Frauen	11 165	10 157	839	720	74
Neue Länder und Berlin-Ost	5 689	4 834	822	739	67
Männer	3 046	2 578	457	399	47
Frauen	2 643	2 257	366	340	20

¹⁾ Einschl. der abhängig Erwerbstätigen ohne Angabe zur Art bzw. Dauer des Arbeitsvertrages

Tabelle 5: Abhängig Erwerbstätige nach Teilzeit- und Vollzeitatigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Teilzeittätigkeit									
1 000									
1991	4 736	402	4 334	4 075	355	3 720	661	47	614
1999	6 323	831	5 493	5 582	712	4 870	742	119	622
%									
1991	14,0	2,1	30,2	15,4	2,3	34,3	8,9	1,2	17,5
1999	19,5	4,6	37,8	21,2	4,8	41,7	12,1	3,6	22,0
Vollzeittätigkeit									
1 000									
1991	29 151	19 133	10 018	22 405	15 274	7 131	6 746	3 859	2 887
1999	26 173	17 149	9 024	20 802	13 989	6 813	5 371	3 161	2 211
%									
1991	86,0	97,9	69,8	84,6	97,7	65,7	91,1	98,8	82,4
1999	80,5	95,4	62,2	78,8	95,2	58,3	87,9	96,4	78,0

In den neuen Ländern und Berlin-Ost spielen befristete Verträge eine größere Rolle als im früheren Bundesgebiet: Hatten 1999 im Osten Deutschlands gut 14% der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) einen befristeten Arbeitsvertrag, waren es im Westen nur 8%. Dabei lag der Anteil der Arbeitsverträge, deren Befristungsdauer über 36 Monate hinausgeht, im früheren Bundesgebiet mit rund 13% um etwa 5 Prozentpunkte höher als in den neuen Bundesländern. Im April 1996 betrug der Anteil der befristet abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) im früheren Bundesgebiet lediglich 6%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost enthielten 11% der Arbeitsverträge (ohne Berufsausbildungsverträge) eine Befristungsregelung.

Am häufigsten sind befristete Arbeitsverträge bei Berufsanfängern anzutreffen. So arbeitete 1999 von den unter 30jährigen Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) in Deutschland gut jeder Fünfte in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Von den 30- bis unter 40jährigen Arbeitnehmern waren rund 8%, von den 40- bis unter 60jährigen 5% auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrages beschäftigt.

Die Ursachen für die Befristung von Arbeitsverträgen sind vielfältiger Natur. Im April 1999 gaben rund 12% der abhängig Beschäftigten (einschl. Auszubildende) mit befristeten Verträgen als Grund an, keine Dauerstellung finden zu können. Der Anteil derjenigen, die ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis nicht wünschten, betrug etwa 2%. Bei weiteren 9% begründete die Probezeit den befristeten Arbeitsvertrag.

Steigender Anteil der Teilzeitbeschäftigten

Insgesamt stufen im April 1999 rund 6,32 Mill. Menschen – das waren 19,5% aller abhängig Beschäftigten – ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein. Gravierende Unterschiede bestehen dabei zwischen den Geschlechtern: 4,6% aller abhängig erwerbstätigen Männer und 37,8% aller abhängig erwerbstätigen Frauen arbeiteten 1999 Teilzeit. Damit waren rund 87% der Teilzeitbeschäftigten insgesamt Frauen.

Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands ist die Teilzeitbeschäftigung in den 90er Jahren stetig gewachsen. Seit 1991 ist ein Anstieg der Teilzeitquote, gemessen als Anteil der abhängig Teilzeitbeschäftigten an allen ab-

hängig Beschäftigten, um 5,5 Prozentpunkte zu verzeichnen. Dabei fiel die Steigerung im früheren Bundesgebiet mit fast 6 Prozentpunkten relativ größer aus als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (+3,2 Prozentpunkte). Dieser Strukturwandel begünstigte die Frauen: Ihre Teilzeitquote war im früheren Bundesgebiet seit 1991 kontinuierlich um über 7 Prozentpunkte gestiegen. In den neuen Bundesländern legte sie seit 1991 um fast 5 Prozentpunkte zu. Insgesamt entstanden in dem vorgenannten Zeitraum in Deutschland fast 1,2 Mill. neue Teilzeitarbeitsplätze für die Frauen. Die Männer partizipierten nur mit rund 0,43 Mill. zusätzlichen Teilzeitstellen am Strukturwandel, während die Verluste an Vollzeitstellen vor allem zu ihren Lasten gingen. Mit fast 2 Mill. eingebüßten Vollzeitstellen seit 1991 waren sie wesentlich stärker betroffen als die Frauen, bei denen ein Rückgang um rund 1 Mill. Vollzeitstellen zu verzeichnen war.

Nach wie vor gibt es hinsichtlich der Teilzeitarbeit erhebliche Niveaudifferenzen und beachtliche Strukturunterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Im früheren Bundesgebiet ist die Teilzeitbeschäftigung weiter verbreitet: Während im Westen im April 1999 gut ein Fünftel (21,2%) der abhängig Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt war, betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund ein Achtel (12,1%). Von den abhängig erwerbstätigen Frauen arbeiteten 1999 im früheren Bundesgebiet 41,7% Teilzeit. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der entsprechende Anteil bei nur 22%.

Tabelle 6: Abhängig Teilzeitbeschäftigte im April 1999 nach normalerweise je Woche geleisteten Arbeitsstunden

Ergebnis des Mikrozensus
Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Normalerweise je Woche geleistete Arbeitsstunden		
	unter 20 Stunden	20 Stunden	21 bis 31 Stunden
Deutschland	48,4	21,8	29,9
Männer	64,6	16,2	19,2
Frauen	45,9	22,6	31,5
Früheres Bundesgebiet	50,6	22,6	26,8
Männer	64,5	16,9	18,6
Frauen	48,6	23,5	28,0
Neue Länder und Berlin-Ost	31,4	15,2	53,4
Männer	65,2	12,1	22,8
Frauen	24,9	15,8	59,3

Etwa 53 % aller Teilzeitbeschäftigten²⁾ in den neuen Bundesländern leisteten im April 1999 normalerweise mehr als 21 Stunden in der Woche. Im früheren Bundesgebiet waren es lediglich 27 % (siehe die vorstehende Tabelle 6). Hier spielten Wochenarbeitszeiten im unteren Stundenbereich eine dominierende Rolle. Über die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten (51 %) gaben ein normales wöchentliches Arbeitsstundenvolumen von unter 20 Stunden an. Dagegen kam eine Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 20 Wochenstunden in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur bei etwa 31 % aller Teilzeitarbeitsplätze vor.

Personliche oder familiäre Ursachen sind entscheidend für eine Teilzeittätigkeit der Frauen im Westen Deutschlands. So gaben im April 1999 65 % der teilzeitbeschäftigten Frauen im früheren Bundesgebiet, aber nur rund 21 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Gründe an (Männer: etwa 13 % im früheren Bundesgebiet und rund 4 % in den neuen Ländern). Nur knapp 5 % der Frauen im Westen und Osten führten als Grund für Teilzeitarbeit eine Schul- oder sonstige Aus- und Fortbildung an. Bei den Männern waren es immerhin etwa 30 % im Westen bzw. 20 % im Osten. Knapp

Tabelle 7 Abhängig Teilzeitbeschäftigte im April 1999 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit
Ergebnis des Mikrozensus
Prozent

Personen- gruppe	Gründe für die Teilzeittätigkeit					
	weil Vollzeit- tätigkeit nicht zu finden	wegen Schul- ausbil- dung oder sonstiger Aus- und Fort- bildung	aufgrund von Krankheit Unfall- folgen	wegen person- licher oder familiärer Verpflich- tungen	weil Vollzeit- tätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht	ohne Angabe des Grundes
Deutschland	13,6	7,8	2,4	53,6	19,4	3,2
Männer	20,0	28,9	6,4	11,5	27,2	6,0
Frauen	12,7	4,6	1,7	60,0	18,2	2,8
Früheres Bun- desgebiet	8,8	7,8	2,2	58,4	19,5	3,4
Männer	17,6	30,3	5,8	12,8	27,1	6,5
Frauen	7,5	4,5	1,6	65,0	18,3	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost	49,9	7,4	3,8	18,1	19,1	1,6
Männer	34,4	20,4	10,3	3,8	27,8	3,4
Frauen	52,9	4,9	2,6	20,9	17,4	1,3

8 % der teilzeitbeschäftigten Frauen im früheren Bundesgebiet gaben als Begründung für ihre Teilzeitbeschäftigung an, keine Vollzeittätigkeit gefunden zu haben. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es rund 53 %. Von den Männern nannten fast 18 % im früheren Bundesgebiet und rund 34 % in den neuen Bundesländern diesen Grund. Dieses unterschiedliche Erwerbsverhalten in West und Ost liegt darin begründet, daß die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern als Quelle des Lebensunterhalts für die dort lebenden Menschen eine größere Bedeutung besitzt.

²⁾ Erwerbstätige können sich im Mikrozensus selbst als Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigte einstufen. Darüber hinaus wird nach den normalerweise in der Woche geleisteten Arbeitsstunden gefragt.

Geringfügig Beschäftigte sind überwiegend Frauen

Eine geringfügige Beschäftigung ist eine Tätigkeit mit einer Arbeitszeit von unter 15 Stunden pro Woche und einem Einkommen bis 630 DM im Monat. Desweiteren gilt eine Beschäftigung auch dann als geringfügig, wenn sie auf höchstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage während eines Jahres begrenzt ist. Seit dem 1. April 1999 ist die Neuregelung zur sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Behandlung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Kraft³⁾. Danach haben geringfügig Beschäftigte im wesentlichen zwei Vorteile gegenüber anderen Beschäftigten bei der Entrichtung von Steuern und Sozialabgaben. Wenn Personen ausschließlich geringfügig beschäftigt werden, muß nur der Arbeitgeber Sozialversicherungsbeiträge abführen, während der Arbeitnehmer davon freigestellt ist. Außerdem kann für alle geringfügig Beschäftigten eine pauschale Versteuerung der Einkünfte aus dieser Beschäftigung gewählt werden. Dies bedeutet für die meisten geringfügig Nebentätigen eine geringere Lohn- oder Einkommensteuer.

Die Konzeption des Mikrozensus als berichtswochenbezogene Erhebung bedingt, daß der Gesamtumfang an geringfügiger Beschäftigung nicht abgebildet werden kann. Geringfügige Beschäftigungen umfassen so unterschiedliche Arbeitsverhältnisse wie zum Beispiel stundenweise Arbeit an ganz bestimmten Tagen im regelmäßigen oder unregelmäßigen Wochenrhythmus, zu bestimmten Monatsterminen oder anlässlich nur jährlich wiederkehrender Veranstaltungen wie Messen und Ausstellungen. Diese werden vom Mikrozensus nur dann erfaßt, wenn sie in die Berichtswoche fallen. Kurzfristige geringfügige Beschäftigungen mit einer Dauer von höchstens zwei Monaten oder 50 Arbeitstagen lassen sich mit dem Berichtswochenkonzept nur schwer nachweisen, da saisonale Einflüsse (Semesterferien, Erntezeiten u.ä.) hier eine große Rolle spielen. Die Mikrozensusergebnisse zur geringfügigen Beschäftigung stellen somit keine repräsentativen Jahresdurchschnitte dar, sondern können nur als Untergrenze angesehen werden.

Im Mikrozensus 1999 haben hochgerechnet 2,42 Mill. Menschen, und zwar 1,87 Mill. Frauen und 0,56 Männer, angegeben, in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit ausgeübt zu haben. Das waren etwa 6,7 % aller Erwerbstätigen in Deutschland.⁴⁾

Wie schon in den Vorjahren waren 1999 rund drei Viertel (77 %) aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Deutschland Frauen, von denen wiederum etwa drei Viertel verheiratet und 15 % ledig waren. Dagegen waren die Anteile der Verheirateten (45 %) und der Ledigen (48 %) bei den geringfügig beschäftigten Männern fast gleich groß.

³⁾ Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999.

⁴⁾ Beim Vergleich mit früher im Mikrozensus ausgewiesenen Ergebnissen ist das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999 zu berücksichtigen. Es ist zu erwarten, daß die Beschäftigten durch die öffentliche Diskussion problembewußter geworden sind. Dies konnte zu einer vollständigeren Erfassung der geringfügigen Beschäftigung geführt haben.

Tabelle 8: Erwerbstätige im April 1999 nach ausgewählten Merkmalen

Ergebnis des Mikrozensus
1 000

Gegenstand der Nachweisung	Erwerbstätige			Darunter geringfügig beschäftigt mit nur einer Tätigkeit		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Insgesamt	36 402	20 659	15 744	2 422	557	1 865
Deutsche	33 482	18 798	14 684	2 188	489	1 699
Ausländer/-innen	2 920	1 861	1 059	233	68	166
Alter von bis unter Jahren						
15 – 20	1 393	808	586	135	62	74
20 – 25	2 911	1 573	1 337	195	74	121
25 – 30	3 820	2 086	1 734	238	84	154
30 – 35	5 272	3 003	2 269	307	47	260
35 – 40	5 357	3 070	2 287	326	37	289
40 – 45	4 886	2 695	2 190	265	27	239
45 – 50	4 553	2 508	2 045	222	21	201
50 – 55	3 467	1 975	1 492	182	22	160
55 – 60	3 266	1 941	1 325	212	39	173
60 – 65	1 103	762	341	197	68	129
65 und mehr	36 026	20 421	15 605	2 279	481	1 799
	376	237	139	143	76	67
Familienstand						
Ledig	11 226	6 730	4 497	550	268	282
Verheiratet	22 234	12 737	9 497	1 655	251	1 404
Verwitwet	577	149	428	98	11	87
Geschieden	2 365	1 043	1 322	119	26	93
Überwiegender Lebensunterhalt						
Erwerbstätigkeit	33 534	19 900	13 634	852	190	662
Arbeitslosengeld/-hilfe	132	60	72	104	45	60
Rente, Pension	482	248	234	310	152	158
Unterhalt durch Angehörige	1 867	302	1 565	1 061	130	931
Eigenes Vermögen	38	21	17	12	6	7
Sozialhilfe	122	51	71	41	15	26
Leistung aus einer Pflegeversicherung, sonstige Unterstützungen	228	77	151	41	19	22
Wirtschaftsunterbereich ¹⁾						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 026	658	368	57	20	38
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8 694	6 265	2 429	346	95	251
Energie- und Wasserversorgung	310	249	62	5	2	3
Baugewerbe	3 146	2 745	401	86	35	51
Handel und Gastgewerbe	6 397	2 935	3 461	729	134	595
darunter						
Einzelhandel	3 164	1 014	2 149	431	56	375
Gastgewerbe	1 188	492	695	182	40	141
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 953	1 396	557	90	40	50
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 291	639	653	47	10	37
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	2 738	1 422	1 316	299	71	228
darunter						
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung	657	258	399	51	9	42
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	350	92	258	108	11	97
Öffentliche Verwaltung u.a.	3 215	1 880	1 335	54	18	36
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	7 633	2 470	5 163	708	131	577
darunter						
Gesundheits- und Veterinärwesen	2 416	570	1 845	167	16	151
Private Haushalte	141	8	133	74	4	71

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), Tiefgliederung für den Mikrozensus

Der Familienstand legt in Verbindung mit der Altersverteilung die Vermutung nahe, daß eine geringfügige Beschäftigung von Frauen offenbar häufiger zur Aufbesserung des Haushaltseinkommens ausgeübt wird, während Männer eher vor Aufnahme einer regulären Vollzeittätigkeit geringfügig beschäftigt sind. 39,5 % der geringfügig beschäftigten Männer, aber nur 18,7 % der geringfügig beschäftigten Frauen waren unter 30 Jahre alt. Bei gut der Hälfte der geringfügig beschäftigten Frauen (53 %) lag das Alter zwischen 30 und 50 Jahren, bei einem weiteren Viertel (24,8 %) zwischen 50 und 65 Jahren. Die geringfügig beschäftigten Männer verteilten sich mit einem Anteil von jeweils fast einem Viertel auf die Altersgruppen der 30- bis unter 50jährigen und der 50- bis unter 65jährigen.

Etwa 50 % der geringfügig beschäftigten Frauen gaben den Unterhalt durch Angehörige als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts an. Dies verdeutlicht ebenfalls, daß für die meisten Frauen das Entgelt aus einer geringfügigen Beschäftigung den Charakter eines Zusatzverdienstes besitzt.

Die geringfügige Beschäftigung ist wirtschaftsfachlich konzentriert. Jeweils fast ein Drittel aller geringfügig Beschäftigten entfiel 1999 auf die beiden Bereiche Handel und Gastgewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen. Im Handel und Gastgewerbe waren 31,9 % der geringfügig beschäftigten Frauen und 24,1 % der geringfügig beschäftigten Männer tätig. Einen Schwerpunkt bildete hier der Einzelhandel mit 20,1 % der geringfügig beschäftigten Frauen. 30,9 % der geringfügig beschäftigten Frauen und 23,5 % der geringfügig beschäftigten Männern gingen einer Arbeit im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen nach.

Erwerbstätigkeit verliert für den Lebensunterhalt an Bedeutung

Die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung spiegelt sich nicht nur im Erwerbsverhalten wider. Von ähnlich großer Bedeutung ist die Frage, aus welchen Quellen die Bevölkerung ihren Lebensunterhalt bezieht. Das Unter-

Tabelle 9 Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt
Ergebnisse des Mikrozensus

Personengruppe	Insgesamt		Überwiegender Lebensunterhalt durch							
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld/-hilfe		Angehörige		Sonstiges ¹⁾	
	April 1999	April 1991	April 1999	April 1991	April 1999	April 1991	April 1999	April 1991	April 1999	April 1991
	1 000		%							
Bevölkerung insgesamt	82 024	79 829	40,9	44,5	3,7	2,2	29,9	31,4	25,5	21,9
männlich	40 006	38 548	49,7	55,5	4,1	2,3	22,4	23,7	23,4	18,5
weiblich	42 018	41 281	32,4	34,3	3,1	2,0	37,0	38,6	27,5	25,1
dar verheiratet	19 969	19 817	40,1	42,8	3,7	2,7	35,5	38,6	20,7	15,9
Erwerbstätige zusammen	36 402	37 445	92,1	94,9	0,4	0,1	5,1	3,7	2,4	1,4
Männer	20 659	21 875	96,3	97,7	0,3	0,0	1,5	1,2	1,9	1,0
Frauen	15 744	15 570	86,6	90,8	0,5	0,1	9,9	7,1	3,0	2,0
dar verheiratet	9 497	9 498	84,4	89,3	0,4	0,1	13,5	9,3	1,8	1,4
Erwerbslose zusammen	4 106	2 642	x	x	71,5	64,2	16,0	21,8	12,6	13,9
Männer	2 220	1 250	x	x	77,2	69,2	10,0	14,6	12,8	16,1
Frauen	1 886	1 392	x	x	64,7	59,7	23,0	28,3	12,3	12,0
dar verheiratet	1 117	893	x	x	62,5	59,5	29,5	34,0	8,0	6,5
Nichterwerbspersonen zusammen	41 515	39 742	x	x	x	x	53,0	58,2	47,0	41,8
männlich	17 127	15 423	x	x	x	x	49,4	56,4	50,6	43,6
weiblich	24 388	24 319	x	x	x	x	55,5	59,4	44,5	40,6
dar verheiratet	9 354	9 426	x	x	x	x	58,7	68,5	41,3	31,5

¹⁾ Rente, Pension, eigenes Vermögen, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützung

haltskonzept nimmt daher neben dem Erwerbskonzept im Mikrozensus einen wichtigen Raum ein. Dabei stützen sich die Angaben zur Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts im Mikrozensus auf die jeweilige Selbsteinstufung der Befragten.

Die bedeutendste Quelle des Lebensunterhalts in Deutschland ist die Erwerbstätigkeit. Im April 1999 bestritten 40,9% der Menschen in Deutschland den Lebensunterhalt überwiegend durch die eigene Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil ist jedoch rückläufig: 1991 lag er noch bei 44,5%. Im früheren Bundesgebiet lag der Anteil derjenigen, bei denen die Erwerbstätigkeit die Hauptquelle für den Lebensunterhalt bildete, bei 40,7% (1991: 43,7%). Mit 41,7% lebten 1999 in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch etwas mehr Menschen von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit (1991: 47,6%). Insbesondere für den Lebensunterhalt von Männern verlor die Erwerbstätigkeit an Bedeutung: Lediglich für die Hälfte (49,7%) der Männer war 1999 das Erwerbseinkommen die Haupteinnahmequelle. Im April 1991 lag dieser Anteil noch bei 55,5%. Bei den Frauen zeigte sich im Zeitraum von 1991 bis 1999 nur ein leichter Rückgang von 34,3 auf 32,4%.

Erwerbstätigkeit hat als Quelle des Lebensunterhalts vor allem wegen der Änderung der Altersstruktur und gesteigener Arbeitslosigkeit an Bedeutung verloren. Während 1991 21,9% der Bevölkerung überwiegend von Renten- und Pensionszahlungen (einschl. eigenem Vermögen, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, sonstiger Unterstützung) lebten, erhöhte sich ihr Anteil auf 25,5% im April 1999. Die Einkünfte aus Arbeitslosengeld und -hilfe waren 1999 für 3,7% und 1991 lediglich für 2,2% der Bevölkerung die wichtigste Unterhaltsquelle. Bedingt durch den höheren Anteil von Erwerbslosen in den neuen Bundesländern lebten dort im April 1999 8,5% der Bevölkerung überwiegend von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. In den alten Ländern betrug der entsprechende Anteil nur 2,6%.

Für knapp 30% der Bevölkerung stellten Unterstützungsleistungen durch Angehörige die wichtigste Unterhaltsquelle im April 1999 dar, wobei ein deutlicher Unterschied

zwischen Männern (22,4%) und Frauen (37%) bestand. Während Unterstützungsleistungen im früheren Bundesgebiet für rund ein Drittel (32,1%) der Bevölkerung die Haupteinnahmequelle darstellten, lag der entsprechende Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost lediglich bei etwa einem Fünftel (20,5%).

Exkurs

Die 1999 erstmals in die EU-Arbeitskräftestichprobe aufgenommene Frage zur Art der Beteiligung an der Erhebung (eigene Beteiligung oder Beteiligung über ein anderes Haushaltsmitglied) dient dazu, den Umfang der sogenannten Proxy-Interviews im Erhebungsgeschäft zu ermitteln. Bei einem Proxy-Interview antwortet eine Person im Haushalt stellvertretend für andere Mitglieder des Haushalts. Dem Befragten muß die Situation anderer Haushaltsmitglieder im Hinblick auf die Erhebungsmerkmale jedoch nicht immer bekannt sein. Mit steigendem Anteil der Proxy-Interviews dürften daher die Stichprobenergebnisse an Qualität und Genauigkeit verlieren. Im Hinblick auf die Erhebungskosten sind Proxy-Interviews für die Durchführung einer Haushaltsbefragung jedoch unverzichtbar.

Tabelle 10: Bevölkerung (15 Jahre und älter) nach Art der Beteiligung an der Erhebung im April 1999
Ergebnis der in den Mikrozensus integrierten EU-Arbeitskräftestichprobe 1999
Prozent

Personengruppe	Art der Beteiligung	
	Eigene Beteiligung	Beteiligung (Beantwortung) über anderes Haushaltsmitglied
Bevölkerung	70,7	29,3
Männer	69,1	30,9
Frauen	72,2	27,8
Erwerbstätige	70,4	29,6
Erwerbslose	76,4	23,6
Nichterwerbspersonen	70,4	29,6
Schüler/-innen, Studierende	33,5	66,5
Deutsche	71,3	28,7
Ausländer/-innen	64,3	35,7

Die mit freiwilliger Auskunftserteilung verbundene Frage zur Art der Beteiligung an der Erhebung richtete sich an

Personen im Alter von 15 Jahren und älter. Rund 71 % der Personen, die diese Frage beantwortet haben, wurden im Rahmen des Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung direkt befragt. Eine ähnlich hohe Quote konnte auch in anderen EU-Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Arbeitskräftestichprobe der EU beobachtet werden. Bei den Frauen (72,2 %) lag der Anteil der direkten Befragung etwas höher als bei den Männern (69,1 %). Erwerbslose waren mit einem Anteil von gut 76 % relativ häufiger selbst an der Befragung beteiligt als Erwerbstätige (70,4 %). Bei Erwerbstätigen und Nichterwerbspersonen zeigten sich keine Unterschiede hinsichtlich der Art der Beteiligung. Auffallend ist, daß der Anteil der Proxy-Interviews bei den Befragten mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit fast 36 % um 7 Prozentpunkte höher lag als bei den Deutschen.

Dipl.-Volkswirt Holger Breiholz

Gewerbeanzeigen 1999

Gewerbeanzeigen gehören (z B Institut für Mittelstandsforschung, Deutsche Ausgleichsbank)

Vorbemerkung

Als 1996 die Gewerbeanzeigenstatistik bundesweit eingeführt wurde¹⁾, versprach sich der Gesetzgeber aus einer detaillierten statistischen Darstellung des Meldegeschehens (Gewerbeanmeldungen, -ummeldungen und -abmeldungen) u a. Aufschlüsse über Existenzgründungen und Betriebsschließungen in Deutschland. Die gesetzliche Begründung für diese Statistik formuliert die Erwartung, damit die Attraktivität von Standorten, die Funktionsfähigkeit von Märkten und das Innovationspotential der Volkswirtschaft belegen zu können. Vorteilhaft für den Aufbau der Statistik wirkte sich aus, daß die Gewerbeordnung ohnehin eine Anzeigepflicht für den Betrieb eines Gewerbes vorschreibt. Damit war eine einfache erhebungstechnische Möglichkeit gegeben, mit einer zusätzlichen Durchschrift des Meldevordrucks diese Datenquelle ohne Belastung der Auskunftspflichtigen sekundärstatistisch für die Gewerbeanzeigenstatistik zu nutzen.

Die Nachteile dieses Ansatzes liegen darin, daß die statistischen Belange nur teilweise berücksichtigt sind. So ist der Nachweis der Existenzgründungen aus den Gewerbeanmeldungen nicht unmittelbar möglich, weil die Meldeformulare zwar bei Gründung oder Stilllegung eines Unternehmens zu verwenden sind, aber auch bei einer ganzen Reihe anderer meldepflichtiger Anlässe (z. B. Rechtsformwechsel, Kauf, Antritt der Erbfolge usw.) Der Inhalt der Vordrucke ist durch die Gewerbeordnung festgelegt und bietet keinerlei Spielraum für zusätzliche statistische Fragestellungen. Diese wären wünschenswert, um besser zwischen echten und unechten Betriebsgründungen unterscheiden zu können. Hilfsweise nimmt die amtliche Statistik eine Differenzierung der Gewerbeanmeldungen aufgrund der weiteren Angaben der Gewerbetreibenden zur Rechtsform, zu den Beschäftigten und zum Handwerksrollen- oder Registereintrag vor. Damit lassen sich Betriebe, hinter denen ein größeres wirtschaftliches Potential zu vermuten ist, von Kleingewerbetreibenden besser abgrenzen. Gegen diese im Rahmen der maschinellen Plausibilitätsprüfung vorgenommene Zuordnung läßt sich einwenden, daß sich die Angaben der Gewerbetreibenden nur auf den Zeitpunkt der Antragstellung beziehen und zu einzelnen Merkmalen (z. B. der Beschäftigtenzahl) unvollständig sind. Dennoch ist dieses Verfahren einer undifferenzierten Kategorisierung vorzuziehen. Eine Arbeitsgruppe der amtlichen Statistik hat sich zum Ziel gesetzt, die Antwortqualität durch präzisere, eindeutige Fragestellungen und Erläuterungen zu verbessern. Parallel hierzu laufen Bemühungen, die maschinelle Erstellung der Gewerbeanzeigen in den Gewerbeämtern mit markt gängigen Softwareprogrammen zu fördern. Unterstützung findet diese Initiative, die auf eine Änderung der Gewerbeordnung hinausläuft, auch durch andere Institutionen, die ebenfalls zu den Nutzern der

¹⁾ Siehe Angele, J. „Zur Einführung einer Gewerbeanzeigenstatistik“ in WiSta 7/1997, S. 462 ff.

Tabelle 1 Entwicklung der Gewerbeanzeigen

Jahr	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeummeldungen	Gewerbeabmeldungen	Meldungen von Automaten aufstellern und des Reisegewerbes	Gesamtzahl der Meldungen
Früheres Bundesgebiet ¹⁾					
1996	646 431	129 053	536 606	13 014	1 325 104
1997	669 004	137 665	568 006	13 336	1 388 011
1998	675 720	141 393	579 261	11 278	1 407 652
1999	653 383	141 899	590 863	9 932	1 396 077
Neue Länder					
1996	133 582	40 951	111 283	5 273	291 089
1997	133 931	40 730	113 858	4 327	292 846
1998	135 657	43 425	116 953	3 788	299 823
1999	127 552	43 431	115 900	3 448	290 331
Deutschland					
1996	780 013	170 004	647 889	18 287	1 616 193
1997	802 935	178 395	681 864	17 663	1 680 857
1998	811 377	184 818	696 214	15 066	1 707 475
1999	780 935	185 330	706 763	13 380	1 686 408

¹⁾ Einschl. Berlin-Ost

Gesamtbild

Im Jahr 1999 wurden knapp 1,7 Mill. Gewerbeanzeigen erstattet, das sind rund 20 000 Meldungen oder 1,2% weniger als 1998. Die Gewerbeordnung regelt, wann und für welche Tätigkeiten eine Anzeige erforderlich ist. Vom Geltungsbereich der Gewerbeordnung ausgenommen und damit statistisch nicht nachgewiesen sind die Freien Berufe (z. B. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Ärzte), die Urproduktion (z. B. Bergbau, Ackerbau, Viehzucht, Fischerei usw.) und die Verwaltung eigenen Vermögens. Die Meldepflicht erstreckt sich nicht nur auf die Hauptniederlassungen, sondern gilt auch für Zweigniederlassungen und unselbständige Zweigstellen. Bei den 1999 erstatteten Gewerbeanzeigen handelte es sich um 781 000 Anmeldungen, 185 000 Ummeldungen und 707 000 Abmeldungen. Weitere 13 000 Meldungen stammten von Automaten aufstellern oder betrafen das Reisegewerbe. Während die Zahl der Anmeldungen 1999 gegenüber 1998 um 3,8% zurückgegangen ist, wurden 1,5% mehr Abmeldungen vorgenommen. Ummeldungen gab es etwa ebenso viele wie 1998.

In den vier Jahren seit Einführung der bundeseinheitlichen Gewerbeanzeigenstatistik wurden von den Statistischen Ämtern der Länder 6,7 Mill. Gewerbeanzeigen ausgewertet. Vor 1996 gab es eine einheitliche Gewerbeanzeigenstatistik nur für die neuen Länder. 1991 wurden in den fünf

Gewerbeanmeldungen in den neuen Ländern¹⁾

	Anmeldungen	Abmeldungen
1990	257 406	24 853
1991	270 565	93 530
1992	195 747	111 370
1993	169 235	109 381
1994	152 734	107 211
1995	151 789	116 921
1996	133 582	111 283
1997	133 931	113 858
1998	135 657	116 953
1999	127 552	115 900

¹⁾ Ohne Berlin-Ost

Tabelle 2 Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾ seit 1996

Jahr	Gewerbeanmeldungen					Gewerbeabmeldungen				
	insgesamt	Betriebsgründung	Gründung eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit	Zuzug	Übernahme	insgesamt	Betriebsaufgabe-)	Aufgabe eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit	Verlegung	Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes
					Anzahl					
1996	780 013	217 210	411 962	24 307	126 534	647 889	132 403	369 496	37 635	108 355
1997	802 935	210 091	432 505	30 701	129 638	681 864	141 129	376 036	46 208	118 491
1998	811 377	215 207	432 587	33 038	130 545	696 214	147 352	380 493	48 093	120 276
1999	780 935	213 305	409 779	32 796	125 055	706 763	146 148	395 524	48 276	116 815
					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1997	+ 2,9	- 3,3	+ 5,0	+ 26,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 6,6	+ 1,8	+ 22,8	+ 9,4
1998	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 7,6	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,4	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,5
1999	- 3,8	- 0,9	- 5,3	- 0,7	- 4,2	+ 1,5	- 0,8	+ 4,0	+ 0,4	- 2,9

¹⁾ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe – ²⁾ Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird

neuen Bundesländern 270 000 Gewerbebetriebe angemeldet. Danach ging die Zahl der Anmeldungen zurück. 1999 waren es nicht einmal mehr halb so viele wie zu Beginn der 90er Jahre. Die Zahl der jährlichen Abmeldungen hat sich seit 1992 kaum verändert

Anmeldungen

Beim Ausfüllen der Anmeldeformulare haben die Gewerbetreibenden anzugeben, ob sie die Neuerrichtung oder die Übernahme eines Betriebes beabsichtigen. Außerdem wird gefragt, ob der Betrieb bereits an anderer Stelle existiert hat. Demnach können drei verschiedene Anlässe für eine Gewerbeanmeldung unterschieden werden:

1. Neuerrichtung

Eine „Neuerrichtung“ eines Betriebes kann sowohl eine originäre Existenzgründung als auch eine Umwandlung sein. Als Umwandlung gilt eine Verschmelzung, also der Zusammenschluß mehrerer Unternehmen zu einem neuen Unternehmen oder eine Auf- bzw. Abspaltung, bei der die Vermögensteile auf einen oder mehrere neue Rechtsträger übertragen werden. Aus den Meldeformularen ist diese Differenzierung nicht abzuleiten. Neuerrichtungen lassen sich jedoch nach dem bei der Anmeldung vorhandenen wirtschaftlichen Potential klassifizieren. Wie eingangs erwähnt, wird aus den anderen Angaben der Gewerbetreibenden maschinell ermittelt, ob die Meldung von einem Kleingewerbetreibenden stammt, ob Nebenerwerb vorliegt oder ob eine größere wirtschaftliche Substanz vermutet wird. Letztere wird als Betriebsgründung (bisher: „echte Neuerrichtung“) bezeichnet. Dazu zählen Neuerrichtungen von Haupt- und Zweigniederlassungen sowie von unselbstständigen Zweigstellen, die durch Personen- und Kapitalgesellschaften vorgenommen wurden sowie durch diejenigen Einzelunternehmen, die entweder in das Handelsregister oder in die Handwerksrolle eingetragen sind oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigen. Einzelunternehmen, die keine dieser Bedingungen erfüllen, gelten als „sonstige Neuerrichtungen“

2. Übernahmen

- Kauf/Pacht von Unternehmen/Betrieben
- Eintritt der Erbfolge

- Änderung der Rechtsform, das heißt Abmeldung der bisherigen und Anmeldung der neuen Rechtsform, wobei der Rechtsträger derselbe bleibt
- Eintritt neuer Gesellschafter

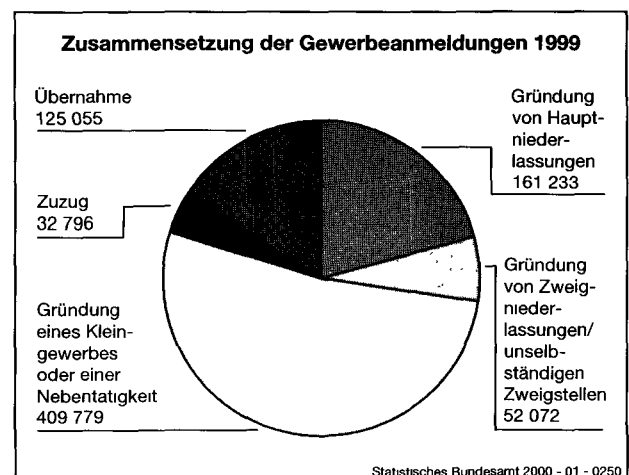
3. Verlagerungen

Der Betrieb hat bereits in einem anderen Meldebezirk bestanden, meldet sich dort ab und an einem neuen Ort wieder an.

Die Anmeldungen im Jahr 1999 setzten sich wie folgt zusammen:

- 161 000 Gründungen von Hauptniederlassungen
- 52 000 Gründungen von Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen
- 213 000 Betriebsgründungen zusammen
- 410 000 Neuerrichtungen von Kleingewerbe, Nebenerwerb
- 125 000 Übernahmen
- 33 000 Zuzüge infolge Verlagerung
- 781 000 Anmeldungen.

Schaubild 1



Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Neugründungen von Kleingewerbebetrieben 1999 um über 5% zurück-

gegangen. Dagegen hat die Zahl der Betriebsgründungen mit vermuteter größerer wirtschaftlicher Substanz nur unwesentlich abgenommen. Diese Ergebnisse lassen vermuten, daß sich die Anzahl der sogenannten Scheinselbstständigen unter den Kleingewerbetreibenden verringert hat, nachdem am 1. Januar 1999 das Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit in Kraft getreten ist. Hierin sind bekanntlich die Kriterien für die Selbständigkeit neu gefaßt worden.

Ummeldungen

Wie bei den Anmeldungen sind auch die Anlässe für die Ummeldungen in der Gewerbeordnung eindeutig festgelegt.

Zu den 185.000 Ummeldungen teilten die Gewerbeämter 1999 mit, daß

- in 89.000 Fällen eine Verlegung des Betriebes innerhalb des Meldebezirks stattgefunden hat,
- in 81.000 Fällen die Tätigkeit geändert oder erweitert wurde und
- in 15.000 Fällen beides zutraf.

Diese Zahlen liegen auf Vorjahresniveau. Rechnet man zu den Umzügen innerhalb des Meldebezirks die Verlagerungen hinzu, die über die Grenzen der Gemeinden hinausgingen, haben 1999 rund 137.000 Betriebe ihren Standort gewechselt.

Abmeldungen

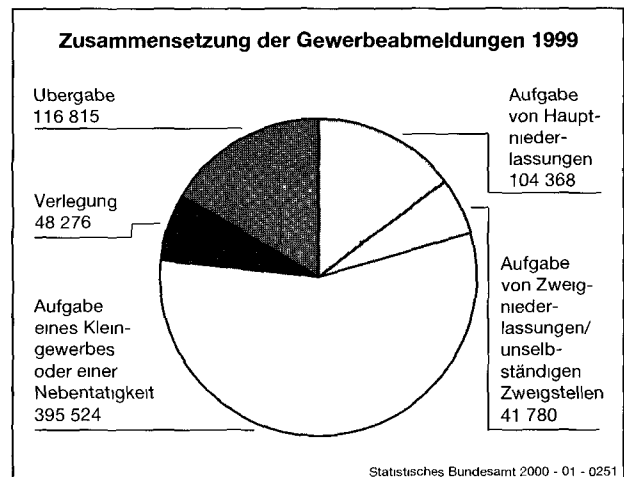
Die Zahl der Abmeldungen war im Jahr 1999 mit 707.000 wieder niedriger als die der Anmeldungen. Für die Abmeldungen lassen sich – wie für die Anmeldungen – entsprechende Differenzierungen vornehmen. Danach wurden 1999 Abmeldungen aus folgenden Anlässen vorgenommen.

101 000	Stillegungen von Hauptniederlassungen
45 000	Stillegungen von Zweigniederlassungen und unselbständigen Zweigstellen
<hr/>	
146 000	Betriebsaufgaben insgesamt
396 000	Aufgaben von Kleingewerbe- und Nebenerwerbsbetrieben
117 000	Verkäufe, Verpachtungen, Abmeldungen der Rechtsform und Austritte von Gesellschaftern
48 000	Abmeldungen von Betrieben mit dem Hinweis, daß an anderer Stelle ein Neuanfang geplant sei
<hr/>	
707 000	Abmeldungen

Wie erwähnt, ist anzunehmen, daß die neuen Vorschriften zur Selbständigkeit auch Einfluß auf die Gewerbeabmeldungen hatten. Während die Zahl der Abmeldungen von Kleingewerbetreibenden oder Nebenerwerbsbetrieben 1999 gegenüber 1998 um 4% zugenommen hat, liegt die Zahl der Abmeldungen von größeren Betrieben um 1% unter dem Vorjahresniveau.

Die Zahl der Gründungen (213.000) war 1999 erheblich größer als die Zahl der Schließungen (146.000). Die Saldie-

Schaubild 2



rung dieser Ergebnisse ist jedoch nicht zulässig, denn nach den Erfahrungen der Gewerbeämter entspricht die Anzahl der Abmeldungen nicht der Realität. In vielen Fällen wird von den ehemals Gewerbetreibenden auf die Gewerbeabmeldung verzichtet, auch wenn der Betrieb längst eingestellt ist. Auffallend ist diese Diskrepanz auch bei den Verlagerungen. Während in 48.000 Fällen die Gewerbetreibenden in ihrer Abmeldung angaben, an anderer Stelle neu beginnen zu wollen, gaben nur 33.000 Gewerbetreibende an, schon zuvor an einem anderen Ort tätig gewesen zu sein. Es ist anzunehmen, daß es sich bei manchen der angekündigten Umzüge nur um Absichtserklärungen gehandelt hat, die letztlich nicht verwirklicht wurden.

Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Die Gewerbetreibenden werden in den Meldevordrucken aufgefordert, ihre Tätigkeit im einzelnen vollständig zu beschreiben und den Schwerpunkt der Tätigkeit zu bezeichnen. Häufig sind diese Angaben jedoch so allgemein gehalten, daß ein Nachweis der Gründungen nach Branchen nur in sehr grober Untergliederung nach dem 2stelligen Schlüssel der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93), den Wirtschaftsabteilungen, möglich ist. In 31% aller Fälle wurde mitgeteilt, daß eine Tätigkeit im Handel beabsichtigt war, zu 9% eine Tätigkeit im Gastgewerbe und zu 46% in anderen Dienstleistungsbereichen. Zusammengekommen stammten rund 85% aller Anmeldungen von Dienstleistungsbetrieben im weitesten Sinne.

Die Angaben zum Anlaß der Gewerbeabmeldungen (Neuerrichtung oder Übernahme) unterscheiden sich erheblich zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Während in den meisten Wirtschaftszweigen bei 80 bis 90% der angemeldeten Betriebe die Neuerrichtung als Antragsgrund genannt wird, sind es im Verarbeitenden Gewerbe nur 72%, beim Gastgewerbe sogar nur 42%. Der Anteil der Betriebe, die übernommen wurden, liegt im Verarbeitenden Gewerbe bei 22% und im Gastgewerbe bei 57%. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe kommt es dagegen nur relativ selten zu einer Übernahme, das heißt zu Kauf oder Pacht, einem Gesellschaftereintritt oder einer Rechtsformänderung.

Tabelle 3: Gewerbeanmeldungen¹⁾ 1999 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Wirtschaftszweig Rechtsform	Gewerbeanmeldungen					Gewerbeummeldungen		Gewerbeabmeldungen				
	insgesamt	Neuerrichtung	dar Betriebsgründung	Zuzug	Übernahme	insgesamt	dar Veränderung der Betriebs-tätigkeit	insgesamt	Aufgabe ²⁾	dar Betriebsaufgabe ²⁾	Verlegung	Übergabe
nach Wirtschaftszweigen												
Land- und Forstwirtschaft	10 405	9 047	2 087	473	885	2 064	1 005	8 396	6 715	1 335	694	987
Verarbeitendes Gewerbe	36 937	26 419	14 470	2 312	8 206	8 803	3 109	37 298	25 898	10 193	3 133	8 267
Baugewerbe	67 288	56 932	31 472	3 424	6 932	20 404	8 497	62 742	49 333	17 601	4 859	8 550
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	240 028	188 647	63 139	9 245	42 136	59 005	27 219	244 505	189 956	55 833	13 876	40 673
Gastgewerbe	70 186	29 497	11 518	402	40 287	5 145	3 973	70 542	41 114	12 529	569	28 859
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	40 943	33 664	12 244	2 019	5 260	13 131	5 548	42 827	34 904	9 023	2 724	5 199
Kredit- und Versicherungsgewerbe	43 647	38 745	5 333	2 579	2 323	14 873	6 404	38 394	31 797	3 609	3 887	2 710
Grundstücks- und Wohnungswesen												
Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	194 776	174 892	54 627	10 086	9 798	46 254	19 044	145 902	118 043	25 917	15 068	12 791
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	60 493	51 315	13 916	1 783	7 395	12 520	5 573	45 525	35 575	7 993	2 732	7 218
Übrige Wirtschaftszweige	16 232	13 926	4 499	473	1 833	3 131	1 002	10 632	8 337	2 115	734	1 561
nach Rechtsformen												
Einzelunternehmen	594 557	489 236	79 636	23 458	81 863	142 289	67 337	563 079	453 122	58 046	34 835	75 122
OHG, KG	5 214	3 113	3 113	164	1 937	1 119	440	5 867	3 173	3 173	246	2 448
GmbH & Co KG	16 875	10 892	10 892	569	5 414	2 840	946	10 169	6 145	6 145	824	3 200
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	45 550	35 321	35 142	1 296	8 933	8 021	3 196	41 213	24 533	24 085	1 870	14 810
GmbH	103 186	74 507	74 507	6 953	21 726	28 914	8 686	74 284	47 864	47 864	10 091	16 329
AG	8 862	5 645	5 645	161	3 056	777	230	5 639	3 202	3 202	162	2 275
Sonstige Rechtsformen	6 691	4 370	4 370	195	2 126	1 370	539	6 512	3 633	3 633	248	2 631
Insgesamt	780 935	623 084	213 305	32 796	125 055	185 330	81 374	706 763	541 672	146 148	48 276	116 815

¹⁾ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe – ²⁾ Einschl. der Aufgabe von Betriebsstellen, sofern diese angezeigt wird

(5%) Bei jeweils 55% der neu errichteten Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe kann eine größere wirtschaftliche Substanz vermutet werden, das heißt sie waren als Personen- und Kapitalgesellschaft tätig oder in ein Register eingetragen oder beschäftigten mindestens einen Arbeitnehmer. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe bzw. den damit verbundenen Tätigkeiten konnten nur 13% der neu errichteten Betriebe als Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Substanz klassifiziert werden.

Die Rechtsform der Betriebe muß von den Gewerbetreibenden nicht explizit angegeben werden, so daß die Statistischen Ämter der Länder diese aus dem Firmennamen bzw. den Namensangaben bestimmen müssen. Mehr als drei Viertel aller 781 000 angemeldeten Betriebe besaßen die Rechtsform eines Einzelunternehmens. Aber nur bei 10% (80 000) handelte es sich um die Gründung eines Unternehmens mit einem größeren wirtschaftlichen Potential. Bei weiteren 103 000 Anmeldungen wurde die GmbH als

Rechtsform gewählt, rund 46 000 Gewerbeanmeldungen stammten von Gesellschaften bürgerlichen Rechts. Von den knapp 9 000 von Aktiengesellschaften vorgenommenen Anmeldungen (das sind mehr als doppelt so viele wie 1998) bezogen sich 7 000 auf die Gründung, den Umzug oder die Übernahme einer Zweigniederlassung oder Filiale.

Die Ab- und Ummeldungen weisen hinsichtlich der Gliederung nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen keine wesentlichen Unterschiede zu den Anmeldungen auf.

Arbeitnehmer

Zur vollständigen Beantwortung einer Gewerbeanmeldung gehören auch Angaben zu den beschäftigten Arbeitnehmern. Auch wenn die Antwortquote 1999 etwas höher ausgefallen ist als 1998, fehlen immer noch bei 57% aller Meldungen entsprechende Angaben. Sie könnten Auskunft

Tabelle 4: Gewerbeanmeldungen¹⁾ 1999 nach Größe und Grad der Selbständigkeit des Betriebes

Betriebe mit bis Arbeitnehmer/-innen	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeummeldungen			Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung	unselbständige Zweigstelle	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung bzw. unselbständige Zweigstelle	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung	unselbständige Zweigstelle
0	191 221	178 346	2 952	9 923	48 838	46 816	2 022	174 416	162 823	3 225	8 368
1	52 860	44 576	2 467	5 817	13 047	11 886	1 161	41 280	34 390	2 158	4 732
2 – 4	57 622	43 663	3 595	10 364	14 074	12 315	1 759	39 336	30 347	2 592	6 397
5 – 19	25 821	18 408	1 637	5 776	8 219	7 090	1 129	18 630	14 105	1 202	3 323
20 – 99	6 359	3 873	586	1 900	2 226	1 803	423	4 305	2 884	400	1 021
100 und mehr	1 065	585	120	360	319	253	66	765	414	89	262
Keine Angaben	445 987	414 494	8 935	22 558	98 607	94 638	3 969	428 031	399 973	8 942	19 116
Insgesamt	780 935	703 945	20 292	56 698	185 330	174 801	10 529	706 763	644 936	18 608	43 219

¹⁾ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

geben, wie viele Arbeitsplätze in welchen Branchen neu geschaffen oder aufgegeben wurden und ob es Veränderungen gegeben hat. Zudem könnte das Gründungsgeschehen bei vollständigen Angaben genauer abgegrenzt werden.

Von den 335 000 Gewerbetreibenden, die 1999 in ihrer Anmeldung diese Frage beantwortet haben, gaben 57 % an, bei Gründung, Verlagerung oder Übernahme keine Arbeitnehmer zu beschäftigen. Bei 16 % sollte künftig eine Person eingestellt werden, 17 % wollten zwei bis vier Arbeitnehmer beschäftigen. Nur etwa 1 100 Gewerbetreibende teilten mit, daß 100 und mehr Arbeitnehmer tätig sein würden. Für mehr als die Hälfte dieser größeren Betriebe wurde jedoch eine Betriebsübernahme als Anlaß der Gewerbeanmeldung angegeben, so daß sich dahinter auch Gesellschaftereintritte oder Rechtsformwechsel verbergen können. Nur in 200 Fällen handelte es sich um die Gründung eines Unternehmens, wobei auch dort nicht auszuschließen ist, daß die Betriebe schon bestanden haben und nur rechtlich verselbständigt wurden (Outsourcing).

Von den rund 280 000 Abmeldungen mit Angaben zu den zuletzt beschäftigten Arbeitnehmern hatten 63 % keine Beschäftigten, 15 % hatten eine Person angestellt und etwa ebenso viele zwei bis vier Arbeitskräfte. In 765 Fällen waren 100 und mehr Arbeitnehmer beschäftigt. Nur bei einem Fünftel kann davon ausgegangen werden, daß es sich um die Aufgabe eines Unternehmens handelte.

Ursache der Abmeldung

Über 60 % der Gewerbetreibenden äußerten sich zu den Ursachen für die Abmeldung ihres Betriebes. Von diesen 438 000 Gewerbetreibenden gaben 18 % wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Betriebsaufgabe an, 13 % wollten ihren Betrieb in einen anderen Meldebezirk verlegen, 7 % der Abmeldungen erfolgten von Amts wegen, das heißt die Behörden haben nach einem angemessenen Zeitraum die Abmeldung des Betriebes von sich aus vorgenommen, da sie erkannten, daß dessen Betriebstätigkeit längst eingestellt war.

Tabelle 5: Anzeigepflichtige Personen 1999 nach Staatsangehörigkeiten¹⁾

Staatsangehörigkeit	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeummeldungen	Gewerbeabmeldungen
Insgesamt	868 122	203 348	763 977
darunter			
Deutsch	771 179	186 115	679 348
Europäische Union ²⁾	33 150	5 345	28 774
darunter			
Britisch	2 408	397	1 983
Französisch	1 705	304	1 447
Griechisch	6 388	797	6 022
Italienisch	10 546	1 408	9 629
Niederländisch	3 422	603	2 582
Österreichisch	4 353	1 066	3 777
Spanisch	1 132	194	873
Kroatisch	2 349	445	1 876
Polnisch	1 952	483	1 490
Türkisch	23 914	4 059	21 579
Afrikanische Staatsangehörigkeiten	1 907	341	1 356
Amerikanische Staatsangehörigkeiten	2 486	424	1 726
Asiatische Staatsangehörigkeiten	10 537	2 038	7 963

¹⁾ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe – ²⁾ Ohne Deutschland

Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden

Der Nachweis der Staatsangehörigkeit erfolgt jährlich für alle Personen, die in einer Gewerbeanmeldung aufgeführt sind. Bei diesem Personenkreis handelt es sich nicht nur um Einzelunternehmer, sondern auch um geschäftsführende Gesellschafter von Personengesellschaften sowie die gesetzlichen Vertreter von juristischen Personen, das sind bei GmbHs beispielsweise die Geschäftsführer. Ausgenommen, da nicht meldepflichtig, sind nur die gesetzlichen Vertreter von inländischen Aktiengesellschaften. Von 868 000 Personen, die 1999 in einer Gewerbeanmeldung aufgeführt waren, besaßen 89 % die deutsche Staatsangehörigkeit. Fast 4 % waren Staatsangehörige eines der übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Union, wobei auf italienische Staatsangehörige (1 %) der höchste Anteil entfiel. Der Anteil der türkischen Staatsangehörigen lag bei knapp 3 %. Bei den Ab- und Ummeldungen waren die Verhältnisse weitgehend identisch.

Gewerbeummeldungen nach Ländern

Für den Vergleich der Gewerbeummeldungen zwischen den einzelnen Ländern ist der jeweilige Unternehmensbestand die beste Bezugsgröße. Da es jedoch noch kein vollstän-

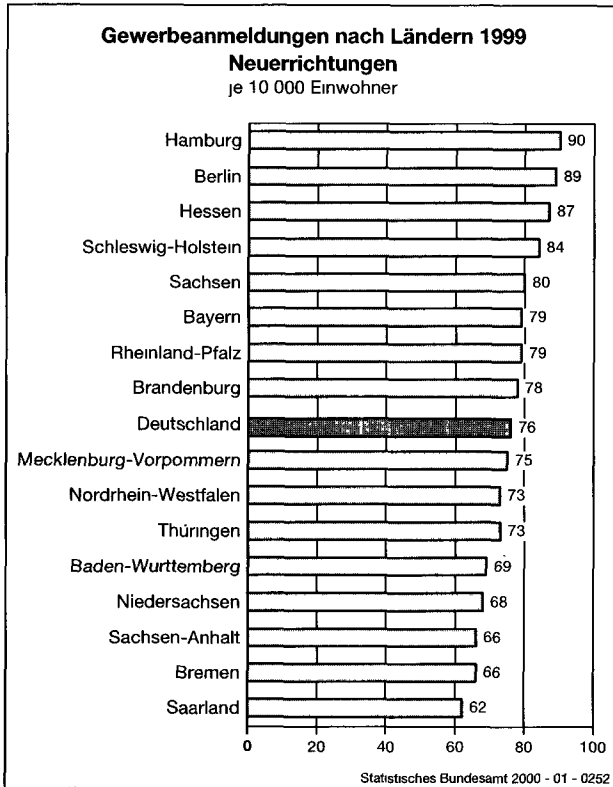
Tabelle 6: Gewerbeummeldungen¹⁾ 1999 nach Ländern

Land	Gewerbeanmeldungen			Gewerbeummeldungen		Gewerbeabmeldungen			Gesamtzahl der Meldungen
	insgesamt	dar: Neuerrichtung		insgesamt	dar: Veränderung der Betriebs-tätigkeit	insgesamt	dar: Aufgabe ²⁾		
		zusammen	je 10 000 Einwohner				zusammen	je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	96 678	72 671	69	20 365	8 909	90 627	66 711	64	207 670
Bayern	127 234	96 333	79	27 469	13 238	112 413	76 310	63	267 116
Berlin	35 346	30 073	89	11 070	3 650	33 780	27 851	82	80 196
Brandenburg	24 163	20 149	78	6 845	3 525	21 245	17 791	69	52 253
Bremen	5 296	4 389	66	1 430	602	4 731	3 894	59	11 457
Hamburg	19 027	15 331	90	5 390	1 854	15 834	12 371	73	40 251
Hessen	66 216	52 560	87	13 645	5 768	62 488	49 053	81	142 349
Mecklenburg-Vorpommern	16 027	13 417	75	4 342	1 957	14 081	11 619	65	34 450
Niedersachsen	67 437	53 773	68	12 736	5 035	58 548	45 266	57	138 721
Nordrhein-Westfalen	160 897	131 354	73	35 927	15 109	146 547	114 290	64	343 371
Rheinland-Pfalz	38 084	31 800	79	7 719	4 069	32 738	25 225	63	78 541
Saarland	8 407	6 676	62	1 464	693	7 473	5 584	52	17 344
Sachsen	43 714	35 933	80	16 494	7 263	37 968	30 775	69	98 176
Sachsen-Anhalt	21 797	17 635	66	7 817	3 864	21 939	18 333	69	51 553
Schleswig-Holstein	28 761	23 180	84	4 684	2 229	25 684	19 901	72	59 129
Thüringen	21 851	17 810	73	7 933	3 609	20 667	16 698	68	50 451
Deutschland	780 935	623 084	76	185 330	81 374	706 763	541 672	66	1 673 028

¹⁾ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe – ²⁾ Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird

diges Unternehmensregister für statistische Zwecke gibt und die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen nicht den vollständigen Unternehmens- bzw. Betriebsbestand darstellt, können die Gewerbeanmeldungen zur Zeit nur auf die Einwohnerzahlen bezogen werden. Verglichen werden in Tabelle 6 nur die Neuerrichtungen, also die Gründungen von größeren Betrieben und Kleingewerbetreibenden, und die entsprechenden Betriebsaufgaben

Schaubild 3



Gemessen an der Wohnbevölkerung verzeichneten Hamburg und Berlin (90 bzw. 89 Neuerrichtungen je 10000 Einwohner) die meisten Neuerrichtungen, das Saarland mit 62 die wenigsten. In Berlin wurden relativ die meisten Betriebe (82) wieder aufgegeben, im Saarland war die Zahl der Stilllegungen niedrig (52).

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Unternehmen der Binnenschifffahrt 1999

Vorbemerkung

In dieser Zeitschrift wird regelmäßig über den Stand und die Entwicklung der inländischen Unternehmen der Güter- und der Fahrgastbinnenschifffahrt berichtet. Im Güterverkehr nimmt die Binnenschifffahrt als Verkehrsträger in Deutschland nach Straße und Schiene den dritten Platz ein. 1999 wurden in Deutschland 228,9 Mill. Tonnen (t) Güter mit Binnenschiffen transportiert, die Beförderungsleistung betrug 62,6 Mrd. Tonnenkilometer (tkm). Die Beförderungsmenge ging dabei gegenüber dem Vorjahr um 3,1%, die Beförderungsleistung um 2,6% zurück. Der im Massengütertransport wichtigste Konkurrent der Binnenschifffahrt, die Eisenbahn, verzeichnete dagegen stärkere Rückgänge. Hier nahm die Beförderungsmenge um 6,0% auf 287,3 Mill. t und die Beförderungsleistung um 3,0% auf 71,4 Mrd. tkm ab. Die Eisenbahn beförderte somit 1999 nur noch rund ein Viertel mehr Güter als die Binnenschifffahrt. Dagegen erhöhten sich im Straßengüterverkehr die Beförderungen stark. Nach Schätzungen für das Gesamtjahr 1999 wird sowohl die Beförderungsmenge als auch die Beförderungsleistung von deutschen Lastkraftwagen um 4 bis 6% ansteigen.¹⁾

Inländische Binnenschifffahrtsunternehmen stehen nicht nur im Wettbewerb mit Unternehmen anderer Verkehrszweige, sie konkurrieren auch mit ausländischen Binnenschifffahrtsunternehmen um Transportaufträge. Bis 1997 war der Anteil der mit Schiffen unter deutscher Flagge auf deutschen Binnenwasserstraßen transportierten Gütermenge rückläufig; seitdem bewegt sich dieser Anteil knapp über 40% und betrug 1999 40,1%.

Methodik

Zum Berichtskreis der Statistik der Unternehmen der Binnenschifffahrt zählen Unternehmen mit Sitz im Inland, die Personen- und Güterbeförderung mit Binnenschiffen²⁾ gewerblich (als Haupt- oder Nebentätigkeit) oder im Werkverkehr (als Hilfstätigkeit) durchführen. Unternehmen, die Binnenschifffahrt als Neben- oder Hilfstätigkeit ausüben, werden dabei ausschließlich über diesen fachlichen Unternehmensteil befragt. Unternehmen mit Binnenschifffahrt als Haupttätigkeit berichten zusätzlich über ihre gesamte

¹⁾ Im Straßengüterverkehr wurden 1999 bisher von der Meldepflicht ausgenommene Transporte (vor allem von lebenden Tieren sowie von Abfällen) in die statistische Erfassung einbezogen. Die für die ersten drei Quartale 1999 ausgewiesenen Wachstumsraten von rund 7% sind daher überhöht. Das für diese Statistik zuständige Kraftfahrt-Bundesamt führt derzeit Sonderauswertungen zur Quantifizierung dieses Effekts durch.

²⁾ Von der Befragung ausgenommen sind Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit im Fluß-, See- und Kanalfahrverkehr oder in der Halenschifffahrt, die daneben keine weiteren Binnenschifffahrtstätigkeiten ausüben. Nicht zum Berichtskreis dieser Statistik gehören Unternehmen der Küstenschifffahrt, Fluß- und Seefischerei sowie Unternehmen, die Bunkerboote, Bilgenentsorgungsschiffe und Proviantschiffe betreiben, die Schiffe als Lager-, Messe- und Ausstellungsschiffe nutzen oder die festliegende Schiffe ausschließlich als Restaurants, Hotels, Supermärkte, Büros und für ähnliche Zwecke einsetzen.

wirtschaftliche Tätigkeit Binnenschifffahrt als Haupttätigkeit liegt vor, wenn Unternehmen ausschließlich oder überwiegend Personen- oder Güterbeförderung mit Binnenschiffen betreiben, das heißt wenn ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Binnenschifffahrt liegt. Die Anzahl der Unternehmen, Binnenschiffe und Beschäftigten wird zum Stichtag 30. Juni eines Berichtsjahres erhoben, der Umsatz ist für das vorangegangene Kalenderjahr anzugeben.³⁾

In diesem Aufsatz steht die statistische Abbildung der Unternehmen der Binnenschifffahrt in funktionaler Abgrenzung im Vordergrund (Kapitel 1). Hierbei werden ausschließlich die fachlichen Unternehmensteile „Binnenschifffahrt“ von allen auf diesem Markt aktiven Unternehmen nachgewiesen. Waren Unternehmen außer in der Binnenschifffahrt auch in anderen Wirtschaftsbereichen tätig, gehen bei dieser Art der Betrachtung Umsätze und Beschäftigte in den binnenschifffahrtsfremden Tätigkeiten nicht in die statistische Auswertung ein.

Neben der funktionalen kommt der institutionellen Abgrenzung hohe Bedeutung für eine umfassende Analyse eines Wirtschaftsbereichs zu. Bei der institutionellen Darstellung werden diejenigen Unternehmen in die Analyse eines Wirtschaftszweiges einbezogen, bei denen der Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in dem entsprechenden Wirtschaftszweig liegt, im Bereich Binnenschifffahrt also diejenigen Unternehmen, die Güter- oder Personenschifffahrt als Haupttätigkeit ausüben. Hier werden dann aber die Angaben für das Gesamtunternehmen, also einschließlich zum Beispiel der Umsätze und Beschäftigten in Nebentätigkeiten außerhalb der Binnenschifffahrt, berücksichtigt. Kapitel 2 stellt die wesentlichen Informationen in institutioneller⁴⁾ Abgrenzung vor.

³⁾ Die Erhebung von Unternehmenszahl, Schiffsbestand und Beschäftigten zu einem Stichtag im laufenden Kalender- bzw. Geschäftsjahr (also nicht zu einem Stichtag in der Berichtsperiode für den Umsatz) liefert zeitnahe Daten, die Verknüpfbarkeit dieser Merkmale mit dem Merkmal „Umsatz im Vorjahr“ und damit auch die Aussagefähigkeit von Kennziffern wie Umsatz je Unternehmen oder je Beschäftigten wird dadurch jedoch eingeschränkt.

⁴⁾ Die Statistik der Unternehmen der Binnenschifffahrt konnte allerdings in der Vergangenheit nur einen geringen Teil dieser institutionellen Analyseanforderungen erfüllen. In Zukunft wird sich durch die geplante Dienstleistungsstatistik die Datenlage wesentlich verbessern. Die Erfragung von institutionell ausgerichteten Merkmalen in der Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt wird dafür eingestellt werden.

Tabelle 1: Strukturdaten der Binnenschifffahrt

Jahr	Unternehmen	Verfügbare Binnenschiffe	Beschäftigte	Umsatz im Vorjahr	
		am 30. Juni			
		Anzahl			Mill. DM
1992	1 444	3 754	10 793	2 267,0	
1993	1 470	3 699	10 006	2 145,9	
1994	1 506	3 686	9 425	2 044,8	
1995	1 446	3 522	9 039	1 914,7	
1996	1 382	3 343	8 613	1 981,8	
1997	1 385	3 285	8 190	2 022,3	
1998	1 294	3 267	8 140	2 160,3	
1999	1 195	3 008	7 635	2 043,4	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %					
1993	+ 1,8	- 1,5	- 7,3	- 5,3	
1994	+ 2,4	- 0,3	- 5,8	- 4,7	
1995	- 4,0	- 4,5	- 4,1	- 6,4	
1996	- 4,4	- 5,1	- 4,7	+ 3,5	
1997	+ 0,2	- 1,7	- 4,9	+ 2,0	
1998	- 6,6	- 0,5	- 0,6	+ 6,8	
1999	- 7,7	- 7,9	- 6,2	- 5,4	

Beide Darstellungsformen haben ihre eigenständige Berechtigung und geben erst gemeinsam ein abgerundetes und vollständiges Bild über die Lage und Entwicklung in der deutschen Binnenschifffahrt. Dient die funktionale Darstellung vor allem der Analyse über die Binnenschifffahrtstätigkeit aller befragten Unternehmen, also über die gesamte deutsche Binnenschifffahrt, so gibt die institutionelle Darstellung Einblicke in die wirtschaftliche Gesamtlage derjenigen Unternehmen, die Binnenschifffahrt als Haupttätigkeit ausüben.

1 Unternehmen mit Binnenschifffahrtstätigkeit (funktionale Abgrenzung)

Gesamtbetrachtung

Über die Entwicklung der deutschen Binnenschifffahrtsunternehmen von 1992 bis 1999 gibt Tabelle 1 einen zusammenfassenden Überblick. Am Erhebungsstichtag, dem 30. Juni 1999, waren 1 195 Unternehmen in der Binnenschifffahrt tätig. Sie verfügten über 3 008 Binnenschiffe zur Güter- und Personenbeförderung, beschäftigten 7 635 Personen in ihren Unternehmensteilen „Binnenschifffahrt“ und erzielten im Jahr 1998 einen Umsatz aus Binnenschiff-

fahrt von 2,04 Mrd. DM. Im mittelfristigen Vergleich mit 1992, dem ersten Jahr, für das gesamtdeutsche Ergebnisse vorliegen, sind für alle genannten Merkmale Rückgänge festzustellen. Im Vergleich mit dem Vorjahr ist die Zahl der Unternehmen, der Schiffe und der Beschäftigten entsprechend dem langfristigen Trend weiter gesunken. Auch der Umsatz, der in den letzten Jahren stets eine positive Tendenz aufwies, nahm im aktuellen Berichtsjahr ab, er lag 1998 aber immer noch höher als zwei Jahre zuvor.

Zahl der Unternehmen weiter abnehmend

Von den 1 195 deutschen Binnenschifffahrtsunternehmen betrieben 97,3% Binnenschifffahrt als Gewerbe und die übrigen 2,7% ausschließlich als Werkverkehr⁵⁾ (siehe Tabelle 2). Die Gesamtzahl der Unternehmen sank im Vergleich zum Vorjahr „per saldo“ um 99 Unternehmen (-7,7%). Dabei standen 79 Neuzugängen 178 Einstellungen der Binnenschifffahrtstätigkeit gegenüber. Der weitaus größte Teil der Unternehmen (78,8%) betreibt ausschließlich Binnenschifffahrt, 15,4% der Unternehmen üben neben der Binnenschifffahrt als Hauptaktivität noch weitere Tätig-

⁵⁾ Werkverkehr bedeutet, daß Unternehmen ihre Binnenschiffe nur für eigene betriebliche Zwecke einsetzen und deren Transportkapazität somit nicht am Markt anbieten.

Tabelle 2 Unternehmen, verfügbare Schiffe, Beschäftigte und Umsatz der Binnenschifffahrt 1999

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Unternehmen				
			insgesamt	mit gewerblicher Binnenschifffahrt			mit Binnenschifffahrt nur im Werkverkehr
				zusammen	ausschließlich in der Binnenschifffahrt	überwiegend in der Binnenschifffahrt	
Unternehmen am 30. Juni 1999	Anzahl	1 195	1 163	942	184	37	32
	%	- 7,7	- 7,3	- 9,2	+ 12,9	- 31,5	- 17,9
Verfügbare Schiffe am 30. Juni 1999	Anzahl	3 008	2 894	1 294	1 499	101	114
	%	- 7,9	- 8,3	- 18,9	+ 6,1	- 30,8	+ 1,2
Guterschiffe	Anzahl	2 090	2 012	989	984	39	78
	%	- 8,0	- 8,3	- 20,3	+ 11,2	- 43,5	+ 1,3
Schubboote, Schub-Schleppboote und Schleppboote	Anzahl	204	169	58	103	8	35
	%	- 16,0	- 18,8	- 27,5	- 12,7	- 20,0	-
Fahrgast- und Fahrgastkabinenschiffe	Anzahl	714	713	247	412	54	1
	%	- 5,1	- 5,2	- 10,2	+ 0,5	- 19,4	x
Beschäftigte am 30. Juni 1999	Anzahl	7 635	7 463	3 525	3 627	311	172
	%	- 6,2	- 6,0	- 17,8	+ 11,6	- 23,0	- 13,6
Fahrendes Personal	Anzahl	6 014	5 872	3 120	2 528	224	142
	%	- 7,1	- 7,0	- 14,7	+ 6,1	- 19,1	- 10,7
dar: Schiffseigner und unbezahlt mithelfende Familienangehörige	Anzahl	1 279	1 278	1 070	200	8	1
	%	- 3,8	- 3,8	- 9,6	+ 62,6	- 61,9	-
Landpersonal	Anzahl	1 621	1 591	405	1 099	87	30
	%	- 2,6	- 2,1	- 35,9	+ 26,9	- 31,5	- 25,0
Umsatz ¹⁾ aus Binnenschifffahrtstätigkeit 1998	Mill. DM	x	2 043,4	740,3	1 181,5	121,6	x
	%	x	- 5,4	- 15,5	+ 5,6	- 26,5	x
aus Schub- und Schleppleistungen	Mill. DM	x	33,7	25,3	8,3	0,1	x
	%	x	+ 50,4	+ 37,2	+ 254,3	- 83,1	x
aus Beförderung in der Guterschifffahrt	Mill. DM	x	860,8	478,8	359,1	22,9	x
	%	x	- 8,4	- 14,4	+ 3,8	- 34,1	x
Trockenguterschifffahrt	Mill. DM	x	565,2	290,6	257,6	17,1	x
	%	x	- 5,9	- 14,5	+ 10,5	- 39,2	x
Tankschifffahrt	Mill. DM	x	295,6	188,2	101,6	5,8	x
	%	x	- 12,8	- 14,3	- 10,0	- 12,7	x
aus Beförderung in der Personenschifffahrt	Mill. DM	x	286,4	46,4	225,7	14,2	x
	%	x	- 9,1	- 43,6	+ 4,5	- 14,9	x
aus Befrachtung	Mill. DM	x	862,5	189,7	588,4	84,3	x
	%	x	- 2,3	- 12,3	+ 6,3	- 25,5	x
dar: an Unterfrachtführer weitergeleitet	Mill. DM	x	770,3	171,9	517,6	80,8	x
	%	x	+ 0,8	- 15,2	+ 13,6	- 24,1	x

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer

keiten aus 1999 hat die Zahl der ausschließlich Binnenschiffahrt betreibenden Unternehmen um 96 (-9,2%) abgenommen. Dagegen stieg die Zahl der überwiegend Binnenschiffahrt betreibenden Unternehmen um 21 Unternehmen (+12,9%). Auch im aktuellen Berichtsjahr wurde somit die Tendenz bestätigt, daß vor allem Unternehmen mit ausschließlicher Binnenschiffahrtstätigkeit entweder aus dem Markt ausscheiden oder aber ihr Angebotspektrum in weitere Tätigkeiten diversifizieren, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Von den 1 195 Unternehmen betrieben 747 Trockengüterschiffahrt, 138 Tankschiffahrt, 53 Schub- und Schleppschiffahrt für andere Unternehmen sowie 286 Personenschiffahrt. Einen hohen absoluten Rückgang um 69 Unternehmen (-8,5%) gab es wiederum in der Trockengüterschiffahrt. In der Personenschiffahrt waren 17 Unternehmen (-5,6%) und in der Schub- und Schleppschiffahrt 5 Unternehmen (-8,6%) weniger tätig als Mitte 1998. Die Tankschiffahrt, die 1998 noch einen nicht unwesentlichen Aufschwung erlebte, mußte eine besonders starke Abnahme verkraften: 22 Unternehmen weniger als im Vorjahr (-13,8%) übten 1999 diese Tätigkeit aus.

Bei dieser Gliederung nach Schiffahrtssparten werden alle unternehmerischen Tätigkeiten berücksichtigt. Unternehmen, die mehr als eine dieser Schiffahrtssparten betreiben, werden somit auch mehrfach gezählt, so daß die Summe der Einzelpositionen höher ist als die Gesamtzahl der Unternehmen. Unterscheidet man hier explizit, so führten als Binnenschiffahrtstätigkeit 723 Unternehmen aus-

schließlich Trockengüterschiffahrt, 130 ausschließlich Tankschiffahrt, 33 ausschließlich Schub- und Schleppschiffahrt für andere Unternehmen und 284 Unternehmen ausschließlich Personenschiffahrt durch; die übrigen 25 der 1195 Unternehmen waren in mehreren Schiffahrtssparten aktiv.

Schiffsbestand wiederum rückläufig

Der Schiffsbestand der Unternehmen umfaßt die Schiffe für den Personen- und Gütertransport auf Binnengewässern. Unberücksichtigt bleiben Fähren, Schuten, Hafenschlepper und Schlepp-Barkassen sowie sonstige nicht primär für den Personen- und Gütertransport auf Binnengewässern konstruierte Schiffe. Nachgewiesen werden die verfügbaren Binnenschiffe, das heißt die eigenen (ohne vermietete) sowie die gemieteten oder geleaste Schiffe. Eingeschlossen sind dabei auch stillgelegte Binnenschiffe, die jederzeit wieder eingesetzt werden könnten. Der hier nachgewiesene verfügbare Schiffsbestand bildet somit die Produktionsgrundlage der deutschen Binnenschiffahrt.⁶⁾

2 090 Güterschiffe, 714 Fahrgastschiffe sowie 204 Schub-, Schub-Schlepp- und Schleppboote bilden den verfügbaren Schiffsbestand (siehe Tabellen 2 und 3) der Unternehmen von insgesamt 3 008 Schiffen. Gegenüber 1998 ging die Zahl der Binnenschiffe 1999 um 259 Einheiten (-7,9%) zurück. Die Rückgänge betrafen fast alle Schiffsgattungen, besonders stark die Trockengutmotorschiffe und die Tankmotorschiffe. Dagegen nahm die Zahl der Schubleichter für die Trockengüterschiffahrt und die Tankschiffahrt jeweils zu. Die prozentual höchsten Rückgänge verzeichneten die Schub-, Schub-Schlepp- und Schleppboote: 204 Einheiten bedeuten im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um 16,0% bzw. 39 Einheiten. In den Untergliederungen nach Ladekapazität und Motorleistung ändert sich das Bild nicht wesentlich. Die Ladekapazität der Güterschiffe nahm mit 10,2% sogar noch etwas stärker ab als die Gesamtzahl der Güterschiffe (-8,0%), so daß die durchschnittliche Ladekapazität eines Güterschiffs 1 133 t betrug nach 1 161 t im Vorjahr. Angestiegen ist allerdings die durchschnittliche Kilowatt-Leistung der Gütermotorschiffe von 552 kW auf 584 kW. Die Zahl der Fahrgastschiffe war bis 1997 kontinuierlich gewachsen, 1999 setzte sich der 1998 begonnene Rückgang aber verstärkt fort: Mit 714 Personenschiffen (-5,1%) liegt die aktuelle Schiffszahl fast wieder auf dem Stand von 1995.

Starker Rückgang der Beschäftigten

Auch 1999 setzte sich der Rückgang der Zahl der Beschäftigten weiter fort (siehe Tabelle 2). Von Mitte 1998 bis Mitte 1999 sank ihre Zahl um 505 auf 7 635 Personen, dies entspricht einer Abnahme um 6,2%.

Tabelle 3: Verfügbare Binnenschiffe am 30. Juni 1999

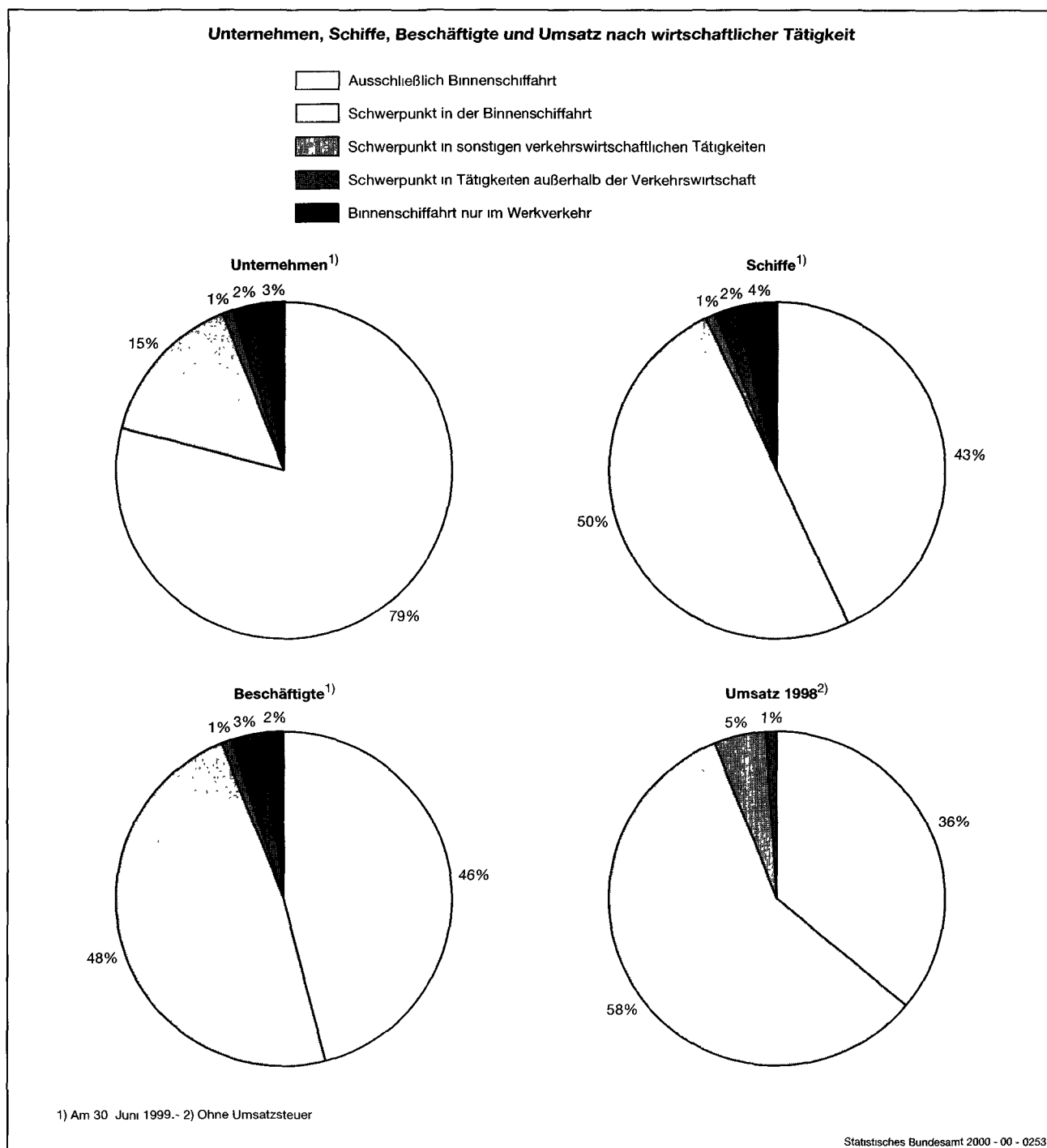
Schiffsgattung	Bestand inländischer Unternehmen	Veränderung gegenüber dem 30. Juni 1998
	Anzahl	%
Trockengutmotorschiffe	902	- 16,1
Tankmotorschiffe	207	- 17,2
Trockengutschubleichter	944	+ 3,7
Tankschubleichter	30	+ 15,4
Trockengutschleppkähne	7	-
Schubboote	151	- 17,5
Schleppboote	37	- 5,1
Schub-Schleppboote	16	- 23,8
Fahrgast-/Ausflugsschiffe	703	- 2,9
Fahrgastkabinschiffe	11	- 60,7
Insgesamt	3 008	- 7,9
nach der Motorleistung		
	1 000 kW	%
Trockengutmotorschiffe	497	- 12,8
Tankmotorschiffe	151	- 8,0
Schubboote	82	- 17,1
Schleppboote	13	- 6,8
Schub-Schleppboote	5	- 35,8
Insgesamt	748	- 12,5
nach der Ladekapazität		
	1 000 t	%
Trockengutmotorschiffe	1 106	- 17,3
Tankmotorschiffe	313	- 12,7
Trockengutschubleichter	904	+ 0,8
Tankschubleichter	40	- 1,6
Trockengutschleppkähne	5	+ 10,6
Insgesamt	2 368	- 10,2
nach der Platzkapazität		
	Personenplätze	%
Fahrgast-/Ausflugsschiffe	173 431	- 3,4
Fahrgastkabinschiffe	1 189	- 76,0
Insgesamt	174 620	- 5,3

⁶⁾ Die Ergebnisse der Unternehmensstatistik zu den verfügbaren Schiffen weichen aus methodischen Gründen zum Teil erheblich vom Schiffsbestand in der Binnenschiffsdatei ab, die von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest auf Basis inländischer Binnenschiffsregister zusammengestellt wird. Die Binnenschiffsdatei basiert auf dem Eigentümerkonzept, Erfassungskriterium für die Statistik der Binnenschiffahrtsunternehmen ist dagegen das Betreiberkonzept. Zur ausführlichen Erläuterung der Unterschiede beider Konzepte siehe Stede, H.-J. „Unternehmen der Binnenschiffahrt 1995“ in WiSta 6/1996, S. 367 f.

Nachdem im vergangenen Jahr nur ein geringer Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen war, liegt die aktuelle Abnahme wieder in einer Größenordnung wie in früheren Jahren, als die Beschäftigung in der Binnenschifffahrt Jahr für Jahr um 400 bis 600 Personen sank. Vom Beschäftigungsrückgang besonders stark betroffen war das fahrende Personal: 461 Personen weniger als im Vorjahr und damit nur noch 6014 Personen (-7,1%) fuhren bei deutschen Unternehmen. Dabei nahm die Zahl der Eigner um 50 auf 1 279 (-3,8%) ab, das abhängig beschäftigte Schiffspersonal sank dagegen um 8,0% auf 4735 Personen. An Land arbeiteten in der deutschen Binnenschifffahrt 1 621 Personen. Das waren 44 oder 2,6% weniger als 1998

Von den 7 635 Beschäftigten entfielen 3 361 Beschäftigte auf solche Unternehmen, die ausschließlich in einer einzigen der oben genannten Schifffahrtssparten der Güterschifffahrt (entweder also in der Trockengüterschifffahrt oder der Tankschifffahrt oder in der Schub- und Schleppschifffahrt) aktiv waren. 2 852 Beschäftigte arbeiteten in Unternehmen, die ausschließlich Personenschifffahrt betrieben. Die übrigen 1 422 Beschäftigten entfielen auf Unternehmen, die mehrere Binnenschifffahrtstätigkeiten durchführten

Auch hinsichtlich der betrachteten Merkmale verfügbare Schiffe und Beschäftigte bestätigt sich die bereits oben in bezug auf die Unternehmenszahl aufgezeigte Tendenz:



Zum Teil starke Rückgänge sind bei den ausschließlich Binnenschiffahrt betreibenden Unternehmen festzustellen, dagegen sind bei den überwiegend in der Binnenschiffahrt tätigen Unternehmen, also denjenigen Unternehmen, die neben ihrer Binnenschiffahrtstätigkeit noch andere Tätigkeiten ausführen, Wachstumsraten zu verzeichnen. Dies bedeutet in der Summe, daß im vergangenen Jahr vor allem Unternehmen mit ausschließlich Binnenschiffahrtstätigkeit die Binnenschiffahrt aufgegeben haben. Ein Teil der Unternehmen hat sich aber auch ein zweites Standbein geschaffen und in weitere Tätigkeiten diversifiziert. Im Durchschnitt hatte ein ausschließlich in der Binnenschiffahrt tätiges Unternehmen 1,4 Schiffe, beschäftigte 3,7 Personen und erzielte dabei einen Umsatz aus Binnenschiffahrtstätigkeit von 786 000 DM. Ein überwiegend in der Binnenschiffahrt tätiges Unternehmen hatte dagegen durchschnittlich 8,1 Schiffe, beschäftigte 19,7 Personen und erzielte einen Umsatz von 6,4 Mill. DM.

Immer geringere Bedeutung kommt Unternehmen zu, die Binnenschiffahrt nur als Nebengewerbe betreiben. Hier sind weniger Unternehmen, weniger Schiffe und weniger Beschäftigte zu verzeichnen. Gleiches gilt fast analog für den Werkverkehr. Seit 1996 ist die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten im Werkverkehr gesunken; allerdings stieg 1999 erstmals die Zahl der Schiffe leicht an. Die Aufteilung der genannten Merkmale nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit der Unternehmen zeigt das Schaubild.

Umsatz gesunken

Nach drei Jahren des Umsatzwachstums ist 1998 wieder ein Rückschlag zu verzeichnen: Der Umsatz aus gewerblicher Binnenschiffahrt sank um 5,4% auf rund 2,04 Mrd. DM. Insgesamt lag der Umsatz 1998 allerdings immer noch höher als in den Jahren 1994 bis 1996.

Da es in der Binnenschiffahrt durchaus üblich ist, daß Unternehmen innerhalb des Wirtschaftszweiges Geschäfte untereinander tätigen, umfaßt der Gesamtumsatz aus Bin-

nenschiffahrt gewisse Doppelzählungen. Ein genaueres Bild ergibt erst eine nähere Untersuchung der verschiedenen Umsatzarten. Zu unterscheiden sind hier Umsätze aus Beförderung und aus Befrachtung. Bei der Umsatzart „Befrachtung“ handelt es sich um Aufträge für Güterbeförderungen per Binnenschiff, die Binnenschiffahrtsunternehmen – hauptsächlich Reedereien – akquirieren, aber nicht selbst durchführen, sondern an andere Binnenschiffahrtsunternehmen – im Regelfall an Partikuliere – weitergeben bzw. diese mit der Ausführung beauftragen. Vom Gesamtumsatz entfielen 56,1% auf Beförderung (davon 27,7% Trockengüterschiffahrt, 14,5% Tankschiffahrt und 14,0% Personenschiffahrt) und 42,2% auf Befrachtung. Die Umsatzart Befrachtung hat dabei gegenüber dem Vorjahr in ihrer Bedeutung wieder zugenommen, während der Anteil der Umsatzart Beförderung um zwei Prozentpunkte abnahm.

Aus Güterbeförderung wurden 1998 um 8,4% niedrigere Umsätze als im Vorjahr erwirtschaftet. Insbesondere der Beförderungsumsatz aus Tankschiffahrt mußte starke Rückgänge um 12,8% verkraften, während die Umsätze aus Trockengüterschiffahrt zwar ebenfalls abnahmen, aber mit einer wesentlich geringeren Rate (-5,9%). Den geringsten Rückgang (-2,3%) konnte im Vergleich zum Vorjahr der Umsatz aus Befrachtung verzeichnen.

Auch in der Personenschiffahrt sanken die Umsätze deutscher Unternehmen stark: Mit 286 Mill. DM (-9,1%) lag der Umsatz 1998 wieder auf dem Niveau des Jahres 1996.

Bei einer Analyse der Ergebnisse in bezug auf die einzelnen Arten der Binnenschiffahrtstätigkeit zeigt sich, daß im Bereich Güterschiffahrt die Tankschiffahrt, die im Vorjahr noch der hauptsächlichliche Wachstumsträger war, besonders starke Rückgänge hinnehmen mußte. Jeweils zweistellige prozentuale Rückgänge waren bei der Zahl der Tankschiffahrt betreibenden Unternehmen (-13,8%), den für die Tankschiffahrt verfügbaren Schiffen (-14,1%) und beim Umsatz aus Beförderung in der Tankschiffahrt

Tabelle 4: Unternehmen, verfügbare Guterschiffe, Beschäftigte und Umsatz der Binnenschiffahrt 1999 nach Ladekapazitätsgrößenklassen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Unternehmen mit einer Ladekapazität von bis unter t					
		insgesamt	unter 1 000	1 000 – 3 000	3 000 – 10 000	10 000 – 50 000	50 000 und mehr
Gewerbliche Binnenschiffahrt							
Unternehmen der Güterschiffahrt am 30. Juni 1999	Anzahl	851	261	534	37	14	5
Verfügbare Guterschiffe am 30. Juni 1999	Anzahl	2 002	264	582	115	153	888
	1 000 t Trgtf	2 289,5	193,2	762,2	181,7	304,4	848,0
Beschäftigte am 30. Juni 1999	Anzahl	4 462	594	1 672	444	758	994
dar: fahrendes Personal	Anzahl	3 510	551	1 495	341	372	751
Umsatz ¹⁾ 1998	Mill. DM	1 662,1	63,7	441,0	235,1	582,3	340,0
dar: aus Beförderung	Mill. DM	861,3	63,0	324,2	129,5	148,7	195,9
in der Trockengüterschiffahrt	Mill. DM	561,6	59,8	197,1	50,9	97,5	156,3
in der Tankschiffahrt	Mill. DM	295,6	3,2	123,0	78,6	51,2	39,7
in der Personenschiffahrt	Mill. DM	4,1	0,0	4,1	0,0	0,0	0,0
Werkverkehr							
Unternehmen mit Güterschiffahrt am 30. Juni 1999	Anzahl	25	8	13	4	–	–
Verfügbare Guterschiffe am 30. Juni 1999	Anzahl	78	23	28	27	–	–
	1 000 t Trgtf	70,1	2,4	23,4	44,3	–	–
Beschäftigte am 30. Juni 1999	Anzahl	148	31	52	65	–	–
dar: fahrendes Personal	Anzahl	123	22	40	61	–	–

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer

(-12,8%) zu verzeichnen. Aber auch die Trockengüterschiffahrt weist beachtliche Rückgänge hinsichtlich der genannten Merkmale (-8,5% Unternehmen, -7,2% Schiffe, -5,9% Umsatz) auf, die aufgrund des größeren Gewichts der Trockengüterschiffahrt das Gesamtergebnis der Güterschiffahrt stark beeinflussen. Die Personenschiffahrt konnte – anders als in früheren Jahren – wenig zu einer Stabilisierung der deutschen Binnenschiffahrt beitragen. Auch hier sind sämtliche Merkmalswerte, wenn auch in der Regel mit geringeren Raten (-5,6% Unternehmen, -5,1% Schiffe, -9,1% Umsatz) zurückgegangen.

Im folgenden werden noch einige Eckdaten in der Gliederung nach Größenklassen der Unternehmen vorgestellt, um die unterschiedlichen Strukturen in Abhängigkeit von der Größe der Unternehmen zu dokumentieren. Herangezogen werden hierzu die Ladekapazität der Güterschiffe sowie der Umsatz.

Gewerbliche Güterbinnenschiffahrt nach Ladekapazität

Einen Überblick über die gewerbliche Güterbinnenschiffahrt und den Werkverkehr nach Ladekapazität gibt Tabelle 4. In die folgende Darstellung sind vor allem jene Unternehmen einbezogen, die gewerbliche Binnenschiffahrt in Form der Güterschiffahrt betreiben, das heißt ihrem Gewerbe durch den Einsatz von mindestens einem Schiff zum Transport von Trocken- oder Flüssigladung nachgehen. Damit sind reine Befrachtungsunternehmen nicht enthalten. Im aktuellen Berichtsjahr zählten 851 Unternehmen mit 2002 Güterschiffen und 4462 Beschäftigten zur gewerblichen Güterbinnenschiffahrt; sie erwirtschafteten 1998 einen Umsatz von 1,66 Mrd. DM, darunter 861 Mill. DM aus Beförderung. Gegenüber 1998 nahm die Zahl der Unternehmen um 8,5%, die Zahl ihrer verfügbaren Güterschiffe um 8,8% und das Personal um 7,2% ab. Auch der Binnenschiffahrtsumsatz sank im Vorjahresvergleich um 4,6%, vor allem weil der Umsatz aus Beförderung um 8,3% zurückging.

Unternehmen mit weniger als 3000 Tonnen Ladekapazität stellten mit 93,4% den überwiegenden Teil der Unternehmen und beschäftigten mehr als die Hälfte des Personals (50,8%), sie verfügten aber lediglich über 42,3% der Güterschiffe und erwirtschafteten nur 30,4% des Umsatzes der gewerblichen Güterbinnenschiffahrt.

Über mindestens 10000 t eigene Ladekapazität konnten 19 Unternehmen disponieren, sie hatten damit einen Anteil von 2,2% an der Gesamtzahl der Unternehmen und beschäftigten rund 39% des Personals, verfügten jedoch über fast 52% der Schiffe und erzielten rund 55% des Umsatzes der gewerblichen Güterbinnenschiffahrt. Da im aktuellen Berichtsjahr sieben Unternehmen weniger als im Vorjahr zu dieser Gruppe zu zählen waren, ist ihre relative Bedeutung leicht gesunken. Die sieben Unternehmen haben allerdings in der Regel die Binnenschiffahrtstätigkeit nicht eingestellt, sondern nur die Zahl ihrer Schiffe und damit ihre eigene Ladekapazität reduziert.

Mitte 1999 fuhrten insgesamt 79 Unternehmen weniger als Mitte 1998 in der gewerblichen Güterbinnenschiffahrt. Der Hauptteil dieses Rückgangs entfiel auf Unternehmen mit einer Ladekapazität von unter 1000 t (-47 Unternehmen) und auf Unternehmen mit einer Ladekapazität von 1000 bis unter 3000 t (-27 Unternehmen). Auch 1999 wurde damit insbesondere von kleinen Beförderungsunternehmen mit einem einzigen Schiff die Binnenschiffahrtstätigkeit aufgegeben.

Strukturdaten nach Umsatzgrößenklassen

Die weit überwiegende Zahl der Unternehmen der gewerblichen Binnenschiffahrt (1005 Unternehmen bzw. 86,4%) erzielte einen Umsatz von weniger als 1 Mill. DM (siehe Tabelle 5). Diese Unternehmen verfügten über 42,5% der Schiffe und beschäftigten 42,4% des Personals. Ihr Anteil am Gesamtumsatz betrug lediglich 18,0%, ihr Anteil am Umsatz aus Beförderung allerdings 31,5%. Mit wachsender Größe der Unternehmen sinkt der Anteil des

Tabelle 5: Unternehmen, verfügbare Schiffe, Beschäftigte und Umsatz der Binnenschiffahrt 1999 nach Umsatzgrößenklassen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Unternehmen mit einem Umsatz von bis unter DM						
		insgesamt	unter 250 000	250 000 – 1 Mill	1 – 5 Mill	5 – 25 Mill	25 Mill und mehr	ohne Angaben ¹⁾
Unternehmen der gewerblichen Binnenschiffahrt am 30. Juni 1999	Anzahl	1 163	303	702	101	27	19	11
Verfügbare Schiffe am 30. Juni 1999	Anzahl	2 894	365	866	329	278	1 045	11
	Güterschiffe	Anzahl	2 012	172	644	126	130	935
Schubboote, Schub-Schleppboote und Schleppboote	1 000 t Trgt	2 297,7	123,5	774,2	214,0	250,8	929,6	5,5
	Anzahl	169	13	29	31	7	89	–
Fahrgast- und Fahrgastkabinienschiffe	1 000 kW	91,6	4,5	9,3	15,5	14,7	47,5	–
	Anzahl	713	180	193	172	141	21	6
Beschäftigte am 30. Juni 1999 dar. fahrendes Personal	1 000 Pers.-Pl	176,4	25,7	39,3	52,3	41,6	14,6	1,2
	Anzahl	7 463	816	2 351	1 156	1 295	1 814	31
	Anzahl	5 872	737	2 089	909	951	1 157	29
Umsatz ²⁾ 1998	Mill. DM	2 043,4	45,8	322,1	178,8	342,2	1 154,5	x
dar. aus Beförderung und Befrachtung	Mill. DM	2 009,7	45,4	315,6	167,7	339,5	1 141,5	x
aus Beförderung	Mill. DM	1 147,2	45,4	315,6	162,2	247,7	376,3	x
in der Trockengüterschiffahrt	Mill. DM	565,2	27,9	217,6	41,2	87,9	190,7	x
in der Tankschiffahrt	Mill. DM	295,6	–	55,6	61,4	29,9	148,7	x
in der Personenschiffahrt	Mill. DM	286,4	17,5	42,4	59,6	130,0	36,9	x
aus Befrachtung	Mill. DM	862,5	–	–	5,5	91,7	765,2	x

¹⁾ Unternehmen, die im Berichtsjahr gegründet worden sind – ²⁾ Ohne Umsatzsteuer

Umsatzes aus Beförderung am Gesamtumsatz Wurde bei den kleineren Unternehmen der gesamte Umsatz fast vollständig aus Beförderung erwirtschaftet, betrug dieser Anteil bei den umsatzstärksten Unternehmen nur noch knapp ein Drittel Im Jahr 1999 sind wiederum vor allem Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 250 000 DM aus dem Markt ausgeschieden In dieser Unternehmensgrößenklasse wurden 84 Unternehmen weniger als im Vorjahr registriert Der größte Teil dieser Unternehmen hat die Binnenschiffahrtstätigkeit eingestellt, ein geringerer Teil hat seine Position aber auch verbessert und ist in die Gruppe der Unternehmen mit 250 000 bis unter 1 Mill. DM Jahresumsatz aufgestiegen

Mindestens 25 Mill. DM Umsatz erzielten 19 Unternehmen. Diese 1,6% der Unternehmen erzielten 56,5% des Gesamtumsatzes aus Binnenschiffahrt, beschäftigten aber nur knapp ein Viertel (24,3%) aller tätigen Personen. Insgesamt ist die Bedeutung dieser Großunternehmen für die deutsche Binnenschiffahrt weiter angestiegen

2 Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in der Binnenschiffahrt (institutionelle Abgrenzung)

Überblick

Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse über diejenigen Binnenschiffahrtsunternehmen vorgestellt, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Wirtschaftsklasse „Binnenschiffahrt“ gemäß der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ liegt.

1999 waren 1 126 Unternehmen ausschließlich oder überwiegend in der Binnenschiffahrt tätig, davon nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt 76,6% Güterschiffahrts- und 23,4% Personenschiffahrts-Unternehmen (siehe Tabelle 6) Diese Unternehmen erwirtschafteten im Jahr 1998 einen Umsatz aus Binnenschiffahrts- und anderen Tätigkeiten von knapp 2,3 Mrd. DM. Dabei entfielen 85,9% auf Unternehmen der Güterbinnenschiffahrt, die übrigen 14,1% wurden von Unternehmen der Personenschiffahrt erzielt. Hinsichtlich der Beschäftigung kommt Personenschiffahrts-Unternehmen dagegen eine wesentlich höhere Bedeutung zu. Knapp 38% des Gesamtpersonals der Wirtschaftsklasse „Binnenschiffahrt“ von 7 626 Beschäftigten

arbeitete in Personenschiffahrts-Unternehmen Von den verfügbaren 2 793 Binnenschiffen wurden dagegen nur 23,3% von Unternehmen der Personenschiffahrt betrieben

In der Binnenschiffahrt sind Personenbeförderung einerseits und Güterbeförderung andererseits – wie in anderen Verkehrszweigen auch – Tätigkeitsfelder, die unabhängig voneinander sind und sich in ihren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Einflußgrößen grundlegend unterscheiden Im folgenden werden daher noch einige Angaben getrennt für Personenschiffahrts- und Güterschiffahrts-Unternehmen vorgestellt

Personenschiffahrts-Unternehmen

Die hier dargestellte Personenschiffahrt ist weitestgehend den Ausflugs- und Flußkreuzfahrten zuzuordnen, da Personenverkehr mit Fähren nicht erfaßt wird Der Personenverkehr mit Binnenschiffen wird daher vor allem durch die Urlaubs- und Freizeitgestaltung von Privatpersonen bestimmt.

Die Personenschiffahrts-Unternehmen mußten hinsichtlich aller in Tabelle 6 dargestellten Merkmale Rückgänge verzeichnen. Im zweiten Jahr hintereinander nahm 1999 die Zahl der Unternehmen gegenüber dem Vorjahr leicht ab, und zwar um 5 Unternehmen Auch die Zahl der verfügbaren Schiffe ist um 30 auf 652 zurückgegangen. Die positive Beschäftigungsentwicklung des Vorjahres setzte sich im aktuellen Berichtsjahr nicht fort: Wie bereits in den Jahren 1995 bis 1997 nahm die Zahl der Beschäftigten ab, und zwar um 99 auf 2 862 Personen. Der Hauptteil dieses Rückgangs betraf die Unternehmensteile „Binnenschiffahrt“, in denen mit 2 675 Beschäftigten 78 weniger als Mitte 1998 arbeiteten In den übrigen Unternehmensteilen verringerte sich die Beschäftigung um 21 auf 187 Personen. Somit waren 1999 93% der Beschäftigten mit der Haupttätigkeit „Personenbinnenschiffahrt“ befaßt, die übrigen 7% leisteten ihre Arbeit in binnenschiffahrt fremden Tätigkeiten

Einen besonders hohen Rückgang im Vorjahresvergleich verzeichnete der Umsatz. Mit 320 Mill. DM lag er um 34 Mill. DM und damit um 9,6% unter dem Vorjahreswert. Vom Gesamtumsatz der Personenbeförderungs-Unternehmen entfielen 272 Mill. DM auf Personenbeförderung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang dieser Umsatzart um 26 Mill. DM. Aus sonstigen Tätigkeiten wur-

Tabelle 6: Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in der Binnenschiffahrt 1999

Wirtschaftlicher Schwerpunkt	Unternehmen		Binnenschiffe		Beschäftigte ¹⁾		Umsatz im Vorjahr ¹⁾	
	am 30. Juni						Mill. DM	%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Personenschiffahrt	264	23,4	652	23,3	2 862	37,5	320	14,1
Güterschiffahrt	862	76,6	2 141	76,7	4 764	62,5	1 953	85,9
Insgesamt	1 126	100	2 793	100	7 626	100	2 273	100
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %								
Personenschiffahrt	- 1,9	x	- 4,4	x	- 3,3	x	- 9,6	x
Güterschiffahrt	- 9,4	x	- 8,0	x	- 7,2	x	- 4,1	x
Insgesamt	- 6,2	x	- 7,2	x	- 5,8	x	- 4,8	x

¹⁾ In der Binnenschiffahrt und in sonstigen Tätigkeitsbereichen

den 48 Mill. DM erwirtschaftet, 8 Mill. DM weniger als im Vorjahr. Insgesamt entfiel damit im aktuellen Berichtsjahr auf die Haupttätigkeit der Unternehmen mit 85 % ein leicht höherer Umsatzanteil als im Vorjahr (84 %).

Güterschiffahrts-Unternehmen

862 Unternehmen waren im Jahr 1999 mit Schwerpunkt in der Güterschiffahrt tätig. Sie verfügten über 2 141 Binnenschiffe und beschäftigten 4 764 Personen. Ihr Umsatz betrug 1998 1,95 Mrd. DM.

Hinsichtlich aller genannten Merkmale mußten zum Teil beträchtliche Rückgänge im Vorjahresvergleich hingenommen werden. Die Zahl der Unternehmen sank um 9,4 %, die Zahl der Binnenschiffe um 8,0 % und das Personal um 7,2 %. Insgesamt waren 370 Personen weniger in Güterbinnenschiffahrts-Unternehmen beschäftigt als Mitte 1998, davon entfielen 307 auf die Unternehmensteile Binnenschiffahrt und 63 auf die übrigen Unternehmensteile. In den Unternehmensteilen Binnenschiffahrt waren 1999 damit 4 477 Personen tätig (-6,4 %). Diese hatten einen Anteil von 94 % an der Gesamtbeschäftigung.

Die einzelnen Umsatzarten entwickelten sich unterschiedlich. Insgesamt ist der Umsatz um 84 Mill. DM (-4,1 %) gesunken. Positiv entwickelten sich dabei die Umsätze aus Befrachtung (+9 Mill. DM auf 778 Mill. DM) und aus Schub- und Schleppschiffahrt für andere Unternehmen (+12 Mill. DM auf 33 Mill. DM). Stark gingen dagegen die Umsätze aus Güterbeförderung (-67 Mill. DM auf 838 Mill. DM) und aus binnenschiffahrt fremden Tätigkeiten (-37 Mill. DM auf 304 Mill. DM) zurück. Die letztgenannte Umsatzart hatte damit 1998 nur noch einen Anteil von 15,5 % (Vorjahr: 16,7 %) an den Gesamtumsätzen der Güterbinnenschiffahrts-Unternehmen.

Das aktuelle Berichtsjahr war für die deutschen Güterbinnenschiffahrts-Unternehmen ein sehr schlechtes Jahr. Während in der Vergangenheit häufig ein negatives Ergebnis in einem fachlichen Unternehmensteil durch ein positives Ergebnis in einem anderen fachlichen Unternehmensteil kompensiert oder zumindest abgeschwächt werden konnte, gingen jetzt sowohl der Bereich Binnenschiffahrt als auch der Bereich der binnenschiffahrt fremden Tätigkeiten jeweils hinsichtlich Beschäftigung und Umsatz stark zurück. Für die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen war die wirtschaftliche Lage daher schwierig und es dürfte nur die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bleiben.

Dipl.-Volkswirt Uwe Reim

Finanzausgleich

Bund – Länder

Methode, Ergebnisse, kritische Würdigung und Ausblick

Vorbemerkung

Ziel des staatlichen und kommunalen Finanzausgleichs ist es, allen öffentlichen Haushalten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Der Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland ist allgemein im Grundgesetz (Art. 107 bis 109) und speziell im „Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern“ (Finanzausgleichsgesetz – FAG, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juni 1999, BGBl. I S. 1382) geregelt. Die Bestimmungen sehen einen mehrstufigen Vollzug des Finanzausgleichs vor (siehe die Übersicht)

Beim primären Finanzausgleich wird festgelegt, welcher Teil der (Steuer-) Einnahmen jeder Gebietskörperschaft zusteht (Stufe 1 des primären Finanzausgleichs). Es gibt Steuerarten, deren Aufkommen eindeutig zugeordnet ist, wie die reinen Bundessteuern (z. B. Tabak- und Mineralölsteuer), Landessteuern (z. B. Erbschaft- und Kraftfahrzeugsteuer) und Gemeindesteuern (z. B. Grundsteuern). Daneben gibt es Steuern, an deren Aufkommen (nach Abführung der Finanzanteile der Europäischen Union) Bund, Länder und Gemeinden oder Bund und Länder gemeinsam (sog. Gemeinschaftsteuern) beteiligt sind, wie die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Darüber hinaus wird im Rahmen des primären Finanzausgleichs die Verteilung des Aufkommens der Landessteuern und des Landesanteils an den Gemeinschaftsteuern auf die einzelnen Bundesländer geregelt (Stufe 2 des primären Finanzausgleichs).

Beim sekundären Finanzausgleich wird die sich aus dem primären Finanzausgleich ergebende Verteilung der (Steuer-) Einnahmen der Gebietskörperschaften korrigiert. Dies geschieht durch Umverteilung der Einnahmen auf horizontaler Ebene zwischen den Bundesländern von einnahmestarken auf einnahmeschwache Länder (= Stufe 1 des sekundären Finanzausgleichs) und vertikal durch Zuweisungen des Bundes an einnahmeschwache Länder (sog. Bundesergänzungszuweisungen = Stufe 2 des sekundären Finanzausgleichs). Der sekundäre Finanzausgleich auf horizontaler Ebene sieht zunächst einen Umsatzsteuervorwegausgleich vor. Danach können maximal 25 v. H. des Umsatzsteueraufkommens auf Länder mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft verteilt werden, der restliche Länderanteil nach Einwohnern. Die gegenwärtige Praxis schöpft diesen Spielraum voll aus, das heißt ein Viertel des Umsatzsteueraufkommens wird nach der Steuerkraft verteilt. Darüber hinaus werden im sekundären Finanzausgleich Ausgleichszahlungen finanzstarker an finanz-

schwache Länder (eigentlicher Länderfinanzausgleich) vorgenommen

Der vorliegende Beitrag beschränkt sich auf die Darstellung des sekundären Finanzausgleichs ohne den Umsatzsteuervorwegausgleich (in der Übersicht grau unterlegt). Ziel dieser Stufe des Finanzausgleichs ist es, dem Verfassungsgebot nach Art. 72 Abs. 2 des Grundgesetzes nach „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ Rechnung zu tragen. Es soll sichergestellt werden, daß alle Bundesländer in etwa über die gleichen Finanzmittel pro Kopf der Bevölkerung verfügen, damit auch ein annähernd gleiches Leistungsangebot in den einzelnen Bundesländern erstellt werden kann. Außerhalb der Betrachtung bleibt der kommunale Finanzausgleich, der im einzelnen die Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen des Landes regelt.

Im folgenden wird zunächst auf die Methode des Bundesländerfinanzausgleichs eingegangen, indem das Verfahren und die Art der Berechnung des Finanzausgleichs in ihren Grundzügen erläutert werden. Anschließend werden die im Rahmen des sekundären Finanzausgleichs (ohne Umsatzsteuervorwegausgleich) getätigten und empfangenen Zahlungen seit 1950 wie auch die seit 1967 geleisteten Bundesergänzungszuweisungen dargestellt. Abschließend werden einige von Kritikern des Finanzausgleichsverfahrens erhobene Einwände aufgelistet.

Übersicht: Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland

Primärer Finanzausgleich	Stufe 1	Vertikale Steuerverteilung nach Art. 106 Grundgesetz (GG) d.h. Zuordnung des Aufkommens der einzelnen Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden
	Stufe 2	Horizontale Steuerverteilung nach Art. 107 Abs. 1 GG d.h. Verteilung des Aufkommens der Landessteuern und des Landesanteils an den Gemeinschaftsteuern auf die einzelnen Bundesländer nach Art. 107 Abs. 1 GG Verteilungsschlüssel – Ortliches Aufkommen, bei Einkommen- und Körperschaftsteuer Zerlegung des örtlichen Aufkommens nach Wohnsitz bzw. Betriebsstätte – Einwohnerzahl bei der Umsatzsteuer (mindestens drei Viertel des Landesanteils an der Umsatzsteuer)
Sekundärer Finanzausgleich	Stufe 1	Länderfinanzausgleich im engeren Sinne d.h. a) Umsatzsteuergänzungsanteile (sog. Umsatzsteuervorwegausgleich) b) Zahlungen finanzstarker an finanzschwache Länder nach Art. 107 Abs. 2 GG Verteilungsschlüssel Zu a) Steuerkraft bis maximal ein Viertel des Landesanteils an der Umsatzsteuer Zu b) Finanzkraft
	Stufe 2	Bundesergänzungszuweisungen nach Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG d.h. a) Fehlbetragsergänzungszuweisungen b) Sonderbedarfsergänzungszuweisungen

1 Methode

Im Grundsatz ist der Finanzausgleich als Steuerkraftausgleich konzipiert. Zentrale Zielgröße des Ausgleichs ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es

grundsätzlich ausgleichsberechtigt, überschreiten sie ihn, ist das Land grundsätzlich ausgleichspflichtig

Im einzelnen schreibt der Gesetzgeber zur Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen im Finanzausgleich die Berechnung der „Finanzkraftmeßzahl“ als Indikator für die Finanzkraft und der „Ausgleichsmeßzahl“ als Indikator für den Finanzbedarf vor. Die Höhe des Finanzausgleichs, der Betrag, den das ausgleichspflichtige Land zu zahlen hat bzw. den das ausgleichsberechtigte Land erhält, richtet sich nach der Differenz zwischen der Finanzkraft- und der Ausgleichsmeßzahl

1.1 Die Finanzkraftmeßzahl als Indikator für die Finanzkraft

Mit der Finanzkraftmeßzahl soll erfaßt werden, inwieweit eine Gebietskörperschaft in der Lage ist, eigene Einnahmen zu erzielen. Die Finanzkraftmeßzahl eines Landes ergibt sich nach dem Finanzausgleichsgesetz aus der Summe der Steuereinnahmen (einschl. gewisser Sonderabgaben wie Spielbank- und Förderabgaben) des Landes und seiner Gemeinden, wobei die Steuereinnahmen der Gemeinden nur zur Hälfte berücksichtigt werden. Sonderbelastungen der Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen aus der Unterhaltung und Erneuerung von Seehäfen werden durch Abschläge bei der Finanzkraft berücksichtigt

1.2 Die Ausgleichsmeßzahl als Indikator für den Finanzbedarf

Die Ausgleichsmeßzahl beziffert die Finanzausstattung, die die jeweilige Gebietskörperschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben unbedingt benötigt. Nach dem Finanzausgleichsgesetz ergibt sich die *Ausgleichsmeßzahl eines Landes*, indem die bundesdurchschnittlich erzielten Pro-Kopf-Einnahmen der Länder und der Gemeinden (jeweils getrennt) mit der Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes multipliziert werden. Bei der Ermittlung der Meßzahlen der Länder wird für die Stadtstaaten eine höher gewichtete Einwohnerzahl (sog. veredelte Einwohnerzahl) zugrunde gelegt, um den im Vergleich zu den Flächenländern größeren finanziellen Belastungen Rechnung zu tragen. Bei der Ermittlung der Meßzahlen der Gemeinden werden die tatsächlichen Einwohnerzahlen je nach Einwohnerzahl der Gemeinden mit 100 bis 130 v. H. gewichtet. Für Gemeinden über 500 000 Einwohner werden diese Sätze in Abhängigkeit von der Bevölkerungsdichte darüber hinaus noch zusätzlich um 2 bis 6 Prozentpunkte erhöht¹⁾

1.3 Höhe des Finanzausgleichs

Bundesländer, deren Finanzkraftmeßzahl höher ist als die ermittelte Ausgleichsmeßzahl, sind ausgleichspflichtig.

¹⁾ Rechnerisch ergibt sich die Ausgleichsmeßzahl (AGM) eines Landes aus der Summe der Meßzahl „Land“ und der Meßzahl „Gemeinden“ des betreffenden Landes. Die Meßzahl „Land“ errechnet sich, indem die Summe der Finanzkraftmeßzahlen (FKM) aller Länder dividiert wird durch die veredelte Einwohnerzahl aller Länder und das Ergebnis dieser Division mit der veredelten Einwohnerzahl des betreffenden Landes multipliziert wird. Die Meßzahl „Gemeinde“ wird entsprechend ermittelt, d. h. Division der kommunalen FKM aller Länder durch die veredelte Einwohnerzahl der Gemeinden aller Länder und Multiplikation des Ergebnisses mit der veredelten Einwohnerzahl der Kommunen des betreffenden Landes

Dabei wird jedoch nicht die volle Differenz abgeschöpft. Vielmehr müssen – je nachdem, in welcher prozentualen Höhe die Finanzkraftmeßzahl die Ausgleichsmeßzahl überschreitet – im Bereich 100 bis 101 % des Überschusses 15 %, im Bereich 101 bis 110 % 66 % und im Bereich über 110 % 80 % abgeführt werden (siehe § 10 FAG)²⁾

Wenn die nach diesen Tarifen berechneten Mittel nicht ausreichen, um den ausgleichsberechtigten Ländern 95 % der durchschnittlichen Finanzkraft zu sichern, kann der Tarif bereits im mittleren Bereich auf bis zu 80 % angehoben werden. Sofern die Finanzkraftmeßzahl eines Bundeslandes geringer ist als seine Ausgleichsmeßzahl, erhält es Zahlungen, deren Höhe davon abhängt, inwieweit die Finanzkraftmeßzahl prozentual hinter der Ausgleichsmeßzahl zurückbleibt. Wenn die Finanzkraft eines Bundeslandes bei weniger als 92 % des Finanzbedarfs liegt, wird die Differenz durch Zuweisungen zu 100 % ausgeglichen. Im Bereich zwischen 92 und 100 % erhält das ausgleichsberechtigte Land 37,5 % des Unterschiedes zur Ausgleichsmeßzahl.³⁾

Die sich nach vorstehender Regelung ergebende Höhe des Finanzausgleichs wird in einem weiteren, hier nicht näher erläuterten Rechenschritt nach § 10 Abs. 2–4 FAG (Einhaltung der Nebenbedingungen Garantie-Klausel und Übereinstimmung zwischen den Beiträgen der ausgleichspflichtigen und den Zuweisungen der ausgleichsberechtigten Länder) geringfügig modifiziert

1.4 Bundesergänzungszuweisungen

Es gibt zwei Arten von Bundesergänzungszuweisungen, zum einen die Fehlbetrags- und zum anderen die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen. Die Fehlbetragsergänzungszuweisungen werden seit 1967 gewährt. Bis 1973 zahlte sie der Bund in Form von Pauschalbeträgen, die prozentual auf die einzelnen ausgleichsberechtigten Bundesländer aufgeteilt wurden. Ab 1974 bis 1994 (außer 1987) war das Volumen dieser Ergänzungszuweisungen auf 1,5 (1974 bis 1986) bzw. 2 v. H. (1988 bis 1994) des Umsatzsteueraufkommens des Bundes begrenzt; 1987 wurde ein Festbetrag in Höhe von 1 775 Mill. DM gewährt. Ab 1995 gleicht der Bund finanzschwachen Ländern ohne Begrenzung des Volumens auf jeden Fall 90 v. H. der nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs noch verbleibenden Differenz zur länderdurchschnittlichen Finanzkraft aus. Da die finanzschwachen Länder, wie erwähnt, nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs bei 95 v. H. der durchschnittlichen Finanzkraft liegen, erreichen sie durch die Fehlbetragsergänzungszuweisungen des Bundes eine Finanzkraft von

²⁾ Zur Verdeutlichung ein Rechenbeispiel: Die FKM eines Landes beträgt 78 668 Mill. DM, die AGM 73 937 Mill. DM. Dann errechnet sich ein prozentuales Verhältnis zwischen diesen beiden Meßzahlen ($78\,668 : 73\,937 = 1,0640$) in Höhe von 106,4 %. Nach § 10 Abs. 2 FAG sind im Bereich zwischen 100 bis 101 % 15 % des die AGM übersteigenden Betrages abzuführen. 100 % entsprechen der AGM, also 73 937 Mill. DM, 101 % davon ergeben 74 676 Mill. DM. Demnach hat das betreffende Land 15 % der Differenz (74 676 Mill. DM – 73 937 Mill. DM = 739 Mill. DM) zu zahlen, das sind 111 Mill. DM. Darüber hinaus sind nach dem Gesetz im Bereich zwischen 101 bis 110 % 66 %, im Beispiel von 3 992 Mill. DM [Differenz zwischen 78 668 Mill. DM (= 106,4 % der AGM) und 74 676 Mill. DM (= 101 % der AGM)] auszugleichen, das sind 2 635 Mill. DM. Demnach hat das betreffende Land insgesamt 2 746 Mill. DM (111 Mill. DM + 2 635 Mill. DM) im Rahmen des Finanzausgleichs abzuführen, in Wirklichkeit geringfügig modifiziert wegen der hier nicht dargestellten Rechenschritte zur Einhaltung der Nebenbedingungen nach § 10 Abs. 2–4 FAG

³⁾ Die Berechnung erfolgt in einem entsprechenden Verfahren, wie für ausgleichspflichtige Länder in Fußnote 2 dargestellt

insgesamt 99,5 v. H. des Länderdurchschnitts. Daneben gewährt der Bund bestimmten Ländern seit 1995 sogenannte Sonderbedarfsergänzungszuweisungen, Bremen und dem Saarland zur Haushaltssanierung bereits seit 1994. Diese Ergänzungszuweisungen sind im FAG als Pauschalzahlungen betragsmäßig festgelegt und nicht direkt an die Finanzkraft gekoppelt.

2 Ergebnisse

2.1 Horizontaler Finanzausgleich

Das Volumen des Finanzausgleichs hat sich seit 1950 beträchtlich erhöht. 1950 zahlten die finanzstarken Länder 0,3 Mrd. DM an die finanzschwachen Länder, das waren 5,9% des Steueraufkommens dieser Länder; 1994 waren es zwar mit 2,9 Mrd. DM absolut mehr, gemessen am Steueraufkommen der ausgleichspflichtigen Länder mit 2,8% aber erheblich weniger. Berlin war damals wegen seiner Sonderstellung noch nicht in den Finanzausgleich ein-

bezogen. Es erhielt statt dessen vom Bund Finanzzuweisungen. Mit der Einbeziehung Berlins und der neuen Bundesländer in den Finanzausgleich ab 1995 stieg das Finanzausgleichsvolumen kräftig auf 11,2 Mrd. DM an (5,8% der gesamten Steuereinnahmen der ausgleichspflichtigen Länder) und erreichte 1999 14,6 Mrd. DM (7,0% des Steueraufkommens). Die Ausgleichspflicht bzw. Ausgleichsberechtigung innerhalb der Länder hat sich im Zeitablauf verändert. Im gesamten hier betrachteten Zeitraum durchgängig ausgleichspflichtig (Zahler) waren nur Baden-Württemberg und, außer Anfang und Mitte der 50er Jahre, Hessen. Zu den durchgängig Ausgleichsberechtigten (Empfänger) gehörten Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland (ab 1961).

Schleswig-Holstein war außer in den Jahren 1995, 1997 und 1998 immer ausgleichsberechtigt. Bayern, von 1950 bis 1986 noch Zahlungsempfänger, ist seit 1989 bis heute, außer 1992, ausgleichspflichtig. Bremen, anfangs Zahler (1950, 1954 bis 1959, 1967 bis 1969), gehörte 1965 und

Tabelle 1: Horizontaler Finanzausgleich – Ausgleichspflichtige Länder

Mill. DM

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Hamburg	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Schleswig-Holstein	Bremen	Zusammen
1950	65	–	33	28	127	–	1	253
1951	31	–	37	19	83	–	–	170
1952	45	–	40	–	135	–	–	221
1953	78	–	22	–	146	–	–	246
1954	80	–	34	–	151	–	1	266
1955	116	–	132	9	272	–	13	542
1956	141	–	160	–	331	–	36	667
1957	175	–	200	46	356	–	16	793
1958	120	–	265	72	487	–	11	955
1959	150	–	319	56	500	–	1	1026
1960 ¹⁾	108	–	221	68	518	–	–	915
1961	191	–	333	155	753	–	–	1432
1962	276	–	377	192	723	–	–	1567
1963	301	–	390	229	526	–	–	1445
1964	358	–	359	311	493	–	–	1522
1965	367	–	323	362	539	–	–	1591
1966	434	–	353	410	407	–	–	1604
1967	467	–	423	421	423	–	5	1739
1968	431	–	482	438	372	–	3	1725
1969	619	–	691	624	486	–	13	2433
1970	314	–	294	290	317	–	–	1215
1971	380	–	345	196	368	–	–	1289
1972	592	–	310	310	344	–	–	1556
1973	590	–	331	363	341	–	–	1626
1974	508	–	508	321	572	–	–	1910
1975	661	–	544	206	434	–	–	1844
1976	719	–	542	192	505	–	–	1957
1977	1058	–	618	258	358	–	–	2292
1978	1087	–	585	471	122	–	–	2265
1979	1136	–	833	518	–	–	–	2486
1980	1504	–	313	298	76	–	–	2191
1981	1638	–	427	358	–	–	–	2423
1982	1789	–	431	280	–	–	–	2500
1983	1429	–	386	332	–	–	–	2146
1984	1461	–	294	575	–	–	–	2330
1985	1444	–	407	725	–	–	–	2575
1986	1743	–	198	783	–	–	–	2724
1987	1913	–	58	1228	–	–	–	3199
1988	1920	–	–	1440	–	–	–	3360
1989	1413	65	12	1927	99	–	–	3515
1990	2472	36	8	1446	63	–	–	4024
1991	2507	4	66	1333	8	–	–	3918
1992	1507	–	–	1842	3	–	–	3352
1993	1013	12	–	2139	–	–	–	3164
1994	410	669	–	1827	–	–	–	2906
1995	2803	2532	117	2153	3449	141	–	11195
1996	2521	2862	482	3240	3125	–	–	12229
1997	2410	3102	273	3148	3059	5	–	11999
1998	3473	2901	613	3435	3095	0	–	13518
1999 ²⁾	3426	3188	665	4744	2578	–	–	14602

¹⁾ Im Jahr 1960 wurde der Länderfinanzausgleich nur für neun Monate durchgeführt – ²⁾ Vorläufige Werte

1966 sowie ab 1970 bis zum gegenwertigen Zeitpunkt zu den Empfängern. Seit Einbeziehung der neuen Länder und Berlins in den Finanzausgleich im Jahr 1995 zählten immer die gleichen fünf Länder – Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen – und, außer 1996 und 1999, Schleswig-Holstein zu den Zahlern, die übrigen elf bzw. 1996 und 1999 zehn Länder zu den Empfängern. In den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre war Nordrhein-Westfalen, ab 1966 bis 1991 (außer 1968, 1969, 1970, 1974 und 1989) Baden-Württemberg und ab 1992 bis 1994 Hessen der größte Zahler. Im Zeitraum 1995 bis 1999 wechselten sich Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen an der Spitze ab. 1995 zahlte Nordrhein-Westfalen, 1996 und 1997 Hessen, 1998 Baden-Württemberg und 1999 wiederum Hessen den höchsten absoluten Betrag in den Finanzausgleich ein.

Sofern die Finanzkraft eines Landes dem Länderdurchschnitt entspricht, ist das betreffende Land weder Zahler

noch Empfänger im Rahmen des Finanzausgleichs. Dies traf beispielsweise für Hessen in den Jahren 1952 bis 1954 oder für Nordrhein-Westfalen Anfang der 80er Jahre zu.

2.2 Vertikaler Finanzausgleich

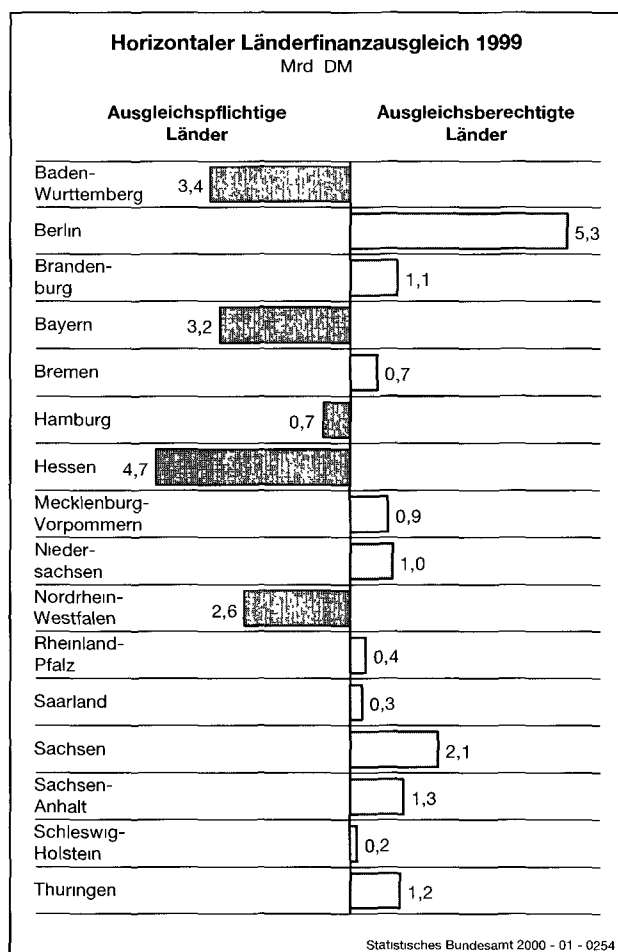
Im gesamten Darstellungszeitraum durchgängig Empfänger der Bundeszuweisungen waren Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, vor 1995 zeitweise Empfänger waren Bayern (bis 1987), Bremen (seit 1986) und Nordrhein-Westfalen (1987 bis 1993, außer 1991). Das Volumen erhöhte sich von 0,3 Mrd. DM (0,4% der gesamten Steuereinnahmen des Bundes) im Jahr 1967 auf 7,2 Mrd. DM im Jahr 1994 (1,9% des Steueraufkommens). Ab 1995 sind die Bundesergänzungszuweisungen auf Berlin und die neuen Bundesländer ausgeweitet worden. Damit erhielten 11 von 16 Bundesländern ab diesem Zeitraum Ergänzungszuweisungen vom Bund. 1995 betrug das Volumen 25,1 Mrd. DM (6,4% des Steueraufkommens),

Tabelle 2 Horizontaler Länderfinanzausgleich – Ausgleichsberechtigte Länder
Mill. DM

Jahr	Berlin	Brandenburg	Bayern	Bremen	Hamburg	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Zusammen
1950	–	–	35	–	–	–	80	–	34	–	–	–	104	–	253
1951	–	–	13	–	–	–	26	–	29	–	–	–	102	–	170
1952	–	–	15	–	–	–	56	–	33	–	–	–	116	–	221
1953	–	–	27	–	–	–	60	–	19	–	–	–	140	–	246
1954	–	–	40	–	–	–	73	–	18	–	–	–	135	–	266
1955	–	–	102	–	–	–	128	–	91	–	–	–	220	–	542
1956	–	–	110	–	–	–	181	–	120	–	–	–	257	–	667
1957	–	–	138	–	–	–	208	–	173	–	–	–	273	–	793
1958	–	–	220	–	–	–	267	–	225	–	–	–	243	–	955
1959	–	–	233	–	–	–	258	–	280	–	–	–	255	–	1 026
1960 ¹⁾	–	–	185	–	–	–	260	–	257	–	–	–	213	–	915
1961	–	–	219	–	–	–	447	–	333	128	–	–	305	–	1 432
1962	–	–	229	–	–	–	491	–	348	144	–	–	355	–	1 567
1963	–	–	194	–	–	–	399	–	355	162	–	–	336	–	1 445
1964	–	–	233	–	–	–	431	–	326	177	–	–	356	–	1 522
1965	–	–	189	12	–	–	509	–	323	209	–	–	350	–	1 591
1966	–	–	141	9	–	–	501	–	351	220	–	–	382	–	1 604
1967	–	–	122	–	–	–	678	–	336	232	–	–	371	–	1 739
1968	–	–	101	–	–	–	612	–	363	257	–	–	393	–	1 725
1969	–	–	233	–	–	–	888	–	489	303	–	–	520	–	2 433
1970	–	–	148	90	–	–	407	–	228	143	–	–	199	–	1 215
1971	–	–	199	50	–	–	451	–	239	143	–	–	208	–	1 289
1972	–	–	178	73	–	–	611	–	292	156	–	–	247	–	1 556
1973	–	–	167	71	–	–	679	–	248	185	–	–	277	–	1 626
1974	–	–	346	55	–	–	743	–	299	195	–	–	273	–	1 910
1975	–	–	369	46	–	–	718	–	294	179	–	–	239	–	1 844
1976	–	–	332	52	–	–	768	–	341	196	–	–	269	–	1 957
1977	–	–	399	145	–	–	929	–	287	211	–	–	322	–	2 292
1978	–	–	299	155	–	–	886	–	356	216	–	–	354	–	2 265
1979	–	–	328	235	–	–	1 002	–	291	228	–	–	402	–	2 486
1980	–	–	403	178	–	–	754	–	247	287	–	–	323	–	2 191
1981	–	–	268	161	–	–	1 007	–	303	261	–	–	423	–	2 423
1982	–	–	163	239	–	–	1 129	–	278	263	–	–	428	–	2 500
1983	–	–	135	261	–	–	704	–	256	305	–	–	486	–	2 146
1984	–	–	41	312	–	–	836	–	284	333	–	–	525	–	2 330
1985	–	–	28	333	–	–	827	91	374	359	–	–	564	–	2 575
1986	–	–	49	446	–	–	855	–	379	382	–	–	614	–	2 724
1987	–	–	–	504	–	–	1 116	166	478	337	–	–	599	–	3 199
1988	–	–	–	513	–	–	1 578	28	312	333	–	–	596	–	3 360
1989	–	–	–	630	–	–	1 674	–	304	329	–	–	579	–	3 515
1990	–	–	–	640	–	–	1 927	–	490	366	–	–	602	–	4 024
1991	–	–	–	588	–	–	1 757	–	589	381	–	–	603	–	3 918
1992	–	–	55	512	–	–	1 293	–	661	428	–	–	404	–	3 352
1993	–	–	–	636	114	–	998	31	778	421	–	–	186	–	3 164
1994	–	–	–	568	61	–	958	156	657	434	–	–	72	–	2 906
1995	4 222	864	–	562	–	771	452	–	229	180	1 773	1 123	–	1 019	11 195
1996	4 336	1 035	–	635	–	856	553	–	231	234	1 965	1 241	16	1 127	12 229
1997	4 432	986	–	350	–	843	672	–	296	204	1 918	1 175	–	1 123	11 999
1998	4 888	1 041	–	912	–	876	787	–	431	228	1 990	1 205	–	1 160	13 518
1999 ²⁾	5 316	1 147	–	665	–	921	1 037	–	379	294	2 149	1 300	174	1 218	14 602

¹⁾ Im Jahr 1960 wurde der Länderfinanzausgleich nur für neun Monate durchgeführt – ²⁾ Vorläufige Werte

Schaubild 1



1999 25,8 Mrd DM (6,2% des Steueraufkommens). Ursächlich für die kräftige Zunahme des Volumens im Jahr 1995 war – neben der Ausdehnung des Empfängerkreises – die Ausweitung der Tatbestände, die zum Empfang von Bundesergänzungszuweisungen berechtigten

Im einzelnen zahlte der Bund 1999, jeweils zusammen, den finanzschwachen alten und neuen Ländern (Berlin, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) 6,5 Mrd DM Fehlbetragsergänzungszuweisungen, wegen überdurchschnittlich hoher Kosten der politischen Führung Berlin und den kleineren Bundesländern (Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen) 1,5 Mrd DM, zur Milderung der Haushaltsnotlage Bremen und dem Saarland 3,0 Mrd DM, zur Kompensation der finanzwirtschaftlichen Nachteile durch die Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Finanzausgleich den alten finanzschwachen Bundesländern (Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein) 0,8 Mrd DM sowie zum Ausgleich der teilungsbedingten Sonderlasten Berlin und den neuen Ländern 14,0 Mrd DM

2.3 Horizontaler und vertikaler Finanzausgleich zusammen

1967, dem Jahr, in welchem erstmals neben dem horizontalen auch der vertikale Finanzausgleich durchgeführt wurde, betrug das Ausgleichsvolumen 2,0 Mrd DM. 1994 erreichte es mit 10,2 Mrd DM bereits den fünffachen Betrag. 1995 erhöhte sich das Ausgleichsvolumen aus den genannten Gründen (Einbeziehung Berlins und der neuen Länder in den Finanzausgleich, erstmalige Berücksichtigung von Sonderbedarf im Rahmen der Bundesergänzungszuweisungen) nochmals kräftig auf 36,3 Mrd DM. 1998 belief es sich auf 39,2 Mrd DM. 1999, nach vorläufiger Abrechnung, betrug der horizontale und vertikale Finanztransfer zusammen 40,4 Mrd DM

Tabelle 3: Vertikaler Finanzausgleich – Bundesergänzungszuweisungen 1967 bis 1994

Mill DM

Jahr	Bayern	Bremen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Zusammen
1967	40	–	105	–	55	20	40	260
1968	90	–	143	–	75	27	55	390
1969	40	–	73	–	38	13	26	190
1970	18	–	38	–	22	6	16	100
1971	18	–	38	–	22	6	16	100
1972	120	–	203	–	113	32	82	550
1973	120	–	203	–	113	32	82	550
1974	163	–	277	–	154	44	112	750
1975	175	–	296	–	165	47	120	803
1976	193	–	326	–	182	51	132	884
1977	205	–	346	–	193	54	140	938
1978	239	–	405	–	226	64	163	1097
1979	279	–	472	–	263	74	191	1279
1980	298	–	504	–	281	79	204	1366
1981	322	–	546	–	305	86	220	1479
1982	319	–	540	–	301	85	218	1463
1983	336	–	568	–	317	134	230	1585
1984	345	–	570	–	327	161	257	1660
1985	340	–	560	–	322	159	253	1634
1986	293	86	558	–	322	161	254	1674
1987	30	223	558	124	302	263	275	1775
1988	–	259	914	71	478	307	381	2410
1989	–	230	1082	57	518	333	438	2658
1990	–	256	1299	3	562	365	513	2998
1991	–	289	1559	–	678	403	603	3532
1992	–	696	1475	16	721	465	573	3946
1993	–	712	1619	16	845	484	622	4298
1994	–	2095	1762	–	921	1952	516	7246

Tabelle 4 Vertikaler Finanzausgleich – Bundesergänzungszuweisungen 1995 bis 1999

Mrd. DM

Jahr	Berlin	Brandenburg	Bremen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Zusammen
1995	3730	2613	2 127	1 978	1 185	1 013	2 032	4 497	2 876	391	2 631	25 073
1996	3 739	2 620	2 118	1 980	1 286	972	2 026	4 504	2 878	392	2 634	25 149
1997	3 727	2 619	2 120	1 976	1 414	1 024	2 017	4 493	2 871	346	2 628	25 235
1998	3 763	2 647	2 125	1 991	1 536	1 182	2 018	4 531	2 892	323	2 649	25 657
1999 ¹⁾	3 800	2 674	2 113	2 007	1 860	1 058	1 619	4 568	2 912	561	2 670	25 842

¹⁾ Vorläufige Werte

3 Kritische Würdigung und Ausblick

Die Notwendigkeit eines Finanzausgleichs ist auch unter seinen Kritikern unstrittig. Die Kritik richtet sich daher auch nicht gegen den Finanzausgleich als solchen, sondern gegen dessen Ausgestaltung, gegen einzelne Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes. Die hauptsächlichsten Kritikpunkte, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, sind:

- Beschränkung der Finanzkraft auf die Steuerkraft, da in die Berechnung der Finanzkraftmeßzahl im wesentlichen nur die Steuern und nicht auch die übrigen Einnahmen der Länder und Gemeinden eingehen
- Nur partielle Einbeziehung der kommunalen Einnahmen, was zu einer Begünstigung der Länder mit wohlhabenden Gemeinden führt
- Verstoß gegen den Grundsatz, keine Sonderbelastungen im Rahmen des Finanzausgleichs zuzulassen, da

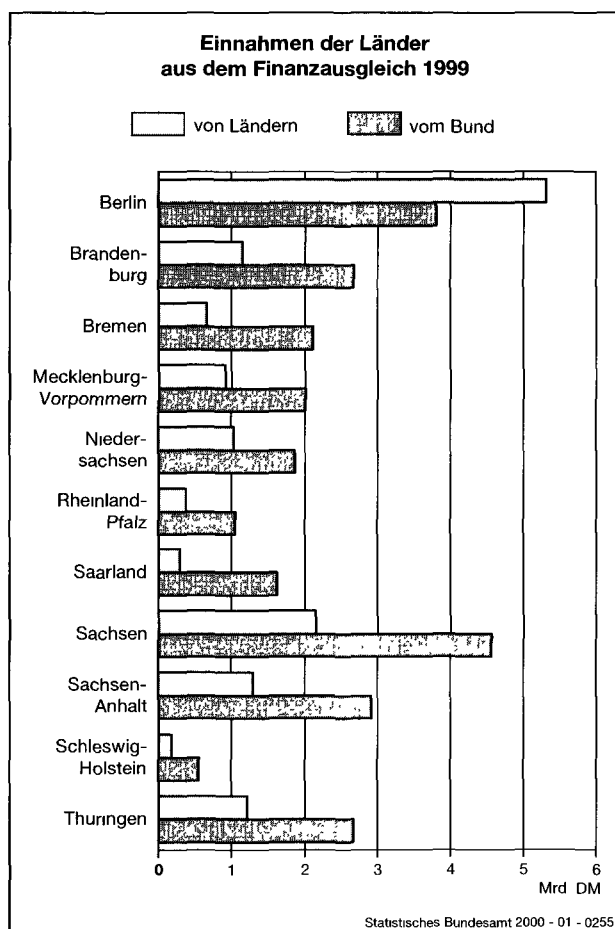
objektive eindeutige Bedarfskriterien zu deren Abgrenzung fehlen und daher die Berücksichtigung einzelner Sonderlasten, wie die der Hafenerländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen, willkürlich erscheint.

- Übernivellierung, das heißt zu hoher Ausgleich durch die Garantie für jedes Bundesland auf 95 % bzw. – bei Einbeziehung der Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen – auf 99,5 % der länderdurchschnittlichen Steuerkraft
- Keine oder nur geringe Anreizeffekte für die ausgleichsberechtigten Länder, durch geeignete eigene politische Maßnahmen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Industriensiedlung, die eigene Steuerkraft zu erhöhen
- Keine oder nur geringe Anreizeffekte für die Geberländer, die Steuerquellen, zum Beispiel durch stärkere Betriebsprüfungen, voll auszuschöpfen.
- Überhöhte Abführung der die durchschnittliche Finanzkraft übersteigenden Einnahmen der Geberländer (z. T. bis zu 80 %), was ebenfalls zu den erwähnten negativen Effekten führen dürfte.
- Beeinträchtigung der eigenstaatlichen und -finanzwirtschaftlichen Autonomie der Länder durch die dominierende Stellung der Bundesergänzungszuweisungen im Länderfinanzausgleich, was als nicht vereinbar oder zumindest bedenklich im Hinblick auf die in der Verfassung festgeschriebene föderale Struktur angesehen wird

Die derzeit gültige Regelung des Finanzausgleichs steht nicht zuletzt wegen dieser Kritikpunkte gegenwärtig auf dem Prüfstand. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 11. November 1999 enge Fristen für eine Neuregelung des Finanzausgleichsgesetzes festgelegt. Danach ist spätestens bis zum 31. Dezember 2002 ein Maßstabegesetz zu verabschieden, das die unbestimmten Begriffe im Steuer- und Ausgleichssystem des Grundgesetzes konkretisiert und ergänzt. Auf der Grundlage dieses Maßstabegesetzes hat der Gesetzgeber dann das Finanzausgleichsgesetz bis zum 31. Dezember 2004 neu zu regeln.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

Schaubild 2



Statistisches Bundesamt 2000 - 01 - 0255

Kommunal финанzen 2000

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Daten der kommunalen Haushaltsansatzstatistik, die bereits frühzeitig einen Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) im Jahr 2000 geben. Die entsprechenden Ist-Daten für 1999 aus der vierteljährlichen Kassenstatistik dienen als Vergleichsbasis

Gesamtüberblick

Aus den Haushaltsplanungen für das Jahr 2000 läßt sich eine weitere Konsolidierung der Gemeindefinanzen ablesen. Bei den Einnahmen gehen die Gemeinden/Gv. für dieses Jahr von einem Zuwachs um 1,0% auf 289,3 Mrd. DM aus. Da für die Ausgaben gleichzeitig ein leichter Rückgang um 0,2% auf 281,3 Mrd. DM eingeplant ist, errechnet sich in der Abgrenzung der Finanzstatistik auch für 2000 wieder ein Einnahmeüberschuß (siehe Tabelle 1)

Dementsprechend ist eine weitere Reduzierung der Nettokreditaufnahme um 0,2 Mrd. DM auf 0,1 Mrd. DM vorgesehen.

Ausgaben

Die Personalausgaben werden sich nach den Haushaltsplanungen der Gemeinden/Gv. um 0,8% auf 77,5 Mrd. DM erhöhen. Diese Festlegung mußte von den Kommunen allerdings ohne Kenntnis der tatsächlichen Tarifentwicklung im Jahr 2000 und zumeist auch ohne klare Vorgabe durch die ministeriellen Orientierungsdaten getroffen werden. Wie im Vorjahr ist in den neuen Ländern – durch weiteren Personalabbau – ein Rückgang bei den Personalausgaben eingeplant.

Auch die Ausgaben für soziale Leistungen dürften nach den vorliegenden Daten im laufenden Jahr voraussichtlich nur geringfügig um 0,2% auf 51,1 Mrd. DM zunehmen, wobei einem leichten Rückgang im Westen des Bundesgebietes (-0,3%) ein spürbarer Anstieg um 3,3% in den

neuen Ländern gegenübersteht. Der Deutsche Städtetag geht in seiner Prognose für das Jahr 2000 von einer erheblich größeren Ausweitung der Sozialausgaben um 4,8% aus.

Der laufende Sachaufwand aus dem Betrieb und der Unterhaltung der kommunalen Einrichtungen und Verwaltungen wird sich nach den Haushaltsansätzen der Gemeinden/Gv. im Jahr 2000 voraussichtlich um -0,2% auf 53,7 Mrd. DM verringern, nicht zuletzt eine Folge der Ausgliederungen von zuvor in den Gemeindehaushalten enthaltenen Aufgaben.

Trotz der insgesamt günstigen Einnahmesituation der Gemeinden/Gv. zeichnet sich für 2000 wieder ein leichter Rückgang der kommunalen Bauausgaben ab. Sie werden mit 36,1 Mrd. DM voraussichtlich um 2,1% unter dem Vorjahresniveau bleiben, wobei die Gemeinden im früheren Bundesgebiet von einem geringen Zuwachs um 0,4% ausgehen, während die Ausgaben für Baumaßnahmen in den neuen Ländern um 8,4% unter dem Ergebnis des Jahres 1999 liegen. Für den Erwerb von Sachvermögen ergibt sich nach den vorliegenden Berechnungen eine kräftige Zunahme um 5,5% auf 12,2 Mrd. DM. Auch hier zeigen die geplanten Ausgaben der Kommunen in den neuen Ländern eine deutlich abnehmende Tendenz (-8,4%).

Die rückläufigen Zinsausgaben (-6,6% auf 9,5 Mrd. DM) erklären sich vor allem dadurch, daß im Jahr 2000 weitere Einrichtungen auch mit ihren Schulden und den Ausgaben für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) aus den kommunalen Haushalten ausgegliedert werden.

Eine Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Ausgaben der neuen und alten Bundesländer zeigt im Vergleich zum Vorjahr keine wesentliche Änderung. Im früheren Bundesgebiet werden von den Gemeinden/Gv. 3706 DM je Einwohner ausgegeben, in den neuen Ländern sind es 3593 DM (siehe Tabelle 2). Die wichtigsten Unterschiede liegen noch immer bei den Bauausgaben, die aufgrund des Nachholbedarfs in den neuen Ländern erheblich höher ausfallen als im Westen (684 gegenüber 425 DM). Die kommunalen Ausgaben für Sozialleistungen je Einwohner sind dage-

Tabelle 1 Ausgaben bzw. Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	2000 ²⁾			1999 ³⁾			Veränderung 2000 gegenüber 1999		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
	Mill. DM						%		
Bereinigte Ausgaben	281 309,2	231 063,5	50 245,7	281 821,2	230 602,3	51 218,9	- 0,2	+ 0,2	- 1,9
darunter									
Personalausgaben	77 514,9	62 455,9	15 059,0	76 895,6	61 715,3	15 180,4	+ 0,8	+ 1,2	- 0,8
Laufender Sachaufwand	53 695,6	44 084,2	9 611,4	53 812,8	44 172,5	9 640,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Zinsausgaben	9 543,4	7 857,5	1 685,6	10 220,2	8 503,8	1 716,5	- 6,6	- 7,7	- 1,8
Soziale Leistungen	51 124,6	44 407,0	6 717,6	51 043,6	44 540,6	6 503,0	+ 0,2	- 0,3	+ 3,3
Baumaßnahmen	36 059,0	26 489,7	9 569,3	36 830,9	26 384,2	10 446,8	- 2,1	+ 0,4	- 8,4
Erwerb von Sachvermögen	12 195,2	10 775,9	1 419,3	11 564,4	10 014,8	1 549,5	+ 5,5	+ 7,6	- 8,4
Bereinigte Einnahmen	289 290,3	238 588,5	50 701,8	286 330,1	235 526,7	50 803,4	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2
darunter									
Steuern und steuerähnliche Abgaben	105 279,7	96 515,1	8 764,6	99 807,7	91 570,3	8 237,4	+ 5,5	+ 5,4	+ 6,4
Laufende Zuweisungen vom Land	77 048,3	55 606,2	21 442,1	75 419,2	54 356,0	21 063,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	18 227,9	15 479,3	2 748,6	18 536,0	15 779,1	2 756,9	- 1,6	- 2,0	+ 0,4
Gebühren u. a. Entgelte	32 359,9	27 997,4	4 362,5	33 362,4	29 012,9	4 349,5	- 3,0	- 3,5	+ 0,3
Investitionszuweisungen vom Land	15 481,3	9 098,4	6 382,9	16 004,7	8 990,5	7 014,2	- 3,3	+ 1,2	- 9,0
Nettokreditaufnahme	+ 147,2	- 60,0	+ 207,2	+ 385,7	- 72,9	+ 458,6	x	x	x

¹⁾ In den Flächenländern, ohne Stadtstaaten, ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen – ²⁾ Basis Kassenergebnisse 1999, fortgeschrieben mit Veränderungsraten der Haushaltsansätze 2000 gegenüber 1999 – ³⁾ Kassenergebnisse 1999

Tabelle 2. Pro-Kopf-Ausgaben bzw. -Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2000¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
	DM je Einwohner		
Bereinigte Ausgaben darunter	3686	3706	3593
Personalausgaben	1016	1002	1077
Laufender Sachaufwand	704	707	687
Zinsausgaben	125	126	121
Soziale Leistungen	670	712	480
Baumaßnahmen	472	425	684
Erwerb von Sachvermögen	160	173	102
Bereinigte Einnahmen darunter	3790	3827	3626
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1379	1548	627
Laufende Zuweisungen vom Land	1009	892	1533
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	239	248	198
Gebühren u. a. Entgelte	424	449	312
Investitionszuweisungen vom Land	203	146	456
		Anzahl	
nachrichtlich (Bevölkerung-)	76 326 260	62 343 016	13 983 244

¹⁾ In den Flächenländern, ohne Stadtstaaten ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen – Basis Kassenergebnisse 1999, fortgeschrieben mit den Veränderungsraten der Haushaltsansätze 2000 gegenüber 1999 – *) Stichtag: 30. Juni 1999

gen deutlich niedriger als im Westen, u a weil Überbrückungsleistungen wie zum Beispiel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus anderen Sozialleistungssystemen finanziert werden. Im Westen Deutschlands fallen für Sozialausgaben 712 DM pro Kopf der Bevölkerung an, in den neuen Ländern sind es lediglich 480 DM.

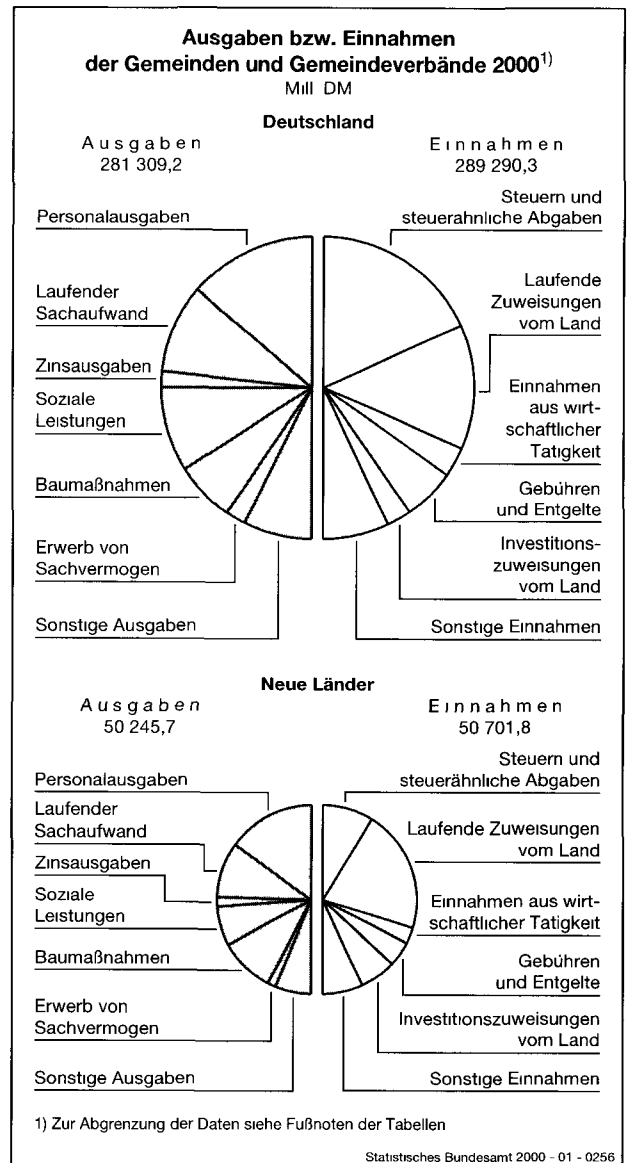
Einnahmen

Aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben erwarten die Gemeinden/Gv für das Jahr 2000 mit 105,3 Mrd. DM um 5,5% höhere Erträge als im Vorjahr. Allerdings ist davon auszugehen, daß die Gemeinden die Entwicklung ihrer Steuereinnahmen für 2000 zu optimistisch angesetzt haben; der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ geht in seiner jüngsten Prognose für das Jahr 2000 von einem Zuwachs der kommunalen Steuern um lediglich 1,6% gegenüber dem Vorjahr aus, die Prognose des Deutschen Städtetages weist ein Plus von 1,9% aus.

Die laufenden Zuweisungen von den Ländern liegen nach den kommunalen Haushaltsplanungen für 2000 mit 77,0 Mrd. DM um 2,2% über dem Vorjahresvolumen. Bei den Investitionszuweisungen von den Ländern wird insgesamt ein Rückgang um 3,3% auf 15,5 Mrd. DM erwartet, wobei die Einnahmen in den neuen Ländern mit -9,0% noch deutlich geringer ausfallen sollen.

Bei den Gebühren und Entgelten rechnen die Gemeinden/Gv. für 2000 mit Einnahmen in Höhe von 32,4 Mrd. DM. Das sind 3,0% weniger als letztes Jahr, weil – wie bereits erwähnt – auch für 2000 von weiteren Ausgliederungen kommunaler Einrichtungen aus den Haushalten auszugehen ist. Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages, die diesen Ausgliederungseffekt bereinigen, dürfte der Rückgang bei -0,5% liegen.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Einnahmen zeigt gegenüber 1999 kaum Strukturveränderungen. Vorrangige Einnahme-



quelle der Gemeinden/Gv. In den neuen Ländern sind die laufenden Zuweisungen vom Land mit 1 533 DM je Einwohner, bei den Gemeinden/Gv der alten Länder dagegen sind es die Steuern und steuerähnlichen Abgaben mit 1 548 DM je Einwohner. Die Investitionszuweisungen vom Land liegen je Einwohner im Osten mehr als dreimal so hoch wie im Westen. Die Gebühreneinnahmen je Einwohner sind dagegen in den neuen Ländern mit 312 DM deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (449 DM), weil ein großer Teil gebührenpflichtiger Einrichtungen in den neuen Ländern außerhalb der Gemeindehaushalte als Sondervermögen oder in rechtlich selbständiger Form geführt wurde.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller

Ergebnisse der Lohnstatistik für 1999

Vorbemerkung

Die Lohn- und Gehaltsentwicklung wird in der amtlichen deutschen Lohnstatistik durch eine laufende Auswertung der Tarifabschlüsse und durch vierteljährliche Verdiensterhebungen beobachtet. Die Auswertung der wichtigsten Tarifverträge dient vor allem der Berechnung von Tarifindizes (vierteljährliche Tariflohnstatistik). Die Verdiensterhebungen richten sich an rund 40 500 repräsentativ ausgewählte Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe, dem Handel sowie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe. Über die Ergebnisse der neuesten Tariflohnindexberechnungen und der vierteljährlichen Verdienststatistik wird im folgenden berichtet.

1 Ergebnisse der vierteljährlichen Tariflohnstatistik

Die Tariflohn- und Tarifgehaltsindizes werden für die Monate Januar, April, Juli und Oktober berechnet. Im April 2000 wurden diese Indizes auf das neue Basisjahr 1995=100

umgestellt. Damit erstreckt sich der Erfassungsbereich nunmehr auch auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Über die Neuberechnung der Indizes wird in einer der nächsten Ausgaben von „Wirtschaft und Statistik“ ausführlich berichtet werden. Da sich Tarif- und Verdienstindizes nach der Neuberechnung der Tarifindizes auf dasselbe Basisjahr beziehen, sind Indexvergleiche von Tariflohn- und Effektivlohnentwicklung, zum Beispiel Berechnungen der sogenannten Lohndrift, künftig wieder uneingeschränkt möglich.

Im allgemeinen liegen in den Wirtschaftszweigen sowohl Lohn- wie auch Gehaltstarife vor, insbesondere bei warenproduzierenden Tätigkeiten. Es gibt jedoch nach wie vor Tarifbereiche, in denen eine Arbeitnehmergruppe so stark überwiegt, daß in die Indexberechnungen nur der Gehaltstarifvertrag (z. B. im Kredit- und Versicherungsgewerbe) oder der Lohntarifvertrag (z. B. im Frisörhandwerk) eingehen. Lohn- und Gehaltsentwicklung werden deshalb getrennt dargestellt.

1.1 Tariflohnentwicklung

Nachdem die Erhöhungen der Tariflöhne in den vergangenen Jahren nicht oder kaum ausreichten, um die allgemeine Teuerung auszugleichen, ist 1999 mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Stundenlöhne von 2,6% (siehe Tabelle 1) erstmals wieder ein Abschluß erreicht worden,

Tabelle 1: Veränderung der Indizes¹⁾ der tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter/-innen und der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

Jahr ²⁾	Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	Produzierendes Gewerbe ³⁾						Handel ⁵⁾	Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁶⁾	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Gebietskörperschaften	Nachrichtlich Investitionsgüterproduzenten
		zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	dar Ernährungsgewerbe ⁴⁾	Energie- und Wasserversorgung	Baugewerbe ³⁾					
Arbeiter/-innen Stundenlöhne Deutschland												
1996 D gegenüber 1995 D	4,3	4,8	5,2	5,6	3,0	2,7	2,6	3,4	–	2,3	1,8	7,0
1997 D gegenüber 1996 D	1,6	1,6	0,6	1,6	2,1	1,8	1,8	1,6	–	1,8	1,4	1,3
1998 D gegenüber 1997 D	1,9	1,9	1,7	2,1	2,0	1,8	1,2	2,0	–	1,6	1,6	2,1
1999 D gegenüber 1998 D	2,6	2,6	1,3	2,6	2,5	2,3	2,4	2,8	–	2,1	2,5	3,0
Früheres Bundesgebiet												
1996 D gegenüber 1995 D	4,2	4,6	5,1	5,4	2,6	2,0	2,4	3,3	–	2,0	1,6	6,9
1997 D gegenüber 1996 D	1,3	1,3	0,3	1,4	1,8	1,5	1,4	1,6	–	1,6	1,3	1,0
1998 D gegenüber 1997 D	1,9	1,9	1,5	2,0	1,6	1,6	1,4	1,9	–	1,4	1,5	2,1
1999 D gegenüber 1998 D	2,5	2,6	1,2	2,8	2,4	2,2	2,5	2,8	–	1,9	2,3	2,9
Neue Länder und Berlin-Ost												
1996 D gegenüber 1995 D	6,1	6,7	5,7	9,3	8,9	6,5	4,0	4,7	–	4,1	3,4	4,0
1997 D gegenüber 1996 D	4,2	4,6	1,5	6,1	6,2	3,0	3,7	3,1	–	3,7	1,5	1,3
1998 D gegenüber 1997 D	2,3	1,9	2,6	2,7	5,6	3,3	0,6	2,9	–	4,6	2,9	1,4
1999 D gegenüber 1998 D	2,5	2,3	2,3	3,0	3,4	3,0	1,3	3,9	–	3,2	3,7	1,7
Angestellte Monatsgehälter Deutschland												
1996 D gegenüber 1995 D	3,4	4,2	5,5	4,5	3,2	2,7	3,0	3,2	2,4	2,0	2,2	5,4
1997 D gegenüber 1996 D	1,5	1,5	0,9	1,5	2,3	1,7	1,8	1,4	1,3	1,6	1,5	1,2
1998 D gegenüber 1997 D	2,0	2,0	1,4	2,1	1,8	1,6	1,3	2,3	1,9	2,1	2,0	2,2
1999 D gegenüber 1998 D	2,6	2,6	1,5	2,7	2,5	2,3	2,2	2,8	2,4	2,3	2,7	2,9
Früheres Bundesgebiet												
1996 D gegenüber 1995 D	3,1	3,9	5,2	4,2	2,8	2,1	2,4	2,9	2,0	1,5	1,6	5,2
1997 D gegenüber 1996 D	1,2	1,3	0,9	1,2	1,8	1,5	1,4	1,2	1,0	1,3	1,3	1,0
1998 D gegenüber 1997 D	1,9	2,0	0,9	2,1	1,6	1,5	1,5	2,0	1,9	1,5	1,5	2,2
1999 D gegenüber 1998 D	2,5	2,6	1,1	2,8	2,5	2,2	2,4	2,6	2,3	1,8	2,3	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost												
1996 D gegenüber 1995 D	5,3	7,7	6,2	9,6	8,4	5,4	5,7	6,0	5,9	3,3	3,4	10,0
1997 D gegenüber 1996 D	2,8	4,3	1,2	5,3	6,5	2,9	3,9	3,1	3,8	2,3	1,5	5,5
1998 D gegenüber 1997 D	2,9	2,0	2,3	2,3	2,9	2,1	0,8	3,8	2,6	4,3	3,0	2,4
1999 D gegenüber 1998 D	3,4	2,4	2,4	3,0	3,3	2,7	1,4	5,6	2,5	3,5	3,7	3,0

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) – ²⁾ Durchschnitt (D) berechnet aus 4 Monatswerten – ³⁾ Ohne Gruppe 45.5 Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal – ⁴⁾ Und Tabakverarbeitung – ⁵⁾ Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern – ⁶⁾ Nur Angestellte

der eine wesentliche Reallohnsteigerung bedeutete (+2,0%). Der gegenüber der durchschnittlichen Tarifabschlußrate von 3,0% geringere Wert ergab sich, weil die neuen Tarifabschlüsse in wichtigen Wirtschaftsbereichen erst ab dem 1. März (Metallindustrie), dem 1. April (Öffentlicher Dienst) und teilweise erst zur Jahresmitte (Einzelhandel) wirksam wurden. Außerdem wurden bei den Tarifabschlüssen sehr häufig sogenannte „Nullmonate“ vereinbart. Rund 10% der Arbeitnehmer mußten einen Monat, 80% sogar bis zu drei Monate auf die reguläre Tarifierhöhung warten (insbesondere im Öffentlichen Dienst und im Handel). Vorreiter in der Tarifrunde war die Metallindustrie.

Am höchsten fiel die Tarifsteigerung, gemessen an den Indexwerten, im Handel mit 2,8% und im Verarbeitenden Gewerbe mit 2,6% aus. Die Tarifierhöhungen im Handel waren vor allem bestimmt von den Tarifabschlüssen im Einzelhandel. Die Tarifparteien vereinbarten hier ab dem 1. Juli bzw. 1. August 1999 eine Erhöhung von 3,0% für alle Tarifgebiete in Ost und West. Für die Monate Mai bis Juni wurde eine Pauschale von 150 bis 165 DM gezahlt. Im Groß- und Außenhandel betrug die Tarifierhöhung 3,1%. Die höhere Indexveränderung der Stundenlöhne in den neuen Ländern von 3,9% erklärt sich durch schrittweise Arbeitszeitverkürzungen auf 38 Stunden im Einzelhandel in Anpassung an die tarifliche Normalarbeitszeit im früheren Bundesgebiet (37,5 Stunden). Die Indexveränderungsrate für das Verarbeitende Gewerbe von 2,6% wurde vom Tarifabschluß in der Metallindustrie geprägt, der nach Schlichtungsverhandlungen ab dem 1. März 1999 zu einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,2% führte.

Die niedrigste Tarifsteigerungsrate ergab sich für den Bergbau mit 1,3%. In den meisten Tarifgebieten dieses Wirtschaftszweiges wurden angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation entweder Tarifverträge verlängert oder keine neuen Tarifverträge abgeschlossen. Für einzelne Tarifgebiete wurden auch Einmalzahlungen vereinbart, die bei der Indexberechnung nicht berücksichtigt werden. Im Kali- und Steinsalzbergbau, auch mit Standorten in den neuen Ländern, wurde eine Tarifierhöhung von 2,0% vereinbart.

Eine bemerkenswert unterschiedliche Entwicklung zwischen Ost und West gab es im Baugewerbe. Während im früheren Bundesgebiet die Indexrate für die Stundenlöhne um 2,5% zunahm, stieg sie in den neuen Ländern nur um 1,3%. Nach schwierigen Tarifverhandlungen (auch über Mindestlöhne, zusätzliches Urlaubsgeld, 13 Monatslohn) wurde nur für den Westen ab 1. April 1999 eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 2,9% vereinbart, im Osten hingegen kam es angesichts der Überkapazitäten im Bauhauptgewerbe zu keinem Neuabschluß.

Eine Sonderregelung gilt für das Baugewerbe in Berlin-Ost mit einer Tarifierhöhung von 2,9% wie im früheren Bundesgebiet.

1.2 Tarifgehaltsentwicklung

Die Tarifgehaltsentwicklung war 1999 mit der Tariflohnentwicklung nahezu identisch. Dazu hat wesentlich beigetragen, daß es im Kredit- und Versicherungsgewerbe, dem

einzigsten Bereich, in dem nur Angestellte in die Indexberechnung einbezogen werden, keine Sonderentwicklung gegeben hat. Wie bei den Lohnтарifen wurden die höchsten Veränderungen der Indexwerte für den Handel und das Verarbeitende Gewerbe mit 2,7% ermittelt. Die dieser Entwicklung zugrunde liegenden Tarifabschlüsse wurden bereits kommentiert.

Wie die Arbeiter im Bergbau haben auch die hier beschäftigten Angestellten nur geringe Gehaltsaufbesserungen erfahren. Die Indexveränderungsrate von 1,5% war die geringste aller Tarifangestellten, wobei sich für die Angestellten bei den ostdeutschen Betrieben immerhin ein Indexanstieg von 2,4% ergab.

Die für die Arbeiter erwähnte Sonderentwicklung im Bauhauptgewerbe traf auch für die Angestellten dieses Bereichs zu, sie führte zu unterschiedlichen Veränderungs-raten in Ost und West von 1,4 bzw. 2,4%.

Bemerkenswert ist, daß die Veränderungs-raten in den neuen Ländern im Handel (+5,6%), im Verkehrsgewerbe und bei den Gebietskörperschaften erheblich über den Vergleichswerten für das frühere Bundesgebiet liegen. Sie erklären sich aus den 1998 und 1999 zusätzlich vorgenommenen Anpassungen der Tarifsätze an das Westniveau, zum Beispiel im Großhandel auf inzwischen rund 95%; im Einzelhandel wurde inzwischen in allen Tarifbezirken eine 100%ige Anpassung erreicht. Im Öffentlichen Dienst ist ab 1. September 1998 eine Anpassung auf 86,5% der Westtarife erfolgt.

Zusammenfassend kann zum Stand der tariflichen Lohn- und Gehaltsangleichung der Osttarife gesagt werden, daß nach Feststellungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung aus den Angaben des nach dem Tarifvertragsgesetz zu führenden Tarifarchivs die tarifliche Grundvergütung in den neuen Ländern und Berlin-Ost Ende 1999 rund 91% des Westtarifs erreichte. Das kennzeichnet aber nicht die gesamte Tarifsituation. Bei einem Vergleich der tarifvertraglichen Jahresarbeitsentgelte, in die auch die zusätzlichen Leistungen, wie Urlaubsgeld, 13 Monatslohn bzw. -gehalt und vermögenswirksame Leistungen, einbezogen sind, liegt der durchschnittliche Anpassungsprozentsatz teilweise noch erheblich darunter.

2 Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung

Die vierteljährliche Verdiensterhebung wird für die Berichtsmonate Januar, April, Juli und Oktober durchgeführt. Sie informiert über die laufend gezahlten durchschnittlichen Bruttostunden-, Bruttowochen- und Bruttomonatsverdienste sowie die bezahlten Wochenstunden der Arbeiter und über die Bruttomonatsverdienste der Angestellten. Die Jahresdurchschnitte werden aus den Angaben der vier Berichtsmonate ermittelt. Sie enthalten nicht die sogenannten Sonderzahlungen (z.B. 13 Monatslohn, Urlaubsgeld). Darüber hinaus werden Indizes nach der Formel von Laspeyres berechnet, um die Verdiensterhebung ohne den Einfluß von Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur darzustellen.

Tabelle 2: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Dienstleistungsbereich¹⁾

Wirtschaftsbereich Arbeitnehmergruppe	Deutschland				Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999 gegenüber 1992	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999 gegenüber 1992	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999 gegenüber 1992
	DM		"i		DM		"i		DM		"ii	
Produzierendes Gewerbe												
Arbeitnehmer	5 262	5 120	+ 2,8	+ 25,7	5 377	5 236	+ 2,7	+ 22,2	3 932	3 834	+ 2,6	+ 53,5
Männer	5 492	5 349	+ 2,7	+ 23,9	5 613	5 472	+ 2,6	+ 20,5	4 028	3 927	+ 2,6	+ 51,8
Frauen	4 272	4 135	+ 3,3	+ 31,9	4 343	4 203	+ 3,3	+ 28,1	3 599	3 505	+ 2,7	+ 59,5
Angestellte	6 658	6 480	+ 2,7	+ 26,5	6 772	6 596	+ 2,7	+ 21,6	5 040	4 911	+ 2,6	+ 72,7
Männer	7 235	7 053	+ 2,6	+ 23,5	7 322	7 142	+ 2,5	+ 19,8	5 635	5 488	+ 2,7	+ 72,5
Frauen	5 089	4 931	+ 3,2	+ 33,4	5 188	5 028	+ 3,2	+ 26,3	4 227	4 117	+ 2,7	+ 68,7
Arbeiter	4 499	4 389	+ 2,5	+ 22,4	4 597	4 488	+ 2,4	+ 19,5	3 478	3 397	+ 2,4	+ 45,1
Männer	4 678	4 567	+ 2,4	+ 21,2	4 783	4 674	+ 2,3	+ 18,0	3 584	3 501	+ 2,4	+ 44,6
Frauen	3 449	3 347	+ 3,0	+ 34,6	3 507	3 403	+ 3,1	+ 22,6	2 841	2 763	+ 2,8	+ 52,0
Dienstleistungsbereich												
Angestellte	4 951	4 799	+ 3,2	+ 20,9	5 044	4 892	+ 3,1	+ 20,6	3 825	3 699	+ 3,4	+ 53,1
Männer	5 588	5 425	+ 3,0	+ 15,1	5 670	5 506	+ 3,0	+ 15,9	4 172	4 038	+ 3,3	+ 48,4
Frauen	4 241	4 114	+ 3,1	+ 26,0	4 311	4 184	+ 3,0	+ 24,8	3 612	3 497	+ 3,3	+ 48,6

¹⁾ Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Der Erfassungsbereich der Erhebung ist für Arbeiter und Angestellte unterschiedlich. Die Ergebnisse für Arbeiter beziehen sich auf das Produzierende Gewerbe ohne das Handwerk im Verarbeitenden Gewerbe und ohne das Ausbaugewerbe, diejenigen der Angestellten zusätzlich auf den Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe.

2.1 Verdienstentwicklung insgesamt

Im Produzierenden Gewerbe stiegen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 2,8% von 5 120 auf 5 262 DM (siehe Tabelle 2). Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte betrug der Anstieg 2,2%. Damit ergab sich eine stärkere Nominal- und vor allem Reallohnerhöhung als im Vorjahr mit Zuwachsraten von 2,4 bzw. 1,4%.

Im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern erhöhten sich die Monatsverdienste um 2,7 bzw. 2,6% auf 5 377 bzw. 3 932 DM. Die etwas größere gesamtdeutsche Steigerungsrate ist auf eine leichte Zunahme des westdeutschen Anteils an der Gesamtzahl der erfaßten Arbeitnehmer in der Stichprobe zurückzuführen (d. h. der Beschäftigtenrückgang im Produzierenden Gewerbe fiel im

Westen etwas geringer aus als im Osten). Nach diesen Ergebnissen ist der seit der deutschen Vereinigung zu beobachtende Angleichungsprozeß zwischen den Verdienstniveaus der neuen und alten Länder zum Stillstand gekommen, in dessen Verlauf der ostdeutsche Durchschnittsverdienst von 47,1% (1991) auf 73,2% (1998) des westdeutschen Wertes gestiegen ist. 1999 ergab sich ein Wert von 73,1%.

Die mit konstanter Beschäftigtenstruktur berechneten Verdienstindizes zeigen Verdienststeigerungen für Deutschland von 2,4% und für West und Ost von jeweils 2,3% an; sie liegen damit unter der Zunahme der oben dargestellten Durchschnittsverdienste, und zwar für West um 0,4 und für Ost um 0,3 Prozentpunkte. Hieraus ergibt sich, daß die größere Zunahme der Durchschnittsverdienste 1999 in West und Ost gleichermaßen durch eine Zunahme bei überdurchschnittlich bezahlten Arbeitnehmergruppen beeinflusst ist oder, umgekehrt formuliert, der Anteil geringer qualifizierter Arbeitnehmer in beiden Teilen Deutschlands durch Rationalisierungsprozesse u. a. abnimmt.

Frauen erzielten 1999 mit 4 272 DM rund 77,8% des Männerverdienstes (5 492 DM). Der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied weist zwischen den alten und neuen

Tabelle 3: Arbeitnehmerstruktur im Produzierenden Gewerbe

Arbeitnehmergruppe	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1999	1998	1992	1999	1998	1992	1999	1998	1992
Arbeiterinnen	9,4	9,5	-	9,4	9,5	11,8	10,2	10,0	9,3
Arbeiter	55,2	55,5	-	54,8	55,0	56,1	60,6	61,1	58,6
Zusammen	64,7	65,0	-	64,1	64,5	67,9	70,8	71,0	67,9
Weibliche Angestellte	9,5	9,4	-	9,3	9,2	8,6	12,3	12,2	14,7
Männliche Angestellte	25,8	25,5	-	26,6	26,3	23,5	16,9	16,8	17,4
Zusammen	35,3	35,0	-	35,9	35,5	32,1	29,2	29,0	32,1
Frauen	18,9	18,9	-	18,6	18,7	20,4	22,5	22,2	24,1
Männer	81,1	81,1	-	81,4	81,3	79,6	77,5	77,8	75,9
Insgesamt	100	100	-	100	100	100	100	100	100
Arbeiterinnen	49,8	50,2	-	50,3	50,7	57,8	45,3	45,0	38,7
Weibliche Angestellte	50,2	49,8	-	49,7	49,3	42,2	54,7	55,0	61,3
Frauen zusammen	100	100	-	100	100	100	100	100	100
Arbeiter	68,1	68,5	-	67,3	67,6	70,5	78,3	78,4	77,1
Männliche Angestellte	31,9	31,5	-	32,7	32,4	29,5	21,7	21,6	22,9
Männer zusammen	100	100	-	100	100	100	100	100	100

Ländern nach wie vor einen erheblichen Unterschied auf (77,4% gegenüber 89,3% des Mannerverdienstes). 1999 konnten die Frauen im früheren Bundesgebiet mit 3,3% eine höhere Verdienstzunahme verbuchen als ihre männlichen Kollegen (2,6%) und damit den Abstand gegenüber dem Vorjahr (76,8%) etwas reduzieren. Die bestehenden geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede sind jedoch vor dem Hintergrund des geringen Frauenanteils an den Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe zu sehen (siehe Tabelle 3), der bei 18,6% im früheren Bundesgebiet und 22,5% in den neuen Ländern lag

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe lag die Verdienststeigerung in Deutschland mit 3,2% um fast einen halben Prozentpunkt über derjenigen im Produzierenden Gewerbe. Dieses höhere Ergebnis wurde vor allem durch Strukturveränderungen (Verlust geringqualifizierter Arbeitsplätze) bewirkt. Die ostdeutschen Angestellten konnten mit 3,4% einen etwas höheren Verdienstzuwachs erzielen als die westdeutschen mit 3,1% (siehe Tabelle 2)

Der Verdienstabstand Ost zu West, der im Dienstleistungsbereich ohnehin etwas kleiner ist als im Produzierenden Gewerbe, weil hier das durchschnittliche Tarifniveau in zahlreichen Tarifverträgen auf 100% angepaßt ist, hat sich deshalb noch etwas verringert, die Ost-West-Verdienstrelation liegt jetzt bei 75,8%. Die Strukturveränderungen im Angestelltenbereich bestätigen sich auch bei einem Vergleich der Veränderungen der Durchschnittsverdienste mit den Indexergebnissen (siehe Tabelle 4). Die Indexzuwachsrate lag durchweg niedriger als die Verdienständerungen, das heißt der Anteil überdurchschnittlich bezahlter Angestelltengruppen hat zugenommen.

Die Verdienste der weiblichen Angestellten haben sich im Unterschied zu den Vorjahren mit rund 3,0% 1999 nicht günstiger entwickelt als die Mannerverdienste (siehe Tabelle 2). Das trifft auch für die Indexergebnisse zu; im Vergleich zum Basiszeitraum liegen die Indexwerte jedoch für die Frauen insgesamt mit 109,9 um mehr als 2 Prozentpunkte über denjenigen der Männer. Der Prozeß der Verdienstangleichung zwischen Männern und Frauen war im früheren Bundesgebiet stärker als in den neuen Bundesländern

2.2 Verdienste nach Arbeitnehmergruppen

Nachdem im vorigen Abschnitt Verdienstentwicklung und Verdienstniveau für die Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich insgesamt dargestellt wurden, werden die Ergebnisse für das Produzierende Gewerbe im folgenden nach Arbeitern und Angestellten differenziert (im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe werden Arbeiter nicht erfaßt).

Knapp zwei Drittel der Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes sind Arbeiter/-innen, ihr Bruttomonatsverdienst ist 1999 um 2,5% auf 4 499 DM gestiegen, bei einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Wochenarbeitszeit von 37,9 Stunden. Im Westen erhöhten sich die Verdienste um 2,4% auf 4 597 DM bei einer Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden. Mit ebenfalls 2,4% Verdienstzunahme erhielten die Arbeiter im Osten monatlich 3 478 DM bei einer um zwei Stunden längeren Arbeitszeit, das waren 39,7 Stunden. Die Ost-West-Verdienstrelation machte beim Bruttomonatsverdienst 75,7% aus, beim Bruttostundenverdienst dagegen 71,8%. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich bei beiden Werten keine Veränderungen. Die entsprechenden Indexwerte lagen mit 2,3% nur geringfügig unter dem Zuwachs der Durchschnittsverdienste, das heißt im vergangenen Jahr haben im allgemeinen keine strukturellen Veränderungen stattgefunden.

Die Bruttomonatsverdienste der Arbeiterinnen erhöhten sich mit +3,0% auf 3 449 DM stärker als diejenigen der Männer (2,4%, 4 678 DM). Der geschlechtsspezifische Verdienstabstand reduzierte sich also etwas. Die Arbeiterinnen erzielten 1999 immerhin 73,7% des Mannerverdienstes (gegenüber 73,3% im Jahr 1998). Da ihre Wochenarbeitszeit (37,0 Stunden) unter dem Wert der Männer lag (38,0 Stunden), ist der Verdienstunterschied bei den Stundenverdiensten geringer (76,0% des Bruttostundenverdienstes der Männer).

Im Osten unterscheiden sich die Verdienste von Arbeitern und Arbeiterinnen deutlich weniger als im Westen; die Arbeiterinnen verdienten 1999 in den neuen Ländern 79,3% des Monatslohns der Arbeiter, in den alten Ländern dagegen nur 73,3%. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Frauen im Osten nahezu die gleiche Wochenarbeitszeit

Tabelle 4: Indizes der Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Dienstleistungsbereich¹⁾

Wirtschaftsbereich Arbeitnehmergruppe	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998
	Oktober 1995 = 100		%	Oktober 1995 = 100		%	Oktober 1995 = 100		%
Produzierendes Gewerbe									
Arbeitnehmer ²⁾	106,8	104,3	+ 2,4	106,5	104,1	+ 2,3	109,7	107,2	+ 2,3
Männer	106,3	103,9	+ 2,3	106,1	103,7	+ 2,3	108,9	106,3	+ 2,4
Frauen	109,4	106,4	+ 2,8	109,0	106,0	+ 2,8	113,4	110,7	+ 2,4
Angestellte ²⁾	108,0	105,5	+ 2,4	107,7	105,2	+ 2,4	113,1	110,5	+ 2,4
Männer	107,6	105,2	+ 2,3	107,3	104,9	+ 2,3	113,4	110,6	+ 2,5
Frauen	109,7	106,8	+ 2,7	109,3	106,4	+ 2,7	112,7	110,4	+ 2,1
Arbeiter ³⁾	105,9	103,5	+ 2,3	105,7	103,3	+ 2,3	107,9	105,4	+ 2,4
Männer	105,4	103,1	+ 2,2	105,3	103,0	+ 2,2	107,2	104,8	+ 2,3
Frauen	109,0	105,9	+ 2,9	108,6	105,5	+ 2,9	114,6	111,3	+ 3,0
Dienstleistungsbereich									
Angestellte ²⁾	108,7	105,8	+ 2,7	108,3	105,4	+ 2,8	114,1	110,6	+ 3,1
Männer	107,7	104,8	+ 2,8	107,4	104,5	+ 2,8	113,7	110,3	+ 3,1
Frauen	109,9	107,0	+ 2,7	109,5	106,6	+ 2,7	114,3	110,8	+ 3,2

¹⁾ Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe – ²⁾ Index der Bruttomonatsverdienste – ³⁾ Index der Bruttowochenverdienste

aufwiesen wie die Männer, im Westen dagegen eine um 1,2 Stunden geringere

Die Angestellten (Männer und Frauen zusammen) verdienten im Produzierenden Gewerbe durchschnittlich 6658 DM, das waren 2,7 % mehr als im Vorjahr, im Westen 6772 DM (+ 2,7 %) und im Osten 5040 DM (+ 2,6 %) Gegenüber dem Vorjahr blieb damit die Ost-West-Relation bei den Angestelltengehältern fast auf demselben Niveau (74,4 gegenüber 74,5%). Die männlichen Angestellten erhielten zwar 1999 durchweg höhere Verdienste als ihre Kolleginnen, allerdings bei geringeren Steigerungsraten im Westen (mit 2,5 gegenüber 3,2%) Im Osten war die Verdienstzunahme 1999 für Männer und Frauen – wie auch im Vorjahr – gleich hoch (+ 2,7%) Dennoch verblieb auch 1999 bei den Westdeutschen immer noch ein wesentlich stärkerer geschlechtsspezifischer Verdienstabstand Westdeutsche Frauen erreichten 1999 nur 70,9%, ostdeutsche dagegen 75 % des Durchschnittsgehalts ihrer männlichen Kollegen

Die Verdienstindizes stiegen bei den Angestellten durchweg weniger als die Durchschnittsverdienste (siehe Tabelle 4) Die Zuwachsrate der Durchschnittsverdienste ist also dadurch beeinflusst, daß der Anteil der Besserverdienenden zugenommen hat Dies gilt im besonderen für die westdeutschen weiblichen Angestellten (2,7 gegenüber 3,2%)

Der Vergleich der Entwicklung der Monatsverdienste von Arbeitern und Angestellten im Produzierenden Gewerbe läßt sich für 1999 wie folgt zusammenfassen:

- Die Zunahme von Effektivlohn und -gehalt gegenüber dem Vorjahr lag jahresdurchschnittlich mit 2,5% für Arbeiter und 2,7% für Angestellte sehr nahe beieinander Das gilt im besonderen für die Verdienste der stärksten Beschäftigtengruppen, das sind die männlichen Arbeiter und die männlichen Angestellten
- Sowohl bei den Arbeiterinnen im Osten (3,1 gegenüber 2,8%) als auch bei den weiblichen Angestellten (3,2 gegenüber 2,7%) lag der Verdienstzuwachs im früheren Bundesgebiet etwas höher als in den neuen Ländern
- Die Ost-West-Verdienstrelation lag – nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr – bei den Arbeitern bei 75,7% und bei den Angestellten bei 74,4%. Die Verdienstangleichung ist am weitesten fortgeschritten bei den weiblichen Angestellten und den Arbeiterinnen mit 81,5 bzw 81,0% Bei männlichen Arbeitern und männlichen Angestellten erreichen die Durchschnittsverdienste in den neuen Ländern zehn Jahre nach der Vereinigung 74,9 und 77,0% des Westniveaus

2.3 Verdienste im Produzierenden Gewerbe nach der ausgeübten Tätigkeit

Den Einfluß der ausgeübten Tätigkeit auf das Verdienstniveau beobachtet die Verdienststatistik durch die Gliederung nach Leistungsgruppen und – bei den Angestellten – zusätzlich durch den Nachweis der Beschäftigungsart (kaufmännische oder technische Ausrichtung der Tätigkeit). Die Leistungsgruppengliederung der Arbeiter be-

rücksichtigt ausschließlich die erforderlichen Kenntnisse zur Durchführung der ausgeübten Tätigkeit, die Einteilung der Angestellten darüber hinaus noch die mit der Tätigkeit verknüpfte Selbständigkeit, Verantwortung und Dispositionsbefugnis

2.3.1 Leistungsgruppenstruktur der Arbeiter

Die Arbeitertätigkeiten werden in drei Leistungsgruppen aufgeteilt. Leistungsgruppe 1 umfaßt Facharbeitertätigkeiten, Leistungsgruppe 2 angelernte Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von wenigstens 3 Monaten) und Leistungsgruppe 3 ungelernete Tätigkeiten (mit einer Anlernzeit von weniger als drei Monaten).

Tabelle 5 Verteilung der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe auf Leistungsgruppen

Jahr	Männer in der Leistungsgruppe ¹⁾			Frauen in der Leistungsgruppe ²⁾		
	1	2	3	1	2	3
Deutschland						
1997	59,5	30,5	10,0	10,8	43,7	45,4
1998	60,5	29,3	10,2	11,5	43,0	45,5
1999	60,5	29,4	10,1	11,9	42,8	45,4
Früheres Bundesgebiet						
1966	53,7	33,5	12,8	5,7	46,9	47,4
1976	55,5	33,2	11,3	5,5	46,1	48,4
1986	59,0	31,5	9,5	6,3	43,6	50,1
1992	58,9	30,6	10,5	8,1	42,2	49,7
1995	60,2	29,8	10,0	9,4	41,9	48,6
1996	60,4	29,7	9,9	9,6	42,5	47,9
1997	59,8	30,1	10,1	9,6	42,9	47,5
1998	61,0	28,8	10,3	10,4	42,3	47,3
1999	61,0	28,9	10,1	10,8	42,1	47,2
Neue Länder und Berlin-Ost						
1992	59,7	33,8	6,5	26,9	51,8	21,3
1995	58,2	33,3	8,4	24,7	53,0	22,4
1996	57,0	34,2	8,8	23,7	53,3	23,1
1997	56,2	34,5	9,4	23,3	52,6	24,0
1998	55,5	35,0	9,6	23,0	50,0	27,0
1999	55,6	34,8	9,6	23,7	49,9	26,4

¹⁾ Bezogen auf alle Arbeiter – ²⁾ Bezogen auf alle Arbeiterinnen

Die Angaben zur Leistungsgruppenstruktur in Tabelle 5 zeigen einerseits deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie Ost und West, andererseits relativ langsame Veränderungen im Zeitverlauf. Sechs Zehntel der Männer, aber nur ein gutes Zehntel der Frauen, verrichteten Facharbeitertätigkeiten, während nur ein Zehntel der Männer, aber knapp die Hälfte der Frauen mit ungelerten Tätigkeiten beschäftigt waren Die Angaben gelten mit geringen Modifikationen auch für das frühere Bundesgebiet, während die Leistungsgruppenstruktur in den neuen Ländern und Berlin-Ost, insbesondere bei den Arbeiterinnen, deutlich vom Gesamtdurchschnitt abweicht: Hier wurde knapp ein Viertel der Frauen als Facharbeiterinnen und nur etwas über ein Viertel für ungelernete Tätigkeiten eingesetzt Die ostdeutschen Arbeiter wiesen hingegen mit einem Anteil der Facharbeiter von 55,6% und der angelernten Arbeiter von 34,8% eine etwas ungünstigere Leistungsgruppenstruktur auf als ihre westdeutschen Kollegen.

In den Jahren 1992 bis 1999 erhöhte sich der Anteil der qualifizierten Tätigkeiten in den alten Ländern und der Anteil der weniger qualifizierten Beschäftigung in den neuen Ländern leicht Damit vollzog sich bei den Männern eine Differenzierung der Leistungsgruppenstruktur zwischen

Ost und West, bei den Frauen dagegen eine leichte Annäherung

2.3.2 Arbeiterverdienste nach Leistungsgruppen

Die Leistungsgruppengliederung findet in den Verdiensten einen deutlichen Niederschlag. Ungelernte Tätigkeiten wurden mit einem Bruttomonatsverdienst von 3656 DM deutlich niedriger bezahlt als angelernte (mit 4131 DM) und Facharbeiter Tätigkeiten (4953 DM), damit erreichten ungelernete Arbeiter 1999 etwa drei Viertel (73,8%) des Facharbeiterlohnes. Allerdings ist diese Verdienstabstufung auch durch die oben dargestellte Verteilung der Männer und Frauen auf die Leistungsgruppen beeinflusst, nach der Frauen überwiegend in den beiden unteren und Männer vor allem in der obersten Leistungsgruppe vertreten sind. Somit sind bei Männern und Frauen geringere Verdienstunterschiede zwischen den Leistungsgruppen zu beobachten, ungelernete Kräfte erzielten bei den Männern 78,6% und bei den Frauen sogar 82,4% des Facharbeiterlohnes.

In den neuen Ländern war die Verdienstabstufung nach Leistungsgruppen weniger stark ausgeprägt: Ungelernte Kräfte verdienten hier 75,8%, angelernte 84,9% des Facharbeiterlohnes. Die Detailanalyse zeigt, daß dies vor allem auf die geringere Verdienstabstufung bei den ostdeutschen Arbeiterinnen (und deren bessere Leistungsgruppenstruktur) zurückzuführen ist. Ungelernte verdienten hier 82,1% und Angelernte 87,4% des Facharbeiterlohnes, im früheren Bundesgebiet dagegen 79,9 bzw. 83,2%. Bei den Männern wies die Verdienstabstufung in den neuen und alten Bundesländern keine signifikanten Unterschiede auf.

Bei den Bruttostundenverdiensten ist eine etwas stärkere Differenzierung nach Leistungsgruppen zu beobachten. Bei den Bruttomonatsverdiensten wird diese Verdienstabstufung teilweise durch eine längere Arbeitszeit der unteren Leistungsgruppen ausgeglichen. So arbeiteten die ungelerneten Arbeiter und Arbeiterinnen jeweils eine Stunde in der Woche länger als die männlichen und weiblichen Fachkräfte.¹⁾

¹⁾ Siehe die Tabelle im Anhangteil auf S. 250*

Arbeiterinnen verdienten zwar auch in den einzelnen Leistungsgruppen deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen, doch sind in dieser Gliederung geringere Unterschiede festzustellen als beim Gesamtdurchschnitt. Während der Verdienst aller Arbeiterinnen 73,7% des Männerverdienstes ausmachte, belief sich der Frauenverdienst in den einzelnen Leistungsgruppen auf 80,8% (Leistungsgruppe 1) bis 84,8% (Leistungsgruppe 3) des Männerlohnes. Hieraus geht hervor, daß der geschlechtsspezifische Verdienstabstand auch durch die unterschiedlichen Leistungsgruppenstrukturen bestimmt wird. Bei gleicher Leistungsgruppenstruktur hatte sich der Frauenverdienst auf 80% des Männerverdienstes belaufen.

Gegenüber dem Vorjahr erzielten die Facharbeiter in allen Untergliederungen überdurchschnittliche Zuwächse. Die höchste Wachstumsrate (+4,0%) konnten die westdeutschen Facharbeiterinnen verzeichnen. Angehörige der unteren Leistungsgruppen übertrafen nur in einem Fall, der Leistungsgruppe 3 der ostdeutschen Arbeiterinnen, mit 3,6% die Zuwachsrate der Fachkräfte (+3,5%).

Diese Entwicklung entspricht dem mittelfristigen Trend seit 1992. Im gesamten Zeitraum ist eine ausgeprägte Zunahme der Verdienste von Fachkräften, aber auch von ungelerneten ostdeutschen Arbeiterinnen zu beobachten.

2.3.3 Angestellte nach der ausgeübten Tätigkeit

Für Angestellte werden folgende Leistungsgruppen ausgewiesen.

- I: Leitende Angestellte (in der laufenden Verdiensterhebung nicht berücksichtigt),
- II: Angestellte mit eingeschränkten Dispositionsbefugnissen,
- III: Angestellte mit selbständig durchgeführten Tätigkeiten, die neben einer Berufsausbildung noch Spezialkenntnisse in einem Fachgebiet verlangen,
- IV: Angestellte mit Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung erfordern, oder
- V: Angestellte mit Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern

Tabelle 6 Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe 1999

Leistungsgruppe	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst									
1	4983	4028	4953	5084	4204	5059	3838	3192	3796
2	4306	3427	4131	4419	3498	4235	3326	2790	3221
3	3915	3321	3656	3995	3358	3712	2998	2620	2876
Insgesamt	4678	3449	4499	4783	3507	4597	3584	2841	3478
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1	+ 2,5	+ 3,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,5	+ 2,7
2	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9
3	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,6	+ 2,2
Insgesamt	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4
Veränderung gegenüber 1992 in %									
1	+22,8	+37,8	+23,2	+18,7	+30,4	+18,9	+49,8	+54,5	+50,0
2	+18,0	+24,1	+19,6	+15,4	+21,4	+17,1	+41,5	+52,5	+43,7
3	+17,5	+21,2	+20,2	+16,9	+20,7	+19,7	+34,4	+54,4	+40,4
Insgesamt	+21,2	+24,6	+22,4	+18,0	+22,6	+19,5	+44,6	+52,0	+45,1

Tabelle 7 Verteilung der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsgruppen und Beschäftigungsarten

Prozent

Geschlecht Leistungsgruppe Beschäftigungsart	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1999	1998	1992	1999	1998	1992	1999	1998	1992
Männer ¹⁾	73,1	73,1	–	74,2	74,2	73,0	57,6	57,9	54,7
II ²⁾	47,3	46,9	–	47,3	47,1	46,1	43,5	43,2	40,7
III ³⁾	44,5	45,0	–	44,5	44,7	45,7	48,6	49,2	51,2
IV ⁴⁾	7,8	7,7	–	7,8	7,7	7,8	7,4	7,2	7,2
V ⁵⁾	0,5	0,5	–	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,9
Frauen ¹⁾	26,9	26,9	–	25,8	25,8	27,0	42,4	42,1	45,3
II ²⁾	15,0	14,5	–	14,8	14,3	11,2	16,7	16,3	12,8
III ³⁾	50,1	50,0	–	50,1	50,1	47,0	49,7	49,3	44,2
IV ⁴⁾	31,6	32,2	–	31,7	32,3	37,9	30,7	31,5	35,5
V ⁵⁾	3,3	3,2	–	3,4	3,2	3,9	2,9	2,9	7,5
Kaufmännische Tätigkeit ¹⁾	45,3	45,5	–	45,2	45,5	45,7	46,2	46,0	48,2
Männer ²⁾	51,8	51,6	–	53,2	53,1	51,6	31,7	31,4	29,4
Frauen ³⁾	48,2	48,4	–	46,8	46,9	48,4	68,3	68,6	70,6
Technische Tätigkeit ¹⁾	54,7	54,5	–	54,8	54,5	54,3	53,8	54,0	51,8
Männer ²⁾	90,8	90,9	–	91,5	91,6	91,2	80,1	80,5	78,2
Frauen ³⁾	9,2	9,1	–	8,5	8,4	8,8	19,9	19,5	21,8

¹⁾ Bezogen auf alle Angestellte – ²⁾ Bezogen auf alle männlichen Angestellten – ³⁾ Bezogen auf alle weiblichen Angestellten – ⁴⁾ Bezogen auf kaufmännische Tätigkeit – ⁵⁾ Bezogen auf technische Tätigkeit

Die Leistungsgruppen sind unterschiedlich besetzt: Bei den männlichen Angestellten entfielen auf die Leistungsgruppe II mit 47,3% fast die Hälfte der Personen, auf Leistungsgruppe III weitere 44,5%, auf die Leistungsgruppe IV dagegen nur 7,8% und auf Leistungsgruppe V nicht einmal ein Prozent. Hiervon unterscheidet sich die Struktur der weiblichen Angestellten erheblich, weist aber gleichfalls eine starke Konzentration auf zwei Leistungsgruppen auf: Hier bildet Leistungsgruppe III mit 50,1% die am stärksten besetzte Klasse, gefolgt von Leistungsgruppe IV mit einem Anteil von 31,6%, während auf die Leistungsgruppen II und V nur 15,0 bzw. 3,3% entfielen. Die größten Abweichungen ergaben sich somit bei den Klassen II und IV. Der Anteil der Männer belief sich in Leistungsgruppe II auf mehr als das Dreifache des Anteils der Frauen und in Leistungsgruppe IV auf weniger als ein Viertel.

In den neuen Ländern sind etwas geringere Unterschiede in der Besetzung der Leistungsgruppen durch Männer und Frauen zu beobachten: Vor allem ist die Leistungsgruppe II mit 43,5% bei den Männern geringer und bei den Frauen mit 16,7% stärker besetzt.

Seit 1992 hat sich die Leistungsgruppenstruktur der Angestellten allgemein in Richtung auf qualifiziertere Tätigkeiten verschoben, jedoch mit deutlichen Unterschieden zwischen Männern und Frauen sowie ost- und westdeutschen Angestellten. Bei den Männern ist vor allem eine Verschiebung zwischen den Leistungsgruppen II und III zu beobachten. Im Westen erhöhte sich der Anteil von Leistungsgruppe II um etwas über einen Prozentpunkt auf Kosten der Leistungsgruppe III, im Osten verschoben sich die Anteile der entsprechenden Leistungsgruppen um über sechs Prozentpunkte. Bei den Frauen stiegen die Anteile der Leistungsgruppen II und III auf Kosten der beiden unteren Leistungsgruppen im Westen um sieben und im Osten um neun Prozentpunkte. Damit zeigt die Entwicklung eine Annäherung in der Leistungsgruppenstruktur von Männern und Frauen, dokumentiert aber zugleich, daß bis zu einer vollständigen Anpassung vermutlich noch ein langer Zeitraum benötigt wird.

Die Erhebung differenziert auch zwischen kaufmännischen und technischen Tätigkeiten der Angestellten: Obwohl

diese Zuordnung den Unternehmen zunehmend schwer fällt, zeigt sich eine bemerkenswerte Konstanz. Im Jahr 1999 entfielen auf die Angestellten mit technischen Tätigkeiten 54,7% und entsprechend 45,3% auf Angestellte mit kaufmännischen Tätigkeiten (Vorjahr: 54,5 gegenüber 45,5%). Zwischen Ost und West ergab sich nur ein geringer Unterschied: Auf kaufmännische Angestellte entfiel in den neuen Ländern ein Prozentpunkt mehr als im Westen.

Frauen wurden nur selten mit technischen Tätigkeiten beschäftigt; sie stellten knapp ein Zehntel der technischen, aber nahezu die Hälfte der kaufmännischen Angestellten. Hiervon unterschied sich die Situation in den neuen Ländern deutlich: Ein Fünftel der technischen und über zwei Drittel der kaufmännischen Angestellten waren hier Frauen.

Seit 1992 hat sich die Relation technische zu kaufmännische Angestellte im Westen kaum geändert, während sie sich im Osten durch den Rückgang bei den kaufmännischen Angestellten um 2% weitgehend der westdeutschen annäherte.

2.3.4 Angestelltenverdienste nach der ausgeübten Tätigkeit

Bei den Angestellten umfaßt die Leistungsgruppengliederung Tätigkeiten mit sehr viel größeren Unterschieden in der erforderlichen Ausbildung, der Verantwortlichkeiten und den Entscheidungsbefugnissen als bei den Arbeitern. Dementsprechend ist bei ihnen auch eine stärkere Verdienstdifferenzierung zwischen den Leistungsgruppen zu beobachten: So erhielten die Angehörigen der Leistungsgruppe V mit einem Bruttomonatsverdienst von 3544 DM nur 42,3% des Gehalts der Leistungsgruppe II (8379 DM).

Auch die Verdienstabstufung zwischen den Leistungsgruppen ist bei den Angestellten stärker ausgeprägt. Bei den Arbeitern betrug der Verdienstabstand zur nächsthöheren Leistungsgruppe zwischen 12,9 und 19,8%, bei den Angestellten dagegen zwischen 23,1 und 39,4%; er nahm in den oberen Leistungsgruppen zu und erreichte den höchsten Wert zwischen Leistungsgruppe II und III.

Wie bei den Arbeitern ist bei den Angestellten die Verdienstabstufung durch die Unterschiede in der Verteilung

der Männer und der Frauen auf die Leistungsgruppen beeinflusst: Der Abstand zwischen den Verdiensten der untersten und der obersten Leistungsgruppe ist bei den männlichen Angestellten mit Werten von 3946 DM und 8524 DM und besonders den weiblichen Angestellten mit 3374 DM bzw. 7134 DM geringer als oben für alle Angestellten dargestellt.

Auch in den Angaben nach Leistungsgruppen zeigte sich ein geschlechtsspezifischer Verdienstunterschied, der jedoch mit Werten zwischen 14,5 und 17,0% deutlich unter dem Verdienstabstand ohne Leistungsgruppengliederung (29,7%) liegt. Wenn die Frauen in gleicher Weise auf die Leistungsgruppen verteilt wären wie die Männer, hätten sie einen Durchschnittsverdienst von 6036 DM erzielt, der nur 16,6% unter dem Durchschnittsverdienst der Männer läge.

In den neuen Ländern ist die Verdienstabstufung nach Leistungsgruppen mit Werten zwischen 3064 DM und 6351 DM weniger ausgeprägt, die Angehörigen der untersten Leistungsgruppe erhielten einen Bruttomonatsverdienst in Höhe von knapp der Hälfte (48,2%) des Monatsgehalts der Angehörigen von Leistungsgruppe II. Auch die Verdienstabstufung zwischen den Leistungsgruppen wies geringere Unterschiede auf.

Bemerkenswert ist, daß sich bei den ost- und westdeutschen Angestellten ein unterschiedliches Bild für den Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen nach Leistungsgruppen ergab: So zeigte sich im Westen der geringste Verdienstabstand bei der untersten Leistungsgruppe (16,0%), im Osten bei der obersten (14,7%). Auch in den neuen Ländern wird der geschlechtsspezifische Verdienstabstand (25,0%) durch die unterschiedliche Verteilung der Männer und Frauen auf die Leistungsgruppen beeinflusst. Mit der Leistungsgruppenstruktur der Männer hätten die weiblichen Angestellten einen Bruttomonatsverdienst von 4910 DM erzielt, der um 12,9% unter dem Männergehalt liegt.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Verdienste in den einzelnen Leistungsgruppen in Deutschland etwa in

gleichem Maße wie der Durchschnitt (+2,7%), wenig differenziert verlief auch die Entwicklung bei männlichen Angestellten (bei denen nur die hohe Zuwachsrate von 3,7% in der schwach besetzten Leistungsgruppe V auffällt), während bei den Frauen stärkere Abweichungen zu beobachten sind. Die relativ hohe Zuwachsrate für Frauen insgesamt (+3,2%) wird nur von Leistungsgruppe II erreicht, in den anderen Leistungsgruppen wurden Zuwachsraten zwischen 2,3 und 2,9% ermittelt. Die etwas höhere Verdienstzunahme der Angestellten gegenüber den Arbeitern (+2,5%) beruhte teilweise auf den Veränderungen der Leistungsgruppenstruktur.

In den neuen Ländern ist eine differenziertere Verdienstentwicklung in den einzelnen Leistungsgruppen zu beobachten, wobei in der Regel die oberen Leistungsgruppen höhere Zuwachsraten aufweisen, eine Ausnahme bildet nur die sehr schwach besetzte Leistungsgruppe V bei den Männern mit einer außerordentlich hohen Zunahme von +14,4%.

In der Gliederung nach der Beschäftigungsart zeigt Tabelle 8 einen Verdienstvorsprung der technischen gegenüber den kaufmännischen Angestellten von im Durchschnitt 16,8%. Diese Relation beruht allerdings überwiegend auf dem geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied, da Frauen – wie erwähnt – kaum technische Tätigkeiten ausüben. Deswegen ergab sich in der Gliederung nach Männern und Frauen ein viel geringerer Verdienstvorsprung der „Techniker“, nämlich 3,0% bei den männlichen und 5,6% bei den weiblichen.

In den neuen Ländern zeigte sich für den Gesamtdurchschnitt sogar ein etwas größerer Verdienstvorsprung der technischen Angestellten (17,6%). Dieser ist allerdings ausschließlich auf den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied sowie die Vergütung der weiblichen Angestellten zurückzuführen, bei denen die Ausführung technischer Tätigkeiten mit einem „Zuschlag“ von 9,7% vergütet wurde; bei den Männern ergab sich hingegen kein

Tabelle 8 Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen 1998

Geschlecht Leistungs- gruppe Beschäftigungsart	Deutschland				Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999 gegenüber 1992	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999 gegenüber 1992	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999 gegenüber 1992
	DM		%		DM		%		DM		%	
Insgesamt	6658	6480	+ 2,7	+ 26,5	6772	6596	+ 2,7	+ 21,6	5040	4911	+ 2,6	+ 72,7
II	8379	8173	+ 2,5	+ 23,0	8497	8295	+ 2,4	+ 19,6	6351	6138	+ 3,5	+ 77,2
III	6012	5862	+ 2,6	+ 24,2	6104	5953	+ 2,5	+ 19,5	4780	4699	+ 1,7	+ 62,8
IV	4363	4247	+ 2,7	+ 27,3	4437	4317	+ 2,8	+ 22,0	3522	3475	+ 1,4	+ 59,7
V	3544	3446	+ 2,8	+ 30,7	3585	3493	+ 2,6	+ 22,7	3064	2927	+ 4,7	+ 45,0
Männer	7235	7053	+ 2,6	+ 23,5	7322	7142	+ 2,5	+ 19,8	5635	5488	+ 2,7	+ 72,5
II	8524	8315	+ 2,5	+ 22,6	8624	8419	+ 2,4	+ 19,6	6535	6318	+ 3,4	+ 78,4
III	6325	6172	+ 2,5	+ 22,9	6399	6246	+ 2,4	+ 19,0	5097	5014	+ 1,7	+ 63,2
IV	4843	4727	+ 2,5	+ 22,0	4885	4767	+ 2,5	+ 18,7	4041	3979	+ 1,6	+ 61,9
V	3946	3806	+ 3,7	+ 24,6	3968	3841	+ 3,3	+ 18,0	3584	3134	+ 14,4	+ 56,1
Frauen	5089	4931	+ 3,2	+ 33,4	5188	5028	+ 3,2	+ 26,3	4227	4117	+ 2,7	+ 68,7
II	7134	6922	+ 3,1	+ 31,4	7322	7118	+ 2,9	+ 23,4	5695	5481	+ 3,9	+ 73,2
III	5252	5105	+ 2,9	+ 28,3	5354	5204	+ 2,9	+ 21,7	4354	4259	+ 2,2	+ 63,1
IV	4046	3939	+ 2,7	+ 28,3	4123	4012	+ 2,8	+ 22,3	3354	3318	+ 1,1	+ 57,3
V	3374	3297	+ 2,3	+ 30,4	3419	3342	+ 2,3	+ 22,7	2922	2884	+ 1,3	+ 40,3
Kaufmännische Tätigkeit	6098	5923	+ 3,0	+ 28,5	6206	6030	+ 2,9	+ 23,2	4604	4480	+ 2,8	+ 73,0
Männer	7090	6898	+ 2,8	+ 23,6	7152	6961	+ 2,7	+ 20,2	5635	5467	+ 3,1	+ 80,8
Frauen	5036	4881	+ 3,2	+ 32,7	5131	4974	+ 3,2	+ 26,3	4126	4030	+ 2,4	+ 67,3
Technische Tätigkeit	7121	6945	+ 2,5	+ 24,8	7239	7067	+ 2,4	+ 20,2	5415	5278	+ 2,6	+ 71,3
Männer	7304	7125	+ 2,5	+ 23,5	7404	7230	+ 2,4	+ 19,7	5635	5495	+ 2,5	+ 69,6
Frauen	5319	5148	+ 3,3	+ 36,5	5448	5279	+ 3,2	+ 26,3	4526	4378	+ 3,4	+ 72,9

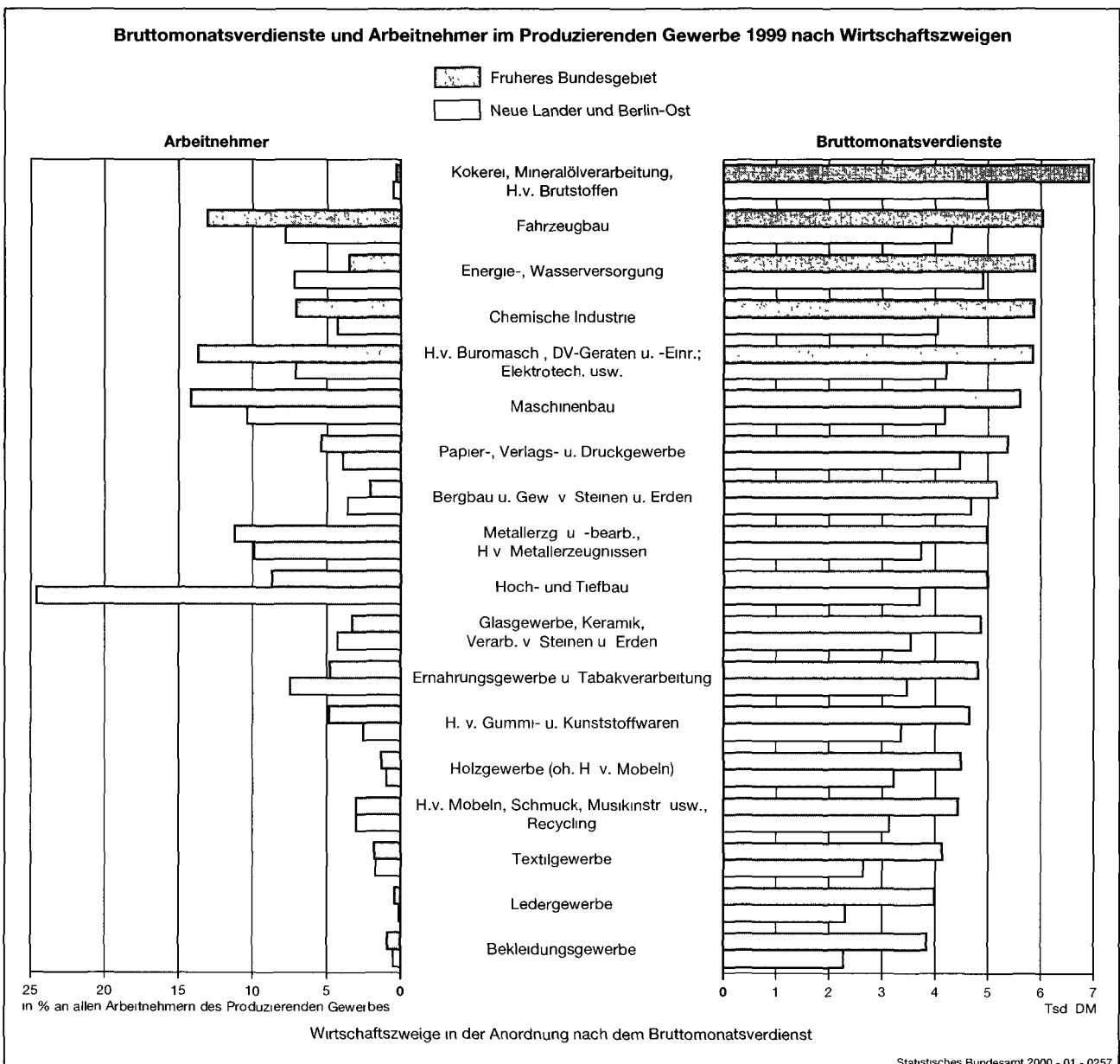
Unterschied in der Entlohnung kaufmännischer und technischer Tätigkeiten.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Gehälter bei den kaufmännischen Angestellten etwas stärker als bei den technischen (+3,0 gegenüber 2,5%) Die nach dem Geschlecht gegliederten Ergebnisse zeigen allerdings, daß dies nur für die Männer – sowohl im Osten wie im Westen –, aber nicht für die Frauen zutrifft

Die längerfristige Entwicklung seit 1992 zeigt ein sehr differenziertes Bild, das wesentlich durch Veränderungen der Arbeitnehmerstruktur beeinflusst wird. Betrachtet man nur die Verdienstenwicklung bei den Männern in den neuen sowie den alten Bundesländern, zeigt sich bei den kaufmännischen Angestellten eine kraftigere Gehaltssteigerung als bei den technischen. Dies trifft auch für die weiblichen Angestellten im Westen zu, während im Osten die im technischen Bereich beschäftigten Frauen höhere Verdienstzuwächse erzielten

2.4 Verdienste nach Wirtschaftszweigen

Der vielfältigen Wirtschaftsstruktur in Deutschland entsprechend unterscheidet sich das Verdienstniveau nach Wirtschaftszweigen beträchtlich. So erzielten die Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes 1999 durchschnittliche Bruttomonatsverdienste zwischen 3786 DM und 6652 DM, wobei Spitzen- und Niedrigverdienst in Branchen mit sehr geringen Arbeitnehmerzahlen vorkommen (siehe das Schaubild und die Tabelle auf S. 248*f). Im früheren Bundesgebiet streuten die Verdienste innerhalb einer Bandbreite von 3842 bis 6909 DM, in den neuen Ländern zwischen 2271 und 4980 DM. Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach der Verdiensthöhe stimmt in Ost und West weitgehend überein. Im unteren Bereich besteht sogar vollständige Identität, während sich im oberen einige Abweichungen ergaben. So nahm zum Beispiel der Bergbau den 8. Rang in den alten und den 3. in den neuen Ländern ein, die Chemische Industrie stand an 4. Stelle in den alten und 8. Stelle in den neuen Bundesländern.



Deutliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern ergeben sich jedoch, wenn die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftszweige betrachtet wird. So dominiert in den neuen Ländern der Hoch- und Tiefbau mit fast einem Viertel der Beschäftigten, im Westen der Maschinenbau mit einem Siebtel der gesamten Arbeitnehmerzahl. Diese unterschiedliche Struktur des Produzierenden Gewerbes beeinflusst jedoch den Durchschnittsverdienst kaum. Berechnet man den Durchschnittsverdienst für das Produzierende Gewerbe in den neuen Ländern mit der westdeutschen Beschäftigtenstruktur, so ergibt sich eine Abweichung von weniger als 1% gegenüber dem tatsächlich ermittelten Wert.

Die Gehälter der Angestellten lagen in den einzelnen Wirtschaftszweigen innerhalb der Bandbreite von 5 032 bis 7 718 DM und die Monatslöhne der Arbeiter zwischen 3 035

und 5 602 DM. Im allgemeinen nahmen die Wirtschaftszweige bei Arbeitern und Angestellten in der Rangfolge nach dem Verdienst eine ähnliche Position ein. In einigen Fällen ergaben sich jedoch größere Abweichungen. So erhielten die Angestellten in der „Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ mit 7 235 DM die dritthöchsten Gehälter, während die Monatslöhne der Arbeiter mit 4 186 DM nur den 11. Platz einnahmen.

Werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in der Gliederung nach West und Ost dargestellt, so streuten sie in den alten Ländern bei den Angestellten zwischen 5 079 und 7 844 DM und bei den Arbeitern zwischen 3 081 und 5 829 DM, in den neuen Ländern zwischen 3 096 und 5 737 DM bzw. 1 993 und 4 364 DM. Hierbei fällt auf, daß der Abstand zwischen den Extremwerten trotz der unter-

Tabelle 9 Durchschnittliche Nettoverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe und der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Ergebnisse von Modellrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Arbeiter/-innen			Angestellte		
		Einzel-person ¹⁾	Ehepaar ²⁾ , beide mit jeweiligem Durchschnittsverdienst ohne Kinder	Ehepaar ²⁾ , mit 2 Kindern, Mann mit jeweiligem Durchschnittsverdienst, Ehefrau nicht arbeitend	Einzel-person ¹⁾	Ehepaar ²⁾ , beide mit jeweiligem Durchschnittsverdienst, ohne Kinder	Ehepaar ²⁾ , mit 2 Kindern, Mann mit jeweiligem Durchschnittsverdienst, Ehefrau nicht arbeitend
Früheres Bundesgebiet							
1998							
Bruttomonatsverdienst	DM	4 488,00	8 077,00	4 674,00	5 721,00	10 911,00	6 435,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	987,94	1 635,44	451,57	1 464,93	2 747,99	1 078,58
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	601,39	1 082,32	626,32	766,61	1 462,07	862,29
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	341,09	613,85	355,22	434,80	818,98	478,80
+ Kindergeld	DM	–	–	440,00	–	–	440,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 557,58	4 745,39	3 680,89	3 054,66	5 881,96	4 455,33
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	57,0	58,8	78,8	53,4	53,9	69,2
1999							
Bruttomonatsverdienst	DM	4 597,00	8 290,00	4 783,00	5 889,00	11 226,00	6 609,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	1 014,76	1 687,34	442,69	1 529,04	2 859,92	1 100,37
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	597,61	1 077,70	621,79	765,57	1 459,38	859,17
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	349,37	630,04	363,51	447,56	853,18	502,28
+ Kindergeld	DM	–	–	500,00	–	–	500,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 635,26	4 894,92	3 855,01	3 146,83	6 053,52	4 647,18
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	57,3	59,0	80,6	53,4	53,9	70,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
Bruttomonatsverdienst	%	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7
Nettomonatsverdienst	%	+ 3,0	+ 3,2	+ 4,7	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,3
Preisindex für die Lebenshaltung ⁴⁾	%	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7
Realer Nettomonatsverdienst	%	+ 2,3	+ 2,5	+ 4,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,6
Neue Länder und Berlin-Ost							
1998							
Bruttomonatsverdienst	DM	3 397,00	6 264,00	3 501,00	4 246,00	8 570,00	4 852,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	597,49	998,62	146,16	898,54	1 831,41	508,48
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	455,20	839,38	469,13	568,96	1 148,38	650,17
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	264,97	488,59	273,08	331,19	668,46	378,46
+ Kindergeld	DM	–	–	440,00	–	–	440,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 079,35	3 937,41	3 052,63	2 447,31	4 921,75	3 754,90
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	61,2	62,9	87,2	57,6	57,4	77,4
1999							
Bruttomonatsverdienst	DM	3 478,00	6 425,00	3 584,00	4 370,00	8 813,00	4 981,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	606,17	1 019,43	128,00	929,92	1 894,30	505,57
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	452,14	835,25	465,92	568,10	1 145,69	647,53
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	271,28	501,15	279,55	340,86	687,41	388,52
+ Kindergeld	DM	–	–	500,00	–	–	500,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 148,41	4 069,17	3 210,53	2 531,12	5 085,60	3 939,38
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	61,8	63,3	89,6	57,9	57,7	79,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
Bruttomonatsverdienst	%	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7
Nettomonatsverdienst	%	+ 3,3	+ 3,3	+ 5,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,9
Preisindex für die Lebenshaltung ⁴⁾	%	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Realer Nettomonatsverdienst	%	+ 2,9	+ 2,9	+ 4,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,5

1) Durchschnittsverdienst für Arbeiter und Arbeiterinnen, bzw. männliche und weibliche Angestellte zusammen – 2) Durchschnittsverdienst für Arbeiter und Arbeiterinnen, bzw. männliche und weibliche Angestellte (Summe) – 3) Durchschnittsverdienst für männliche Arbeiter/Angestellte – 4) 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen

schiedlichen Verdiensthöhe in den neuen und alten Ländern sich nicht sehr unterscheidet. 2765 DM (West) und 2641 DM (Ost) bei den Angestellten, 2748 bzw. 2371 DM bei den Arbeitern.

2.5 Nettoverdienste nach Arbeitnehmergruppen und Haushaltstypen

Um die Kaufkraftentwicklung der Arbeitnehmerverdienste abzuschätzen, werden von den durchschnittlichen Bruttoverdiensten gemäß der Verdiensterhebung durch Abzug der hierauf entfallenden Lohnsteuern usw. sowie der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung Nettoverdienste für ausgewählte Haushaltstypen ermittelt, die anschließend mit dem Preisindex aller privaten Haushalte deflationiert werden. Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen sind in der vorstehenden Tabelle 9 dargestellt. Hierbei wird auf den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse verzichtet, da für die Sozialversicherung noch unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen in den neuen und den alten Ländern gelten.

Nach diesen Berechnungen hat sich 1999 der reale Monatsverdienst gegenüber dem Vorjahr im früheren Bundesgebiet um mehr als 2% erhöht, für Ehepaare mit einem einzigen Verdienner und zwei Kindern um 4,0 bzw. 3,6%. Hinsichtlich der Nettoverdienstentwicklung bei diesen Ehepaaren ist außerdem zu berücksichtigen, daß bei ihnen die Lohn- und Gehaltsabzüge mit durchschnittlich 19,4 bzw. 29,7% mit Abstand am geringsten sind.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Nettoverdienstzuwachs bei knapp 3%, für Ehepaare mit einem einzigen Verdienner und zwei Kindern sogar bei 4,8 bzw. 4,5%. Die günstigere Entwicklung hat verschiedene Ursachen, sie liegen – wie oben dargestellt – nicht in einer gegenüber dem früheren Bundesgebiet höheren Zunahme der Bruttoverdienste, sondern sind vor allem eine Auswirkung der gegenüber dem früheren Bundesgebiet niedrigeren Preisentwicklung (+0,4 gegenüber +0,7%), der bei den niedrigeren Durchschnittsverdiensten geringeren Progressionswirkung der Lohnsteuer und bei Ehepaaren mit einem Verdienner und zwei Kindern darüber hinaus der Erhöhung des Kindergeldes.

*Dipl.-Volkswirt Lothar Hake/
Dipl.-Volkswirt Peter Kaukewitsch*

Kaufkraftparitäten als Instrumente internationaler Preis- und Volumenvergleiche

"One day in 1973 the United States moved from being decidedly the most affluent nation to being definitely below Sweden. Does anybody believe in such violent changes in relative real income? You must if you rely on official or market exchange rates for your purchasing power parity deflators"

Paul A. Samuelson¹⁾

Das Bruttoinlandsprodukt ist wohl der am meisten genutzte Indikator, um die Wirtschaftstätigkeit und die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Landes zu messen. Das Bruttoinlandsprodukt kann als Summe der Wertschöpfung aller Produktionsbereiche oder als Summe der letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen zuzüglich der Exporte und abzüglich der Importe ermittelt werden. Bei internationalen Vergleichen wird im allgemeinen der „Verwendungsansatz“ zugrunde gelegt und das Bruttoinlandsprodukt nach folgenden Verwendungskategorien aufgliedert:

- Konsumausgaben (private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat),
- Bruttoanlageinvestitionen,
- Vorratsveränderungen,
- Saldo zwischen Einfuhr (–) und Ausfuhr (+) von Waren und Dienstleistungen.

Die Unterschiede zwischen den Werten des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen Länder sind nicht nur auf die Komponente „Waren- und Dienstleistungsvolumen“, sondern auch auf eine regionale „Preiskomponente“ zurückzuführen, die ein beträchtliches Ausmaß erreichen kann (Wert = Preis mal Volumen)

Aggregate des Bruttoinlandsprodukts können für internationale Vergleiche mit Wechselkursen in eine einheitliche Währung umgerechnet werden. Die tatsächlichen volumenmäßigen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden durch diese Umrechnungen jedoch oftmals sehr unzutreffend wiedergegeben. So werden Umtauschkurse, soweit sie sich – mehr oder weniger – frei bilden, durch die internationalen Devisenmärkte bestimmt, auf denen sich u. a. die Preisverhältnisse im Außenhandel auswirken. Die Umtauschkurse von Währungen können

sich kurzfristig stark ändern. Für die Umrechnung volkswirtschaftlicher Aggregate sind die Wechselkurse daher nur sehr eingeschränkt verwendbar ²⁾

Damit ein echter Volumenvergleich der Wirtschaftsaggregate möglich ist, werden somit andere Umrechnungsfaktoren benötigt, die die Unterschiede im Preisniveau zwischen den Ländern berücksichtigen. Diese räumlichen Deflatoren sind die Kaufkraftparitäten zwischen den einzelnen Währungen.

Berechnung von Kaufkraftparitäten

Die Methoden zur Berechnung von Kaufkraftparitäten hängen vom jeweiligen Untersuchungsziel ab. Zu unterscheiden sind Berechnungen für allgemeinere Fragestellungen der Preis- und Volumenvergleiche von Volkswirtschaften und Paritätsberechnungen für speziellere Verwendungszwecke, wie Verbrauchergeldparitäten³⁾, Kaufkraftvergleiche für Auslandsreisen oder für die Besoldung von Inländern im Ausland. Im Rahmen dieses Aufsatzes sollen nur die allgemeinen Kaufkraftparitätenberechnungen, nicht jedoch die speziellen Paritätsberechnungen beschrieben werden. Hinsichtlich der methodischen Grundlagen der Berechnung von Kaufkraftparitäten wird auf eine reichhaltige weiterführende Literatur verwiesen.⁴⁾

Kaufkraftparitäten sind Kennziffern zur Darstellung des räumlichen Preisniveaus. Sie werden als die Durchschnittswerte der Preisrelationen zwischen den einzelnen Ländern für einen Korb vergleichbarer Waren und Dienstleistungen ermittelt, die als repräsentativ für eine ganze Palette von Waren und Dienstleistungen wie auch für das Konsumverhalten in den verschiedenen Ländern ausgewählt werden.

Mit Hilfe der Kaufkraftparitäten können die in Landeswährung ausgedrückten Werte der volkswirtschaftlichen Aggregate der verschiedenen Länder in eine gemeinsame Währung umgerechnet werden. Länder, deren Kaufkraftparität unter dem Umtauschkurs liegt, haben im Vergleich zum „Basisland“ ein niedrigeres Preisniveau, während für Länder, deren Kaufkraftparität den Umtauschkurs übersteigt, ein höheres Preisniveau festzustellen ist.

Da Kaufkraftparitäten das unterschiedliche Preisniveau in den einzelnen Staaten quantifizieren, können sie auch zur Deflationierung und für einen räumlichen Volumenvergleich der Wirtschaftsleistung von Staaten herangezogen werden.

²⁾ Siehe auch Angermann, O./Stahmer, C. „Berechnung von Kaufkraftparitäten im Rahmen der internationalen Organisationen“ in WiSta 5/1984, S. 385 ff.

³⁾ Hervorzuheben ist, daß es sich bei den Verbrauchergeldparitäten im wesentlichen um bilaterale Vergleiche zwischen Deutschland und dem Ausland handelt. Dabei bestimmen im Regelfall deutsche Verbrauchsgewohnheiten den verwendeten Warenkorb. Auch werden bestimmte Ausgaben der privaten Haushalte, wie Ausgaben für Miete und für Gesundheit, in den Verbrauchergeldparitäten im wesentlichen nicht berücksichtigt. Für Einzelheiten siehe die monatliche und jährliche Publikation des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 17 „Preise“, Reihe 10 „Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung“.

⁴⁾ Siehe unter anderem die umfangreiche Literaturliste in Eurostat, Themenkreis 2, Wirtschaft und Finanzen „Kaufkraftparitäten und verwandte Wirtschaftsindikatoren“, Ergebnisse für 1997, S. 27 ff. sowie Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.) „Beiträge zur österreichischen Statistik“, Heft 1 219 „Kaufkraft in Ost und West, Österreich im europäischen Wirtschaftsvergleich 1993“, S. 95 ff.

¹⁾ Samuelson, P. (1974) „Analytical Notes on International Real-Income Measures“

Daten des Bruttoinlandsprodukts in Kaufkraftparitäten werden von internationalen Organisationen für mikro- und makroökonomische Analysen der „realen Wirtschaftskraft“ der Volkswirtschaften genutzt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt eines Landes, gemessen in Kaufkraftparitäten, läßt Rückschlüsse auf die Kaufkraft seiner Einwohner zu. Kaufkraftparitäten werden als Umrechnungsfaktor zur Bestimmung vergleichbarer und relativer Preisniveaus herangezogen, die Teil der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften sind. Der Internationale Währungsfonds verwendet die Ergebnisse der Vergleiche als Basis für seine Prognosen in „World Economic Outlook“, die Weltbank und die UNDP⁵⁾ nutzen die Ergebnisse u. a. für die Bestimmung der Armut in den einzelnen Ländern. Innerhalb der Europäischen Union (EU) orientiert sich die Förderung bestimmter Regionen (Ziel-1-Fördergebiete) durch die Strukturfonds u. a. an einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, gemessen in Kaufkraftparitäten. Ziel-1-Fördergebiete sind dabei Regionen mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts.

Entwicklung der internationalen Vergleichsprogramme

Die Arbeiten an einem weltweiten Vergleichsprogramm (ICP)⁶⁾ zur Berechnung von Kaufkraftparitäten wurden erstmals Ende der 60er Jahre von den Vereinten Nationen in Angriff genommen. Erste Ergebnisse des ICP wurden für das Basisjahr 1970, danach für die Jahre 1973 und 1975 vorgelegt. Später wurden die Berechnungen für die Jahre 1980, 1985, 1993 und 1996 wiederholt. Hatten die ersten Phasen des ICP noch größtenteils experimentellen Charakter, so gewann das theoretische Fundament sukzessive an Qualität.

Ab seinem Startjahr 1970 konnte das ICP bis 1985 eine stetige Erweiterung von 10 bis auf 64 teilnehmende Länder verzeichnen. Für das Jahr 1993 wurde ein neuerlicher Höchststand von 118 Staaten im internationalen Vergleich erreicht. Das Vergleichsprogramm für 1996 ist noch nicht abgeschlossen.

Angesichts der steigenden Zahl der teilnehmenden (und somit zu betreuenden) Länder bemühten sich die beteiligten internationalen Organisationen (UN, UNECE, Weltbank, OECD, Eurostat) um eine Regionalisierung des Vergleichsprogramms durch Bildung von Untergruppen (Europa, Naher Osten, Lateinamerika, Afrika).

Das Europäische Vergleichsprogramm

Entsprechend dem Regionalkonzept wurden ab 1980 getrennte Vergleichsprogramme für Europa (ECP)⁷⁾ durchgeführt, die vom Statistischen Amt der Europäischen

Gemeinschaften (Eurostat) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) koordiniert wurden. Nachfolgende gemeinsame Vergleichsprogramme bezogen sich auf die Jahre 1985, 1990, 1993 und 1996. Innerhalb der EU werden die Vergleichsprogramme ab 1990 jährlich durchgeführt.

Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Eurostat und OECD auf methodischem Gebiet ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse für die Länder der EU und die Mitgliedstaaten der OECD weitgehend gewährleistet. Neueste Ergebnisse für die EU-Länder liegen in endgültiger Form für 1997 und in vorläufiger Form für 1998 vor.

Im Jahr 1999 wurde eine Reform des ECP vorgenommen. Nach den gegenwärtigen Erfahrungen durften sich die mit der Neuordnung eingeleiteten Änderungen des ECP bewähren, wenngleich eine abschließende Bewertung noch verfrüht ist. Die Neuordnung der Arbeiten am ECP hatte vor allem drei Aspekte zu berücksichtigen:

- Die vorgesehene Ausdehnung der Europäischen Union auf die osteuropäischen Länder führte zu einem Kreis von insgesamt 29 Ländern, die am Vergleichsprogramm teilnehmen. Der Ausweitung der Teilnehmerzahl wurde durch eine Dezentralisierung der Arbeiten auf drei Ländergruppen (Nordeuropäische Gruppe, Mitteleuropäische Gruppe, Südeuropäische Gruppe) Rechnung getragen. In diesen drei Ländergruppen werden die hauptsächlichen Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten der Preiserhebungen geleistet, wobei Eurostat und OECD in diese Arbeiten voll eingebunden sind.
- Der Umfang der Güterlisten der Preiserhebungen wurde drastisch reduziert.
- Den Empfehlungen des Castles-Berichtes⁸⁾ zur Weiterentwicklung des Vergleichsprogramms wurde Rechnung getragen (Verbesserung der Aktualität der Ergebnisse, Priorität der Berechnungen für den Konsumbereich gegenüber den anderen Verwendungsaggregaten).

Europäisches Vergleichsprogramm 1997

Grundzüge des Berechnungsverfahrens

Die Berechnung von Kaufkraftparitäten erfordert für die einzelnen Aggregate des Bruttoinlandsprodukts adäquate Berechnungsmethoden⁹⁾. Für die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden andere statistische Methoden angewandt als für den Kollektivkonsum (Staatsverbrauch) oder für die Bruttoanlageinvestitionen.

Bezogen auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden Kaufkraftparitäten als Mittelwerte der zwischen den verschiedenen Ländern bestehenden Preisrelationen für einen Korb vergleichbarer Güter (Waren und Dienstleistungen) berechnet. Die Güter werden dabei so ausgewählt, daß sie einer genau definierten Klassifikation voll-

⁵⁾ United Nations Development Programme

⁶⁾ ICP = International Comparison Programme

⁷⁾ ECP = European Comparison Programme

⁸⁾ Castles, I. (OECD Consultant) „Review of the OECD-Eurostat PPP Program“, 3. Juni 1997

⁹⁾ Siehe hierzu Eurostat, Themenkreis 2, a a O, S. 6 ff.

ständig entsprechen und für die Verbrauchsstrukturen in den verschiedenen Ländern repräsentativ sind

Bei den Gütern des Staatsverbrauchs werden Kaufkraftparitäten in Ermangelung von Marktpreisen für die produzierten Güter des Kollektivkonsums auf der Basis des Vergleichs von Input-Preisen, das heißt im wesentlichen durch Vergleich von Löhnen und Gehältern von Beschäftigten im Staatssektor, gebildet. Wegen der zum Teil großen internationalen Produktivitätsunterschiede sind die Kaufkraftparitäten für den Staatsverbrauch mit einer größeren Unsicherheit behaftet als die Berechnungen für die privaten Haushalte. Den Kaufkraftparitäten für Bruttoanlageinvestitionen liegen hingegen Preiserhebungen bei ausgewählten Anlagegütern zugrunde, die im allgemeinen von technischen Sachverständigen mit besonderen Marktkenntnissen ihres Landes durchgeführt werden.

Methode der Erhebungen

Grundlegend für das ECP sind Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere das Bruttoinlandsprodukt und seine Verwendungskategorien. Für die Ausgaben der privaten Haushalte und des Staates für den letzten Verbrauch wird eine detaillierte Klassifikation nach Verwendungszwecken benutzt, die auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen aufbaut. Die Bruttoanlageinvestitionen werden anhand einer Klassifikation der Produkttypen aufgegliedert. Die Ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck für den letzten Verbrauch, die Vorratsänderungen und der Außenhandelsaldo werden nicht aufgegliedert.

Durch schrittweise Zerlegung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird eine umfassende Klassifikation entwickelt. Die Ausgaben der privaten Haushalte für den letzten Verbrauch werden zunächst in acht Gruppen aufgeteilt:

1. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren;
2. Bekleidung und Schuhe,
3. Wohnungsmieten, Elektrizität, Gas, Brennstoffe,
4. Möbel, Haushaltsgeräte und -gegenstände, laufende Haushaltsführung;
5. Gesundheitspflege;
6. Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
7. Unterhaltung, Erholung, Bildung und Kultur;
8. Sonstige Waren und Dienstleistungen.

Jede dieser acht Gruppen wird anschließend weiter unterteilt

In tiefster Untergliederung umfaßt zum Beispiel die Gruppe

1.113 Brot

1.1131 Gewöhnliches frisches Brot

1.1132 Spezialbrot.

Die beiden letzten Untergliederungen entsprechen der detailliertesten Ebene der Klassifikation, nämlich den Einzelpositionen ("basic headings")

Die Einzelpositionen haben eine zweifache Aufgabe: Erstens bilden sie die detaillierteste Ebene, für die von den Ländern Ausgabendaten (Gewichtungen) geliefert werden können. Zweitens können mit ihrer Hilfe homogene Produktgruppen ermittelt werden, aus denen eine Reihe von exakt definierten Produkten ausgewählt wird, die dann Gegenstand von Preiserhebungen sind.

Angaben über die Ausgaben für die Einzelpositionen in Landeswährung liefern die folgenden Informationsquellen:

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) Schätzwerte für das Bruttoinlandsprodukt und seine wichtigsten Verwendungskategorien für das Vergleichsjahr,
- eine weitere Aufgliederung der VGR-Daten, die von den Hauptverwendungskategorien bis zu den betreffenden Einzelpositionen reicht (unter Nutzung statistischer Quellen wie z. B. den Haushaltsbudgeterhebungen)

Zur Aufstellung der detaillierten Struktur versendet Eurostat jährlich einen Fragebogen an die am Vergleich teilnehmenden Länder.

Konsumausgaben der privaten Haushalte

Im Vordergrund des Interesses bei der Berechnung von Kaufkraftparitäten stehen Preisvergleiche für die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Deshalb soll beispielhaft für das Vergleichsprogramm die Erhebungsmethodik dieses Bereiches, jedoch ohne den Mietbereich, dargestellt werden.

Beim Europäischen Vergleichsprogramm werden die Preise von den nationalen statistischen Ämtern jedes Landes erhoben, wobei Eurostat für die Koordinierung und die Entwicklung der Methode zuständig ist.

Die Preiserhebungen sind über drei Jahre gestaffelt und finden halbjährlich statt. Sie beziehen sich in einem rollierenden System wechselweise auf die erwähnten acht Gruppen (Nahrungsmittel, Bekleidung, Möbel usw.). Ihre Ergebnisse werden in der Zwischenzeit mit den nationalen Verbraucherpreisindizes fortgeschrieben.

Bei den einzelnen Erhebungen gilt folgendes Verfahren: In Zusammenarbeit zwischen Eurostat und den Mitgliedsstaaten wird für die einzelnen Grundpositionen der Klassifikation eine Auswahl von relevanten Produkten getroffen. Je nach Erhebung handelt es sich um rund 400 bis 600 Güter. Die Auswahl der Produkte soll hauptsächlich folgende Kriterien berücksichtigen.

- Vergleichbarkeit: Jedes Produkt muß vollständig beschrieben sein, damit alle Länder Preise für identische oder zumindest vergleichbare Produkte liefern und Verzerrungen aufgrund von Qualitätsunterschieden vermieden werden.
- Repräsentativität: Das ausgewählte Produkt muß für die Produktgruppe repräsentativ sein.
- Äquicharakteristik: Die Auswahl der Produkte muß für alle Teilnehmerländer gleich charakteristisch sein, um Verzerrungen in den Ergebnissen zu vermeiden. Hierzu

muß jedes Land mindestens ein für seinen Verbrauch typisches Produkt je Grundposition in seine Erhebung einbeziehen. Diese typischen Produkte werden bei der Berechnung der Kaufkraftparitäten doppelt stark gewichtet.

Die Teilnehmerländer am Vergleichsprogramm ermitteln die Preise dieser Produkte, soweit die Produkte in den aufgesuchten Verkaufsstellen anzutreffen waren. Die Zahl der erforderlichen Preismeldungen je Produkt kann hierbei schwanken. Für Produkte mit Festpreis genügt die Erhebung eines einzelnen Preises. Bei den übrigen Produkten soll die Zahl der erhobenen Preise vom Grad der Preisstreuung und der Produktverfügbarkeit abhängen. Die Zahl der Produkte, für die Preise geliefert werden, ist je nach Land verschieden. Für Deutschland liegt sie bei rund 3000 bis 3500 Preismeldungen je Erhebung und Erhebungsort.

Die Verkaufsstellen, in denen Preise erhoben werden, werden von den Mitgliedstaaten ausgewählt. Dabei sind die verschiedenen Kategorien von Einzelhandelsverkaufsstellen (Kaufhäuser, Supermärkte, Fachgeschäfte usw.) entsprechend ihrer Bedeutung repräsentativ zu berücksichtigen.

Die Preiserhebungen finden im Regelfall in der Hauptstadt des jeweiligen Mitgliedstaates statt. In Deutschland werden Preisdaten in Bonn und Berlin ermittelt. Um Preisverzerrungen wegen bestehender Preisniveauunterschiede innerhalb eines Landes zwischen der Hauptstadt des Landes und dem nationalen Durchschnittspreisniveau zu vermeiden, werden von den Mitgliedstaaten – soweit verfügbar – regionale Korrekturfaktoren zwischen Hauptstadt des Landes und nationalem Durchschnittspreisniveau an Eurostat übermittelt.

Die Berechnung der Kaufkraftparitäten erfolgt aufgrund der von den Teilnehmerländern an Eurostat gemeldeten Preisdaten. Diese Berechnung wird stark vereinfacht in einem dreistufigen Verfahren vorgenommen¹⁰⁾.

- In der ersten Stufe werden die gemeldeten Preise der Teilnehmerländer für vergleichbare Güter und Dienstleistungen in der tiefsten Gliederung zueinander in Beziehung gesetzt und auf Plausibilität geprüft. Die errechneten Preisrelationen sind die Paritäten auf Produktebene.
- In der zweiten Stufe werden die Kaufkraftparitäten auf Produktebene „geometrisch“ gemittelt, um zu Paritäten der Einzelpositionen zu gelangen.
- In der dritten Stufe werden die Paritäten der Einzelpositionen kombiniert, indem mittels der Gewichtungen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gewichtete Paritäten für jede Aggregationsstufe bis hinauf zum Bruttoinlandsprodukt berechnet werden.

Die Ausgabedaten in nationaler Währung der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden sodann mit den Kaufkraftparitäten in Realwerte (gemeinsame,

vergleichbare Währungseinheiten) umgerechnet. Für die Europäische Union stellt der Euro/ECU die gemeinsame Bezugswährung der Mitgliedstaaten dar. Das Verhältnis Kaufkraftparität auf BIP-Niveau zum Umtauschkurs einer Währung in Euro/ECU beschreibt das allgemeine Preisniveau in dem jeweiligen Land gemessen am gewogenen EU-Durchschnitt. Diese Relation wird auch als Kaufkraftstandard bezeichnet.

Für die Mitgliedstaaten der EU gilt das Prinzip der „Unveränderlichkeit“ der Ergebnisse. Dies bedeutet, daß zunächst die Ergebnisse für die fünfzehn EU-Mitgliedstaaten berechnet werden. Sodann werden die Ergebnisse für alle am ECP teilnehmenden Länder berechnet. Zum Schluß werden die die EU-Länder betreffenden Ergebnisse der zweiten Berechnung durch die Ergebnisse der ersten Berechnung ersetzt. Die Anwendung des „Unveränderlichkeitsprinzips“ ist notwendig, um die Relationen zwischen den Ländern der EU im Rahmen eines weiter gefaßten Vergleichs mit Ländern außerhalb der EU konstant zu erhalten.

Ergebnisse des Europäischen Vergleichsprogramms 1997

Die Darstellung der Ergebnisse beschränkt sich auf einen kleinen Ausschnitt aus dem vielfältigen Material, das von Eurostat aufbereitet und veröffentlicht wurde.

1997 hat Eurostat die Arbeiten für 20 Länder koordiniert, und zwar für die 15 Mitgliedstaaten der EU sowie für die Schweiz, Norwegen, Island, Polen und Zypern.

Tabelle 1: Kaufkraftstandards und Preisniveauidizes 1997

Land	1 ECU in Einheiten der Landes- währung	Bruttoinlandsprodukt		Tatsächlich letzter Individualverbrauch ¹⁾	
		1 Kaufkraft- standard in Einheiten der Landes- währung	Preis- niveau Euro- päische Union = 100	1 Kaufkraft- standard in Einheiten der Landes- währung	Preis- niveau Euro- päische Union = 100
Deutschland	1.964	2.131	108	2.109	107
Belgien	40.533	39.76	98	40.03	99
Danemark	7.484	9.07	121	9.31	124
Finnland	5.881	6.412	109	6.881	117
Frankreich	6.613	7.133	108	6.916	105
Griechenland	309.355	246.6	80	252.5	82
Großbritannien und Nordirland	0.692	0.6905	100	0.7100	103
Irland	0.748	0.7165	96	0.7177	96
Italien	1.929.30	1.744	90	1.745	90
Luxemburg	40.533	43.77	108	42.59	105
Niederlande	2.211	2.158	98	2.116	96
Österreich	13.824	14.43	104	14.57	105
Portugal	198.589	129.7	65	134.3	68
Schweden	8.651	10.39	120	10.77	124
Spanien	165.887	134.6	81	133.8	81
Europäische Union	1	1	100	1	100
Island	–	85.04	106	88.26	110
Norwegen	–	9.89	123	10.30	128
Polen	–	1.774	48	1.764	47
Schweiz	–	2.108	128	2.228	136
Zypern	–	0.4368	75	0.4621	79

Quelle: Eurostat

¹⁾ Tatsächlich letzter Individualverbrauch in ICP-Gliederung, einschli. der „individualisierbaren“ Dienstleistungen des Staates und der Organisationen ohne Erwerbszweck (u. a. Unterrichts- und Gesundheitswesen, Sozialversicherungsleistungen)

In Tabelle 1 werden zunächst die jahresdurchschnittlichen Umrechnungskurse von nationaler Währung in die Europäische Währungseinheit ECU wiedergegeben. Beispielsweise entsprachen im Jahr 1997 durchschnittlich 1,964 DM

¹⁰⁾ Siehe Eurostat, a a O., S. 22 f.

einem ECU Bezogen auf einen internationalen Warenkorb für das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes lassen sich die Kaufkraftstandards in Einheiten der Landeswährung errechnen Für Deutschland betrug der entsprechende Kaufkraftstandard 2,131 DM Das durchschnittliche Preisniveau in Deutschland lag damit 1997 bei 108 oder um etwa 8% über dem gewogenen Preisniveau der Europäischen Union.

Wie aus Tabelle 1 zu ersehen ist, gab es 1997 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, bezogen auf das gesamte Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes, deutliche Unterschiede im durchschnittlichen Preisniveau. Am höchsten war das Preisniveau in Dänemark und Schweden (121 bzw. 120). Überdurchschnittliche Preisniveaus verzeichneten neben Deutschland (108) auch Finnland (109), Frankreich (108) und Luxemburg (108) In Belgien (98), Großbritannien und Nordirland (100), Irland (96), den Niederlanden (98) und Österreich (104) lagen die Preise etwa auf dem europäischen Durchschnittsniveau. Deutlich niedriger als im Durchschnitt der Europäischen Union waren die Preise dagegen in Italien (90), Spanien (81) und Griechenland (80) Das bei weitem niedrigste Preisniveau innerhalb der Europäischen Union verzeichnete Portugal mit 65. Außerhalb der Europäischen Union wiesen die Schweiz (128), Norwegen (123) und Island (106) jeweils ein hohes Preisniveau auf. Hingegen lagen in Polen (48) und Zypern (75) die gewogenen durchschnittlichen Preise erheblich unter dem Durchschnitt der Europäischen Union.

Das durchschnittliche Preisniveau eines Landes kann auch am „tatsächlich letzten Individualverbrauch“ gemessen werden Bei dieser Abgrenzung, der sogenannten ICP-Klassifikation, werden von den Ausgaben des Staates sowie der Organisationen ohne Erwerbszweck die „individualisierbaren“ Dienstleistungen (u a Unterrichts- und

Gesundheitswesen, Sozialversicherungsleistungen) abgezogen und dem Individualkonsum zugerechnet ¹⁾)

Das durchschnittliche Preisniveau gemessen am „tatsächlich letzten Verbrauch“ unterschied sich in den meisten Ländern nicht wesentlich von dem Preisniveau gemessen am Bruttoinlandsprodukt Lediglich für Finnland (117 statt 109) und Schweden (124 statt 120) ergaben sich Abweichungen um 4 oder mehr Prozentpunkte. Außerhalb der Europäischen Union war das Preisniveau, gemessen am „tatsächlich letzten Verbrauch“ in der Schweiz (136 statt 128) und in Norwegen (128 statt 123) deutlich höher als die auf das gesamte Bruttoinlandsprodukt bezogenen Preise.

Die hochaggregierten Angaben über das Preisniveau in den einzelnen Ländern können auch nach Ausgabenkategorien für den tatsächlich letzten Individualverbrauch aufgliedert werden Wie Tabelle 2 zeigt, unterschieden sich die Preisniveaus innerhalb der Europäischen Union vor allem in den Ausgabenkategorien Getränke, Tabakwaren, Mieten und Gesundheitsausgaben zum Teil sehr stark. Beispielsweise waren Getränke (insbesondere alkoholische Getränke) in Irland, Finnland, Schweden sowie in Großbritannien und Nordirland besonders teuer Bezogen auf Deutschland läßt sich feststellen, daß vor allem das Preisniveau für Mieten (Bruttokaltmieten, Heizung und Beleuchtung) im europäischen Vergleich hoch lag, während für die meisten anderen Ausgabenkategorien die Preise in Deutschland nicht wesentlich über

¹⁾) Die individualisierbaren Dienstleistungen des Staates werden je nach den institutionellen Regeln in den einzelnen Ländern unterschiedlich finanziert Durch die ICP-Klassifikation, die nicht darauf abstellt, wer die Dienstleistung finanziert, sondern wer sie verbraucht, ist im Gegensatz zur im System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) verwandten Klassifikation eine einheitliche Abgrenzung zwischen den einzelnen Ländern möglich Für weitere Einzelheiten siehe Eurostat, Themenkreis 2, a a O, S 13

Tabelle 2: Preisniveauindizes der Ausgaben der Privaten Haushalte für den letzten Verbrauch¹⁾ 1997

Europäische Union = 100

Land	Tatsächlich letzter Individualverbrauch									
	insgesamt	darunter								
		Nahrungsmittel	Getränke	Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Bruttomieten, Heizung und Beleuchtung	Waren und Dienstleistungen für den Haushalt	Gesundheitsausgaben	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Unterhaltung, Bildung und Kultur
Deutschland	107	103	78	94	110	132	102	100	100	108
Belgien	99	101	91	93	115	101	98	93	96	100
Dänemark	124	138	137	139	98	125	108	130	128	114
Finnland	117	110	171	127	105	124	97	124	112	112
Frankreich	105	109	87	100	97	111	104	103	104	101
Griechenland	82	91	98	68	106	72	91	66	72	90
Großbritannien und Nordirland	103	99	140	149	98	93	99	94	114	98
Irland	96	95	177	133	97	78	99	100	108	91
Italien	90	101	81	90	92	70	100	103	87	102
Luxemburg	105	102	81	66	116	118	107	116	86	124
Niederlande	96	92	89	85	103	102	96	83	105	91
Österreich	105	104	85	94	111	99	104	120	109	103
Portugal	68	77	67	65	89	50	78	83	87	52
Schweden	124	115	168	180	109	127	115	144	117	113
Spanien	81	81	64	69	93	69	91	95	82	86
Europäische Union	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Island	110	129	189	122	133	82	115	105	100	98
Norwegen	128	148	207	214	117	106	116	119	138	120
Polen	47	63	130	47	62	24	64	35	62	42
Schweiz	136	133	110	89	100	159	111	165	113	144
Zypern	79	79	111	66	80	74	87	84	77	93

Quelle: Eurostat

¹⁾) Tatsächlich letzter Individualverbrauch in ICP-Gliederung, einschl. der „individualisierbaren“ Dienstleistungen des Staates und der Organisationen ohne Erwerbszweck (u a Unterrichts- und Gesundheitswesen, Sozialversicherungsleistungen)

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und in Kaufkraftstandards 1997

Land	In jeweiligen Preisen				In Kaufkraftstandards (KKS)			
	insgesamt		je Einwohner		insgesamt		je Einwohner	
	Mrd ECU	Anteil an EU insgesamt in %	ECU	in % von EU insgesamt	Mrd KKS	Anteil an EU insgesamt in %	KKS	in % von EU insgesamt
Deutschland	1 844,9	25,7	22 484	118	1 701,0	23,7	20 730	109
Belgien	214,0	3,0	21 023	110	218,2	3,0	21 429	112
Dänemark	150,1	2,1	28 397	149	123,8	1,7	23 437	123
Finnland	105,8	1,5	20 575	108	97,0	1,4	18 870	99
Frankreich	1 230,5	17,2	20 997	110	1 140,7	15,9	19 464	102
Griechenland	105,9	1,5	10 096	53	132,8	1,9	12 665	66
Großbritannien und Nordirland	1 141,0	15,9	19 335	101	1 144,0	16,0	19 387	101
Irland	68,1	1,0	18 568	97	71,0	1,0	19 372	101
Italien	1 011,1	14,1	17 264	90	1 118,4	15,6	19 097	100
Luxemburg	14,5	0,2	34 401	180 ¹⁾	13,4	0,2	31 860	167 ¹⁾
Niederlande	319,2	4,5	20 456	107	327,0	4,6	20 958	110
Osterreich	181,9	2,5	22 533	118	174,3	2,4	21 588	113
Portugal	90,0	1,3	9 051	47	137,8	1,9	13 859	73
Schweden	207,7	2,9	23 481	123	173,0	2,4	19 557	102
Spanien	482,3	6,7	12 265	64	594,4	8,3	15 114	79
Europäische Union	7 166,9	100	19 101	100	7 166,9	100	19 101	100
Island	6,4	(0,1)	23 581	123	6,0	(0,1)	22 306	117
Norwegen	135,3	(1,9)	30 711	161	109,7	(1,5)	24 904	130
Polen	126,3	(1,8)	3 269	17	264,6	(3,7)	6 845	36
Schweiz	225,3	(3,1)	31 688	166	175,7	(2,5)	24 714	129
Zypern	7,5	(0,1)	11 443	60	10,0	(0,1)	15 264	80

Quelle: Eurostat

¹⁾ Die Angaben für Luxemburg sind mit den Angaben anderer Länder wegen des hohen Anteils der Käufe von Gebietsfremden (z. B. Tabakwaren) nur eingeschränkt vergleichbar

dem europäischen Durchschnitt oder zum Teil (Getränke, Tabakwaren) sogar darunter lagen

Nicht nur Preisvergleiche, sondern auch Volumenvergleiche der „Wirtschaftskraft“ einzelner Länder können mit Hilfe von Kaufkraftstandards vorgenommen werden. Hierbei ergeben sich zum Teil starke Abweichungen zu Vergleichen, die auf der Basis von Umtauschkursen vorgenommen werden.

Wie Tabelle 3 zeigt, wird die Wirtschaftskraft der „wirtschaftlich weniger entwickelten“ Länder im Vergleich zu den „wirtschaftlich stärker entwickelten“ Ländern unter Zugrundelegung des Bruttoinlandsprodukts zu Umtauschkursen unterschätzt. Deutschland hatte 1997 an der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in ECU, einen Anteil von 25,7%. Legt man hingegen das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards zugrunde, so reduziert sich der Anteil Deutschlands auf 23,7%. Bei einer entsprechenden Vergleichsrechnung verringert sich der Anteil Frankreichs von 17,2 auf 15,9%, der Anteil Schwedens von 2,9 auf 2,4%. Demgegenüber erhöht sich der Anteil Italiens von 14,1 auf 15,6%. Relativ am stärksten steigen bei Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Kaufkraftstandards die Anteile von Portugal (von 1,3 auf 1,9%), Griechenland (von 1,5 auf 1,9%) und von Spanien (von 6,7 auf 8,3%).

Die absolute Höhe des Bruttoinlandsprodukts der Länder ermöglicht wegen der unterschiedlichen Größe der Staaten keinen Ländervergleich der Kaufkraft der Bevölkerung. Dazu wird in der Regel als grobe Näherung das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner herangezogen. In Tabelle 3 wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der 20 Länder des europäischen Vergleichsprogramms 1997 dargestellt, und zwar sowohl umgerechnet in ECU als auch in Kaufkraftstandards.

Auch hier ist festzustellen, daß sich die Unterschiede zwischen „wirtschaftlich stärker entwickelten“ und „wirtschaftlich weniger entwickelten“ Ländern innerhalb der EU deut-

lich verringern, wenn man anstelle des Pro-Kopf-BIP in ECU das Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftstandards zugrunde legt. Abgesehen von Luxemburg¹²⁾ war die Kaufkraft der Bevölkerung, gerechnet in ECU, innerhalb der EU in Dänemark am höchsten (149%, gemessen am EU-Durchschnitt). Bei einer Vergleichsrechnung in Kaufkraftstandards reduziert sich das Pro-Kopf-BIP Dänemarks auf 123%. Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung verringert sich von 118 auf 109% des EU-Durchschnitts. Auf der anderen Seite erhöht sich bei einem entsprechenden Vergleich das Pro-Kopf-BIP Griechenlands von 53 auf 66% des EU-Durchschnitts. Auch Portugal (Anstieg des Pro-Kopf-BIP von 47 auf 73% des EU-Durchschnitts) und Spanien verzeichneten einen starken Anstieg der Kaufkraft der Einwohner, legt man das Pro-Kopf-BIP, gerechnet in Kaufkraftstandards anstatt in ECU, zugrunde.

Für die Länder außerhalb der EU gelten die gleichen Schlußfolgerungen: Die Kluft zwischen dem „reichsten“ Land des Vergleichsprogramms (Schweiz) und dem „ärmsten“ Land (Polen) lag beim Pro-Kopf-BIP, gerechnet in ECU, knapp beim zehnfachen (166 gegenüber 17%, jeweils gemessen am EU-Durchschnitt). Gerechnet in Kaufkraftstandards war das Pro-Kopf-BIP in Norwegen (130%) knapp viermal so hoch wie in Polen (36%). Diese Unterschiede würden sich möglicherweise noch weiter verringern, wenn der relativ große Anteil von nicht erfaßter Wirtschaftsleistung außerhalb des Marktes in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern erfaßt werden könnte.

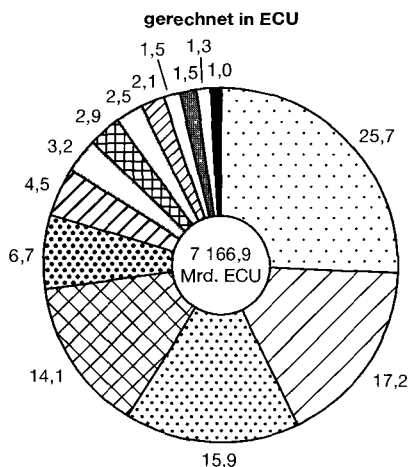
Kennziffern für ausgewählte Mitgliedstaaten der OECD

Die OECD nutzt die Kaufkraftparitätenberechnungen für die am Europäischen Vergleichsprogramm teilnehmenden

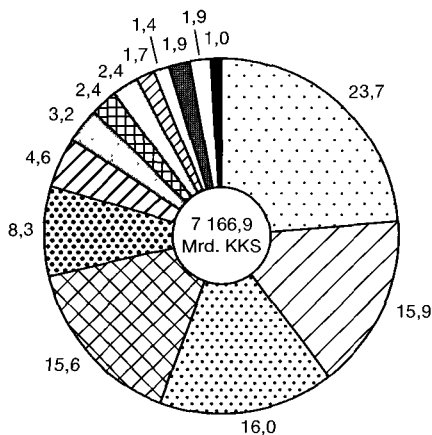
¹²⁾ Die Angaben für Luxemburg sind mit den Angaben anderer Länder wegen des hohen Anteils der Käufe von Gebietsfremden (z. B. Tabakwaren) nur eingeschränkt vergleichbar

Bruttoinlandsprodukt der Länder der EU 1997

Anteil der EU-Länder am Bruttoinlandsprodukt der EU in %



umgerechnet in Kaufkraftstandards (KKS)



Statistisches Bundesamt 2000 - 01 - 0258

Länder und stellt eigene Berechnungen für Australien, Japan, Kanada, die Republik Korea, Mexiko, Neuseeland, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und die Vereinigten Staaten an. Die OECD nimmt diese Berechnungen allerdings nur auf dem Niveau des Bruttoinlandsprodukts insgesamt, nicht aber auf dem Niveau der Einzelaggregate vor.¹³⁾ Basierend auf vorliegenden Ergebnissen für 1996 nimmt die OECD außerdem eine Extrapolation der Ergebnisse für 1997, 1998 und 1999 vor.

In Tabelle 4 werden die wichtigsten Ergebnisse über das Preisniveau und das reale Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Mitgliedstaaten der OECD für die Jahre 1997 und 1999 dargestellt. Nach Angaben der OECD handelt es sich hierbei nur um vergleichsweise grobe Berechnungen. Lediglich Veränderungen des realen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts im Zeitablauf um 5 Prozentpunkte und mehr sollten als statistisch signifikant betrachtet werden.

Tabelle 4 Indizes des Preisniveaus und des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in ausgewählten Mitgliedstaaten der OECD

OECD = 100

Land	Preisniveau		Indizes des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner	
	1999	1997	1999	1997
Europäische Union	103	104	101	100
OECD	100	100	100	100
darunter				
Australien	85	95	110	107
Japan	136	133	111	120
Kanada	78	83	113	117
Republik Korea	57	65	66	71
Mexiko	60	55	38	37
Neuseeland	81	95	87	86
Tschechische Republik	40	38	60	64
Türkei	44	45	31	32
Ungarn	44	44	51	48
Vereinigte Staaten	101	98	148	143

Quelle: OECD

Gemessen am durchschnittlichen Preisniveau aller OECD-Länder lag das Preisniveau im Jahr 1999 in Japan am höchsten (136). Am niedrigsten lag es in der Türkei und in Ungarn mit jeweils 44 sowie in der Tschechischen Republik (40). Die höchste Wirtschaftskraft der Einwohner aller Mitgliedstaaten der OECD – gemessen am realen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt – wiesen die Vereinigten Staaten auf (148% des OECD-Durchschnitts). Am niedrigsten lag die Wirtschaftskraft der Einwohner in der Türkei (31% des OECD-Durchschnitts).

Dipl.-Volkswirt Peter Roemer

¹³⁾ Für Einzelheiten der Methode siehe OECD Statistics "Purchasing Power Parities and Real Expenditures", 1999 edition, S. 7 ff.

Regenerative Energieträger 1991 bis 1998

Vorbemerkung

Seit 1991 stellt das Statistische Bundesamt für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) den jährlichen Beitrag der erneuerbaren Energieträger zur gesamten Energieerzeugung in Deutschland zusammen. In einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift¹⁾ wurde die Entwicklung bis Mitte der 90er Jahre dargestellt; hier finden sich auch umfangreiche Anmerkungen zur Methodik, zur Problematik der Datenverfügbarkeit und zu den verwendeten fremden Datenquellen. Im vorliegenden Beitrag wird die Entwicklung der Energiegewinnung aus regenerativen Energieträgern – soweit möglich – aktualisiert. Die hier zusammengestellten Ergebnisse werden – nach der Revision der nationalen Energiebilanzen im Jahr 1995 durch die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) – auch dort für weitere Berechnungen und Darstellungen verwandt.²⁾ Alle Daten beziehen sich auf Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Ergebnisse

Die Primärenergiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern lag 1991 bei 241,1 Petajoule (PJ). Sie stieg bis zum Jahr 1998 um fast die Hälfte auf 359,5 PJ, das waren 9,4 % der Primärenergiegewinnung im Inland. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zum Primärenergieverbrauch stieg im gleichen Zeitraum von 1,7 auf 2,5 %.

Zur Erzeugung von Strom und Wärme aus regenerativen Energien wurden hauptsächlich Biomasse/Abfälle, Wasser- und Windkraft eingesetzt. Die Anteile der genannten Energieträger an der energetisch bewerteten Gesamtnutzung erneuerbarer Energiequellen entwickelten sich im Beobachtungszeitraum unterschiedlich. So stiegen die Anteile der Biomasse/Abfälle von 74,3 auf 76,7 % und der Windkraft von 0,3 auf 4,6 %, während der Anteil der Wasserkraft von 25,0 auf 17,6 % zurückging.

Die Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen betrug 1991 rund 3,7 % der gesamten Bruttostromerzeugung oder 19752 Gigawattstunden (GWh). Diese ressourcenschonende Energiegewinnung erhöhte sich bis zum Jahr 1998 um über 36 % auf 26973 GWh, was 4,9 % der gesamten Bruttostromerzeugung entsprach. Zwar wird nach wie vor die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern durch die Wasserkraft dominiert, ihr Anteil verringerte sich aber von 84,6 % (1991) auf 65,1 % (1998). Ursache hierfür war der massive Ausbau anderer regenerativer Erzeugungsformen. So vergrößerte sich der Anteil

der Biomasse/Abfälle von 14,3 auf 17,7 %. Auch die Stromerzeugung aus Windkraft nahm kraftig zu. Ihr Anteil erhöhte sich von 1,1 auf 17,0 %.

Wasserkraft

In Deutschland ist die Nutzung der Wasserressourcen für die Elektrizitätserzeugung hoch entwickelt. Die installierte Gesamtleistung der netzgekoppelten Anlagen lag 1998 bei 3443 Megawatt (MW), davon 536 MW in Kleinanlagen (< 1 MW). Die gesamte Elektrizitätserzeugung aus Wasserkraftanlagen, die 1991 bei insgesamt 16714 GWh gelegen hatte, stieg auf 17572 GWh im Jahr 1998. Diese Entwicklung ist jedoch nicht kontinuierlich, sondern hängt auch von den natürlichen Gegebenheiten ab. So wurde der höchste Wert aufgrund eines günstigen natürlichen Wasserangebotes im Jahr 1995 mit 20928 GWh erreicht.³⁾

Tabelle 1: Kapazität und Elektrizitätserzeugung von netzgekoppelten Wasserkraftanlagen

Jahr	Installierte Kapazität	Elektrizitätserzeugung
	Megawatt (MW)	Gigawattstunden (GWh)
Kleinanlagen < 1 MW		
1991	374	1247
1992	362	1227
1993	362	1215
1994	417	1612
1995	418	1655
1996	442	1643
1997	463	1643
1998	536	1849
Kleinanlagen 1 bis 10 MW		
1991	912	4614
1992	929	4989
1993	934	5077
1994	934	5336
1995	922	5578
1996	919	4958
1997	907	5129
1998	882	4428
Großanlagen > 10 MW		
1991	1980	10854
1992	2104	12124
1993	2089	11929
1994	2014	12652
1995	2024	13695
1996	2012	11667
1997	2012	11696
1998	2025	11295
Alle Anlagen		
1991	3266	16714
1992	3395	18340
1993	3385	18221
1994	3365	19600
1995	3364	20928
1996	3373	18268
1997	3382	18468
1998	3443	17572

Windkraft

Die Stromerzeugung aus Windenergie machte 1991 erst 1,1 % der gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern aus. In den Folgejahren kam der Ausbau dieser Form der Energieerzeugung dann aber aufgrund der staatlichen Förderung, die sowohl eine Subventio-

¹⁾ Siehe Bayer, W. „Erneuerbare Energieträger 1991 bis 1996“ in WiSta 5/1998, S. 438 ff.
²⁾ AGEB (Hrsg.) „Energie- einschl. Satellitenbilanzen ab 1995“, Frankfurt/Main 1996 und lfd. Jahrgänge.

³⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft“ (monatliche thematische Reihe) sowie Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 6.4 „Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ (lfd. Jahre 1991 bis 1998).

nierung der Investitionskosten als auch eine Stützung der Rückkaufpreise (sog. Einspeisevergütung) umfaßte, einen erheblichen Schritt voran. Die installierte Leistung stieg von 110 MW um das 23fache auf 2 672 MW. Dabei blieb die Erhöhung der Stromerzeugung (von 215 auf 4 593 GWh) im Beobachtungszeitraum witterungsbedingt etwas unter dem Zuwachs der Ausbauleistung⁴⁾

Tabelle 2: Kapazität, Elektrizitätserzeugung und Netzeinspeisung von netzgekoppelten Windenergiekonvertern

Jahr	Installierte Kapazität	Elektrizitätserzeugung	Netzeinspeisung
	Megawatt (MW)	Gigawattstunden (GWh)	Gigawattstunden (GWh)
1991	110	215	— ¹⁾
1992	183	291	275
1993	334	674	663
1994	643	1 428	1 350
1995	1 137	1 712	1 700
1996	1 546	2 078	2 032
1997	1 966	3 034	2 966
1998	2 672	4 593	4 489

¹⁾ Daten nicht verfügbar

Die Netzeinspeisung hatte im Jahr 1998 einen Umfang von 4 489 GWh, das heißt fast 98 % des Stroms aus Windenergie wurde ins Netz eingespeist. Es ist jedoch zu beachten, daß – ähnlich wie bei der Wasserkraft – das Dargebot regional und im zeitlichen Ablauf stark schwankt und somit Erzeugung und Netzeinspeisung entsprechend beeinflusst.

Sonnenenergie

Die installierte Kollektorfläche nahm in der ersten Hälfte der 90er Jahre kontinuierlich zu. Nach den vorliegenden Daten⁵⁾ vergrößerte sie sich von 526 000 m² (1991) um das 3,8fache auf 2 535 000 m² (1998), die entsprechende Wärmeerzeugung stieg parallel von 690 auf 3 339 Terajoule (TJ).

Tabelle 3: Kollektorfläche und Wärmeerzeugung von Solarkollektoren

Jahr	Kollektorfläche	Wärmeerzeugung
	1 000 m ²	Terajoule
1991	526	690
1992	671	890
1993	886	1 170
1994	1 146	1 490
1995	1 426	1 690
1996	1 786	2 353
1997	2 166	2 853
1998	2 535	3 339

Nach wie vor sind die aus vielen Quellen vorliegenden Informationen zur Elektrizitätserzeugung in Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) nur schwer vergleichbar. Fachleute und ständige Beobachter des Marktes beziehen sich meist auf die – auch hier in der nachfolgenden Tabelle 4 ausgewiesenen – Ergebnisse der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW).⁶⁾

Trotz der Datenlücken kann eine erhebliche Zunahme sowohl bei der Stromerzeugung aus Sonnenenergie als auch bei der Netzeinspeisung konstatiert werden. So lag die

⁴⁾ Siehe Wagner, E. „Nutzung der erneuerbaren Energien durch die Elektrizitätswirtschaft, Stand 1998“ in Elektrizitätswirtschaft 98 (1999), Heft 24, S. 12 und die dort angegebene Literatur.

⁵⁾ Deutscher Fachverband Solarenergie (DFS) „Kollektorstatistik 1992 – 1998“, Freiburg 1999.

⁶⁾ Siehe Fußnote 4.

Tabelle 4: Leistung, Elektrizitätserzeugung und Netzeinspeisung von netzgekoppelten Photovoltaikanlagen

Jahr	Leistung	Elektrizitätserzeugung	Netzeinspeisung
	kW _p ¹⁾	Megawattstunden (MWh)	
1991	— ¹⁾	— ²⁾	— ²⁾
1992	4 641	3 249	1 505
1993	— ¹⁾	— ²⁾	— ²⁾
1994	10 446	7 300	4 241
1995	— ¹⁾	— ²⁾	— ²⁾
1996	17 418	11 670	6 082
1997	25 078	17 554	10 620
1998	33 993	23 795	15 617

¹⁾ Spitzenleistung bei PV-Anlagen in Kilowatt – ²⁾ Daten nicht verfügbar

Stromerzeugung der netzgekoppelten PV-Anlagen im Jahr 1998 bei rund 24 GWh (1992: rd. 3 GWh), dies sind jedoch nur 0,004 % der gesamten Bruttostromerzeugung.

Geothermische Energie

Die in Deutschland vorhandenen geothermischen Ressourcen haben nur einen niedrigen Enthalpiegrad. Darunter versteht die Wissenschaft die bei konstantem Druck vorhandene bzw. ausbeutbare Wärme. Die in zahlreichen geothermischen Anlagen gewonnene Wärme wird in Thermalbädern sowie zur Raumheizung und zur Warmwasserbereitung genutzt. Dabei wuchs die Wärmeerzeugung von 290 TJ (1991) auf 407 TJ (1998) an.⁷⁾

Biomasse und Abfälle

Die Primärenergiegewinnung aus diesen Stoffen betrug 179,2 PJ im Jahr 1991 und stieg bis 1998 auf 275,9 PJ an. Der Anteil an der gesamten Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern vergrößerte sich somit von 74,3 auf 76,7 %. Die Stromerzeugung aus Biomasse/Abfällen erhöhte sich im Beobachtungszeitraum von 2 821 GWh auf das 1,7fache auf 4 785 GWh.

Tabelle 5: Kapazität und Elektrizitätserzeugung aus Festabfällen in netzgekoppelten Verbrennungsanlagen und Heizkraftwerken

Jahr	Installierte Kapazität	Elektrizitätserzeugung
	Elektrische Leistung in Megawatt (MW _e)	Gigawattstunden (GWh)
1991	464	2 421
1992	550	2 605
1993	564	2 406
1994	499	2 612
1995	509	2 696
1996	551	2 686
1997	527	2 794
1998	540	3 236

Einer der größten Beiträge kam dabei aus der thermischen Verwertung von Festabfällen. Auf diese Weise wurden 1991 eine Primärenergie von 43,6 PJ und eine Strommenge von 2 421 GWh erzeugt.

Bis 1998 stieg die Primärenergieerzeugung um fast ein Drittel auf 56,1 PJ und die Stromerzeugung auf 3 236 GWh (+ 33,7 %). Die durchschnittliche Wärmeerzeugung pro Jahr lag bei etwa 20 PJ.⁸⁾

⁷⁾ Nach einer telefonischen Auskunft der Geothermischen Vereinigung.

⁸⁾ Siehe Fußnoten 3 und 4 sowie Arbeitsgemeinschaft Fernwärme (AGFW) Hauptberichte der Jahre 1991 ff. in Euroheat & Power – Fernwärme international, lfd. Jahrgänge 1991 bis 1998, Frankfurt 1992 ff.

Den größten Anteil bei der Energieerzeugung aus Biomasse/Abfällen stellt die Verfeuerung von Holz in privaten Haushalten dar. Die eingesetzte Menge lag bei 159,7 PJ pro Jahr.⁹⁾

Die Elektrizitätserzeugung aus Holz und Holznebenprodukten in industriellen Anlagen mit kombinierter Strom- und Wärmestufe lag 1991 bei 263 GWh und vergrößerte sich bis 1998 um das 1,6fache auf 677 GWh. Die durchschnittlich erzeugte Wärmemenge pro Jahr dürfte etwa 8 PJ betragen.

Die Energieerzeugung aus verschiedenen Biogasen ist im Wachsen begriffen. Auch hier ist die Datenlage nach wie vor nicht besonders gut. Nach den vorliegenden Angaben schwankt der Umfang der Elektrizitätserzeugung aus Klärgas sehr stark, im gesamten Beobachtungszeitraum sank er von 35 GWh (1991) auf etwa 34 GWh (1998) und erreichte 1993 mit 51 GWh den höchsten Wert. Die Elektrizitätserzeugung aus Gülle sowie aus sonstigem Biogas zeigt einen deutlichen Zuwachs.

tistiken an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer, wobei insbesondere auch für die Bereiche Wärmemarkt, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien Statistikdaten bereitgestellt werden sollen. Neu geregelt werden soll außerdem die Befragung über den Energieeinsatz in der Industrie, was voraussichtlich zu einer deutlichen Entlastung gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen führen wird.

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Bayer

Tabelle 6. Elektrizitätserzeugung aus Biogas
Gigawattstunden (GWh)

Jahr	Elektrizitätserzeugung aus			
	Deponiegas	Klärgas	Gülle	sonstigem Biogas
1991	- ¹⁾	35	- ¹⁾	- ¹⁾
1992	280	27	1	- ¹⁾
1993	- ¹⁾	51	- ¹⁾	- ¹⁾
1994	524	45	6	13
1995	- ¹⁾	48	- ¹⁾	- ¹⁾
1996	663	49	19	19
1997	669	45	31	17
1998	750	34	67	21

¹⁾ Daten nicht verfügbar

Wesentlich mehr Bedeutung hat die Stromerzeugung aus Deponiegas. Hier stieg die Gewinnung von 280 GWh (1992) auf 750 GWh (1998) an. Der Beitrag der übrigen Biogase ist noch gering. Die gesamte Wärmeerzeugung dürfte pro Jahr bei etwa 5 PJ liegen.¹⁰⁾

Die Erzeugung von Kraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen hat erst in den letzten Jahren in nennenswertem Umfang begonnen, lag jedoch 1998 schon bei rund 100 000 t Rapsölmethylester (RME).¹¹⁾

Abschließende Betrachtung

Die Bereitstellung amtlicher Daten über erneuerbare Energieträger bereitet wegen der veralteten Rechtsgrundlagen nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten. Die statistischen Ämter haben deshalb gemeinsam mit dem Statistischen Beirat, den Verbänden der Energiewirtschaft, der Arbeitsgemeinschaft und dem Länderarbeitskreis Energiebilanzen wiederholt auf die Dringlichkeit der Verabschiedung eines bedarfsgerechten Energiestatistikgesetzes hingewiesen. Inzwischen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie angekündigt, in Kürze einen Entwurf für ein Energiestatistikgesetz vorzulegen. Ziel dieses Gesetzes ist die Anpassung der amtlichen Energiesta-

⁹⁾ Rheinbraun Brennstoff GmbH „Informationen zum Feststoffmarkt“, Köln 1999

¹⁰⁾ Siehe Fußnote 4

¹¹⁾ Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP), Internet-Recherche

Preise im April 2000

Im April 2000 war in Deutschland die Preisentwicklung auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen uneinheitlich. Innerhalb eines Monats stieg der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 0,4%, der Index der Großhandelsverkaufspreise ging dagegen um 0,4% zurück und der Index der Einzelhandelspreise um 0,1%. Unverändert blieb der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Damit wurden erstmals seit Oktober vergangenen Jahres auch wieder rückläufige Indizes registriert. Die Jahresveränderungsraten aller Indizes waren allerdings weiterhin positiv. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte hat sich innerhalb eines Jahres um 1,5% erhöht, der Erzeugerpreisindex um 2,1% und der Index der Großhandelsverkaufspreise um 4,8%. Vergleichsweise gering war der Anstieg des Einzelhandelspreisindex mit 0,5%.

Die Preisentwicklung der Mineralölzeugnisse hat die Indizes entscheidend beeinflusst. In der Berechnung ohne diese Positionen liegen die Jahresveränderungsraten erheblich unter den Vergleichswerten. Bei weitem nicht so groß war der Einfluß der Saisonwaren auf die Preisindizes.

Veränderungen
April 2000
gegenüber
Marz 2000 April 1999

	Marz 2000	April 1999
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,4	+ 2,1
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,7	+ 1,3
Mineralölzeugnisse	- 4,5	+ 25,7
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	- 0,4	+ 4,8
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,2	+ 2,5
Mineralölzeugnisse	- 5,2	+ 32,1
ohne Saisonwaren	- 0,2	+ 5,3
Saisonwaren	- 1,1	- 4,3
Index der Einzelhandelspreise	- 0,1	+ 0,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	-	+ 1,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 0,9
Heizöl und Kraftstoffe	- 4,9	+ 18,5
ohne Saisonwaren	- 0,1	+ 1,6
Saisonwaren	+ 2,0	- 3,6

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) für Deutschland hat sich im April 2000 um 0,4% erhöht. Er lag um 2,1% über dem Vergleichswert vom April des Vorjahres. Im Februar und im März hatte die Jahresveränderungsrate jeweils +2,4% betragen.

Nach wie vor ist auch hier die Entwicklung stark geprägt vom Preisverlauf bei Mineralölzeugnissen, doch ist erstmals seit Mai 1999 mit -4,5% wieder ein Preisrückgang im Monatsvergleich zu verzeichnen. Die Jahresrate, die im März 2000 noch +43,4% betragen hatte, ermäßigte sich im April auf +25,7%. Damit stieg der Gesamtindex unter Ausklammerung der Mineralölzeugnisse gegenüber April 1999 um 1,3% und gegenüber dem Vormonat um 0,7%.

Gegenüber dem Vormonat ging der Index der Großhandelsverkaufspreise für Deutschland im April 2000 zwar um 0,4% zurück, er lag damit aber immer

Ausgewählte Preisindizes 1995 = 100

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ¹⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1994 D	98,3	101,6	99,3	98,3	98,4	98,1
1995 D	100	103,7	100	100	100	100
1996 D	98,8	103,1	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	105,6	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	103,4	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	102,4	101,9	104,9	104,8	105,7
1999 Febr	97,7	100,7	101,6	104,3	104,1	105,3
Marz	97,7	101,4	101,8	104,4	104,3	105,3
April	98,3	101,9	102,1	104,8	104,6	105,6
Ma	98,3	102,2	102,0	104,8	104,7	105,7
Juni	98,4	102,4	101,9	104,9	104,8	105,7
Juli	98,7	102,4	101,9	105,4	105,3	106,1
Aug	98,8	102,7	101,8	105,3	105,3	105,9
Sept	98,9	103,1	101,9	105,1	105,0	105,8
Okt	99,1	103,0	101,9	105,0	104,9	105,7
Nov	99,2	103,7	102,0	105,2	105,1	105,8
Dez	99,4	104,6	102,2	105,5	105,5	106,0
2000 Jan	99,8	105,2	102,3	105,8	105,7	106,4
Febr	100,0	106,4	102,6	106,2	106,1	106,9
Marz	100,0	107,2	102,7	106,4	106,3	107,0
April	100,4	106,8	102,6	106,4	106,3	107,0
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1999 Febr	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Marz	-	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
April	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Ma	-	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
Juni	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
Juli	+ 0,3	-	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Aug	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	-	- 0,2
Sept	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1
Okt	+ 0,2	- 0,1	-	- 0,1	- 0,1	- 0,1
Nov	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Dez	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2
2000 Jan	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Febr	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Marz	-	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
April	+ 0,4	- 0,4	- 0,1	-	-	-
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6
1995 D	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
1996 D	- 1,2	- 0,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 1,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
1999 Febr	- 2,4	- 4,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Marz	- 2,3	- 3,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
April	- 1,7	- 3,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Ma	- 1,7	- 2,5	-	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Juni	- 1,5	- 1,9	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
Juli	- 1,0	- 1,1	-	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
Aug	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3
Sept	- 0,5	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4
Okt	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5
Nov	+ 0,7	+ 3,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5
Dez	+ 1,1	+ 3,7	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7
2000 Jan	+ 2,0	+ 4,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3
Febr	+ 2,4	+ 5,7	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5
Marz	+ 2,4	+ 5,7	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6
April	+ 2,1	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer - ²⁾ Originalbasis 1991 = 100 - ³⁾ Einschl. Umsatzsteuer

noch um 4,8% über dem Stand des Vorjahresmonats. Im März und im Februar hatten die Jahresveränderungsraten jeweils +5,7% betragen. Der Gesamtindex ohne Mineralölzeugnisse lag im April 2000 um 2,5% über dem Vorjahresniveau.

Ein Indexrückgang gegenüber dem Vormonat wurde im April 2000 erstmals wieder seit Oktober vergangenen Jahres ermittelt. Hier verbilligten sich insbesondere Fischerei (-8,9%) und Mineralölzeugnisse (-5,2%) sowie lebende

Schaubild 1

Ausgewählte Preisindizes

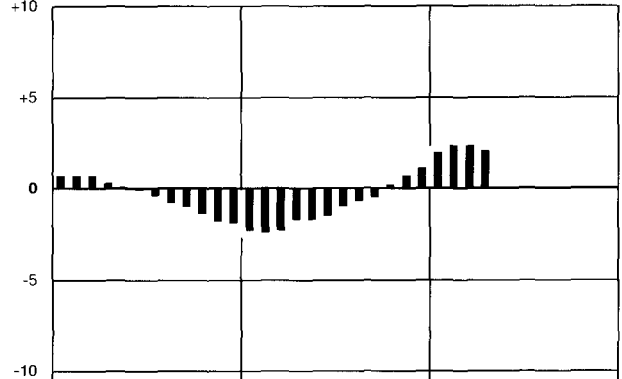
1995 = 100
Log Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



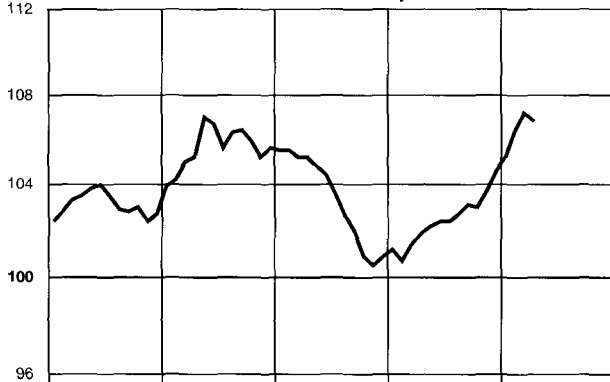
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Arithm Maßstab

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



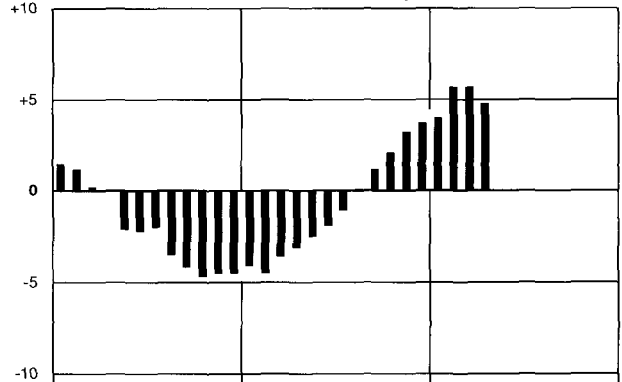
1991 = 100

Großhandelsverkaufspreise



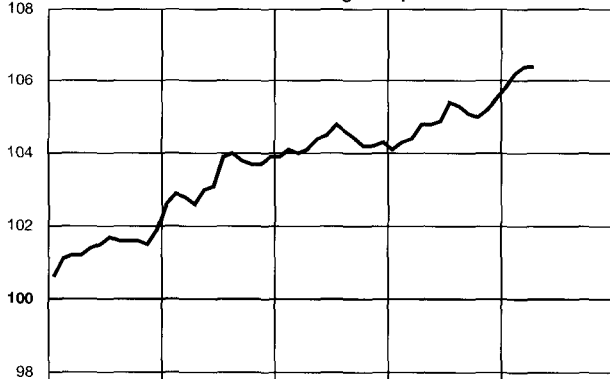
1991 = 100

Großhandelsverkaufspreise



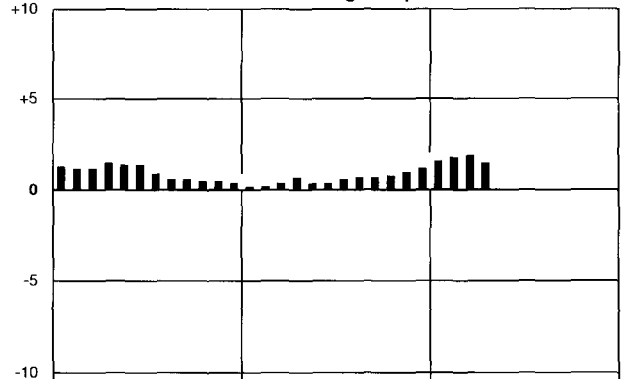
1995 = 100

Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



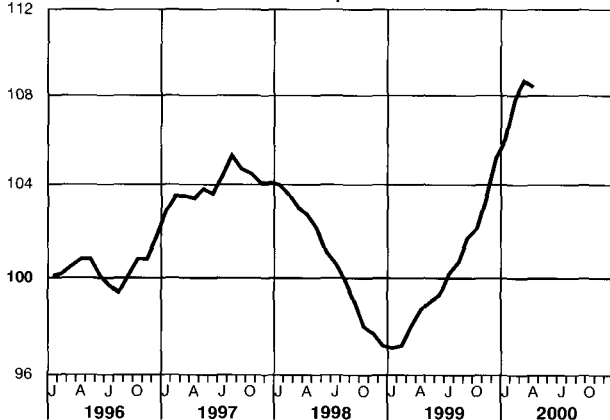
1995 = 100

Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



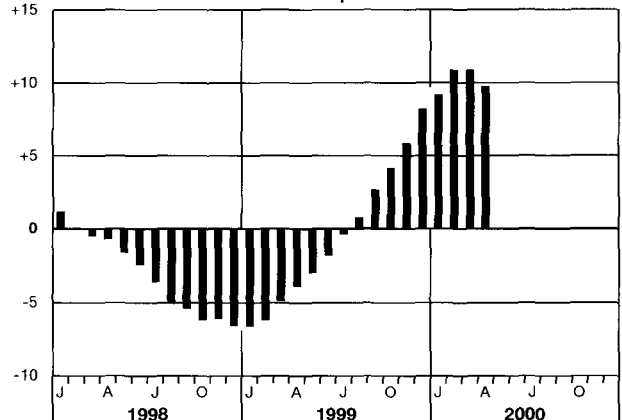
1995 = 100

Einfuhrpreise



1995 = 100

Einfuhrpreise



Schlachtschweine (-3,8%) Dagegen wurden Äpfel (+16,6%) sowie Ölkuchen und Olschrote (+3,0%) gegenüber März 2000 teurer

In der Gliederung nach Wirtschaftszweigen lag der Teilindex des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren im April 2000 um 14,3% über dem Vorjahresniveau, wobei sich die Preise im Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen fast verdoppelten (+81,8%). Nur mäßig erhöhten sich dagegen die Preise im Großhandel mit Fertigwaren (+0,6%) Die Teilindizes für einzelne Wirtschaftsgruppen des Großhandels wiesen folgende Monats- bzw. Jahresveränderungen auf.

	Veränderungen April 2000 gegenüber	
	Marz 2000	April 1999
	%	
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	- 0,9	+ 14,3
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	- 0,1	+ 10,4
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw	+ 0,8	+ 5,2
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 0,1	+ 5,8
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	- 4,8	+ 28,4
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	+ 0,2	+ 11,3
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 0,3	+ 0,1
Altmaterial, Reststoffen	+ 11,9	+ 81,8
Fertigwaren	+ 0,1	+ 0,6
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,3	+ 0,3
Textilien, Bekleidung, Schuhen Lederwaren	+ 0,1	+ 0,2
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	-	- 0,2
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen		
Schmuck usw	- 0,1	- 0,1
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 0,1	+ 0,1
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	+ 0,3	+ 1,5
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o a S)	+ 0,5	+ 2,8

Der Index der Einzelhandelspreise fiel im April 2000 um 0,1% gegenüber dem Vormonat und war damit um 0,5% höher als vor einem Jahr. Die Jahresveränderungsrate hatte im März +0,9% und im Februar +1,0% betragen.

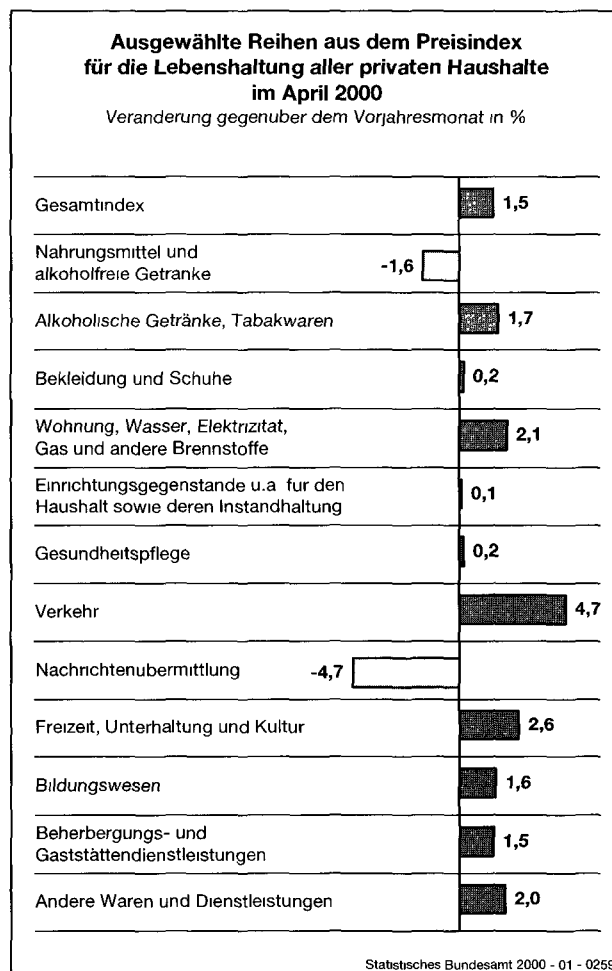
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland lag im April 2000 um 1,5% höher als im April 1999. Im Vergleich zum März 2000 blieb der Index unverändert.

Der Rückgang der Jahresteuersrate im April 2000 (im März 2000 hatte sie +1,9% betragen) ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß vor einem Jahr die erste Stufe

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
auf Basis 1995 = 100**

	Veränderungen April 2000 gegenüber	
	Marz 2000	April 1999
	%	
Gesamtindex	-	+ 1,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,4	- 1,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	- 0,1	+ 1,7
Bekleidung und Schuhe	-	+ 0,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw	+ 0,2	+ 2,1
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u a	-	+ 0,1
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 0,2
Verkehr	- 1,0	+ 4,7
Nachrichtenermittlung	- 0,2	- 4,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 0,4	+ 2,6
Bildungswesen	-	+ 1,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,0	+ 1,5
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	+ 2,0

Schaubild 2



der Ökosteuerreform wirksam wurde. In der Jahresrate wirkt sich diese Steuererhöhung jetzt erstmals nicht mehr aus. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch marktbestimmte Preisrückgänge im April 2000 bei den Mineralerzeugnissen (-5,0%) sowie bei Molkereiprodukten und Eiern (-1,8%), Speisefetten und Ölen (-3,3%), Obst (-4,4%), Gemüse (-4,8%) und bei Kaffee, Tee, Kakao (-5,4%). Auch Gesundheitsdienstleistungen der Krankenhäuser haben sich gegenüber dem Vorjahresmonat verbilligt, und zwar um 2,6%

Die nebenstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar.

Im April 2000 ergab sich für das frühere Bundesgebiet im Vorjahresvergleich eine durchschnittliche Preissteigerungsrate von +1,6%. Für die neuen Länder und Berlin-Ost wurde eine Teuerungsrate von +1,3% gegenüber April 1999 errechnet.

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im April 2000 gegenüber April 1999 um 1,6% gestiegen. Gegenüber März 2000 bedeutet dies einen Rückgang um -0,1%.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise ergaben sich im einzelnen folgende Preisveränderungen gegen-

über dem Vormonat bzw dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen April 2000 gegenüber	
	Marz 2000	April 1999
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Schweres Heizöl	- 10,3	+ 56,0
Betonstahlmatten	+ 3,0	+ 55,4
Leichtes Heizöl	- 5,1	+ 47,3
Aluminium	+ 0,6	+ 40,5
Erdgas	+ 9,9	+ 30,7
Warmbreitband aus unlegiertem Stahl	+ 3,0	+ 29,5
Kaltgewalztes Blech	+ 7,7	+ 29,4
Kupfer	- 0,5	+ 29,0
Kraftstoffe	- 3,9	+ 18,0
Chemische Grundstoffe	+ 3,6	+ 13,9
Papier, Karton und Pappe	+ 1,4	+ 9,5
Keramische Wand- und Bodenfliesen	-	- 3,4
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	+ 1,5	- 7,2
Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen	- 5,8	- 7,8
Universälwaschmittel	- 2,2	- 8,8
Drehstromzähler	- 1,0	- 14,9
Elektrischer Strom	- 0,7	- 16,5

Dipl.-Volkswirt Gerd Ströhl

Sozialhilfebezug in Ost und West – Eine vergleichende Analyse auf Basis der 25 %-Stichprobe

Der folgende Beitrag ist eine Zusammenfassung von Auswertungen der 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik. Er hat regionale Unterschiede in der Struktur der Sozialhilfeempfänger unter besonderer Berücksichtigung der Haushalte zum Inhalt. Die Untersuchung wurde von Dipl.-Volkswirtin Monika Burmester während eines Gastaufenthaltes beim Statistischen Bundesamt erstellt. Für die Ergebnisse zeichnet allein die Autorin verantwortlich.

Einleitung

Der vorliegende Bericht basiert auf den Daten der 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik. Zum Untersuchungszeitpunkt waren die Stichproben der Erhebungsjahre 1994 bis 1997 verfügbar. Für die Analyse blieben die Daten des ersten Erhebungsjahres 1994 unberücksichtigt. Sofern keine anderen Angaben gemacht sind, handelt es sich bei den im Text genannten Zahlen um die Werte des Jahres 1997.

In den neuen Bundesländern¹⁾ leben – gemessen an der Gesamtbevölkerung – weniger Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)²⁾ als im früheren Bundesgebiet, obwohl die armutsrelevanten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Arbeitsmarkt und Einkommenshöhe) im Osten ungünstiger sind als in den alten Ländern. Dies legt den Schluß nahe, daß die Sozialstruktur in beiden Teilen Deutschlands noch immer so verschieden ist, daß eine getrennte Analyse beider Gebiete angebracht ist. Die vorliegende Auswertung soll Material für diese These liefern. Auf Basis der Sozialhilfedaten wird die Struktur der Sozialhilfeempfänger und deren Haushalte für die beiden Teile Deutschlands aufgezeigt.

Datenbasis: 25 %-Stichprobe

Die Sozialhilfeempfängerstatistik weist die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und von Hilfe in be-

¹⁾ Für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990 wird die Bezeichnung „früheres Bundesgebiet“ und als Synonyme die Begriffe „alte Länder“, „alte Bundesländer“ und „Westen“ verwendet. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost. Hierfür werden auch die Termini „neue Länder“, „neue Bundesländer“ und „Osten“ verwendet.

²⁾ Der Anteil der HLU-Empfänger an der Bevölkerung wird auch als Sozialhilfequote oder Sozialhilfedichte bzw. Empfängerquote oder -dichte bezeichnet.

sonderen Lebenslagen (HbL) aus. Die 25%-Stichprobe enthält nur die Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne, also die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Wenn im folgenden verkürzt von Sozialhilfeempfängerstatistik gesprochen wird, ist immer nur der auf diese Empfängergruppe bezogene Teil der Statistik gemeint. In der Totalerhebung sind sämtliche Hilfeempfänger erfaßt, die zum Stichtag (31.12.) für mindestens einen Monat HLU erhalten. Die Datenerhebung erfolgt durch die Träger der Sozialhilfe, die Aufbereitung wird in den statistischen Ämtern der Länder vorgenommen. Für eigene Auswertungen steht dem Statistischen Bundesamt nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) eine repräsentative Stichprobe von 25 % der in den Landesämtern verfügbaren Einzeldatensätze zu.

Sozialhilfeempfängerhaushalt versus Bedarfsgemeinschaft

Der Schwerpunkt der vorliegenden Auswertung der Sozialhilfeempfängerstichprobe liegt auf dem Haushaltskontext. Bei einer haushaltsbezogenen Analyse taucht das Problem auf, daß die Sozialhilfe auf der Bedarfsgemeinschaft basiert, einem unterhaltsrechtlichen Konstrukt, das nicht zwingend mit dem Haushalt identisch ist. Einem Haushalt können mehrere Bedarfsgemeinschaften angehören. Ebenso ist es möglich, daß HLU-Empfänger mit Personen, die keinen Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt haben, eine Haushaltsgemeinschaft bilden. In einem ersten Schritt ist daher die Beziehung zwischen Bedarfsgemeinschaft und Haushalt zu klären mit dem Ziel, letztendlich die Bedarfsgemeinschaften herauszufiltern, die mit dem Haushalt übereinstimmen.

Haushalte haben unterschiedlich viele Mitglieder. Um darzustellen, wieviel Personen von bestimmten Merkmalsausprägungen betroffen sind, werden die Bedarfsgemeinschaften mit ihrer Personenzahl gewichtet. Wenn in diesem Bericht von Haushalten oder Haushaltstypen gesprochen wird, dann sind in der Regel die darin lebenden Personen gemeint. Mehrpersonenhaushalte bekommen durch diese Betrachtung ein höheres Gewicht.

Tabelle 1: Bedarfsgemeinschaft und Haushalte 1997

Anteil aller Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)¹⁾ in %

Haushaltstyp	Bedarfsgemeinschaft = Haushalt		Bedarfsgemeinschaft < Haushalt	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinstehende	19,8	18,8	1,9	1,2
Männer	9,2	11,1	0,5	0,5
Frauen	10,5	7,7	1,5	0,7
Alleinerziehende	26,9	31,0	2,9	2,6
Ehepaare	30,7	26,1	3,4	1,9
ohne Kind	6,7	4,4	0,9	0,4
mit Kind(ern)	24,1	21,7	2,5	1,5
Nichteheliche				
Lebensgemeinschaften	3,0	9,3	0,3	0,3
ohne Kind	1,0	1,9	0,1	0,1
mit Kind(ern)	2,1	7,4	0,2	0,3
Sonstige	7,2	5,0	3,9	3,8
Insgesamt	87,6	90,1	12,4	9,9

Quelle: 25 %-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

¹⁾ Es ist der Anteil aller HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften des spezifizierten Typs an allen HLU-Empfängern der alten bzw. der neuen Bundesländer ausgewiesen.

Tabelle 1 belegt, daß die Unterscheidung von Bedarfsgemeinschaft und Haushalt weniger gravierend ist, als dies die häufige Bebilderung mit Fällen von zum Beispiel volljährige Kindern, die im Haushalt ihrer ebenfalls auf Sozialhilfeleistungen angewiesenen Eltern leben (zwei Bedarfsgemeinschaften in einem Haushalt), vermuten läßt. Für annähernd 90% aller HLU-Empfänger gilt, daß sie in Bedarfsgemeinschaften leben, deren Personenzahl der des Haushaltes entspricht (Bedarfsgemeinschaft = Haushalt). Der Anteil der mit dem Haushalt identischen Bedarfsgemeinschaften ist im Westen etwas niedriger, im Osten entsprechend höher. Für die ausgewählten Haushaltstypen, die im Zentrum dieser Auswertung stehen, ist der Anteil höher als für Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand. Insgesamt leben weniger als 20% aller HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften, die nicht eindeutig als Haushaltstyp Alleinstehend, Alleinerziehend, Ehepaar oder nichteheliche Lebensgemeinschaft klassifiziert werden können. Diese Gruppe der nicht spezifizierbaren Bedarfsgemeinschaften wird im folgenden unter „Sonstige“ subsumiert. Es handelt sich dabei einerseits um Bedarfsgemeinschaften, die für sich genommen zwar ebenfalls einem dieser Haushaltstypen entsprechen würden, die aber nur eine Teilmenge eines Gesamthaushaltes darstellen. Andererseits befinden sich in dieser Restgröße die Bedarfsgemeinschaften mit einem Haushaltsvorstand, die nicht in das vorgegebene Raster der Haushaltstypen passen, sowie alle Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand.

Hohe Empfängerquote im Westen – niedrige im Osten

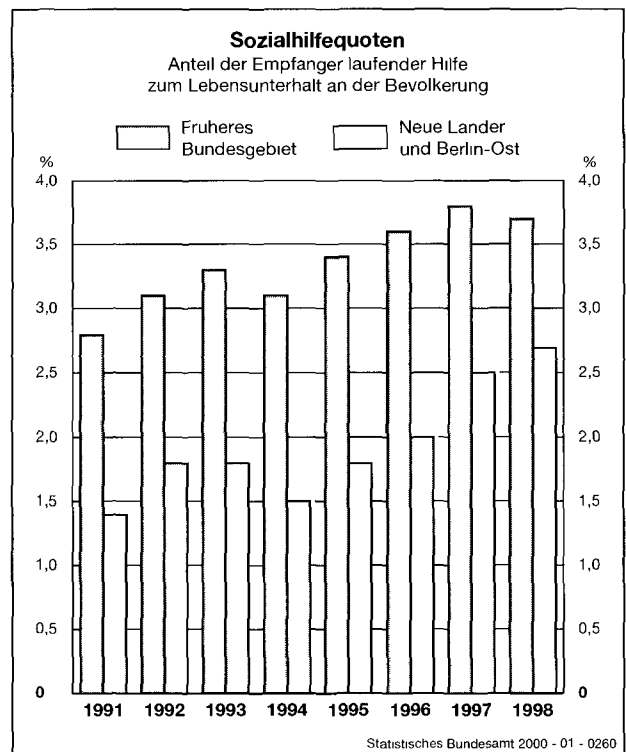
Ungeachtet der Unterversorgung mit Arbeitsplätzen und dem niedrigeren Einkommensniveau³⁾ sind in den neuen Bundesländern relativ weniger Menschen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen als im früheren Bundesgebiet. Auf 100 Einwohner kamen 1997 im Osten 2,5 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, im Westen lag die entsprechende Quote bei 3,8%⁴⁾

Seit der Einführung der neugestalteten Sozialhilfestatistik im Jahr 1994 sind die Empfängerzahlen in den neuen Ländern und Berlin-Ost stärker gestiegen als im früheren Bundesgebiet. Trotz dieses beschleunigten Anstiegs ist die Sozialhilfequote in den neuen Bundesländern noch immer nicht so hoch wie in den alten, ein Phänomen, das mit den Analysen zum unteren Rand der Einkommensverteilung nicht kompatibel ist. Entsprechend weisen Untersuchungen zur Dunkelziffer der Armut für den Osten einen deutlich höheren Anteil nicht realisierter Ansprüche an Sozialhilfe-

³⁾ Siehe Bedau, K.-D. „Vollige Angleichung der Ost-West-Arbeitseinkommen nicht in Sicht“ in DIW-Wochenbericht 15-16/1999, Hauser, R. „Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und den neuen Bundesländern von 1990 bis 1995“ in Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.) „Einkommensverteilung und Armut“, Frankfurt 1997, S. 63 ff., Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Datenreport 1999“, München 1999, S. 111 f.

⁴⁾ Für die vorliegende Untersuchung standen die Stichprobendaten des Erhebungsjahres 1998 noch nicht zur Verfügung. Aus den mittlerweile veröffentlichten Daten der Totalerhebung geht hervor, daß sich die Empfängerquoten weiter angenähert haben. Sie liegen im früheren Bundesgebiet bei 3,7% und in den neuen Bundesländern bei 2,7% der Bevölkerung.

Schaubild 1



leistungen nach als für den Westen⁵⁾. Nach diesen Berechnungen, die mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels vorgenommen wurden, haben 1995 in den neuen Bundesländern 4,2% der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Einkommenssituation eigentlich anspruchsberechtigt gewesen wären, keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten; in den alten Bundesländern lag die entsprechende Quote bei 3,2%. Diese Schätzwerte weisen die verdeckt Armen aus, also solche Personen, deren Einkommen unter der Sozialhifeschwelle liegt.

Sozialhilfedichte und Haushaltsstruktur im regionalen Kontext

Tabelle 1 macht die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Haushaltstypen bei den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in den beiden Teilen Deutschlands transparent. Im früheren Bundesgebiet leben relativ mehr HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften von Ehepaaren, in den neuen Bundesländern fallen Personen in Haushalten von Alleinerziehenden und nichtehelichen Lebensgemeinschaften stärker ins Gewicht. Über 30% aller Hilfeempfänger in den neuen Ländern leben in Haushalten von Alleinerziehenden. Auch in Bedarfsgemeinschaften von unverheirateten Paaren leben im Osten deutlich mehr HLU-Empfänger als im Westen. Beide Haushaltstypen, sowohl Alleinerziehende als auch nichteheliche Lebensgemeinschaften, sind auch in der Gesamtbevölkerung der neuen Länder deutlich häufiger vertreten als im früheren Bundesgebiet. Dies führt dazu, daß die Sozialhilfequote der Allein-

⁵⁾ Siehe Neumann, U. „Verdeckte Armut in der Bundesrepublik Deutschland“ in Aus Politik und Zeitgeschichte, B18/1999, S. 27 ff.

erziehenden- und nichtehelichen Paarhaushalte in den neuen Bundesländern, trotz des höheren Gewichtes dieser Haushaltstypen an allen Bedarfsgemeinschaften, viel niedriger ist als im Westen⁶⁾

Mit der folgenden Auswertung nach Gemeindegrößenklassen wird die kleinräumliche Regionalstruktur der Empfängerdichte in den alten und den neuen Bundesländern verglichen. Sie zielt auf die Frage, ob für Sozialhilfeempfänger und deren Haushalte auf Basis der Gemeindegrößenklassen ein Stadt-Land-Gefälle erkennbar ist und ob ein solches Regionalgefälle in beiden Teilen Deutschlands ähnlich ausgeprägt ist.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Verteilung der Hilfeempfänger nicht der Verteilung der Gesamtbevölkerung entspricht. Besonders groß sind die Unterschiede in den Randbereichen. In Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern leben – gemessen an der Gesamtbevölkerung – vergleichsweise wenig Sozialhilfeempfänger, in den Großstädten mit mehr als 500000 Einwohnern sind sie hingegen weit überproportional vertreten. Dies spiegelt sich in der Sozialhilfedichte, also dem Anteil der HLU-Empfänger an der Bevölkerung, wider, die in Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl sehr viel niedriger ist als in Großstädten. In der Tendenz gilt dieses Ergebnis für beide Teile Deutschlands. Allerdings gibt es Unterschiede im Ausmaß der regionalen Disparitäten. Während die Sozialhilfeempfängerquoten in Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern in West und Ost eng beieinander liegen, ist der Anstieg der Empfängerquoten in den Gemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern im Osten nicht annähernd so ausgeprägt wie im Westen. In den neuen Bundesländern gibt es also in den

größeren Städten (noch) keine so starke Kumulation von Risikogruppen wie im Westen.

Wie sich die Gesamtbevölkerung in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen auf die einzelnen Haushaltstypen verteilt, konnte in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Die Haushaltsbetrachtung erfolgt ausschließlich mit den Daten der Sozialhilfestatistik. Alleinstehende sind in beiden Teilen der Bundesrepublik in kleineren Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern unter- und in Großstädten (über 500000 Einwohner) deutlich übergewichtet. Dies ist der Haushaltstyp, der das auffallendste Regionalgefälle aufweist. Alleinerziehende sind in ähnlicher Weise auf die verschiedenen Gemeindegrößenklassen verteilt wie die Gesamtheit der Hilfeempfänger; in Westdeutschland sind Ein-Eltern-Familien in den kleinen Gemeinden leicht über-, im Osten hingegen leicht unterrepräsentiert. Während sich für Ehepaare in den alten Bundesländern eine allen Hilfeempfängern vergleichbare Regionalverteilung nachzeichnen läßt, leben Ehepaare in den neuen Bundesländern etwas häufiger in kleinen Gemeinden. Eine Übergewichtung in Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern gilt in noch stärkerem Maße für ostdeutsche unverheiratete Paare. In Großstädten haben sie von allen betrachteten Haushaltstypen das geringste Gewicht. Dieses Regionalmuster ist bei den westdeutschen nichtehelichen Lebensgemeinschaften noch stärker akzentuiert; sie sind in Großgemeinden deutlich unterrepräsentiert.

Abweichende Haushaltsstruktur bei Ausländern

Nicht nur in der Siedlungsstruktur unterscheiden sich die alten und die neuen Bundesländer. Auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung gibt es Abweichungen. In den neuen Ländern wohnen im Vergleich zum früheren Bundesgebiet deutlich weniger Ausländer. Dies findet auch in der Sozialhilfeempfängerstatistik seinen Niederschlag. Während in den alten Bundesländern ein Viertel

⁶⁾ Die zur Berechnung der haushaltsspezifischen Sozialhilfequote notwendigen Mikrozensus-Daten standen für diese Analyse nicht zur Verfügung. Die Ergebnisse sind Quellen entnommen, in denen die Haushalte etwas anders abgegrenzt sind als in dieser Auswertung. Siehe Statistisches Bundesamt: Haushalte von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende (Tabellen), Wiesbaden 1999.

Tabelle 2: Bedarfsgemeinschaften 1997 in regionaler Gliederung nach Gemeindegrößenklassen

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost				
	Gemeinden mit					bis unter				
	unter 5000	5 000 – 20 000	20 000 – 100 000	100 000 – 500 000	500 000 und mehr	unter 5 000	5 000 – 20 000	20 000 – 100 000	100 000 – 500 000	500 000 und mehr
	%)									
Alleinstehende	3,7	11,2	22,6	23,8	38,7	14,3	13,5	25,2	21,1	25,9
Männer	3,3	10,1	20,5	23,7	42,5	14,1	12,5	24,5	20,1	28,9
Frauen	4,1	12,3	24,4	23,9	35,3	14,7	14,9	26,1	22,6	21,7
Alleinerziehende	6,5	17,3	27,6	22,4	26,2	15,3	16,1	27,7	22,5	18,3
Ehepaare ohne Kind	4,4	15,5	26,8	23,3	30,0	20,1	17,1	25,4	21,1	16,2
Ehepaare mit Kind(ern)	5,4	17,0	27,7	21,8	28,1	20,7	17,6	27,9	17,8	15,8
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kind	7,3	21,1	37,9	21,7	12,0	18,6	18,2	31,6	18,6	12,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern)	8,9	22,0	35,8	19,6	13,7	20,2	19,4	30,3	17,9	12,2
Sonstige	6,9	18,5	28,1	21,4	25,1	20,6	16,5	27,5	20,8	14,6
Insgesamt	5,7	16,3	26,9	22,3	28,8	17,7	16,3	27,4	20,5	18,0
	%)									
Nachrichtlich Gesamtbevölkerung	13,9	26,4	27,5	16,3	15,9	33,5	18,8	22,0	17,4	8,4
	HLU-Empfänger je 100 Einwohner									
Sozialhilfeempfängerquote	1,5	2,3	3,7	5,1	6,8	1,3	2,2	3,1	2,9	5,4

Quelle: 25 %- Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik und Gemeindegliederungsverzeichnis

¹⁾ Anteil an allen HLU-Empfängern im jeweiligen Gebiet, die im gleichen Haushaltstyp leben – ²⁾ Anteil der Bevölkerung in der Gemeindegrößenklasse an der Gesamtbevölkerung

der HLU-Empfänger Nichtdeutsche sind, liegt der Anteil in den neuen Bundesländern bei knapp 6%. Gemessen an der Wohnbevölkerung beziehen im Westen von hundert Ausländern neun HLU, im Osten sind es sieben⁷⁾ In beiden Teilgebieten haben Ausländer also ein deutlich höheres „Sozialhilferisiko“ als Deutsche⁸⁾

Tabelle 3. Bedarfsgemeinschaften¹⁾ 1997 nach Nationalität des Haushaltsvorstandes

„%-Anteil an allen HLU-Empfängern im jeweiligen Gebiet

Haushaltstyp	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	zu-sammen	Deutscher Haushaltsvorstand	Aus-landischer Haushaltsvorstand	zu-sammen	Deutscher Haushaltsvorstand	Aus-landischer Haushaltsvorstand
Alleinstehende	21,5	18,2	3,3	20,1	19,0	1,2
Alleinerziehende	29,3	25,0	4,3	33,2	32,5	0,7
Ehepaare ohne Kind	7,3	4,9	2,4	4,7	4,1	0,7
Ehepaare mit Kind(ern)	26,1	14,2	11,9	23,3	20,7	2,6
mit 1 Kind	6,9	4,1	2,8	6,8	5,8	1,0
mit 2 Kindern	9,1	5,4	3,6	9,1	8,1	0,9
mit mehr als 2 Kindern	10,2	4,7	5,5	7,5	6,8	0,7
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kind	1,0	0,9	0,1	2,0	2,0	0,1
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern)	2,3	1,8	0,4	7,9	7,8	0,1
Sonstige	12,6	8,6	4,0	8,7	8,2	0,5
Insgesamt	100	73,6	26,4	100	94,2	5,8

Quelle: 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

¹⁾ Nur Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand

In der Haushaltsstruktur unterscheiden sich Bedarfsgemeinschaften mit deutschem oder ausländischem Haushaltsvorstand auffallend. Sowohl im Westen als auch im Osten leben mehr als die Hälfte aller HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften mit ausländischem Haushaltsvorstand in Haushalten von Ehepaaren. Dies gilt nur für etwa ein Viertel der HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften mit deutschem Haushaltsvorstand. In Haushalten von Ehepaaren mit mindestens drei Kindern leben in Westdeutschland sogar absolut mehr nichtdeutsche HLU-Empfänger (127 772) als deutsche (108 060).

Aber nicht nur die Strukturen der Bedarfsgemeinschaften mit deutschem und ausländischem Haushaltsvorstand weichen voneinander ab. Der Ost-West-Vergleich zeigt auch Unterschiede in der Zusammensetzung der HLU-Empfänger, die in Bedarfsgemeinschaften mit deutschem Haushaltsvorstand leben. Während in den beiden Teilen der Bundesrepublik ungefähr jeder vierte HLU-Empfänger im Haushalt eines Ehepaares mit deutschem Haushaltsvorstand wohnt, gibt es bei den Alleinstehenden und nichtehelichen Lebensgemeinschaften größere Differenzen. Im

Westen gibt es relativ mehr deutsche Alleinstehende, im Osten leben demgegenüber relativ mehr HLU-Empfänger in Bedarfsgemeinschaften von unverheirateten Paaren.

Aufgrund des geringen Anteils nichtdeutscher Bedarfsgemeinschaften in den neuen Bundesländern unterscheidet sich dort die Haushaltsstruktur aller Hilfeempfänger nicht gravierend von der der Bedarfsgemeinschaften mit deutschem Haushaltsvorstand. In den alten Bundesländern ist dies anders. Hier wirkt sich die abweichende Haushaltsstruktur der Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand dahingehend aus, daß Ehepaare ein insgesamt höheres Gewicht bekommen zu Lasten der Personen in den übrigen Haushaltstypen.

Sozialhilfebezug minderjähriger Kinder

Von den 2,9 Mill. Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sind 37% jünger als 18 Jahre. Damit sind Minderjährige unter den Sozialhilfeempfängern weit stärker repräsentiert als in der Gesamtbevölkerung. Dies spiegelt sich auch in der Sozialhilfequote wider, die für Minderjährige annähernd doppelt so hoch ist wie für die Gesamtheit der Hilfeempfänger, ein Befund, der sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost gilt. Auffallend sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Jüngere Kinder haben eine höhere Sozialhilfequote als ältere oder anders ausgedrückt: Mit zunehmendem Alter beziehen relativ weniger Kinder Sozialhilfe. Auch dies läßt sich sowohl für den Westen als auch für den Osten beobachten. Die altersgruppenspezifischen Unterschiede in der Sozialhilfequote sind bei deutschen Kindern ausgeprägter als bei nichtdeutschen, bei den ostdeutschen Kindern sehr viel stärker als bei den westdeutschen (siehe Tabelle 4). In der Altersgruppe der unter 6jährigen erhalten ostdeutsche Kinder sehr viel häufiger laufende Hilfe zum Lebensunterhalt als westdeutsche Kinder. In allen anderen Altersgruppen haben Minderjährige in den alten Bundesländern eine höhere Sozialhilfequote als Bewohner der neuen Bundesländer.

Tabelle 4: Sozialhilfeempfängerquoten Minderjähriger 1997

HLU-Empfänger je 100 Einwohner

Alter von unter bis Jahre	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	zu-sammen	Deutsche	Aus-lander/-innen	zu-sammen	Deutsche	Aus-lander/-innen
unter 6	8,2	7,1	14,8	12,2	12,3	10,9
6-10	7,4	6,4	14,2	4,1	4,0	10,1
10-15	6,7	5,6	14,0	3,3	3,2	9,8
15-18	5,6	4,6	12,0	2,8	2,7	8,0
Alle Minderjährigen	7,2	6,1	14,0	5,0	4,9	9,9
Nachrichtlich Alle Altersgruppen	3,8	3,1	9,1	2,5	2,4	6,6

Quelle: 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik und Statistik Regional

Der größte Teil der Sozialhilfe beziehenden Kinder lebt in Haushalten von Alleinerziehenden. Im früheren Bundesgebiet sind es 46,5%, in den neuen Bundesländern sind es mehr als die Hälfte aller Sozialhilfe beziehenden Kinder.

⁷⁾ Diese Quoten für das Jahr 1998 basieren auf der Totalerhebung. Siehe Statistisches Bundesamt „Statistik der Sozialhilfe, Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.1998“. Arbeitsunterlage, Bonn 1999, S. 48

⁸⁾ Warum Ausländer eine höhere Empfängerquote haben als Deutsche, wird nicht thematisiert. Siehe hierzu Riphan, R.T. „Immigrant Participation in the German Welfare Program“ in Finanzarchiv, 55 (1998), S. 163 ff. Sie weist nach, daß das erhöhte „Sozialhilferisiko“ von Ausländern auf Faktoren zurückzuführen ist, die bei Ausländern gehäuft auftreten (z.B. geringe Qualifikation). Der Häufung dieser Risikofaktoren in der ausländischen Bevölkerung ist der höhere Anteil von nichtdeutschen Sozialhilfeempfängern zuzuschreiben und keineswegs einer „höheren Anspruchsmoralität“ von Ausländern.

Der geringere Anteil von Kindern in Alleinerziehenden-Haushalten in Westdeutschland ist auf die bereits beschriebene abweichende Haushaltsstruktur der ausländischen HLU-Empfänger zurückzuführen. Die deutschen Kinder, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, leben auch in Westdeutschland mehrheitlich in Ein-Eltern-Familien. Bei deutschen Kindern unter 7 Jahren, die in den alten Bundesländern wohnen, liegt der Anteil sogar bei 60%.

In Haushalten von Ehepaaren lebt in beiden Teilen der Bundesrepublik ein gutes Viertel aller Sozialhilfe beziehenden deutschen Kinder. Bei den nichtdeutschen Kindern sind es weit mehr als die Hälfte. Auffallend hoch ist – insbesondere im Westen – der Anteil ausländischer minderjähriger Hilfeempfänger in Haushalten von Ehepaaren mit mindestens drei Kindern. In solchen kinderreichen Familien lebt im Westen ein Drittel der nichtdeutschen minderjährigen HLU-Empfänger, im Osten ist es ein Viertel. Demgegenüber ist diese Haushaltsform nur für 11% der deutschen Kinder relevant.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind in den alten Bundesländern für minderjährige HLU-Empfänger relativ unbedeutend. In den neuen Ländern leben immerhin 9% der Sozialhilfe beziehenden Kinder in solchen Paarhaushalten, die zumindest für die Sozialhilfebezieher der klassischen Zwei-Eltern-Familie ähnlich sind (der Gesetzgeber legt die eheähnliche Gemeinschaft zugrunde). Faßt man die Haushalte von verheirateten und unverheirateten Paaren zusammen, so erhält man den Befund, daß in den neuen Bundesländern anteilig ebenso viele Kinder in Paarhaushalten leben wie in den alten Bundesländern. Vergleicht man nur die deutschen Kinder, so leben im Osten relativ mehr in Paarhaushalten als in den alten Bundesländern.

Gründe für den Sozialhilfebezug: Besondere soziale Situation

Hinweise auf die Gründe des Sozialhilfebezugs geben einerseits die Variable „besondere soziale Situation“, andererseits der „Erwerbsstatus“. Mit der besonderen sozialen Situation werden bestimmte soziale Problemlagen erfaßt, die zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe führen können, wie Tod eines Familienmitgliedes, Scheidung, Sucht, Verlust der Wohnung usw.

Für etwa 80% aller Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt – im Westen sind es etwas weniger, im Osten etwas mehr – ist der Sozialhilfebezug nicht auf die erhobenen sozialen Ausnahmesituationen zurückzuführen. Von den insgesamt erfragten acht Gründen treten nur zwei häufiger auf: Trennung oder Scheidung und Geburt eines Kindes. Diese besonderen sozialen Ausnahmetatbestände sind nicht nur für die einzelnen Haushaltstypen von unterschiedlicher Relevanz, sondern auch im Ost-West-Vergleich. Während 12% der westdeutschen HLU-Empfänger von Trennung oder Scheidung betroffen sind, spielt dieser Grund nur für 5,5% der ostdeutschen HLU-Empfänger eine Rolle. In den neuen Bundesländern ist hingegen die Geburt eines Kindes besonders häufig ursächlich für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe (9,3% der Hilfeempfän-

ger gegenüber 4,5% im Westen). Dieses Ergebnis korrespondiert mit der hohen Sozialhilfequote der Kleinkinder in den neuen Bundesländern. Kinder stellen offensichtlich im Osten ein noch höheres Armutsrisiko dar als im Westen.

Tabelle 5: Besondere soziale Situation 1997 nach Haushaltstyp

„%-Anteil an allen HLU-Empfängern im jeweiligen Gebiet, die in gleichem Haushaltstyp leben“

Haushaltstyp	Trennung/Scheidung		Geburt eines Kindes	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinstehende	6,4	2,7	0,5	0,1
Alleinerziehende	31,7	13,4	10,9	16,6
Ehepaare	0,0	0,0	2,4	5,8
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	14,6	2,5	6,0	16,7
Sonstige	9,5	4,0	3,0	7,0
Insgesamt	12,1	5,5	4,5	9,3

Quelle: 25% Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften sind die Haushaltstypen, bei denen die besondere soziale Situation „Trennung oder Scheidung“ besonders häufig vorkommt. Im früheren Bundesgebiet liegt für mehr als 30% der in Alleinerziehenden-Haushalten Lebenden der Grund für den Sozialhilfebezug in Trennung oder Scheidung. In den neuen Bundesländern gilt dies hingegen gerade einmal für 13% der in Ein-Eltern-Familien lebenden HLU-Empfänger. Trennung oder Scheidung kommt bei weiblichen Haushaltsvorständen in stärkerem Umfang vor als bei männlichen. Die hier festzustellende regionale Disparität zwischen West und Ost ist ein Hinweis darauf, daß die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von ihren Partnern im Osten deutlich geringer ist als im Westen. Dies korrespondiert mit der höheren Erwerbsorientierung der Frauen in den neuen Bundesländern.

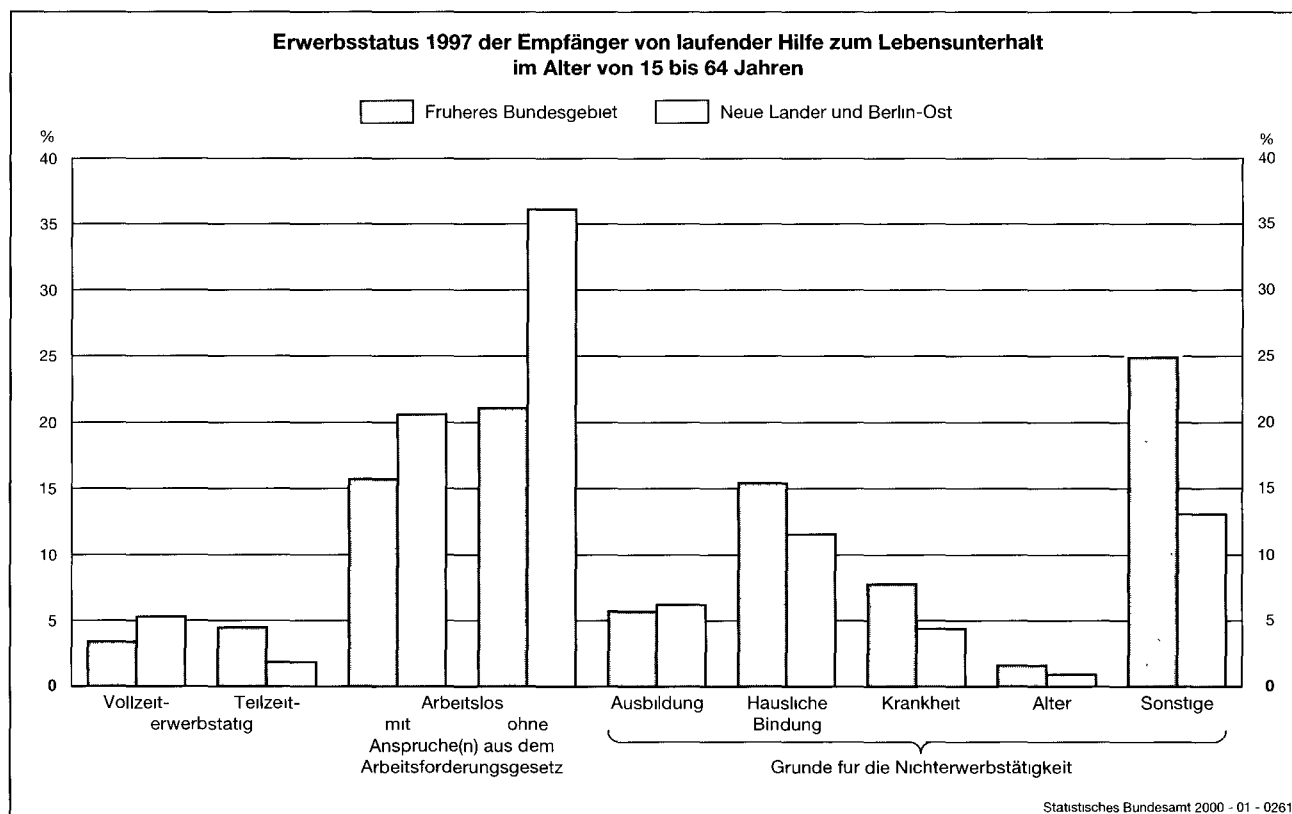
Auch bei dem für ostdeutsche HLU-Empfänger wichtigen Grund für den Sozialhilfebezug – Geburt eines Kindes – handelt es sich um eine „frauentypische“ Problemlage. Für Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften in den neuen Bundesländern ist dieser Grund in gleichem Maße relevant. Auffallend ist der große Unterschied zwischen unverheirateten und verheirateten Paaren. Die Geburt eines Kindes scheint nichteheliche Lebensgemeinschaften finanziell sehr viel härter zu treffen als Ehepaare. Dies gilt nicht nur für die neuen Bundesländer, sondern auch für Westdeutschland, wengleich hier ein geringerer Anteil der in Haushalten von nichtehelichen Lebensgemeinschaften lebenden HLU-Empfänger den Sozialhilfebezug mit der Geburt eines Kindes begründet als in den neuen Ländern.

Erwerbsstatus und Sozialhilfeabhängigkeit

Besondere soziale Situationen führen natürlich nur in Verbindung mit unzureichendem Einkommen und Vermögen zu einer Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Der Erwerbsstatus gibt Aufschluß über die Partizipation am Berufsleben und die Gründe der Nichterwerbstätigkeit.

Angaben über den Erwerbsstatus werden für HLU-Empfänger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erhoben. Die

Schaubild 2



Dauer der tatsächlichen aktiven Erwerbstätigkeit ist mittlerweile für viele Menschen deutlich kürzer, als es die potentielle maximale Erwerbsdauer suggeriert. Das Phänomen verlängerter Ausbildungszeiten läßt sich auch für HLU-Empfänger nachweisen. Von den unter 21jährigen, für die konkrete Angaben vorliegen, sind bundesweit 56% nicht erwerbstätig wegen Ausbildung. Im Westen ist der Anteil mit 59% etwas höher, im Osten mit 44% deutlich niedriger. Am anderen Ende der Altersskala gewinnen Nichterwerbstätigkeit aus gesundheitlichen Gründen und wegen Alter an Bedeutung.

Im Westen wie im Osten sind nur gut 7% aller HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Während im Westen Teilzeiterwerbstätigkeit überwiegt, ist mit 5,5% ein erstaunlich großer Anteil der ostdeutschen HLU-Empfänger vollzeiterwerbstätig⁹⁾. Arbeitslos gemeldet sind mehr als ein Drittel der westdeutschen Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter und weit über die Hälfte der ostdeutschen. Besonders auffallend ist der unterschiedliche Anteil der Arbeitslosen ohne Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz. 37% aller ostdeutschen Hilfeempfänger der betrachteten Altersgruppe ist arbeitslos gemeldet ohne Ansprüche an die Bundesanstalt für Arbeit. Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil nur gut halb so hoch. Dies könnte ein Indiz für eine rigidere Praxis bei der Gewährung von Sozialhilfe an Personen im erwerbsfähigen Alter in den neuen Bundeslän-

dern sein (z. B. Forderung nach aktiver Arbeitsuche durch die Hilfeberechtigten). Aber auch eine abweichende Motivation der Hilfeempfänger ist nicht auszuschließen. In Westdeutschland ist der Anteil von Nichterwerbstätigen aus sonstigen Gründen deutlich höher als im Osten. Hier sind zum Beispiel Personen zugeordnet, die aus Frustration die Arbeitsuche eingestellt haben. In dieser Rubrik sind zudem die unbekannteren Fälle „versteckt“.

Von den spezifizierten Gründen für die Nichterwerbstätigkeit tritt häusliche Bindung am häufigsten auf. Für die Hilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter im früheren Bundesgebiet spielt dieser Grund eine größere Rolle als für diejenigen in den neuen Ländern. Dieses Regionalmuster gilt auch für die Nichterwerbstätigkeit aus gesundheitlichen und Altersgründen, die aber beide keinen annähernd so großen Stellenwert haben wie die häusliche Bindung.

Die auf Individualebene festgestellte Hierarchie des Erwerbsstatus von Sozialhilfeempfängern läßt sich grob auch im Haushaltszusammenhang nachzeichnen. Allerdings verändern sich durch die Berücksichtigung der Anzahl der Haushaltsmitglieder die Relationen etwas. Eine weitere Modifikation kommt dadurch zustande, daß nicht mehr jede(r) Erwerbstätige im Haushalt berücksichtigt wird, sondern nur der Erwerbsstatus des Haushaltsvorstandes.

In Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand leben nur etwa 10% aller HLU-Empfänger. Haushalte mit Kindern sind überproportional häufig unter dieser Kategorie zu finden. Während für westdeutsche Alleinerziehende Teilzeiterwerbstätigkeit eine große Rolle spielt,

⁹⁾ Auch Eltern, die sich im Erziehungsurlaub befinden, werden als Erwerbstätige signiert

Tabelle 6 Erwerbsstatus des Haushaltsvorstandes¹⁾ 1997
¹⁾ Anteil an allen HLU-Empfängern im jeweiligen Gebiet, die in gleichem Haushaltstyp leben

Haushaltstyp	Erwerbstätig		Arbeitslos		Nicht erwerbstätig		Dahäusliche Bindung	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinstehende	6,4	3,3	51,5	73,2	42,1	23,5	0,8	0,2
Alleinerziehende	12,1	10,3	18,3	42,0	69,6	47,7	48,4	36,2
Ehepaare ohne Kind	5,8	6,5	52,2	70,1	42,0	23,4	0,5	0,2
Ehepaare mit Kind(ern)	12,7	14,1	59,6	65,2	27,8	20,7	4,7	7,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kind	11,0	8,5	50,7	74,5	38,3	17,0	3,7	1,0
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern)	14,1	14,5	37,5	49,4	48,4	36,1	27,9	25,7
Sonstige	10,3	10,8	41,3	56,8	48,4	32,4	18,3	15,1
Insgesamt	10,7	10,1	41,7	57,2	47,7	32,7	19,8	17,5

Quelle: 25 %- Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

¹⁾ Nur Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand im erwerbsfähigen Alter

Ist der Haushaltsvorstand in westdeutschen Paarhaushalten mit Kindern überwiegend vollzeiterwerbstätig. In den neuen Bundesländern dominiert auch bei erwerbstätigen Alleinerziehenden die Vollzeiterwerbstätigkeit. Für die Sozialhilfebezieher ist Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes sehr viel bedeutender als dessen Erwerbstätigkeit. In Westdeutschland leben knapp 42 %, in den neuen Bundesländern 57 % aller hier betrachteten Sozialhilfeempfänger (nur Hilfeempfänger in Bedarfsgemeinschaften mit einem Haushaltsvorstand im erwerbsfähigen Alter) in Haushalten mit einem arbeitslosen Haushaltsvorstand. Der Rest lebt in Bedarfsgemeinschaften mit einem nicht erwerbstätigen Haushaltsvorstand. In Westdeutschland trifft dies auf fast die Hälfte der berücksichtigten HLU-Empfänger zu, in den neuen Bundesländern auf annähernd ein Drittel. Nichterwerbstätigkeit wegen häuslicher Bindung spielt in den alten Bundesländern eine etwas größere Rolle als in den neuen Ländern. Dieser Grund für Nichterwerbstätigkeit ist insbesondere in Alleinerziehenden-Haushalten wichtig. In den alten Bundesländern leben fast die Hälfte der HLU-beziehenden Personen in Ein-Eltern-Familien in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätigen Haushaltsvorstand, in den neuen Bundesländern ist ein gutes Drittel dieses Personenkreises betroffen. Auch Haushalte von unverheirateten Paaren haben – im Unterschied zu Ehepaaren – häufig einen Haushaltsvorstand, der wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig ist. In allen Haushaltstypen gewinnt dieses Motiv mit zunehmender Kinderzahl an Bedeutung.

Die Versorgung der Kinder lastet ungeachtet des in den letzten Jahren modifizierten Rollenverständnisses vorwiegend auf weiblichen Schultern. Entsprechend sind es vornehmlich Frauen, die wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig sind. Der bewußte Verzicht auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder auch die sachlichen Beschränkungen (fehlende Kindertagesstätten, Mangel an Arbeitsplätzen in akzeptabler Nähe usw.), die eine Kombination von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit unmöglich machen, sind Gründe für die Abhängigkeit vieler Frauen von der Sozialhilfe. Im Alter von 21 bis 40 Jahren – also in der Familienphase – sind Frauen annähernd doppelt so häufig unter den Sozialhilfeempfängern vertreten wie Männer. Dies gilt für Frauen im Westen in stärkerem Maße als für Frauen im Osten.

Die Frauen in den neuen Bundesländern sind trotz der dort bestehenden Arbeitsmarktrestrictionen nach wie vor stärker erwerbsorientiert (erwerbstätig oder arbeitslos) als Frauen im früheren Bundesgebiet¹⁰⁾. Dies läßt sich auch für Sozialhilfeempfängerinnen behaupten. Zwar ist der Anteil der erwerbstätigen HLU-Empfängerinnen in den neuen Bundesländern etwas geringer als im Westen, dafür sind sie aber häufiger vollzeiterwerbstätig. Auffallend ist der vergleichsweise hohe Anteil vollzeiterwerbstätiger Alleinerziehender (7 % aller weiblichen Alleinerziehenden). Das Alter der Kinder hat in den neuen Bundesländern – dies ist ein weiterer Unterschied zu Westdeutschland – offenbar keinen Einfluß darauf, ob die Mutter eine Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit ausübt. Auch für HLU-Empfängerinnen im erwerbsfähigen Alter gilt, daß sie in den neuen Ländern sehr viel häufiger arbeitslos gemeldet sind (über 50 %) als im früheren Bundesgebiet (weniger als 30 %).

Die Anzahl der Kinder im Haushalt hat natürlich ebenso einen Einfluß darauf, ob eine HLU-Empfängerin wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig ist, wie das Alter des oder der Kinder. Frauen mit jüngeren Kindern (unter 4 Jahre) sind sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern zum überwiegenden Teil (über 50 %) nicht erwerbstätig wegen häuslicher Bindung. Setzt man die Altersgrenze der zu versorgenden Kinder höher an (unter 7 Jahre), dann sinkt – in den neuen stärker als in den alten Bundesländern – der Anteil der HLU-Empfängerinnen, die wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig sind. In beiden Teilen Deutschlands ist die häusliche Bindung für Frauen mit einem Ehepartner weniger relevant als für Alleinerziehende und Frauen, die in einer nichtehelichen Gemeinschaft leben. Bei mehr als zwei Kindern in der Bedarfsgemeinschaft ist auch über die Hälfte der Ehefrauen im Westen wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig; im Osten ist es lediglich ein Drittel der Frauen in Haushalten von verheirateten Paaren.

¹⁰⁾ Siehe Zahn, R. „Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflussfaktoren“ in WiSta 1/1999, S. 28 ff. – Hirschenauer weist in einer Regionalanalyse nach, daß die Erwerbsbeteiligung von Frauen im Osten unabhängig von der Arbeitsmarktlage ist, während sie für Frauen im Westen endogen bestimmt ist, also von den Erwerbsmöglichkeiten abhängt. Siehe Hirschenauer, F. „Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit in den west- und ostdeutschen Arbeitsmarktregionen“ in Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) (Hrsg.) „Regionale Disparitäten zwischen Normalität und Handlungsbedarf“, Bonn 1997, S. 63 ff. – Riphahn führt die geringere Sozialhilfedichte in den neuen Bundesländern auf die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen zurück. Siehe Riphahn, R.T. „Why did social assistance dependence increase?“, München 1999, S. 252 ff.

Unterschiedliche Qualifikationsprofile

Abgesehen von den Personen im erwerbsfähigen Alter, die wegen hauslicher Bindung, wegen Ausbildung oder wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, gibt es natürlich etliche HLU-Empfänger/-innen, denen ein Arbeitsplatz fehlt. Diejenigen, die über einen Arbeitsplatz verfügen, erhalten ein Einkommen, das unter dem soziokulturellen Existenzminimum¹¹⁾ liegt. Als Indikator für die individuellen Arbeitsmarktchancen und die Einkommenspotentiale wird häufig die Qualifikation herangezogen. In der Sozialhilfestatistik stehen Informationen zur schulischen und beruflichen Qualifikation (formale Bildungsabschlüsse) zur Verfügung. Die formalen Qualifikationen können natürlich nur als grober Anhaltspunkt für das individuelle Humankapital herangezogen werden. Berufserfahrung und damit einhergehend berufsspezifische Qualifikationen werden dadurch nicht abgebildet. Auch die als Reaktion auf ständige Produktivitätssteigerungen notwendige Fähigkeit, sich an veränderte Arbeitsbedingungen anzupassen und sich beständig weiterzubilden, spiegelt sich in formalen Qualifikationen nicht unmittelbar wider. Ausbildungsabschlüsse können lediglich als Hinweis auf Leistungsfähigkeit und

¹¹⁾ Im Unterschied zum physischen oder physiologischen Existenzminimum, der Konsumgütermenge, die zur Erhaltung des Menschen unbedingt notwendig ist, stellt das soziokulturelle Existenzminimum auf die Gütermenge ab, die zur Realisierung des Lebensunterhaltes und zur Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Umwelt (d.h. Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben) erforderlich ist.

Leistungsbereitschaft interpretiert werden und insofern eine Indikatorfunktion für das vorhandene Humankapital haben.

Die formale Qualifikation der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter, für die Angaben vorliegen¹²⁾, unterscheidet sich in Ost und West erheblich. Die HLU-Empfänger im früheren Bundesgebiet sind formal geringer qualifiziert. Fast 40% der westdeutschen Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter hat entweder überhaupt keinen Abschluß (weder Schul- noch Berufsausbildung) oder lediglich einen Hauptschulabschluß, aber keine Berufsausbildung. Dies gilt nur für 14% der ostdeutschen Hilfeempfänger. Sie verfügen zum großen Teil über den Abschluß an einer weiterführenden Schule und eine Berufsausbildung.

Der Ost-West-Vergleich in Bezug auf die Ausbildung der Sozialhilfeempfänger macht deutlich, daß die formale Qualifikation in den neuen Ländern kein taugliches Kriterium zur Beurteilung der individuellen Arbeitsmarktchancen ist.

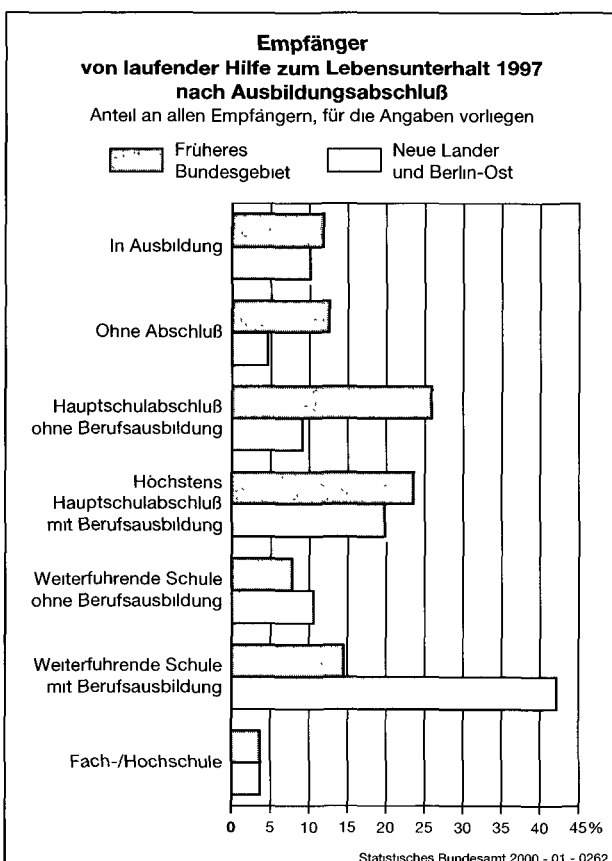
Haupteinkommen der Bedarfsgemeinschaften

Der Erwerbsstatus hat nicht unwesentlichen Einfluß darauf, ob ein Sozialhilfeanspruch entsteht. Allerdings garantiert selbst Vollzeitbeschäftigung nicht immer, daß das daraus bezogene Einkommen oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums liegt. Vollzeitbeschäftigte Alleinstehende fallen selten unter die Sozialhilfeschwelle. Bei Familien mit Kindern und nur einem Verdienereim Niedriglohnbereich ist das Risiko, auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen zu sein, schon etwas höher. Es steigt weiter, wenn kein Haushaltsmitglied ein Vollzeitbeschäftigtes Einkommen erzielt, also bei Teilzeitbeschäftigten, Arbeitslosen und natürlich bei Nichterwerbstätigen. Die Sozialhilfe als unteres Netz der sozialen Sicherung wird zum weit überwiegenden Teil von Haushalten in Anspruch genommen, die über kein Erwerbseinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung verfügen.

Das Haupteinkommen ist die dem Betrag nach höchste Einkommensart. Über dessen Höhe liegen keine Angaben vor. Welchen Anteil es am insgesamt angerechneten Einkommen hat, hängt u.a. davon ab, wieviel und welche sonstigen Einkommensarten noch vorhanden sind.

Für die Gesamtheit der Hilfeempfänger ist das Kindergeld die wichtigste Haupteinkommensart, gefolgt vom Wohngeld¹³⁾. Es schließen sich Arbeitslosenunterstützung, also Arbeitslosengeld und -hilfe, an sowie Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit (Erwerbseinkommen). In Bedarfsgemeinschaften ohne jegliche Einkünfte leben etwa 9% der HLU-Empfänger. Rente und Unterhalt (private Transfers und Unterhaltsvorschuß) ist

Schaubild 3



¹²⁾ Die Darstellung berücksichtigt nur die Fälle, für die Angaben zur Schul- und Berufsausbildung vorliegen. Aufgrund der großen Datenlücken, insbesondere im Westen, ist nicht auszuschließen, daß die Anteile leicht verzerrt sind. Allerdings hat der Vergleich mit den Erhebungsjahren 1995 und 1996 eine ähnliche Struktur ergeben, was eine Veröffentlichung der Ergebnisse legitim erscheinen läßt.

¹³⁾ Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt haben unter bestimmten Bedingungen Anspruch auf sogenanntes „pauschalisiertes Wohngeld“, das höher ist als das üblicherweise gewährte, spitz berechnete Wohngeld. Siehe Bruhl, A. „Mein Recht auf Sozialhilfe“, 15. Aufl. 1998, insbesondere S. 172 f.

Tabelle 7: Haupteinkommen¹⁾ 1997 nach Haushaltstyp

¹⁾ %-Anteil an allen HLU-Empfängern im jeweiligen Gebiet, die in gleichem Haushaltstyp leben

Haushaltstyp	Erwerbseinkommen		Arbeitslosenunterstützung		Unterhalt		Rente		Kindergeld		Wohngeld		Kein Einkommen	
	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinstehende	6,9	3,7	11,0	18,3	1,7	0,6	22,2	12,7	1,8	4,3	31,1	33,7	21,4	23,2
Männer	6,4	2,6	13,1	13,8	0,5	0,3	9,2	5,2	1,8	3,2	37,2	42,5	27,8	29,5
Frauen	7,3	5,2	9,2	24,8	2,6	1,0	33,7	23,5	1,9	5,9	25,7	20,9	15,9	14,0
Alleinerziehende	12,6	7,8	5,4	19,0	20,9	13,0	1,6	1,8	31,5	38,8	22,5	11,0	1,1	0,5
Paare ohne Kind	11,1	11,6	16,7	29,5	0,7	0,2	31,5	13,8	1,0	2,2	21,0	22,4	13,5	14,4
Paare mit Kind(ern)	21,1	20,9	24,6	29,6	0,7	0,5	2,8	1,5	28,3	30,6	14,8	6,8	2,5	1,2
Sonstige	12,3	8,0	9,0	14,2	5,6	3,8	6,6	5,5	33,4	34,6	14,4	11,9	14,1	15,8
Insgesamt	13,5	11,1	13,1	21,9	7,3	4,9	9,3	5,0	22,8	27,0	20,5	14,9	9,0	8,1

Quelle: 25 %-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

¹⁾ Sonstige Einkünfte nicht ausgewiesen. Alle Haupteinkommensarten (einschl. sonstiger Einkünfte) addieren sich zu 100 %

für fast ebenso viele Hilfeempfänger die dominierende Einkommensquelle. Es folgen sonstige Einkünfte, die 5 % der Sozialhilfeempfänger als Haupteinkommen beziehen.

Diese Rangordnung der wichtigsten Einkommensarten stimmt weitgehend mit der Hierarchie für die westdeutschen Hilfeempfänger überein. Für die ostdeutschen HLU-Empfänger hat die Arbeitslosenunterstützung einen deutlich höheren Stellenwert als für die westdeutschen Hilfeempfänger. Dies korrespondiert mit den Befunden zum Erwerbsstatus. Demgegenüber fällt Wohngeld als wichtigstes Einkommen in den neuen Bundesländern stärker zurück. Hierin dürfte sich das in den neuen Ländern niedrigere Mietniveau widerspiegeln, ein Aspekt, auf den an späterer Stelle noch eingegangen wird.

Die verschiedenen Einkommensquellen haben für die einzelnen Haushaltstypen unterschiedliche Bedeutung. Die insgesamt wichtigste Einkommensart, das Kindergeld, wird vorwiegend von Familien mit Kindern bezogen. Unterhalt spielt insbesondere bei Alleinerziehenden eine Rolle und hat für diesen Personenkreis einen sehr viel größeren Stellenwert, als es der Durchschnittswert für alle Haushalte erahnen läßt. Ähnliches gilt für die Rente. Ein beachtlicher Anteil alleinstehender weiblicher Hilfeempfänger und von kinderlosen Paaren (Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften) bezieht aus der Rente¹⁴⁾ den höchsten Einkommensanteil. Rente als Haupteinkommen erhalten in Westdeutschland ein Drittel der alleinstehenden Frauen sowie ein hoher Anteil von kinderlosen Ehepaaren. Der im Vergleich zum Westen geringere Anteil von HLU-Empfängern im Rentenalter in den neuen Bundesländern spiegelt sich in der geringeren Bedeutung von Rente als Haupteinkommen der Hilfeempfänger wider¹⁵⁾. Von den weiblichen Alleinstehenden bezieht in den neuen Bundesländern nur knapp ein Viertel Rente als Haupteinkommen, von den kinderlosen Ehepaaren sind es mit 13,8% noch nicht

einmal halb so viel wie in den alten Bundesländern. Überhaupt keine Einkünfte haben mehr als 20% der alleinstehenden Sozialhilfeempfänger. Dieser Anteil ist in den neuen Bundesländern etwas höher als in den alten, bei Männern deutlich höher als bei Frauen.

Relative Einkommenslücke

Die Klassifizierung einer Haupteinkommensart läßt nur vage Schlüsse auf die Höhe der originären Einkünfte¹⁶⁾ der Bedarfsgemeinschaften zu. Geht man von den Paarhaushalten mit Kindern aus, dann dürfte das Gesamteinkommen der Familien, die ihr Haupteinkommen aus Erwerbstätigkeit beziehen, nahe an der Sozialhilfegrenze liegen, denn die meisten von ihnen werden zusätzlich zum Erwerbseinkommen noch Kindergeld und Wohngeld beziehen. In diesen Fällen wird die Sozialhilfe die unzureichenden Erwerbseinkünfte voraussichtlich nur geringfügig aufstocken. Anders sieht es für die Zwei-Eltern-Familien aus, deren Haupteinkommensquellen Wohngeld und Kindergeld sind. Beide staatlichen Transfers sind nicht dazu gedacht, die Kosten für die Kindererziehung oder für das Wohnen vollständig zu kompensieren. Wenn solche Leistungen als Haupteinkommen deklariert sind, liegt das Gesamteinkommen dieser Haushalte wahrscheinlich weit von der Sozialhilfegrenze entfernt.

Die Höhe des Sozialhilfeanspruchs (Bruttobedarf) ist festgelegt durch die Regelsätze, eventuelle Mehrbedarfszuschläge, Beiträge zur Krankenversicherung und Alterssicherung, die Bruttokaltmiete und die Heizungskosten. Die Regelsätze variieren in Abhängigkeit von der Stellung im Haushalt und vom Alter der Kinder. Sie liegen in den neuen Bundesländern aufgrund der niedrigeren Einkommen unter dem Niveau in den westdeutschen Bundesländern. Entsprechend ist der Bruttobedarf für vergleichbare Haushalte in den neuen Bundesländern geringer als

¹⁴⁾ Bei Rentenzahlungen handelt es sich nicht nur um Altersrenten, sondern auch um Hinterbliebenen- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Renten erhalten also nicht nur Personen, die die Grenze für die Altersrente überschritten haben. Während in den alten Bundesländern etwa die Hälfte der ausgewiesenen Renten auf Altersrenten entfällt, ist es in den neuen Bundesländern nur ein Drittel.

¹⁵⁾ Aufgrund des abweichenden Erwerbsverhaltens von Frauen in der ehemaligen DDR haben Frauen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt höhere Rentenbezüge als Frauen im früheren Bundesgebiet. Das Risiko, durch unzureichende eigene Versorgungsansprüche unter die Sozialhilfeschwelle zu rutschen, trifft in den neuen Bundesländern vergleichsweise wenig Frauen der aktuellen Rentnergeneration.

¹⁶⁾ Mit originären Einkünften sind die Einkommen gemeint, die der Bedarfsgemeinschaft ohne die Aufstockung durch die Sozialhilfe zur Verfügung stehen. Es sind die in der Statistik nachgewiesenen angerechneten Einkommen, die die tatsächlichen verfügbaren finanziellen Mittel der Bedarfsgemeinschaften u.U. unterschätzen. Bestimmte Einkunftsarten, zu denen u.a. das Erziehungsgeld gehört, werden nicht angerechnet. Erwerbstätige Hilfeempfänger erhalten eine Art Freibetrag, so daß auch in diesen Fällen das angerechnete Einkommen etwas niedriger ist als die Summe der tatsächlichen Einkünfte der Bedarfsgemeinschaft.

in den alten. Das ebenfalls niedrigere Mietniveau verstärkt diesen Effekt nochmals

Das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft wird weitgehend angerechnet. Zur Auszahlung gelangt der Nettoanspruch. Es ist der Differenzbetrag zwischen dem Bruttobedarf und dem angerechneten Einkommen. Der Nettoanspruch kann auch als Einkommenslücke interpretiert werden. Es ist der Teil des anerkannten soziokulturellen Existenzminimums, für den das originäre Einkommen der Hilfeempfänger nicht ausreicht

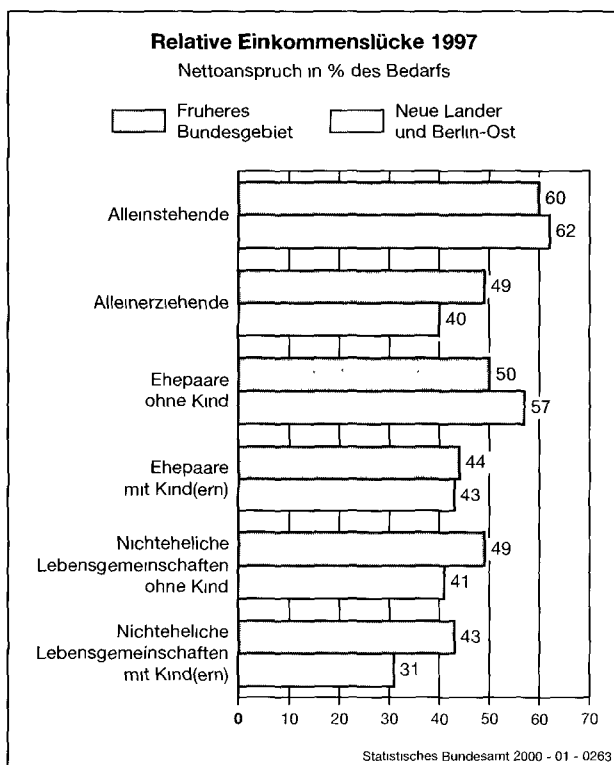
Ebenso wie der Bruttobedarf mit der Anzahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft ansteigt, nimmt auch der Nettoanspruch mit der Haushaltsgröße zu. Allerdings steigt der Nettoanspruch nicht in gleichem Umfang wie der Bruttobedarf

anspruch, gefolgt von Paarhaushalten ohne Kind und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern

Aufgrund geringerer anerkannter Mieten und Regelsätze ist der Bruttobedarf ebenso wie der Nettoanspruch in den neuen Bundesländern niedriger als im früheren Bundesgebiet. Auch das angerechnete Einkommen fällt im Osten im Durchschnitt dem Betrag nach niedriger aus als im Westen. In Relation zum ebenfalls geringeren Bruttobedarf ist in den neuen Ländern allerdings der angerechnete Einkommensanteil etwas höher als im früheren Bundesgebiet. Dies gilt für die Gesamtheit der Bedarfsgemeinschaften, aber nicht für alle Haushaltstypen (siehe Schaubild 4, in dem die relative Einkommenslücke dargestellt ist, die sich mit dem relativen angerechneten Einkommensanteil zu 100% addiert)

Im Unterschied zu Westdeutschland weicht die relative Einkommenslücke von verheirateten und unverheirateten Paaren in den neuen Bundesländern erheblich voneinander ab. Auch hier bestätigt sich wieder der Befund, auf den bereits häufiger hingewiesen wurde: Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften sind in den neuen Bundesländern nicht ohne weiteres gleichzusetzen. Paare mit Kindern und Alleinerziehende haben in den neuen Bundesländern im Durchschnitt zwar auch absolut geringere angerechnete Einkommen, in Relation zu ihrem ebenfalls geringeren Bruttoanspruch fällt der angerechnete Einkommensanteil aber höher aus als in den alten Ländern; die relative Einkommenslücke dieser Haushalte ist im Osten geringer als im Westen. Hier mag – neben dem abweichenden Erwerbsverhalten – das bundesweit einheitliche Kindergeld eine Rolle spielen. Dadurch decken in ostdeutschen Familien mit Kindern Bezüge aus dem Transfereneinkommen „Kindergeld“ einen etwas höheren Anteil des anerkannten Bedarfs von Minderjährigen ab als in den westdeutschen.

Schaubild 4



Die relative Einkommenslücke, der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf, bringt die Disparität zwischen dem anerkannten soziokulturellen Existenzminimum und dem originären Einkommen der Haushalte zum Ausdruck (siehe Schaubild 4). Alleinstehende haben danach die größten Defizite. Von den Paarhaushalten haben solche mit Kindern geringere relative Einkommenslücken als kinderlose Paare. Mit zunehmender Kinderzahl wird der Anteil des Nettoanspruchs am anerkannten soziokulturellen Existenzminimum der Bedarfsgemeinschaften kleiner oder umgekehrt ausgedrückt: Mit zunehmender Kinderzahl wird ein höherer Einkommensanteil angerechnet. Diese Hierarchie beschreibt die relative Einkommenslücke. Die Absolutbeträge sind genau spiegelbildlich dazu: Alleinstehende haben im Durchschnitt den geringsten Netto-

Mietbelastung Ost-West

Ein erheblicher Teil des Unterschiedes in der Höhe des Bruttobedarfs und des Nettoanspruchs in beiden Teilen Deutschlands resultiert aus dem abweichenden Mietniveau. Die Bruttokaltmiete, also üblicherweise die Mietzahlung¹⁷⁾ inklusive Nebenkosten aber ohne Heizung, wird in der Regel in voller Höhe auf den Bruttobedarf angerechnet. Dabei ist allerdings das Kriterium der Angemessenheit zu berücksichtigen. Einerseits darf die Wohnung nicht zu groß sein, andererseits muß der Mietwert im unteren Bereich des ortsüblichen Mietniveaus liegen¹⁸⁾. Als Orientierung dienen die in den Wohngeldtabellen festgesetzten Mieten für die jeweilige Region. Aufgrund des Angemessenheitskriteriums ist es nicht gänzlich auszuschließen, daß Hilfeempfängern gelegentlich nur ein Teil ihrer Mietkosten erstattet wird. Da in der Statistik nur die Informationen zur anerkannten Bruttokaltmiete zur Verfügung stehen, werden diese Werte im folgenden mit der tatsächlichen

¹⁷⁾ Bei Eigenheimbesitzern werden z. B. die Fremdfinanzierungskosten übernommen.
¹⁸⁾ Siehe Buchsbaum, R. „Die wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens – das Wohngeld“ in NDV 10/1996, S. 318 ff.

Miethöhe gleichgesetzt. Wenn also im Zusammenhang mit den Sozialhilfeempfängerhaushalten von Miete gesprochen wird, dann ist immer die anerkannte Bruttokaltmiete gemeint.

Die Auswertungen der Mikrozensus-Ergänzungserhebung für die gesamte Wohnbevölkerung ergeben für das Jahr 1998 in den neuen Bundesländern eine durchschnittliche Miethöhe für alle Haushalte, die bei etwa 73% des westdeutschen Niveaus liegt¹⁹⁾. Für Haushalte mit niedrigem Einkommen ist der Unterschied kleiner, bei solchen mit vergleichsweise hohem Einkommen entsprechend größer. Zu einer ähnlichen Relation zwischen den Ost- und Westmieten gelangt man auf Basis der Sozialhilfedaten. Das ostdeutsche Niveau der anerkannten Bruttokaltmiete liegt – in Abhängigkeit von der Haushaltsform – zwischen 73 und 78% des westdeutschen Niveaus. Bei diesen Quoten sind nur Bedarfsgemeinschaften berücksichtigt, denen auch tatsächlich Miete erstattet wird.

Einem nicht unerheblichen Teil der Bedarfsgemeinschaften wird überhaupt keine Miete anerkannt. In den alten Bundesländern trifft dies auf insgesamt knapp 10% aller Bedarfsgemeinschaften und knapp 7% aller HLU-Empfänger zu. In den neuen Ländern ist der Anteil mit etwa 16% aller Bedarfsgemeinschaften und 11% aller Hilfeempfänger deutlich höher. Ein weiterer Unterschied zwischen Ost und West. In den alten Bundesländern sind mehr als die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften und Hilfeempfänger, die keine Miete anerkannt bekommen, den sonstigen Bedarfsgemeinschaften zuzurechnen. Hierunter sind auch Personen subsumiert, die nur Teil eines Haushaltes sind und unter Umständen gar keinen Anspruch auf Mieterstattung haben. Demgegenüber entfallen in den neuen Bundesländern nur 36% der Hilfeempfänger und 42% der Bedarfsgemeinschaften ohne anerkannte Miete auf die sonstigen Bedarfsgemeinschaften. Neben der heterogenen Gruppe der sonstigen Bedarfsgemeinschaften wird insbesondere alleinstehenden männlichen Sozialhilfeempfängern ver-

gleichsweise häufig keine Miete anerkannt. Aber auch in Paarhaushalten lebt in den neuen Bundesländern ein erstaunlich hoher Anteil von Hilfeempfängern, denen keine Miete erstattet wird²⁰⁾.

Insgesamt ist der Anteil der anerkannten Bruttokaltmiete am gesamten Bedarf in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten. Dennoch entfällt auch hier über 30% des als soziokulturelles Existenzminimum zugestandenen Einkommens auf die Kosten für das Wohnen (nur Bedarfsgemeinschaften, denen Miete anerkannt wird). In kleinen Haushalten ist die Wohnkostenbelastung sehr viel größer als in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften. Mit zunehmender Personenzahl im Haushalt sinkt der Anteil der Mietbelastung tendenziell. Alleinstehende haben die höchsten Mietbelastungen zu tragen. In Westdeutschland haben über 40% der alleinstehenden Hilfeempfänger Wohnkosten in Höhe von mindestens 45% ihres Bruttobedarfs. Alleinerziehende müssen anteilig etwas mehr für das Wohnen ausgeben als Paare mit Kindern. Personen aus Ein-Eltern-Familien leben häufiger als jene aus Zwei-Eltern-Familien in Bedarfsgemeinschaften mit einer Wohnkostenbelastung von mindestens 35% des Bruttobedarfs.

Dauer des Hilfebezugs

Ein weiterer Unterschied zwischen Ost und West besteht in der durchschnittlichen bisherigen Dauer des Hilfebezugs. Sie ist in den alten Bundesländern erheblich länger als in den neuen.

In der Sozialhilfestatistik wird die Bezugsdauer für die Bedarfsgemeinschaft ermittelt. Jede Änderung in der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft, etwa durch die Geburt eines Kindes oder das Erreichen des Volljährigkeitsalters oder eine Trennung, konstituiert eine neue

²⁰⁾ Der Auslöser für die Wohnungsnotfälle sind häufig zu hohe Mietrückstände, die dann über Raummungsklagen und Zwangsraumungen zum Wohnungsverlust führen. Das öffentliche Präventionssystem zur Verhinderung der Wohnungslosigkeit ist in den neuen Bundesländern noch lückenhaft. Siehe Busch-Geertsema, V./Ruhstrat, E.-U. „Wohnungslosigkeit in Ostdeutschland“ in NDV 1997, S. 358ff. und Werner, W. „Armut und Obdachlosigkeit in der Kommune“ in Wollmann, H./Roth, R. (Hrsg.) „Kommunalpolitik“, Bonn 1998, S. 703ff.

¹⁹⁾ Winter, H. „Wohnsituation der Haushalte 1998, Teil 2: Haushalte und ihre Mieten“ in WiSta 11/1999, S. 858ff., Tabelle 1, S. 859.

Tabelle 8: Wohnkostenbelastung 1997
%-Anteil an allen HLU-Empfängern im jeweiligen Gebiet, die im gleichen Haushaltstyp leben

Haushaltstyp	Anerkannte Bruttokaltmiete von bis unter % des Bruttobedarfs									
	ohne Wohnkosten		unter 25		25 – 35		35 – 45		45 und mehr	
	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Fruheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinstehende	7,6	16,6	5,6	11,1	14,3	20,9	31,6	26,6	40,8	24,7
Männer	10,3	20,2	6,2	12,0	14,2	21,7	29,3	24,8	40,1	21,4
Frauen	5,2	11,6	5,1	9,8	14,4	19,8	33,7	29,3	41,5	29,5
Alleinerziehende	2,3	3,9	11,3	26,7	44,6	46,5	32,6	18,8	9,1	4,0
mit 1 Kind	2,3	5,1	5,9	15,3	36,0	45,5	41,1	27,0	14,7	7,0
mit 2 Kindern	2,2	3,3	12,0	27,6	49,6	51,0	30,4	15,7	5,9	2,3
mit mehr als 2 Kindern	2,7	2,5	21,1	47,3	53,3	41,7	19,7	7,6	3,2	0,9
Paare ohne Kind	3,6	11,0	9,9	24,6	34,3	37,8	38,5	20,8	13,7	5,9
Paare mit Kind(ern)	3,4	7,1	16,3	37,4	46,7	41,5	27,7	11,9	5,8	2,0
mit 1 Kind	3,6	6,8	10,9	26,1	39,5	46,3	35,8	17,7	10,2	3,2
mit 2 Kindern	3,3	8,1	14,5	37,1	46,8	42,1	29,7	10,8	5,6	1,9
mit mehr als 2 Kindern	3,3	6,3	21,9	50,5	52,0	35,5	20,0	6,8	2,7	0,9
Sonstige	18,3	26,5	20,3	29,8	31,2	27,7	18,5	11,4	11,6	4,6
Insgesamt	6,9	11,1	13,1	27,2	35,8	36,9	28,9	17,3	15,4	7,5

Quelle: 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

Bedarfsgemeinschaft, und die Bezugsperiode beginnt wieder von vorne. Um die damit einhergehende Verkürzung der bisherigen Verweildauer zu relativieren, wird in der Statistik eine weitere Variante ermittelt: die langste bisherige Bezugsdauer für mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft. Bei der Interpretation der Daten zur bisherigen Bezugsdauer ist zu berücksichtigen, daß sie im Rahmen einer Bestandsstatistik erhoben werden: Die Kurzeitempänger werden unterschätzt. Alle Bedarfsgemeinschaften, die im Laufe des Jahres nur für eine kurze Periode und nicht über das Jahresende hinaus Sozialhilfe bezogen haben, tauchen in der Bestandsstatistik, in der die Anzahl der Hilfeempfänger zum Jahresende ausgewiesen wird, nicht auf.

Der weit überwiegende Teil der HLU-Empfänger lebt in Bedarfsgemeinschaften, in denen die beiden unterschiedlichen Bezugsdauern übereinstimmen. Dies sind alle die Fälle, in denen die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft seit Beginn des Hilfebezugs unverändert geblieben ist. In den alten Bundesländern trifft dies auf 73% der Hilfeempfänger bzw. 78% der Bedarfsgemeinschaften zu, in den neuen Bundesländern sogar auf 82% der Empfänger bzw. 87% der Bedarfsgemeinschaften. In den verbleibenden Fällen, in denen sich die Bedarfsgemeinschaft geändert hat, ist die langste bisherige Bezugsdauer für mindestens ein Mitglied deutlich länger als die für die Bedarfsgemeinschaft in der aktuellen Zusammensetzung²¹⁾. Ein getrennter Ausweis der durchschnittlichen bisherigen Bezugsdauern für die beiden Gruppen von Bedarfsgemeinschaften (mit unveränderter und veränderter Zusammensetzung) macht den Unterschied transparent. Die insgesamt geringere Bedeutung der Bedarfsgemeinschaften mit veränderter Zusammensetzung sollte bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden.

Der Unterschied in der Bezugsdauer zwischen west- und ostdeutschen Bedarfsgemeinschaften ist erstaunlich groß und beschränkt sich nicht nur auf die Haushaltstypen mit Haushaltsvorständen im Rentenalter (Alleinstehende und kinderlose Paare ab 65 Jahre), die bekanntlich die längsten Verweildauern in der Sozialhilfe haben. Über die Gründe dieser regionalen Diskrepanz kann nur spekuliert werden. Der höhere Anteil von arbeitslos gemeldeten Hilfeempfängern in den neuen Bundesländern ist unter Umständen ein Indiz dafür, daß sich die Sozialhilfeempfänger in den neuen Bundesländern weniger mit ihrer Situation abfinden und die Arbeitsplatzsuche aktiver betreiben als die Hilfeempfänger im Westen. Vielleicht sind aber auch die Chancen der Reintegration in den Arbeitsprozeß durch ABM-Maßnahmen in den neuen Bundesländern und/oder durch die spezielle Ausgestaltung der Maßnahmen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit größer als in den alten, so daß Langzeitarbeitslosigkeit keine so stark ausgrenzende Wirkung hat.

Tabelle 9 Bezugsdauer von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt für verschiedene Haushaltstypen 1997

Haushaltstyp	Monate			
	Langste bisherige Bezugsdauer für die aktuelle Bedarfsgemeinschaft		mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinstehende	37,3	14,2	70,0	30,7
Männer 65 Jahre und älter	57,5	19,3	84,9	46,8
Männer unter 65 Jahren	26,2	14,2	51,5	29,8
Frauen 65 Jahre und älter	72,7	17,0	101,5	36,2
Frauen unter 65 Jahren	33,6	13,3	67,1	30,9
Alleinerziehende	22,6	13,2	49,9	26,4
Paare	21,8	11,5	44,6	23,7
Paare ohne Kind	29,1	12,9	55,5	25,9
Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter	43,2	12,6	71,6	32,0
Haushaltsvorstand unter 65 Jahren	24,9	13,0	50,6	25,5
Paare mit Kindern	16,5	10,8	41,1	23,4
Sonstige	29,9	11,8	58,7	23,8
Insgesamt	30,2	13,0	55,6	25,7

Quelle: 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

Die Auswertung der 25%-Stichprobe liefert eine Bestätigung für diese Interpretation. In den alten Bundesländern ist ein größerer Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger als in den neuen Ländern seit mehr als zwei Jahren ohne Arbeit. Trotz der ausgesprochen schlechten Verfassung des ostdeutschen Arbeitsmarktes scheint die Fluktuation aus der Arbeitslosigkeit (und leider auch wieder in sie hinein) in diesem Teil Deutschlands größer zu sein als in den alten Ländern. In der größeren Erwerbsorientierung der ostdeutschen Sozialhilfeempfänger, in den Impulsen für zumindest temporäre Beschäftigung durch die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in den neuen Ländern, aber auch in einer anderen Akzentsetzung auf kommunaler Ebene könnten die Gründe für die kürzere (bisherige) Verweildauer ostdeutscher Hilfeempfänger liegen.

Schlußbemerkung

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß nicht nur die Sozialhilfequoten der neuen Bundesländer von denen der alten Länder stark abweichen. Es gibt zudem deutliche Unterschiede in der Regional- und Sozialstruktur. Besondere Bedeutung kommt der abweichenden Erwerbsorientierung von Frauen zu. Wohnungsnotlagen scheinen ein weiteres Problemfeld zu sein, das in Ost und West von unterschiedlicher Bedeutung ist. In Anbetracht der aufgezeigten Differenzen in der Sozialstruktur erscheint es sinnvoll, die beiden Regionen getrennt voneinander zu analysieren. Eine gesamtdeutsche Perspektive, die dominiert ist von der Struktur in den alten Bundesländern, trübt den Blick für die spezifische Situation in den neuen Bundesländern und führt unter Umständen zu falschen sozialpolitischen Schlüssen.

Dipl.-Volkswirtin Monika Burmester

²¹⁾ Die Übertragung dieser langsten bisherigen Bezugsdauer auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft ist problematisch. Angemessen ist es in den Fällen, in denen sich die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft z.B. durch Volljährigkeit eines Kindes geändert hat. Hat sich aber z.B. die Zusammensetzung durch Heirat geändert, dann wird die langste bisherige Bezugsdauer für ein „neues“ Mitglied der Bedarfsgemeinschaft ungerechtfertigterweise auf alle anderen angewandt. Die langste bisherige Bezugsdauer überschätzt damit tendenziell die Langzeitbezieher, während die bisherige Bezugsdauer für die Bedarfsgemeinschaft in der aktuellen Zusammensetzung die Langzeitbezieher unterschätzt.

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Besonderheiten der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR	1	24
Pilotprojekt zur Erleichterung der Nutzungsmöglichkeiten von faktisch anonymisierten Mikrodaten	1	30
Amtliche Statistik und sozio-ökonomische Fragestellungen	2	81
Entwicklung und Einsatz elektronischer Fragebogen	3	157
Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich	5	315
Das Aufbereitungsverfahren der Produktions- und Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	1	38
Besondere Warenerhebungen in der Außenhandelsstatistik (Teil 1)	2	98
Besondere Warenerhebungen in der Außenhandelsstatistik (Teil 2)	3	182
Neue Aufgaben in den Steuerstatistiken: Gewerbesteuerstatistik 1995 und Modellrechnungen für den Umsatzsteueranteil der Gemeinden	2	118
Preisindex für die Personenbeförderung im Luftverkehr	1	49
Kaufkraftparitäten als Instrumente internationaler Preis- und Volumenvergleiche	5	370
Darstellung der Einkommen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	2	87
Die Privaten Konsumausgaben im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3	165
Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	320
Bevölkerung		
Ergebnisse des Mikrozensus 1999	5	328
Erwerbstätigkeit		
Ergebnisse des Mikrozensus 1999	5	328
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich	5	315
Gewerbeanzeigen 1999	5	337
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Das Aufbereitungsverfahren der Produktions- und Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	1	38
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 1998	2	111
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Entwicklung im Großhandel im Jahr 1999	4	235
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 1999	3	177
Entwicklung der Beschäftigung im Handel und Gastgewerbe 1999	4	239
1999 – Rekordjahr im deutschen Inlandstourismus	4	245
Außenhandel		
Besondere Warenbewegungen in der Außenhandelsstatistik (Teil 1)	2	98
Besondere Warenbewegungen in der Außenhandelsstatistik (Teil 2)	3	182
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1999	2	105
Außenhandel 1999 nach Ländern	4	253
Verkehr		
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1999	5	343
Gewerblicher Luftverkehr 1999	4	262
Sozialleistungen		
Wohngeld in Deutschland 1998	2	111
Jugendhilfe		
Adoptionen 1998	3	192

	Heft	Seite
Finanzen und Steuern		
Finanzausgleich Bund – Länder	5	351
Neue Aufgaben in den Steuerstatistiken, Gewerbesteuerstatistik 1995 und Modellrechnungen für den Umsatzsteueranteil der Gemeinden	2	118
Kommunal финанzen 2000	5	357
Öffentliche Finanzen 1999	4	268
Umsätze und ihre Besteuerung 1994 bis 1998	4	274
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland	2	125
Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland	4	281
Löhne und Gehälter		
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1999	5	359
Preise		
Preisindex für die Personenbeförderung im Luftverkehr	1	49
Kaufkraftparitäten als Instrumente internationaler Preis- und Volumenvergleiche	5	370
Preisentwicklung im Jahr 1999	1	54
Preise im Januar 2000	2	138
Februar 2000	3	197
Marz 2000	4	294
April 2000	5	380
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Darstellung der Einkommen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	2	87
Die Privaten Konsumausgaben im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3	165
Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	5	320
Bruttoinlandsprodukt 1999	1	13
Umwelt		
Regenerative Energieträger 1991 bis 1998	5	377
Gastbeiträge		
Qualität europäischer Verkehrsstatistiken – Anforderungen, Befunde und Perspektiven	1	63
Untersuchungen langfristiger Entwicklungen mit Daten der amtlichen Statistik – zwei Beispiele aus den Hochschulen:		
Religionszugehörigkeit im früheren Bundesgebiet 1939 bis 1987	3	201
Die Entwicklung der Kostenstruktur im Produzierenden Gewerbe seit 1950	3	207
Sozialhilfebezug in Ost und West – Eine vergleichende Analyse auf Basis der 25%-Stichprobe	5	384

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	206*	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	230*	
Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukt	233*	
 Ausgewählte Tabellen		
Produzierendes Gewerbe		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	234*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	240*	“
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	241*	“
 Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte; Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern	245*	vierteljährlich
 Löhne und Gehälter		
Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter/-innen und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften; Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen; Arbeitszeiten der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen; Bruttoverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen; Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Beschäftigungsart, Geschlecht und Leistungsgruppen	247*	einmalig
 Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	253*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	256*	“

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999		2000			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Bevölkerung ¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit ²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	35 864 p	35 999 p	36 106 p	36 447 p	36 189 p	35 545 p	35 621 p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	35 802 p	35 935 p	36 041 p	36 381 p	36 141 p	35 521 p	35 603 p
Arbeitsmarkt ⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	4 384	4 279	4 099	3 901	4 047	4 293	4 277	4 141	3 986 p
dar.: Männer	1 000	2 342	2 273	2 160	2 006	2 134	2 330	2 338	2 245	2 127 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	114	108	101	97	97	100	102	97	88 p
Ausländer/-innen	1 000	548	535	510	489	503	521	518	506	489 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	12,7	12,3	11,7	11,1	11,5	12,2	12,2	11,8	10,8 p
Offene Stellen	1 000	337	422	456	412	402	438	498	536	560 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	183	115	119	90	85	101	121	126	107 p
Früheres Bundesgebiet ⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	3 021	2 904	2 756	2 604	2 690	2 827	2 797	2 691	2 586 p
dar.: Männer	1 000	1 741	1 641	1 536	1 424	1 501	1 611	1 598	1 523	1 441 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	82	75	70	66	68	71	72	69	63 p
Ausländer/-innen	1 000	522	505	478	457	470	486	483	471	454 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	11,0	10,5	9,9	9,3	9,6	10,1	10,0	9,6	8,7 p
Offene Stellen	1 000	282	342	386	356	354	388	439	467	489 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	133	81	92	70	66	77	89	90	74 p
Neue Länder und Berlin-Ost ⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	1 364	1 375	1 344	1 297	1 357	1 467	1 480	1 450	1 401 p
dar.: Männer	1 000	602	632	624	582	633	720	740	722	687 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	32	33	32	30	29	30	30	28	25 p
Ausländer/-innen	1 000	26	30	32	32	33	35	35	36	35 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	19,5	19,5	19,0	18,3	19,1	20,6	20,8	20,4	19,2 p
Offene Stellen	1 000	56	79	70	55	48	51	59	69	71 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	49	34	27	19	19	24	32	36	33 p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	33 398	33 977
Unternehmen	Anzahl	27 474	27 828
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 598	3 287
Baugewerbe	Anzahl	7 788	8 112
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	6 111	6 144
Gastgewerbe	Anzahl	1 679	1 819
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	8 298	8 466
Übrige Gemeinschuldner ⁸⁾	Anzahl	5 924	6 149
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	24 212	24 432
dar.: Unternehmen	Anzahl	19 348	19 213
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	9 186	9 545
dar.: Unternehmen	Anzahl	8 126	8 615
		1997	1998	1999	1999					
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	802 935	811 377	780 935	62 671	60 576	64 122	60 199	64 729	64 618
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	Anzahl	210 091	215 207	213 305	17 566	17 054	17 187	16 647	17 929	17 074
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	681 864	696 214	706 763	55 607	50 885	51 574	50 011	56 345	71 543
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	Anzahl	111 331	119 475	125 638	10 052	8 984	9 219	9 229	10 218	12 569
Gewerbeummeldungen	Anzahl	178 395	184 818	185 330	14 870	14 248	14 751	14 598	15 789	15 174

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 230* ff. dargestellt. – 2) Jahres- bzw. Monatsdurchschnitte. Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 3) Mit Arbeitsort in Deutschland – 4) Mit Wohnort in Deutschland – 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. – 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose). – 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben – die ab Januar 1997 neu berechnet wurden – mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. – 8) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse. – 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseligenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Jan. 00	Febr. 00	März 00	April 00	Jan. 00	Febr. 00	März 00	April 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 99
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	+ 0,4p	+ 0,3p	+ 0,1p	+ 0,2p	- 1,8p	+ 0,2p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	+ 0,4p	+ 0,3p	+ 0,1p	+ 0,2p	- 1,7p	+ 0,2p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	- 2,4	- 4,2	- 3,6	- 4,2	- 3,4	- 3,8p	+ 6,1	- 0,4	- 3,2	- 3,7p
dar.: Männer	- 3,0	- 5,0	- 4,5	- 5,2	- 3,5	- 3,6p	+ 9,2	+ 0,3	- 4,0	- 5,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 4,5	- 6,7	- 2,4	- 1,1	+ 2,8	+ 5,0p	+ 3,6	+ 1,3	- 4,6	- 9,2p
Ausländer/-innen	- 2,4	- 4,6	- 6,1	- 6,7	- 6,5	- 7,0p	+ 3,5	- 0,5	- 2,4	- 3,3p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	± 0,0p	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 25,1	+ 8,2	+ 11,1	+ 10,4	+ 8,1	+ 10,3p	+ 9,0	+ 13,5	+ 7,6	+ 4,6p
Kurzarbeiter/-innen	- 37,0	+ 3,0	- 30,5	- 24,9	- 24,7	- 21,5p	+ 18,2	+ 20,5	+ 3,7	- 15,1p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	- 3,9	- 5,1	- 6,6	- 7,5	- 7,1	- 7,6p	+ 5,1	- 1,1	- 3,8	- 3,9p
dar.: Männer	- 5,7	- 6,4	- 7,5	- 8,7	- 7,7	- 8,2p	+ 7,3	- 0,8	- 4,7	- 5,4p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 7,6	- 7,7	- 4,2	- 3,0	- 0,8	± 0,0p	+ 4,3	+ 1,6	- 3,6	- 8,7p
Ausländer/-innen	- 3,2	- 5,4	- 6,8	- 7,4	- 7,4	- 7,9p	+ 3,5	- 0,6	- 2,6	- 3,5p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 21,5	+ 12,9	+ 17,1	+ 17,9	+ 14,2	+ 15,8p	+ 9,6	+ 13,1	+ 6,4	+ 4,8p
Kurzarbeiter/-innen	- 39,1	+ 12,8	- 32,6	- 27,4	- 27,9	- 28,1p	+ 16,2	+ 15,9	+ 0,7	- 17,8p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	+ 0,8	- 2,3	+ 2,6	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,1p	+ 8,1	+ 0,9	- 2,0	- 3,4p
dar.: Männer	+ 5,0	- 1,2	+ 2,7	+ 3,3	+ 6,7	+ 7,7p	+ 13,8	+ 2,8	- 2,3	- 5,0p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 3,3	- 4,2	+ 2,2	+ 3,8	+ 13,0	+ 20,0p	+ 1,9	+ 0,6	- 7,0	- 10,2p
Ausländer/-innen	+ 12,7	+ 9,8	+ 5,0	+ 5,4	+ 6,9	+ 7,2p	+ 4,7	+ 0,8	+ 0,7	- 1,1p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 42,9	- 11,6	- 20,2	- 25,1	- 20,6	- 16,8p	+ 5,0	+ 16,6	+ 16,8	+ 3,3p
Kurzarbeiter/-innen	- 31,4	- 20,4	- 22,8	- 16,7	- 15,2	- 1,5p	+ 25,5	+ 35,6	+ 11,8	- 8,1p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	+ 1,7
Unternehmen	+ 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	- 8,6
Baugewerbe	+ 4,2
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	+ 0,5
Gastgewerbe	+ 8,3
Sonstige Wirtschaftszweige	+ 2,0
Übrige Gemeinschuldner ⁸⁾	+ 3,8
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	+ 0,9
dar.: Unternehmen	- 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	+ 3,9
dar.: Unternehmen	+ 6,0
	1998	1999	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Aug. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	+ 1,1	- 3,8	- 2,8	- 7,3	+ 2,0	- 1,9	+ 5,9	- 6,1	+ 7,5	- 0,2
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	+ 2,4	- 0,9	- 3,2	- 5,0	+ 4,0	+ 1,5	+ 0,8	- 3,1	+ 7,7	- 4,8
Gewerbeabmeldungen	+ 2,1	+ 1,5	- 4,7	- 7,8	- 0,6	- 7,3	+ 1,4	- 3,0	+ 12,7	+ 27,0
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	+ 7,3	+ 5,2	- 1,0	- 2,3	+ 4,2	- 3,9	+ 2,6	+ 0,1	+ 10,7	+ 23,0
Gewerbeummeldungen	+ 3,6	+ 0,3	- 2,3	- 3,3	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,5	- 1,0	+ 8,2	- 3,9

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 230* ff. dargestellt. - 2) Jahres- bzw. Monatsdurchschnitte. Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland. - 4) Mit Wohnort in Deutschland. - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose). - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 neu berechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. - 8) Natürliche Personen, Nachlasskonkurse. - 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkszunft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999					2000
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 227	14 942	14 657	.	.	14 657	.	.	.
Schweine	1 000	24 795	26 294	26 003	.	.	26 003	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 274	3 984 p	3 990 p	322	368	346	395	335	...
Kälber	1 000	479	464 p	442 p	35	39	37	39	45	...
Schweine	1 000	37 724	40 514 p	43 969 p	3 583	3 808	3 714	3 767	3 811	...
Schlachtmenge	1 000 t	4 893	5 093 p	5 402 p	436	473	459	482	466	...
dar.: Rinder	1 000 t	1 336	1 266 p	1 280 p	103	118	111	126	109	...
Kälber	1 000 t	57	55 p	55 p	4	5	5	5	6	...
Schweine	1 000 t	3 481	3 751 p	4 044 p	327	349	342	349	350	...
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	590 675	596 719 p	601 896 p	52 322	51 727	47 607	44 193	52 524	...
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	643 360	681 381 p	709 749 p	58 794	60 243	58 425	63 383	61 906	...
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	12 437 ^{a)}	12 229 ^{a)}	12 007	.	.	12 007	.	.	.
Schweine	1 000	21 470	22 712	22 352	.	.	22 352	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	3 883	3 596 p	3 626 p	295	335	317	359	307	...
Kälber	1 000	464	449 p	428 p	34	38	36	38	44	...
Schweine	1 000	32 247	34 807 p	37 777 p	3 088	3 277	3 201	3 211	3 278	...
Schlachtmenge	1 000 t	4 284	4 461 p	4 734 p	384	415	404	421	410	...
dar.: Rinder	1 000 t	1 224	1 155 p	1 175 p	95	108	102	116	100	...
Kälber	1 000 t	55	54 p	54 p	4	5	5	5	5	...
Schweine	1 000 t	2 987	3 234 p	3 485 p	283	301	296	298	302	...
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	405 569	405 151 p	406 078 p	35 426	35 169	31 721	29 689	34 615	...
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	448 834	469 755 p	464 225 p	36 811	38 537	36 901	42 800	43 929	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	2 789 ^{a)}	2 712 ^{a)}	2 650	.	.	2 650	.	.	.
Schweine	1 000	3 325	3 582	3 650	.	.	3 650	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	390	388 p	364 p	27	33	29	36	28	...
Kälber	1 000	15	15 p	14 p	1	1	1	1	1	...
Schweine	1 000	5 476	5 707 p	6 192 p	495	532	513	556	532	...
Schlachtmenge	1 000 t	609	631 p	667 p	52	58	55	61	57	...
dar.: Rinder	1 000 t	112	111 p	105 p	8	10	8	10	8	...
Kälber	1 000 t	1	1 p	1 p	0	0	0	0	0	...
Schweine	1 000 t	494	517 p	559 p	44	48	46	51	48	...
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	185 106	191 569 p	195 818 p	16 895	16 558	15 885	15 504	17 909	...
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	194 525	211 626 p	245 524 p	21 982	21 706	21 523	20 582	17 978	...
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	102,2	105,8	106,9	98,7	115,6	115,3	115,8	104,2	97,9
Energieversorgung	1995 = 100	105,2	105,4	105,9	92,6	96,0	107,3	117,3	121,9	121,3
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	549 163	550 326	550 621	40 983	43 086	46 579	49 548	52 293	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	502 489	505 770	508 328	38 553	39 892	43 446	46 020	47 541	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	373 719	376 830	385 162	27 596	26 797	33 757	36 196	37 715	...
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	979 116	976 458	1 007 105	54 004	54 983	73 031	121 139	104 770	...

1) 1997 Viehzählung im Dezember, ab 1998. Viehzählung im November. – 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr – 3) In Geflügel-schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat – 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

a) Ohne Berlin.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Sept. 99	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand 1)										
Rinder (einschl. Kälber)	- 1,9	- 1,9	.	- 1,9
Schweine	+ 6,0	- 1,1	.	- 1,1
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 6,8p	+ 0,1	- 5,8	+ 10,7	- 3,1	..	- 6,1	+ 14,2	- 15,1	...
Kälber	- 3,1p	- 4,9	- 10,6	- 5,7	+ 11,7	...	- 4,4	+ 4,2	+ 16,5	...
Schweine	+ 7,5p	+ 8,5	+ 0,8	- 1,0	+ 11,0	...	- 2,5	+ 1,4	+ 1,2	...
Schlachtmenge	+ 4,1p	+ 6,0	- 1,1	+ 1,9	+ 7,3	...	- 2,9	+ 5,0	- 3,3	...
dar.: Rinder	- 5,2p	+ 1,1	- 4,2	+ 11,9	- 2,4	...	- 5,8	+ 14,1	- 14,1	...
Kälber.	- 3,1p	+ 0,3	- 6,9	- 0,4	+ 19,0	...	- 4,2	+ 3,1	+ 14,6	...
Schweine.	+ 7,8p	+ 7,8	- 0,0	- 1,3	+ 10,5	...	- 1,9	+ 2,0	+ 0,3	...
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 2)	+ 1,0p	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,8	+ 5,3	...	- 8,0	- 7,2	+ 18,9	...
Geschlachtetes Geflügel 3)	+ 5,9p	+ 4,2	- 1,7	+ 10,2	+ 11,3	...	- 3,0	+ 8,5	- 2,3	...
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand 1)										
Rinder (einschl. Kälber)	- 1,7a)	- 1,8	.	- 1,8
Schweine	+ 5,8	- 1,6	.	- 1,6
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 7,4p	+ 0,8	- 4,2	+ 11,3	- 2,2	...	- 5,4	+ 13,2	- 14,5	...
Kälber	- 3,2p	- 4,7	- 10,6	- 5,6	+ 12,2	...	- 4,6	+ 3,3	+ 17,2	...
Schweine	+ 7,9p	+ 8,5	+ 0,7	- 1,9	+ 10,6	...	- 2,3	+ 0,3	+ 2,1	...
Schlachtmenge	+ 4,1p	+ 6,1	- 0,9	+ 1,5	+ 7,1	...	- 2,6	+ 4,1	- 2,7	...
dar.: Rinder	- 5,6p	+ 1,8	- 2,7	+ 12,5	- 1,5	...	- 5,1	+ 13,1	- 13,4	...
Kälber.	- 2,7p	+ 0,4	- 6,9	- 0,5	+ 19,2	...	- 4,4	+ 2,6	+ 14,8	...
Schweine.	+ 8,3p	+ 7,7	- 0,1	- 2,2	+ 10,0	...	- 1,7	+ 0,9	+ 1,2	...
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 2)	- 0,1p	+ 0,2	+ 2,3	- 3,3	+ 7,0	...	- 9,8	- 6,4	+ 16,6	...
Geschlachtetes Geflügel 3)	+ 4,7p	+ 4,6	- 8,7	+ 16,8	+ 20,7	...	- 4,2	+ 16,0	+ 2,6	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand 1)										
Rinder (einschl. Kälber)	- 2,8a)	- 2,3	.	- 2,3
Schweine	+ 7,7	+ 1,9	.	+ 1,9
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 0,6p	- 6,2	- 20,5	+ 5,0	- 12,1	...	- 13,5	+ 24,9	- 20,5	...
Kälber	+ 1,8p	- 9,6	- 13,6	- 8,6	- 2,4	...	+ 1,0	+ 30,7	- 3,0	...
Schweine	+ 4,2p	+ 8,5	+ 1,4	+ 4,8	+ 13,6	...	- 3,6	+ 8,5	- 4,3	...
Schlachtmenge	+ 3,7p	+ 5,7	- 3,1	+ 4,6	+ 9,1	...	- 4,9	+ 11,5	- 7,4	...
dar.: Rinder	- 0,4p	- 5,4	- 19,6	+ 5,7	- 12,0	...	- 13,5	+ 25,5	- 20,9	...
Kälber.	- 18,6p	- 6,5	- 9,4	+ 7,6	+ 9,0	...	+ 8,1	+ 30,0	+ 1,0	...
Schweine.	+ 4,7p	+ 8,1	+ 0,5	+ 4,4	+ 13,7	...	- 3,2	+ 9,0	- 4,7	...
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 2)	+ 3,5p	+ 2,1	- 0,8	+ 18,0	+ 2,1	...	- 4,1	- 2,4	+ 15,5	...
Geschlachtetes Geflügel 3)	+ 8,8p	+ 3,4	+ 12,9	- 1,3	- 6,4	...	- 0,8	- 4,4	- 12,7	...
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew. 4)										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,6	- 0,3	+ 0,4	- 10,0	- 6,0
Energieversorgung	+ 0,2	+ 0,5	- 0,7	+ 0,8	+ 2,8	+ 1,2	+ 11,8	+ 9,3	+ 3,9	- 0,5
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	+ 0,2	+ 0,1	- 1,4	- 0,5	+ 2,7	...	+ 8,1	+ 6,4	+ 5,5	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 0,7	+ 0,5	- 0,9	- 0,0	+ 2,3	...	+ 8,9	+ 5,9	+ 3,3	...
Gaserzeugung	+ 0,8	+ 2,2	+ 9,7	+ 7,0	+ 0,6	...	+ 26,0	+ 7,2	+ 4,0	...
Inlandsversorgung mit Gas	- 0,3	+ 3,1	- 14,6	+ 8,6	+ 1,6	...	+ 32,8	+ 65,9	- 13,5	...

1) 1997: Viehzählung im Dezember, ab 1998: Viehzählung im November - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügel-schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert.

a) Dezember 1997 und 1998 ohne Berlin.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999			2000		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾²⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	6 311	6 405	6 368	6 386	6 380	6 350	6 321	6 322	6 331
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 290	2 320	2 333	2 346	2 347	2 342	2 337	2 337	2 340
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	4 021	4 085	4 035	4 040	4 033	4 008	3 985	3 985	3 992
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	148	138	129	128	127	126	121	121	120
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 163	6 267	6 239	6 258	6 253	6 223	6 200	6 202	6 211
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 874	2 867	2 829	2 835	2 833	2 820	2 806	2 807	2 813
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 102	2 147	2 163	2 169	2 167	2 159	2 154	2 154	2 155
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	308	305	296	296	296	294	291	291	291
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 027	1 086	1 079	1 086	1 084	1 077	1 071	1 070	1 072
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	6 283	6 440	6 324	544	560	498	508	536	568
Bruttolohnsumme	Mill. DM	210 694	217 073	217 909	18 102	22 944	18 369	16 997	16 840	17 331
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	193 952	199 255	203 076	16 104	22 012	17 547	16 631	16 776	16 500
Kohleverbrauch	1 000 t	40 780	35 959	32 740	-	-	8 959 a)	-	-	8 294 b)
Heizölverbrauch	1 000 t	10 028	10 303	9 542	-	-	2 517 a)	-	-	2 559 b)
Gasverbrauch	Mill. kWh	331 331	329 473	331 155	-	-	90 582 a)	-	-	92 984 b)
Stromverbrauch	Mill. kWh	215 128	218 763	220 125	220 125	19 327	18 240	18 370	18 552	19 845
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	5 748	5 817	5 773	5 779	5 773	5 746	5 720	5 720	5 727
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 115	2 142	2 154	2 164	2 165	2 161	2 156	2 157	2 159
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	3 633	3 675	3 619	3 615	3 608	3 585	3 563	3 563	3 568
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	124	117	111	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	5 624	5 699	5 661	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 624	2 609	2 567	2 567	2 564	2 553	2 540	2 541	2 546
Investitionsgüterproduzenten	1 000	1 929	1 966	1 981	1 984	1 982	1 974	1 969	1 969	1 971
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	285	281	273	272	272	270	267	267	267
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	911	960	953	957	955	948	943	942	944
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	5 636	5 750	5 622	483	497	442	450	477	503
Bruttolohnsumme	Mill. DM	195 726	201 137	201 471	16 694	21 276	16 933	15 686	15 519	15 957
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	183 384	188 262	191 893	15 152	20 883	16 561	15 717	15 865	15 579
Kohleverbrauch	1 000 t	32 713	30 667	29 321	-	-	8 035 a)	-	-	7 705 b)
Heizölverbrauch	1 000 t	9 087	8 740	7 962	-	-	2 100 a)	-	-	2 156 b)
Gasverbrauch	Mill. kWh	288 243	283 413	283 429	-	-	77 307 a)	-	-	79 244 b)
Stromverbrauch	Mill. kWh	192 806	195 241	195 455	16 977	17 086	16 189	16 291	16 429	17 554
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	563	588	596	607	607	604	602	602	604
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	175	178	179	182	182	181	180	180	181
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	388	410	416	425	425	423	421	422	424
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	24	20	18	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	539	567	578	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	251	257	263	268	269	267	265	266	267
Investitionsgüterproduzenten	1 000	173	181	183	185	185	184	184	184	185
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	24	24	24	24	24	24	24	24	24
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	115	125	127	129	129	128	128	128	128
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	648	691	702	61	63	55	58	59	65
Bruttolohnsumme	Mill. DM	14 969	15 936	16 438	1 408	1 668	1 436	1 311	1 321	1 374
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	10 569	10 993	11 183	953	1 129	986	914	912	921
Kohleverbrauch	1 000 t	8 067	5 293	3 420	-	-	924 a)	-	-	589 b)
Heizölverbrauch	1 000 t	941	1 563	1 580	-	-	417 a)	-	-	403 b)
Gasverbrauch	Mill. kWh	43 087	46 060	47 726	-	-	13 274 a)	-	-	13 740 b)
Stromverbrauch	Mill. kWh	22 322	23 521	24 670	2 226	2 241	2 052	2 079	2 123	2 290

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einschl. 1999 endgültige Ergebnisse. Monatsangaben ab Januar 2000 sind vorläufige Ergebnisse. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) Verbrauch im 4. Vj. 1999 – b) Verbrauch im 1. Vj. 2000.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Dez 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾²⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	- 0,2	- 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,4	± 0,0	+ 0,2
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	± 0,0	+ 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 0,1	- 1,2	- 1,6	- 1,6	- 1,4	- 1,3	- 0,6	- 0,6	± 0,0	+ 0,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,9	- 6,6	- 6,1	- 6,8	- 7,2	- 7,6	- 0,5	- 3,8	- 0,7	- 0,4
Verarbeitendes Gewerbe	± 0,0	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,4	± 0,0	+ 0,2
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,9	- 1,3	- 1,5	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,2	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,2	± 0,0	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,8	- 2,9	- 2,5	- 2,8	- 2,9	- 2,7	- 0,5	- 1,2	+ 0,2	- 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,1	+ 0,2
Geleistete Arbeiterstunden	+ 0,6	- 1,8	+ 1,1	+ 0,9	+ 5,4	- 1,4	- 11,1	+ 2,1	+ 5,5	+ 5,9
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 1,9	+ 1,1	- 1,7	+ 4,0	+ 4,0	± 0,0	- 20,1	- 6,4	± 0,0	+ 0,6
Kohleverbrauch	- 11,8	- 9,0	+ 3,3 ^{a)}	-	-	+ 0,3 ^{b)}	+ 17,9 ^{c)}	-	-	- 7,4 ^{d)}
Heizölverbrauch	- 0,5	- 7,4	- 17,3 ^{a)}	-	-	- 3,6 ^{b)}	+ 21,1 ^{c)}	-	-	+ 1,7 ^{d)}
Gasverbrauch	- 0,6	+ 0,5	+ 3,6 ^{a)}	-	-	+ 4,7 ^{b)}	+ 23,5 ^{c)}	-	-	+ 2,7 ^{d)}
Stromverbrauch	+ 1,5	+ 0,6	+ 7,0	+ 4,3	+ 7,9	+ 4,2	- 5,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 7,0
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 0,3	- 0,8	- 1,0	- 1,1	- 1,0	- 0,9	- 0,5	- 0,5	± 0,0	+ 0,1
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 0,4	- 1,5	- 2,0	- 2,1	- 1,9	- 1,8	- 0,6	- 0,6	± 0,0	+ 0,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 5,5	- 5,3	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,2	- 0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,1	- 1,7	- 1,9	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 0,4	- 0,5	± 0,0	+ 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,9	- 0,8	- 0,6	- 0,4	- 0,3	± 0,0	+ 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,1	- 2,9	- 2,5	- 3,1	- 3,2	- 3,1	- 0,5	- 1,3	+ 0,1	- 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,1	- 0,8	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 0,1	+ 0,2
Geleistete Arbeiterstunden	+ 0,4	- 2,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 5,1	- 2,0	- 10,9	+ 1,7	+ 6,0	+ 5,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 1,8	+ 1,0	- 1,7	+ 3,9	+ 3,9	- 0,3	- 20,6	- 6,2	- 0,1	+ 0,5
Kohleverbrauch	- 6,3	- 4,4	+ 4,6 ^{a)}	-	-	+ 3,7 ^{b)}	+ 18,1 ^{c)}	-	-	- 4,1 ^{d)}
Heizölverbrauch	- 7,1	- 8,9	- 16,9 ^{a)}	-	-	- 4,6 ^{b)}	+ 24,7 ^{c)}	-	-	+ 2,7 ^{d)}
Gasverbrauch	- 1,8	± 0,0	+ 2,9 ^{a)}	-	-	+ 3,8 ^{b)}	+ 23,0 ^{c)}	-	-	+ 2,5 ^{d)}
Stromverbrauch	+ 1,1	+ 0,1	+ 7,0	+ 4,1	+ 7,4	+ 3,9	+ 5,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 6,8
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,3
Arbeiter/-innen ⁴⁾	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,2	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 14,1	- 14,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 1,8	+ 1,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	- 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 0,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	- 0,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,0	- 2,9	- 2,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,8	+ 0,1
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	- 0,5	- 0,3	± 0,0	+ 0,1
Geleistete Arbeiterstunden	+ 3,0	+ 1,6	+ 4,5	+ 5,1	+ 8,3	+ 3,8	- 12,8	+ 5,9	+ 1,8	+ 9,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 3,4	+ 2,6	- 1,1	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,2	- 13,4	- 8,1	+ 0,3	+ 2,8
Kohleverbrauch	- 34,4	- 35,4	- 6,9 ^{a)}	-	-	- 29,7 ^{b)}	+ 16,5 ^{c)}	-	-	- 36,2 ^{d)}
Heizölverbrauch	+ 64,0	+ 1,0	- 19,2 ^{a)}	-	-	+ 2,3 ^{b)}	+ 6,0 ^{c)}	-	-	- 3,3 ^{d)}
Gasverbrauch	+ 6,7	+ 3,6	+ 7,7 ^{a)}	-	-	+ 10,4 ^{b)}	+ 26,5 ^{c)}	-	-	+ 3,5 ^{d)}
Stromverbrauch	+ 5,1	+ 4,9	+ 6,9	+ 5,9	+ 11,5	+ 6,6	- 8,5	+ 1,3	+ 2,1	+ 7,9

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1999, endgültige Ergebnisse. Monatsangaben ab Januar 2000 sind vorläufige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden. - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) 4. Vj 1999 gegenüber 4. Vj 1998. - b) 1. Vj 2000 gegenüber 1. Vj 1999 - c) 4. Vj 1999 gegenüber 3. Vj 1999. - d) 1. Vj 2000 gegenüber 4. Vj 1999.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999			2000		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	106,7	111,2	113,9	118,8	124,2	116,6	111,8	125,9	141,3
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	106,8	108,8	111,4	117,8	123,6	113,5	112,2	122,7	136,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	108,4	116,3	118,3	122,4	128,6	127,2	115,3	129,1	149,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	106,2	113,5	121,4	127,8	132,8	118,7	112,9	136,2	148,8
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	98,3	97,8	97,6	94,1	93,5	81,5	89,7	116,1	122,8
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	102,5	106,0	107,6	116,1	116,7	104,7	98,3	105,2	119,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.	1995 = 100	91,1	84,8	83,7	90,4	84,5	75,6	74,5	110,3	82,3
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	104,4	109,5	111,3	120,0	121,2	109,7	102,9	111,3	126,2
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	105,0	109,1	111,8	119,7	120,0	104,0	105,9	111,4	124,6
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,2	113,2	120,8	124,0	125,7	98,4	111,7	132,5
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,9	108,3	112,3	127,0	128,5	99,1	107,6	125,7	138,8
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	100,6	101,9	110,6	110,5	98,0	95,2	97,0	106,7
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	46 792	41 500
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	178 203	165 402
Erdöl, roh	1 000 t	2 821	2 895
Zement (ohne Zementklinker).	1 000 t	35 945	36 610
Roh Eisen für die Stahlerzeugung	1 000 t	30 466	29 711
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flüssigstahl unlegiert	1 000 t	35 633	33 687
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	424	409
Motorenbenzin	1 000 t	24 392	25 162
Heizöl	1 000 t	35 282	36 703
Schnittholz	1 000 m³	14 730	14 972
Personenkraftwagen mit Fremdzündung										
von 1 500 cm³ oder weniger	1 000 St.	730	912
von mehr als 1 500 cm³	1 000 St.	2 977	3 226
mit Selbstzündung	1 000 St.	1 049	1 321
Fernsehempfangsgeräte 2)	1 000 St.	...	1 816
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	1 872	2 870
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	1 744	2 347
Ein- oder Ausgabereinheiten	1 000 St.	4 482	3 963
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	65
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	1 000 DM	2 614 531	3 119 608
Baumwollgarn	t	135 066	129 495
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	1 895 471
Zigaretten	Mill. St.	181 644
Gesamtumsatz 3) 4) 5).	Mrd. DM	2 186,2	2 270,8	2 339,8	204,5	215,1	209,6	179,2	199,5	226,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	25 605,7	25 285,6	22 566,0	2 068,3	2 018,9	1 902,5	1 606,2	1 663,8	1 808,1
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 160,6	2 247,5	2 317,2	202,4	213,0	207,7	177,6	197,8	224,9
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	985 536	973 783	987 677	88 932	90 853	83 195	78 137	87 622	98 161
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	705 478	780 842	829 204	70 238	76 914	81 329	60 276	67 784	80 797
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	87 158	90 027	91 128	8 465	9 116	7 638	7 053	8 148	9 035
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	408 032	426 172	431 778	36 827	38 184	37 417	33 750	35 908	38 758
dar.: Auslandsumsatz 6)	Mill. DM	696 767	753 165	799 293	69 746	74 664	73 259	63 610	72 074	82 794

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert – 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert – 4) Ohne Umsatzsteuer – 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1999 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 2000 vorläufige Ergebnisse. – 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragsengangs für das Verarbeitende Gewerbe	+ 4,2	+ 2,4	+ 13,0	+ 11,0	+ 18,8	+ 14,4	- 6,1	- 4,1	+ 12,6	+ 12,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 2,4	+ 16,5	+ 12,1	+ 22,1	+ 13,5	- 8,2	- 1,1	+ 9,4	+ 10,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,3	+ 1,7	+ 10,7	+ 14,4	+ 17,9	+ 20,6	- 1,1	- 9,4	+ 12,0	+ 16,0
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,9	+ 7,0	+ 12,2	+ 2,7	+ 18,2	+ 8,2	- 10,6	- 4,9	+ 20,6	+ 9,3
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,5	- 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 5,2	- 0,2	- 12,8	+ 10,1	+ 29,4	+ 5,8
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,4	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,6	+ 8,6	+ 4,8	- 10,3	- 6,1	+ 7,0	+ 13,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,9	- 1,3	- 1,7	- 8,0	+ 8,3	- 9,0	- 10,5	- 1,5	+ 7,9	+ 12,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,9	+ 1,6	+ 4,5	+ 4,1	+ 8,7	+ 7,0	- 9,5	- 6,2	+ 8,2	+ 13,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,9	+ 2,5	+ 9,2	+ 2,9	+ 8,6	+ 5,4	- 13,3	+ 1,8	+ 5,2	+ 11,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,6	± 0,0	- 0,6	+ 7,3	+ 10,2	+ 11,1	+ 1,4	- 21,7	+ 13,5	+ 18,6
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,3	+ 3,7	+ 4,3	+ 7,3	+ 12,8	+ 11,8	- 22,9	+ 8,6	+ 16,8	+ 10,4
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,3	+ 1,3	+ 1,9	- 1,7	+ 2,4	- 0,5	- 11,3	- 2,9	+ 1,9	+ 10,0
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	- 11,3
Braunkohle, roh (Förderung)	- 7,2
Erdöl, roh	+ 2,6
Zement (ohne Zementklinker)	+ 1,9
Roheisen für die Stahlerzeugung
Stahlrohblöcke und -brammen
Flüssigstahl unlegiert
Synthetische Filamente und Spinnfasern	- 3,6
Motorenbenzin	+ 3,2
Heizöl	+ 4,0
Schnittholz	+ 1,6
Personenkraftwagen mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger
von mehr als 1 500 cm ³
mit Selbstzündung
Fernsehmehrfachgeräte ²⁾
Digitale Datenverarbeitungsgeräte
Digitale Verarbeitungseinheiten
Ein- oder Ausgabegeräte
Andere Geräte für die Datenverarbeitung
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten
Baumwollgarn	- 4,1
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch										
Zigaretten
Gesamtumsatz ^{3) 4) 5)}	+ 3,2	+ 3,0	+ 8,8	+ 10,8	+ 15,8	+ 6,2	- 2,6	- 14,5	+ 11,3	+ 13,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 9,1	- 3,1	+ 6,0	- 7,4	+ 4,4	- 4,6	- 5,8	- 15,6	+ 3,6	+ 8,7
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,3	+ 3,1	+ 8,8	+ 11,0	+ 15,9	+ 6,3	- 2,5	- 14,5	+ 11,4	+ 13,7
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	+ 1,4	+ 14,9	+ 11,6	+ 21,7	+ 11,4	- 8,4	- 6,1	+ 12,1	+ 12,0
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,8	+ 6,2	+ 5,4	+ 15,2	+ 12,8	+ 4,0	+ 5,7	- 25,9	+ 12,5	+ 19,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,8	+ 1,2	+ 3,2	+ 7,9	+ 15,5	+ 4,7	- 16,2	- 7,7	+ 15,5	+ 10,9
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 3,2	+ 1,3	+ 4,7	+ 2,7	+ 8,5	- 0,7	- 2,0	- 9,8	+ 6,4	+ 7,9
dar.: Auslandsumsatz ⁶⁾	+ 8,0	+ 6,1	+ 14,4	+ 17,9	+ 21,2	+ 12,5	- 1,9	- 13,2	+ 13,3	+ 14,9

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitore und Videoprojektoren. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4.1.1 Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1999 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 2000 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999			2000		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftrageingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	106,7	110,4	112,9	117,6	122,0	115,6	111,1	125,0	139,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	106,0	107,4	109,5	115,6	121,6	111,8	110,2	120,4	133,4
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	109,7	116,6	118,6	122,8	126,2	127,6	116,4	130,2	149,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	105,9	112,2	119,9	125,6	130,4	117,3	112,1	134,5	146,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	97,8	97,2	96,9	93,2	92,1	80,6	89,1	115,7	122,3
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	102,2	105,8	106,9	115,3	115,8	104,2	97,9	104,9	118,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	92,3	86,6	85,2	91,5	85,1	76,7	76,1	108,7	83,9
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	103,8	108,5	109,8	118,1	119,2	107,9	101,3	109,6	124,5
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,5	108,2	110,3	117,7	117,9	102,4	104,0	109,3	122,3
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	112,9	112,3	120,0	122,7	124,4	97,3	110,6	132,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,3	107,2	110,8	125,5	126,8	97,7	106,3	124,1	136,9
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,4	99,0	99,9	108,3	108,0	95,6	93,5	95,3	104,4
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	Mrd. DM	2 044,0	2 113,9	2 173,3	189,7	199,5	194,5	166,7	185,3	210,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	20 822	19 080	18 410	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 023,2	2 094,8	2 154,9	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	919 796	902 425	911 590	81 923	83 643	76 777	72 066	80 828	90 365
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	669 086	737 339	781 605	66 108	72 395	76 508	57 083	64 021	76 171
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	82 291	84 663	85 570	7 957	8 561	7 156	6 610	7 631	8 451
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	372 836	389 465	394 578	33 684	34 872	34 066	30 971	32 862	35 333
dar.: Auslandsumsatz 5)	Mill. DM	675 746	725 025	768 249	66 859	71 615	70 312	61 122	69 049	79 372
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftrageingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	106,8	124,3	131,0	139,0	161,0	132,6	123,9	141,0	168,6
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	119,5	133,1	143,7	154,3	157,8	141,5	146,6	161,5	182,9
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	91,2	112,3	114,0	116,9	162,5	122,1	99,3	113,4	149,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	113,4	145,1	158,9	183,7	192,5	155,9	134,0	178,7	209,5
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	110,4	113,7	114,3	115,0	129,7	103,9	103,9	127,3	136,8
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	105,6	109,0	114,4	125,1	127,0	110,3	102,5	108,8	120,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	84,8	75,2	75,3	84,9	81,3	69,6	66,2	137,2	73,7
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	115,8	127,1	137,2	149,2	155,0	139,4	132,6	142,9	157,8
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	111,6	124,5	135,6	150,5	152,1	129,1	136,4	144,7	161,3
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	110,9	119,9	128,5	133,3	147,1	148,4	117,1	132,0	138,7
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	121,4	142,3	157,9	175,3	184,5	144,7	150,9	177,0	199,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	118,9	120,5	125,3	137,3	139,2	127,6	115,5	118,0	134,4
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	Mrd. DM	142,2	156,9	166,4	14,8	15,6	15,1	12,5	14,1	16,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	4 783	4 206	4 155	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	137,4	152,7	162,3	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	65 740	71 358	76 087	7 009	7 210	6 418	6 071	6 794	7 796
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	36 392	43 503	47 598	4 130	4 518	4 821	3 193	3 763	4 626
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 867	5 364	5 557	508	555	481	444	517	585
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	35 195	36 707	37 200	3 143	3 312	3 351	2 779	3 046	3 424
dar.: Auslandsumsatz 5)	Mill. DM	21 021	28 140	31 043	2 888	3 049	2 947	2 487	3 024	3 422

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1 1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1999 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 2000 vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 3,5	+ 2,3	+ 13,3	+ 11,5	+ 18,5	+ 13,9	- 5,2	- 3,9	+ 12,5	+ 11,8
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,3	+ 2,0	+ 16,2	+ 11,8	+ 21,6	+ 12,9	- 8,1	- 1,4	+ 9,3	+ 10,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,3	+ 1,7	+ 12,0	+ 15,9	+ 17,7	+ 20,3	+ 1,1	- 8,8	+ 11,9	+ 15,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,9	+ 6,9	+ 12,6	+ 3,7	+ 17,9	+ 7,1	- 10,0	- 4,4	+ 20,0	+ 8,8
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,6	- 0,3	+ 1,8	- 0,7	+ 5,1	- 0,5	- 12,5	+ 10,5	+ 29,9	+ 5,7
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,8	+ 2,6	+ 8,0	+ 4,9	- 10,0	- 6,0	+ 7,2	+ 13,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,2	- 1,6	- 2,7	- 8,6	+ 7,6	- 9,5	- 9,9	- 0,8	+ 7,9	+ 13,2
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,5	+ 1,2	+ 3,8	+ 3,7	+ 7,9	+ 6,7	- 9,5	- 6,1	+ 8,2	+ 13,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,5	+ 1,9	+ 8,6	+ 2,1	+ 7,6	+ 4,5	- 13,1	+ 1,6	+ 5,1	+ 11,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,6	- 0,5	- 1,7	+ 7,3	+ 9,4	+ 11,7	+ 1,4	- 21,8	+ 13,7	+ 19,4
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,8	+ 3,4	+ 4,5	+ 7,9	+ 12,6	+ 11,5	- 22,9	+ 8,8	+ 16,7	+ 10,3
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,4	+ 0,9	+ 1,6	- 2,1	+ 1,9	- 0,9	- 11,5	- 2,2	+ 1,9	+ 9,5
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 2,8	+ 2,8	+ 8,5	+ 10,8	+ 15,3	+ 5,7	- 2,5	- 14,3	+ 11,2	+ 13,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 8,4	- 3,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,9	+ 2,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,2	+ 1,0	+ 14,4	+ 11,0	+ 21,0	+ 10,7	- 8,2	- 6,1	+ 12,2	+ 11,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,4	+ 6,0	+ 5,4	+ 15,8	+ 12,5	+ 3,5	+ 5,7	- 25,4	+ 12,2	+ 19,0
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 8,4	+ 15,5	+ 4,3	- 16,4	- 7,6	+ 15,5	+ 10,7
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 3,3	+ 1,3	+ 4,5	+ 2,5	+ 8,2	- 0,9	- 2,3	- 9,1	+ 6,1	+ 7,5
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 7,2	+ 6,0	+ 14,6	+ 18,5	+ 20,6	+ 12,1	- 1,8	- 13,1	+ 13,0	+ 14,9
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 16,4	+ 5,4	+ 6,9	+ 4,4	+ 23,9	+ 24,2	- 17,6	- 6,6	+ 13,8	+ 19,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 11,4	+ 8,0	+ 19,6	+ 16,4	+ 28,0	+ 23,7	- 10,3	+ 3,6	+ 10,2	+ 13,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 23,1	+ 1,5	- 4,8	- 6,3	+ 20,0	+ 25,1	- 24,9	- 18,7	+ 14,2	+ 31,7
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 28,0	+ 9,5	+ 6,6	- 14,9	+ 25,1	+ 32,4	- 19,0	- 14,0	+ 33,4	+ 17,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 3,0	+ 0,5	- 4,2	+ 2,1	+ 7,6	+ 5,1	- 19,9	-	+ 22,5	+ 7,5
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,2	+ 5,0	+ 11,8	+ 3,2	+ 16,0	+ 3,2	- 13,1	- 7,1	+ 6,1	+ 10,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 11,3	+ 0,1	+ 3,9	- 3,6	+ 20,4	- 6,0	- 14,4	- 4,9	+ 7,4	+ 8,1
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,8	+ 7,9	+ 15,0	+ 10,3	+ 21,0	+ 11,8	- 10,1	- 4,9	+ 7,8	+ 10,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 11,6	+ 8,9	+ 19,2	+ 14,9	+ 23,1	+ 18,4	- 15,1	+ 5,7	+ 6,1	+ 11,5
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,1	+ 7,2	+ 19,0	+ 8,1	+ 24,1	+ 0,1	+ 0,9	- 21,1	+ 12,7	+ 5,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 17,2	+ 11,0	+ 2,8	- 4,8	+ 17,7	+ 19,4	- 21,6	+ 4,3	+ 17,3	+ 12,8
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,3	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 9,4	+ 4,1	- 8,3	- 9,5	+ 2,2	+ 13,9
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 8,9	+ 6,1	+ 12,7	+ 11,2	+ 22,2	+ 13,3	- 3,4	- 17,1	+ 13,1	16,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 12,1	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,7	+ 6,3	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,1	+ 6,6	+ 21,8	+ 19,0	+ 31,0	+ 20,0	- 11,0	- 5,4	+ 11,9	+ 14,7
Investitionsgüterproduzenten	+ 17,2	+ 9,4	+ 6,5	+ 4,9	+ 18,0	+ 12,2	+ 6,7	- 33,8	+ 17,8	+ 23,0
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 9,8	+ 3,6	+ 11,2	+ 1,8	+ 15,4	+ 11,3	- 13,3	- 7,8	+ 16,5	+ 13,1
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,8	+ 1,3	+ 6,5	+ 5,0	+ 11,3	+ 2,1	+ 1,2	- 17,1	+ 9,6	+ 12,4
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 33,8	+ 10,3	+ 9,4	+ 16,9	+ 36,1	+ 23,6	- 3,4	- 15,6	+ 21,6	+ 13,2

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4 1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1999 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 2000 vorläufige Ergebnisse. – 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999				2000	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten,										
Hoch- und Tiefbau 1)										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	1 221	1 156	1 110	1 138	1 134	1 124	1 095	1 028	1 006
dar.: Angestellte	1 000	213	207	200	199	200	200	198	196	193
Arbeiter/-innen	1 000	953	890	851	880	875	865	839	776	756
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 480	1 395	1 362	134	128	121	90	74	88
im Hochbau	Mill. Std	1 004	947	911	89	84	80	60	51	60
Wohnungsbau	1 000 Std	629 648	602 582	582 299	57 428	53 885	50 872	37 566	31 580	36 906
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	283 441	260 400	249 157	23 495	22 658	21 708	17 083	15 265	17 484
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	90 411	84 143	79 335	7 627	7 431	7 236	5 387	4 572	5 418
im Tiefbau	1 000 Std	476 178	447 936	450 729	45 598	43 826	41 200	29 846	22 516	28 104
Straßenbau	1 000 Std	142 516	137 291	140 362	14 957	14 238	12 884	8 499	5 622	7 639
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	169 085	158 058	158 324	15 390	14 616	14 245	11 162	9 048	10 686
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	164 577	152 587	152 043	15 251	14 972	14 071	10 185	7 846	9 779
Bruttolohnsumme	Mill. DM	43 749	40 821	39 861	3 551	3 424	3 936	3 324	2 701	2 599
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	14 325	13 948	13 719	1 103	1 114	1 411	1 170	1 085	1 053
Gesamtumsatz	Mill. DM	213 517	203 954	206 046	20 027	19 985	20 573	20 685	10 499	11 695
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	210 354	200 894	202 976	19 712	19 698	20 299	20 420	10 365	11 535
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	834	802	775	794	789	784	768	727	717
dar.: Angestellte	1 000	155	152	147	147	147	147	146	145	143
Arbeiter/-innen	1 000	635	604	583	602	598	593	578	539	531
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	988	951	932	92	88	83	62	52	63
im Hochbau	Mill. Std	665	644	625	61	58	55	42	36	44
Wohnungsbau	1 000 Std	420 420	415 015	405 069	40 073	37 863	35 688	26 444	22 746	27 584
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	186 592	176 975	171 181	16 218	15 821	15 142	11 898	10 807	12 692
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	57 729	52 311	49 219	4 842	4 645	4 411	3 299	2 843	3 446
im Tiefbau	1 000 Std	323 474	306 223	306 518	31 212	29 630	27 380	19 665	15 472	19 681
Straßenbau	1 000 Std	99 437	93 957	95 509	10 271	9 721	8 616	5 696	4 026	5 620
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	107 655	102 981	104 275	10 130	9 708	9 247	7 380	6 252	7 280
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	116 382	109 285	106 734	10 811	10 201	9 517	6 789	5 194	6 781
Bruttolohnsumme	Mill. DM	31 890	30 233	29 782	2 644	2 544	3 038	2 480	2 014	1 957
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	10 858	10 689	10 574	848	849	1 121	896	837	811
Gesamtumsatz	Mill. DM	152 897	149 142	152 066	14 694	14 639	15 096	15 352	8 132	8 970
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	150 547	146 834	149 858	14 443	14 413	14 885	15 149	8 032	8 844
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	387	354	335	345	345	340	327	301	289
dar.: Angestellte	1 000	58	55	53	52	53	53	52	51	50
Arbeiter/-innen	1 000	318	286	268	278	277	273	261	236	226
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	491	445	430	42	40	38	28	22	25
im Hochbau	Mill. Std	339	303	285	27	26	25	18	15	16
Wohnungsbau	1 000 Std	209 228	187 567	177 230	17 355	16 022	15 184	11 122	8 834	9 322
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	96 849	83 425	77 976	7 277	6 837	6 566	5 185	4 458	4 792
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	32 682	31 832	30 116	2 785	2 786	2 825	2 088	1 729	1 972
im Tiefbau	1 000 Std	152 704	141 713	144 211	14 386	14 196	13 820	9 981	7 044	8 423
Straßenbau	1 000 Std	43 079	43 334	44 853	4 686	4 517	4 268	2 803	1 596	2 019
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	61 430	55 077	54 049	5 260	4 908	4 998	3 782	2 796	3 406
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	48 195	43 302	45 309	4 440	4 771	4 554	3 396	2 652	2 998
Bruttolohnsumme	Mill. DM	11 859	10 589	10 079	906	880	898	844	687	642
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	3 468	3 258	3 145	256	265	290	274	248	243
Gesamtumsatz	Mill. DM	60 621	54 811	53 980	5 333	5 346	5 477	5 333	2 367	2 725
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	59 807	54 061	53 317	5 269	5 285	5 415	5 271	2 333	2 691
Deutschland										
Index des Auftragseingangs 2)	1995 = 100	84,3	84,1	82,3	94,0	81,3	67,1	71,7	55,6	63,1
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	84,6	79,8	79,8	82,2	.	.	71,6	.	.
Produktionsindex 3)	1995 = 100	89,6	86,8	87,5	104,1	100,8	92,5	67,6	59,3	68,5
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs 2)	1995 = 100	86,0	86,7	87,5	99,2	88,8	71,0	77,3	60,0	68,9
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	86,8	81,9	81,9	85,8	.	.	75,9	.	.
Produktionsindex 3)	1995 = 100	88,9	87,4	88,4	105,6	102,5	93,3	68,2	60,9	71,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs 2)	1995 = 100	80,2	77,7	70,1	81,8	63,5	58,0	58,6	45,2	49,5
Index des Auftragsbestands 2)	1995 = 100	78,6	74,1	74,1	72,4	.	.	59,7	.	.
Produktionsindex 3)	1995 = 100	92,2	84,9	84,1	98,7	94,8	89,7	65,4	53,3	57,8
Deutschland										
Handwerk 4)										
Beschäftigte	30.9 1998 = 100	102,0	99,2	95,9 p	96,2 p	.	.	95,3 p	.	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998 = 100	100,6	100,0	101,7 p	105,0 p	.	.	115,7 p	.	.

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). Ab Oktober 1999 endgültige Ergebnisse, September korrigierte Werte. – 2) Wertindex – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert. 1999 Jahreskorrektur – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vormonat		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten,										
Hoch- und Tiefbau 1)										
Deutschland										
Beschäftigte	- 5,4	- 4,0	- 3,4	- 3,0	- 3,2	- 2,7	- 0,9	- 2,5	- 6,1	- 2,1
dar.: Angestellte	- 3,0	- 3,5	- 3,0	- 2,7	- 2,5	- 3,1	- 0,3	- 0,7	- 1,4	- 1,1
Arbeiter/-innen	- 6,6	- 4,4	- 3,6	- 3,2	- 3,5	- 2,6	- 1,1	- 3,1	- 7,5	- 2,5
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,7	- 2,4	- 0,4	+ 6,4	- 8,2	+ 21,4	- 5,3	- 25,7	- 17,7	+ 18,9
im Hochbau	- 5,6	- 3,8	- 2,1	+ 3,2	- 9,0	+ 17,3	- 5,0	- 24,8	- 14,4	+ 16,3
Wohnungsbau	- 4,3	- 3,4	- 1,9	+ 3,0	- 10,2	+ 18,5	- 5,6	- 26,2	- 15,9	+ 16,9
Gewerblicher Hochbau	- 8,1	- 4,3	- 2,4	+ 3,1	- 6,8	+ 14,6	- 4,2	- 21,3	- 10,6	+ 14,5
Öffentlicher Hochbau	- 6,9	- 5,7	- 2,9	+ 5,3	- 7,5	+ 18,3	- 2,6	- 25,6	- 15,1	+ 18,5
im Tiefbau	- 5,9	+ 0,6	+ 2,9	+ 13,4	- 6,3	+ 31,1	- 6,0	- 27,6	- 24,6	+ 24,8
Straßenbau	- 3,7	+ 2,2	+ 4,5	+ 15,2	- 12,1	+ 42,3	- 9,5	- 34,0	- 33,9	+ 35,9
Gewerblicher Tiefbau	- 6,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 11,1	- 4,2	+ 22,3	- 2,5	- 21,6	- 18,9	+ 18,1
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 7,3	- 0,4	+ 3,6	+ 14,5	- 4,3	+ 33,4	- 6,0	- 27,6	- 23,0	+ 24,6
Bruttolohnsumme	- 6,7	- 2,4	- 1,8	+ 0,6	- 2,2	+ 8,1	+ 15,0	- 15,5	- 18,8	- 3,8
Bruttogehaltssumme	- 2,6	- 1,6	- 2,5	- 2,2	+ 0,7	- 0,7	+ 26,7	- 17,1	- 7,2	- 2,9
Gesamtumsatz	- 4,5	+ 1,0	+ 4,5	+ 4,4	+ 1,4	+ 12,5	+ 2,9	+ 0,5	- 49,2	+ 11,4
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 4,5	+ 1,0	+ 4,5	+ 4,5	+ 1,5	+ 12,6	+ 3,1	+ 0,6	- 49,2	+ 11,3
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 3,8	- 3,5	- 2,9	- 2,5	- 2,7	- 1,6	- 0,8	- 2,0	- 5,3	- 1,4
dar.: Angestellte	- 2,0	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8	- 3,2	- 0,2	- 0,5	- 1,0	- 0,7
Arbeiter/-innen	- 4,8	- 3,6	- 2,7	- 2,2	- 2,5	- 0,9	- 0,9	- 2,4	- 6,8	- 1,6
Geleistete Arbeitsstunden	- 3,8	- 2,0	- 0,1	+ 7,2	- 3,9	+ 28,1	- 6,1	- 25,6	- 15,7	+ 22,2
im Hochbau	- 3,1	- 2,9	- 0,7	+ 6,0	- 3,9	+ 27,0	- 5,3	- 24,6	- 12,6	+ 20,1
Wohnungsbau	- 1,3	- 2,4	- 0,7	+ 5,9	- 4,7	+ 29,6	- 5,7	- 25,9	- 14,0	+ 21,3
Gewerblicher Hochbau	- 5,2	- 3,3	+ 0,3	+ 6,1	- 1,5	+ 21,8	- 4,3	- 21,4	- 9,2	+ 17,4
Öffentlicher Hochbau	- 9,4	- 5,9	- 4,2	+ 6,0	- 5,4	+ 26,6	- 5,0	- 25,2	- 13,8	+ 21,2
im Tiefbau	- 5,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 9,8	- 4,0	+ 30,7	- 7,6	- 27,4	- 22,1	+ 27,2
Straßenbau	- 5,5	+ 1,7	+ 2,9	+ 10,8	- 5,7	+ 50,1	- 11,4	- 33,9	- 29,3	+ 39,6
Gewerblicher Tiefbau	- 4,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 10,5	+ 0,5	+ 21,2	- 4,7	- 20,2	- 15,3	+ 16,4
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 6,1	- 2,3	- 0,3	+ 8,3	- 7,8	+ 27,9	- 6,7	- 28,7	- 23,5	+ 30,6
Bruttolohnsumme	- 5,2	- 1,5	- 1,6	+ 1,8	- 1,4	+ 11,9	+ 19,4	- 18,4	- 18,8	- 2,9
Bruttogehaltssumme	- 1,5	- 1,1	- 2,7	- 2,7	+ 0,9	- 0,4	+ 32,0	- 20,1	- 6,6	- 3,1
Gesamtumsatz	- 2,5	+ 2,0	+ 6,2	+ 5,8	+ 2,5	+ 14,9	+ 3,1	+ 1,7	- 47,0	+ 10,3
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,5	+ 1,9	+ 6,2	+ 6,0	+ 2,6	+ 14,9	+ 3,3	+ 1,8	- 47,0	+ 10,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 8,7	- 5,1	- 4,3	- 4,3	- 4,5	- 5,2	- 1,3	- 3,8	- 7,9	- 3,9
dar.: Angestellte	- 5,4	- 3,9	- 1,5	- 1,7	- 1,4	- 2,7	- 0,6	- 1,2	- 2,6	- 2,0
Arbeiter/-innen	- 10,2	- 6,0	- 5,4	- 5,3	- 5,7	- 6,4	- 1,5	- 4,5	- 9,3	- 4,5
Geleistete Arbeitsstunden	- 9,5	- 3,4	- 1,2	+ 4,7	- 16,9	+ 6,9	- 3,6	- 26,1	- 22,2	+ 11,1
im Hochbau	- 10,6	- 5,8	- 5,1	- 2,6	- 19,4	- 2,8	- 4,2	- 25,1	- 18,3	+ 7,1
Wohnungsbau	- 10,4	- 5,5	- 4,6	- 3,5	- 21,8	- 5,5	- 5,2	- 26,8	- 20,6	+ 5,5
Gewerblicher Hochbau	- 13,9	- 6,5	- 8,0	- 3,2	- 17,6	- 0,7	- 4,0	- 21,0	- 14,0	+ 7,5
Öffentlicher Hochbau	- 2,6	- 5,4	- 0,8	+ 4,2	- 10,8	+ 6,2	+ 1,4	- 26,1	- 17,2	+ 14,1
im Tiefbau	- 7,2	+ 1,8	+ 6,6	+ 21,4	- 11,0	+ 32,0	- 2,6	- 27,8	- 29,4	+ 19,6
Straßenbau	+ 0,6	+ 3,5	+ 7,9	+ 25,3	- 24,9	+ 24,3	- 5,5	- 34,3	- 43,1	+ 26,5
Gewerblicher Tiefbau	- 10,3	- 1,9	+ 0,5	+ 12,5	- 13,2	+ 24,8	+ 1,8	- 24,3	- 26,1	+ 21,8
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 10,2	+ 4,6	+ 12,9	+ 29,4	+ 3,4	+ 47,8	- 4,5	- 25,4	- 21,9	+ 13,0
Bruttolohnsumme	- 10,7	- 4,8	- 2,5	- 2,9	- 4,5	- 1,9	+ 2,0	- 6,0	- 18,7	- 6,4
Bruttogehaltssumme	- 6,0	- 3,5	- 1,4	- 0,6	- 0,2	- 1,9	+ 9,6	- 5,5	- 9,4	- 2,3
Gesamtumsatz	- 9,6	- 1,5	+ 0,2	+ 0,3	- 2,2	+ 5,3	+ 2,5	- 2,6	- 55,6	+ 15,1
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 9,6	- 1,4	+ 0,2	+ 0,4	- 2,4	+ 5,5	+ 2,5	- 2,6	- 55,7	+ 15,4
Deutschland										
Index des Auftragseingangs 2)	- 0,2	- 2,1	- 10,7	- 5,4	- 7,0	- 9,2	- 17,5	+ 6,9	+ 7,3	+ 13,5
Index des Auftragsbestands 2)	- 5,7	+ 0,9	.	- 6,5 a)	.	.	.	- 12,9 b)	.	.
Produktionsindex 3)	- 3,1	+ 0,8	+ 1,1	+ 7,3	- 6,6	+ 22,8	- 8,2	- 26,9	- 12,3	+ 15,5
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs 2)	+ 0,8	+ 0,9	- 5,7	- 1,7	- 6,4	- 7,5	- 20,0	+ 8,9	+ 9,4	+ 14,8
Index des Auftragsbestands 2)	- 5,6	+ 2,6	.	- 2,8 a)	.	.	.	- 11,5 b)	.	.
Produktionsindex 3)	- 1,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 7,7	- 3,8	+ 26,6	- 9,0	- 26,9	- 10,7	+ 17,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs 2)	- 3,1	- 9,8	- 22,3	- 15,4	- 8,9	- 14,5	- 8,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 9,5
Index des Auftragsbestands 2)	- 5,7	- 4,2	.	- 17,7 a)	.	.	.	- 17,5 b)	.	.
Produktionsindex 3)	- 7,9	- 0,9	- 1,6	+ 5,7	- 16,7	+ 7,8	- 5,4	- 27,1	- 18,5	+ 8,4
Deutschland										
Handwerk 4)										
Beschäftigte	- 2,7	- 3,3 p	.	- 3,8p a)	.	.	.	- 0,9p b)	.	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	- 0,6	+ 1,7 p	.	+ 3,7p a)	.	.	.	+ 10,2p b)	.	.

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993) Ab Oktober 1999 endgültige Ergebnisse. – 2) Wertindex. – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert 1999 Jahreskorrektur. – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

a) 4. Vj 1999 gegenüber 4. Vj 1998. – b) 4. Vj 1999 gegenüber 3. Vj 1999.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	1999			2000		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	221 185	232 367	...	20 707	18 078	18 829
Rauminhalt	1 000 m ³	243 647	234 635	...	19 531	17 114	18 607
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	107 673	102 830	...	8 470	7 486	8 156
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	40 265	43 465	...	3 627	3 222	3 040
Rauminhalt	1 000 m ³	205 237	223 032	...	20 441	20 025	17 939
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	53 389	53 395	...	4 163	4 611	4 361
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	528 096	477 706	...	37 251	33 795	37 343
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	255 995	234 487	...	12 315	14 735	136 866
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	212 828	207 356	...	9 476	9 674	133 226
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	578 179	500 718	...	25 522	29 738	276 787
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	162 224	180 409	...	16 751	14 098	14 243
Rauminhalt	1 000 m ³	185 126	191 677	...	16 664	14 112	15 089
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	81 467	83 986	...	7 245	6 182	6 639
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	32 937	36 825	...	3 089	2 753	2 400
Rauminhalt	1 000 m ³	151 265	175 022	...	16 926	17 273	13 176
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	37 524	39 713	...	3 372	3 669	3 089
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	372 728	363 692	...	30 234	26 472	28 408
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	188 999	185 025	...	8 924	12 255	115 255
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	152 743	158 569	...	6 850	8 035	108 789
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	400 350	372 265	...	17 114	23 662	219 860
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	58 941	51 958	...	3 956	3 980	4 586
Rauminhalt	1 000 m ³	58 521	42 958	...	2 867	3 002	3 518
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	26 205	18 844	...	1 225	1 304	1 517
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	7 328	6 640	...	538	469	640
Rauminhalt	1 000 m ³	53 973	48 010	...	3 515	2 752	4 763
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	15 865	13 682	...	792	942	1 271
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	155 368	114 014	...	7 017	7 323	8 935
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	66 996	49 462	...	3 391	2 480	21 611
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	60 085	48 787	...	2 626	1 639	24 437
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	177 829	128 453	...	8 408	6 076	56 927
Binnenhandel ¹⁾, Gastgewerbe ¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	1995= 100	100,9	101,5	101,7	107,0	112,3	111,4	91,1	102,8	116,8
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	1995= 100	99,0	100,1	100,8	104,8	109,0	128,6	90,3	91,3	103,2
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	1995= 100	97,1	95,6	96,0	102,6	89,1	95,8	80,7	82,3	90,7
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	77 305	80 289	83 853	8 480	6 315	5 215	4 911	5 663	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	13 833	14 461	14 897	1 377	1 027	834	824	1 022	...
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	241 153	245 773	253 963	24 873	16 025	14 293	14 397	15 942	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	30 400	31 654	32 719	3 012	2 222	1 807	1 881	2 349	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	15 319	16 141	17 802	1 726	1 217	1 189	895	1 029	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 058	1 133	1 240	123	86	68	50	62	...
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	46 017	48 771	54 065	5 042	3 227	3 193	2 649	3 132	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	2 987	2 814	3 011	305	206	169	128	154	...

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) In jeweiligen Preisen. – 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998 1)	1999 1)	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998 1)	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 5,1	...	- 6,2	+ 4,2
Rauminhalt	- 3,7	...	- 9,5	+ 8,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 4,5	...	- 8,6	+ 8,9
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 7,9	...	- 7,1	- 5,6
Rauminhalt	+ 8,7	...	- 10,3	- 10,4
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	± 0,0	...	- 7,5	- 5,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 9,5	...	- 19,3	+ 10,5
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 8,4	...	+ 1,3	+ 828,8
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 2,6	...	+ 9,2	+1 277,2
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 13,4	...	- 3,1	+ 830,8
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 11,2	...	- 4,5	+ 1,0
Rauminhalt	+ 3,5	...	- 6,8	+ 6,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 3,1	...	- 6,1	+ 7,4
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 11,8	...	- 5,0	- 12,8
Rauminhalt	+ 15,7	...	- 15,0	- 23,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 5,8	...	- 7,6	- 15,8
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 2,4	...	- 14,5	+ 7,3
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 2,1	...	+ 4,7	+ 840,5
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 3,8	...	+ 14,8	+1 253,9
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 7,0	...	+ 0,6	+ 829,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	- 11,8	...	- 11,0	+ 15,2
Rauminhalt	- 26,6	...	- 19,4	+ 17,2
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 28,1	...	- 18,0	+ 16,3
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 9,4	...	- 14,3	+ 36,5
Rauminhalt	- 11,0	...	+ 6,0	+ 73,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 13,8	...	- 7,2	+ 35,0
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 26,6	...	- 31,5	+ 22,0
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 26,2	...	- 13,7	+ 771,4
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 18,8	...	- 10,4	+1 391,0
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 27,8	...	- 15,3	+ 836,9
Binnenhandel 1), Gastgewerbe 1), Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) 2) 3)	+ 0,6	+ 0,2	+ 10,5	+ 8,8	+ 19,0	+ 4,0	- 0,8	- 18,2	+ 12,8	+ 13,7
Einzelhandel (Umsatzwerte) 3)	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,6	- 1,5	+ 5,2	- 4,0	+ 18,0	- 30,8	+ 1,1	+ 10,6
Gastgewerbe (Umsatzwerte) 3)	- 1,6	+ 0,5	+ 0,3	- 1,9	+ 3,1	+ 1,1	+ 7,5	- 15,8	+ 2,0	+ 10,2
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte 4)	+ 3,9	+ 4,6	+ 6,8	+ 5,0	+ 8,7	...	- 17,4	- 5,8	+ 15,3	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,5	+ 3,0	- 1,1	+ 2,7	+ 4,4	...	- 18,9	- 1,2	+ 24,1	...
Übernachtungen 4)	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,6	+ 6,0	+ 4,8	...	- 10,8	+ 0,7	+ 10,7	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,1	+ 3,4	- 2,1	+ 4,9	- 1,0	...	- 18,7	+ 4,1	+ 24,8	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte 4)	+ 5,4	+ 10,3	+ 13,4	+ 12,3	+ 16,1	...	- 2,3	- 24,7	+ 14,9	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 7,1	+ 9,5	+ 20,5	+ 19,6	+ 26,3	...	- 20,7	- 26,0	+ 22,4	...
Übernachtungen 4)	+ 6,0	+ 10,9	+ 12,1	+ 12,0	+ 13,1	...	- 1,0	- 17,0	+ 18,2	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	- 5,8	+ 7,0	+ 21,1	+ 16,7	+ 22,6	...	- 17,7	- 24,3	+ 20,5	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999				2000																																																																																																																																																																											
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.																																																																																																																																																																										
Außenhandel 1) 2)																																																																																																																																																																																				
Deutschland																																																																																																																																																																																				
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	772 149	828 200	853 077	71 893	74 940	78 942	77 210	77 038	77 843																																																																																																																																																																										
Warengruppen																																																																																																																																																																																				
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74 872	77 630	69 219	5 357	5 915	5 877	6 296	6 021	5 700																																																																																																																																																																										
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	647 257	710 582	702 322	59 889	61 853	65 602	62 732	62 751	63 870																																																																																																																																																																										
Rohstoffe	Mill. DM	38 339	32 246	36 698	3 672	3 688	3 822	4 354	4 280	4 317																																																																																																																																																																										
Halbwaren	Mill. DM	73 293	69 534	59 791	4 882	5 411	5 899	5 322	6 784	6 399																																																																																																																																																																										
Fertigwaren	Mill. DM	535 626	608 803	605 832	51 334	52 754	55 880	53 056	51 688	53 154																																																																																																																																																																										
Ländergruppen (Ursprungsländer)																																																																																																																																																																																				
EU-Länder	Mill. DM	424 430	452 037	455 176	36 450	39 534	41 707	40 003	40 915	40 671																																																																																																																																																																										
EFTA-Länder	Mill. DM	46 324	46 843	48 051	4 207	4 476	4 654	4 816	4 303	4 314																																																																																																																																																																										
NAFTA-Länder	Mill. DM	65 466	75 729	78 947	6 741	6 722	6 530	6 874	6 895	6 974																																																																																																																																																																										
ASEAN-Länder ³⁾	Mill. DM	22 336	23 282	23 185	2 221	2 158	2 255	2 128	2 349	2 151																																																																																																																																																																										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	888 616	955 170	984 065	83 080	86 345	95 147	85 092	82 232	90 841																																																																																																																																																																										
Warengruppen																																																																																																																																																																																				
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	43 960	47 327	43 266	3 675	3 925	4 044	3 993	3 601	3 696																																																																																																																																																																										
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	821 023	893 571	898 302	75 734	78 531	86 806	77 026	73 864	82 330																																																																																																																																																																										
Rohstoffe	Mill. DM	7 200	7 094	6 659	494	579	651	605	549	677																																																																																																																																																																										
Halbwaren	Mill. DM	44 032	43 271	41 328	3 554	4 064	3 931	3 731	4 103	4 495																																																																																																																																																																										
Fertigwaren	Mill. DM	769 791	843 207	850 315	71 685	73 888	82 224	72 690	69 213	77 157																																																																																																																																																																										
Ländergruppen (Bestimmungsländer)																																																																																																																																																																																				
EU-Länder	Mill. DM	493 554	539 793	559 565	47 195	48 927	54 456	45 447	49 552	53 033																																																																																																																																																																										
EFTA-Länder	Mill. DM	48 368	52 355	53 303	4 564	4 698	5 022	4 689	4 016	4 694																																																																																																																																																																										
NAFTA-Länder	Mill. DM	88 727	103 842	115 859	9 499	10 347	11 137	10 720	9 055	11 033																																																																																																																																																																										
ASEAN-Länder ³⁾	Mill. DM	23 770	17 411	16 242	1 371	1 451	1 718	1 555	1 294	1 479																																																																																																																																																																										
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+116 467	+126 970	+130 988	+ 11 187	+ 11 405	+ 16 205	+ 7 882	+ 5 195	+ 12 998																																																																																																																																																																										
Verkehr																																																																																																																																																																																				
Deutschland																																																																																																																																																																																				
Güterverkehr																																																																																																																																																																																				
Beförderungsaufkommen																																																																																																																																																																																				
Eisenbahnverkehr	1 000 t	321 578	308 581	287 732	23 886	24 662	27 021	23 117	23 279	24 871																																																																																																																																																																										
Binnenschifffahrt	1 000 t	233 455	236 365	228 947	19 244	20 201	20 339	18 727																																																																																																																																																																										
Seeverkehr	1 000 t	209 550	214 045	218 874	19 024	19 402	19 228	18 962																																																																																																																																																																										
Luftverkehr ⁴⁾	1 000 t	2 004	1 927	2 023	174	188	187	184	154	170																																																																																																																																																																										
Rohöl-Rohrleitungen ⁵⁾	1 000 t	87 385	90 717	89 296	7 247	7 715	7 589	8 076	7 759	7 045																																																																																																																																																																										
Straßengüterverkehr ^{6) 7)}	1 000 t	2 980 981	2 968 023	...	316 265	310 170																																																																																																																																																																										
Beförderungsleistung im Inland																																																																																																																																																																																				
Eisenbahnverkehr	Mill. tkm	73 987	74 050	71 454	5 844	6 020	6 694	5 683	5 731	6 355																																																																																																																																																																										
Binnenschifffahrt	Mill. tkm	62 153	64 267	62 603	5 157	5 378	5 657	4 962																																																																																																																																																																										
Rohöl-Rohrleitungen ⁵⁾	Mill. tkm	13 151	14 849	14 966	1 243	1 322	1 261	1 354	1 276	1 215																																																																																																																																																																										
Straßengüterverkehr ⁶⁾	Mill. tkm	245 882	257 447	...	26 105	25 904																																																																																																																																																																										
Personenverkehr																																																																																																																																																																																				
Beförderte Personen																																																																																																																																																																																				
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 970,1	1 918,7	1 945,4	163,9	172,6	169,1	177,8	166,2	158,7																																																																																																																																																																										
Luftverkehr	Mill.	98,4	102,9	110,2 ^{a)}	11,1	11,1	8,2	6,8	6,8	7,2																																																																																																																																																																										
Öffentlicher Straßenverkehr	Mill.	7 847,6	7 762,1	7 793,9	1 754,4 ^{b)}	2 091,0 ^{c)}																																																																																																																																																																										
Kraftfahrzeuge⁸⁾																																																																																																																																																																																				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	4 132,8	4 350,4	4 437,6	355,1	329,6	312,3	321,5	263,9	315,8																																																																																																																																																																										
dar.: Personenkraftwagen	1 000	3 528,2	3 736,0	3 802,2	309,0	293,0	274,4	284,5	234,3	273,2																																																																																																																																																																										
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	8 342,3	8 372,3	8 645,9	703,3	692,1	668,4	627,6	625,1	714,6																																																																																																																																																																										
dar.: Personenkraftwagen	1 000	7 382,1	7 449,5	7 695,9	629,7	634,0	617,6	579,4	569,9	638,9																																																																																																																																																																										
Straßenverkehrsunfälle																																																																																																																																																																																				
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	380 835	377 257	395 355 p	39 496	32 942	31 235 p	31 203 p	25 382 p	27 051 p																																																																																																																																																																										
getötete Personen	Anzahl	8 549	7 792	7 749 p	778	617	595 p	685 p	562 p	595 p																																																																																																																																																																										
schwerverletzte Personen	Anzahl	115 414	108 890	106 661	10 661	8 828	41 502 p	41 810 p	34 297 p	35 882 p																																																																																																																																																																										
leichtverletzte Personen	Anzahl	385 680	388 429	520 974 p	40 482	34 650	41 502 p	41 810 p	34 297 p	35 882 p																																																																																																																																																																										
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 851,5	1 880,4	2 007,4 p	165,3	180,2	189,3 p	196,4 p	155,8 p	160,7 p																																																																																																																																																																										
dar.: schwerwiegende Unfälle	1 000	140,7	136,0	138,7 p	10,8	11,9	12,4 p	13,7 p	11,3 p	10,6 p																																																																																																																																																																										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th rowspan="2"></th> <th rowspan="2">1997</th> <th rowspan="2">1998</th> <th rowspan="2">1999</th> <th colspan="3">1999</th> <th colspan="3">2000</th> </tr> <tr> <th>Okt.</th> <th>Nov.</th> <th>Dez.</th> <th>Jan.</th> <th>Febr.</th> <th>März</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Geld und Kredit⁹⁾</td> <td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutschland</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Deutsche Bundesbank¹⁰⁾</td> </tr> <tr> <td>Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes¹¹⁾</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>102,2</td> <td>104,6</td> <td>92,7</td> <td>102,2</td> <td>93,8</td> <td>99,6</td> <td>107,3</td> </tr> <tr> <td>Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>90,6</td> <td>108,9</td> <td>84,1</td> <td>90,6</td> <td>102,8</td> <td>93,0</td> <td>112,5</td> </tr> <tr> <td>Bargeldumlauf</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>247,0¹²⁾</td> <td>242,6¹²⁾</td> <td>130,3</td> <td>124,2</td> <td>125,5</td> <td>130,3</td> <td>125,3</td> <td>124,6</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Banken</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Kredite an</td> </tr> <tr> <td>inländische Nichtbanken der Banken¹³⁾</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>5 058,4¹²⁾</td> <td>5 380,1¹²⁾</td> <td>2 904,5</td> <td>2 868,4</td> <td>2 890,9</td> <td>2 904,5</td> <td>2 922,0</td> <td>2 933,2</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>Unternehmen und Privatpersonen</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>3 849,2¹²⁾</td> <td>4 144,0¹²⁾</td> <td>2 272,5</td> <td>2 226,9</td> <td>2 244,6</td> <td>2 272,5</td> <td>2 280,5</td> <td>2 292,8</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>öffentliche Haushalte</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>1 209,2¹²⁾</td> <td>1 236,1¹²⁾</td> <td>632,0</td> <td>641,6</td> <td>646,3</td> <td>632,0</td> <td>641,5</td> <td>640,4</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken</td> </tr> <tr> <td>Banken</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>3 341,9¹²⁾</td> <td>3 520,4¹²⁾</td> <td>1 905,3</td> <td>1 858,1</td> <td>1 884,1</td> <td>1 905,3</td> <td>1 897,5</td> <td>1 904,2</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>dar.: Spareinlagen</td> <td>Mrd. EUR</td> <td>1 182,1¹²⁾</td> <td>1 211,0¹²⁾</td> <td>614,7</td> <td>606,2</td> <td>603,1</td> <td>614,7</td> <td>609,6</td> <td>605,6</td> <td>...</td> </tr> </tbody> </table>												1997	1998	1999	1999			2000			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	Geld und Kredit⁹⁾											Deutschland											Deutsche Bundesbank¹⁰⁾											Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹¹⁾	Mrd. EUR	X	X	102,2	104,6	92,7	102,2	93,8	99,6	107,3	Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Mrd. EUR	X	X	90,6	108,9	84,1	90,6	102,8	93,0	112,5	Bargeldumlauf	Mrd. EUR	247,0 ¹²⁾	242,6 ¹²⁾	130,3	124,2	125,5	130,3	125,3	124,6	...	Banken											Kredite an											inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾	Mrd. EUR	5 058,4 ¹²⁾	5 380,1 ¹²⁾	2 904,5	2 868,4	2 890,9	2 904,5	2 922,0	2 933,2	...	Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. EUR	3 849,2 ¹²⁾	4 144,0 ¹²⁾	2 272,5	2 226,9	2 244,6	2 272,5	2 280,5	2 292,8	...	öffentliche Haushalte	Mrd. EUR	1 209,2 ¹²⁾	1 236,1 ¹²⁾	632,0	641,6	646,3	632,0	641,5	640,4	...	Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken											Banken	Mrd. EUR	3 341,9 ¹²⁾	3 520,4 ¹²⁾	1 905,3	1 858,1	1 884,1	1 905,3	1 897,5	1 904,2	...	dar.: Spareinlagen	Mrd. EUR	1 182,1 ¹²⁾	1 211,0 ¹²⁾	614,7	606,2	603,1	614,7	609,6	605,6	...
	1997	1998	1999	1999			2000																																																																																																																																																																													
				Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März																																																																																																																																																																											
Geld und Kredit⁹⁾																																																																																																																																																																																				
Deutschland																																																																																																																																																																																				
Deutsche Bundesbank¹⁰⁾																																																																																																																																																																																				
Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹¹⁾	Mrd. EUR	X	X	102,2	104,6	92,7	102,2	93,8	99,6	107,3																																																																																																																																																																										
Forderungen an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Mrd. EUR	X	X	90,6	108,9	84,1	90,6	102,8	93,0	112,5																																																																																																																																																																										
Bargeldumlauf	Mrd. EUR	247,0 ¹²⁾	242,6 ¹²⁾	130,3	124,2	125,5	130,3	125,3	124,6	...																																																																																																																																																																										
Banken																																																																																																																																																																																				
Kredite an																																																																																																																																																																																				
inländische Nichtbanken der Banken ¹³⁾	Mrd. EUR	5 058,4 ¹²⁾	5 380,1 ¹²⁾	2 904,5	2 868,4	2 890,9	2 904,5	2 922,0	2 933,2	...																																																																																																																																																																										
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. EUR	3 849,2 ¹²⁾	4 144,0 ¹²⁾	2 272,5	2 226,9	2 244,6	2 272,5	2 280,5	2 292,8	...																																																																																																																																																																										
öffentliche Haushalte	Mrd. EUR	1 209,2 ¹²⁾	1 236,1 ¹²⁾	632,0	641,6	646,3	632,0	641,5	640,4	...																																																																																																																																																																										
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken																																																																																																																																																																																				
Banken	Mrd. EUR	3 341,9 ¹²⁾	3 520,4 ¹²⁾	1 905,3	1 858,1	1 884,1	1 905,3	1 897,5	1 904,2	...																																																																																																																																																																										
dar.: Spareinlagen	Mrd. EUR	1 182,1 ¹²⁾	1 211,0 ¹²⁾	614,7	606,2	603,1	614,7	609,6	605,6	...																																																																																																																																																																										

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen. - 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen. - 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 4) Einschl. Doppelzahlungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn - 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 7) Nur inländische Lkw. (einschl. tkm im Ausland). - 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 10) Ausweis der Deutschen Bundesbank als Teil des Eurosystems - 11) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse. - 12) Angaben bis 1998 in Mrd. DM nach bisheriger Darstellungsweise - 13) Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen sowie einschl. Treuhandkredite.

a) Ab Januar 1999 ohne Regionalflyerplätze - b) 3 Vj 99 - c) 4 Vj 99

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Nov 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00
Außenhandel ¹⁾										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)										
Warengruppen	+ 7,3	+ 3,0	+ 16,5	+ 9,4	+ 27,7	+ 21,2	+ 5,3	- 2,2	- 0,2	+ 1,0
Ernährungswirtschaft	+ 3,7	- 10,8	+ 0,5	- 7,2	+ 8,1	+ 13,6	- 0,6	+ 7,1	- 4,4	- 5,3
Gewerbliche Wirtschaft	+ 9,8	- 1,2	+ 11,8	+ 4,5	+ 27,4	+ 19,8	+ 6,1	- 4,4	+ 0,0	+ 1,8
Rohstoffe	- 15,9	+ 13,8	+ 73,2	+ 87,7	+ 100,6	+ 106,7	+ 3,6	+ 13,9	- 1,7	+ 0,9
Halbwaren	- 5,1	- 14,0	+ 12,4	- 4,1	+ 45,8	+ 43,8	+ 9,0	- 9,8	+ 27,5	- 5,7
Fertigwaren	+ 13,7	- 0,5	+ 9,0	+ 1,7	+ 21,7	+ 13,6	+ 5,9	- 5,1	+ 2,6	+ 2,8
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	+ 6,5	+ 0,7	+ 12,5	+ 5,4	+ 25,2	+ 18,3	+ 5,5	- 4,1	+ 2,3	- 0,6
EFTA-Länder	+ 1,1	+ 2,6	+ 21,7	+ 18,0	+ 26,1	+ 17,9	+ 4,0	+ 3,5	- 10,6	+ 0,2
NAFTA-Länder	+ 15,7	+ 4,2	+ 5,1	- 3,2	+ 29,4	+ 8,4	- 2,9	+ 5,3	+ 0,3	+ 1,2
ASEAN-Länder ²⁾	+ 4,2	- 0,4	+ 25,1	+ 13,6	+ 44,6	+ 18,8	+ 4,5	- 5,6	+ 10,4	- 8,5
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 7,5	+ 3,0	+ 14,9	+ 11,8	+ 19,1	+ 20,4	+ 10,2	- 10,6	- 3,4	+ 10,5
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 7,7	- 8,6	+ 8,9	+ 8,7	+ 11,6	+ 14,8	+ 3,0	- 1,3	- 9,8	+ 2,6
Gewerbliche Wirtschaft	+ 8,8	+ 0,5	+ 11,7	+ 8,2	+ 17,3	+ 19,1	+ 10,5	- 11,3	- 4,1	+ 11,5
Rohstoffe	- 1,5	- 6,1	+ 5,5	+ 13,9	+ 32,0	+ 26,9	+ 12,5	- 7,1	- 9,4	+ 23,4
Halbwaren	- 1,7	- 4,5	+ 7,1	+ 21,1	+ 53,7	+ 42,7	- 3,3	- 5,1	+ 10,0	+ 9,6
Fertigwaren	+ 9,5	+ 0,8	+ 12,0	+ 7,6	+ 15,6	+ 17,9	+ 11,3	- 11,6	- 4,8	+ 11,5
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	+ 9,4	+ 3,7	+ 15,8	+ 7,7	+ 19,8	+ 18,4	+ 11,3	- 16,5	+ 9,0	+ 7,0
EFTA-Länder	+ 8,2	+ 1,8	- 2,4	+ 9,5	+ 10,9	+ 14,2	+ 6,9	- 6,6	- 14,4	+ 16,9
NAFTA-Länder	+ 17,0	+ 11,6	+ 22,6	+ 22,0	+ 21,7	+ 37,3	+ 7,6	- 3,7	- 15,5	+ 21,8
ASEAN-Länder ²⁾	- 26,8	- 6,7	+ 19,9	+ 18,2	+ 31,5	+ 22,7	+ 18,4	- 9,5	- 16,8	+ 14,3
Verkehr										
Deutschland										
Güterverkehr										
Beförderungsaufkommen										
Eisenbahnverkehr	- 4,0	- 6,8	+ 4,3	+ 7,3	+ 6,1	+ 10,8	+ 9,6	- 14,4	+ 0,7	+ 6,8
Binnenschifffahrt	+ 1,2	- 3,1	+ 8,2	+ 2,3	+ 0,7	- 7,9
Seeverkehr	+ 2,1	+ 2,3	+ 9,3	+ 9,6	- 0,9	- 1,4
Luftverkehr ³⁾	- 3,8	+ 5,0	+ 5,6	+ 13,6	+ 10,4	+ 14,1	- 0,7	- 1,5	- 16,3	+ 10,7
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	+ 3,8	- 1,6	+ 8,6	+ 6,3	- 2,9	+ 5,2	- 1,6	+ 6,4	- 3,9	- 9,2
Straßengüterverkehr ^{5) 6)}	- 0,4
Beförderungsleistung im Inland										
Eisenbahnverkehr	+ 0,1	- 3,5	+ 3,3	+ 7,3	+ 6,9	+ 11,0	+ 11,2	- 15,1	+ 0,8	+ 10,9
Binnenschifffahrt	+ 3,4	- 2,6	+ 13,1	- 0,9	+ 5,2	- 12,3
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	+ 12,9	+ 0,8	+ 11,4	+ 9,7	- 1,3	+ 6,9	- 4,7	+ 7,4	- 5,8	- 4,7
Straßengüterverkehr ⁵⁾	+ 4,7
Personenverkehr										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	- 2,6	+ 1,4	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,1 r	+ 6,9	- 2,0	+ 5,1	- 6,5 r	- 4,5 p
Luftverkehr	+ 4,5	+ 7,1	+ 6,0	+ 2,4	+ 0,9	+ 5,9	- 26,5	- 16,6	+ 0,4	+ 5,9
Öffentlicher Straßenverkehr	- 1,1	+ 0,4	...	+ 0,4 a)	+ 19,2 b)
Kraftfahrzeuge ⁷⁾										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
dar.: Personenkraftwagen	+ 5,3	+ 2,0	- 5,2	- 1,2	- 14,0	+ 3,3	- 5,2	+ 2,9	- 17,9	+ 19,7
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 5,9	+ 1,8	- 7,7	- 2,1	- 14,3	+ 1,5	- 6,4	+ 3,7	- 17,6	+ 16,6
dar.: Personenkraftwagen	+ 0,4	+ 3,3	+ 6,0	+ 3,0	- 4,4	+ 19,4	- 3,4	- 6,1	- 0,4	+ 14,3
Straßenverkehrsunfälle	+ 0,9	+ 3,3	+ 5,6	+ 2,5	- 4,1	+ 17,3	- 2,6	- 6,2	- 1,6	+ 12,1
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	- 0,9	+ 4,8 p	+ 5,3 p	+ 16,9 p	- 3,4 p	+ 13,5 p	- 5,2 p	- 0,1 p	- 18,7 p	+ 6,6 p
getötete Personen	- 8,9	- 0,6 p	+ 1,2 p	+ 17,1 p	- 0,2 p	+ 27,1 p	- 3,6 p	+ 15,1 p	- 18,0 p	+ 5,9 p
schwerverletzte Personen	- 5,7	+ 4,8 p	+ 6,1 p	+ 16,7 p	- 2,3 p	+ 11,2 p	- 4,5 p	+ 0,7 p	- 18,0 p	+ 4,6 p
leichtverletzte Personen	+ 0,7
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 1,6	+ 6,8 p	+ 4,0 p	+ 7,5 p	- 0,2 p	- 3,6 p	+ 5,0 p	+ 3,8 p	- 20,7 p	+ 3,2 p
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 3,3	+ 2,0 p	- 4,5 p	+ 5,5 p	- 4,9 p	- 13,8 p	+ 4,7 p	+ 10,3 p	- 17,5 p	- 6,0 p
	1998	1999	Dez 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00	Dez. 99	Jan 00	Febr. 00	März 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Nov 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
Geld und Kredit ⁸⁾										
Deutschland										
Deutsche Bundesbank ⁹⁾										
Gold und Forderungen an Ansässige außerhalb des Eurowährungsgebietes ¹⁰⁾										
Forderungen an den Finanzsektor im Eurowährungsgebiet	X	X	X	+ 9,1	+ 18,3	+ 13,9	+ 10,2	- 8,2	+ 6,2	+ 7,7
Bargeldumlauf	- 1,8	X	X	+ 7,8	+ 0,6	+ 13,1	+ 7,7	+ 13,5	- 9,5	+ 21,0
Banken										
Kredite an										
inländische Nichtbanken der Banken ¹¹⁾	+ 6,4	X	X	+ 5,7	+ 5,5	...	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	...
Unternehmen und Privatpersonen	+ 7,7	X	X	+ 6,8	+ 7,0	...	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	...
öffentliche Haushalte	+ 2,2	X	X	+ 1,9	+ 0,4	...	- 2,2	+ 1,5	- 0,2	...
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Banken	+ 5,3	X	X	+ 3,4	+ 3,6	...	+ 1,1	- 0,4	+ 0,4	...
dar.: Sparenlagen	+ 2,4	X	X	- 1,8	- 2,6	...	+ 1,9	- 0,8	- 0,7	...

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen. - 2) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar. - 3) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. - 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln; Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. - 6) Nur inländische Lkw (einschl. tkm im Ausland) - 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank - 9) Ausweis der Deutschen Bundesbank als Teil des Eurosystems - 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 11) Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen sowie einschl. Treuhandkredite

a) 4. Vj 1999 gegenüber 4. Vj 1998. - b) 4. Vj 1999 gegenüber 3. Vj 1999.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999			2000		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Geld und Kredit¹⁾										
Deutschland										
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1 000	3 862,1	3 788,0	3 910,9	301,3	319,4	456,8	249,6
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	178,5	182,2	189,7	182,6	183,0	189,3	176,9
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	Mrd. DM	175,1	180,2	180,0	179,1	179,4	180,3	165,9
Wertpapiermarkt⁴⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere										
Festverzinsliche Wertpapiere	Mrd. EUR ⁶⁾	846,6 ⁶⁾	1 030,8 ⁶⁾	571,3	42,7	49,9	38,2	59,6	53,6	...
Aktien ⁵⁾	Mrd. EUR ⁶⁾	4,2 ⁶⁾	6,1 ⁶⁾	5,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	...
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	5,1	4,5	4,3	5,2	5,0	5,1	5,4	5,4	5,3
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	2 155	1 987	1 946	1 814	1 817	1 924
Arbeitslosenhilfe	1 000	1 339	1 504	1 572	1 554	1 557	1 596
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	349	326	338	332	331	315	286
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	7 762,4	7 590,6	7 815,9	7 863,3	8 384,9	10 088,6	7 433,4	7 024,3	7 659,9
dar.: Beiträge	Mill. DM	7 149,4	7 180,5	7 357,3	7 136,6	8 135,8	9 327,3	7 118,7	6 638,5	7 343,0
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	8 561,0	8 237,6	8 425,3	7 753,2	8 578,0	10 089,7	6 511,9	8 475,2	8 604,3
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	4 935,8	4 402,2	4 052,3	3 644,9	3 694,8	4 517,0	2 977,2	4 468,6	4 327,3
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	50 847	50 680	50 905	51 202	51 217	51 200	51 101
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	29 580	29 264	29 351	29 622	29 629	29 612	29 467
Rentner/-innen	1 000	15 155	15 215	15 251	15 265	15 273	15 280	15 283
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 342	1 238	1 221	1 137	1 142	1 216
Arbeitslosenhilfe	1 000	895	955	983	963	961	977
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	191	183	199	198	196	187	170
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	5 341,7	5 015,6	5 157,3	4 705,4	5 243,0	6 256,9	3 992,4	5 274,9	5 337,7
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	3 275,3	2 887,2	2 664,9	2 366,9	2 405,8	2 964,1	1 948,4	2 932,3	2 820,9
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	40 752	40 697	40 967	41 249	41 270	41 262	41 187
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	23 482	23 329	23 486	23 749	23 764	23 756	23 640
Rentner/-innen	1 000	11 806	11 825	11 834	11 839	11 843	11 847	11 848
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	813	749	725	677	674	708
Arbeitslosenhilfe	1 000	459	549	589	591	597	619
Unterhaltsgeld ⁷⁾	1 000	158	143	140	134	135	127	116
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	3 218,5	3 222,0	3 268,0	3 047,8	3 335,0	3 832,8	2 519,5	3 200,3	3 286,6
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 660,5	1 515,1	1 387,4	1 278,0	1 289,0	1 553,0	1 028,8	1 536,3	1 506,4
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	10 096	9 983	9 938	9 954	9 947	9 938	9 913
dar.: Pflichtmitglieder ⁸⁾	1 000	6 098	5 935	5 864	5 873	5 865	5 856	5 827
Rentner/-innen	1 000	3 349	3 390	3 417	3 426	3 429	3 433	3 435
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁹⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	554 695	590 445	628 924	40 502	42 782	94 074	53 574	45 308	...
Lohnsteuer ¹⁰⁾	Mill. DM	248 672	258 276	261 708	19 053	19 202	40 938	22 673	18 747	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	5 763	11 116	21 293	- 1 829	- 1 578	14 442	- 806	- 1 713	...
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	14 694	22 748	22 117	1 009	792	1 091	3 263	639	...
Zinsabschlag	Mill. DM	11 398	11 891	11 823	645	759	1 057	3 249	1 209	...
Körperschaftsteuer	Mill. DM	33 267	36 200	43 731	- 361	- 1 106	12 898	987	296	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	199 934	203 684	218 272	17 917	19 764	18 423	19 678	21 453	...
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	40 966	46 530	49 981	4 068	4 950	5 224	4 530	4 677	...
Bundessteuern	Mill. DM	135 264	130 513	141 279	10 108	11 401	27 673	3 643	10 517	...
dar.: Versicherungssteuer	Mill. DM	14 127	13 951	13 917	630	928	607	742	4 918	...
Tabaksteuer	Mill. DM	21 155	21 652	22 795	1 995	1 194	4 169	507	783	...
Branntweinsteuer	Mill. DM	4 662	4 426	4 367	373	310	1 031	93	59	...
Mineralölsteuer	Mill. DM	66 008	66 677	71 278	5 161	7 041	16 503	201	2 984	...
Stromsteuer	Mill. DM	-	-	3 551	512	520	809	201	301	...
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	25 891	20 558	22 045	1 179	1 138	3 974	1 726	1 223	...
Landesteuern	Mill. DM	34 682	37 300	38 263	3 011	2 941	3 004	3 280	2 992	...
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	1 757	1 062	1 050	72	64	72	89	69	...
Grunderwerbsteuer ¹¹⁾	Mill. DM	9 127	10 762	11 847	969	964	932	905	862	...
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	14 418	15 171	13 767	1 012	955	948	1 326	1 031	...
Biersteuer	Mill. DM	1 699	1 662	1 665	140	121	125	150	94	...
Zölle	Mill. DM	6 899	6 486	6 231	498	566	591	493	507	...
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹²⁾	Mill. DM	8 732	10 284	10 685	1 916	803	2 628	21	139	...
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹³⁾	Mill. DM	-39 533	-41 836	-43 869	- 2 661	- 3 761	- 8 434	- 3 670	- 2 700	...
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	Mill. DM	-	- 5 304	- 5 569	- 456	- 513	- 491	- 503	- 542	...
Verbrauchsbesteuerzte Erzeugnisse¹⁴⁾										
Zigaretten (Menqe)	Mill. St	139 375	140 722	146 785	13 045	15 068	9 310	9 631	10 346	12 504
Bierabsatz	1 000 hl	112 670	109 385	110 075	7 964	8 512	9 474	6 614	7 963	8 913
Benzin bleifrei	1 000 hl	406 023	407 657	408 701	34 420	34 417	36 119	27 038	31 607	...
Gasöl (Dieselkraftstoff)	1 000 hl	314 232	324 874	340 185	29 890	32 138	29 100	19 603	25 916	...
Heizöl (EL und L)	1 000 hl	417 017	393 507	334 118	31 776	32 236	30 474	22 631	27 100	...
Erzöl	GWh	844 540	802 998	761 713	68 587	94 865	102 355	110 393	91 822	...

1) Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn. - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. - 4) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. - 5) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen (einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn). - 6) Angaben bis 1998 in Mrd. DM. - 7) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 8) Ohne Rentner/-innen. - 9) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. - 10) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt. - 11) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 12) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 13) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. - 14) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
Geld und Kredit¹⁾										
Deutschland										
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 1,9	+ 3,2	- 15,8	- 19,2	+ 43,0	- 45,4
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 2,1	+ 4,1	+ 4,1	- 2,7	+ 3,4	- 6,6
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	+ 2,9	- 0,1	± 0,0	- 7,8	+ 0,5	- 8,0
Wertpapiermarkt⁴⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere										
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 21,8	X	X	- 12,6	+ 12,1	...	- 23,4	+ 56,0	- 10,1	...
Aktien ⁵⁾	+ 45,2	X	X	- 75,0	± 0,0	...	± 0,0	± 0,0	± 0,0	...
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	- 11,8	- 4,4	+ 34,2	+ 50,0	+ 45,9	+ 39,5	+ 2,0	+ 5,9	± 0,0	- 1,9
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	- 7,8	+ 4,6	+ 1,7	+ 5,9
Arbeitslosenhilfe	+ 11,1	+ 8,4	+ 8,6	+ 2,5
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 11,1	+ 8,3	- 6,6	- 16,5	- 5,0	- 9,2
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	- 2,2	+ 3,0	- 0,1	+ 5,0	+ 10,8	- 0,4	+ 20,3	- 26,3	- 5,5	+ 8,9
dar.: Beiträge	+ 0,4	+ 2,5	- 0,3	+ 4,1	+ 9,3	- 1,1	+ 14,6	- 23,7	- 6,7	+ 10,6
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 3,8	+ 2,3	- 3,8	- 1,0	- 4,1	- 5,3	+ 17,6	- 35,5	+ 30,2	+ 1,5
dar.: Arbeitslosengeld	- 10,8	- 7,9	- 4,7	- 5,8	- 7,5	- 5,3	+ 22,3	- 34,1	+ 50,1	- 3,2
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	- 0,0	- 0,2
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 1,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 0,5
Rentner/-innen	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	- 7,6	+ 5,5	+ 0,3	+ 6,4
Arbeitslosenhilfe	+ 7,2	+ 7,2	+ 3,8	+ 1,7
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 11,8	+ 17,9	+ 2,7	- 12,3	- 4,5	- 9,2
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 6,1	+ 2,8	- 1,5	- 0,7	- 4,0	- 3,8	+ 19,3	- 36,2	+ 32,1	+ 1,2
dar.: Arbeitslosengeld	- 11,8	- 7,7	- 7,9	- 8,3	- 9,1	- 7,4	+ 23,2	- 34,3	+ 50,5	- 3,8
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	- 0,0	- 0,2
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 0,7	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	- 0,0	- 0,5
Rentner/-innen	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	- 0,8	+ 3,2	+ 4,1	+ 5,0
Arbeitslosenhilfe	+ 18,7	+ 10,4	+ 17,1	+ 3,7
Unterhaltsgeld ⁶⁾	- 10,2	- 3,0	- 17,5	- 22,0	- 5,7	- 9,1
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 0,1	+ 1,4	- 7,2	- 1,6	- 4,4	- 7,7	+ 14,9	- 34,3	+ 27,0	+ 2,1
dar.: Arbeitslosengeld	- 8,8	- 8,4	+ 1,9	- 0,8	- 4,3	- 1,1	+ 20,5	- 33,8	+ 49,3	- 1,9
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 0,1	- 0,2
dar.: Pflichtmitglieder ⁷⁾	- 2,7	- 1,2	- 1,4	- 1,9	- 0,2	- 0,5
Rentner/-innen	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,1
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁸⁾										
Gemeinschaftsteuern	+ 6,4	+ 6,5	+ 5,0	+ 3,3	+ 10,7	...	+ 119,9	- 43,1	- 15,4	...
Lohnsteuer ⁹⁾	+ 3,9	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,6	+ 6,3	...	+ 113,2	- 44,6	- 17,3	...
Veranlagte Einkommensteuer	+ 92,9	+ 91,5	+ 13,2	X	X	...	X	X	X	...
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 54,8	- 2,8	- 7,0	- 13,5	- 2,6	...	X	X	X	...
Zinsabschlag	+ 4,3	- 0,6	- 1,1	- 0,6	+ 13,5	...	+ 39,3	+ 207,3	- 62,8	...
Körperschaftsteuer	+ 8,8	+ 20,8	- 0,9	+ 206,8	X	...	X	- 92,3	- 70,0	...
Umsatzsteuer	+ 1,9	+ 7,2	+ 5,1	+ 2,9	+ 1,6	...	- 6,8	+ 6,8	+ 9,0	...
Einfuhrumsatzsteuer	+ 13,6	+ 7,4	+ 20,5	+ 32,8	+ 45,6	...	+ 5,5	- 13,3	+ 3,2	...
Bundessteuern	- 3,5	+ 8,2	+ 13,3	+ 2,3	+ 19,4	...	+ 142,7	- 86,8	+ 188,6	...
dar.: Versicherungssteuer	- 1,2	- 0,2	- 0,3	- 4,1	+ 9,0	...	- 34,6	+ 22,2	+ 563,2	...
Tabaksteuer	+ 2,4	+ 5,3	+ 8,6	- 1,3	- 14,4	...	+ 249,3	+ 87,8	+ 54,5	...
Branntweinsteuer	- 5,1	- 1,3	+ 3,5	- 15,0	+ 13,6	...	+ 232,4	- 90,9	- 37,1	...
Mineralölsteuer	+ 1,0	+ 6,9	+ 11,9	- 17,8	+ 46,6	...	+ 134,4	- 98,8	X	...
Stromsteuer	X	X	X	X	X	...	+ 55,5	- 75,1	+ 49,5	...
Solidaritätszuschlag	- 20,6	+ 7,2	+ 7,3	+ 0,1	+ 13,2	...	+ 249,1	- 56,6	- 29,2	...
Landessteuern	+ 7,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,3	- 4,6	...	+ 2,2	+ 9,2	- 8,8	...
dar.: Vermögensteuer	- 39,5	- 1,1	- 18,0	- 7,0	+ 6,8	...	+ 11,5	+ 24,6	- 23,0	...
Grundwerbsteuer ¹⁰⁾	+ 17,9	+ 10,1	- 7,2	- 4,1	- 9,1	...	- 3,4	- 2,8	- 4,8	...
Kraftfahrzeugsteuer	+ 5,2	- 9,3	- 1,3	- 2,9	- 0,2	...	- 0,7	+ 39,9	- 22,2	...
Biersteuer	- 2,1	- 0,4	+ 2,8	+ 1,9	- 12,3	...	+ 3,1	+ 20,2	- 37,5	...
Zölle	- 0,6	- 3,9	+ 2,6	+ 5,2	+ 26,4	...	+ 4,4	- 16,6	+ 2,7	...
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹¹⁾	+ 17,8	+ 3,9	+ 6,3	+ 54,1	- 0,0	...	+ 227,5	- 99,2	+ 570,5	...
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹²⁾	X	X	X	X	X	...	X	X	X	...
Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	X	X	X	X	X	...	X	X	X	...
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse¹³⁾										
Zigaretten (Menoe)	+ 1,0	+ 4,3	- 0,1	- 15,3	- 6,8	- 4,0	- 38,2	+ 3,4	+ 7,4	+ 20,9
Bierabsatz	- 2,9	+ 0,6	+ 1,3	- 6,7	+ 11,2	- 5,2	+ 11,3	- 30,2	+ 20,4	+ 11,9
Benzin bleifrei	+ 0,4	+ 0,3	+ 5,8	- 8,8	+ 7,9	...	+ 4,9	- 25,1	+ 16,9	...
Gasöl (Dieselkraftstoff)	+ 3,4	+ 4,7	+ 15,4	- 9,5	+ 11,1	...	- 9,5	- 32,6	+ 32,2	...
Heizöl (EL und L)	- 5,6	- 15,1	- 22,2	- 20,7	- 40,9	...	- 5,5	- 25,7	+ 19,8	...
Erdgas	- 4,4	- 5,1	+ 3,5	+ 11,3	- 7,7	...	+ 7,9	+ 7,9	- 16,8	...

1) Mit Beginn der 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) ab 1.1.1999 geänderte Darstellung von statistischen Ergebnissen der Deutschen Bundesbank. - 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn. - 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. - 4) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. - 5) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen (einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn). - 6) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte. - 7) Ohne Rentner/-innen. - 8) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. - 9) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt. - 10) Ohne kommunale Grundwerbsteuer. - 11) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 12) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. - 13) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999				2000	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	542 587	577 625	630 184	65 007	40 978	42 852	91 352	X	X
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	250 231	260 191	279 689	20 882	20 712	20 830	40 934	24 301	20 883
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	11 079	16 837	26 770	10 849	- 1 264	- 1 080	14 013	- 437	- 1 356
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	14 162	22 150	21 502	844	937	763	1 051	3 113	610
Zinsabschlag	Mill. DM	11 270	11 747	11 618	576	629	743	1 040	3 172	1 206
Körperschaftsteuer	Mill. DM	32 719	35 113	42 653	11 940	- 273	- 1 033	12 407	886	159
Umsatzsteuer	Mill. DM	183 251	186 318	199 182	15 903	16 275	17 788	16 817	17 898	19 353
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	39 875	45 270	48 771	4 013	3 963	4 842	5 090	X	X
Landesteuern	Mill. DM	29 859	32 457	33 436	2 762	2 672	2 593	2 644	2 885	X
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	1 760	1 062	1 050	76	72	64	72	89	69
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	7 057	8 801	9 804	789	835	827	796	786	733
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	12 332	13 023	11 762	883	867	804	797	1 128	877
Biersteuer	Mill. DM	1 423	1 376	1 369	130	115	98	112	112	76
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	8 710	10 226	10 278	1	1 866	744	2 542	4	131
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	39 534	41 442	44 794	4 124	3 365	3 827	6 603	X	X
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	25 867	26 706	28 072	2 121	2 182	2 269	3 884	2 459	1 992
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 5 315	- 5 720	- 5 476	126	- 564	- 498	429	- 368	- 356
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	532	598	615	24	72	29	40	150	28
Zinsabschlag	Mill. DM	128	144	205	15	16	16	17	77	3
Körperschaftsteuer	Mill. DM	548	1 087	1 077	88	- 88	- 73	491	101	137
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 683	17 366	19 090	1 656	1 642	1 976	1 606	1 780	2 100
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 091	1 260	1 211	93	105	108	135	X	X
Landesteuern	Mill. DM	4 823	4 843	4 827	382	339	348	360	395	X
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	- 4	1	0	0	0	0	0	0	0
Grundwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	2 070	1 961	2 043	134	133	137	135	119	128
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 086	2 148	2 004	154	145	151	151	198	154
Biersteuer	Mill. DM	276	286	286	28	25	23	13	38	17
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	22	58	407	21	50	59	86	17	9
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	37,7	37,8	37,7	.	38,0
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	98,2	98,6	98,4	.	99,3
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	26,74	27,30	27,99	.	28,22
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	103,1	104,9	107,4	.	108,5
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	1 010	1 033	1 05,8	.	1 074
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	101,2	103,3	105,7	.	107,7
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 588	5 721	5 889	.	5 927
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	103,1	105,2	107,9	.	108,9
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1995 = 100	99,1	99,1	99,0	.	99,0	.	.	99,0	.
Index der tariflichen Stundenlöhne	1995 = 100	105,6	107,6	110,3	.	111,4	.	.	111,4	.
Index der tariflichen Monatsgehälter	1995 = 100	104,3	106,3	109,0	.	110,1	.	.	110,2	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	39,5	39,7	39,7	.	40,2
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	98,4	98,8	98,8	.	100,1
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	19,32	19,85	20,09	.	20,19
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	104,6	106,8	109,4	.	110,2
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	767	782	800	.	812
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	102,8	105,4	107,9	.	110,2
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	4 124	4 246	4 370	.	4 400
Index 1995 = 100	Okt. 1995 = 100	107,2	110,1	113,0	.	114,0
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Rentenempfängern mit höherem Einkommen	DM	2 251,82	2 312,64	2 316,87	2 358,66	2 440,00	2 269,57	2 302,71	2 245,80	2 253,60
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	543,25	545,19	557,29	564,51	559,74	611,02	576,87	568,59	618,63
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	157,28	159,16	152,46	164,71	150,20	142,89	150,96	151,31	160,43
4-Pers.-Arbeiterhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	4 265,23	4 292,58	4 392,73	4 878,16	4 902,21	4 296,06	4 235,84	4 363,96	4 744,04
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	905,00	903,22	894,57	953,56	970,92	856,73	885,87	830,09	931,58
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	208,96	210,04	201,20	209,62	187,77	200,93	196,78	193,38	195,09
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	6 234,62	6 268,77	6 314,01	6 718,41	6 591,15	6 106,62	6 487,73	6 111,84	6 706,78
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 156,46	1 164,17	1 143,44	1 253,12	1 245,64	1 110,16	1 137,08	1 037,09	1 206,45
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	242,62	243,53	232,60	256,26	229,90	250,48	213,36	218,19	210,48

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt. - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Okt. 99	Nov. 99	Dez. 99	Jan. 00	
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 6.5	+ 9.1	+ 7.7	+ 6.6	X	X	+ 4.6	+ 113.2	X	X
Lohnsteuer ¹⁾	+ 4.0	+ 7.5	+ 7.1	+ 6.7	+ 2.5	+ 7.2	+ 0.6	+ 96.5	- 40.6	- 14.1
Veranlagte Einkommensteuer	+ 52.0	+ 59.0	X	+ 12.7	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 56.4	- 2.9	+ 11.3	- 7.3	- 13.5	- 4.1	- 18.5	+ 37.7	+ 196.1	- 80.4
Zinsabschlag	+ 4.2	- 1.1	- 6.9	- 1.8	- 1.3	+ 14.3	+ 18.0	+ 40.0	+ 205.1	- 62.0
Körperschaftsteuer	+ 7.3	+ 21.5	X	- 1.2	+ 158.8	X	X	X	- 92.9	- 82.1
Umsatzsteuer	+ 1.7	+ 6.9	+ 4.2	+ 5.4	+ 1.7	+ 1.5	+ 9.3	- 5.5	+ 6.4	+ 8.1
Einfuhrumsatzsteuer	+ 13.5	+ 7.7	+ 23.1	+ 20.6	X	X	+ 22.2	+ 5.1	X	X
Landessteuern	+ 8.7	+ 3.0	+ 8.7	+ 5.9	+ 2.2	X	+ 3.0	+ 2.0	+ 9.1	X
dar.: Vermögensteuer	- 39.7	- 1.1	- 18.2	- 17.9	- 7.0	+ 6.8	- 11.3	+ 11.6	+ 24.5	- 23.0
Grunderwerbsteuer ²⁾	+ 24.7	+ 11.4	+ 16.8	- 0.9	+ 3.5	- 4.8	- 1.0	- 3.7	- 1.3	- 6.7
Kraftfahrzeugsteuer	+ 5.6	- 9.7	- 4.2	- 0.9	- 2.5	- 1.1	- 7.2	- 0.9	+ 41.6	- 22.2
Biersteuer	- 3.3	- 0.5	- 1.9	+ 12.4	- 8.0	- 14.1	- 14.9	+ 14.5	- 0.3	- 31.7
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	+ 17.4	+ 0.5	+ 9.6	+ 3.9	- 59.6	- 5.7	- 60.1	+ 241.7	- 99.8	X
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 4.8	+ 8.1	+ 7.9	+ 4.1	X	X	+ 13.7	+ 72.5	X	X
Lohnsteuer ¹⁾	+ 3.2	+ 5.1	+ 3.6	+ 1.8	+ 2.2	+ 0.5	+ 4.0	+ 71.2	- 36.7	- 19.0
Veranlagte Einkommensteuer	X	X	X	+ 32.2	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 12.5	+ 2.8	+ 15.3	+ 1.7	- 13.6	+ 46.5	- 59.3	+ 36.2	+ 275.4	- 81.0
Zinsabschlag	+ 13.0	+ 42.4	+ 70.6	+ 70.1	+ 39.1	- 71.2	+ 3.7	+ 5.7	+ 342.6	- 96.2
Körperschaftsteuer	+ 98.2	- 0.9	X	+ 6.4	X	X	X	X	- 79.4	+ 35.6
Umsatzsteuer	+ 4.1	+ 9.9	+ 15.6	+ 1.5	+ 15.6	+ 2.3	+ 20.3	- 18.7	+ 10.8	+ 18.0
Einfuhrumsatzsteuer	+ 15.5	- 3.9	- 19.3	+ 20.0	X	X	+ 3.3	+ 24.5	X	X
Landessteuern	+ 0.4	- 0.3	- 3.3	- 17.4	- 11.6	X	+ 2.8	+ 3.4	+ 9.6	X
dar.: Vermögensteuer	X	X	- 61.0	X	X	- 48.4	X	X	X	X
Grunderwerbsteuer ²⁾	- 5.3	+ 4.2	- 15.8	- 32.4	- 35.2	- 27.9	+ 2.7	- 1.3	- 12.0	+ 7.9
Kraftfahrzeugsteuer	+ 3.0	- 6.7	+ 3.0	- 3.6	- 4.9	+ 4.9	+ 4.0	+ 0.4	+ 30.7	- 22.2
Biersteuer	+ 3.9	- 0.2	+ 2.4	- 41.7	+ 48.2	- 3.5	- 9.3	+ 44.9	+ 201.4	- 54.2
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	+ 162.1	+ 602.7	+ 848.5	+ 226.8	+ 368.6	X	+ 16.7	+ 47.0	- 80.5	- 48.8
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	+ 0.3	- 0.3
Index	+ 0.4	- 0.2
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2.1	+ 2.5
Index	+ 1.7	+ 2.4
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 2.3	+ 2.4
Index	+ 2.1	+ 2.3
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2.4	+ 2.9
Index	+ 2.0	+ 2.6
Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	± 0.0	± 0.0	.	.	± 0.0	.	.	.	± 0.0 ^{b)}	.
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 1.9	+ 2.5	.	.	+ 2.9	.	.	.	+ 0.1 ^{a)}	.
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1.9	+ 2.5	.	.	+ 3.0	.	.	.	+ 0.1 ^{a)}	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	+ 0.5	± 0.0
Index	+ 0.4	+ 0.0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 1.7	+ 2.2
Index	+ 2.1	+ 2.4
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 2.0	+ 2.3
Index	+ 2.5	+ 2.4
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3.0	+ 2.9
Index	+ 2.7	+ 2.6
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Rentempfängern mit geringerem Einkommen	+ 2.7	+ 0.2	- 1.5	+ 0.7	+ 5.2	- 11.2	- 7.0	+ 1.5	- 2.5	+ 0.3
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0.4	+ 2.2	+ 9.1	+ 2.7	+ 7.7	+ 1.5	+ 9.2	- 5.6	- 1.4	+ 8.8
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1.2	- 4.2	- 9.3	- 8.5	+ 16.8	- 3.4	- 4.9	+ 5.6	+ 0.2	+ 6.0
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 0.6	+ 2.3	+ 4.9	- 7.2	+ 10.1	+ 4.5	- 12.4	- 1.4	+ 3.0	+ 8.7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0.2	- 1.0	- 2.8	- 2.3	- 3.2	- 1.9	- 11.8	+ 3.4	- 6.3	+ 12.2
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0.5	- 4.2	- 17.3	- 5.8	- 1.2	+ 1.7	+ 7.0	- 2.1	- 1.7	+ 0.9
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 0.5	+ 0.7	+ 5.3	- 4.8	+ 1.6	- 4.5	- 7.4	+ 6.2	- 5.8	+ 9.7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 0.7	- 1.8	- 2.9	- 5.7	- 3.1	- 2.5	- 10.9	+ 2.4	- 8.8	+ 16.3
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0.4	- 4.5	+ 3.9	- 8.7	+ 2.3	- 12.4	+ 9.0	- 14.8	+ 2.3	- 3.5

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt. - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 3) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen
a) Januar 2000 gegenüber Oktober 1999.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999		2000			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1991 = 100	107,5	103,6	102,8	103,8	105,1	106,7	108,2	109,6	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	105,9	100,6	99,4	100,5	102,3	104,2	106,1	108,0	...
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	112,7	113,4	114,4	114,8	114,7	114,9	115,0	115,0	...
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1991 = 100	92,5	87,1	82,7	84,0	84,8	83,7	86,4 p	88,4 p	...
Pflanzliche Produkte	1991 = 100	84,3	82,9	79,5	79,0	79,8	80,7	81,2	83,0	...
Tierische Produkte	1991 = 100	96,7	89,2	84,2	86,5	87,3	85,2	89,0 p	91,2 p	...
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1995 = 100	95,1	102,0	105,4	105,1	105,9	105,1	100,3	91,9	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1995 = 100	99,9	99,5	98,5	99,2	99,4	99,8	100,0	100,0	100,4
ohne Mineralölzeugnisse	1995 = 100	99,6	99,5	98,0	98,2	98,3	98,5	98,5	98,5	99,2
ohne Energie und Wasser	1995 = 100	100,2	100,0	99,6	100,6	100,8	101,2	101,6	101,9	101,9
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,1	96,6	94,9	96,2	96,7	97,3	97,6	97,6	98,4
Energieproduzenten	1995 = 100	97,8	94,4	92,5	94,4	95,5	96,4	96,7	96,1	97,2
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	1995 = 100	98,2	97,9	96,4	97,2	97,4	97,8	98,1	98,5	99,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,8	102,7	103,0	103,1	103,1	103,2	103,3	103,3	103,3
Konsumgüterproduzenten	1995 = 100	102,0	102,4	101,6	101,6	101,5	101,5	101,7	101,6	101,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,4	101,7	102,2	102,2	102,3	102,7	102,7	102,9	103,0
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	102,1	102,5	101,5	101,4	101,4	101,3	101,5	101,4	101,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	78,3	75,8	73,6	74,6	75,0	77,0	77,3	78,1	79,5
Kohle und Torf 2)	1995 = 100	63,2	61,1	58,5	58,3	58,6	58,9	59,2	60,3	60,8
Erdöl und Erdgas	1995 = 100	125,6	118,5	114,3	125,8	127,3	145,5	146,3	147,7	157,1
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1995 = 100	99,4	97,7	97,3	97,6	97,7	98,0	98,2	97,8	98,7
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1995 = 100	100,8	100,6	100,3	101,3	101,5	101,9	102,3	102,5	102,5
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1995 = 100	103,0	102,6	99,8	99,4	99,2	98,9	99,3	99,5	99,5
Tabakerzeugnisse	1995 = 100	103,4	104,6	106,1	107,3	107,3	107,3	107,5	107,3	107,4
Textilien	1995 = 100	100,2	100,2	99,2	99,0	99,0	99,0	99,1	99,3	99,5
Bekleidung	1995 = 100	100,7	101,5	101,8	102,0	101,9	101,9	102,0	101,9	102,0
Leder und Lederwaren	1995 = 100	102,4	102,7	102,5	102,6	102,6	102,8	102,9	103,0	103,2
Holz und Holzwaren (ohne Möbel)	1995 = 100	97,8	98,8	97,6	97,2	97,4	97,5	97,7	97,3	97,6
Papier	1995 = 100	91,9	93,3	92,2	93,8	94,0	94,7	95,2	96,5	97,5
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	1995 = 100	102,0	102,0	101,9	102,1	102,1	102,7	102,4	102,0	102,6
Kokereierzeugnisse, Mineralölzeugnisse	1995 = 100	110,4	100,3	111,0	124,3	129,0	132,8	137,8	139,5	133,1
Chemische Erzeugnisse	1995 = 100	97,6	97,0	95,5	97,0	97,2	97,6	97,9	98,3	99,6
Gummi- und Kunststoffwaren	1995 = 100	98,7	98,5	98,0	98,7	98,9	99,1	99,2	99,3	99,4
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	1995 = 100	98,9	98,2	97,9	97,8	97,7	97,8	97,8	97,8	97,7
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	1995 = 100	96,6	98,0	93,1	95,3	95,9	97,7	98,5	99,2	100,4
Metallerzeugnisse	1995 = 100	101,1	101,8	102,2	102,3	102,3	102,3	102,5	102,9	103,2
Maschinen	1995 = 100	102,6	103,3	104,1	104,4	104,5	104,7	104,7	104,8	105,0
Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	1995 = 100	92,5	87,8	81,5	79,1	79,2	79,0	79,8	77,9	78,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	1995 = 100	99,7	99,7	99,6	100,1	100,2	100,5	100,6	100,8	101,0
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	1995 = 100	98,5	97,7	94,5	93,5	93,3	92,6	93,0	93,1	90,0
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	1995 = 100	103,0	103,8	104,7	105,3	105,2	105,5	105,1	105,2	105,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1995 = 100	101,6	102,6	103,3	103,6	103,6	103,6	103,7	103,7	103,7
Sonstige Fahrzeuge	1995 = 100	100,5	100,9	101,3	101,2	101,3	101,6	101,6	101,6	101,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	1995 = 100	102,7	104,0	105,4	105,7	105,8	106,4	106,5	106,7	107,1
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	1995 = 100	98,4	97,0	92,3	91,3	91,5	91,4	90,6	89,2	92,1
Energie 3)	1995 = 100	97,7	95,9	90,7	89,7	89,9	89,7	88,8	87,4	90,4
Wasser	1995 = 100	109,5	112,4	113,8	114,0	114,0	114,9	115,0	114,9	115,3

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Torf - 3) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Jan. 00	Febr. 00	März 00	April 00	Jan. 00	Febr. 00	März 00	April 00
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	- 3,6	- 0,8	+ 5,6	+ 7,1	+ 7,7	...	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	- 5,0	- 1,2	+ 7,3	+ 9,2	+ 10,1	...	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	...
Neubauten und neue Maschinen	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	...	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	- 5,8	- 5,1	+ 0,2	+ 3,2p	+ 4,4p	...	- 1,3	+ 3,2p	+ 2,3p	...
Pflanzliche Produkte	- 1,5	- 4,1	- 7,2	- 6,6	- 5,3	...	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,2	...
Tierische Produkte	- 7,8	- 5,6	+ 4,2	+ 7,5p	+ 9,5p	...	- 2,4	+ 4,5p	+ 2,5p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 7,3	+ 3,3	- 2,7	- 6,6	- 15,5	...	- 0,8	- 4,6	- 8,4	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	- 0,4	- 1,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0	+ 0,4
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,1	- 1,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,7
ohne Energie und Wasser	- 0,2	- 0,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	± 0,0
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	- 1,8	+ 4,1	+ 4,6	+ 4,5	+ 4,1	+ 0,6	+ 0,3	± 0,0	+ 0,8
Energieproduzenten	- 3,5	- 2,0	+ 8,2	+ 8,8	+ 7,4	+ 5,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,6	+ 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	- 0,3	- 1,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Konsumgüterproduzenten	+ 0,4	- 0,8	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	± 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	- 1,0	- 0,4	- 0,1	± 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,2	- 2,9	+ 7,2	+ 7,5	+ 7,9	+ 7,7	+ 2,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,8
Kohle und Torf ²⁾	- 3,3	- 4,3	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,8
Erdöl und Erdgas	- 5,7	- 3,5	+ 43,3	+ 44,0	+ 44,5	+ 39,4	+ 14,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 6,4
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	- 1,7	- 0,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,9
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	- 0,2	- 0,3	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	- 0,4	- 2,7	- 1,6	- 0,9	- 0,5	- 0,4	- 0,3	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0
Tabakerzeugnisse	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,7	± 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1
Textilien	± 0,0	- 1,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Bekleidung	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
Leder und Lederwaren	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	+ 1,0	- 1,2	- 0,9	- 0,5	- 0,6	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,3
Papier	+ 1,5	- 1,2	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,5	+ 6,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,0
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	± 0,0	- 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3	- 0,4	+ 0,6
Kokereierzeugnisse, Mineralölzeugnisse	- 9,1	+ 10,7	+ 39,5	+ 46,3	+ 42,2	+ 24,9	+ 2,9	+ 3,8	+ 1,2	- 4,6
Chemische Erzeugnisse	- 0,6	- 1,5	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,0	+ 5,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,3
Gummi- und Kunststoffwaren	- 0,2	- 0,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	+ 1,4	- 5,0	+ 6,2	+ 7,4	+ 8,3	+ 9,2	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2
Metallerzeugnisse	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	± 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
Maschinen	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 5,1	- 7,2	- 6,2	- 4,8	- 6,9	- 6,2	- 0,3	+ 1,0	- 2,4	+ 1,3
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	± 0,0	- 0,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	- 0,8	- 3,3	- 3,5	- 2,6	- 2,3	- 5,0	- 0,8	+ 0,4	+ 0,1	- 3,3
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Sonstige Fahrzeuge	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	- 1,4	- 4,8	- 0,8	- 1,6	- 2,8	- 0,9	- 0,1	- 0,9	- 1,5	+ 3,3
Energie ³⁾	- 1,8	- 5,4	- 0,9	- 1,9	- 3,1	- 1,1	- 0,2	- 1,0	- 1,6	+ 3,4
Wasser	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepresentanten für Torf – 3) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999	1999		2000			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1995 = 100	99,1	98,7	98,4	98,4	.	.	98,4	.	.
Bürogebäude ²⁾	1995 = 100	99,6	98,9	98,6	98,7	.	.	98,8	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1995 = 100	99,8	99,3	98,7	98,9	.	.	99,0	.	.
Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	96,6	95,7	95,5	96,0	.	.	96,7	.	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1995 = 100	98,0	97,4	96,6	96,8	.	.	96,9	.	.
Ortskanäle ¹⁾	1995 = 100	96,6	95,6	95,2	95,3	.	.	95,1	.	.
Kläranlagen ¹⁾	1995 = 100	99,3	99,3	99,3	99,4	.	.	99,7	.	.
Index der Großhandelsverkaufspreise ²⁾	1991 = 100	105,6	103,4	102,4	103,7	104,6	105,2	106,4	107,2	106,8
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991 = 100	108,7	106,7	103,3	102,6	103,7	104,0	105,1	104,5	104,2
Index der Einzelhandelspreise ³⁾	1995 = 100	101,3 r	101,7 r	101,9	102,0	102,2	102,3	102,6	102,7	102,6
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	1995 = 100	101,5	102,3	101,6	100,9	101,0	101,2	101,4	101,3	101,4
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1995 = 100	102,8	103,9 r	103,4	103,2	103,3	103,6	103,9	103,7	103,9
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁴⁾	1995 = 100	99,9 r	100,0 r	99,7	99,6	99,7	99,8	99,9	99,9	100,0
Sonstiger Facheinzelhandel	1995 = 100	100,7	101,1	101,4	101,5	101,5	101,4	101,5	101,5	101,5
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995 = 100	104,3	101,4	104,8	108,2	110,1	110,2	111,4	113,0	111,0
Einzelhandel mit Kraftwagen	1995 = 100	100,8	102,1	102,9	103,1	103,2	103,3	103,5	103,6	103,5
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	100,5	101,0	101,6	101,8	101,8	101,8	101,9	101,8	101,7
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör	1995 = 100	100,8	101,5	102,1	102,4	102,8	102,8	102,8	103,1	103,1
Tankstellen	1995 = 100	103,2	102,1	104,7	107,2	108,2	109,3	109,5	111,1	109,3
Preisindex für die Lebenshaltung ⁵⁾										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,9	105,2	105,5	105,8	106,2	106,4	106,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	101,7	100,0	100,2	101,0	101,6	101,1	101,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	106,0	107,5	107,4	107,4	107,4	107,4	107,3
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	101,8	102,2	102,1	101,9	101,7	102,0	102,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	107,4	108,0	108,3	108,8	109,2	109,5	109,7
Einrichtungsgegenstände u.ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	102,1	102,1	102,1	102,1	102,1	102,2	102,2
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	110,6	110,8	110,8	110,4	110,6	110,6	110,7
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	107,6	109,5	110,4	111,4	111,7	113,1	112,0
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	88,2	87,3	87,3	87,3	85,8	84,7	84,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	103,4	103,4	104,1	103,5	105,0	104,7	104,3
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	117,5	118,5	118,5	118,8 r	119,0	119,1	119,1
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	1995 = 100	102,1	103,6	104,9	104,1	104,6	104,4	105,3	104,9	105,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	104,5	105,1	105,4	106,1	106,2	106,2	106,4
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ⁵⁾	1995 = 100	103,2	104,1	104,8	105,1	105,5	105,7	106,1	106,3	106,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ⁵⁾	1995 = 100	104,2	105,3	105,7	105,8	106,0	106,4	106,9	107,0	107,0
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1995 = 100	104,0	100,7	100,2	103,5	105,2	106,0	107,8	108,7	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	1995 = 100	102,4	100,1	99,3	101,7	103,2	103,8	105,1	105,6	...
Güter aus Drittländern	1995 = 100	105,8	101,5	101,4	105,7	107,7	108,7	111,1	112,5	...
Index der Ausfuhrpreise	1995 = 100	101,5	101,4	100,9	101,7	102,1	102,4	102,8	103,1	...
dar.: Güter für EU-Länder	1995 = 100	101,3	101,3	100,4	101,3	101,6	102,0	102,3	102,6	...
Güter für Drittländer	1995 = 100	101,8	101,7	101,6	102,4	102,8	103,0	103,4	103,8	...

1) Einschl. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - 4) in Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1998	1999	Jan. 00	Febr. 00	März 00	April 00	Jan. 00	Febr. 00	März 00	April 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1997	1998	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	Dez. 99	Jan. 00	Febr. 00	März 00
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude 1)	- 0,4	- 0,3	.	+ 0,1	.	.	.	± 0,0 a)	.	.
Bürogebäude 2)	- 0,7	- 0,3	.	+ 0,3	.	.	.	+ 0,1 a)	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	- 0,5	- 0,6	.	+ 0,4	.	.	.	+ 0,1 a)	.	.
Straßenbau 1)	- 0,9	- 0,2	.	+ 1,5	.	.	.	+ 0,7 a)	.	.
Brücken im Straßenbau 1)	- 0,6	- 0,8	.	+ 0,4	.	.	.	+ 0,1 a)	.	.
Ortskanäle 1)	- 1,0	- 0,4	.	- 0,1	.	.	.	- 0,2 a)	.	.
Kläranlagen 1)	± 0,0	± 0,0	.	+ 0,6	.	.	.	+ 0,3 a)	.	.
Index der Großhandelsverkaufspreise 2)	- 2,1	- 1,0	+ 4,0	+ 5,7	+ 5,7	+ 4,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 1,8	- 3,2	- 0,9	+ 1,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,1	- 0,6	- 0,3
Index der Einzelhandelspreise 3)	+ 0,4r	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	+ 0,8	- 0,7	- 1,0	- 0,7	- 0,8	- 0,8	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 1,1r	- 0,5	- 0,3	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln 4)	+ 0,1r	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Sonstiger Facheinzelhandel	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	- 2,8	+ 3,4	+ 9,9	+ 11,6	+ 10,6	+ 6,6	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,8
Einzelhandel mit Kraftwagen	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	± 0,0
Tankstellen	- 1,1	+ 2,5	+ 7,6	+ 8,1	+ 9,1	+ 5,0	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,5	- 1,6
Preisindex für die Lebenshaltung 5)										
aller privaten Haushalte	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,0	- 1,3	- 1,9	- 1,4	- 1,7	- 1,6	+ 0,8	+ 0,6	- 0,5	+ 0,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,3	± 0,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Gesundheitspflege	+ 5,2	- 3,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1
Verkehr	+ 0,4	+ 2,8	+ 6,7	+ 6,8	+ 7,8	+ 4,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,3	- 1,0
Nachrichtenermittlung	- 0,6	- 9,4	- 2,5	- 3,6	- 5,9	- 4,7	± 0,0	- 1,7	- 1,3	- 0,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 2,6	- 0,6	+ 1,4	- 0,3	- 0,4
Bildungswesen	+ 4,7	+ 4,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	- 0,2	+ 0,9	- 0,4	+ 1,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte 5)	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte 5)	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	± 0,0
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	- 3,2	- 0,5	+ 9,2	+ 10,9	+ 10,9	...	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,8	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	- 2,2	- 0,8	+ 6,7	+ 8,1	+ 8,0	...	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	...
Güter aus Drittländern	- 4,1	- 0,1	+ 12,3	+ 14,3	+ 14,4	...	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,3	...
Index der Ausfuhrpreise	- 0,1	- 0,5	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	...
dar.: Güter für EU-Länder	± 0,0	- 0,9	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,8	...	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	...
Güter für Drittländer	- 0,1	- 0,1	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	...

1) Einschl. Umsatzsteuer – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) – 4) In Verkaufsräumen. – 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98.

a) Februar 2000 gegenüber November 1999.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999 1)	1999 1)		1999 1)	2000 1)		
					3. Vj	4. Vj	Dez.	Jan.	Febr.	März
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	82 057	82 037	82 165 s	82 143	82 165 s	82 165 s	82 169 s	82 162 s	82 152 s
dar.: Ausländer/-innen 2) . . .	1 000	7 366	7 320	7 344	7 334	7 344	7 344	7 343	7 339	7 331
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	422 776	417 420	430 096	161 570	...	42 249
Ehescheidungen	Anzahl	187 802	192 416
Lebendgeborene	Anzahl	812 173	785 034	766 973	207 335	...	61 085
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	107 182	100 057	...	25 115
Nichteinheimlich Lebendgeborene	Anzahl	145 833	157 117	...	45 416
Gestorbene 3)	Anzahl	860 389	852 382	844 112	195 988	...	72 524
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	13 678	13 758	...	3 300
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 951	3 666	...	859
Totgeborene 4)	Anzahl	3 510	3 190	2 912	769	...	232
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-).	Anzahl	- 48 216	- 67 348	- 77 139	+ 11 347	...	- 11 439
Deutsche	Anzahl	- 141 720	- 153 647	...	- 10 468
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 93 504	+ 86 299	...	+ 21 815
Wanderungen 5)										
Zuzüge	Anzahl	840 633	802 456	...	242 141	...	71 468
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	615 298	605 500	...	187 888	...	46 493
Fortzüge	Anzahl	746 969	755 358	...	197 732	...	66 241
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	637 066	638 955	...	164 812	...	53 204
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-).	Anzahl	+ 93 664	+ 47 098	...	+ 44 409	...	+ 5 227
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	- 21 768	- 33 455	...	+ 23 076	...	- 6 711
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer/-innen 2)	% der Bevölkerung	9,0	8,9	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,2	5,1	5,2 ⁷⁾	6,1 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	22,9	23,5
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	9,9	9,6	9,3 ⁷⁾	8,8 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	14,6	13,7	...	13,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer 6)	% aller Lebendgeb.	13,2	12,7	...	12,1
Nichteinheimlich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	18,0	20,0	...	21,9
Gestorbene 3)	je 1 000 Einwohner/-innen	10,5	10,4	10,3 ⁷⁾	10,4 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	1,9	1,9	...	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4
Wanderungen 5)										
Zuzüge	% aller Zuzüge	73,2	75,5	...	77,6	...	65,1
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	73,2	75,5	...	77,6	...	65,1
Fortzüge	% aller Fortzüge	85,3	84,6	...	83,4	...	80,3
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	85,3	84,6	...	83,4	...	80,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2 s	+ 0,1	+ 0,2 s	+ 0,2 s	+ 0,2 s	+ 0,2 s	+ 0,2 s
dar.: Ausländer/-innen 2) . . .	%	+ 0,7	- 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 1,1	- 1,3	+ 3,2	+ 10,3	...	+ 3,0
Ehescheidungen	%	+ 7,0	+ 2,5
Lebendgeborene	%	+ 2,0	- 3,3	- 2,0	- 1,1	...	- 2,2
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 0,9	- 6,6	...	- 3,1
Gestorbene 3)	%	- 2,5	- 0,9	- 0,8	- 2,2	...	- 5,5
Wanderungen 5)										
Zuzüge	%	- 12,4	- 4,5	...	+ 6,2	...	+ 14,1
dar.: Ausländer/-innen	%	- 13,1	- 1,6	...	+ 11,1	...	+ 4,2
Fortzüge	%	+ 10,3	+ 1,1	...	- 14,5	...	+ 4,2
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 14,0	+ 0,3	...	- 17,0	...	+ 8,5

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene - 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). - 5) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999 ¹⁾	1999 ¹⁾		1999 ¹⁾			
					2. Vj	3. Vj	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	66 688	66 747	...	66 832	66 909	66 909
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	369 396	362 548	369 624	101 086	135 470	55 687	29 599	20 765	38 007
Ehescheidungen	Anzahl	161 265 ⁶⁾	163 386 ⁶⁾
Lebendgeborene	Anzahl	711 915	682 172	662 965	164 709	178 382	60 252	52 721	52 293	52 740
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	104 323	97 419	...	22 957	24 335
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	101 615	108 620	...	28 320	31 033
Gestorbene ²⁾	Anzahl	692 844	688 118	683 124	161 228	158 344	51 860	52 579	57 813	58 891
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	13 247	13 333	...	3 416	3 173
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 466	3 175	...	742	759
Totgeborene ³⁾	Anzahl	3 047	2 689	2 466	683	640	192	184	202	193
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 19 071	- 5 946	- 20 159	+ 3 481	+ 20 038	+ 8 392	+ 142	- 5 520	- 6 151
Deutsche	Anzahl	- 72 005	- 90 032	...	- 16 060	- 1 124
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 91 076	+ 84 086	...	+ 19 541	+ 21 162
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	Anzahl	737 404	715 654	...	197 539	217 990	77 800	74 611	67 744	64 788
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	537 218	538 008	...	160 704	168 491	60 954	57 525	49 043	41 498
Fortzüge	Anzahl	662 009	681 180	...	124 779	182 361	60 372	55 835	55 488	54 733
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	564 214	578 525	...	102 539	151 602	50 615	47 008	46 245	45 766
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 75 395	+ 34 474	...	+ 72 760	+ 35 629	+ 17 428	+ 18 776	+ 12 256	+ 10 055
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	- 26 996	- 40 517	...	+ 58 165	+ 16 889	+ 10 339	+ 10 517	+ 2 798	- 4 268
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,5	5,4	5,5 ⁷⁾	10,2 ⁷⁾	5,2 ⁷⁾	3,8 ⁷⁾	6,7 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	23,7 ⁶⁾	24,5 ⁶⁾
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	10,7	10,2	9,9 ⁷⁾	11,0 ⁷⁾	9,3 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾	9,3 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb.	14,7	14,3	...	13,9	13,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾		1 441	1 413	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	14,3	15,9	...	17,2	17,4
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,4	10,3	10,2 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾	9,3 ⁷⁾	10,5 ⁷⁾	10,4 ⁷⁾
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb	0,5	0,5	..	0,5	0,4
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	% aller Zuzüge	72,9	75,2	...	81,4	77,3	78,3	77,1	72,4	64,1
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	72,9	75,2	...	81,4	77,3	78,3	77,1	72,4	64,1
Fortzüge	% aller Fortzüge	85,2	84,9	..	82,2	83,1	83,8	84,2	83,3	83,6
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	85,2	84,9	..	82,2	83,1	83,8	84,2	83,3	83,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,1	...	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 1,0	- 1,9	+ 2,2	- 2,1	+ 8,4	+ 49,3	- 5,6	+ 1,6	+ 2,3
Ehescheidungen	%	+ 5,5 ⁶⁾	+ 1,3 ⁶⁾
Lebendgeborene	%	+ 1,3	- 4,2	- 2,8	- 1,9	- 1,6	- 2,6	- 7,5	- 1,7	- 3,2
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 0,9	- 6,6	...	- 6,6	- 3,4
Gestorbene ²⁾	%	- 2,2	- 0,7	- 0,5	- 3,6	- 1,7	- 3,9	- 5,0	+ 0,9	- 5,1
Wanderungen⁴⁾										
Zuzüge	%	- 11,0	- 2,9	...	+ 18,0	+ 6,2	+ 7,2	- 0,2	+ 12,3	+ 16,4
dar.: Ausländer/-innen	%	- 12,1	+ 0,1	...	+ 27,4	+ 11,1	+ 9,9	- 0,2	+ 6,9	+ 5,3
Fortzüge	%	+ 11,2	+ 2,9	...	- 16,2	- 14,6	- 3,7	- 0,9	+ 8,9	+ 5,8
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 14,9	+ 2,5	..	- 19,1	- 17,1	- 4,3	- 1,8	+ 7,8	+ 7,9

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwertigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost - 7) Bevölkerung geschätzt

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1997	1998	1999 1)	1999 1)		1999 1)			
					2. Vj	3. Vj	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand . . .	1 000	15 369	15 290	...	15 255	15 234	15 234
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	53 380	54 872	60 472	17 448	26 100	11 318	4 010	2 494	4 242
Ehescheidungen	Anzahl	26 537 6)	29 030 6)
Lebendgeborene	Anzahl	100 258	102 862	104 008	26 330	28 953	9 425	8 323	8 314	8 345
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	2 859	2 638	...	766	780
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	44 218	48 497	...	13 008	14 383
Gestorbene 2)	Anzahl	167 545	164 264	160 988	38 749	37 644	12 413	12 464	13 206	13 633
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	431	425	...	98	127
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	485	491	...	109	100
Totgeborene 3)	Anzahl	463	501	446	130	129	40	39	51	39
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 67 287	- 61 402	- 56 980	- 12 419	- 8 691	- 2 988	- 4 141	- 4 892	- 5 288
Deutsche	Anzahl	- 69 715	- 63 615	...	- 13 087	- 9 344
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 2 428	+ 2 213	...	+ 668	+ 653
Wanderungen 4)										
Zuzüge	Anzahl	103 229	86 802	...	23 879	24 151	9 086	9 406	7 041	6 680
dar.: Ausländer	Anzahl	78 080	67 492	...	19 544	19 397	7 333	7 907	5 409	4 995
Fortzüge	Anzahl	84 960	74 178	...	15 189	15 371	5 312	4 719	4 857	11 508
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	72 852	60 430	...	11 738	13 210	4 550	4 137	4 314	7 438
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 18 269	+ 12 624	...	+ 8 690	+ 8 780	+ 3 774	+ 4 687	+ 2 184	- 4 828
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	+ 5 228	+ 7 062	...	+ 7 806	+ 6 187	+ 2 783	+ 3 770	+ 1 095	- 2 443
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,6	4,0 7)	9,0 7)	3,1 7)	2,0 7)	3,3 7)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	18,8 6)	19,0 6)
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	6,5	6,7	6,8 7)	7,5 7)	6,4 7)	6,6 7)	6,4 7)
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Lebendgeb.	2,9	2,6	...	2,9	2,7
Zusammengefaßte Geburtenziffer 5)		1 039	1 087	X	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	44,1	47,1	...	49,4	49,7
Gestorbene 2)	je 1 000 Einwohner/-innen	10,9	10,7	10,6 7)	9,9 7)	9,6 7)	10,5 7)	10,5 7)
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4	0,3
Wanderungen 4)										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Zuzüge	75,6	77,8	...	81,8	80,3	80,7	84,1	76,8	74,8
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Fortzüge	85,7	81,5	...	77,3	85,9	85,7	87,7	88,8	64,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand . . .	%	- 0,4	- 0,5	...	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 1,2	+ 2,8	+ 10,3	+ 2,5	+ 21,4	+ 101,0	- 4,5	+ 0,2	+ 9,8
Ehescheidungen	%	+ 16,6 6)	+ 9,4 6)
Lebendgeborene	%	+ 7,4	+ 2,6	+ 3,7	+ 6,5	+ 2,5	+ 1,7	- 1,2	+ 4,8	+ 4,5
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 1,1	- 7,7	...	+ 21,4	+ 7,4
Gestorbene 2)	%	- 4,0	- 2,0	- 2,0	- 3,6	- 4,1	- 3,5	- 8,0	- 1,9	- 6,9
Wanderungen 4)										
Zuzüge	%	- 21,4	- 15,9	...	+ 15,2	+ 6,3	+ 11,1	- 5,1	+ 2,1	- 4,4
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	- 19,3	- 13,6	...	+ 21,3	+ 10,5	+ 15,5	- 1,9	+ 0,4	- 4,1
Fortzüge	%	+ 3,3	- 12,7	...	- 4,8	- 13,0	+ 0,6	- 28,4	- 11,1	- 3,1
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 7,3	- 17,1	...	- 6,6	- 15,6	- 0,9	- 30,7	- 7,3	+ 11,8

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g) - 4) Einschl. Herkunfts- /Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost. - 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1996	1997	1998	1999	1999			
					1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
in jeweiligen Preisen								
Mrd. DM								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 374.2	3 449.9	3 553.7	3 617.9	862.6	892.8	920.1	942.3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44.1	44.3	43.9	42.2	10.3	11.1	10.7	10.2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	842.3	861.6	903.4	909.6	215.0	223.4	227.1	244.1
Baugewerbe	213.0	204.8	193.4	189.8	42.2	49.0	52.3	46.4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	584.8	602.9	622.2	628.4	149.2	155.7	161.3	162.2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	958.6	994.8	1 035.0	1 077.3	262.5	266.6	275.2	273.0
Öffentliche und private Dienstleister	731.4	741.5	755.9	770.6	183.5	187.1	193.6	206.4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
Konsum	2 772.9	2 821.0	2 894.1	2 975.0	708.4	731.0	741.1	794.6
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 994.7	2 043.8	2 109.1	2 169.7	517.5	537.9	542.3	572.0
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	60.8	63.0	65.6	69.0	16.5	17.3	17.1	18.1
Konsumausgaben des Staates	717.5	714.2	719.4	736.2	174.4	175.7	181.6	204.5
Bruttoanlageinvestitionen	779.4	785.0	797.2	811.8	176.7	209.3	212.3	213.6
Ausrüstungen	258.5	270.0	297.0	310.7	69.4	78.1	74.9	88.4
Bauten	488.0	479.8	460.7	458.2	97.2	120.9	126.4	113.8
Sonstige Anlagen	32.9	35.2	39.5	42.8	10.1	10.3	11.0	11.4
Vorratsveränderungen und Nettozuwachs an Wertsachen	- 5.6	7.1	29.6	47.1	30.5	6.0	27.3	- 16.6
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	39.3	53.6	63.3	43.3	9.9	11.0	4.4	17.9
Exporte	908.8	1 020.9	1 092.1	1 132.1	261.1	281.0	283.7	306.4
Importe	869.5	967.3	1 028.9	1 088.9	251.2	270.0	279.2	288.5
Bruttoinlandsprodukt	3 586.0	3 666.6	3 784.2	3 877.1	925.4	957.2	985.1	1 009.4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 1.8	+ 2.2	+ 3.0	+ 1.8	+ 1.8	+ 2.0	+ 1.8	+ 1.7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4.3	+ 0.6	- 1.0	- 3.7	- 4.5	- 3.7	- 4.1	- 2.5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 0.5	+ 2.3	+ 4.8	+ 0.7	- 0.9	+ 0.3	+ 0.5	+ 2.7
Baugewerbe	- 4.5	- 3.9	- 5.6	- 1.8	- 5.1	- 0.7	- 0.8	- 1.2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	- 0.2	+ 3.1	+ 3.2	+ 1.0	+ 0.9	+ 1.1	+ 1.0	+ 0.9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5.2	+ 3.8	+ 4.0	+ 4.1	+ 5.8	+ 4.3	+ 3.8	+ 2.6
Öffentliche und private Dienstleister	+ 2.5	+ 1.4	+ 1.9	+ 1.9	+ 2.6	+ 2.5	+ 2.2	+ 0.6
Konsum	+ 2.7	+ 1.7	+ 2.6	+ 2.8	+ 2.6	+ 2.8	+ 2.8	+ 2.9
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 2.5	+ 2.5	+ 3.2	+ 2.9	+ 2.6	+ 3.0	+ 2.6	+ 3.2
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 8.6	+ 3.6	+ 4.2	+ 5.2	+ 4.7	+ 8.3	+ 5.0	+ 3.0
Konsumausgaben des Staates	+ 2.8	- 0.5	+ 0.7	+ 2.3	+ 2.4	+ 1.7	+ 3.1	+ 2.1
Bruttoanlageinvestitionen	- 1.4	+ 0.7	+ 1.6	+ 1.8	+ 0.4	+ 2.8	+ 1.8	+ 2.2
Exporte	+ 5.4	+ 12.3	+ 7.0	+ 3.7	- 1.5	+ 1.3	+ 4.7	+ 10.0
Importe	+ 3.8	+ 11.2	+ 6.4	+ 5.8	- 0.2	+ 4.1	+ 7.6	+ 11.7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1.8	+ 2.2	+ 3.2	+ 2.5	+ 2.4	+ 2.4	+ 2.4	+ 2.6
in Preisen von 1995								
Mrd. DM								
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 351.1	3 416.8	3 506.3	3 569.0	851.4	886.0	909.5	922.1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	45.2	45.0	46.5	47.3	11.4	12.3	12.1	11.5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	828.5	848.7	883.1	891.5	209.6	219.4	222.0	240.6
Baugewerbe	215.4	211.4	200.6	198.5	43.2	51.4	54.6	49.2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	588.8	603.1	623.4	640.9	152.0	158.9	164.3	165.7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	954.6	989.6	1 030.1	1 066.9	256.9	264.1	272.5	273.4
Öffentliche und private Dienstleister	718.6	719.0	722.8	723.9	178.4	180.0	183.9	181.6
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
Konsum	2 730.1	2 736.9	2 786.7	2 832.2	685.5	701.5	705.2	740.0
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 958.4	1 972.1	2 017.2	2 060.1	493.8	510.9	513.0	542.4
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	58.9	60.2	61.6	62.6	15.2	15.4	15.6	16.5
Konsumausgaben des Staates	712.8	704.7	708.0	709.5	176.5	175.2	176.6	181.2
Bruttoanlageinvestitionen	782.0	785.7	796.7	815.2	177.3	210.0	213.6	214.4
Ausrüstungen	257.1	265.9	290.3	305.0	68.1	76.3	73.7	87.1
Bauten	491.5	484.4	465.7	465.7	98.7	123.1	128.5	115.4
115.4 Sonstige Anlagen	33.4	35.3	40.7	44.5	10.6	10.7	11.4	11.9
Vorratsveränderungen und Nettozuwachs an Wertsachen	- 5.1	8.7	34.7	51.2	29.7	8.3	26.5	- 13.4
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	42.6	69.8	60.5	33.7	3.2	6.9	3.9	19.7
Exporte	906.4	1 005.3	1 075.6	1 121.1	260.5	279.6	280.5	300.6
Importe	863.8	935.6	1 015.0	1 087.4	257.3	272.6	276.5	280.9
Bruttoinlandsprodukt	3 549.6	3 601.1	3 678.6	3 732.3	895.7	926.7	949.2	960.7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 1.1	+ 2.0	+ 2.6	+ 1.8	+ 1.0	+ 1.8	+ 1.9	+ 2.5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 7.1	- 0.4	+ 3.2	+ 1.8	+ 2.8	+ 1.8	+ 1.9	+ 0.5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	- 1.1	+ 2.4	+ 4.0	+ 1.0	- 1.1	+ 0.8	+ 0.7	+ 3.2
Baugewerbe	- 3.4	- 1.9	- 5.1	- 1.0	- 5.5	- 0.0	+ 0.1	+ 0.8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 0.5	+ 2.4	+ 3.4	+ 2.8	+ 2.1	+ 3.0	+ 3.0	+ 3.2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4.7	+ 3.7	+ 4.1	+ 3.6	+ 3.7	+ 3.5	+ 3.7	+ 3.5
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0.7	+ 0.1	+ 0.5	+ 0.1	+ 0.4	+ 0.0	+ 0.2	- 0.1
Konsum	+ 1.1	+ 0.3	+ 1.8	+ 1.6	+ 1.7	+ 1.6	+ 1.5	+ 1.7
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0.7	+ 0.7	+ 2.3	+ 2.1	+ 2.0	+ 2.3	+ 1.9	+ 2.3
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 5.2	+ 2.2	+ 2.4	+ 1.7	+ 2.6	+ 2.3	+ 1.6	+ 0.3
Konsumausgaben des Staates	+ 2.1	- 1.1	+ 0.5	+ 0.2	+ 0.7	- 0.4	+ 0.5	+ 0.0
Bruttoanlageinvestitionen	- 1.1	+ 0.5	+ 1.4	+ 2.3	+ 0.8	+ 3.5	+ 2.3	+ 2.5
Exporte	+ 5.1	+ 10.9	+ 7.0	+ 4.2	- 0.1	+ 2.5	+ 5.2	+ 9.1
Importe	+ 3.2	+ 8.3	+ 8.5	+ 7.1	+ 5.4	+ 7.3	+ 7.9	+ 7.9
Bruttoinlandsprodukt	+ 0.8	+ 1.5	+ 2.2	+ 1.5	+ 0.8	+ 1.3	+ 1.5	+ 2.3

1) Vorläufiges Ergebnis (Rechenstand März 2000).

Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
guterproduzenten									
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	98,3	97,0	97,3	107,4	97,3
1998	111,2	108,8	116,3	113,5	97,8	97,4	99,2	104,3	98,7
1999	113,9	111,4	118,3	121,4	97,6	91,0	95,4	101,1	101,2
1998									
Oktober	112,4	109,6	116,6	122,3	94,8	103,6	74,0	112,0	107,0
November	109,0	107,1	112,7	121,6	84,7	99,2	58,3	79,1	101,0
Dezember	103,2	97,4	114,9	105,8	80,3	79,5	50,3	70,4	82,9
1999									
Januar	100,7	100,1	100,8	109,9	90,1	86,9	83,0	85,0	86,6
Februar	106,0	100,5	109,5	115,2	110,4	94,9	165,6	115,4	87,1
März	123,5	119,9	124,2	137,5	123,1	110,4	154,1	165,1	106,5
April	109,0	106,8	112,0	119,7	92,2	92,8	68,5	102,2	99,5
Mai	104,0	103,5	106,4	114,0	81,4	83,8	47,4	73,7	99,4
Juni	117,7	114,1	126,9	124,6	86,1	88,6	55,8	73,5	107,4
Juli	112,3	112,1	115,0	115,9	95,1	82,5	92,5	87,0	101,3
August	109,7	105,4	115,1	111,1	110,0	79,1	157,4	115,6	98,5
September	124,4	119,6	131,7	129,5	113,3	102,2	133,4	138,7	111,0
Oktober	118,8	117,8	122,4	127,8	94,1	95,0	75,0	112,0	109,5
November	124,2	123,6	128,6	132,8	93,5	96,6	60,3	83,2	110,0
Dezember	116,6	113,5	127,2	118,7	81,5	79,0	51,9	61,9	97,6
2000									
Januar	111,8	112,2	115,3	112,9	89,7	87,7	79,4	80,2	87,5
Februar	125,9	122,7	129,1	136,2	116,1	104,0	170,3	123,3	97,8
März	141,3	136,1	149,8	148,8	122,8	110,1	148,9	165,5	109,7

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5
1998	99,1	101,8	103,0	101,3	106,2	105,6	94,9	105,2	100,3
1999	103,1	108,3	104,1	103,0	108,4	107,8	97,6	102,5	93,4
1998									
Oktober	98,1	109,8	100,5	95,4	112,2	111,8	104,6	98,7	92,1
November	97,9	113,7	93,4	88,0	106,9	106,1	94,3	98,9	93,5
Dezember	90,9	109,9	91,6	90,0	89,3	88,4	73,8	82,7	80,9
1999									
Januar	93,8	96,9	96,7	93,0	96,5	95,6	83,4	94,7	79,7
Februar	96,3	96,6	97,2	94,1	97,2	95,1	78,8	92,4	86,4
März	111,7	113,8	111,6	105,3	115,2	113,8	102,7	108,9	104,4
April	99,5	102,1	103,4	98,9	107,3	106,8	97,5	95,2	84,8
Mai	95,7	101,7	98,8	95,5	102,0	102,4	94,6	92,2	83,3
Juni	104,1	107,2	106,9	107,7	114,0	113,9	106,8	104,1	96,8
Juli	103,3	102,6	104,5	102,7	111,4	111,6	103,7	101,9	93,6
August	102,4	103,2	97,2	94,8	104,8	105,2	96,1	95,1	90,4
September	107,7	113,4	107,5	105,9	118,5	117,6	112,2	107,0	92,5
Oktober	106,3	117,0	108,6	112,8	117,1	116,7	106,9	108,7	97,0
November	114,1	123,2	113,0	115,0	119,0	116,2	106,0	120,9	111,4
Dezember	102,4	121,8	104,1	110,5	97,5	98,1	82,8	109,1	100,0
2000									
Januar	106,0	101,5	108,1	115,5	103,7	104,7	82,5	116,8	102,3
Februar	112,8	109,0	115,5	122,0	113,9	113,9	94,6	124,8	119,1
März	125,4	118,2	128,7	134,5	124,1	122,4	107,9	133,0	112,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen	
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter					
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.		
1997	99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7	
1998	106,3	96,0	109,9	108,2	115,1	115,3	125,5	113,2	
1999	106,6	100,3	105,6	101,2	111,6	108,1	128,1	123,7	
1998	Oktober	110,9	98,5	103,1	94,0	109,5	113,2	122,2	102,1
	November	108,8	99,4	105,3	108,6	105,6	115,4	120,7	100,8
	Dezember	91,9	84,3	112,6	103,0	138,0	115,4	146,0	96,2
1999	Januar	96,2	85,1	96,5	93,6	96,8	105,5	112,8	92,6
	Februar	97,0	86,6	96,4	100,7	98,0	89,0	114,7	126,3
	März	112,9	107,7	113,0	107,8	119,8	116,9	136,8	120,6
	April	103,7	102,7	101,5	98,5	104,5	115,3	122,3	88,8
	Mai	102,1	97,7	97,4	92,4	106,4	98,4	119,4	95,6
	Juni	112,0	108,9	112,3	107,4	128,8	115,6	132,8	151,6
	Juli	108,9	110,8	104,6	97,8	107,6	102,5	133,6	125,8
	August	101,8	101,9	96,6	97,7	98,0	95,1	118,2	121,9
	September	122,3	104,4	113,7	111,8	125,0	105,4	134,1	141,4
	Oktober	110,5	102,4	105,0	95,7	111,1	110,3	130,5	135,2
	November	112,5	103,4	115,9	110,4	114,4	121,4	143,5	151,5
	Dezember	98,9	91,4	113,7	100,9	128,6	122,2	138,9	133,3
2000	Januar	102,4	88,9	111,6	116,1	114,5	118,5	134,0	115,4
	Februar	110,6	100,6	120,5	118,5	117,9	129,0	143,2	147,8
	März	119,9	106,7	131,3	130,9	143,3	128,8	162,6	151,1

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln	
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren			
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektri- schen Aus- rüstungen a.n.g.								
1997	105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9	
1998	107,2	111,9	103,7	116,8	130,9	111,8	135,3	136,2	127,8	101,3	
1999	113,2	108,8	112,5	147,1	182,7	118,0	146,8	147,8	108,9	101,7	
1998	Oktober	105,4	107,2	99,2	113,8	129,9	111,5	146,0	147,4	144,9	111,9
	November	109,1	110,9	106,7	132,9	140,4	111,2	142,5	146,6	79,5	110,1
	Dezember	103,5	105,9	109,9	133,1	170,8	112,8	133,0	130,9	107,3	86,3
1999	Januar	98,2	97,6	100,2	109,5	119,2	103,0	130,7	132,0	65,1	98,2
	Februar	106,5	100,1	105,7	116,3	152,9	104,0	137,6	139,9	105,2	100,7
	März	126,4	130,5	120,9	139,9	175,5	127,0	166,3	169,8	90,6	113,8
	April	102,9	96,8	103,8	116,5	150,3	107,4	147,4	148,5	105,0	99,1
	Mai	106,9	98,6	105,0	127,6	169,0	106,2	138,7	140,6	59,6	91,9
	Juni	112,7	113,1	108,2	158,2	219,0	127,8	149,8	152,2	122,0	102,3
	Juli	114,8	115,9	111,3	146,1	185,2	120,6	145,4	144,7	68,5	90,8
	August	114,9	106,6	124,0	150,1	203,1	108,8	136,6	139,1	129,0	93,6
	September	121,9	116,5	118,7	183,1	232,8	124,5	152,3	152,0	156,7	109,9
	Oktober	113,4	109,4	110,9	153,0	185,9	120,4	153,7	151,4	140,2	111,4
	November	119,2	106,9	120,6	177,4	206,2	128,9	158,2	156,2	116,9	117,3
	Dezember	120,4	113,1	120,9	188,0	193,4	137,6	145,3	147,3	148,5	91,8
2000	Januar	109,8	100,7	103,5	158,1	196,4	119,0	136,3	131,3	66,9	100,0
	Februar	116,0	107,6	110,3	178,3	195,3	127,1	164,1	168,1	84,2	112,1
	März	142,6	133,5	141,9	188,2	201,1	151,3	178,7	180,9	197,3	120,0

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6
1998	110,4	107,4	116,6	112,2	97,2	95,5	99,6	104,2	94,2
1999	112,9	109,5	118,6	119,9	96,9	88,3	95,8	101,4	95,3
1998 Oktober	110,6	108,0	114,6	120,2	94,0	101,3	73,7	112,8	101,9
November	108,0	105,6	112,8	119,7	83,5	96,2	57,4	78,8	95,7
Dezember	102,0	96,2	113,9	104,2	79,2	77,3	49,9	69,1	78,9
1999 Januar	99,6	98,6	100,4	108,1	89,7	84,4	83,3	85,1	81,0
Februar	105,5	99,0	110,6	114,1	110,1	92,5	167,2	116,7	81,7
März	122,7	118,2	124,5	136,6	122,9	107,5	155,3	167,3	101,1
April	108,2	105,1	112,7	118,2	91,7	90,3	68,7	102,9	94,3
Mai	103,3	101,8	107,2	112,8	80,6	81,2	47,0	73,3	94,2
Juni	116,3	111,9	126,9	122,8	85,1	86,1	55,7	72,2	101,1
Juli	111,4	110,0	115,7	114,7	94,4	80,1	92,9	87,0	95,0
August	108,6	102,7	115,9	110,6	109,8	77,4	158,8	117,1	92,1
September	123,7	117,5	133,0	127,6	112,7	98,8	134,3	140,0	104,4
Oktober	117,6	115,6	122,8	125,6	93,2	91,5	75,1	112,4	102,9
November	122,0	121,6	126,2	130,4	92,1	93,6	59,7	82,3	103,9
Dezember	115,6	111,8	127,6	117,3	80,6	76,4	51,9	60,7	91,4
2000 Januar	111,1	110,2	116,4	112,1	89,1	84,9	79,7	79,9	81,5
Februar	125,0	120,4	130,2	134,5	115,7	101,1	171,7	124,4	89,0
März	139,7	133,4	149,8	146,3	122,3	106,6	149,9	167,9	102,1

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2
1998	97,5	100,6	102,5	101,1	104,8	104,3	90,6	104,1	100,0
1999	101,4	106,5	103,3	102,1	106,5	105,8	91,9	100,8	93,2
1998 Oktober	96,5	108,4	100,2	95,7	110,3	109,8	99,4	97,0	90,9
November	96,5	112,2	92,8	87,8	105,7	104,8	89,9	97,6	92,7
Dezember	88,7	109,1	90,5	88,8	88,6	87,8	70,7	81,5	80,8
1999 Januar	92,0	95,8	96,0	91,7	95,7	95,2	79,7	93,1	79,5
Februar	95,3	95,2	96,1	92,5	96,1	94,1	75,4	91,3	86,7
März	110,0	112,0	110,6	103,6	113,9	112,5	97,3	107,4	104,7
April	98,0	100,3	103,1	98,9	105,5	104,9	91,2	93,7	84,3
Mai	94,0	100,1	98,3	94,8	100,1	100,5	88,7	90,5	82,9
Juni	101,9	105,5	106,0	106,7	111,5	111,3	99,8	101,6	95,1
Juli	101,5	100,4	103,7	102,0	108,9	109,0	96,9	100,1	93,6
August	100,5	101,5	96,9	95,5	102,2	102,5	89,7	93,4	90,3
September	106,3	111,5	106,7	105,3	115,8	114,6	105,0	105,1	92,2
Oktober	105,1	114,9	107,7	112,0	114,6	114,1	100,5	105,9	95,9
November	112,4	121,0	111,8	113,8	116,9	113,8	99,6	119,7	112,5
Dezember	100,2	120,1	102,4	108,3	96,2	96,7	79,1	107,8	100,8
2000 Januar	103,8	99,9	107,0	114,0	102,4	103,3	78,7	114,1	101,9
Februar	110,7	107,2	113,6	120,0	111,9	111,7	90,8	122,3	119,4
März	123,2	115,9	127,0	132,4	121,4	119,5	102,1	131,3	113,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾
Früheres Bundesgebiet
1995 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2
1998	104,9	92,1	110,2	108,2	114,4	115,8	124,5	104,7
1999	104,8	96,4	105,5	100,9	110,1	108,0	126,5	114,4
1998								
Oktober	110,0	96,2	103,1	93,6	107,6	115,0	121,3	85,4
November	107,7	95,2	105,4	107,9	104,2	116,2	121,2	85,4
Dezember	90,5	80,1	113,1	103,3	138,0	115,0	147,0	85,9
1999								
Januar	94,4	81,5	96,4	92,8	94,4	106,7	112,4	80,9
Februar	95,8	84,0	96,5	100,6	98,0	88,2	113,9	116,3
März	110,9	102,1	112,9	107,6	120,1	116,7	134,8	106,5
April	102,2	99,0	101,6	98,1	103,0	116,0	121,8	83,3
Mai	100,3	93,1	97,4	91,9	104,6	98,6	119,4	86,1
Juni	109,7	103,6	112,7	107,6	128,4	116,2	130,8	147,0
Juli	107,3	108,6	104,1	97,1	106,0	102,5	128,8	120,0
August	99,6	98,4	96,0	97,8	96,1	94,2	116,0	114,0
September	120,9	99,7	113,7	111,6	124,1	105,5	130,8	134,3
Oktober	108,4	98,5	104,9	95,2	108,7	110,0	129,6	126,6
November	110,4	99,0	115,5	110,2	111,0	117,8	142,6	132,7
Dezember	97,7	89,1	113,8	100,1	126,2	123,3	136,9	124,9
2000								
Januar	99,9	84,4	111,3	116,1	113,4	117,7	130,6	107,6
Februar	109,0	97,1	120,7	118,2	117,6	129,5	141,2	135,0
März	117,1	99,7	131,6	130,9	143,9	126,1	162,0	140,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- teilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraft- wagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a n g.							
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3
1998	106,7	113,9	100,8	113,8	128,8	109,9	133,7	134,5	143,0	100,3
1999	113,0	110,8	110,3	143,9	180,7	115,1	145,1	146,2	122,4	100,0
1998										
Oktober	105,5	109,0	97,8	110,4	128,9	108,8	143,8	145,2	135,6	109,9
November	107,0	113,2	104,2	130,3	138,5	108,9	140,0	144,2	94,8	108,1
Dezember	102,6	107,1	109,1	129,5	165,5	109,8	130,7	128,5	107,9	84,7
1999										
Januar	98,8	99,4	100,6	106,2	116,7	100,0	128,6	130,1	67,9	96,4
Februar	106,8	101,5	105,2	112,3	148,9	101,5	136,3	138,9	127,9	99,0
März	127,1	133,4	121,1	136,4	173,3	124,9	165,3	169,2	100,2	112,2
April	102,7	98,8	103,7	112,2	147,1	103,9	145,6	146,8	126,1	97,4
Mai	108,0	100,4	105,2	124,7	167,0	103,1	137,3	139,4	69,4	90,4
Juni	112,8	114,7	107,9	154,5	216,1	124,9	147,6	149,8	128,5	100,7
Juli	116,0	118,1	111,7	143,4	184,9	117,9	143,0	142,9	78,8	89,2
August	109,6	108,3	100,8	148,1	203,0	107,0	135,9	138,9	151,8	92,5
September	122,0	118,7	118,1	180,7	232,9	121,3	150,2	150,0	188,8	107,6
Oktober	113,3	111,9	110,8	149,4	182,8	117,4	151,4	149,3	163,4	109,2
November	118,9	108,5	119,2	173,6	204,9	125,8	155,7	153,4	100,4	115,0
Dezember	120,5	115,5	119,6	185,4	191,1	134,0	143,8	145,9	165,0	90,0
2000										
Januar	110,1	101,8	101,9	154,6	193,9	115,9	135,9	131,7	79,1	98,5
Februar	115,2	109,7	107,7	175,5	194,6	123,0	162,4	166,7	100,1	110,5
März	141,4	136,5	135,9	181,7	198,1	146,7	176,3	178,8	219,7	118,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textilgewerbe	Bekleidungs-gewerbe	Leder-gewerbe	Holz-gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	
		Vor-leistungs-güterproduzenten	Investitions-güterproduzenten	Ge-brauchs-güterproduzenten	Ver-brauchs-güterproduzenten					
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8	
1998	124,3	133,1	112,3	145,1	113,7	128,3	81,8	106,6	159,8	
1999	131,0	143,7	114,0	158,9	114,3	133,0	77,8	92,1	181,7	
1998	Oktober	142,2	137,9	144,7	174,7	112,7	139,8	86,2	88,4	175,6
	November	126,0	134,1	111,1	167,8	114,1	146,7	97,1	86,4	171,8
	Dezember	124,0	118,3	128,2	146,3	108,4	114,2	66,3	104,9	138,4
1999	Januar	118,7	125,9	106,0	157,5	101,8	125,9	71,5	81,8	163,4
	Februar	113,8	126,2	94,5	142,8	118,3	132,0	97,4	80,3	159,1
	März	135,8	147,8	119,4	158,2	130,1	155,5	105,0	104,9	179,1
	April	121,3	135,0	101,8	157,4	104,9	132,4	62,2	81,6	169,7
	Mai	116,2	132,2	95,1	145,3	100,4	125,2	63,4	83,2	170,9
	Juni	140,4	151,0	126,8	169,3	112,4	129,3	58,5	106,9	192,2
	Juli	128,2	148,1	105,0	145,7	112,2	121,5	78,1	86,1	186,9
	August	127,5	150,8	104,2	121,7	113,7	106,2	96,5	74,2	185,6
	September	137,5	154,3	113,1	176,2	129,1	156,1	94,6	102,6	200,7
	Oktober	139,0	154,3	116,9	183,7	115,0	150,2	69,6	100,1	199,7
	November	161,0	157,8	162,5	192,5	129,7	143,3	87,4	108,7	192,9
	Dezember	132,6	141,5	122,1	155,9	103,9	118,6	49,9	95,2	180,5
2000	Januar	123,9	146,6	99,3	134,0	103,9	131,1	65,7	90,0	168,2
	Februar	141,0	161,5	113,4	178,7	127,3	149,8	107,1	95,2	216,2
	März	168,6	182,9	149,4	209,5	136,8	166,5	108,9	100,9	213,8

Jahr Monat	Papier-gewerbe	Druck-gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas-gewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung		
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grundstoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunststoffwaren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (EGKS) ⁴⁾	
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9	
1998	127,2	131,7	113,3	104,8	128,1	126,8	131,0	121,5	103,8	
1999	131,4	149,6	121,9	117,1	140,4	138,8	144,4	127,0	95,2	
1998	Oktober	125,2	143,6	106,5	90,2	143,9	143,2	147,0	122,2	106,4
	November	123,1	149,8	106,1	92,0	126,6	126,0	130,9	118,2	103,3
	Dezember	127,6	129,2	113,1	108,8	100,2	96,3	98,9	100,0	82,4
1999	Januar	122,8	122,6	111,1	112,4	109,3	102,1	113,8	117,3	81,9
	Februar	112,9	125,8	120,3	117,4	114,6	110,4	106,6	108,3	82,9
	März	140,5	155,8	131,2	131,8	136,9	134,3	147,0	131,2	101,3
	April	125,4	143,5	109,5	99,1	137,7	136,1	149,1	116,8	90,1
	Mai	123,7	140,9	109,4	105,1	133,9	133,0	143,2	117,1	88,3
	Juni	142,2	146,0	124,5	122,3	156,2	154,7	164,6	140,2	117,3
	Juli	133,5	154,8	120,4	114,7	152,8	152,7	158,7	127,8	93,8
	August	135,5	144,0	102,8	84,7	148,9	148,0	148,6	119,7	92,0
	September	131,4	158,4	125,5	115,2	163,6	164,1	171,0	133,4	96,1
	Oktober	125,6	166,1	127,4	124,9	158,2	157,5	159,3	147,3	109,3
	November	143,1	175,1	139,9	134,3	153,1	153,5	158,4	138,5	97,6
	Dezember	140,4	162,7	141,0	143,4	119,5	119,4	112,6	126,6	91,2
2000	Januar	143,5	141,4	130,7	138,2	124,7	126,4	113,9	154,8	107,2
	Februar	149,0	151,2	153,5	153,6	147,7	147,3	125,3	160,5	116,1
	März	163,2	172,5	165,2	166,5	169,0	167,8	155,2	158,0	106,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1997	109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1998	124,0	122,2	105,0	108,7	138,5	107,7	142,3	364,6
1999	128,9	126,9	106,9	108,6	160,4	110,5	156,7	398,7
1998 Oktober	121,8	114,5	102,9	101,9	171,2	85,7	137,0	593,0
November	122,0	127,6	102,9	124,5	147,8	102,9	113,4	555,8
Dezember	109,8	112,8	103,7	94,3	137,4	122,4	128,2	396,2
1999 Januar	119,2	110,1	98,5	112,5	175,4	86,9	119,7	438,8
Februar	113,3	104,4	94,7	103,1	97,0	101,4	129,1	417,7
März	138,8	146,0	114,2	110,2	109,1	120,2	170,0	537,3
April	122,9	128,3	100,0	107,9	152,2	104,5	130,6	251,4
Mai	124,6	129,3	96,1	105,2	163,0	95,0	120,5	376,9
Juni	141,0	145,8	103,9	101,6	142,1	106,2	167,1	287,2
Juli	129,1	126,0	112,1	113,7	156,8	101,9	216,9	299,0
August	129,2	125,7	107,6	95,3	160,0	109,2	156,8	352,2
September	139,0	137,3	113,4	114,0	153,3	105,2	191,9	351,8
Oktober	137,6	129,3	107,9	108,1	187,7	115,1	144,4	387,9
November	138,6	133,2	123,9	113,5	224,2	175,1	159,5	704,1
Dezember	114,0	107,5	110,6	118,2	203,7	105,2	173,9	379,6
2000 Januar	133,0	121,0	118,1	115,6	149,8	131,7	192,1	343,0
Februar	131,0	124,6	116,8	125,0	129,2	122,6	177,5	523,4
März	154,6	153,7	125,7	131,7	123,9	169,2	173,1	458,5

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1997	98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1998	114,3	82,1	150,6	209,2	203,3	159,5	183,6	188,3	71,8	116,0
1999	115,5	79,3	147,9	246,1	249,0	187,2	200,7	199,8	60,2	127,0
1998 Oktober	103,5	80,7	122,4	219,3	165,2	175,0	211,3	217,8	178,9	141,6
November	140,9	78,0	148,7	213,9	205,9	165,2	217,0	223,6	23,3	139,5
Dezember	117,2	88,5	123,4	245,0	349,9	186,3	200,9	207,8	104,5	110,3
1999 Januar	90,2	70,4	95,4	211,7	201,6	176,5	195,4	197,1	55,1	123,7
Februar	102,6	80,8	112,8	237,3	286,2	163,1	180,2	173,8	22,7	124,7
März	115,8	87,8	117,5	247,1	247,8	178,3	197,0	189,4	55,2	137,7
April	106,7	67,2	106,1	247,3	258,3	191,3	202,9	204,8	28,3	122,8
Mai	89,7	72,2	102,5	216,4	235,7	182,4	179,5	179,2	23,9	112,6
Juni	111,0	89,5	112,9	271,1	315,4	199,5	217,2	229,9	98,5	125,5
Juli	97,2	83,2	104,1	230,2	196,7	185,2	218,0	202,8	31,0	113,5
August	195,2	82,1	500,6	212,2	205,7	153,2	159,0	146,6	45,9	109,3
September	119,6	83,9	127,3	255,4	228,6	200,6	214,6	215,9	40,1	142,9
Oktober	114,6	72,3	111,8	264,1	290,8	191,2	223,3	220,3	55,8	143,7
November	123,3	83,3	143,0	292,6	250,9	203,1	231,1	245,8	177,2	149,7
Dezember	119,9	78,3	140,7	268,2	270,2	222,2	189,3	191,9	88,3	118,0
2000 Januar	105,0	85,0	130,6	265,6	280,3	192,0	150,1	119,6	21,9	121,5
Februar	127,9	77,4	153,3	264,0	218,1	224,0	215,7	213,3	26,1	135,2
März	161,6	90,0	239,8	388,0	303,1	260,2	251,9	251,1	115,4	147,0

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im all-gemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen										
		darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungs- gewerbe	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Chemische Industrie	Metaller- zeugung und -bear- beitung	Maschi- nenbau	H.v. Büroma- schinen, DV -Geräten und -einrich- tungen	H.v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richten- technik	H.v. Kraftwagen und Kraftwagen- teilen
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1997 ⁴⁾	6 310,9	6 163,0	502,1	131,6	84,3	500,4	271,0	981,5	45,5	446,0	145,8	695,8
1998 ⁴⁾	6 404,6	6 266,8	544,1	129,0	79,0	484,6	270,7	986,9	42,2	452,9	148,9	739,4
1999 ⁴⁾	6 368,1	6 239,4	550,5	123,9	73,4	477,6	265,2	981,4	38,5	431,1	166,0	755,0
1998 ⁴⁾ Dezember	6 399,9	6 265,5	541,7	127,5	77,7	483,3	270,8	988,4	38,9	449,9	149,4	750,8
1999 ⁴⁾ Januar	6 368,8	6 238,6	546,9	126,1	76,6	476,7	269,6	987,5	38,7	432,0	163,2	748,1
Februar	6 366,1	6 236,3	545,0	126,1	76,0	477,8	269,2	986,7	38,5	431,9	164,4	750,0
März	6 370,6	6 240,8	545,3	125,9	75,4	477,3	268,7	984,0	38,6	432,3	164,7	752,9
April	6 334,3	6 204,8	541,3	124,9	74,4	475,9	265,9	977,7	38,2	428,9	163,7	750,6
Mai	6 332,2	6 202,8	543,3	124,4	73,8	476,0	265,3	976,3	38,5	428,5	163,9	749,7
Juni	6 346,7	6 217,8	546,8	124,0	73,7	476,8	265,1	977,5	38,9	428,6	164,9	752,3
Juli	6 374,5	6 245,9	553,2	123,7	73,5	477,9	265,2	978,0	39,0	431,0	166,2	761,2
August	6 399,9	6 271,0	558,5	123,2	73,0	480,4	265,6	980,1	39,4	434,2	167,1	764,2
September	6 408,6	6 280,0	559,0	123,0	72,4	481,2	263,7	985,8	39,9	433,0	168,0	760,8
Oktober	6 386,1	6 258,4	557,8	122,2	71,6	478,0	262,0	983,1	38,6	431,2	168,1	757,1
November	6 379,9	6 253,1	557,0	121,8	70,7	477,4	261,5	982,1	36,9	431,1	169,1	757,6
Dezember	6 349,5	6 223,4	551,5	121,3	70,1	476,0	260,6	977,8	36,8	429,9	168,4	755,5
2000 ⁵⁾ Januar	6 321,4	6 200,0	551,1	121,5	68,8	469,7	259,4	974,7	35,9	429,7	171,4	755,2
Februar	6 322,1	6 201,5	549,6	121,4	68,5	469,0	259,8	974,4	34,7	430,2	172,3	757,2
März	6 331,5	6 211,5	551,7	121,2	68,0	469,7	259,2	974,2	34,8	430,3	172,8	758,8
Umsatz insgesamt²⁾												
Mill. DM												
1997 ⁴⁾	2 186 204,3	2 160 598,5	225 981,1	31 658,7	22 528,6	231 093,3	99 860,2	268 326,0	27 388,1	118 035,0	57 772,8	315 484,8
1998 ⁴⁾	2 270 823,6	2 247 538,0	228 559,3	32 054,9	22 608,3	228 454,7	102 783,7	285 250,2	27 489,4	127 182,3	60 937,4	371 592,0
1999 ⁴⁾	2 339 786,9	2 317 220,9	228 068,3	29 679,7	21 490,8	237 426,8	96 415,3	284 583,6	29 502,7	122 204,1	85 372,9	398 475,0
1998 ⁴⁾ Dezember	192 667,2	190 873,1	19 692,5	2 182,1	1 364,5	16 850,9	6 251,0	29 538,2	2 298,4	10 692,3	5 963,8	32 042,8
1999 ⁴⁾ Januar	161 734,8	160 000,5	16 592,9	2 413,2	2 286,5	17 595,6	7 408,3	17 887,0	1 875,8	8 449,6	5 091,9	26 642,5
Februar	172 277,0	170 683,9	16 843,4	2 255,6	2 322,1	17 961,5	7 420,1	20 372,4	2 301,1	9 107,0	5 323,8	31 181,3
März	213 476,6	211 582,3	20 373,6	2 862,5	2 247,6	21 174,6	8 742,6	27 187,4	2 514,9	11 399,9	6 787,1	38 133,3
April	186 615,4	184 760,1	18 182,6	2 514,9	1 155,9	19 432,2	7 928,4	22 292,4	1 786,5	9 394,8	5 848,5	33 999,7
Mai	182 052,3	180 227,3	18 651,3	2 357,0	941,0	18 582,2	7 633,0	21 427,4	1 793,9	9 095,9	5 954,4	32 712,6
Juni	205 252,9	203 279,0	19 416,1	2 534,1	1 327,0	20 520,8	8 314,8	26 751,9	2 904,8	10 953,9	7 180,1	35 496,3
Juli	192 462,0	190 611,6	18 989,0	2 398,0	2 219,0	19 829,6	7 887,4	23 011,4	2 486,9	10 002,0	7 138,3	31 918,2
August	179 832,0	178 008,1	18 836,3	2 079,5	2 632,3	18 697,5	7 614,6	20 784,2	2 407,1	9 651,6	6 958,6	24 648,1
September	216 977,6	214 951,5	19 784,3	2 678,1	2 234,7	20 676,1	8 862,9	27 682,8	2 822,3	12 302,2	9 597,9	35 094,0
Oktober	204 461,8	202 393,5	19 300,6	2 629,0	1 504,6	21 043,1	8 538,7	23 129,4	2 715,4	10 462,7	7 610,2	35 787,5
November	215 066,4	213 047,4	20 502,1	2 651,9	1 367,0	21 486,2	8 840,7	24 652,3	3 020,8	10 715,5	7 650,0	38 470,0
Dezember	209 578,1	207 675,6	20 596,2	2 106,0	1 253,2	20 427,3	7 223,6	29 405,0	2 873,1	10 669,1	10 232,0	34 391,4
2000 ⁵⁾ Januar	179 216,7	177 610,5	16 996,5	2 368,0	2 044,3	19 712,5	8 433,8	21 354,3	2 247,9	9 514,2	7 309,7	28 423,6
Februar	199 462,7	197 798,9	18 200,4	2 593,1	2 255,1	21 188,3	9 268,2	22 420,7	2 545,8	10 539,0	7 916,7	34 568,9
März	226 751,5	224 943,4	20 191,3	2 809,3	2 088,6	23 769,3	10 189,1	28 389,2	2 693,8	12 300,7	8 338,5	39 707,4
darunter Auslandsumsatz³⁾												
Mill. DM												
1997 ⁴⁾	696 767,2	695 746,7	25 130,9	9 627,8	5 794,3	105 890,1	35 548,5	125 539,1	10 567,0	40 505,9	28 235,7	164 384,8
1998 ⁴⁾	753 165,0	752 160,2	26 129,3	10 009,2	6 010,7	105 529,5	35 966,0	134 154,3	11 681,3	44 383,4	30 418,2	195 025,6
1999 ⁴⁾	799 292,6	798 268,5	26 112,2	9 372,9	5 906,7	111 957,5	33 390,2	133 023,8	11 471,2	40 385,2	43 852,9	220 243,9
1998 ⁴⁾ Dezember	64 050,6	63 980,5	2 026,4	663,8	310,7	7 730,8	2 175,2	14 097,8	955,6	3 691,0	3 032,3	16 872,4
1999 ⁴⁾ Januar	53 703,8	53 633,7	1 844,1	735,1	691,6	8 309,2	2 495,9	7 743,6	842,3	2 778,6	2 516,9	14 748,2
Februar	59 481,7	59 405,2	1 871,9	765,7	700,0	8 434,7	2 480,3	9 526,1	1 019,8	2 981,1	2 741,7	17 120,1
März	73 602,6	73 510,2	2 249,7	891,0	629,7	10 100,8	2 985,5	13 332,5	1 044,5	3 780,0	3 686,7	20 205,4
April	63 142,0	63 049,5	2 082,7	794,6	243,6	9 277,5	2 686,8	10 239,9	885,4	3 026,1	2 899,7	18 267,8
Mai	62 067,5	61 982,8	2 130,5	754,3	184,5	8 831,3	2 644,0	10 070,9	861,1	3 024,0	3 043,6	17 982,4
Juni	70 869,9	70 776,5	2 291,8	817,0	346,8	9 736,2	2 896,7	12 873,3	941,0	3 882,7	3 594,8	19 103,6
Juli	65 108,9	65 029,4	2 223,7	757,6	712,0	9 424,9	2 662,0	10 654,3	965,3	3 360,0	3 426,4	17 728,7
August	58 986,6	58 916,6	2 134,6	638,1	827,4	8 591,8	2 567,9	9 526,8	850,4	3 110,3	3 648,1	13 622,3
September	74 660,1	74 569,9	2 321,6	844,4	663,3	9 742,3	3 200,0	13 409,3	1 082,8	4 275,9	5 047,9	19 418,6
Oktober	69 746,4	69 658,0	2 370,9	842,4	337,3	9 908,8	3 023,7	10 502,9	1 001,2	3 393,6	3 866,5	20 236,8
November	74 663,8	74 579,1	2 402,4	846,3	296,7	10 027,9	3 130,3	11 115,5	1 029,7	3 346,6	3 925,9	22 115,9
Dezember	73 259,2	73 157,5	2 188,4	686,5	290,9	9 572,0	2 617,1	14 028,7	947,5	3 426,4	5 454,8	19 694,1
2000 ⁵⁾ Januar	63 609,6	63 536,4	1 979,0	796,6	633,2	9 590,6	3 048,8	10 116,6	845,2	3 116,8	3 682,7	16 672,0
Februar	72 073,7	71 993,6	2 173,5	895,2	686,7	10 405,1	3 368,2	10 400,3	847,9	3 789,5	4 351,1	20 508,8
März	82 794,3	82 709,0	2 411,5	978,2	621,7	11 996,8	3 768,0	13 997,3	836,3	4 139,2	4 453,9	22 646,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschl. Handwerk. - Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren. - 4) Endgültige Ergebnisse. - 5) Vorläufige Ergebnisse

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			
	(einschl. Bauleistungen)	(ohne Bauleistungen)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe		Vorleistungs- güterproduzenten	Investitions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten	zu- sammen	Hoch- bau- leistungen	Tief- bau- leistungen	
Originalwert														
1997	102,4	104,1	104,1	91,1	104,4	104,6	104,9	105,2	101,7	100,8	89,7	89,9	89,2	
1998	106,4	109,0	109,3	85,2	110,0	104,8	109,5	113,9	108,9	101,0	87,3	87,6	86,6	
1999	108,3	111,0	111,4	84,5	112,2	105,3	112,5	114,2	113,4	102,6	88,2	87,1	90,5	
1998	November	113,3	115,9	116,0	92,7	116,7	115,3	113,8	122,5	123,0	107,9	92,3	91,5	93,7
	Dezember	101,9	106,9	106,0	78,2	106,8	117,8	96,5	129,0	97,3	97,8	64,3	65,4	62,2
1999	Januar	92,7	97,0	95,3	78,6	95,7	119,2	100,1	87,9	95,6	93,6	60,9	63,4	56,4
	Februar	96,4	102,0	101,4	75,0	102,0	110,4	102,2	100,9	110,8	94,3	55,4	57,6	51,2
	März	116,5	120,0	120,6	93,4	121,4	113,6	121,1	123,1	129,1	110,1	90,3	90,2	90,6
	April	107,0	108,7	109,1	87,3	109,6	103,9	111,5	109,8	113,5	98,7	94,1	92,5	97,4
	Mai	103,1	104,6	105,3	81,7	105,9	96,5	107,8	105,0	108,0	97,2	91,2	89,8	94,0
	Juni	114,3	115,8	117,5	86,9	118,3	93,5	117,6	124,2	121,7	104,0	102,8	101,0	106,3
	Juli	107,8	108,8	110,0	84,1	110,7	94,1	112,9	112,3	102,0	101,8	99,8	98,0	103,1
	August	100,5	101,7	102,4	80,3	103,0	92,4	106,2	101,7	90,6	98,5	92,4	90,1	96,6
	September	117,5	119,1	120,9	89,9	122,0	95,8	121,5	126,5	125,6	107,7	105,2	102,1	110,9
	Oktober	115,6	117,6	118,4	90,0	119,2	107,2	119,2	119,8	126,1	109,9	100,5	97,3	106,6
	November	119,3	122,7	123,1	86,4	124,1	116,6	122,5	127,2	132,9	113,0	95,1	92,7	100,0
	Dezember	108,6	113,7	113,2	80,2	114,1	120,3	107,7	131,5	104,7	101,8	70,8	69,9	72,8
2000	Januar	97,6	103,0	101,5	74,1	102,3	120,7	105,4	97,4	106,6	94,5	58,6	60,3	55,5
	Februar	109,1	114,3	114,5	75,8	115,5	112,6	115,5	115,9	131,3	100,1	70,8	71,2	69,9
	Marz	121,2	126,4	127,5	84,1	128,6	113,6	126,6	135,3	142,3	108,6	82,1	80,8	84,4
arbeitstäglich bereinigter Wert														
1997		102,5	104,1	104,1	91,1	104,4	104,7	105,0	105,2	101,9	100,9	89,6	89,9	89,1
1998		106,0	108,5	108,9	84,8	109,5	104,9	109,1	113,2	108,3	100,6	86,8	87,2	86,2
1999		107,6	110,2	110,6	83,7	111,3	105,5	111,8	113,2	112,3	101,9	87,5	86,3	89,7
1998	November	112,1	114,7	114,7	91,3	115,4	115,7	112,8	120,7	121,1	106,6	91,5	90,8	92,9
	Dezember	100,3	105,2	104,3	78,9	105,0	117,7	95,2	126,5	95,0	96,2	63,0	64,1	61,0
1999	Januar	95,8	100,0	98,5	81,0	98,8	119,2	102,9	91,7	100,3	96,8	63,5	65,9	58,7
	Februar	96,9	102,3	101,8	74,6	102,4	111,2	102,6	101,4	111,4	94,7	55,8	57,9	51,6
	März	113,5	116,9	117,2	90,4	117,9	114,1	118,2	119,3	124,2	107,2	87,7	87,6	88,0
	April	106,4	108,1	108,5	86,7	109,1	104,0	111,0	109,2	112,7	98,1	93,6	91,8	96,7
	Mai	104,0	105,5	106,2	82,5	106,9	96,7	108,5	106,1	109,3	98,0	92,1	90,6	94,9
	Juni	112,2	113,7	115,3	85,2	116,2	93,6	115,7	121,4	118,4	101,9	100,6	98,7	103,9
	Juli	108,2	109,2	110,4	84,5	111,1	94,0	113,2	112,8	102,5	102,1	100,2	98,5	103,5
	August	99,8	100,9	101,5	79,7	102,0	92,4	105,4	100,6	89,6	97,8	91,5	89,2	95,7
	September	116,4	118,2	119,9	89,0	120,7	95,9	120,6	125,2	124,0	106,7	104,1	101,1	109,7
	Oktober	116,1	118,1	119,1	90,4	120,0	106,9	119,7	120,8	127,0	110,6	100,8	97,6	106,9
	November	116,7	119,9	120,2	84,5	121,2	116,6	120,0	124,0	128,5	110,5	92,5	90,0	97,3
	Dezember	104,7	109,6	108,7	75,6	109,7	121,2	104,0	125,7	99,1	98,0	67,6	66,6	69,5
2000	Januar	98,3	103,5	102,2	74,5	102,9	120,7	105,9	98,4	107,6	95,2	59,3	60,9	56,1
	Februar	105,2	110,1	110,3	73,2	111,3	108,7	111,4	111,7	125,7	97,0	68,5	68,8	67,6
	März	119,0	124,0	125,1	82,3	126,2	112,7	124,6	132,5	138,8	106,7	80,5	79,2	82,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsindustrie			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewinnung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe		

Originalwert

1997	90,0	89,6	94,7	94,4	102,4	102,8	94,5	90,6	93,7	85,6	89,3	98,7	
1998	82,4	81,3	96,2	93,3	102,2	102,3	99,7	89,7	94,6	81,8	87,9	101,6	
1999	79,6	77,9	100,7	98,7	105,5	105,4	105,8	82,2	89,0	71,5	87,6	104,7	
1998	November	90,3	88,8	109,3	99,0	111,2	111,2	109,8	91,3	100,3	77,1	94,1	112,5
	Dezember	81,4	77,5	127,0	69,2	103,7	104,3	89,7	74,5	77,7	69,5	77,1	94,9
1999	Januar	83,9	80,4	125,9	62,6	93,4	93,9	84,2	84,6	84,8	84,4	84,2	84,1
	Februar	79,4	76,9	108,9	62,0	91,7	91,5	93,2	88,3	88,0	88,9	87,3	86,7
	März	91,9	90,1	114,2	97,9	108,3	108,3	106,4	96,7	105,1	83,7	104,4	109,4
	April	82,7	81,0	103,5	100,4	100,4	100,4	100,3	77,1	91,3	54,5	86,0	102,0
	Mai	75,2	74,7	81,7	100,5	100,9	101,2	95,8	75,3	86,8	56,8	79,4	98,2
	Juni	75,5	75,3	78,8	120,3	107,5	107,0	117,4	87,7	94,3	76,9	89,9	109,8
	Juli	74,2	72,7	92,4	112,9	105,3	105,0	113,2	83,8	84,0	83,3	87,7	101,8
	August	72,2	73,0	65,1	104,0	104,6	104,4	108,4	73,8	72,6	76,0	73,3	96,6
	September	80,0	80,6	74,1	119,0	109,7	109,6	112,6	85,9	94,1	73,1	96,5	118,2
	Oktober	80,2	77,9	107,9	118,5	114,9	114,3	123,3	80,9	95,6	57,3	87,1	120,6
	November	78,9	75,5	121,1	108,2	118,5	117,9	127,0	83,0	95,2	63,7	96,4	124,0
	Dezember	80,8	76,3	134,5	78,3	110,2	111,3	87,7	69,8	76,3	59,5	79,3	104,5
2000	Januar	78,2	74,8	119,4	61,5	94,7	95,5	77,4	79,4	82,7	74,4	83,6	88,8
	Februar	76,5	73,3	113,7	73,8	98,7	99,3	85,6	85,1	91,0	75,9	93,2	102,2
	März	81,3	78,9	109,1	92,4	109,4	109,6	104,3	90,7	101,9	73,2	96,6	110,7

arbeitstäglich bereinigter Wert

1997	90,1	89,7	94,8	94,3	102,5	102,8	94,6	90,7	93,8	85,8	89,5	98,8	
1998	82,0	80,9	96,0	92,8	101,8	102,0	99,3	89,2	94,1	81,4	87,3	101,1	
1999	78,8	77,1	100,4	97,8	104,8	104,7	105,0	81,6	88,2	71,0	86,7	103,7	
1998	November	89,2	87,5	108,9	97,7	110,1	110,2	108,4	90,0	98,9	75,9	92,3	111,1
	Dezember	80,0	76,1	126,3	67,8	102,1	102,8	88,2	73,1	76,0	68,0	75,0	93,1
1999	Januar	86,3	82,9	127,2	65,6	96,2	96,7	87,4	88,1	88,3	87,6	88,7	87,6
	Februar	78,7	76,3	109,0	62,5	91,9	91,7	93,5	88,7	88,3	89,1	87,7	87,1
	März	89,1	87,2	113,0	94,8	105,4	105,6	103,3	93,2	101,4	80,7	99,9	105,8
	April	82,2	80,4	103,3	99,9	99,9	99,9	99,7	76,6	90,6	54,1	85,2	101,2
	Mai	75,9	75,3	81,9	101,7	101,6	101,8	96,7	76,1	87,8	57,5	80,4	99,1
	Juni	74,2	73,9	78,2	117,4	105,7	105,1	115,0	85,5	91,9	75,2	87,3	107,2
	Juli	74,6	73,1	92,4	113,4	105,7	105,2	113,7	84,2	84,5	83,7	88,2	102,2
	August	71,5	72,3	64,9	102,9	103,8	103,5	107,4	73,1	71,7	75,2	72,3	95,6
	September	79,1	79,7	73,8	117,6	108,9	108,6	111,5	84,9	93,1	72,3	95,1	116,9
	Oktober	80,9	78,5	108,1	118,7	115,4	114,9	123,9	81,4	96,0	57,8	87,8	121,2
	November	77,6	74,0	120,4	104,7	116,1	115,6	123,8	80,6	92,3	62,1	93,0	120,5
	Dezember	75,9	71,2	132,9	74,4	106,4	107,6	84,0	66,4	72,5	56,9	74,6	99,6
2000	Januar	78,7	75,4	119,6	62,3	95,1	96,1	78,0	79,9	83,3	74,7	84,5	89,5
	Februar	73,9	70,9	112,5	71,2	95,8	96,5	82,7	81,7	87,4	72,9	88,5	98,5
	März	79,5	77,2	108,4	90,5	107,5	107,8	102,3	88,5	99,5	71,4	93,8	108,3

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe					Kokerei, Mineral- ölver- arbeitung, H. u. V. von Spalt- und Brut- stoffen	Chemische Industrie			Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung, H.v. Metallerzeugnissen			
	zu- sammen	Papier- gewerbe	Verlags- gewerbe, Druck- gewerbe, Vervielfältigung von be- spielten Ton-, Bild- und Daten- trägern	darunter			zu- sammen	H.v. Chemi- schen Grund- stoffen	H.v. Chemie- fasern	zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren		zu- sammen	Metall- erzeu- gung und -bear- beitung	H.v. Metall- erzeu- genissen	
				Verlags- gewerbe	Druck- gewerbe												
Originalwert																	
1997	103,4	101,7	104,2	111,7	98,2	99,4	110,9	119,0	111,8	104,5	109,8	102,7	95,0	102,5	103,8	101,8	
1998	107,4	102,7	109,4	117,7	103,3	102,6	111,6	120,1	108,4	109,7	114,7	107,9	96,2	107,0	104,7	108,2	
1999	111,6	104,5	114,8	121,5	109,9	99,0	116,7	128,1	102,1	111,8	118,8	109,4	97,4	107,3	101,2	110,6	
1998	November	114,0	102,9	118,9	125,0	113,7	97,6	108,5	112,8	102,2	114,2	125,1	110,4	97,5	109,9	102,7	113,7
	Dezember	107,7	88,6	115,9	116,1	116,7	99,8	98,3	109,3	87,8	92,5	95,5	91,5	72,5	97,0	79,2	106,3
1999	Januar	99,3	98,9	99,5	108,3	93,1	97,5	112,7	126,3	98,2	100,4	113,5	95,9	69,1	93,2	91,8	94,0
	Februar	100,8	97,2	102,4	112,2	95,0	94,4	107,7	117,0	93,7	104,4	119,2	99,3	73,5	98,2	97,9	98,5
	März	119,1	112,7	122,1	133,3	114,2	107,9	126,2	135,3	113,4	121,0	135,7	116,0	100,3	116,3	111,4	119,0
	April	107,7	98,6	111,6	120,6	105,2	90,1	116,2	127,4	102,2	109,8	116,4	107,6	100,2	106,1	101,8	108,3
	Mai	106,1	99,3	109,1	118,4	103,0	100,6	114,0	126,8	106,0	106,6	111,4	105,1	99,4	101,3	97,9	102,8
	Juni	110,6	108,8	111,2	117,3	107,3	96,0	118,6	128,2	106,6	118,0	124,6	115,8	109,6	112,2	104,8	116,1
	Juli	106,6	104,1	107,6	114,1	103,2	99,0	118,5	131,6	95,8	112,4	115,8	111,1	107,6	105,1	98,0	108,9
	August	104,4	101,0	105,9	110,3	102,8	101,1	112,8	125,9	90,0	105,7	110,0	104,1	99,2	102,7	98,7	104,9
	September	120,6	108,8	126,0	132,8	120,8	97,4	120,4	129,7	105,1	121,7	127,1	119,5	113,2	119,1	108,8	125,5
	Oktober	121,9	109,4	127,4	138,2	119,1	96,8	119,0	128,0	105,7	120,3	123,3	119,4	110,0	114,1	106,1	118,3
	November	123,7	113,3	128,2	131,8	125,0	103,3	120,8	128,9	111,3	122,9	129,6	120,7	105,6	117,1	107,4	122,2
	Dezember	118,7	101,6	126,3	121,1	130,4	104,4	113,9	131,8	97,6	98,5	99,1	98,4	81,6	102,7	91,4	108,6
2000	Januar	106,2	104,3	107,2	119,3	98,1	109,9	115,0	130,1	102,7	106,8	121,0	101,7	70,2	100,9	97,8	102,5
	Februar	112,4	108,3	114,3	127,5	104,2	108,1	120,7	133,3	102,8	117,0	132,4	111,6	85,6	110,7	106,1	113,1
	März	123,3	116,6	126,4	138,6	117,2	114,0	125,1	135,8	111,4	128,0	145,3	121,9	101,7	122,2	116,3	125,3
arbeitstäglich bereinigter Wert																	
1997	103,5	101,8	104,2	111,8	98,3	99,4	110,9	119,0	111,9	104,6	109,9	102,8	95,0	102,5	103,8	101,8	
1998	107,0	102,3	109,0	117,3	102,9	102,6	111,4	120,1	108,1	109,2	114,1	107,4	96,0	106,6	104,7	107,7	
1999	111,0	103,9	114,1	120,9	109,3	99,0	116,3	128,1	101,4	110,9	117,8	108,5	96,9	106,8	101,2	109,7	
1998	November	112,9	101,8	117,6	123,6	112,6	97,5	107,7	112,8	101,1	112,7	123,3	109,0	96,9	108,9	102,6	112,2
	Dezember	106,3	87,4	114,5	114,7	115,3	99,7	97,4	109,2	86,3	90,8	93,7	89,8	71,6	95,8	79,1	104,3
1999	Januar	101,9	101,6	101,9	111,0	95,3	97,3	114,6	126,3	101,6	104,3	117,9	99,6	70,9	95,4	91,7	97,4
	Februar	101,1	97,4	102,5	112,4	95,2	95,6	108,3	118,0	94,0	104,7	119,6	99,6	73,7	98,5	98,2	98,8
	März	116,6	110,0	119,4	130,5	111,8	107,7	124,3	135,3	110,2	117,1	131,2	112,2	98,2	114,0	111,2	115,5
	April	107,1	98,2	111,2	120,1	104,9	90,0	115,8	127,3	101,5	109,2	115,6	106,8	99,7	105,6	101,8	107,7
	Mai	106,8	100,0	109,8	119,2	103,6	100,5	114,5	126,7	106,7	107,7	112,4	106,0	100,1	101,7	97,9	103,9
	Juni	108,8	107,0	109,7	115,5	105,8	95,9	117,4	128,1	104,4	115,5	121,7	113,1	108,0	110,6	104,8	113,6
	Juli	106,8	104,4	107,9	114,4	103,5	98,9	118,6	131,5	96,2	112,8	116,2	111,5	108,1	105,4	98,0	109,3
	August	103,7	100,3	105,3	109,6	102,2	101,0	112,3	125,8	89,2	104,5	108,8	103,1	98,6	102,1	98,7	103,9
	September	119,7	107,9	125,0	131,8	119,9	97,3	119,8	129,6	104,1	120,2	125,7	118,3	112,4	118,2	106,8	124,3
	Oktober	122,4	109,9	127,9	138,8	119,7	96,6	119,4	127,9	106,3	121,0	124,0	119,9	110,3	114,6	106,1	119,0
	November	121,6	111,2	126,1	129,5	123,0	103,1	119,3	128,8	108,6	119,6	126,0	117,4	103,6	115,1	107,4	119,2
	Dezember	115,3	98,3	122,8	117,6	126,9	104,2	111,7	131,7	93,7	94,1	94,6	94,0	79,2	99,8	91,4	104,2
2000	Januar	106,7	104,7	107,6	119,9	98,6	109,7	115,4	130,1	103,3	107,5	121,7	102,5	70,6	101,3	97,7	103,3
	Februar	109,7	105,3	111,5	124,5	101,7	98,3	115,1	126,3	99,5	112,8	127,3	107,6	85,4	107,3	103,5	109,4
	März	121,6	114,7	124,6	136,6	115,6	113,8	123,9	135,8	109,3	125,2	142,0	119,2	100,3	120,5	116,2	122,8

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100**

Jahr Monat	Ma- schinen- bau	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling				
		zu- sammen	H. v. Büroma- schinen, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -ein- rich- tungen	H v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -ver- teil- ung u. ä.	Rund- funk- -, Fern- seh- und Nach- rich- ten- tech- nik	Medizin- -, Mess- -, Steuer- und Rege- lungs- tech- nik, Optik	zu- sammen	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sammen	Recycling			
									zu- sammen	darunter						
													Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau		
Originalwert																
1997	104,7	108,1	130,4	106,0	107,6	105,5	108,2	110,9	88,3	80,1	93,8	96,2	140,5			
1998	110,0	117,1	164,0	112,8	113,6	113,2	123,8	128,3	91,1	85,6	98,9	99,4	147,2			
1999	108,1	122,3	177,6	115,1	127,8	116,9	128,1	132,8	94,3	80,5	108,6	97,9	168,5			
1998 November . .	116,8	125,1	191,3	119,2	125,8	115,9	140,4	145,7	101,3	106,8	106,7	114,3	142,4			
Dezember . .	132,5	118,2	203,7	105,1	118,3	119,4	114,5	118,1	88,3	81,0	97,3	93,2	129,1			
1999 Januar	83,4	100,3	121,2	100,5	100,4	92,9	107,0	110,0	86,2	77,1	96,6	82,4	120,9			
Februar	95,4	108,2	119,9	108,1	107,3	104,8	125,6	130,6	89,3	78,6	99,0	92,0	130,5			
März	118,5	129,0	146,8	126,3	127,4	130,2	143,9	149,5	103,8	91,6	115,8	111,6	145,8			
April	102,8	114,1	134,9	111,8	116,0	111,3	132,8	137,7	97,0	81,2	110,2	95,5	152,4			
Mai	99,4	109,9	139,0	106,4	111,7	107,1	124,3	129,0	89,6	75,5	103,0	88,0	158,2			
Juni	123,5	126,0	162,0	120,6	130,1	124,4	138,2	143,6	98,7	87,0	110,5	99,4	186,4			
Juli	104,6	125,3	216,5	116,5	123,8	117,1	121,0	124,7	94,9	79,8	110,1	87,0	188,7			
August	94,5	113,0	190,2	104,7	117,3	103,8	105,0	107,8	84,8	66,8	100,6	83,3	184,4			
September . .	118,4	139,1	214,3	129,6	152,9	125,4	134,4	139,6	97,0	84,8	111,5	112,7	197,8			
Oktober . . .	109,5	128,9	209,8	116,2	147,1	118,8	139,4	145,1	98,1	82,9	116,1	110,4	196,5			
November . .	115,8	140,3	247,3	125,7	149,0	131,9	147,2	153,4	102,3	88,5	119,6	117,1	200,2			
Dezember . .	131,7	133,6	228,9	114,4	150,6	135,0	118,6	122,5	90,3	72,2	109,8	95,8	160,6			
2000 Januar . . .	90,2	111,0	180,5	101,6	124,5	100,4	119,5	123,3	93,0	80,8	108,5	86,7	158,0			
Februar	105,4	128,0	216,2	116,5	137,7	118,7	148,5	155,2	99,7	87,5	114,5	99,7	170,4			
März	124,7	144,9	257,9	129,8	157,2	134,3	164,9	172,6	110,1	93,1	125,9	111,4	202,7			
arbeitstäglich bereinigter Wert																
1997	104,7	108,2	130,5	106,2	107,7	105,6	108,3	111,0	88,4	80,3	93,8	96,3	140,6			
1998	109,5	116,5	162,9	112,2	113,0	112,7	123,1	127,4	90,7	85,1	98,5	98,8	146,6			
1999	107,3	121,3	175,4	114,1	126,5	116,0	126,8	131,3	93,6	79,9	107,7	96,9	167,3			
1998 November . .	115,3	123,3	187,5	117,7	124,1	114,6	138,0	143,1	100,1	105,3	105,3	112,5	141,1			
Dezember . .	130,2	115,9	198,7	103,0	115,9	117,4	111,8	115,0	86,8	79,4	95,6	91,2	127,2			
1999 Januar	86,6	104,4	127,5	104,3	105,0	96,1	112,7	115,9	89,3	79,9	100,1	86,3	124,7			
Februar	95,8	108,6	120,5	108,4	107,6	105,2	126,4	131,4	89,5	78,8	99,3	92,4	130,9			
März	115,2	124,9	140,6	122,4	122,7	126,7	138,0	143,2	100,7	88,8	112,2	107,4	142,0			
April	102,3	113,4	133,8	111,0	115,3	110,6	131,7	136,5	96,4	80,7	109,4	94,8	151,8			
Mai	100,4	111,0	140,6	107,4	113,1	108,0	125,8	130,7	90,5	76,2	103,9	89,0	159,6			
Juni	121,1	123,3	157,2	118,0	126,8	122,1	134,3	139,4	96,6	85,2	108,1	96,8	183,0			
Juli	105,0	125,9	217,7	116,9	124,4	117,5	121,8	125,3	95,2	80,1	110,7	87,3	189,4			
August	93,6	112,1	187,9	103,8	116,0	102,8	103,5	106,2	84,1	66,3	99,7	82,3	183,1			
September . .	117,3	137,7	211,4	128,1	151,0	124,2	132,6	137,5	95,9	83,7	110,4	111,4	196,1			
Oktober . . .	110,3	129,8	212,0	117,0	148,3	119,7	140,5	146,3	98,7	83,3	116,8	111,1	197,2			
November . .	113,1	136,6	239,3	122,6	144,8	129,1	142,1	147,8	99,8	86,2	116,6	113,4	195,5			
Dezember . .	126,5	127,7	216,2	109,6	143,5	130,1	111,8	115,3	86,5	69,2	105,2	90,7	154,7			
2000 Januar	91,0	111,8	182,3	102,2	125,6	101,1	120,7	124,5	93,5	81,2	109,2	87,5	159,0			
Februar	101,9	123,3	206,1	112,4	132,0	114,9	141,5	147,8	96,3	84,5	110,4	95,5	165,5			
März	122,3	141,8	250,7	127,1	153,2	131,7	160,6	167,8	107,7	90,9	123,4	108,6	199,0			

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Deutschland

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt ³⁾
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen ²⁾	Fonds „Deutsche Einheit“	Erb- lasten- tätigungs- fonds	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1997	482 083	720	13 739	6 193	18 237	26 169	41 560	806 721	499 497	324 004	13 015	1 879 983
1997 a)	482 083	720	13 739	6 193	18 237	26 169	41 560	806 721	475 306	281 023	10 633	1 813 716
1998	512 133 r	608	19 095	5 810	16 497	24 977	42 211	809 107 r	476 475	277 495	10 210	1 823 197 r
1999	529 765	492	16 249	5 775	3 360	19 256	39 676	829 014	479 633	281 906	10 725	1 859 381
1997 3. Vj	115 005	178	3 309	1 911	4 543	6 573	10 819	198 931	113 921	68 522	.	444 854
4. Vj	122 899	142	4 014	817	5 174	7 878	7 279	204 620	138 579	81 458	.	474 259
1998 1. Vj	130 032	193	4 424	2 984	4 194	5 478	16 669	199 463	113 070	63 599	.	462 237
2. Vj	136 492	156	5 159	158	2 142	5 302	7 505	206 466	109 372	64 562	.	434 943
3. Vj	121 839	147	4 164	1 884	4 489	6 615	9 260	204 310	115 269	67 786	.	451 515
4. Vj	123 752	112	5 350	785	5 672	7 583	8 778	211 883	138 765	81 548	.	483 432
1999 1. Vj	132 855	157	4 227	3 099	3 808	5 202	11 993	203 902	116 876	63 591	.	467 458
2. Vj	126 213	124	4 438	206	3 493	4 977	8 207	206 867	108 665	65 214	.	437 536
3. Vj	137 017	117	3 689	1 819	- 2 557	4 614	10 469	206 263	115 631	69 853	.	465 727
4. Vj	133 680	94	3 831	652	- 1 385	4 463	9 008	211 983	138 461	83 164	.	486 059

Jahr Vierteljahr	Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt ³⁾
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen ²⁾	Fonds „Deutsche Einheit“	Erb- lasten- tätigungs- fonds	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1997	418 594	709	14 951	9 504	26 268	26 691	41 560	814 678	460 808	317 864	12 884	1 792 557
1997 a)	418 594	709	14 951	9 504	26 268	26 691	41 560	814 678	437 119	275 475	10 264	1 727 147
1998	455 530 r	618	18 048	6 466	40 724	24 963	42 211	815 097 r	448 350	282 249	10 047	1 772 877 r
1999	478 472	499	16 642	6 464	12 863	19 224	39 676	840 176	460 636	286 433	10 236	1 814 850
1997 3. Vj	98 553	186	3 626	2 376	4 584	6 597	10 819	197 620	108 707	66 957	.	421 167
4. Vj	128 736	190	4 626	2 376	6 913	8 923	7 279	226 276	123 776	80 916	.	491 411
1998 1. Vj	92 805	161	3 125	2 378	4 196	5 224	16 669 r	193 983	103 107	59 542	.	403 321
2. Vj	121 713	147	4 467	1 584	25 881	5 217	7 505	201 744	105 927	67 175	.	438 989
3. Vj	101 540	161	4 299	915	5 218	5 702	9 260	204 851	109 772	70 750	.	428 220
4. Vj	139 455	149	6 158	1 589	5 430	8 820	8 778	229 629	129 544	84 782	.	513 538
1999 1. Vj	94 383	135	3 715	1 616	3 618	5 785	11 993	194 633	103 909	60 047	.	401 582
2. Vj	121 517	117	5 278	1 616	11 730	5 004	8 207	204 062	112 002	67 777	.	446 441
3. Vj	111 138	131	4 192	1 616	- 5 137	4 513	10 469	208 836	112 516	71 549	.	438 836
4. Vj	151 434	116	3 392	1 616	2 652	3 922	9 008	232 645	132 209	86 957	.	526 059

1) Bis 1997 Rechnungsergebnisse. Ab 1998 Ergebnisse der Kassenstatistik; Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen in den Jahresdaten bis 1997 enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht. Die Daten der Jahre 1997 a), 1998 und 1999 sind ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen dargestellt, jedoch für 1998 und 1999 einschl. geschätzter Ergebnisse der Zweckverbände. Erläuterungen zu den Ausgabe- und Einnahmedaten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1 „Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ und Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte“ – 2) Einschl. Entschädigungsfonds und Ausgleichsfonds „Steinkohle“ – 3) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

**Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern
Deutschland
Mill. DM**

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme 1)							
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände	insgesamt 3)
		ERP- Sonder- vermögen 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Erblasten- tilgungsfonds				
1997	+ 63 705	- 362	- 3 310	- 6 659	+ 41 459	+ 4 982	+ 428	+ 99 722
1997 a)	+ 63 705	- 362	- 3 310	- 6 659	+ 41 459	+ 4 725	+ 413	+ 99 450
1998	+ 56 430	+ 1 241	- 656	- 24 227	+ 23 392	+ 1 511	+ 41	+ 57 730
1999	+ 51 067	- 2 316	- 688	- 9 503	+ 10 507	+ 392	+ 154	+ 49 613
1997 2. Vj.	+ 36 122	- 114	- 866	- 11 337	+ 8 400	+ 194	.	+ 32 895
3. Vj.	- 10 278	- 101	- 562	- 2 564	+ 6 639	+ 1 119	.	- 5 857
4. Vj.	+ 23 494	+ 172	- 1 075	+ 12 115	+ 17 389	+ 2 091	.	+ 53 176
1998 1. Vj.	+ 13 693	+ 1 083	- 111	- 10 520	+ 3 719	+ 743	.	+ 10 096
2. Vj.	+ 12 734	+ 20	- 267	- 14 416	+ 4 788	- 366	.	+ 74
3. Vj.	+ 17 870	+ 162	+ 163	- 9 833	+ 4 040	+ 314	.	+ 14 497
4. Vj.	+ 12 133	- 23	- 441	+ 10 544	+ 10 847	+ 819	.	+ 33 022
1999 1. Vj.	+ 8 342	+ 409	- 1 185	- 6 257	- 6 220	- 272	.	- 5 962
2. Vj.	+ 8 927	- 742	+ 90	- 3 568	+ 3 695	- 582	.	+ 8 074
3. Vj.	+ 11 240	- 1 306	- 746	+ 7 658	+ 354	+ 846	.	+ 18 045
4. Vj.	+ 22 556	- 678	+ 1 153	- 7 336	+ 12 678	+ 393	.	+ 29 295

Jahr Vierteljahr	Schulden der öffentlichen Haushalte 4) 5)								
	Bund 6)	Sondervermögen des Bundes				Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände	insgesamt
		ERP- Sonder- vermögen 7)	Fonds „Deutsche Einheit“	Erblasten- tilgungsfonds	Bundes- eisenbahn- vermögen				
1997	899 067	36 844	79 663	322 032	77 252	586 248	169 822	20 374	2 191 302
1998	954 428	38 174	79 270	304 978	77 246	615 626	165 906	20 752	2 256 379
1999	1 385 341	31 607	78 433	-	-	631 135	164 234	.	2 290 750
1997 2. Vj.	886 187	36 719	81 870	321 740	78 060	563 424	165 965	.	2 133 965
3. Vj.	884 129	36 618	81 333	320 773	78 076	571 648	166 826	.	2 139 403
4. Vj.	899 068	36 844	79 663	322 032	77 252	586 244	167 775	.	2 168 878
1998 1. Vj.	913 078	37 946	79 530	318 915	77 443	595 329	167 511	.	2 189 752
2. Vj.	934 135	37 979	79 323	303 976	76 389	601 059	166 723	.	2 199 584
3. Vj.	943 833	39 406	79 475	297 370	78 274	604 684	167 091	.	2 210 133
4. Vj.	954 428	38 474	79 270	304 978	77 246	615 625	166 343	.	2 236 364
1999 1. Vj.	970 426	38 621	79 266	299 456	76 623	613 706	165 434	.	2 243 532
2. Vj.	974 821	39 900	79 441	295 520	76 727	618 831	163 918	.	2 249 158
3. Vj.	1 372 185	32 236	78 686	-	-	619 481	164 632	.	2 267 219
4. Vj.	1 385 341	31 607	78 433	-	-	631 135	164 234	.	2 290 750

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern										
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage 8)	Gewerbe- steuer, netto	Gemeindeanteil an der		Grund- erwerb- steuer 10)	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt 11)	darunter Stadt- staaten
	A	B				Ein- kommen- steuer 9)	Umsatz- steuer				
1997	642,8	14 860,1	48 601,4	- 8 503,7	40 097,6	39 421,6	-	336,7	1 171,9	96 530,8	8 996,3
1998	638,9	15 589,0	50 508,4	- 10 224,2	40 284,2	41 858,7	5 024,4	350,5	1 181,7	104 927,6	9 870,5
1999	641,4	16 248,7	52 924,3	- 10 490,6	42 433,7	43 669,4	5 666,3	395,6	1 216,5	110 271,7	10 464,0
1997 2. Vj.	162,8	4 068,6	11 756,2	- 2 107,4	9 648,8	9 884,6	-	60,1	311,8	24 136,7	2 137,2
3. Vj.	177,5	4 349,2	11 567,4	- 2 248,7	9 318,7	8 404,2	-	82,3	280,2	22 612,2	2 254,1
4. Vj.	144,6	3 173,4	13 638,9	- 3 930,5	9 708,5	18 158,2	-	105,5	240,2	31 530,5	2 500,1
1998 1. Vj.	152,3	3 457,0	11 412,5	- 567,8	10 844,7	3 151,5	297,6	66,9	356,8	18 326,9	2 214,3
2. Vj.	162,5	4 271,2	13 249,1	- 2 326,5	10 922,7	9 697,8	1 316,3	89,4	302,3	26 762,1	2 511,2
3. Vj.	174,2	4 468,7	12 599,1	- 2 550,9	10 048,2	9 068,7	1 319,9	91,3	282,9	25 453,9	2 572,8
4. Vj.	149,8	3 392,1	13 247,7	- 4 779,0	8 468,7	19 940,8	2 090,6	102,9	239,8	34 384,2	2 572,2
1999 1. Vj.	153,9	3 555,9	11 948,7	- 237,8	11 710,9	3 040,0	637,3	76,7	357,2	19 531,8	2 349,7
2. Vj.	160,3	4 510,9	13 362,3	- 2 445,8	10 916,5	10 061,2	1 304,1	96,8	315,1	27 365,0	2 642,3
3. Vj.	177,1	4 618,8	13 472,8	- 2 698,6	10 774,2	9 991,4	1 321,9	101,7	296,6	27 281,6	2 938,1
4. Vj.	150,1	3 563,0	14 140,5	- 5 108,3	9 032,2	20 576,8	2 403,1	120,5	247,6	36 093,2	2 533,9

1) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. Die Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen sind in den Jahresdaten bis 1997 enthalten. Jahresdaten 1997 a) und 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen, jedoch für 1998 und 1999 einschl. geschätzter Ergebnisse der Zweckverbände. - 2) Ab 1. Vj 1996 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“. - 3) Einschl. Bundeseisenbahnvermögen; 1. Vj 1997: + 103 Mill. DM; 2. Vj 1997: + 497 Mill. DM; 3. Vj 1997: - 111 Mill. DM; 4. Vj 1997: - 1 011 Mill. DM; 1. Vj 1998: + 1 490 Mill. DM; 2. Vj 1998: - 2 418 Mill. DM; 3. Vj 1998: + 1 781 Mill. DM; 4. Vj 1998: - 856 Mill. DM; 1. Vj 1999: - 780 Mill. DM; 2. Vj 1999: + 780 Mill. DM; 3. Vj 1999: - 1 Mill. DM; 4. Vj 1999: + 527 Mill. DM. - 4) Ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten. Bis 1998 Ergebnisse der jährlichen Schuldenstatistik. Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen in den Jahresdaten bis 1997 enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht. 1998 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 6) Ab 3. Vj 1999 einschl. der am 1. 7. 1999 mit übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds. - 7) Ab 1997 einschl. Entschädigungsfonds. - 8) An Bund/Länder abgeführt. - 9) Und am Zinsabschlag. - 10) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 11) Nach der Steuerverteilung.

Löhne und Gehälter

Zum Aufsatz: „Ergebnisse der Lohnstatistik“

Indizes ¹⁾ der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter/-innen und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

1995 = 100

Jahr ²⁾ Monat	Alle erfaßten Wirtschafts- bereiche	Produzierenden Gewerbe ³⁾						Handel ⁵⁾	Kredit- und Versiche- rungs- gewerbe ⁶⁾	Verkehr und Nach- richten- übermitt- lung	Gebiets- körpers- schaften	Nach- richtlich: Investi- tions- güter- produ- zenten
		insgesamt	Bergbau und Gewinn- nung von Steinen und Erden	Verarbei- tendes Gewerbe	darunter: Er- nährungs- gewerbe ⁴⁾	Energie und Wasser- versorgung	Bau- gewerbe ³⁾					
Arbeiter/-innen Stundenlöhne Deutschland												
1996 D	104.3	104.8	105.2	105.6	103.0	102.7	102.6	103.4	-	102.3	101.8	107.0
1997 D	106.0	106.5	105.8	107.3	105.2	104.5	104.4	105.1	-	104.1	103.2	108.4
1998 D	108.0	108.5	107.6	109.6	107.3	106.4	105.7	107.2	-	105.8	104.9	110.7
1999 D	110.8	111.3	109.0	112.5	110.0	108.9	108.2	110.2	-	108.0	107.5	114.0
1999 Januar . . .	108.8	109.3	108.4	110.4	108.5	107.0	106.3	108.4	-	106.5	105.1	111.6
April	111.0	111.6	109.0	112.8	109.7	108.9	108.8	109.7	-	108.4	108.3	114.6
Juli	111.5	112.0	109.3	113.3	110.5	109.9	108.9	111.2	-	108.5	108.3	114.6
Oktober . . .	111.8	112.3	109.4	113.7	111.2	109.9	108.9	111.6	-	109.0	108.3	115.1
2000 Januar . . .	111.9	112.4	109.4	113.8	111.4	110.8	108.9	111.7	-	109.5	108.3	115.1
Früheres Bundesgebiet												
1996 D	104.2	104.6	105.1	105.4	102.6	102.0	102.4	103.3	-	102.0	101.6	106.9
1997 D	105.6	106.0	105.4	106.9	104.4	103.5	103.8	105.0	-	103.6	102.9	108.0
1998 D	107.6	108.0	107.0	109.0	106.1	105.2	105.3	107.0	-	105.0	104.4	110.3
1999 D	110.3	110.8	108.3	112.0	108.6	107.5	107.9	110.0	-	107.0	106.8	113.5
1999 Januar . . .	108.3	108.8	108.0	109.9	107.2	105.6	105.7	108.1	-	105.5	104.4	111.2
April	110.5	111.1	108.1	112.1	108.4	107.6	108.5	109.4	-	107.0	107.6	114.2
Juli	111.0	111.6	108.4	112.7	109.2	108.4	108.7	111.0	-	107.5	107.6	114.2
Oktober . . .	111.4	111.9	108.6	113.1	109.9	108.4	108.7	111.4	-	107.9	107.6	114.7
2000 Januar . . .	111.4	112.0	108.6	113.2	110.0	109.4	108.7	111.4	-	108.3	107.6	114.7
Neue Länder												
1996 D	106.1	106.7	105.7	109.3	108.9	106.5	104.0	104.7	-	104.1	103.4	109.7
1997 D	110.6	111.6	107.3	116.0	115.7	109.7	107.8	107.9	-	108.1	105.0	116.8
1998 D	113.1	113.7	110.1	119.1	122.2	113.3	108.5	111.0	-	112.4	108.0	119.9
1999 D	115.9	116.3	112.6	122.7	126.5	116.7	109.9	115.3	-	116.2	112.0	123.5
1999 Januar . . .	114.5	115.0	110.2	120.8	125.1	114.5	109.6	114.1	-	114.2	109.4	121.0
April	116.0	116.4	113.3	122.9	126.2	116.1	109.9	115.0	-	116.1	112.8	124.1
Juli	116.4	116.8	113.3	123.3	126.8	118.1	110.0	115.8	-	116.3	112.8	124.1
Oktober . . .	116.8	117.0	113.4	123.8	127.7	118.1	110.0	116.4	-	118.2	112.8	124.8
2000 Januar . . .	117.2	117.3	113.4	124.4	128.3	118.1	110.0	117.6	-	119.3	112.8	125.1
Angestellte Monatsgehälter Deutschland												
1996 D	103.4	104.2	105.5	104.5	103.2	102.7	103.0	103.2	102.4	102.0	102.2	105.4
1997 D	104.9	105.8	106.5	106.1	105.6	104.4	104.9	104.6	103.7	103.6	103.7	106.7
1998 D	107.0	107.9	108.0	108.3	107.5	106.1	106.3	107.0	105.7	105.8	105.8	109.1
1999 D	109.8	110.7	109.6	111.2	110.2	108.5	108.6	110.0	108.2	108.2	108.7	112.3
1999 Januar . . .	107.8	108.7	108.6	109.9	108.7	106.7	106.8	108.3	105.7	106.9	106.3	109.8
April	110.0	110.9	109.7	111.5	110.1	108.3	109.0	109.3	109.0	108.5	109.6	113.0
Juli	110.6	111.5	109.9	112.1	110.7	109.5	109.3	111.0	109.0	109.0	109.6	113.0
Oktober . . .	110.9	111.8	110.1	112.4	111.5	109.5	109.3	111.6	109.0	109.4	109.6	113.3
2000 Januar . . .	111.0	111.9	110.2	112.4	111.7	109.7	109.3	111.6	109.0	110.6	109.6	113.3
Früheres Bundesgebiet												
1996 D	103.1	103.9	105.2	104.2	102.8	102.1	102.4	102.9	102.0	101.5	101.5	105.2
1997 D	104.3	105.2	106.1	105.5	104.7	103.6	103.8	104.1	103.0	102.8	102.9	106.3
1998 D	106.3	107.3	107.1	107.7	106.4	105.2	105.4	106.2	105.0	104.3	104.4	108.6
1999 D	109.0	110.1	108.3	110.7	109.1	107.5	107.9	109.0	107.4	106.2	106.8	111.9
1999 Januar . . .	106.9	108.0	108.0	108.5	107.6	105.7	105.8	107.3	105.0	105.0	104.4	109.4
April	109.1	110.4	108.2	110.9	108.9	107.4	108.4	108.0	108.2	106.1	107.7	112.6
Juli	109.8	111.0	108.4	111.5	109.6	108.4	108.6	109.9	108.2	106.8	107.7	112.6
Oktober . . .	110.1	111.2	108.7	111.8	110.4	108.4	108.6	110.6	108.2	106.9	107.7	112.8
2000 Januar . . .	110.2	111.3	108.8	111.8	110.6	108.5	108.6	110.6	108.2	108.1	107.7	112.8
Neue Länder												
1996 D	105.3	107.7	106.2	109.6	108.4	105.4	105.7	106.0	105.9	103.3	103.4	110.0
1997 D	108.3	112.3	107.5	115.4	115.4	108.5	109.8	109.3	109.9	105.7	105.0	116.1
1998 D	111.4	114.6	110.0	118.1	118.8	110.8	110.7	113.5	112.8	110.2	108.1	118.9
1999 D	115.2	117.4	112.6	121.6	122.7	113.8	112.2	119.9	115.6	114.1	112.1	122.5
1999 Januar . . .	113.2	115.8	110.1	119.7	121.0	111.9	111.8	117.6	113.0	112.4	109.6	119.8
April	115.6	117.5	113.4	122.0	122.8	112.6	112.2	120.3	116.5	113.7	112.9	123.3
Juli	115.9	118.1	113.4	122.3	123.2	115.4	112.3	120.7	116.5	113.8	112.9	123.3
Oktober . . .	116.3	118.3	113.4	122.6	123.9	115.4	112.3	120.8	116.5	116.5	112.9	123.6
2000 Januar . . .	116.6	118.6	113.4	123.2	124.1	115.4	112.3	121.2	116.5	117.8	112.9	123.7

1) Klassifikation: WZ93. - 2) Durchschnitt (D) berechnet aus 4 Monatswerten. - 3) Ohne 45.5 Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. - 4) Und Tabakverarbeitung. - 5) Handel, Instandhaltung und Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern. - 6) Nur Angestellte.

Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998
	DM		%	DM		%	DM		%

Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen

Produzierendes Gewerbe	5 262	5 120	+ 2,8	5 377	5 236	+ 2,7	3 932	3 834	+ 2,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .	5 112	4 958	+ 3,1	5 173	5 041	+ 2,6	4 667	4 419	+ 5,6
Verarbeitendes Gewerbe	5 304	5 164	+ 2,7	5 401	5 260	+ 2,7	3 866	3 767	+ 2,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. . . .	4 644	4 512	+ 2,9	4 814	4 680	+ 2,9	3 464	3 338	+ 3,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe	3 940	3 847	+ 2,4	4 038	3 941	+ 2,5	2 583	2 528	+ 2,2
Textilgewerbe	4 010	3 928	+ 2,1	4 131	4 039	+ 2,3	2 644	2 602	+ 1,6
Bekleidungsgewerbe.	3 786	3 677	+ 3,0	3 842	3 741	+ 2,7	2 271	2 249	+ 1,0
Ledergewerbe	3 964	3 838	+ 3,3	3 992	3 867	+ 3,2	2 305	2 318	- 0,6
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) . . .	4 408	4 312	+ 2,2	4 487	4 394	+ 2,1	3 212	3 143	+ 2,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	5 317	5 146	+ 3,3	5 373	5 200	+ 3,3	4 473	4 319	+ 3,6
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	6 652	6 425	+ 3,5	6 909	6 699	+ 3,1	4 980	4 739	+ 5,1
Chemische Industrie	5 778	5 658	+ 2,1	5 873	5 752	+ 2,1	4 044	3 931	+ 2,9
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. . .	4 583	4 474	+ 2,4	4 645	4 532	+ 2,5	3 363	3 240	+ 3,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	4 723	4 595	+ 2,8	4 862	4 733	+ 2,7	3 542	3 429	+ 3,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen.	4 892	4 797	+ 2,0	4 983	4 887	+ 2,0	3 732	3 661	+ 1,9
Maschinenbau	5 526	5 389	+ 2,5	5 610	5 474	+ 2,5	4 175	4 100	+ 1,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	5 785	5 612	+ 3,1	5 853	5 682	+ 3,0	4 214	4 119	+ 2,3
Fahrzeugbau	5 943	5 779	+ 2,8	6 031	5 865	+ 2,8	4 308	4 186	+ 2,9
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	4 332	4 222	+ 2,6	4 435	4 326	+ 2,5	3 139	3 056	+ 2,7
Energie- und Wasserversorgung	5 729	5 602	+ 2,3	5 886	5 760	+ 2,2	4 901	4 750	+ 3,2
Hoch- und Tiefbau	4 748	4 602	+ 3,2	4 986	4 841	+ 3,0	3 708	3 657	+ 1,4

Bruttomonatsverdienste der Angestellten

Produzierendes Gewerbe	6 658	6 480	+ 2,7	6 772	6 596	+ 2,7	5 040	4 911	+ 2,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .	6 546	6 370	+ 2,8	6 707	6 575	+ 2,0	5 729	5 432	+ 5,5
Verarbeitendes Gewerbe	6 714	6 535	+ 2,7	6 807	6 628	+ 2,7	4 957	4 832	+ 2,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. . . .	5 807	5 656	+ 2,7	6 039	5 885	+ 2,6	4 086	3 907	+ 4,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe	5 178	5 069	+ 2,2	5 271	5 157	+ 2,2	3 394	3 342	+ 1,6
Textilgewerbe	5 263	5 169	+ 1,8	5 387	5 284	+ 1,9	3 456	3 414	+ 1,2
Bekleidungsgewerbe.	5 032	4 903	+ 2,6	5 079	4 954	+ 2,5	3 100	3 072	+ 0,9
Ledergewerbe	5 319	5 169	+ 2,9	5 346	5 196	+ 2,9	3 096	3 194	- 3,1
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) . . .	5 535	5 402	+ 2,5	5 614	5 487	+ 2,3	4 112	3 998	+ 2,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	6 162	5 986	+ 2,9	6 242	6 064	+ 2,9	5 169	5 008	+ 3,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	7 597	7 396	+ 2,7	7 844	7 697	+ 1,9	5 737	5 453	+ 5,2
Chemische Industrie	6 735	6 589	+ 2,2	6 813	6 672	+ 2,1	4 966	4 784	+ 3,8
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. . .	6 016	5 883	+ 2,3	6 085	5 950	+ 2,3	4 369	4 229	+ 3,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5 927	5 788	+ 2,4	6 071	5 930	+ 2,4	4 454	4 337	+ 2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen.	6 316	6 149	+ 2,7	6 413	6 244	+ 2,7	4 839	4 732	+ 2,3
Maschinenbau	6 840	6 641	+ 3,0	6 915	6 717	+ 2,9	5 298	5 193	+ 2,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	7 235	7 053	+ 2,6	7 278	7 100	+ 2,5	5 728	5 582	+ 2,6
Fahrzeugbau	7 718	7 510	+ 2,8	7 799	7 592	+ 2,7	5 665	5 500	+ 3,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	5 582	5 378	+ 3,8	5 691	5 487	+ 3,7	3 975	3 865	+ 2,8
Energie- und Wasserversorgung	6 178	6 043	+ 2,2	6 375	6 240	+ 2,2	5 247	5 086	+ 3,2
Hoch- und Tiefbau	6 285	6 120	+ 2,7	6 558	6 391	+ 2,6	5 003	4 931	+ 1,5

Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998
	DM		%	DM		%	DM		%

Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen

Produzierendes Gewerbe	27,27	26,57	+ 2,6	27,99	27,30	+ 2,5	20,09	19,65	+ 2,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .	26,04	25,44	+ 2,4	26,34	25,87	+ 1,8	23,54	22,17	+ 6,2
Verarbeitendes Gewerbe	27,53	26,78	+ 2,8	28,15	27,39	+ 2,8	19,76	19,19	+ 3,0
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. . . .	23,45	22,83	+ 2,7	24,28	23,65	+ 2,7	17,99	17,43	+ 3,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe	20,40	19,93	+ 2,4	21,00	20,52	+ 2,3	13,42	13,06	+ 2,8
Textilgewerbe	20,98	20,57	+ 2,0	21,72	21,26	+ 2,2	13,74	13,47	+ 2,0
Bekleidungsgewerbe.	18,90	18,36	+ 2,9	19,24	18,78	+ 2,4	11,71	11,51	+ 1,7
Ledergewerbe	19,48	18,96	+ 2,7	19,60	19,11	+ 2,6	12,43	12,16	+ 2,2
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) . . .	23,88	23,27	+ 2,6	24,39	23,80	+ 2,5	16,84	16,36	+ 2,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	28,24	27,39	+ 3,1	28,61	27,73	+ 3,2	21,94	21,25	+ 3,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	32,88	32,09	+ 2,5	34,37	33,69	+ 2,0	24,81	23,19	+ 7,0
Chemische Industrie	28,55	28,04	+ 1,8	29,20	28,66	+ 1,9	19,29	18,73	+ 3,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. . .	24,16	23,62	+ 2,3	24,51	23,96	+ 2,3	17,66	16,83	+ 4,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	24,31	23,80	+ 2,1	25,04	24,54	+ 2,0	18,52	18,01	+ 2,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen.	26,79	26,20	+ 2,3	27,40	26,80	+ 2,2	19,81	19,42	+ 2,0
Maschinenbau	28,77	28,01	+ 2,7	29,34	28,58	+ 2,7	21,28	20,75	+ 2,6
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	26,31	25,61	+ 2,7	26,70	26,02	+ 2,6	20,12	19,56	+ 2,9
Fahrzeugbau	34,31	33,08	+ 3,7	35,03	33,76	+ 3,8	23,36	22,63	+ 3,2
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	23,65	23,21	+ 1,9	24,36	23,93	+ 1,8	16,59	16,11	+ 3,0
Energie- und Wasserversorgung	30,71	30,05	+ 2,2	31,48	30,85	+ 2,0	25,96	25,10	+ 3,4
Hoch- und Tiefbau	25,22	24,83	+ 1,6	26,52	26,19	+ 1,3	19,66	19,65	+ 0,1

Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen

Produzierendes Gewerbe	4 499	4 389	+ 2,5	4 597	4 488	+ 2,4	3 478	3 397	+ 2,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .	4 598	4 448	+ 3,4	4 660	4 526	+ 3,0	4 074	3 855	+ 5,7
Verarbeitendes Gewerbe	4 491	4 387	+ 2,4	4 572	4 468	+ 2,3	3 417	3 325	+ 2,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. . . .	4 108	3 989	+ 3,0	4 242	4 120	+ 3,0	3 200	3 105	+ 3,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe	3 361	3 292	+ 2,1	3 445	3 374	+ 2,1	2 335	2 290	+ 2,0
Textilgewerbe	3 491	3 429	+ 1,8	3 597	3 527	+ 2,0	2 400	2 365	+ 1,5
Bekleidungsgewerbe.	3 035	2 969	+ 2,2	3 081	3 022	+ 2,0	1 993	2 006	- 0,6
Ledergewerbe	3 311	3 212	+ 3,1	3 335	3 238	+ 3,0	2 052	2 063	- 0,5
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) . . .	4 064	3 986	+ 2,0	4 139	4 063	+ 1,9	2 989	2 925	+ 2,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4 680	4 527	+ 3,4	4 733	4 578	+ 3,4	3 742	3 592	+ 4,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	5 602	5 390	+ 3,9	5 829	5 620	+ 3,7	4 333	4 044	+ 7,1
Chemische Industrie	4 734	4 662	+ 1,5	4 826	4 751	+ 1,6	3 355	3 269	+ 2,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. . .	4 087	3 989	+ 2,5	4 140	4 040	+ 2,5	3 084	2 953	+ 4,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	4 240	4 126	+ 2,8	4 365	4 250	+ 2,7	3 251	3 145	+ 3,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen.	4 398	4 334	+ 1,5	4 479	4 415	+ 1,4	3 425	3 362	+ 1,9
Maschinenbau	4 660	4 573	+ 1,9	4 731	4 647	+ 1,8	3 658	3 583	+ 2,1
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	4 186	4 078	+ 2,6	4 234	4 127	+ 2,6	3 396	3 307	+ 2,7
Fahrzeugbau	5 252	5 118	+ 2,6	5 330	5 194	+ 2,6	3 951	3 835	+ 3,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	3 886	3 821	+ 1,7	3 977	3 915	+ 1,6	2 917	2 840	+ 2,7
Energie- und Wasserversorgung	5 168	5 064	+ 2,1	5 299	5 196	+ 2,0	4 364	4 246	+ 2,8
Hoch- und Tiefbau	4 387	4 246	+ 3,3	4 611	4 468	+ 3,2	3 425	3 388	+ 1,1

Arbeitszeiten der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen

Geschlecht Leistungsgruppe	Bezahlte Wochenstunden			Mehrarbeitsstunden		
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998
	Std.		%	Std.		
Deutschland						
Insgesamt	37,9	37,9	0,0	1,2	1,3	- 0,1
1	37,8	37,8	0,0	1,3	1,4	- 0,1
2	38,0	38,1	- 0,3	1,1	1,2	- 0,1
3	38,0	38,0	0,0	1,0	1,0	0,0
Männer	38,0	38,1	- 0,3	1,3	1,4	- 0,1
1	37,8	37,9	- 0,3	1,3	1,4	- 0,1
2	38,3	38,4	- 0,3	1,3	1,4	- 0,1
3	38,7	38,6	+ 0,3	1,4	1,4	0,0
Frauen	37,0	37,0	0,0	0,4	0,4	0,0
1	36,6	36,7	- 0,3	0,5	0,5	0,0
2	37,0	37,0	0,0	0,4	0,4	0,0
3	37,1	37,1	0,0	0,4	0,5	- 0,1
Früheres Bundesgebiet						
Zusammen	37,7	37,8	- 0,3	1,2	1,3	- 0,1
1	37,6	37,7	- 0,3	1,3	1,5	- 0,2
2	37,8	37,9	- 0,3	1,1	1,2	- 0,1
3	37,9	37,8	+ 0,3	1,0	1,0	0,0
Männer	37,9	37,9	0,0	1,4	1,5	- 0,1
1	37,7	37,7	0,0	1,4	1,5	- 0,1
2	38,1	38,2	- 0,3	1,3	1,4	- 0,1
3	38,6	38,5	+ 0,3	1,4	1,5	- 0,1
Frauen	36,7	36,8	- 0,3	0,4	0,4	0,0
1	36,0	36,1	- 0,3	0,5	0,5	0,0
2	36,7	36,7	0,0	0,4	0,4	0,0
3	37,0	37,0	0,0	0,4	0,5	- 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost						
Zusammen	39,7	39,7	0,0	0,8	0,8	0,0
1	39,5	39,6	- 0,3	0,8	0,8	0,0
2	40,0	39,8	+ 0,5	0,9	0,8	+ 0,1
3	39,7	39,8	- 0,3	0,8	0,8	0,0
Männer	39,7	39,7	0,0	0,9	0,9	0,0
1	39,5	39,6	- 0,3	0,8	0,8	0,0
2	40,1	39,8	+ 0,8	1,0	0,9	+ 0,1
3	39,9	39,9	0,0	0,9	1,0	- 0,1
Frauen	39,4	39,6	- 0,5	0,4	0,5	- 0,1
1	39,2	39,5	- 0,8	0,3	0,4	- 0,1
2	39,5	39,6	- 0,3	0,4	0,4	0,0
3	39,5	39,6	- 0,3	0,5	0,6	- 0,1

Bruttoverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Geschlecht und Leistungsgruppen

Geschlecht Leistungsgruppe	Bruttostundenverdienste			Bruttomonatsverdienste		
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998
	DM		%	DM		%
Deutschland						
Insgesamt	27,27	26,57	+ 2,6	4 499	4 389	+ 2,5
1	30,11	29,30	+ 2,8	4 953	4 829	+ 2,6
2	24,95	24,36	+ 2,4	4 131	4 038	+ 2,3
3	22,09	21,59	+ 2,3	3 656	3 568	+ 2,5
Männer	28,23	27,53	+ 2,5	4 678	4 567	+ 2,4
1	30,26	29,46	+ 2,7	4 983	4 860	+ 2,5
2	25,82	25,24	+ 2,3	4 306	4 214	+ 2,2
3	23,19	22,79	+ 1,8	3 915	3 833	+ 2,1
Frauen	21,46	20,80	+ 3,2	3 449	3 347	+ 3,0
1	25,34	24,30	+ 4,3	4 028	3 875	+ 3,9
2	21,32	20,71	+ 2,9	3 427	3 332	+ 2,9
3	20,60	19,99	+ 3,1	3 321	3 226	+ 2,9
Früheres Bundesgebiet						
Zusammen	27,99	27,30	+ 2,5	4 597	4 488	+ 2,4
1	30,89	30,09	+ 2,7	5 059	4 937	+ 2,5
2	25,73	25,14	+ 2,3	4 235	4 144	+ 2,2
3	22,50	22,00	+ 2,3	3 712	3 622	+ 2,5
Männer	28,99	28,30	+ 2,4	4 783	4 674	+ 2,3
1	31,00	30,21	+ 2,6	5 084	4 963	+ 2,4
2	26,64	26,07	+ 2,2	4 419	4 331	+ 2,0
3	23,73	23,32	+ 1,8	3 995	3 911	+ 2,1
Frauen	21,95	21,28	+ 3,1	3 507	3 403	+ 3,1
1	26,87	25,76	+ 4,3	4 204	4 042	+ 4,0
2	21,94	21,31	+ 3,0	3 498	3 401	+ 2,9
3	20,89	20,28	+ 3,0	3 358	3 262	+ 2,9
Neue Länder und Berlin-Ost						
Zusammen	20,09	19,65	+ 2,2	3 478	3 397	+ 2,4
1	22,04	21,44	+ 2,8	3 796	3 695	+ 2,7
2	18,48	18,23	+ 1,4	3 221	3 161	+ 1,9
3	16,58	16,24	+ 2,1	2 876	2 815	+ 2,2
Männer	20,67	20,23	+ 2,2	3 584	3 501	+ 2,4
1	22,27	21,67	+ 2,8	3 838	3 737	+ 2,7
2	19,02	18,78	+ 1,3	3 326	3 264	+ 1,9
3	17,20	16,95	+ 1,5	2 998	2 949	+ 1,7
Frauen	16,57	16,07	+ 3,1	2 841	2 763	+ 2,8
1	18,70	17,98	+ 4,0	3 192	3 084	+ 3,5
2	16,24	15,90	+ 2,1	2 790	2 733	+ 2,1
3	15,27	14,69	+ 3,9	2 620	2 530	+ 3,6

Bruttomonatsverdienst der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Beschäftigungsart, Geschlecht und Leistungsgruppen

Beschäftigungsart Geschlecht Leistungsgruppe	Bruttomonatsverdienste								
	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998	1999	1998	1999 gegenüber 1998
	DM		%	DM		%	DM		%
Insgesamt	6 658	6 480	+ 2,7	6 772	6 596	+ 2,7	5 040	4 911	+ 2,6
II	8 379	8 173	+ 2,5	8 497	8 295	+ 2,4	6 351	6 138	+ 3,5
III	6 012	5 862	+ 2,6	6 104	5 953	+ 2,5	4 780	4 699	+ 1,7
IV	4 363	4 247	+ 2,7	4 437	4 317	+ 2,8	3 522	3 475	+ 1,4
V	3 544	3 446	+ 2,8	3 585	3 493	+ 2,6	3 064	2 927	+ 4,7
Männer	7 235	7 053	+ 2,6	7 322	7 142	+ 2,5	5 635	5 488	+ 2,7
II	8 524	8 315	+ 2,5	8 624	8 419	+ 2,4	6 535	6 318	+ 3,4
III	6 325	6 172	+ 2,5	6 399	6 246	+ 2,4	5 097	5 014	+ 1,7
IV	4 843	4 727	+ 2,5	4 885	4 767	+ 2,5	4 041	3 979	+ 1,6
V	3 946	3 806	+ 3,7	3 968	3 841	+ 3,3	3 584	3 134	+ 14,4
Frauen	5 089	4 931	+ 3,2	5 188	5 028	+ 3,2	4 227	4 117	+ 2,7
II	7 134	6 922	+ 3,1	7 322	7 118	+ 2,9	5 695	5 481	+ 3,9
III	5 252	5 105	+ 2,9	5 354	5 204	+ 2,9	4 354	4 259	+ 2,2
IV	4 046	3 939	+ 2,7	4 123	4 012	+ 2,8	3 354	3 318	+ 1,1
V	3 374	3 297	+ 2,3	3 419	3 342	+ 2,3	2 922	2 884	+ 1,3
kaufmännisch	6 098	5 923	+ 3,0	6 206	6 030	+ 2,9	4 604	4 480	+ 2,8
II	8 292	8 075	+ 2,7	8 401	8 190	+ 2,6	6 285	6 041	+ 4,0
III	5 613	5 458	+ 2,8	5 699	5 542	+ 2,8	4 485	4 388	+ 2,2
IV	4 157	4 049	+ 2,7	4 225	4 113	+ 2,7	3 371	3 330	+ 1,2
V	3 459	3 371	+ 2,6	3 499	3 416	+ 2,4	2 962	2 863	+ 3,5
Männer	7 090	6 898	+ 2,8	7 152	6 961	+ 2,7	5 635	5 467	+ 3,1
II	8 643	8 419	+ 2,7	8 714	8 495	+ 2,6	6 816	6 537	+ 4,3
III	6 064	5 897	+ 2,8	6 114	5 944	+ 2,9	5 005	4 900	+ 2,1
IV	4 559	4 457	+ 2,3	4 590	4 488	+ 2,3	3 847	3 761	+ 2,3
V	3 856	3 737	+ 3,2	3 860	3 751	+ 2,9	3 748	3 275	+ 14,4
Frauen	5 036	4 881	+ 3,2	5 131	4 974	+ 3,2	4 126	4 030	+ 2,4
II	7 065	6 847	+ 3,2	7 230	7 021	+ 3,0	5 607	5 401	+ 3,8
III	5 214	5 068	+ 2,9	5 313	5 165	+ 2,9	4 266	4 175	+ 2,2
IV	4 011	3 906	+ 2,7	4 086	3 975	+ 2,8	3 294	3 262	+ 1,0
V	3 346	3 266	+ 2,4	3 392	3 312	+ 2,4	2 844	2 825	+ 0,7
technisch	7 121	6 945	+ 2,5	7 239	7 067	+ 2,4	5 415	5 278	+ 2,6
II	8 430	8 230	+ 2,4	8 553	8 357	+ 2,3	6 386	6 190	+ 3,2
III	6 339	6 194	+ 2,3	6 436	6 292	+ 2,3	5 030	4 955	+ 1,5
IV	4 780	4 651	+ 2,8	4 864	4 736	+ 2,7	3 821	3 756	+ 1,7
V	3 795	3 669	+ 3,4	3 846	3 727	+ 3,2	3 306	3 095	+ 6,8
Männer	7 304	7 125	+ 2,5	7 404	7 230	+ 2,4	5 635	5 495	+ 2,5
II	8 469	8 266	+ 2,5	8 581	8 382	+ 2,4	6 443	6 245	+ 3,2
III	6 436	6 290	+ 2,3	6 522	6 378	+ 2,3	5 125	5 048	+ 1,5
IV	5 073	4 944	+ 2,6	5 126	4 994	+ 2,6	4 159	4 113	+ 1,1
V	4 060	3 901	+ 4,1	4 108	3 967	+ 3,6	3 460	3 054	+ 13,3
Frauen	5 319	5 148	+ 3,3	5 448	5 279	+ 3,2	4 526	4 378	+ 3,4
II	7 386	7 205	+ 2,5	7 682	7 513	+ 2,2	5 892	5 675	+ 3,8
III	5 425	5 275	+ 2,8	5 551	5 395	+ 2,9	4 628	4 531	+ 2,1
IV	4 198	4 085	+ 2,8	4 298	4 185	+ 2,7	3 542	3 483	+ 1,7
V	3 510	3 441	+ 2,0	3 551	3 481	+ 2,0	3 194	3 122	+ 2,3

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse				Erzeugnisse der Vorleistungsgüter- produzenten			Erzeugnisse der	
	insgesamt	ohne Mineralöl- erzeugnisse	ohne Energie und Wasser	ohne Energie	zusammen	Energie- produzenten	ohne Energie	Investitions- güterproduzenten	Konsum- güterproduzenten
1997	99,9	99,6	100,2	100,3	98,1	97,8	98,2	101,8	102,0
1998	99,5	99,5	100,0	100,1	96,6	94,4	97,9	102,7	102,4
1999	98,5	98,0	99,6	99,8	94,9	92,5	96,4	103,0	101,6
1998 Dezember	98,3	98,3	99,0	99,2	94,3	90,7	96,4	102,9	101,9
1999 Januar	97,8	97,9	98,8	99,0	93,5	89,1	96,1	102,9	101,8
Februar	97,7	97,8	98,7	98,8	93,3	88,9	95,9	102,9	101,6
März	97,7	97,7	98,7	98,9	93,4	89,5	95,8	102,9	101,5
April	98,3	97,9	99,2	99,4	94,5	92,1	95,9	103,0	101,5
Mai	98,3	98,0	99,1	99,3	94,6	92,3	96,0	103,0	101,4
Juni	98,4	98,0	99,2	99,4	94,7	92,7	95,9	103,0	101,6
Juli	98,7	98,1	99,7	99,8	95,2	93,5	96,2	103,0	101,6
August	98,8	98,1	99,9	100,0	95,4	93,9	96,3	103,0	101,6
September	98,9	98,0	100,1	100,3	95,6	93,9	96,6	103,0	101,6
Oktober	99,1	98,2	100,4	100,5	95,9	94,0	97,0	103,1	101,7
November	99,2	98,2	100,6	100,7	96,2	94,4	97,2	103,1	101,6
Dezember	99,4	98,3	100,8	101,0	96,7	95,5	97,4	103,1	101,5
2000 Januar	99,8	98,5	101,2	101,4	97,3	96,4	97,8	103,2	101,5
Februar	100,0	98,5	101,6	101,8	97,6	96,7	98,1	103,3	101,7
März	100,0	98,5	101,9	102,0	97,6	96,1	98,5	103,3	101,6
April	100,4	99,2	101,9	102,1	98,4	97,2	99,1	103,3	101,8

Jahr Monat	noch: Erzeugnisse der Konsumgüter- produzenten		Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes		Erzeugnisse des Ernährungs- gewerbes
	Gebrauchs- güterproduzenten	Verbrauchs- güterproduzenten	zusammen	Kohle und Torf ²⁾	Erdöl und Erdgas ³⁾	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	zusammen	ohne Mineralöl- erzeugnisse	
1997	101,4	102,1	78,3	63,2	125,6	99,4	100,8	100,4	103,0
1998	101,7	102,5	75,8	61,1	118,5	97,7	100,6	100,6	102,6
1999	102,2	101,5	73,6	58,5	114,3	97,3	100,3	99,8	99,8
1998 Dezember	101,8	101,9	72,5	57,8	107,8	97,4	99,7	99,9	100,9
1999 Januar	102,0	101,7	71,8	57,8	101,5	96,9	99,5	99,7	100,5
Februar	102,0	101,6	71,9	57,8	101,6	97,2	99,4	99,6	100,2
März	102,0	101,4	72,4	58,5	102,2	97,0	99,5	99,5	100,0
April	102,2	101,3	73,8	59,1	112,7	97,4	99,9	99,6	99,9
Mai	102,2	101,3	73,6	58,5	114,0	97,3	99,8	99,6	99,7
Juni	102,1	101,5	73,7	58,6	114,4	97,4	99,9	99,6	99,9
Juli	102,3	101,5	73,9	59,0	114,3	97,2	100,4	99,7	99,9
August	102,3	101,5	73,8	58,6	115,9	97,2	100,6	99,8	99,8
September	102,3	101,4	73,9	58,7	116,9	97,1	100,9	99,9	99,8
Oktober	102,3	101,6	74,6	58,4	125,0	97,5	101,1	100,1	99,7
November	102,2	101,4	74,6	58,3	125,8	97,6	101,3	100,2	99,4
Dezember	102,3	101,4	75,0	58,6	127,3	97,7	101,5	100,2	99,2
2000 Januar	102,7	101,3	77,0	58,9	145,5	98,0	101,9	100,4	98,9
Februar	102,7	101,5	77,3	59,2	146,3	98,2	102,3	100,6	99,3
März	102,9	101,4	78,1	60,3	147,7	97,8	102,5	100,8	99,5
April	103,0	101,6	79,5	60,8	157,1	98,7	102,5	101,0	99,5

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepräsentanten für Torf. – 3) Ohne Erdgasversorgung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Tabak- erzeug- nisse	Textilien	Bekleidung	Leder- und Lederwaren	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korb- macher- waren (ohne Möbel) ²⁾	Papier			Verlags- und Druck- erzeug- nisse, bespiele Ton-, Bild- und Daten- träger	Kokerei- erzeug- nisse, Mineralöl- erzeug- nisse, Spalt- und Brutstoffe ³⁾
						zu- sam- men	Papier, Karton und Pappe	Papier-, Karton- und Pappe- waren		
1997	103,0	100,2	100,7	102,4	97,8	91,9	87,0	95,1	102,0	110,4
1998	104,6	100,2	101,5	102,7	98,8	93,3	89,3	96,0	102,0	100,3
1999	106,1	99,2	101,8	102,5	97,6	92,2	86,8	95,6	101,9	111,0
1998 Dezember	105,7	99,7	101,7	102,6	98,6	92,3	88,0	95,4	102,0	95,9
1999 Januar	105,8	99,4	101,6	102,7	98,4	91,9	87,3	95,1	102,1	95,2
Februar	105,8	99,3	101,7	102,7	98,2	91,8	87,0	95,1	101,9	94,2
März	105,8	99,2	101,8	102,8	97,9	91,5	86,0	95,2	101,5	98,1
April	105,6	99,3	101,7	102,4	97,6	91,3	85,7	95,0	101,6	106,6
Mai	105,7	99,2	101,7	102,4	97,7	91,3	85,6	94,9	101,7	105,2
Juni	105,5	99,2	101,6	102,4	97,5	91,2	85,6	94,7	101,9	107,5
Juli	105,9	99,2	101,7	102,4	97,3	91,4	85,6	95,0	102,0	113,0
August	105,9	99,2	101,8	102,4	97,2	91,7	85,9	95,4	101,9	116,5
September	105,7	99,1	102,1	102,4	97,3	92,7	87,5	96,0	101,7	120,7
Oktober	107,3	99,0	102,0	102,5	97,1	93,3	88,0	96,6	102,0	121,2
November	107,3	99,0	102,0	102,6	97,2	93,8	88,6	97,0	102,1	124,3
Dezember	107,3	99,0	101,9	102,6	97,4	94,0	88,9	96,9	102,1	129,0
2000 Januar	107,3	99,0	101,9	102,8	97,5	94,7	89,8	97,5	102,7	132,8
Februar	107,5	99,1	102,0	102,9	97,7	95,2	90,7	97,7	102,4	137,8
März	107,3	99,3	101,9	103,0	97,3	96,5	92,5	98,7	102,0	139,5
April	107,4	99,5	102,0	103,2	97,6	97,5	93,8	99,5	102,6	133,1

Jahr Monat	noch: Kokerei- erzeugnisse usw.	Chemische Erzeugnisse	Gummi- und Kunststoffwaren			Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden			Eisen- und Stahl- erzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse
	Mineralöl- erzeugnisse		zusammen	Gummi- waren	Kunststoff- waren	zusammen	Glas und Glaswaren	Keramik (ohne Ziegel und Baukeramik)	
1997	110,5	97,6	98,7	99,1	98,6	98,9	94,8	102,2	96,6
1998	100,3	97,0	98,5	99,4	98,2	98,2	94,1	102,6	98,0
1999	111,4	95,5	98,0	99,2	97,7	97,9	93,4	103,6	93,1
1998 Dezember	95,8	95,5	98,0	99,2	97,7	98,2	95,0	102,6	93,1
1999 Januar	95,4	95,1	97,8	98,9	97,6	98,1	95,0	102,7	92,0
Februar	94,1	94,7	97,5	98,9	97,2	97,9	94,2	102,6	91,7
März	98,1	94,5	97,7	99,4	97,3	97,7	93,3	102,6	91,6
April	106,8	94,8	97,6	99,4	97,2	97,9	93,4	103,5	91,9
Mai	105,5	94,8	97,6	99,0	97,3	97,9	93,7	103,8	92,0
Juni	107,9	94,7	97,5	99,0	97,1	97,9	93,1	103,9	92,0
Juli	113,6	95,3	97,7	99,3	97,3	97,9	93,0	103,7	92,9
August	117,3	95,3	97,9	99,3	97,6	97,9	93,0	103,4	93,1
September	121,4	95,5	98,1	99,1	97,9	98,0	92,8	104,3	94,2
Oktober	121,9	96,6	98,5	99,4	98,3	97,8	92,8	104,2	94,7
November	125,1	97,0	98,7	99,2	98,6	97,8	93,1	104,1	95,3
Dezember	130,0	97,2	98,9	99,2	98,9	97,7	93,3	104,0	95,9
2000 Januar	133,9	97,6	99,1	99,2	99,1	97,8	93,1	104,3	97,7
Februar	139,0	97,9	99,2	99,2	99,2	97,8	92,3	104,4	98,5
März	140,7	98,3	99,3	99,2	99,3 r	97,8	92,6	104,6	99,2
April	134,3	99,6	99,4	99,1	99,4	97,7	92,7	104,8	100,4

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepräsentanten für Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren. – 3) Ohne Preisrepräsentanten für Spalt- und Brutstoffe.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch: Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse			Metall- erzeugnisse	Maschinen	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen	Geräte der Elektrizitäts- erzeugung und -verteilung u. a.	Nachrichten- technik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bau- elemente	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren
	Roheisen und Stahl	NE-Metalle und Halbzeug daraus	Erzeugnisse der Gießereien						
1997	91,3	100,5	102,3	101,1	102,6	92,5	99,7	98,5	103,0
1998	95,1	97,6	103,4	101,8	103,3	87,8	99,7	97,7	103,8
1999	85,6	94,9	102,2	102,2	104,1	81,5	99,6	94,5	104,7
1998 Dezember	87,5	90,3	103,3	101,8	103,5	85,0	99,1	96,4	104,1
1999 Januar	85,4	89,7	102,9	101,8	103,7	84,2	98,9	96,0	104,2
Februar	84,3	90,7	102,4	101,9	103,8	83,8	99,5	95,5	104,3
März	84,5	90,4	102,5	101,8	103,9	83,7	99,3	95,3	104,4
April	84,1	92,2	102,2	101,8	104,1	84,1	99,4	94,7	104,3
Mai	83,9	93,0	102,5	101,9	104,1	82,5	99,8	94,8	104,6
Juni	84,3	93,0	102,4	102,1	104,1	81,8	99,2	94,6	104,6
Juli	84,8	95,7	102,3	102,3	104,2	80,5	99,6	94,6	104,8
August	85,3	95,9	102,1	102,6	104,2	79,8	99,6	94,4	104,8
September	86,4	98,5	101,7	102,8	104,2	79,5	99,4	93,7	104,8
Oktober	87,8	98,5	101,6	102,7	104,4	79,6	99,7	93,5	105,1
November	88,4	99,6	102,0	102,3	104,4	79,1	100,1	93,5	105,3
Dezember	88,5	101,3	101,6	102,3	104,5	79,2	100,2	93,3	105,2
2000 Januar	91,1	103,3	102,1	102,3	104,7	79,0	100,5	92,6	105,5
Februar	92,4	104,6	102,2	102,5	104,7	79,8	100,6	93,0	105,1
März	93,8	105,4	102,1	102,9	104,8	77,9	100,8	93,1	105,2
April	96,1	106,1	102,8	103,2	105,0	78,9	101,0	90,0	105,5

Jahr Monat	Kraftwagen und Kraftwagen- teile	Sonstige Fahrzeuge	Möbel, Schmuck, Musik- instrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser					
				zusammen	Energie			Wasser	
					zusammen	Elektrischer Strom	Erdgas ²⁾		Fernwärme mit Dampf und Warmwasser
1997	101,6	100,5	102,7	98,4	97,7	90,4	114,4	100,0	109,5
1998	102,6	100,9	104,0	97,0	95,9	89,9	109,4	100,6	112,4
1999	103,3	101,3	105,4	92,3	90,7	85,8	101,3	97,8	113,8
1998 Dezember	103,0	101,2	104,6	93,9	92,5	88,7	100,4	99,8	112,7
1999 Januar	102,9	101,3	104,9	92,1	90,5	86,8	97,8	99,2	113,6
Februar	103,0	101,1	105,0	92,1	90,5	87,1	97,1	98,7	113,7
März	103,0	101,2	105,0	91,8	90,2	86,9	96,8	98,3	113,7
April	103,0	101,3	105,2	92,9	91,4	87,3	100,0	97,7	113,6
Mai	103,1	101,3	105,4	93,6	92,1	88,1	100,6	97,7	113,8
Juni	103,2	101,2	105,4	93,4	91,9	87,7	100,7	97,6	113,7
Juli	103,4	101,2	105,5	93,0	91,5	87,3	100,6	97,5	113,8
August	103,7	101,3	105,6	92,7	91,2	86,8	100,8	97,5	114,0
September	103,7	101,4	105,7	91,6	90,0	84,9	100,9	97,5	114,2
Oktober	103,6	101,2	105,7	91,5	89,9	82,7	105,7	97,6	114,0
November	103,6	101,2	105,7	91,3	89,7	82,1	106,7	97,2	114,0
Dezember	103,6	101,3	105,8	91,5	89,9	82,0	107,6	97,2	114,0
2000 Januar	103,6	101,6	106,4	91,4	89,7	77,8	116,7	98,3	114,9
Februar	103,7	101,6	106,5	90,6	88,8	76,0	117,4	98,6	115,0
Marz	103,7	101,6	106,7	89,2	87,4	73,4	118,9	98,3	114,9
April	103,7	101,7	107,1	92,1	90,4	72,9	130,7	99,3	115,3

1) Ohne Umsatzsteuer – 2) Ohne Erdgasförderung

Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte ¹⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr/Monat 2)	Gesamtindex	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Einrichtungsgegenstände u.a. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	Bildungswesen	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen
1997 D	103,3	102,0	102,7	101,1	105,1	101,1	108,7	104,3	97,9	102,5	107,8	102,1	102,3
1998 D	104,3	103,0	104,7	101,5	106,0	101,8	114,4	104,7	97,3	103,1	112,9	103,6	102,8
1999 D	104,9	101,7	106,0	101,8	107,4	102,1	110,6	107,6	88,2	103,4	117,5	104,9	104,5
1995 November .	100,1	98,7	100,2	100,4	101,0	100,4	100,1	100,2	99,4	99,2	101,4	99,0	100,8
Dezember . . .	100,4	98,9	100,2	100,4	101,2	100,4	100,1	100,7	99,4	100,7	101,4	99,1	100,8
1996 Januar . . .	100,6	100,1	100,3	100,4	101,2	100,5	101,5	101,3	103,6	98,9	101,6	99,8	100,1
Februar	101,1	100,9	100,3	100,5	101,6	100,6	101,6	101,6	103,6	100,8	102,1	100,4	100,3
März	101,2	101,5	100,4	100,5	101,8	100,6	101,6	101,8	102,9	100,5	102,8	99,9	100,4
April	101,2	101,8	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,4	102,7	98,4	102,9	100,1	100,5
Mai	101,4	101,6	100,4	100,6	101,9	100,7	101,6	102,6	102,7	99,5	103,1	100,8	100,5
Juni	101,5	101,5	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,3	102,7	100,2	103,1	101,5	100,5
Juli	101,7	101,5	100,5	100,5	102,3	100,7	101,5	102,3	99,5	101,8	103,2	103,5	100,5
August	101,6	100,4	100,5	100,6	102,4	100,8	101,5	102,5	99,5	102,0	104,5	103,4	100,5
September . . .	101,6	99,6	100,6	100,8	102,9	100,8	101,5	102,8	99,5	101,3	105,0	101,6	100,6
Oktober	101,6	99,3	100,6	101,0	103,4	100,8	101,5	102,9	98,6	100,0	105,0	101,7	100,7
November . . .	101,5	99,2	102,5	101,1	103,4	100,9	101,5	102,9	97,8	99,7	105,1	100,3	100,7
Dezember	101,9	99,5	102,5	101,1	103,6	100,9	101,5	103,0	97,8	101,4	105,5	100,7	100,8
1997 Januar . . .	102,6	101,4	102,5	101,0	104,6	101,0	103,5	103,2	97,8	101,6	106,1	100,8	102,0
Februar	102,9	101,6	102,5	101,0	104,7	101,0	103,4	103,3	97,8	103,6	106,4	101,6	102,1
März	102,8	101,1	102,6	101,0	104,8	101,0	103,4	103,6	97,7	103,4	106,5	101,2	102,1
April	102,6	101,8	102,6	101,1	104,7	101,1	103,5	103,5	97,7	100,3	106,8	101,1	102,2
Mai	103,0	102,7	102,6	101,1	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	101,7	107,1	101,9	102,3
Juni	103,1	103,1	102,8	101,0	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	102,1	107,1	102,4	102,3
Juli	103,9	102,7	102,8	100,8	105,1	101,1	114,0	104,7	97,5	103,7	107,4	104,5	102,3
August	104,0	101,9	102,8	100,9	105,4	101,1	114,0	105,8	97,4	104,1	107,9	104,2	102,4
September . . .	103,8	101,7	102,9	101,2	105,3	101,1	114,0	105,5	98,4	103,0	109,4	102,4	102,5
Oktober	103,7	101,6	102,9	101,4	105,5	101,1	114,1	105,3	98,4	101,4	109,5	102,2	102,6
November	103,7	101,9	102,8	101,5	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	102,0	109,5	101,5	102,6
Dezember	103,9	102,4	102,9	101,4	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	103,2	109,7	101,9	102,6
1998 Januar . . .	103,9	103,5	102,9	101,2	105,7	101,3	114,0	104,3	98,3	102,1	110,7	102,0	102,3
Februar	104,1	103,4	102,8	101,2	105,8	101,3	114,1	104,1	98,3	104,1	111,9	102,5	102,3
März	104,0	103,1	102,9	101,3	105,7	101,4	114,1	104,0	97,1	103,7	112,0	102,1	102,4
April	104,1	103,6	103,0	101,5	106,0	101,7	114,6	104,7	97,5	101,1	111,9	103,2	102,6
Mai	104,4	104,2	105,4	101,5	106,1	101,8	114,6	104,7	97,5	102,2	112,1	103,5	102,7
Juni	104,5	104,4	105,4	101,5	106,1	101,9	114,6	104,9	97,7	102,7	112,1	104,0	102,7
Juli	104,8	103,6	105,5	101,4	106,1	101,9	114,1	105,3	97,7	104,5	112,2	105,9	102,8
August	104,6	102,6	105,6	101,3	106,0	101,9	114,2	105,2	97,7	104,8	112,8	106,1	102,9
September . . .	104,4	102,1	105,6	101,6	106,1	101,9	114,3	105,0	97,1	103,7	113,3	104,0	103,0
Oktober	104,2	101,6	105,6	101,7	106,0	101,9	114,4	104,9	96,4	102,6	113,5	103,9	103,2
November	104,2	101,9	105,7	102,0	106,0	102,0	114,6	104,8	96,4	102,8	116,1	103,0	103,2
Dezember	104,3	102,1	105,6	102,0	105,9	102,0	114,6	104,6	96,2	103,2	116,1	103,3	103,2
1999 Januar . . .	104,1	103,0	105,5	101,7	106,1	102,0	110,6	104,4	89,5	102,8	116,4	103,2	103,6
Februar	104,3	103,0	105,5	101,6	106,1	102,0	110,4	104,6	89,0	104,4	117,2	103,9	104,0
März	104,4	102,9	105,5	101,8	106,4	102,0	110,4	104,9	90,0	104,1	117,3	103,7	104,0
April	104,8	103,2	105,5	101,8	107,4	102,1	110,5	107,0	88,7	101,7	117,2	104,3	104,3
Mai	104,8	103,2	105,6	101,9	107,4	102,2	110,5	106,4	88,5	102,1	117,2	104,9	104,5
Juni	104,9	102,6	105,5	101,8	107,5	102,2	110,6	107,4	87,6	102,6	117,2	105,4	104,5
Juli	105,4	101,7	105,5	101,6	107,8	102,2	110,6	108,2	87,6	105,5	117,4	107,2	104,5
August	105,3	100,7	105,5	101,5	107,9	102,1	110,7	109,2	87,5	104,8	117,3	107,7	104,5
September . . .	105,1	100,2	105,5	101,9	108,0	102,1	110,7	109,3	87,5	103,5	117,8	105,2	104,5
Oktober	105,0	99,9	107,4	102,0	107,9	102,1	110,7	109,8	87,4	102,0	117,8	105,1	104,8
November	105,2	100,0	107,5	102,2	108,0	102,1	110,8	109,5	87,3	103,4	118,5	104,1	105,1
Dezember	105,5	100,2	107,4	102,1	108,3	102,1	110,8	110,4	87,3	104,1	118,5	104,6	105,4
2000 Januar . . .	105,8	101,0	107,4	101,9	108,8	102,1	110,4	111,4	87,3	103,5	118,8	104,4	106,1
Februar	106,2	101,6	107,4	101,7	109,2	102,1	110,6	111,7	85,8	105,0	119,0	105,3	106,2
März	106,4	101,1	107,4	102,0	109,5	102,2	110,6	113,1	84,7	104,7	119,1	104,9	106,2
April	106,4	101,5	107,3	102,0	109,7	102,2	110,7	112,0	84,5	104,3	119,1	105,9	106,4

1) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98 - 2) Die Monatsergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes

Veröffentlichungen¹⁾ vom 22. April 2000 bis 26. Mai 2000

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Wirtschaft und Statistik April 2000	21 10
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft Dezember und Jahr 1999	30 60
Januar 2000	26 60
Verkehr aktuell April 2000	15
Mar 2000	15 –
Im Blickpunkt Jugend in Deutschland	21 80

Fachserien

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4.2.1	Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 31. Dezember 1999	13 10
" 4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt Mar 2000	5 20

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 3.1.8	Landwirtschaftliche Bodennutzung, Bodennutzung der Betriebe (Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten) 1999, Landwirtschaftszählung 1999	5 20
" 3.2.1	Wachstum und Ernte – Feldfrüchte – Heft 13/1999	2 50
" 4.3	Fleischuntersuchung 1998	20 40

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, Mar 2000	13 10
" 2.2	Auftragsingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indices – 1999	23 60
" 2.2	Mar 2000	26 60
" 3.1	Produktion im Produzierenden Gewerbe 4. Vierteljahr 1999	35 30
" 4.1.1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1999	39 30
" 4.1.1	Januar 2000	17 70
" 4.3	Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	35 30
" 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, erischaltende Industrie, Eisen, Stahl und Tempergießerei) Mar 2000	10 70
" 8.1	April 2000 (Vorbericht)	3 20

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Maßzahlen) Februar 2000	10 70
" 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Maßzahlen) Februar 2000	11 50
" 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe Februar 2000	13 10

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1	zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Februar 2000	13 10
" 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel) Januar 2000	14 –
" 3	Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel) 2. Halbjahr und Jahr 1999	39 30

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 2	Eisenbahnverkehr Februar 2000	8 50
" 3	Straßenpersonenverkehr 4. Vierteljahr 1999	13 10
" 6	Luftverkehr Februar 2000	17 70

Fachserie 12 Gesundheitswesen

Reihe 4	Todesursachen in Deutschland 1998	17 70
---------	-----------------------------------	-------

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 4	Wohngeld 1998	20 40
---------	---------------	-------

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte 4. Vierteljahr und Jahr 1999	20 40
" 9.1.1	Absatz von Tabakwaren, 1. Vierteljahr 2000	10 70
" 9.2.1	Absatz von Bier, Mar 2000	3 30
" 9.4	Branntweinmonopol und Branntweinsteuer, Betriebsjahr 1998/99	8 50

Fachserie 17 Preise

Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft Mar 2000	8 50
" 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise) Mar 2000	10 70
" 4	Maßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke Februar 2000	13 10
" 6	Indizes der Großhandelsverkaufspreise Mar 2000	8 50
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, Mar 2000	20 40
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, April 2000 (Eilbericht)	4 20
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, April 2000	20 10
" 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr Mar 2000	17 70
" 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung Mar 2000	8 50
" 11	Preise und Preisindizes im Ausland Mar 2000	8 50

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich publiziert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

¹⁾ Angegebene Preise in DM – zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschl, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.



Statistik-Shop

www.statistik-bund.de

Online bestellt...
...prompt geliefert

Sie laden sich Ihre gewünschten Dateien als Onlinepublikation direkt auf Ihren PC oder Sie bestellen sich Ihre gewünschte Printpublikation in unserem virtuellen Buchladen und erhalten sie von uns auf dem Postweg geliefert.



● Aktuelles

● Online-Produkte

● Buchladen